Konrad Sziedat
Erwartungen im Umbruch

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 121

Konrad Sziedat

Erwartungen im Umbruch

Die westdeutsche Linke und das Ende des „real existierenden Sozialismus“

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Überarbeitete Fassung der an der Ludwig-Maximilians-Universität München eingereichten Dissertation, vorgelegt unter dem Titel „‚Das Ende der Hoffnung'. Die westdeutsche Linke und der Zusammenbruch des Ostblocks", 18. April 2016.

ISBN 978-3-11-052914-2
E-ISBN (PDF) 978-3-11-053158-9
E-ISBN (EPUB) 978-3-11-052922-7
ISSN 0481-3545

Library of Congress Control Number: 2019936236

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2019 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston
Titelbild: Berliner Mauer – Graffiti – Solidarność, Aufnahme 1984; © Marian Stefanowski
Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

www.degruyter.com

Inhalt

Editorial IX

I. Einleitung 1

II. „Solidarność ist für uns auch ein Beispiel sozialistischer Demokratie" – linke Polen-Hilfe um 1980/81 13
1. Erwartungsbrüche an der Wende zu den 1980er Jahren 13
2. Blockübergreifendes Engagement: Die Initiative *Solidarität mit Solidarność* 23
2.1 Entwicklung der Initiative und Erwartungen der Aktivisten . 28
2.2 Transnationale gefühlte Gemeinschaft: Solidarność und die westdeutschen Unterstützer 37
3. Erwartungstransformationen: Wege aus dem Maoismus 52
4. Zwischenfazit 59

III. „Ex oriente lux again"? Diskussionen über die Politik Michail Gorbatschows ab 1985 61
1. Populärer „Zauberlehrling": Der neue Kreml-Chef als Projektionsfläche 61
2. Im Horizont Dubčeks: Gorbatschow-Bilder im Wirkungskreis der Exilantengruppe um Zdeněk Mlynář 64
2.1 Emigration als biografisches Kapital 65
2.2 Der Exilant als Erwartungsmanager 79
2.3 Prag '68 als linker Erinnerungs- und Erwartungsort 93
3. Im Fahrtwind der Perestrojka: Sozialdemokratische Erwartungen Ende der 1980er Jahre 100
3.1 Der SPD-SED-Dialog als transnationales Erwartungsmanagement 100
3.2 Innen- und außenpolitisches Integrationsangebot: Das neue SPD-Grundsatzprogramm 107
4. „Auf der Suche nach Dritten Wegen": Grüne Erwartungshorizonte jenseits der Blöcke und Systeme 112
5. Zwischenfazit 116

IV. „Alptraum steht gegen Traum“ – Revolutionseuphorie und Vereinigungskritik 1989/90 119
1. Die Konjunktur des Begriffs „friedliche Revolution“ und die zugrundeliegenden Erwartungen 120
1.1 Frühe Begriffsverwendungen eingangs des Umbruchs 122
1.2 Exkurs: Die Konjunktur des Revolutionsbegriffs innerhalb der DDR 126
1.3 Begriffsaktualisierung und semantische Innovation 128
1.4 Pluralisierung des Revolutionsverständnisses 132
2. Temporale Semantiken in der DDR- und Wiedervereinigungsdebatte 141
2.1 Wiedervereinigung als Rückschritt 142
2.2 Der revolutionäre Möglichkeitsraum und seine Füllung 146
2.3 Die These vom demokratischen Vorsprung der DDR 158
3. Zwischenfazit 163

V. „Der Wind hat sich gedreht“ – die schwierige Ankunft im vereinten Deutschland 165
1. „Das Ende der Hoffnung“? Streit um den Sozialismusbegriff 165
1.1 Linke „Orientierungskrise“ 167
1.2 Die SPD im „Kampf um die Semantik“ 170
1.3 Kontinuität und Wandel jenseits der SPD 187
2. „Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft“ – das *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* 193
2.1 Personelle Verbindungslinien und Erwartungsverlagerungen 193
2.2 Die Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs als Ausdruck von Erwartungstransformationen 196
3. „Hoffnungsmodell gegen Hilflosigkeit“: Landkommunen westdeutscher Linker in Ostdeutschland 208
3.1 Der Kontext und die Keimzelle: Die Initiative *Ökologische Siedlung Ost–West* 210
3.2 Transfers in West-Ost-Richtung als Verlagerung, aber auch Bruch von Erwartungen 215
4. Zwischenfazit 222

VI. Schlussbetrachtung 225

Anhang 229
Danksagung 229
Netzwerkgrafiken 231
Abkürzungen 245
Tabelle 1: Plakate 251
Tabelle 2: Personen (Netzwerk) 253
Quellen und Literatur 315
Personenregister 345

Editorial

Die Leibniz Graduate School „Enttäuschung im 20. Jahrhundert. Utopieverlust – Verweigerung – Neuverhandlung“ führte zwischen 2012 und 2015 das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und das Historische Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München in einem innovativen zeithistorischen Verbundprojekt zusammen. Sein erfolgreicher Abschluss belegt den wissenschaftlichen Mehrwert einer systematischen Kooperation von universitärer und außeruniversitärer Forschung. Unter der Leitung von Andreas Wirsching und Margit Szöllösi-Janze bot die Graduate School exzellente Rahmenbedingungen, um mit einer komplexen Untersuchungsperspektive geschichtswissenschaftliches Neuland zu betreten. Das Format wies einen vielversprechenden Weg, wie sich die oftmals beklagte Versäulung der deutschen Forschungslandschaft, aber auch die Tendenzen zur Vereinzelung von Promovierenden zum allseitigen Nutzen fruchtbar überwinden lässt.

Die vorliegende Reihe stellt mit dem Konzept der Enttäuschung die für die Zeitgeschichte zwar konstitutive, aber kaum systematisch untersuchte Spannung zwischen pluralisierten Erwartungshorizonten und komplexen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen ins Zentrum. Ziel ist, individuelle und kollektive Erfahrungen von Enttäuschung, ihre Wirkung und Bewältigung mittels eines systematischen Zugriffs exemplarisch zu erforschen. Die Studien fragen danach, welche Muster individueller oder kollektiver Enttäuschung sich in einer gegebenen historischen Konstellation aufbauten und auf die zeitgenössischen Deutungs- und Zuschreibungsmuster in Politik, Gesellschaft und Kultur rückwirkten. Ihr jeweils spezifisch konturierter analytischer Begriff von Enttäuschung eröffnet neue Zugänge zur Analyse politischer, soziokultureller, kommunikativer und emotiver Dissonanzen in modernen Massengesellschaften.

Die Ergebnisse der Studien zeigen, dass Enttäuschung eine eigenständige Kategorie historischer Erfahrung darstellt. Sie unterstreichen nachdrücklich, dass kollektive Erwartungen und der Umgang mit Enttäuschungen – bereits erfahrenen oder zukünftig antizipierten – während des gesamten 20. Jahrhunderts die politische Kultur maßgeblich bestimmten. Damit richtet sich der zeithistorische Blick darauf, wie Individuen und Kollektive Enttäuschungen emotional bewältigen, ihre Erwartungshaltungen modifizieren, ihre Ziele anpassen oder neue Wege beschreiten.

Andreas Wirsching
Margit Szöllösi-Janze

I. Einleitung

> *„Durch die jüngsten Entwicklungen sind in der Tat vor allem bei jüngeren Genossinnen und Genossen Verunsicherungen aufgetreten. Sie fragen sich, können wir noch für die sozialistische Gesellschaftsordnung offensiv auftreten. Ist nicht alles diskreditiert – auch wenn wir immer einen anderen Sozialismusbegriff hatten, als der im sogenannten real existierenden.“*[1]

Wenn es um die Linke im Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ geht, ist Enttäuschung ein etabliertes Narrativ. Schon zeitgenössisch war in der Bundesrepublik vom „Ende der Hoffnung“[2] die Rede. Der Historiker François Furet hat früh die Formel vom „Ende der Illusion“ geprägt.[3] Vor einigen Jahren hat der Politikwissenschaftler Jan Gerber 1989 als tiefen Einschnitt für die radikale Linke geschildert.[4] Andere Forscher, wie Jan Eckel und Samuel Moyn, verorten den Moment der Enttäuschung bereits in den 1970er oder frühen 1980er Jahren.[5] Wo auch immer dieser Moment der Enttäuschung verortet wird – je nachdem, welche Akteure in welchem Land betrachtet werden –, geht es den Autoren zumeist darum, markante historische Punkte herauszufiltern, an denen hohe Erwartungen plötzlich zerstoben und Ernüchterung, Desillusionierung oder Melancholie wichen. Sie rekurrieren dann etwa auf die Niederschlagung des Prager Frühlings,[6] den sogenannten Gulag-Schock[7] oder eben das Ende der Sowjetunion. Insgesamt ent-

[1] So der damalige Vorsitzende der SPD-nahen Jugendorganisation Die Falken an das linke SPD-Vorstandsmitglied Peter von Oertzen (Universitätsarchiv der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover [LUH], Akz. 2009/09, Sign. 11/2, Roland Klapprodt an Peter von Oertzen, 26. 01. 1990, S. 1).

[2] Thomas Meyer: Was bleibt vom Sozialismus?, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 9.

[3] François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996.

[4] Vgl. Jan Gerber: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“, Freiburg i. Br. 2010.

[5] Jan Eckel (Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen [2]2015, S. 764 ff., besonders S. 766 f.) bezeichnet die Reaktionen der westlichen Linken auf die polnische Solidarność Anfang der 1980er Jahre mit Furets Formel vom „Ende der Illusion“. Er knüpft damit an das von Samuel Moyn (The Last Utopia. Human Rights in History, Cambridge 2012, S. 168 ff.) an Frankreich entwickelte Narrativ an, das auf die 1970er Jahre abhebt. Autobiografisch geprägt kennzeichnet Gerd Koenen (Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution, 1967–1977, Frankfurt am Main 2001, S. 16) die frühen 1980er Jahre mit dem „Auftauchen aus dieser mythologischen Sonderwelt“ der K-Gruppen.

[6] Birgit Hofmann (Der „Prager Frühling“ und der Westen. Frankreich und die Bundesrepublik in der internationalen Krise um die Tschechoslowakei 1968, Göttingen 2015) bezeichnet die militärische Intervention der Sowjetunion als „Schock“ für den Westen (S. 218) und unterstreicht seine Auswirkungen auf die „politische Kultur“ in der Bundesrepublik und Frankreich (S. 414), insbesondere mit Blick auf die Linke (S. 412–418).

[7] Ausführlich bei Ulrike Ackermann: Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, Stuttgart 2000, S. 144–172.

steht dabei das Modell eines Abfalls immer weiterer Linker vom kommunistischen Glauben,[8] der 1989/91 „gewissermaßen im Nichts“[9] endete.[10]

Fragestellung, Untersuchungszeitraum und -gegenstand

Die vorliegende Arbeit beschreitet demgegenüber einen anderen Weg. Sie fragt nicht nach einem bestimmten Moment der Enttäuschung, der geschichtliche Akteure mit einem Mal ihrer Hoffnungen beraubte. Auch macht sie nicht die Idee des Kommunismus zum Protagonisten. Stattdessen denkt sie Enttäuschung von den Akteuren her und fasst sie als längerfristigen Prozess auf, den sie über historische Umbrüche hinweg verfolgt. Anliegen der Arbeit ist es, die Erwartungen westdeutscher Linker hinsichtlich Kontinuität und Wandel zu untersuchen. Wie reagierten die Akteure auf enttäuschende Erfahrungen? Was taten sie, um den Bruch von Erwartungen zu verarbeiten? Inwiefern veränderten sich ihre Erwartungen im Laufe der Zeit? Und welche Rolle spielten dabei geschichtliche Zäsuren?

Dieser Perspektivwechsel erfordert, eine längere Zeitspanne in den Blick zu nehmen. Der Untersuchungszeitraum ist deshalb so gewählt, dass zentrale Einschnitte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts Berücksichtigung finden. Bei der Wahl der Zeitgrenzen bezieht sich die Arbeit zum einen auf bisherige Forschungen zur westdeutschen Linken, die entweder an der Wende zu den 1980er Jahren[11] oder an der Wende zu den 1990er Jahren[12] tiefgreifende Wandlungen ausmachen. Zum anderen schließt sie an eine rezente Forschungsdiskussion über die „Anfänge der Gegenwart“[13] an und folgt dabei der Auffassung, dass nach dem Struktur-

[8] So bei Hofmann (Der „Prager Frühling“ und der Westen, S. 412), für die die Niederschlagung des Prager Frühlings „einer von mehreren Entwicklungsschüben einer Distanzierung der Linken Frankreichs von Staatssozialismus und Moskautreue“ ist.

[9] Furet, Das Ende der Illusion, S. 9. Furet weist zwar darauf hin, dass seine eigene Abkehr vom Kommunismus bereits in den 1950er Jahren stattgefunden habe, erblickt aber in Gorbatschow geschichtlich die letzte Etappe (reform-)kommunistischer Begeisterung im Westen (S. 12 u. 619).

[10] Gerd Koenen (Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München 2017) hat allerdings jüngst angemerkt, dass mindestens mit Blick auf China „die Formel vom Ende des Kommunismus stark zu relativieren“ (S. 1001) wäre, wenngleich der Kommunismus als „normative Vorstellung und als politische Bewegung […] nicht wiederzubeleben“ (S. 1030) sei. Ilko-Sascha Kowalczuk hält dagegen angesichts aktueller Entwicklungen eine Renaissance kommunistischer Ideen für nicht ausgeschlossen (vgl. lko-Sascha Kowalczuk: Rezension zu: Silvio Pons/Stephen A. Smith [Hg.]: Communism. World Revolution and Socialism in One Country 1917–1941, Cambridge 2017; Norman Naimark/Silvio Pons/Sophie Quinn-Judge [Hg.]: Communism. The Socialist Camp and World Power 1941–1960s, Cambridge 2017; Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden [Hg.]: Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, in: H-Soz-Kult, 28. 08. 2018, www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-28643 [05. 10. 2018]).

[11] Vgl. Michael März: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates“, 1977–1979, Bielefeld 2012.

[12] Vgl. Gerber, Nie wieder Deutschland?

[13] Thomas Schlemmer/Morten Reitmayer (Hg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014.

bruch[14] der 1970er Jahre ca. 1979[15] und ca. 1989[16] weitere Zäsuren zu erkennen sind, mit denen Gegenwärtiges begann. Diese Zäsuren deckt der Untersuchungszeitraum ab; er beginnt daher an der Wende zu den 1980er Jahren und erstreckt sich bis zur Mitte der 1990er Jahre, um die Nachwirkungen der mittel- und osteuropäischen Systemtransformationen miterfassen zu können.

Gegenüber einer Historiografie, die sich stark auf den Glauben westlicher Linker an „real existierende" Sozialismusmodelle – sei es das sowjetische, ostdeutsche oder chinesische – konzentriert hat,[17] rückt die Arbeit eine Gruppe von Akteuren ins Zentrum, die in kritischer Distanz zur kommunistischen Herrschaftspraxis stand oder sich Jahre vor dem Ende des Ostblocks von ihr distanzierte. Sie grenzt diese Akteursgruppe ein, indem sie die Initiative *Solidarität mit Solidarność* als Ausgangspunkt wählt. Dabei handelt es sich um eine Hilfskampagne für die polnische unabhängige Gewerkschaftsbewegung, die bislang kaum erforscht ist,[18] obwohl sie Anfang der 1980er Jahre die vielleicht „wichtigste Unterstützung"[19] für

[14] Vgl. hierzu Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen ^{3}2012.

[15] Vgl. Frank Bösch: Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History (ZF/SCH) 9 (2012), Nr. 1, S. 8–32.

[16] Andreas Wirsching wählt den Umbruch 1989/90 als Beginn seiner „Geschichte Europas in unserer Zeit" (Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012), hat aber jüngst argumentiert, dass dieser Umbruch womöglich als Teil jener Transformationen anzusehen sei, die die westlichen Industriegesellschaften bereits seit den 1970er Jahren erlebten (vgl. Andreas Wirsching: Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989, München 2015, S. 11 f). Die vorliegende Arbeit knüpft an dieses Verständnis der Verflochtenheit der diversen Umbrüche im 20. Jahrhundert an. Auf die globale Qualität des Einschnitts von 1989 verweist Matthias Middell (1989 as a Global Moment. Some Introductory Remarks, in: Ulf Engel/Frank Hadler/Matthias Middell [Hg.]: 1989 in a Global Perspective, Leipzig 2015, S. 33–47). Die europäische Dimension stellt Hartmut Kaelble (Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989, München 2011, S. 271) heraus: „Entscheidend für die Bewertung von 1989 als europäisches Ereignis ist, dass sich auch im westlichen Europa die politische Landschaft 1989/90 tief greifend wandelte. Fast jedes Land war in der einen oder anderen Weise tangiert."

[17] Vgl. Furet, Das Ende der Illusion; Koenen, Das rote Jahrzehnt; Eckel, Die Ambivalenz des Guten, S. 764 ff.

[18] Die Initiative wird stets nur kurz erwähnt, so bei Natalie Bégin (Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von „Solidarność" in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich, in: Archiv für Sozialgeschichte [AfS] 45 [2005], S. 293–324, hier S. 299), Andrea Genest (Die Solidarność aus deutscher Perspektive, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 34–35/2005, S. 17–22, hier S. 19), Gerd Koenen (Von 1968 nach 1989 und zurück. Osteuropa und die westdeutsche Neue Linke, in: Osteuropa 58 [2008], Nr. 7, S. 5–16, hier S. 5 f u. 15; ders., Zeitsprünge, Gedankensprünge. Betrachtungen zur Weltgeschichte der letzten dreißig Jahre. Aus Anlass des Abschieds von der Kommune, in: Kommune 30 [2012], Nr. 6, S. 142–149, hier S. 142 f.; ders., Das rote Jahrzehnt, bes. S. 494), am ausführlichsten noch bei Friedhelm Boll (Zwischen politischer Zurückhaltung und humanitärer Hilfe. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und Solidariność 1980–1982, in: Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke [Hg.]: Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 199–218, hier S. 205–207).

[19] Genest, Die Solidarność aus deutscher Perspektive, S. 19.

Solidarność aus der Bundesrepublik bedeutete. In ihr arbeiteten linke Sozialdemokraten mit Grünen, Trotzkisten, (Ex-)Maoisten, undogmatischen Linken und ehemaligen „Spontis" zusammen. Damit bietet sich die Möglichkeit, ein äußerst heterogenes Feld *in nuce* betrachten zu können, das fast alle Hauptströmungen der westdeutschen Linken umfasst.[20]

Bewusst ausgespart bleiben damit zwei Akteursgruppen. Es handelt sich zum einen um jenen Teil der Sozialdemokratie, der sich aus regierungs- und entspannungspolitischen Rücksichten gegen eine explizite Unterstützung der Solidarność entschied – so wie die SPD-Führungsfiguren Helmut Schmidt und Egon Bahr, die deshalb allenfalls ergänzend oder kontrastierend erwähnt werden.[21] Unberücksichtigt bleiben zum anderen die orthodoxen Kommunisten der finanziell und ideell vom Ostblock abhängigen DKP/SEW, die sich an der Solidarność-Solidarität explizit nicht beteiligte. Dies erscheint in doppelter Hinsicht ratsam: Erstens ist die Entwicklung der DKP/SEW im Zeitraum um 1989/90 bereits gut untersucht. Zweitens unterscheidet sie sich von den hier betrachteten Linken dadurch, dass ihre Krise 1989/90 entscheidend der weggefallenen finanziellen Unterstützung aus Ost-Berlin zuzurechnen ist.[22]

Das Label „westdeutsche Linke" fungiert insofern als pragmatischer Sammelbegriff, der von den Selbstbezeichnungen der Akteure abweichen kann und eine große Breite unterschiedlicher Strömungen abdeckt, gewisse Teile der Linken jedoch bewusst ausklammert.[23] Die Besonderheit der untersuchten Personengruppe besteht darin, dass sie sich für Dissidenten[24] im sowjetischen Machtbereich einsetzte und mit ihnen interagierte. Zentrale Figuren der Solidarność-Solidarität verfolgt das Buch über den Bruch von 1989/90 hinweg in ihren späteren Wirkungskontexten weiter, um wechselnde Handlungsräume miteinander zu verknüpfen

[20] Ausgespart bleiben lediglich die Anarchisten und Autonomen, die jedoch bei Gerber (Nie wieder Deutschland?, S. 32 ff. u. passim.) bereits besprochen werden. Die in der Arbeit vorgenommene Kategorisierung linker Parteien und Gruppen folgt weitgehend dem noch immer brauchbaren Raster von Gerd Langguth (Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983). Angestrebt ist jedoch keine Parteiengeschichte.

[21] Siehe im vorliegenden Buch, etwa S. 21 f. u. 98.

[22] Zur DKP im Niedergang des „realen Sozialismus" vgl. früh Manfred Wilke/Marion Brabant/Hans-Peter Müller: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990; aktueller Gerber, Nie wieder Deutschland?, S. 115 ff.

[23] Die Arbeit wählt damit ein anderes Verfahren als März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst.

[24] In der Rede von „Dissidenten" und „Dissidenz" folgt die Arbeit der Definition von Detlef Pollack und Jan Wiegohls, die etwa Robert Brier (Entangled Protest. Dissent and the Transnational History of the 1970s and 1980s, in: Robert Brier [Hg.]: Entangled Protest. Transnational Approaches to the History of Dissent in Eastern Europe and the Soviet Union, Osnabrück 2013, S. 11–42, hier S. 17) pragmatisch adaptiert. Demzufolge bezeichnen Dissidenten und Dissidenz „all discourses and activities that were critical of the regime and that constituted, or wished to constitute, an autonomous sphere of public, political and cultural communication outside of the official institutions of the party state and which in so doing openly denied the claim of the regime to full control of public life" (Detlef Pollack/Jan Wiegohls: Introduction, in: Detlef Pollack/Jan Wiegohls [Hg.]: Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition, Burlington, VT 2004, S. ix–xvii, hier S. xiii).

und veränderte Erwartungen aufzeigen zu können. Auf diese Weise zeigt sich bspw., dass viele (aber nicht alle) Solidarność-Unterstützer der frühen 1980er Jahre sich in späterer Zeit auch für Dissidenten etwa in der DDR einsetzten. Eine solche Perspektive bringt im Vergleich zu einem ebenfalls denkbaren parteiengeschichtlichen oder einzelbiografischen Vorgehen notwendigerweise eine gewisse Unschärfe des Untersuchungsgegenstandes mit sich, trägt jedoch der Zersplitterung der Linken Rechnung und ermöglicht, eine große Breite politischer Positionen, vor allem aber auch Verbindungslinien zwischen diesen sowie wechselnde Allianzen abzubilden. An einzelnen Stellen (Kap. III.2 und IV) wird der Blick zudem auf ein breiteres politisches Feld erweitert, um den „*Crossover*-Dialog einer pluralen Linken über Partei-, Organisations- und Ländergrenzen hinweg“[25] vollständiger einzufangen und die Rolle (ehemaliger) Solidarność-Unterstützer besser einordnen zu können.

Neben einer systematischen Analyse historischer Enttäuschungserfahrungen bietet die Arbeit damit einen Beitrag primär zur politischen Linken in der bundesrepublikanischen Geschichte, und zwar im Übergang von der alten zur neuen (oder von der „Bonner“ zur „Berliner“) Republik. Dabei erfolgt eine transnationale Erweiterung der deutschen Zeitgeschichte,[26] indem blockübergreifende Transfers und Entanglements[27] einbezogen werden. Die Untersuchung tangiert darüber hinaus zahlreiche weitere Forschungsfelder, so die Emotionsgeschichte, die historische Semantik und die historische Netzwerkanalyse (s. u.).

Theoretischer Hintergrund

Um Enttäuschung geschichtswissenschaftlich zu analysieren, bedarf es eines theoretisch fundierten Instrumentariums. Von Reinhart Koselleck stammen die metahistorischen Kategorien „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“,[28] mit denen sich die Zeitwahrnehmungen historischer Akteure beschreiben lassen. Sie erlauben es, zu untersuchen, auf welche Weise Vorstellungen von der Zukunft und Deutungen der Vergangenheit in einer jeweiligen Gegenwart ineinanderflossen und sich wechselseitig beeinflussten. Enttäuschung lässt sich in diesem theoretischen Rahmen als ein spezifischer Ausdruck der Spannung zwischen Erfahrungsraum und Erwartungshorizont verstehen und als *Kollision von positiver Erwartung und negativer Erfahrung* definieren. Die Arbeit geht damit von einem analytischen Begriff von Enttäuschung aus, der es erlaubt, sich vom Quellenbegriff zu lösen

[25] Philipp Kufferath: Peter von Oertzen (1924–2008). Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017, S. 15.

[26] Zum Nutzen transnationaler Perspektiven auf die deutsche Zeitgeschichte vgl. Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlef Siegfried: Deutsche Zeitgeschichte – transnational, in: dies. (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte – transnational, Göttingen 2015, S. 11–26, hier besonders S. 14 f.

[27] Zu diesem Ansatz vgl. Brier, Entangled Protest.

[28] Reinhart Koselleck: Erfahrungsraum und Erwartungshorizont. Zwei historische Kategorien, in: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1989, S. 349–375.

und einen umfassenderen Blick auf das bezeichnete Phänomen zu werfen. Es ist damit nicht unbedingt erforderlich, dass sich in den Quellen die Rede von „Enttäuschung" findet. Vielmehr interessieren solche Aussagen, die eine Diskrepanz zwischen Erwartung und Erfahrung erkennen lassen. Von Bedeutung sind insbesondere auch solche Zeugnisse, die auf eine Veränderung von Erwartungen im Ablauf der Zeit hinweisen.

Die Arbeit stellt dabei auch die emotionale Qualität von Erwartungen in Rechnung. Emotionsgeschichtliche Studien verweisen auf die soziale und kulturelle Geprägtheit von Gefühlen und haben die historische Wandelbarkeit von Emotionsvorstellungen aufgezeigt.[29] Sie haben ein Verständnis von Gefühlen entwickelt, demzufolge Emotionen nichts Festes und Starres sind, sondern grundsätzlich mittels „emotion work"[30] bzw. Emotionsmanagement hervorgebracht und modelliert werden. Die Arbeit gebraucht diese Perspektive, um die emotionale Seite von Erwartung und Enttäuschung mit zu berücksichtigen. Ferner nutzt sie diese, um ein dynamisches Verständnis von Erwartungen zu entwickeln. Demnach sind Erwartungen ebenfalls als fluide und modellierbar anzusehen. Die vorliegende Untersuchung fasst dies im Begriff des *Erwartungsmanagements*,[31] um den Auf-, Ab- und

[29] Vgl. die Forschungsberichte von Nina Verheyen: Geschichte der Gefühle (2010), http://docupedia.de/zg/verheyen_gefuehle_v1_de_2010 [21. 01. 2019], und Bettina Hitzer: Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen (2011), www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1221 [21. 01. 2019]. Für einen umfassenden Überblick vgl. Jan Plamper: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte, München 2012.

[30] Arlie R. Hochschild, Emotion Work, Feeling Rules, and Social Structure, in: The American Journal of Sociology 85 (1979), S. 551–575. Hochschild definiert „emotion work" als „the act of trying to change in degree or quality an emotion or feeling" (S. 561). Zur Brauchbarkeit dieses Begriffs vgl. Verheyen, Geschichte der Gefühle, o. P.

[31] Der Begriff begegnet des Öfteren in wirtschaftswissenschaftlichen Kontexten (vgl. etwa Gunda-Alexandra Detmers: Expectation Management of Central Banks, FU Berlin, Diss. 2016; Andrea Graf/Markus Stiglbauer: Corporate Governance und Erwartungsmanagement. Eine Untersuchung in DAX, TecDAX, MDAX und SDAX, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 60 [2008], Nr. 6, S. 598–619). Der Ökonom Axel Müller definiert für den Bereich der Human Resources wie folgt: „Erwartungsmanagement ist in Übereinstimmung mit der Unternehmens- und Personalstrategie ein Instrument zur Zielbildung, Formulierung, Kommunikation und Steuerung von antizipativen und normativen Erwartungen seitens des Unternehmens und im Unternehmen." (Axel Müller: Kompetenzträger 50plus – Erwartungen älterer Mitarbeiter, in: Michael Göke/Thomas Heuke [Hg.]: Wirtschaftliche Implikationen des demografischen Wandels. Herausforderungen und Lösungsansätze, Wiesbaden 2013, S. 461–475, hier S. 471). Für die Soziologin Gina Atzeni beinhaltet der Begriff dagegen „gerade keine intentionale Steuerungsidee" (Gina Atzeni: Professionelles Erwartungsmanagement. Zur soziologischen Bedeutung der Sozialfigur Arzt, Baden-Baden 2016, S. 281). Für einen geschichtswissenschaftlichen Zugriff auf Enttäuschung machen den Begriff Bernhard Gotto (Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre, Berlin/Boston 2018, S. 80 ff.), Sebastian Rojek (Versunkene Hoffnungen. Die Deutsche Marine im Umgang mit Erwartungen und Enttäuschungen 1871–1930, Berlin/Boston 2017) und Anna Ullrich (Von „jüdischem Optimismus" und „unausbleiblicher Enttäuschung". Erwartungsmanagement deutsch-jüdischer Vereine und gesellschaftlicher Antisemitismus 1914–1938, Berlin/Boston 2019, hier grundlegend S. 4) nutzbar.

Umbau von Erwartungen als aktiven Prozess in den Blick zu nehmen. Sie unterscheidet idealtypisch zwischen zwei Formen dieses Prozesses, die eng miteinander verwoben sind:

- von *Erwartungstransformationen* spricht sie, wenn Erwartungen sich wesentlich änderten oder bisherige Erwartungen von neuen Erwartungen abgelöst wurden;
- von *Erwartungsverlagerungen* spricht sie, wenn Erwartungen im Wesentlichen erhalten blieben, jedoch von einem Objekt (sei es eine Person, eine Gruppe oder Partei, eine Initiative oder ein Land) abgezogen und auf ein anderes übertragen wurden.

Analyseebenen

Um die Untersuchung von Erwartungstransformationen und -verlagerungen zu operationalisieren, schließt die Untersuchung an zwei Forschungsrichtungen an:

1. *Historische Semantik:* Soweit vergangene Erwartungen primär in sprachlicher Form greifbar sind, kommt Begriffen hohes Gewicht zu, in denen sich Erwartungen verdichteten und an denen diese sich besonders gut ablesen lassen.[32] Für die vorliegende Arbeit sind insbesondere „geschichtliche Grundbegriffe“[33] wie „Revolution“ und „Sozialismus“ relevant, deren Gebrauch und Konjunktur als Objekte von „Sprachpolitik“[34] im „semantische[n] Kampf“[35] der politischen Akteure an markanten Punkten detailliert untersucht wird. Ein besonderes Augenmerkt gilt Wandlungen im Gebrauch und Bedeutungsgehalt von Begriffen, da sich an ihnen Erwartungstransformationen ablesen lassen. Von Bedeutung sind daher auch Begriffe aus der politischen Gegenwartssprache wie „Dritter Weg“ und „Zivilgesellschaft“, die im Untersuchungszeitraum Umdeutungen erfuhren oder überhaupt erst neu entstanden. Der Untersuchung liegt ein erweitertes Verständnis begriffsgeschichtlicher Analyse zugrunde, wie es im Ansatz der *Political Languages* entwickelt wurde.[36] Diesem Ansatz geht es weniger um eine lexikalische Zurückverfolgung von Begriffsursprüngen bis in frühere Jahrhunderte. Vielmehr steht der diskursive Wortgebrauch im Rahmen politischer Kommunikation im Zentrum, wodurch bspw. Begriffsfelder und -netze

[32] Den Mehrwehrt der historischen Semantik zur Erforschung auch der jüngeren Vergangenheit betont etwa Christian Geulen: Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: ZF 7 (2010), Nr. 1, S. 79–97.

[33] Vgl. als Standardwerk Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, 8 Bde., Stuttgart 1975.

[34] Oliver Nachtwey: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009, S. 42.

[35] Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, S. 113.

[36] Vgl. Willibald Steinmetz (Hg.): Political Languages in the Age of Extremes, Oxford [u. a.] 2011.

ins Blickfeld rücken.[37] Martina Steber hat diesen Ansatz jüngst auf deutsche und britische „Sprachen des Konservativen" in der Zeit des Kalten Krieges angewendet.[38] Für die politische Linke fehlt es dagegen noch an aktuellen, analogen Untersuchungen.[39]

2. *Historische Netzwerkanalyse:* Eine heterogene und zugleich changierende Gruppe von Akteuren zu untersuchen, erfordert, Gemeinsamkeiten sichtbar und Zuordnungen plausibel zu machen. Die Arbeit greift hierfür auf neuere Ansätze der historischen Netzwerkanalyse zurück. Dies scheint schon deshalb sinnvoll, weil gerade im Blick auf die politische Linke immer wieder etwa von „Kontakt-Netzwerke[n]" die Rede ist – zumeist jedoch eher metaphorisch und jedenfalls ohne Rückgriff auf digitale Analysetools.[40] Die vorliegende Untersuchung bezieht, ohne sich schon als Beitrag zur historischen Netzwerkanalyse zu verstehen, deren Möglichkeiten ein und kombiniert sie mit weiteren Ansätzen. Um die oben angesprochene heterogene Akteursgruppe zu analysieren und chronologisch weiterzuverfolgen, aggregiert sie Informationen über die Beteiligung von Individuen an zentralen Aktionen und Initiativen. Diese Informationen wurden formalisiert, maschinenlesbar gemacht und in eine Datenbank eingespeist, die gut 1 600 Personen mit rund 20 Ereignissen korreliert. So aufbereitet, konnten die Daten in die Netzwerkanalyse-Software Gephi überführt werden, die eine Visualisierung und detaillierte Untersuchung personeller Verbindungslinien erlaubt.[41] Auf personeller Ebene wird dadurch ein dynamisches Netzwerk von knapp 100 linken Aktivisten, Akademikern und (Berufs-)Politikern sichtbar, die unter wandelnden Bedingungen in wechselnden Handlungsräumen, Personenkonstellationen und Erwartungsgemeinschaften teils wiederkehrend zusammenarbeiteten (s. Anhang Abb. 1). Umgekehrt lässt sich mithilfe sogenannter *Heatmaps* die Nähe und

[37] Vgl. Willibald Steinmetz: Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen, in: ders. (Hg.): Politik. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt am Main 2007, S. 9–40.

[38] Martina Steber: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin/Boston 2017.

[39] Jedoch existieren ältere historisch-semantische Studien; vgl. etwa zum Sozialismusbegriff neben dem Eintrag in den *Geschichtlichen Grundbegriffen* auch Wolfgang Schieder: Der Mythos vom „wahren Sozialismus", in: Helmut Liede/Jean-Paul Lehners (Hg.): Sozialismus – das Ende einer Utopie?, Luxembourg 1994, S. 123–130; Wolfgang Schieder: Sozialismus – kaum mehr als ein Wort, in: Merkur 45 (1991), Nr. 507, S. 546–551; ders.: „Sozialismus" oder „Sozialdemokratie"? Zur Begriffsgeschichte einer politischen Parteibezeichnung im 19. Jahrhundert, in: Jürgen Brummack (Hg.): Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte. Festschrift für Richard Brinkmann, Tübingen 1981, S. 474–488.

[40] So bei Kufferath, Peter von Oertzen (Zitat: S. 15) sowie bei: ders., Netzwerke als strategische Allianzen und latente Ressource. Etablierungsversuche der linken Opposition im SPD-Milieu nach 1945, in: AfS 53 (2013), S. 245–268.

[41] Zum Nutzen historischer Netzwerkanalyse für die Geschichtswissenschaft vgl. Marten Düring/Linda von Keyserlinck: Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften. Historische Netzwerkanalyse als Methode für die Erforschung von historischen Prozessen, in: Rainer Schützeichel (Hg.): Prozesse. Formen, Dynamiken, Erklärungen, Wiesbaden 2015, S. 337–350; ausführlicher und zu methodischen Fragen künftig Marten Düring/Ulrich Eumann/Martin Stark: Handbuch Historische Netzwerkforschung, Berlin/Wien/Münster 2016.

Entfernung von Netzwerkelementen zueinander mittels abgestufter Farbintensitäten visualisieren und nachvollziehen, welche Personen an einem bestimmten Ereignis beteiligt waren und welche personelle Schnittmengen und Verbindungslinien in Bezug auf die übrigen betrachteten Ereignisse bestanden. Dazu erhält das zur Betrachtung ausgewählte Ereignis (nennen wir es Ereignis 1) die jeweils dunkelste Einfärbung, alle direkt an ihm beteiligten Personen (Gruppe A) die nächsthellere Tönung. Wiederum eine Stufe heller erscheinen alle Ereignisse (Menge 2), an denen mindestens eine Person aus Gruppe A beteiligt war, eine weitere Stufe heller alle Personen (Gruppe B), die an mindestens einem der Ereignisse aus Menge 2 beteiligt waren – und so weiter. In der Gesamtschau der *Heatmaps* lassen sich somit zentrale, wiederholt engagierte Akteure herausfiltern, und es treten historische Ereigniszusammenhänge zutage, die bislang überwiegend im Dunkeln lagen, soweit die betreffenden Ereignisse überhaupt Forschung evoziert haben.

Untersuchungsfelder

Die Arbeit analysiert die Erwartungen und Enttäuschungen westdeutscher Linker auf vier miteinander verknüpften Untersuchungsfeldern. Dafür wurden markante Punkte herausgefiltert, an denen Aktivitäten sich verdichteten und an denen Erwartung und Enttäuschung sich besonders gut aufzeigen lassen. Neben der Unterstützungsarbeit für Solidarność (1980–1983) sind dies die Diskussionen über die Reformpolitik Michail Gorbatschows (ab 1985), über die „Revolution" in der DDR und die Vereinigung Deutschlands (1989/90) sowie über die Folgen des „realsozialistischen" Zusammenbruchs für die westdeutsche Linke (Anfang der 1990er Jahre). Diese vier Untersuchungsfelder repräsentieren zum einen unterschiedliche Länder und Personen, auf die sich die Aufmerksamkeit zu bestimmten Zeitpunkten fokussierte und auf die sich Erwartungen verlagerten. Sie bezeichnen aber auch die Zielländer konkreter blockübergreifender Aktionen, bei denen westdeutsche Linke mit Dissidenten (aber auch Vertretern der Führungen) aus dem Ostblock interagierten und an die sie bestimmte Erwartungen knüpften.

Forschungsstand[42]

Bislang existieren keine Untersuchungen, die für die westdeutsche Linke systematisch nach Enttäuschung im Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus" fragen. Dennoch kann die vorliegende Arbeit auf eine Reihe von Studien aufbauen, in denen Erwartungen und Enttäuschungen auf andere Weise, oftmals implizit oder nur am Rande thematisiert werden. Einige Titel wurden weiter oben bereits genannt. Unter diesen fällt am stärksten die politikwissenschaftliche Dissertation Jan Gerbers ins Gewicht. Gerber betrachtet einen kleinen Teil der radikalen Lin-

[42] Forschungsliteratur konnte in der Regel nur bis Sommer 2016 berücksichtigt werden.

ken, aus dem in den Umbruchsjahren 1989/90 eine „antideutsche" Strömung hervorging. Dabei tangiert er auch einige Gruppen, die in der vorliegenden Arbeit eine Rolle spielen. Allerdings beschränkt er sich auf einen engen Zeitrahmen, der nur wenig um den Zusammenbruch des Ostblocks herumreicht.[43] Ebenfalls wegweisend ist die Dissertation von Michael März, der die westdeutsche Linke Ende der 1970er Jahre in einer Umbruchsphase untersucht. März tut dies, ähnlich wie die vorliegende Arbeit, anhand ausgewählter Initiativen und Veranstaltungen, wodurch er ein breites Spektrum – so die von ihm gewählte Bezeichnung – unterschiedlicher Gruppen und Personen gebündelt betrachtet kann.[44]

Auch die Bücher von François Furet, Samuel Moyn, Jan Eckel und – autobiografisch geprägt – von Gerd Koenen enthalten Hinweise auf Erwartungen und Enttäuschungen im hier zugrunde gelegten Verständnis.[45] Furet, Moyn und Eckel orientieren sich allerdings in den einschlägigen Passagen eher an der französischen Linken. Dies schränkt ihren Wert für die vorliegende Arbeit insofern ein, als Ulrike Ackermann wesentliche Unterschiede zwischen der französischen und westdeutschen Linken im Umgang mit dem „real existierenden Sozialismus" gerade im letzten Jahrzehnt seiner Existenz herausgearbeitet hat.[46] Eher in Bezug auf Sachinformationen nützlich sind manche Titel aus den 1990er Jahren,[47] die erkennbar im Kontext der „Aufarbeitung" des Kommunismus nach 1989 entstanden, welche stark politisch aufgeladen war und inzwischen selbst historisiert wird.[48]

Auf den einzelnen Untersuchungsfeldern kann die Untersuchung auf umfangreiche Literatur etwa zur polnischen Solidarność, zur Reformpolitik Gorbatschows, zur „friedlichen Revolution" in der DDR und zum Prozess der deutschen Vereinigung aufbauen. Auch die Literatur zu einzelnen Parteien und Gruppen, insbesondere zur SPD und zu den Grünen, bietet der Arbeit eine Basis. Die umfangreiche Forschung zur Deutschland- und Ostpolitik ist ebenso einschlägig wie Studien zu den transnationalen Beziehungen westdeutscher Akteure Richtung Osten. Auf die jeweiligen Forschungsstände wird stets an Ort und Stelle verwiesen.

Bei der Untersuchung von Erwartung und Enttäuschung besonders hilfreich sind Arbeiten über die Linke, die kulturwissenschaftliche Perspektiven entwickeln oder einbeziehen. Insbesondere die jüngeren Monografien von Uwe Sonnenberg

[43] Gerber, Nie wieder Deutschland?.

[44] März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst.

[45] Vgl. Furet, Das Ende der Illusion; Moyn, The Last Utopia; Eckel, Die Ambivalenz des Guten; Koenen, Das rote Jahrzehnt; ders.: Von 1968 nach 1989 und zurück, S. 5–16; ders., Die Farbe Rot.

[46] Ulrike Ackermann: Sündenfall der Intellektuellen. Französische und deutsche Wahrnehmungen der Dissidenz, in: Hans-Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März (Hg.): Wechselwirkungen Ost–West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln 2007, S. 139–148; ausführlicher dies.: Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit.

[47] So Wolfgang Jäger/Ingeborg Villinger: Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, Freiburg i. Br. 1997.

[48] Vgl. hierfür bezogen auf die DDR Carola S. Rudnick: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989, Bielefeld 2011.

und Sven Reichardt, die das „schwer zu fassende Spektrum“[49] der westdeutschen Linken resp. das „linksalternative Milieu“[50] anhand charakteristischer Distributions- bzw. Vergemeinschaftungspraktiken aufschlüsseln, helfen, den Blick von einzelnen Parteien und ideologischen Auseinandersetzungen zu lösen und geben den Blick frei auf vielfältige Schnittmengen und Verbindungslinien innerhalb eines zersplitterten Feldes. Dies gilt auch für emotionsgeschichtliche Studien zur Linken,[51] die das Verbindende gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen verdeutlichen und an die sich bei der Analyse von Erwartung und Enttäuschung auch methodisch anknüpfen lässt.

In historisch-semantischer Perspektive liegen zu einigen einschlägigen Begriffen ausführliche Darstellungen vor, wenn auch viele Titel – so das Standardwerk *Geschichtliche Grundbegriffe* – aus der Zeit vor oder um 1989 stammen, das heißt teils aktualisierungsbedürftig sind. Anknüpfen kann die Arbeit an jüngere Studien zur transnationalen Karriere des Zivilgesellschaftsbegriffs, die Hinweise auf Erwartungstransformationen geben und sich mit Blick auf die Genese des deutschen Neologismus weiterführen lassen. Methodisch weiterführend sind auch Arbeiten zum autobiografischen Erzählen aus unterschiedlichen Disziplinen. So lassen sich Volker Depkats Analysen der Memoirenproduktion nach 1945[52] mit der soziologischen Kategorie „biographisches Kapital“[53] zusammendenken, um die Rolle von Experten innerhalb analysierten Debatten und aufgezeigten Personen- und Ereigniskonstellationen zu fassen.

Quellen

Die Quellen, die über das Verhältnis von Hoffnung und Enttäuschung Aufschluss geben können, sind vielfältig. Sie umfassen prinzipiell alle Zeugnisse, in denen vergangene Erwartungen artikuliert oder reflektiert werden. Das Spektrum reicht von Briefen und Tagebüchern über Sitzungsprotokolle bis hin zu zeitgenössischen Periodika und Monografien. Der Untersuchungsgegenstand, insbesondere die Heterogenität der betrachteten Akteursgruppe, bedingt dabei eine äußerst verstreute Überlieferung. Ausgewertet wurden deshalb Akten aus vierzehn Archiven im In- und Ausland, wobei die Parteiarchive von SPD und Grünen in Bonn bzw. Berlin

[49] Uwe Sonnenberg: Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren, Göttingen 2016, S. 11.

[50] Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 14 u. passim.

[51] Joachim C. Häberlen/Jake P. Smith: Struggling for Feelings. The Politics of Emotions in the Radical New Left in West Germany, c. 1968–84, in: Contemporary European History 23 (2014), Nr. 4, S. 615–637.

[52] Volker Depkat: Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München 2007.

[53] Die Arbeit orientiert sich dabei am Begriffsverständnis bei Irini Siouti: Transnationale Biographien. Eine biographieanalytische Studie über Transmigrationsprozesse bei der Nachfolgegeneration griechischer Arbeitsmigranten, Bielefeld 2014, S. 213, Anm. 1.

den Schwerpunkt bildeten. Hier fanden sich Tischvorlagen, Konzeptpapiere und Korrespondenzen, die die internen Diskussionen politischer Funktionsträger erhellen, aber auch Bürgerzuschriften, die die Außendarstellung getroffener Entscheidungen auf einer Mikroebene verfolgen lassen. Demgegenüber halfen zeitgenössische Publikationen ebenso wie die Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages dabei, die Etablierung neuer Begriffe oder Begriffsverständnisse in einer breiteren Öffentlichkeit aufzuzeigen. Gleiches gilt, allerdings mit geringerer Reichweite, für „Graue Literatur" (Flugblätter, Plakate, Zeitschriften in Kleinstauflage etc.) aus sogenannten Bewegungsarchiven. Nur ergänzend herangezogen wurden hingegen Geheimdienstinformationen aus der Stasi-Unterlagen-Behörde, da in ihnen stets die Perspektive (und Begriffswahl) der Verfolgungsorgane mitschwingt und den Quellenwert insofern einschränkt. Interviews und Korrespondenzen mit Zeitzeugen wurden nur zur Klärung von Detail- und Faktenfragen geführt, da rückblickende (Selbst-)Deutungen für den Aufweis vergangener Erwartungen und Enttäuschungen keine verlässliche Quelle sind. Aus dem gleichen Grund wurden jüngere Memoiren nur in Einzelfällen herangezogen.

Grundsätzlich war die Archivarbeit mit den für die gegenwartsnahe Zeitgeschichte üblichen Problemen konfrontiert. Aufgrund von Sperrfristen und Zugriffsbeschränkungen konnten nicht alle gewünschten Archivalien eingesehen werden. Auch waren aufgrund des geringen Abstands zur Gegenwart manche Bestände noch nicht erschlossen, sodass eine gezielte Recherche nicht möglich war und allein Zufallstreffer erzielt wurden. Viele Überlieferungen erwiesen sich als zersplittert, konnten jedoch aus den Beständen mehrerer Archive zusammengeführt werden. So erfolgte die Untersuchung der Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre anhand von Materialen aus acht Archiven (AdsD, AGG, APO-Archiv, FSO, HIS, LUH, RHG, StAufarb).

Aufbau der Arbeit

Der Aufbau des Buches orientiert sich an den vier oben skizzierten Untersuchungsfeldern. Kapitel II widmet sich der *Solidarität mit Solidarność*, Kapitel III den Reaktionen auf die Politik Michail Gorbatschows. Kapitel IV behandelt die Auswirkungen der „Revolution" und Vereinigung in Deutschland, Kapitel V die Folgen des „realsozialistischen" Zusammenbruchs für die westdeutsche Linke. Jedes Kapitel zerfällt in mehrere Unterkapitel, deren Zahl gegenstandsabhängig variiert. Die Untergliederung folgt sowohl inhaltlichen als auch systematischen Gesichtspunkten. Zentralen Ereignissen sind Netzwerkgrafiken beigeordnet, um den Kreis der Beteiligten und die Verbindungslinien zu anderen Ereignissen und Personen zu verdeutlichen. Der Anhang beinhaltet eine Netzwerktabelle, die die Gesamtheit der gut 1 600 erfassten Personen nachweist.

II. „Solidarność ist für uns auch ein Beispiel sozialistischer Demokratie“[1] – linke Polen-Hilfe um 1980/81

1. Erwartungsbrüche an der Wende zu den 1980er Jahren

Der Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren kommt zunehmend als eine Zeit tiefgreifender politischer, ökonomischer und kultureller Veränderungen in den Blick. Frank Bösch hat speziell das Jahr 1979 als Moment einer Verdichtung globaler „Umbrüche in die Gegenwart“ herausgehoben – markiert etwa von der Iranischen Revolution, dem zweiten Ölpreisschock und dem Amtsantritt Margaret Thatchers in Großbritannien.[2] Komplementär dazu existieren für die Bundesrepublik prominente Niedergangserzählungen: Das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ der SPD-geführten Bundesregierungen näherte sich seinem Ende,[3] und das „rote Jahrzehnt“ der kommunistischen Kadergruppen, ihrerseits Produkte der 68er-Bewegung, klang nach dem „Deutschen Herbst“ endgültig aus.[4] Gleichzeitig entstand mit den Grünen eine neue Parlamentspartei, die Teile der zerfallenden „Neuen Linken“ in sich aufnahm, auch wenn sie sich einer Rechts-Links-Kategorisierung anfangs zu entziehen suchte.[5] So wie vieles dafür spricht, die Transformationen der westlichen Industriegesellschaften seit den 1970er Jahren[6] in eine „krisenhafte Inkubationszeit“ vor 1989 und eine anschließende Phase beschleunigter Neoliberalisierung zu unterteilen,[7] scheint zumindest in der bun-

[1] [o. V.:] Solidarität mit Solidarnosc, in: Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność. Reiseberichte Interviews, Dokumente, Frankfurt am Main 1981, S. 5 f., hier S. 6 (Schreibweise im Original: „Solidarnosc ist für uns auch ein Beispiel sozialistischer Demokratie“).

[2] Frank Bösch: Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: ZF 9 (2012), Nr. 1, S. 8–32, hier S. 8 f.

[3] Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011. Zur Kritik an Faulenbachs eng auf parteipolitische Aspekte fokussierte Perspektive vgl. etwa Jan Hansen: Rezension zu: Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, in: H-Soz-Kult, 03. 01. 2012, URL: http://www.hsozkult.de/hfn/publicationreview/id/rezbuecher-17609 [15. 12. 2014].

[4] Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001. Vgl. Koenens Schilderung seines Polen-Besuch 1981 als „Ende einer revolutionären Dienstreise“ (ebd., S. 13).

[5] Vgl. Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

[6] Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen ^{3}2012.

[7] Thomas Schlemmer: Der diskrete Charme der Unsicherheit. Einleitende Bemerkungen, in: ders./Morten Reitmayer (Hg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, S. 7–12, hier S. 11.

desrepublikanischen Geschichte die Wende zu den 1980er Jahren einen weiteren, vorgängigen Einschnitt zu markieren[8] – nicht zuletzt für den linken Teil des politischen Spektrums, der hier in einer Scharnierzeit zu beobachten ist.[9]

Die Formierung der polnischen unabhängigen Gewerkschaft Solidarność liegt im Schnittfeld dieser bruchhaften Entwicklungen, mit denen sie gleichwohl – jenseits der internationalen Beziehungen[10] – bislang kaum ins Verhältnis gesetzt wurde.[11] Sie selbst gewinnt rückblickend ihre Logik als einer der Höhepunkte jener antikommunistischen Protestwelle, die schließlich zum Ende des „real existierenden Sozialismus“ beitrug.[12] In dieser Sicht gehört die Gründung der Solidarność zur Vorgeschichte des Jahres 1989 (und damit der Gegenwart) und läutete das letzte Jahrzehnt kommunistischer Herrschaft in Europa ein. Von der Wahl des Solidarność-Politikers Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Regierungschef im Ostblock Mitte 1989 wird, trotz innerer Brüche, häufig ein Bogen bis zu den Streiks, die Polen im August 1980 erschütterten, und zur Formierung der Solidarność zurück geschlagen – unbeschadet der gewaltsamen Niederschlagung der Opposition durch die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 und des jahrelangen Verbots der unabhängigen Gewerkschaft.[13]

[8] Zu den 1980er Jahren als eigenständige Phase der bundesrepublikanischen Geschichte vgl. Dietmar Süß/Meik Woyke: Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: AfS 52 (2012), S. 3–20, sowie die übrigen Beiträge des Bandes. Als Standardwerk zur alten Bundesrepublik in Helmut Kohls Regierungszeit vgl. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006.

[9] Für die Jahre nach dem „Deutschen Herbst“ als Scharnierzeit in der Geschichte der westdeutschen Linken vgl. Michael März: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates“, 1977–1979, Bielefeld 2012. März orientiert sich bei seiner Definition der Linken an den Selbstbezeichnungen und -verständnissen der Akteure und erfasst somit ein überwiegend jenseits der SPD liegendes Spektrum (vgl. ebd., S. 45 ff.). Seine übergeordnete Beobachtung kann jedoch als symptomatisch auch für eine breiter verstandene Linke gelten.

[10] Auf diesem Gebiet werden die Afghanistan-Invasion der Sowjetunion, der NATO-Doppelbeschluss und die „Polen-Krise“ um Solidarność häufig als Signa eines „Zweiten Kalten Krieges“ zusammengefasst (vgl. etwa Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: dies. [Hg.]: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 7–29, hier S. 8). Faulenbach (Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 698) spricht von den polnischen Ereignissen in Kombination mit dem amerikanischen Abrücken von der Entspannung nach dem sowjetischen Afghanistan-Einmarsch als einer „Doppelkrise“.

[11] Bösch (Umbrüche in die Gegenwart, S. 8) erwähnt allerdings den Papst-Besuch in Polen 1979 als zusammengehörig mit der späteren Oppositionsbewegung und bettet Solidarność insofern in die globalen Wandlungen an der Wende zu den 1980er Jahren ein.

[12] Vgl. Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 35 f.

[13] Zur Ereignisgeschichte der unabhängigen Gewerkschaft und zu den 1980er Jahren als „Jahrzehnt der Solidarność“ vgl. Włodzimierz Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 360 ff., sowie ausführlich Hartmut Kühn: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999. Als innere Brüche der umrissenen Entwicklung nennen beide Autoren vor allem das Verbot und die Wiederzulassung der Soli-

Dieses Narrativ ist fest etabliert und vielfach ausführlich begründet worden, sodass es hier nicht weiter besprochen werden muss. Es interessiert stattdessen ein anderer Punkt, der dieses Narrativ ergänzen kann. Kehrt man nämlich die Blickrichtung um und fragt nach den zeitgenössischen Perzeptionen und Erwartungen am Beginn der 1980er Jahre, so scheint die Bedeutung der Solidarność zunächst weniger klar gewesen zu sein. Im Gegenteil scheint die Entstehung der polnischen Gewerkschaftsbewegung in hohem Maße irritierend auf die Zeitgenossen gewirkt zu haben. Nicht nur konnte sich vor 1989 – zumal im Westen – kaum jemand einen Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus" vorstellen.[14] Sondern auch bei der Einschätzung der polnischen Ereignisse waren die Beobachter offenbar sehr viel unentschiedener.[15] Dies lassen bereits jene beiden Monografien vermuten, die Ilko-Sascha Kowalczuk zufolge die deutsche Solidarność-Perzeption in den 1980er Jahren prägten.[16] Beide zeichneten ein ambivalentes Bild der unabhängigen Gewerkschaft: Der britische Historiker und Osteuropa-Kenner Timothy Garton Ash unterstrich die weltanschauliche Heterogenität der Solidarność und charakterisierte ihr Programm als eklektizistisches „conservative-socialist-liberal manifesto" – sozialistisch (und christlich) in wirtschaftlichen und sozialen Belangen, liberal im Blick auf politische Demokratie und konservativ bei kulturellen Themen.[17] Was die Frage der Eigentumsordnung und die von Solidarność angestrebte Arbeiterselbstverwaltung betrifft, sah Garton Ash gar eine dezidiert sozialistische Tendenz: "the majority was still for 'social ownership of the means of production'. But they restored to this socialist principle a literal meaning: 'social ownership', they said, means 'ownership by society', not ownership by the socialist state; and we are society."[18] Auch der polnische Historiker Jerzy Holzer, Dissident und Autor der zweiten frühen Monografie zum Thema, erwähnte zwar die nationalen und katholischen Züge der Oppositionsbewegung, deutete die unabhängige Gewerkschaft jedoch als programmatisch links stehend. Obschon der Sozialismusbegriff im Solidarność-Programm gefehlt habe, sei eine „wirkliche Vergesell-

darność, zumal letztere als Ausdruck einer Autoritätskrise der PVAP im Zuge der Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen in der polnischen Wirtschaft zu sehen ist.

[14] Vgl. hierzu etwa Wirsching, Der Preis der Freiheit, S. 27.

[15] Dass Anfang der 1980er Jahre das Ende des „real existierenden Sozialismus" nicht voraussehbar war, konstatieren selbst Akteure, die für sich reklamieren, im Kontext der Solidarność bereits Anfang der 1980er Jahre ein „gewisses Sensorium für die bevorstehenden Umwälzungen im sowjetischen Machtbereich" entwickelt zu haben – so etwa Gerd Koenen (Die APO, ihre Erben und die DDR, in: Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März [Hg.]: Wechselwirkungen Ost–West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 129–138, hier S. 137; ders.: Zeitsprünge, Gedankensprünge. Betrachtungen zur Weltgeschichte der letzten dreißig Jahre. Aus Anlass des Abschieds von der „Kommune", in: Kommune 30 [2012], Nr. 6, S. 142–149, hier S. 142 f.)

[16] Ilko-Sascha Kowalczuk: Rezension zu: Kühn, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarnosc. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999, in: H-Soz-Kult, 02. 03. 2000, URL: http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-218 [08. 11. 2014].

[17] Timothy Garton Ash: Solidarity. The Polish Revolution, New York 1984, S. 231.

[18] Ebd., S. 227.

schaftung des Verwaltungs- und Wirtschaftssystems“ gefordert und ausdrücklich an die „Traditionen der Arbeiterschaft und der Demokratie in der Arbeitswelt“ angeschlossen worden. „Ganz offensichtlich ging es [...] um die Arbeiter- und Demokratietraditionen der Jahrzehnte der sozialistischen Bewegung Polens, besonders der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften“, so die zeitnahe Einschätzung Holzers.[19] Insbesondere die Vorstellungen von einer Selbstverwalteten Republik seien zwar „weit über die Spielregeln des ‚real existierenden Sozialismus‘“ hinausgegangen, „wichen aber auch von den Regeln der westlichen kapitalistischen Systeme ab“.[20]

Die bereits zeitgenössisch konstatierte Ambivalenz der unabhängigen Gewerkschaft beschäftigt auch die heutige Forschung noch. So bemerkt der polnische Historiker Włodzimierz Borodziej, die frühe Solidarność sei „zugleich sozialistisch, sozialdemokratisch und katholisch, fundamentalistisch und reformorientiert, Gewerkschaft und nationale Partei, antikommunistische Protestbewegung, Debattierklub und institutionalisierte Bürgergesellschaft“ gewesen, weshalb sie sich selbst im Abstand von mehreren Jahrzehnten „einer eindeutigen Zuordnung“ entziehe.[21] Hartmut Kühns Standardwerk vermittelt ebenfalls ein ambivalentes Bild der unabhängigen Gewerkschaft, und seine Ausführungen illustrieren insbesondere die Brüche in deren Geschichte – deuten sie doch verschiedentlich darauf hin, dass keineswegs selbstverständlich von „der“ Solidarność im Singular gesprochen werden kann, sondern dass nach langem Verbot 1988/89 eine in Vielem ganz andere Organisation, wenn auch unter gleichem Namen und teils mit demselben Personal, die politische Bühne betrat.[22] Der frühen, „ersten“ Solidarność hat indes aus wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive Joachim von Puttkammer eine „genuin reformsozialistische Tendenz“ attestiert (die sogar das Kriegsrecht überdauert und Eingang in frühe Reformmaßnahmen des Regimes gefunden habe)[23] – wenig passend scheinbar zu den nationalkatholischen Zügen der Gewerkschaftsbewegung. Indes konstatiert Geoff Eley eine Differenz zwischen Sprache und Symbolik auf der einen sowie Wertorientierung auf der anderen Seite: “Many Solidarity Militants gave practical expression to socialist values. Yet the language, legacies, and iconography of socialism were missing from the Solidarity’s self-representations, because Communist rule had delegitimized socialism as an available political language.”[24] Auch James Mark und Tobias Rupprecht betonen die Orientierung

[19] Jerzy Holzer: „Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985 [zuerst auf Polnisch illegal Warschau 1983], S. 337.
[20] Ebd., S. 338.
[21] Borodziej, Geschichte Polens, S. 365.
[22] Vgl. Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarność, insbesondere S. 364 ff.
[23] Johannes von Puttkammer: Der schwere Abschied vom Volkseigentum. Wirtschaftliche Reformdebatten in Polen und Ostmitteleuropa in den 1980er Jahren, in: Norbert Frei/Dietmar Süß (Hg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 158–183, hier S. 162.
[24] Geoff Eley: Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000, Oxford 2002, S. 435.

der frühen Solidarność an Arbeiterrechten, und einem „alternative democratic socialism".[25]

Angesichts dieser bleibenden Ambivalenz kann es kaum verwundern, dass die politischen Beobachter 1980/81 stark divergierende Bilder und Vorstellungen von Solidarność entwickelten. "The astonishment in the West knew no bounds", lautete die zeitnahe Feststellung Timothy Garton Ashs. "[W]estern viewers tried to adjust their mental sets to accomodate Solidarity into the categories of 'East–West', 'socialism' v. 'capitalism', Left and Right" – Kategorien, denen sich die unabhängige Gewerkschaft jedoch garade entzog. Entsprechend ergaben sich laut Garton Ash völlig gegensätzliche Interpretationen: "The Right, without a good word for trades unions at home, celebrated the Poles' heroic struggle against the tyranny of 'socialism'; the Left, the workers' heroic struggle for a 'true' socialism. Each side projected its own fantasies on to that far-away country about which so little was known."[26] Garton Ashs Rede von „fantasies" deutet an, dass hierbei divergierende Erwartungen von Bedeutung waren. Zugleich weist sie darauf hin, dass existierende Erwartungen sich als wenig adäquat erwiesen und stattdessen von der Realität der polnischen Entwicklung gebrochen wurden. Dem soll im Folgenden nachgegangen werden.

Wissenschaftliches Erwartungsmanagement

Will man sich diesem Erwartungsbruch und dem Umgang der Akteure mit ihm nähern, so lohnt zunächst ein Blick auf das Erwartungsmanagement des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst). Die in Köln angesiedelte Einrichtung beschäftigte Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen und beriet unter anderem die Bundesregierung, wobei ca. 90 Prozent der Expertisen auch publiziert wurden.[27] Zu Polen legte das BIOst in den Jahren 1980 bis 1982 mehrere Sonderveröffentlichungen vor und führte zwei Tagungen durch.[28] Die erste der Veranstaltungen fand unmittelbar nach der Streikwelle vom August 1980 statt, aus der die Solidarność hervorging. Die Ergebnisse wurden ab Mitte September veröffentlicht und von zahlreichen Tageszeitungen abgedruckt.[29] Bemerkenswert sind die Diagnosen und Prognosen, zu denen die Experten des Bundesinstituts nach den Streikereignissen gelangten.

[25] James Mark/Tobias Rupprecht: Europe's "1989" in Global Context, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hg.): Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 224–249, hier S. 232.

[26] Garton Ash, Solidarity, S. 307.

[27] Vgl. hierzu (wie zum BIOst und zu seiner Geschichte insgesamt) Heinz Brahm: Drehscheibe der Osteuropaforschung. Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, in: Osteuropa 55 (2005), Nr. 12, S. 163–175, hier S. 172 f.

[28] Vgl. Dieter Bingen: Vorwort des Herausgebers, in: ders. (Hg.): Polen 1980–1984, Baden-Baden 1985, S. 9–12, hier S. 10.

[29] Vgl. Heinrich Vogel, [Vorbemerkungen,] in: Polen 1980. Erste Analysen der Entwicklungen nach den Streiks (Sonderveröffentlichung des BIOst, November 1980), Köln 1980, o. P.

Der BIOst-Experte Heinz Timmermann sah Polen in der „schwerste[n] Krise seit 1956“,[30] erblickte jedoch in der Einigung zwischen den Arbeitern und der polnischen Führung einen „historische[n] Durchbruch“.[31] In den Forderungen der Streikenden erkannten er und seine Kollegen wesentliche Elemente eines Programms wieder, das der polnische Gesprächskreis Doświadczenie i Przyszłość (Erfahrung und Zukunft, kurz DiP)[32] entwickelt hatte. Dieser Kreis war zwei Jahre zuvor von Parteilosen und Parteimitgliedern gegründet worden und hatte inzwischen mehrere Befragungen unter Intellektuellen und Vertretern der „Intelligenz“ durchgeführt. Die Ergebnisse, die sich vielfach mit den Forderungen der Arbeiter zu decken schienen, bilanzierte Timmermann als äußerst moderat: „Wichtig ist, daß in dieser Konzeption deutlich unterschieden wird zwischen dem sozialen System des ‚Sozialismus‘ als solchem, das nicht in Frage gestellt wird, und der sich darüber wölbenden tatsächlichen Machtstruktur, die demokratisiert werden soll – nicht gegen die kommunistische Partei, sondern mit ihr.“ Genau hierin bestand laut Timmermann Übereinstimmung mit den Forderungen der Streikenden: „Auch die Arbeiter stellen das soziale System nicht in Frage“, diagnostizierte er, wenngleich sie die Gewährleistung des Streikrechts und die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften forderten.[33]

Timmermanns Einschätzung kann als Beispiel für eine Grundlinie betrachtet werden, von der die Experten des BIOst in den folgenden zwei Jahren nicht wesentlich abwichen. Auf dieser Grundlinie erschien die Solidarność-Bewegung nicht als Attacke auf die herrschende Partei oder auf den hegemonialen Anspruch der Sowjetunion, sondern als Kampf für demokratische Rechte und wirtschaftliche Verbesserungen *innerhalb* des gegebenen Systems. Zwar schätzten die Experten die Chancen für politische und wirtschaftliche Veränderungen in Polen durchaus zurückhaltend ein.[34] Gründe hierfür waren die desolate ökonomische Situation und die Grenzen nationaler Handlungsspielräume, die von den Inte-

[30] Heinz Timmermann: Reformkommunisten in West und Ost. Konzeptionen, Querverbindungen und Perspektiven (Berichte des BIOst 31/1980), Köln 1980, S. 19.

[31] Ebd., S. 21.

[32] Zur Rolle des DiP vgl. Detlef Preuße: Umbruch von unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion, Wiesbaden 2014, S. 177 f. u. 206; Helga Hirsch: Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976–1980, München 1985, S. 99 ff.

[33] Timmermann, Reformkommunisten, S. 20 f. Die Nähe zwischen den Forderungen der Arbeiter und des Kreises DiP betonte auch Dieter Bingen (Die offene Krise der Macht, in: Polen im Sommer 1981. Neue Analysen zu innen- und außenpolitischen Problemen [Sonderveröffentlichung des BIOst, August 1981], S. 1–8, hier S. 3 f., Hervorhebung im Original).

[34] So meinte Fred Oldenburg (Krisen in Polen von 1956 bis 1980 – Die Konstanten in den Forderungen der Arbeiter, in: Polen 1980. Erste Analysen der Entwicklungen nach den Streiks [Sonderveröffentlichung des BIOst, November 1980], S. 8–17, hier S. 17), es sei ein „gewisser Pessimismus unabweisbar“, da bislang im Ostblock „auf jede Phase des Aufschwungs und der Liberalität stets ein Rückfall in eine neue gesellschaftliche Depression [stattgefunden habe], die eine weitere Krise vorbereitete. Würde dieser Krisenzyklus nunmehr durchbrochen, so wäre der polnische und der internationale Kommunismus wahrscheinlich in eine neue Etappe seiner Entwicklung eingetreten.“ (Hervorhebung im Original)

ressen der UdSSR und anderer Ostblockstaaten minimiert schienen.[35] Doch unbeschadet dieser Einschränkungen kam nach dem Danziger Abkommen 1980 aus dem BIOst die Prognose:

„Diejenigen, die innerhalb und außerhalb Polens als Fazit der Entwicklung im Sommer und im Herbst 1980 eine weitere Schwächung und Diskreditierung nicht nur des ‚real existierenden Sozialismus', sondern sozialistischer Konzeptionen überhaupt erwartet oder sogar erhofft hatten, könnten sich möglicherweise getäuscht haben. Halten sich die Führung der Partei und des neuen Gewerkschaftsbundes ‚Solidarität' an die vereinbarten Prinzipien [...], könnte dies langfristig eine Grundlage für [...] eine osteuropäische (polnische) Spielart des demokratischen Sozialismus abgeben."[36]

Ein Jahr später, nach den Kongressen der PVAP und der Solidarność, sah der Leiter des BIOst die mögliche Entwicklung des „polnischen Experiments", sofern es fortgesetzt werde, immer noch auf einen „eigenen Weg zum Sozialismus"[37] hinauslaufen. Und selbst nach der gewaltsamen Niederschlagung der Opposition mittels Kriegsrecht im Dezember 1981 stufte der BIOst-Experte Dieter Bingen die unabhängige Gewerkschaft nicht als Systemopposition ein. Vielmehr resümmierte er in einem Beitrag für die Zeitschrift APuZ:

„‚Solidarność' und die mit ihr verbündeten gesellschaftlich relevanten Kräfte (Bauern, Inteligencja) waren angetreten, die Grundprinzipien der bürgerlichen Revolution unter dem Motto: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, und die soziale Revolution im Sinne einer authentischen Arbeiter-Selbst- und Mitverwaltung *in* der *sozialistischen* Volksrepublik Polen zu vollenden."[38]

Die Verantwortung für das Kriegsrecht verortete Bingen deshalb nicht bei der unabhängigen Gewerkschaft, sondern bei der polnischen Führung: „Nicht durch einen gewaltsamen Aufstand oder die Drohung eines Staatsstreichs von seiten der ‚Solidarność'", sondern angesichts der gesellschaftlichen Dynamik und des eigenen Machtverfalls habe sich die herrschende PVAP zu einer gewaltsamen Lösung entschieden.[39]

Den Experten des BIOst ist somit ein differenziertes Erwartungsmanagement hinsichtlich Solidarność zu attestieren. Die Gründung und Tätigkeit der Gewerkschaft betrachteten sie nicht als Systemattacke, sondern als Bemühen um Veränderungen innerhalb des gegebenen Ordnungsrahmens. Eine Reform des polnischen Systems galt ihnen, wenn auch in engen Grenzen, als möglich, sofern Partei und Opposition verantwortungsvoll zusammenarbeiteten. Die Verantwortung für das Kriegsrecht fiel aus ihrer Sicht nicht auf Solidarność, sondern auf die herrschenden Kommunisten in Warschau (weniger auf die in Moskau[40]).

[35] Vgl. etwa Heinrich Vogel: Vorbemerkungen, in: Polen im Sommer 1981. Neue Analysen zu innen- und außenpolitischen Problemen (Sonderveröffentlichung des BIOst, August 1981), o. P.
[36] Bernd Knabe/Alarich Scholz: Gewerkschaftspluralismus in der Volksrepublik Polen (Herbst 1980), in: Polen 1980, S. 27–35, hier S. 34.
[37] Vogel, Vorbemerkungen, o. P.
[38] Dieter Bingen: Solidarność – eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung, in: APuZ 29–30/1982, S. 3–25, hier S. 24 (Hervorhebungen: K. S.).
[39] Ebd., S. 4.
[40] Dies harmoniert mit Archivfunden der 1990er Jahre, die nachlassende Fähigkeit der Sowjetunion zu einer Intervention und überhaupt Beeinflussung der polnischen Entwicklung erkennen lassen. So meinte Andropow im Politbüro: „Selbst wenn Polen unter die Kontrolle der

Reaktionen von Regierung, SPD, „linksliberaler“ Öffentlichkeit und Schriftstellern

Ungeachtet solcher differenzierter wissenschaftlicher Einschätzungen waren die (bereits gut erforschten) Reaktionen der sozialliberalen Bundesregierung,[41] der „linksliberalen“ Öffentlichkeit,[42] der Intellektuellen und der Schriftsteller[43] ganz überwiegend (so die einhellige Meinung) von Zurückhaltung und Distanz gegenüber Solidarność geprägt, die vor allem im internationalen Vergleich auffalle.[44] Gleiches gilt auch für die öffentlichen Stellungnahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Einzelgewerkschaften – wenngleich von diesen eine massive humanitäre und praktisch-politische Hilfe für Solidarność kam, die jedoch im Stillen erfolgte und teils über Partnergewerkschaften im Ausland abgewickelt wurde („tacit solidarity“).[45] Immerhin aber unterhielt der DGB – statt zu den Staatsgewerkschaften – ab 1981 durchgängig Beziehungen zu Solidarność.[46]

Solidarność fällt, dann wird es eben so sein. […] Wir müssen uns in erster Linie um unser eigenes Land und um die Stärkung der Sowjetunion kümmern.“ (Zit. nach Wilfried Loth: Staaten und Machtbeziehungen im Wandel, in: Akira Iriye [Hg.]: 1945 bis heute. Die globalisierte Welt, München 2013, S. 15–181, hier S. 140). Allerdings gilt es als ausgemacht, dass die Verhängung des Kriegsrechts auf sowjetischen Druck hin erfolgte (vgl. Wirsching, Preis der Freiheit, S. 33).

41 Vgl. Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 540 ff.; Dieter Bingen: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998, S. 202 ff. Zur Reaktion speziell des Auswärtigen Amts vgl. Agnes Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83, München/Berlin 2015, S. 197–225.

42 Vgl. Ackermann, Französische und deutsche Wahrnehmungen, S. 144 ff.

43 Burkhard Olschowsky: Die Solidarność und das polnische Kriegsrecht in der Wahrnehmung deutscher Schriftsteller, in: Edmund Dmitrów/Tobias Weger (Hg.): Deutschlands östliche Nachbarschaften. Eine Sammlung von historischen Essays für Hans Henning Hahn, Frankfurt am Main 2009, S. 491–514, hier besonders S. 497 ff. u. 510 f.

44 Zu den westdeutschen Reaktionen insgesamt vgl. zuletzt Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 952. Ausführlich zu den öffentlichen Positionierungen vgl. Nina Dombrowsky: Solidarität mit Solidarność? Politische Reaktionen aus der Bundesrepublik auf die Entstehung der „Solidarność“ und die Ausrufung des Kriegszustands in der Volksrepublik Polen 1980–1982, in: DA 41 (2008), Nr. 1, S. 68–75. Für frühe Einschätzungen der Reaktionen vgl. Wolfgang Jäger/Werner Link: Republik im Wandel 1969–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart 1987, S. 378; Helga Haftendorn: Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß, München 1986, S. 177.

45 Friedhelm Boll/Małgorzata Świder: The FRG: Humanitarian Support without Big Publicity, in: Idesbald Goddeeris (Hg.): Solidarity with Solidarity: Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982, Lanham u. a. 2010, S. 159–190 (Zitat: S. 160). Zur westlichen Unterstützung für Solidarność vgl. den genannten Band insgesamt. Zur westdeutschen humanitären Hilfe generell vgl. Albrecht Riechers: Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982, Bonn 2006. Die diskrete Hilfe des DGB war auch der Bundesregierung bekannt (vgl. AAPD 1981, S. 1655).

46 Stefan Müller: DGB und Ostpolitik 1969–1989. Gewerkschaften als parastaatliche Akteure im Entspannungsprozess, in: Michaela Bachem-Rehm/Claudia Hiepel/Henning Türk (Hg.): Teilungen überwinden. Europäische und Internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth, München 2014, S. 223–233, hier S. 227.

Bei den Sozialdemokraten gab es nur einzelne Personen, die über Kontakte zur osteuropäischen und speziell zur polnischen Opposition verfügten.[47] Die SPD-Spitze pflegte dagegen die gesamten 1980er Jahre hindurch intensive Beziehungen zu den Machthabern des Ostblocks, so auch im Falle Polens.[48]

Als Hauptgrund für die breite westdeutsche Zurückhaltung gegenüber Solidarność nennt die Literatur große Befürchtungen der eingangs genannten Akteure, die bundesrepublikanische Entspannungspolitik, das heißt das diplomatische Verhältnis und die Wirtschaftsbeziehung zu den Ländern des Ostblocks sowie das deutsch-deutsche Verhältnis, könnten durch Solidarność Schaden nehmen.[49] Resultierte aus der Logik der Entspannungspolitik, die auf eine gouvermentale Verständigung zwischen Ost und West und auf eine sukzessive Liberalisierung der Ostblockstaaten „von oben" setzte, ohnehin ein tendenzielles Unbehagen an oppositionellen Bestrebungen im „realen Sozialismus" (da mit dessen fragiler Ordnung auch das Gleichgewicht der Militärblöcke bedroht zu sein schien),[50] kam im Falle Polens die schuldhafte deutsche Vergangenheit gegenüber dem Nachbarn hinzu. Entsprechend wies Bundeskanzler Helmut Schmidt, wenn er seine zurückhaltende, ja verständnisvolle bis erleichterte[51] Reaktion auf die Verhängung des Kriegs-

[47] Vgl. Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 543 f., sowie ausführlicher (allerdings primär auf die DDR bezogen) Wilhelm Knabe: Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluß der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. 7/2, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 1110–1202, hier S. 1177 ff. Zum Umgang der SPD mit diesem Kapitel ihrer Geschichte vgl. Dieter Dowe (Hg.): Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Oppositon 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. 09. 1993 in Bonn, Bonn 1993, hier insbesondere die Beiträge von Gert Weisskirchen (S. 75 f.) und Karsten D. Voigt (S. 83–87). Siehe auch die Rede Gerhard Schröders im Dezember 2000 vor dem polnischen Sejm, in der er sich für die jahrelange Distanz der SPD zu Solidarność entschuldigte (vgl. dazu Andrzej Stach: „Solidarność? Nein, danke ..." Die Einstellung zu Solidarność in beiden deutschen Staaten vor 1989, in: Izabela Surynt/Marek Zybura [Hg.]: Die Wende. Die politische Wende 1989/90 im öffentlichen Diskurs Mittel- und Osteuropas, Hamburg 2007, S. 74–85, hier S. 84 f.).

[48] Symbolhaft steht hierfür der Besuch Herbert Wehners bei General Jaruzelski bald nach Verhängung des Kriegsrechts, aber auch bereits der zeitgenössisch kritisierte Tatbestand, dass Willy Brandt bei seinem Polen-Besuch 1985 nicht mit dem Solidarność-Führer und Friedensnobelpreisträger Lech Wałęsa zusammentraf (wenngleich neuere Untersuchungen zeigen, dass hierfür ein Stück weit die Kontextbedingungen verantwortlich zu machen sind, vgl. Bernd Rother: Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy Brandt und Polen in den 1980er Jahren, in: Friedhelm Boll/Krzysztof Ruchniewicz [Hg.]: Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, S. 220–263).

[49] Heinrich August Winkler: Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2014, S. 804. Prägnant bemerkte Timothy Garton Ash (Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 424 f.) bereits Anfang der 1990er Jahre: „Als politische Größe schien die [polnische] Opposition eher ein Störfaktor der Deutschland- und Entspannungspolitik zu sein."

[50] Zu diesem Problem vgl. nach wie vor konkurrenzlos Garton Ash, Im Namen Europas, besonders S. 413.

[51] Artur Hajnicz (Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989–1992, Paderborn u. a. 1995, S. 26) spricht von einer „kaum verhohlenen Erleichterung",

rechts (das ihn auf seinem Staatsbesuch in der DDR überrascht und diesen nicht hatte abbrechen lassen) begründete, gerade auf die deutsch-polnische Vergangenheit hin: „Deutsche dürfen sich noch immer nicht zum Richter über Polen aufwerfen, noch immer nicht!“[52]

Auch wenn Bundesregierung und SPD-Spitze sich von Anbeginn zum Recht auf freie Gewerkschaften bekannt sowie Kredite und Hilfsleistungen in Milliardenhöhe für Polen bewilligt hatten, blieben die Sozialdemokraten doch sehr zurückhaltend, was eine verbale Solidarisierung mit Solidarność anbelangt.[53] Ebenso verhielten sich viele Intellektuelle, Künstler und Publizisten.[54] Wenngleich zu ihrer zentralen Begründung die Bewahrung des Weltfriedens avancierte,[55] blieb die Entspannungspolitik auch in ihrer Prämisse, Wandel im Ostblock könne es nur geben, wenn die dortigen Machthaber sich in ihrer Existenz nicht bedroht fühlten, im Wesentlichen unangetastet – *gerade* in dem Moment, als der von Solidarność angestoßene Wandel gescheitert war.[56] Zur Begründung diente unter anderem die These, die unabhängige Gewerkschaft habe den Bogen überspannt[57] und trage insofern mindestens eine Mitverantwortung für das Kriegsrecht.

mit der die Bundesregierung das Kriegsrecht aufgenommen habe – was Dieter Bingen (Polen-Politik, S. 209) jedoch „zu weit“ geht. Allerdings soll Schmidt laut MfS-Akten am 13.12. gegenüber SED-Generalsekretär Honecker erklärt haben, es sei „höchste Zeit, daß man damit begonnen hat, in Polen Ordnung zu machen“ (so Honecker in einem Telefonat mit Jaruzelski, zit. nach Bingen, Polen-Politik, S. 209, Anm. 37).

[52] Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 9/74, S. 4293A. Die CDU/CSU-Opposition schloss aus der deutsch-polnischen Geschichte hingegen, die Bundesrepublik müsse sich für die Einhaltung der Menschenrechte auch in Polen einsetzen (vgl. Dombrowsky, Solidarität mit Solidarność, S. 70), wie sie überhaupt mit verbaler Solidarität auf Solidarność reagierte (vgl. Bingen, Polenpolitik, S. 204). Auch aus der FDP kamen Bingen zufolge „offene Sympathien“ für Solidarność (vgl. ebd., S. 203).

[53] Vgl. Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 540 ff.; Dombrowsky, Solidarität mit Solidarność, S. 74 f.). Symbolhaft für dieses Problem steht die Bemerkung Willy Brandts nach Verhängung des Kriegsrechts, den Polen sei mit „Maulheldentum“ nicht geholfen (Willy Brandt: Deutscher Patriotismus, in: Der Spiegel 5/1982, S. 42f., hier S. 42).

[54] Vgl. Ackermann, Französische und deutsche Wahrnehmungen, S. 144 ff.

[55] So auch bei Egon Bahr (Wie einfach, Freiheit für die Polen zu fordern. In der Debatte über Polen werden viele politische Rechnungen ohne die Zwänge der Realität gemacht, in: Vorwärts 4/1982, S. 3): „Oberste Priorität ist […] die Erhaltung des Friedens.“

[56] Charakteristisch hierfür scheint Egon Bahrs Diktum (ebd.): „Entspannungspolitik ist nicht am Ende, sondern durch Polen in einer Bewährung.“ Dieser Einschätzung folgt retrospektiv auch Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 384.

[57] Egon Bahr resümierte 1996: „Wir trauten Solidarność nicht das Augenmaß zu, die Sehne nicht zu überspannen.“ (Egon Bahr: Zu meiner Zeit, München ^{2}1996 [Erstauflage ebenfalls 1996], S. 341).

2. Blockübergreifendes Engagement: Die Initiative *Solidarität mit Solidarność*

Träger der Solidaritätsarbeit

Die Zurückhaltung des Regierungslagers, des DGB und der vieler Prominenter stieß jedoch durchaus auf Kritik. Eine wichtige Rolle spielte hierbei die gewerkschaftliche Initiative *Solidarität mit Solidarność*. Sie ist bislang kaum erforscht, obwohl sie Anfang der 1980er Jahre eine bedeutende,[58] vielleicht sogar die „wichtigste Unterstützung"[59] für Solidarność aus der Bundesrepublik darstellte. An der Kampagne beteiligten sich unterschiedlichste Teile der westdeutschen Linken. Die Gemeinsamkeit bestand jedoch darin, dass sie sich alle kritisch gegenüber den herrschenden Regimes im sowjetischen Machtbereich abgrenzten. Dazu gehörten zum einen Einzelpersonen vom linken Flügel der SPD, beispielsweise Iring Fetscher und Peter von Oertzen. Geboren in der ersten Hälfte der 1920er Jahre, stehen sie nicht nur als Sozialdemokraten, sondern auch generationell für die alte, prä-68er Linke. Iring Fetscher, in seiner Jugend NSDAP-Mitglied und Kriegsfreiwilliger, hatte sich in den 1950er Jahren mit Arbeiten über Hegel und Rousseau qualifiziert und 1963 in Frankfurt eine Professur für Politikwissenschaft und Sozialphilosophie erhalten. Als Marx- und Marxismus-Experte bekannt, war er lange Jahre Mitglied der SPD-Grundwertekommission, für die er sich auch am Parteidialog mit der SED beteiligen sollte (s. Kap. III).[60]

Peter von Oertzen wiederum kann als Kopf eines linkssozialistischen Netzwerks inner- und außerhalb der SPD betrachtet werden,[61] das er 1989/90 auch in die DDR zu erweitern suchte (s. Kap. IV). Aus einer preußischen Adelsfamilie stammend, hatte er sich 1946 für die Sozialdemokratie entschieden.[62] Von Oertzen, der über sich selbst meinte: „Wenn man mich einen Marxisten nennt, widerspreche

[58] Vgl. die Würdigung bei Friedhelm Boll: Zwischen politischer Zurückhaltung und humanitärer Hilfe. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und Solidarność 1980–1982, in: Ursula Bitzegeio (Hg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 199–218, hier S. 205–207.

[59] Andrea Genest: Die Solidarność aus deutscher Perspektive, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 34–35/2005, S. 17–22, hier S. 19.

[60] Zur Biografie Iring Fetschers vgl. Clemens K. Stepina (Hg.): Iring Fetscher. Zwischen Universität und Politik, Wien 2011.

[61] Vgl. Philipp Kufferath: Netzwerke als strategische Allianzen und latente Ressource. Etablierungsversuche der linken Opposition im SPD-Milieu nach 1945, in: AfS 53 (2013), S. 245–268, hier S. 252 ff., besonders S. 257.

[62] Zur Biografie Peter von Oertzens vgl. Wolfgang Jüttner/Gabriele Andretta/Stefan Schostok (Hg.): Politik für die Sozialdemokratie. Erinnerung an Peter von O, Berlin 2009; Jürgen Seifert/Heinz Thörmer/Klaus Wettig (Hg.): Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik. Freundesgabe für Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag, Marburg 1989; Reinhardt, Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei, Baden-Baden 2011, S. 233 ff.; sowie Philipp Kufferath: Peter von Oertzen. Eine politische und intellektuelle Biographie, Göttingen 2017.

ich nicht; aber ich halte die libertären Traditionen des Sozialismus (Anarchismus, Syndikalismus, Rätesozialismus) für ebenso wichtig“,[63] galt als „Mentor der linken Sozialdemokraten“[64] – nicht zuletzt im Parteivorstand, dem er bis in die 1990er Jahre hinein angehörte. Er engagierte sich wiederholt für Dissidenten im Ostblock,[65] so bereits im Kontext des Bahro-Kongresses Ende der 1970er Jahre[66] oder mit einer Spende an das Sozialistische Osteuropakomitee Hamburg.[67] Früh kritisierte er die Zurückhaltung gerade auch der Linken mit Kritik an Repression im „realen Sozialismus“.[68] Innerhalb seiner Partei setzte er sich für eine „stärkere Unterstützung der ‚demokratischen und sozialistischen Opposition‘ in der DDR durch die SPD“ ein, wie die DDR-Staatssicherheit Ende der 1970er Jahre registrierte.[69] Dem MfS galt von Oertzen als „böswilliger Antikommunist“, der im Ostblock die „oppositionellen und antikommunistischen Kräfte stärken und ermutigen“ wolle.[70] 1985 versuchte von Oertzen – allerdings erfolglos –, den SPD-Parteivorstand für eine öffentliche Solidaritätsadresse zur Unterstützung der, wie er meinte, „demokratischen und sozialistischen Opposition“ in Osteuropa zu gewinnen.[71] Angesichts solcher jahrelanger Aktivitäten wollte er, wenn sich Adam Michnik 1993 über die mangelnde Unterstützung der westdeutschen Linken der östlichen Dissidenz beklagte, dies nur bedingt gelten lassen. Durchaus habe es „innerhalb und außerhalb der SPD eine nicht unwichtige politische Strömung“ linker, sozialistischer (teils sogar marxistischer) Stalinismus-Gegner gegeben, die allerdings „von wenigen persönlichen Ausnahmen einmal abgesehen auch bei der Opposition in Osteuropa (auch in Ostdeutschland) nicht sehr bekannt geworden“ sei, schrieb er an Michnik.[72]

Wenn sich Fetscher und von Oertzen als prominente Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność* wiederfinden, bezeichnet dies jedoch nur eine Säule dieser Initiative. Die bislang wenig beachtete[73] Kampagne kann als eine der seltenen ge-

[63] LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Rundbrief von Peter von Oertzen, undat. [vermutlich Herbst 1989], Anlage „Persönliche Informationen“.

[64] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000126, ppp Hintergrunddienst 41 (1990), Nr. 54 (19. 3. 1990), S. 2.

[65] Vgl. Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 540.

[66] Vgl. März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, S. 353 f.

[67] HIS, Bestand Sozialistisches Osteuropakomitee, Ordner Post R–St, Inge Kollmar (Büro Peter von Oertzen) an das Sozialistische Osteuropakomitee Hamburg, 13. 11. 1979.

[68] Vgl. Interview mit Peter von Oertzen, in: Avanti, Februar 1979 (zit. nach Klaus Wiegrefe: Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005, S. 137).

[69] BStU, HVA 82, S. 236.

[70] BStU, HVA 35, S. 306.

[71] AdsD, Dep. Engholm, 1/BEAA000112, Vorlage von Peter von Oertzen für die Sitzung des Parteivorstands am 24. 10. 1986. In der Sitzung wurden gegen die Vorlage „Bedenken erhoben“ (ebd., Protokoll der Sitzung des Parteivorstands am 24. 10. 1986, S. 9).

[72] LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Peter von Oertzen an Adam Michnik, 03. 03. 1994. Darin beklagt sich von Oertzen für die von ihm genannte Strömung weiter: „Und wenn wir heute an die Ideen der wirklichen Sozialistischen Linken (wie sie in Polen einmal sehr klar – wenn auch vielleicht ein wenig zusehr auf der Linie einer trotzkistischen Dogmatik – von Kuron und Modzelewski formuliert worden sind) festhalten, stellt man uns mit unserer Todfeinden: den stalinistischen Politbürokraten und den ihnen hörigen ‚Intellektuellen‘ in eine Reihe.“

[73] Nur kurz erwähnt bei Natalie Bégin (Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von „Solidarność“ in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich, in:

meinsamen Aktionen angesehen werden, bei der Akteure aus der alten und aus der „Neuen Linken" zusammenfanden.[74] Sie erinnert insofern durchaus an die Solidaritätsaktionen für Rudolf Bahro, bei denen neben Peter von Oertzen etwa Rudi Dutschke mitgearbeitet hatte.[75] Personelle Überschneidungen signalisieren auch die linken Gewerkschafter Heinz Brandt[76] und Jakob Moneta, die sich bereits für Bahro eingesetzt hatten (s. Anhang Abb. 4). Aus der Neuen Linken zählten die Trotzkisten Winfried Wolf und Peter Bartelheimer von der Gruppe Internationale Marxisten (GIM) sowie der damals im maoistischen KBW engagierte Gerd Koenen zu den Aktivisten im Frankfurter Koordinierungsbüro von *Solidarität mit Solidarność* (s. u.).

Jakob Moneta verkörperte zudem biografisch die Konjunktion von alter und Neuer Linken. Lange Jahre Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung *Metall*, bewegte er sich bereits längere Zeit im Umfeld der GIM, bevor er nach deren Vereinigung mit der maoistischen KPD/ML Mitglied der neuen gebildeten Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) wurde. Nach 1989 trat Moneta der SED-Nachfolgepartei PDS bei[77] – während sein einstiger GIM-Genosse Winfried Wolf auf den offenen Listen der Postkommunisten in den Bundestag einzog.[78] Ferner gehörten Elmar Altvater vom Sozialistischen Büro (SB) in Offenbach, einem Zentrum der undogmatischen Neuen Linken,[79] sowie Renate Damus, Politikprofessorin und später Bundesvorstandsmitglied der Grünen zu den Unterstützern der Solidarność-Hilfe – ebenso wie Milan Horáček, tschechischer Emigrant und bald grüner Bundestagsabgeordneter. Horáček war zeitweilig im Sozialistischen Osteuropakomitee (SOK) engagiert,[80] das Exilanten aus dem Ostblock und westdeutsche Linke zur Unterstützung der östlichen Dissidenz in den 1970er Jahren gegründet hatten.[81]

AfS 45 [2005], S. 293–324, hier S. 299) und Andrea Genest (Die Solidarność aus deutscher Perspektive, S. 19), nur kurz vorgestellt bei Friedhelm Boll (Zwischen politischer Zurückhaltung, S. 205–207). Aus autobiografischer Perspektive verschiedentlich präsent bei Gerd Koenen (Das rote Jahrzehnt, besonders S. 494; ders., Von 1968 nach 1989, S. 5 f. u. 15; ders., Zeitsprünge, S. 142 f).

[74] Die Heterogenität der Unterstützerszene findet sich auch erwähnt bei Koenen, Von 1968 nach 1989, S. 15 (vgl. auch ders., Das rote Jahrzehnt, S. 494); bei Boll, Zwischen politischer Zurückhaltung, S. 206, scheint sie durch. Der generationelle Aspekt hat bislang noch keine wissenschaftliche Aufmerksamkeit gefunden.

[75] Vgl. März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, S. 353 f. u. 359.

[76] Zur Biografie Heinz Brandts vgl. Knud Andresen: Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909–1986), Bonn 2007.

[77] Zur Biografie Monetas vgl. Sebastian Voigt: Das bewegte Leben eines jüdischen Gewerkschafters. Eine biografische Skizze zu Jakob Moneta, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, Nr. 70 (2015), S. 84–100.

[78] Vgl. Deutscher Bundestag: Dr. Winfried Maria Wolf, http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/mdb/mdb14/bio/W/wolf_wi0.html [02. 04. 2016].

[79] Zum Sozialistischen Büro vgl. Gottfried Oy: Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift *links. Sozialistische Zeitung* (1969 bis 1997), o. O. 2007; Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 172–180.

[80] HIS, Bestand Sozialistisches Osteuropakomitee, Ordner „Osteuropakommittee [sic]" „Adressliste der Komiteemitglieder", undat. (wohl Ende der 1970er oder Anfang der 1980er Jahre).

[81] Zur Geschichte des SOK vgl. Peter Offenborn: „Socialismus ano – okupace ne!" Aus der Arbeit des Sozialistischen Osteuropakomitees (SOK), in: Horch und Guck 34/2001, S. 37–39; Stefan

Aus den Kreisen der östlichen Dissidenz finden sich Rudolf Bahro und Wolf Biermann als Unterstützer der Initiative.

Somit lassen sich, fragt man nach den hauptsächlichen Trägern von *Solidarität mit Solidarność*, fünf Säulen unterscheiden: *erstens* Einzelpersonen vom linken Flügel der SPD und der Gewerkschaften, *zweitens* das Sozialistische Büro (SB) als Plattform der undogmatischen Neuen Linken, *drittens* aus der dogmatischen Neuen Linken der maoistische KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) und die trotzkistische GIM (Gruppe Internationale Marxisten), *viertens* das von Exilanten und westdeutschen Linken gegründete Sozialistische Osteuropakomitee (SOK) sowie *fünftens* die junge Partei der Grünen und ihr Umfeld. Im lokalen Kontext engagierten sich zudem (wenigstens punktuell) die DGB-Jugend[82] und die Jusos sowie weitere Kadergruppen und Politsekten.[83] Aber auch die ehemaligen Spontis Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit sowie der frühere KPD/AO-Vorsitzende Christian Semler gehörten zum „weitläufig noch immer links orientierten Milieu“ der Unterstützer.[84] Viele dieser Unterstützer sind in weiteren Aktionen und Ereignissen wiederzufinden, die weiter unten und in den Kapiteln III bis V vorgestellt werden (s. Anhang Abb. 2).

Auseinandersetzungen mit der DKP

Vereinte *Solidarität mit Solidarność* somit ein breites Unterstützerspektrum, umfasste dies dennoch keineswegs die gesamte Linke. Konflikte gab es insbesondere mit der orthodoxen DKP. Die an Ost-Berlin und Moskau orientierte Partei sah – ebenso wie die SED- und KPdSU-Führung[85] – in Solidarność eine konterrevolutionäre Organisation. Damit erteilten sie Unterstützungsmaßnahmen eine klare Absage. So schrieben der DKP-Funktionär Volker Einhorn und der Chefredakteur des SDAJ-Magazins *elan*, Gero von Randow: „‚Solidarität mit Solidarność?‘ Mit der Konterrevolution, die die Arbeiterinteressen nur als Manövriermasse einsetzte

Troebst: Die ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen in der westlichen Osteuropaforschung 1975–1989. Drei Skizzen, in: Hans-Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März (Hg.): Wechselwirkungen Ost–West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln 2007, S. 73–182.

[82] StAufarb, Dep. Klimczak, Akte 15, Flugblatt „Zehn Punkte zur Solidarität mit Solidarność“, Rückseite („Aufruf der DGB-Jugend zu Ostern ’82“).

[83] Gerd Koenen nannte als Beteiligte an den lokalen „politischen Aktionseinheiten“: „die Grünen bzw. Grüne und Alternative Liste, KBW, Gim, SAG, KL, ISP, KPD, KABD, KB, BWK und Z-Gruppe. An verschiedenen Orten haben sich auch Sozialdemokraten, Jusos und Falken beteiligt. Friedensinitiativen u. a. örtliche Zusammenschlüsse waren öfters beteiligt, ebenso einzelne Sponti-Gruppen und eine Reihe von Allgemeinen Studentenausschüssen, insbesondere die Basisgruppen von den vds. (Gerd Koenen: Editorial, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 2 [Januar 1982], S. 1 u. 24, hier S. 24 [überliefert in FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność]).

[84] Vgl. Koenen, Von 1968 nach 1989, S. 15.

[85] Vgl. Olschowsky, Die Solidarność, S. 492; Mark Philip Bradley: Human Rights and Communism, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hg.): Communism. Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 151–177, hier S. 162.

und Polen in den Ruin trieb, können wir keine Solidarität üben. Wohl aber mit der polnischen Arbeiterklasse."[86]

Die Schwierigkeiten, die sich aus der Haltung der DKP ergaben, zeigen sich an den Auseinandersetzungen innerhalb der Friedensbewegung.[87] Hier spielten die Grünen als wichtige Säule der Solidarność-Solidarität eine zentrale Rolle.[88] Die Grünen beteiligten sich nicht nur an der Initiative *Solidarität mit Solidarność* (s. o.), sondern sandten von ihrer Bundesversammlung im Oktober 1981 auch eine (einstimmig beschlossene) Grußadresse an den Kongress der unabhängigen Gewerkschaft. Darin bezeichneten sie Solidarność als wesensverwandt mit ihrer eigenen Partei: „Unsere ökologische, soziale, basisdemokratische und gewaltfreie Bewegung sieht in Solidarność natürliche Verbündete, denn Ihr führt einen gewaltfreien Kampf um soziale Rechte und Selbstbestimmung."[89] Für eine solche Solidarisierung mit der Gewerkschaft warben neben anderen insbesondere Petra Kelly, Lukas Beckmann und Wilhelm Knabe, der von der CDU zu den Grünen gekommen war.[90] Knabe wandte sich direkt gegen den Einfluss der DKP[91] auf die Friedensbewegung: „Eine aktive freie Gewerkschaft Solidarność ist eine bessere Garantie für Abrüstung und den Nichteinsatz polnischer Streitkräfte für einen Angriff aus dem Osten als noch so feierliche Regierungsdeklarationen"[92] der Warschauer-Pakt-Staaten, so sein Argument.

Der Konflikt der Grünen mit der DKP und ihren Tarnorganisationen zeigte sich in der Vorbereitung der großen Demonstration gegen den NATO-Doppelbeschluss im Bonner Hofgarten 1981.[93] Den Grünen gelang es nicht, eine Solidarisierung mit Solidarność im gemeinsamen Demonstrationsaufruf durchzusetzen.[94] Sie gaben dem Aufruf deshalb eine separate Präambel bei, in der sie erneut betonten: „Charta 77, Solidarnosc und ‚Schwerter zu Pflugscharen' sind für uns ebenso natürliche Verbündete im Widerstand gegen die Aufrüstung und menschenverachtende Politik, wie die amerikanische Friedensbewegung oder die Befreiungsbewegungen der Drit-

[86] Volker Einhorn/Gero von Randow: Polen in der Zerreißprobe, Dortmund 1982, S. 155.
[87] Vgl. dazu Michael Roik: Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn 2006, S. 342–356.
[88] Die Haltung der Grünen zu Solidarność ist bislang wenig erforscht. Für einen Überblick vgl. Regina Wick: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012, S. 54–56.
[89] AGG, A Wilhelm Knabe, Akte 44, Pressemitteilung: Telegramm der Grünen an den Kongress der Solidarność, gez. Wilhelm Knabe und Milan Horáček, dat. Offenbach, 3. 10. 1981.
[90] Zu Knabe vgl. Knabe, Westparteien, S. 1151 ff.
[91] Die DKP sah in Solidarność – ebenso wie die SED-Führung (vgl. Olschowsky, Die Solidarność, S. 492) – eine konterrevolutionäre Organisation. Siehe das Zitat von Volker Einhorn und Gero von Randow oben, Anm. 86.
[92] RHG, OWK 01, Wilhelm Knabe: Um Glaubwürdigkeit und Perspektive der Friedensbewegung. Beitrag zur BHA-Sitzung am 24. 4. 1982, S. 1.
[93] Zum Einfluss der DKP/SEW und Ostberlins auf die Friedensbewegung vgl. (insgesamt zurückhaltend) Helge Heidemeyer: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR, in: Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg, S. 247–268.
[94] Vgl. Roik: Die DKP, S. 342–355.

ten Welt“.[95] Der Einfluss Ostberlins machte sich jedoch auch innerhalb der Grünen selbst bemerkbar. So geriet für die Westberliner Alternative Liste die Frage der Solidarność-Solidarität zur „Zerreißprobe“.[96] Einer der Exponenten einer distanzierten Haltung war Dirk Schneider, der nach 1990 als Inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit enttarnt wurde.[97] Doch auch ohne direkten östlichen Einfluss gab es in der Friedensbewegung wie überhaupt auf Seiten der Linken – und damit im Kontext der Grünen – Widerstände und Bedenken.[98] Fürsprecher einer Solidarität mit Solidarność mussten sich regelmäßig des Verdachts erwehren, eine „Hilfstruppe von Strauß und Reagan“ abzugeben.[99] Reserviert reagierten auf Solidarność auch die Hamburger Grünen um Michael Stamm, die vom maoistischen KB (Kommunistischer Bund) zur Ökopartei gekommen waren.[100] Petra Kelly und andere sprachen sich hingegen für eine Unterstützung der Solidarność aus.[101]

2.1 Entwicklung der Initiative und Erwartungen der Aktivisten

Als erste Aktivität der späteren bundesweiten Initiative kann der Aufruf *Solidarität mit Solidarność* vom Dezember 1980[102] gelten, der von Jakob Moneta und Heinz Brandt ausging[103] und mit der Zeit über 700 Unterzeichner fand.[104] Mit ihm sollten der DGB und dessen Mitgliedsgewerkschaften zu einer entschiedeneren und offeneren Unterstützung der neu gegründeten freien Gewerkschaft bewegt werden. Die Autoren forderten deshalb auch die Aufnahme offizieller Beziehungen des DGB zu Solidarność. Als zentraler Begriff des Aufrufs fällt die „sozialistische

[95] Albert Sellner: Nach der größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Grüner Basisdienst 1/1982, o. P.

[96] Dirk Schneider: Polen. Zerreißprobe für die AL Westberlin, in: Moderne Zeiten 2/1982, S. 23–25.

[97] Vgl. ebd. Zu Schneider vgl. generell Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 2001, S. 73–80. Zu Schneider und Solidarność vgl. Wick (Die Mauer muss weg, S. 56), die den IM aus deutschlandpolitischer Sicht der „Dialogfraktion“ zurechnet, die auf Kontakte zur DDR-Staats- und Parteiführung und auf Distanz zur DDR-Opposition drang (vgl. ebd., S. 76).

[98] Zum Problem grüner Solidarisierung mit der östlichen Dissidenz insgesamt vgl. zuletzt Hermann Wentker: Die Grünen und Gorbatschow. Metamorphosen einer komplexen Beziehung 1985 bis 1990, in: VfZ 4 (2014), S. 481–514, hier besonders S. 484 f.

[99] Gerd Koenen: Veranstaltungen – Linksherum, Rechtsherum, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 6/7 (Mai 1983), S. 55 (überliefert in: APO-Archiv, S 975).

[100] Vgl. ebd.

[101] Zu Kellys Haltung gegenüber Solidarność vgl. Wick, Die Mauer muss weg, S. 55. Wick rechnet Kelly der „Basis- und Symbolfraktion“ bei den Grünen zu, die den Akzent auf eine Solidarisierung mit der Dissidenz im Ostblock legte (vgl. ebd., S. 80).

[102] Zur Datierung des Aufrufs vgl. Bégin, Kontakte zwischen Gewerkschaften, S. 299.

[103] Vgl. Jakob Moneta/Heinz Brandt: Solidaritätsarbeit für Solidarnosc – am 1. Mai!, in: was tun, Nr. 308, 16. 4. 1981.

[104] Vgl. Boll, Zwischen politischer Zurückhaltung, S. 206.

Demokratie" ins Auge. So hieß es angesichts der sowjetischen Interventionsdrohungen gegen Polen, die „Hoffnung auf sozialistische Demokratie" dürfe nach 1953, 1956 und 1968 nicht noch einmal militärisch zerstört werden. Dies habe auch für die Gewerkschaften im Westen eine große Bedeutung. Der polnischen Opposition zu helfen, sei „keine Einbahnstraße", denn „[v]iele Rechte, die Solidarnosc heute wahrnimmt, wie Kontrollrechte in den Betrieben und gegenüber Verwaltung und Wirtschaftsplanung, aber auch uneingeschränktes Streikrecht und Schutz vor Aussperrung, sind in den kapitalistischen Ländern des ‚freien Westens' keineswegs selbstverständlich".

Der Aufruf verband somit Kritik an den Verhältnissen im „Ostblock" mit Kritik an jenen in der Bundesrepublik. Als Zielperspektive tritt hierin die Transformation nicht allein der polnischen, sondern ebenso der westdeutschen Verhältnisse zutage. Die Autoren erstrebten demnach *verflochtene Transformationen* über die Systemgrenze des Kalten Krieges hinweg. Der unabhängigen Gewerkschaft kam für die Autoren deshalb sogar eine Vorbildfunktion zu: „Solidarnosc ist für uns ein auch Beispiel sozialistischer Demokratie. Daher: Solidarität mit Solidarnosc!"[105] Der Aufruf zeigt insofern zweierlei: *erstens* kennzeichneten die Aktivisten ihre Erwartungen mit dem Begriff „sozialistische Demokratie". Sie stehen damit nicht nur personell, sondern auch inhaltlich in der Tradition der Bahro-Solidarität, der es ebenfalls um die Verbindung von Demokratie und Sozialismus ging.[106] Und *zweitens* gehörte die Möglichkeit einer gewaltsamen Unterdrückung der Solidarność von Anfang an zu ihren handlungsleitenden (negativen) Erwartungen.

Der Aufruf wurde für die Kundgebungen zum 1. Mai 1981 – um hunderte Unterschriften vermehrt – neu aufgelegt und mit einer Vorrede versehen, die neben Jakob Moneta und Heinz Brandt auch Peter von Oertzen und Willi Scherer sowie Ingeborg Drewitz, die sich bei Amnesty International engagierte, unterzeichneten.[107] Damit war der Kreis jener Prominenten umrissen, die später als Schirmherren der Initiative fungieren sollten.[108] Die Aktion zum 1. Mai sollte primär der Propagierung und Ausweitung der Solidaritätsarbeit dienen. Daneben ging es den Initiatoren um eine Vernetzung der Hilfsbemühungen. „Wir würden es begrüßen, wenn sich alle sozialistischen und gewerkschaftlichen Kräfte, die Solidaritätsarbeit für Solidarnosc betreiben, auf eine gemeinsame Initiative einigen würden, um diese Solidaritätsarbeit so wirksam wie möglich zu gestalten", hieß es in einer gemeinsa-

[105] [o. V.:] Solidarität mit Solidarnosc, in: Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność. Reiseberichte Interviews, Dokumente, Frankfurt am Main 1981, S. 5 f., hier S. 6.

[106] Vgl. März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, S. 390.

[107] Die ebenfalls angefragten Hermann Mühleisen und Willi Hoss (später grünes MdB) von der gewerkschaftlichen „Plakat-Gruppe" bei Daimler-Benz finden sich nicht als Unterzeichner. Vgl. LUH, Akz. 2009/09, Sign. 8/6, Winfried Wolf an Peter von Oertzen, 16. 04. 1981 und 22. 04. 1981.

[108] Vgl. etwa Solidarität mit Solidarność: Pressemitteilung vom 16. 12. 1981, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Sonderausgabe (16. 12. 1981), S. 3 f. (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność), hier S. 3, wo die fünf Namen in der Fußzeile unter dem Punkt „Zur Unterstützung rufen auf" erscheinen.

men Erklärung.[109] Schon Ende März 1981 war ein „Gemeinsames Konto für ‚Solidarität mit Solidarność‘ in der BRD und Westberlin“ eingerichtet worden. Grundlage war eine Abmachung von Vertretern der Initiative und Mitgliedern des Sozialistischen Büros (SB), die gemeinsam zwei Kundgebungen mit polnischen Gewerkschaftern Anfang April in Offenbach bzw. Berlin organisierten.[110]

Parallel gründeten sich in zahlreichen Städten lokale *Komitees „Solidarität mit Solidarność“*.[111] Die Westberliner Gruppe, die sich Anfang April 1981 formierte, bekannte in ihrer Gründungserklärung übereinstimmend mit dem Aufruf Brandts und Monetas: „Für uns ist ‚Solidarność‘ ein Stück sozialistischer Demokratie. Deshalb haben wir die Initiative ‚Solidarität mit Solidarność‘ in Westberlin gegründet.“ Wert legten die Aktivisten auf die Feststellung, dass ihre Solidarität „keine Bedingungen“ stelle.[112] Presserechtlich verantwortlich zeichnete Clemes Dufke, der gemeinsam mit dem GIM-Mitglied und späteren PDS-Wirtschaftssenator von Berlin, Harald Wolf, im selben Jahr ein Buch mit Originaldokumenten der Solidarność und mit einem Beitrag von Ernest Mandel vom Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale herausgab.[113] Wie bereits der ursprüngliche bundesweite Aufruf – erkennbar an der Präsenz Jakob Monetas – war anscheinend auch das Berliner *Komitee „Solidarität mit Solidarność“* gewichtig trotzkistisch initiiert.[114]

Als prominente Aktion der Initiative noch vor Verhängung des Kriegsrechts ist ihr offener Brief an die KPdSU-Führung vom Juli 1981 anzusehen. Dieses Schreiben enthielt die Aufforderung, solche Interventionsdrohungen gegenüber Polen, wie sie in dem vorausgegangenen Brief der KPdSU an die PVAP angeklungen waren, zu unterlassen. Unterzeichner des Briefs waren mit Heinz Brandt, Jakob Moneta, Ingeborg Drewitz und Peter von Oertzen vier der fünf Schirmherren von *Solidarität mit Solidarność* – Letzterer ausdrücklich als Mitglied des SPD-Parteivorstands – sowie mit Peter Brandt, Ossip K. Flechtheim und Helmut Gollwitzer drei weitere,

[109] Peter Bartelheimer/Heinz Brandt/Jens Huhn/Jakob Moneta/Winfried Wolf/Horst-Dieter Zahn: Solidarität mit Solidarność, in: links 13 (1981), Nr. 134, S. 2.

[110] APO-Archiv, S 975, Gründungserklärung des Westberliner Komitees „Solidarität mit Solidarność“, dat. 02. 04. 1981, S. 2.

[111] Vgl. Boll, Zwischen politischer Zurückhaltung, S. 206.

[112] APO-Archiv, S 975, Gründungserklärung des Westberliner Komitees „Solidarität mit Solidarność“, dat. 02. 04. 1981, S. 1.

[113] Clemen Dufke/T. Ratsch/Harald Wolf: Polen 1980. Umbruch im „realen Sozialismus“?, Berlin 1981. Dufke blieb auch danach die Kontaktadresse des Berliner Komitees, vgl. Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 2 (Januar 1982), überliefert in FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność, dort auf S. 24 die Kontaktadressen der Initiative in 18 Städten.

[114] Die Bedeutung des Trotzkismus für die Gründung der Initiative zeigt neben der initialen Beteiligung Jakob Monetas auch der Umstand, dass der bundesweite Aufruf vom GIM-Mitglied Peter Bartelheimer herausgegeben wurde und in seiner Broschürenfassung vom VSP-Verlag gedruckt wurde, der der GIM nahestand. Ein weiteres Indiz ist die Korrespondenz zwischen Peter von Oertzen und Winfried Wolf von der GIM, die den Schluss nahelegt, dass Wolf es war, der von Oertzen als Schirmherr der Initiative gewann (LUH, Akz. 2009/09, Sign. 8/6, Winfried Wolf an Peter von Oertzen, 16. 04. 1981 und 22. 04. 1981). Das Bemühen der Trotzkisten um Kontakte zu Solidarność bemerkte auch das Auswärtige Amt (vgl. AAPD 1981, S. 1658).

prominente Mitglieder der Initiative. Publik gemacht wurde das Schreiben über den Presseservice der SPD. Die Autoren forderten für Polen Meinungsfreiheit,[115] pluralistische Demokratie und Parteienkonkurrenz, damit sich „das Volk, die Arbeiterklasse frei dafür entscheiden können, welchem der alternativ vorgeschlagenen Wege zum Sozialismus sie den Vorrang geben".[116] Die Behauptung, Solidarność sei von ausländischen Agenten gesteuert, wiesen sie ebenso zurück wie die Annahme, die Entwicklung in Polen strebe kapitalistischen Verhältnissen zu.[117] Ihre Polemik gegen die KPdSU gründeten sie unter anderem auf Karl Marx, für den die „Emanzipation der Arbeiter die Sache der Arbeiter selbst"[118] gewesen sei, und auf Lenin, der für die Zeit nach der Revolution ein Mehr an Demokratie durch Arbeiterräte versprochen habe.[119] Den Fluchtpunkt der Argumentation bildete die unterstellte Alternative: entweder eine globale sozialistische Renaissance dank weiterer Demokratisierung Polens oder aber die Stärkung von „reaktionären Kräften" im Westen im Falle einer sowjetischen Invasion. „Ihr könnt versichert sein, daß wenn der Prozeß der demokratischen Erneuerung eines sozialistischen Polens tatsächlich zu Ende geführt wird, der Sozialismus für die Arbeiterklasse der kapitalistischen Staaten wieder das werden wird, was er einmal für sie gewesen ist: eine große Hoffnung und das Ziel ihrer Bestrebungen und ihrer Kämpfe", lautete die positive Prognose der Unterzeichner. Umgekehrt seien bei einem Einmarsch des Warschauer Paktes „verheerende Folgen" für die weltweite Friedensbewegung zu erwarten – und „allen reaktionären Kräften in den kapitalistischen Staaten" eine schlagkräftige „Propagandawaffe" an die Hand gegeben, was letztlich auch der UdSSR zum Nachteil gereichen werde.[120] In solchen Formulierungen findet sich erneut die Erwartung tiefgreifender Wechselwirkungen zwischen Ost und West, wie sie für die *Solidarität mit Solidarność* konstitutiv war. Zugleich scheinen sich die Hoffnungen und Befürchtung hier, im Sommer 1981, die Waage gehalten zu haben. Eben diese Offenheit der zukünftigen Entwicklung, wie sie den Protagonisten vor Augen stand, scheint deren Engagement entscheidend angetrieben zu haben.

Neben solchen Aktivitäten der Initiatoren- und Schirmherrengruppe scheinen bis Sommer 1981 kaum zentrale, bundesweite Strukturen existiert zu haben. Der wichtigste Schritt zur Vernetzung der zahlreichen lokalen Einzelaktivitäten dürfte jedoch die erste Konferenz von Solidaritätskomitees, -initiativen und -Gruppen aus 19 deutschen Städten im September 1981 gewesen sein. Gerd Koenen bilanzierte in seinem Bericht für die Kommunistische Volkszeitung, Zentralorgan des KBW:

115 Heinz Brandt/Peter Brandt/Ingeborg Drewitz/Ossip K. Flechtheim/Helmut Gollwitzer/Jakob Moneta/Peter von Oertzen: Offenes Antwortschreiben auf den Brief der KPdSU an die polnische Führung von den Unterstützern des Aufrufs „Solidarität mit Solidarnosc", in: Sozialdemokratischer Pressedienst 36 (1981), Nr. 130, S. 6–8.
116 Ebd., S. 6.
117 Ebd., S. 7.
118 Ebd., S. 8.
119 Ebd., S. 6.
120 Ebd., S. 8.

„Wie sich in der Vorstellung und dann in der Diskussion zeigte, sind die Komitees alle nicht sehr groß, sie werden, in wechselnder Zusammensetzung, von Aktionseinheiten zwischen GIM, SAG, Kommunistischer Liga sowie dem SB und dem KBW getragen. Aber die zerstreuten Aktivitäten sind, alle zusammengenommen, auch nicht wenige, und dasselbe gilt für die Verbindungen in die Gewerkschaften hinein.“

Die Konferenz im September kann als Gründungstreffen der zentralen, bundesweiten Unterstützungsinitiative gelten, wurde hier doch eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die die Zusammenarbeit der lokalen Gruppen in einer „gemeinsamen Initiative ‚Solidarität mit Solidarność‘“ besiegelte. Als wichtigste Ziele der gemeinsamen Arbeit wurden festgehalten: Hinwirkung auf eine volle Anerkennung der Solidarność durch den DGB sowie praktische Hilfe und „[i]deele Unterstützung“ für die polnische Gewerkschaftsbewegung. Zudem einigte man sich auf eine scharfe Abgrenzung von konservativen Solidarność-Sympathisanten: „Keine Gemeinsamkeit mit Kräften, die revanchistische Gebietsansprüche gegen das polnische Volk erheben, die heutigen Grenzen der VR Polen revidieren wollen und überdies hier die gewerkschaftlichen Rechte angreifen.“[121] Als wichtigstes Instrument der Vernetzung wurde ein „Gemeinsamer Koordinationsausschuß“ gebildet, dem Brandt und Moneta sowie Werner Mackenbach (Beiträger für das Info des SOK[122] und später Vorstandsmitglied der SPD-Linksabspaltung Demokratische Sozialisten[123]), Volkhard Mosler von der trotzkistischen SAG, Gerd Koenen für den KBW, Winfried Wolf von der GIM und Horst-Dieter Zahn (SB)[124] angehörten. Zu den Aufgaben des Koordinationsausschusses sollte es gehören, das gemeinsame Spendenkonto zu verwalten und künftig ein zentrales Info herauszugeben. In diesem sollten Solidarność-Dokumente auf Deutsch zugänglich gemacht, Diskussionen über Polen geführt, von der Solidaritätsarbeit berichtet, der jeweils aktuelle Spendenstand mitgeteilt und neue Veröffentlichungen über Polen rezensiert werden. Parallel dazu wurde der initiale Aufruf von *Solidarität mit Solidarność* weiter verbreitet.[125]

Nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 ging es für die Initiative zunächst einmal darum, die Unterstützungsarbeit für Solidarność und den Spendenfluss nicht abreißen zu lassen. Der Koordinationsausschuss erklärte deshalb, eine „demokratische und sozialistische Zukunft Polens“ liege nun „allein

[121] Solidarität mit Solidarność: Gemeinsame Erklärung der Konferenz, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 1 (1981), S. 14 f., hier S. 14 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).

[122] Vgl. Werner Mackenbach: „… den Warschauer Putsch stillschweigend hinnehmen …?“. Die westdeutsche Linke und ihre Solidarität mit Solidarność, in: Osteuropa-Info. Sozialistisches Osteuropakomitee, Nr. 2, Hamburg 1982, S. 13–32.

[123] Vgl. Uwe Arndt/Werner Mackenbach/Willi Pohl/Bertold Scheller: Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei, Frankfurt am Main 1990, S. 274.

[124] Siehe Zahns Beitrag für die Zeitung des Sozialistischen Büros, *links,* in dem er sich über die Instrumentalisierung der Friedensbewegung durch den DGB beklagte (Horst-Dieter Zahn: Der DGB und die Friedensbewegung, in: links 13 [1981], Nr. 139, S. 37 f.).

[125] Vgl. Solidarität mit Solidarność: Gemeinsame Erklärung, S. 14.

in den Händen der Arbeiter, die die Errungenschaften des August 1980 verteidigen". Einmal mehr umriss *Solidarität mit Solidarność* auch die Erwartung tiefgreifender Wechselwirkungen zwischen Ost und West:

„Eine Niederwerfung der polnischen Arbeiter wäre zugleich eine Niederlage für die Arbeiter überall auf der Welt. Sie wäre ein Schlag gegen die weltweite Friedensbewegung in ihrem Kampf gegen Aufrüstung. Sie wäre ein Schlag gegen alle, die für sozialistische Demokratie als Alternative zur kapitalistischen Krise im Westen und zur Mißwirtschaft und Unterdrückung im Osten eintreten."

Deutlich wird hieran erneut, dass *Solidarität mit Solidarność* für Veränderungen nicht nur in Polen, sondern auch im Westen eintrat, und dass die Initiative auf einer Ablehnung von „Realsozialismus" wie auch Kapitalismus – und von östlicher wie westlicher Hochrüstung – fußte. Als Zielperspektive blieb auch nach dem 13. Dezember ein nur unscharf umrissenes Drittes, eben eine „sozialistische Demokratie", zentral. Denn das Kriegsrecht besiegelte aus Sicht der Aktivisten keineswegs schon das Scheitern der polnischen Opposition. „Wir gehen davon aus, daß Solidarność weiterkämpft",[126] erklärten sie nach dem Staatsstreich in Polen. Ihre Unterstützer riefen sie zur Fortsetzung der Spendensammlungen auf. In der Stellungnahme ist folglich ein aktives Erwartungsmanagement zu sehen, das der Aufrechterhaltung der Solidaritätsarbeit diente.

Dieses Erwartungsmanagement scheint durchaus erfolgreich gewesen zu sein. Jedenfalls stieg das Spendenaufkommen bei *Solidarität mit Solidarność* ab Winter 1981 beträchtlich: Waren im Juli des Jahres erst 8 000[127] und bis zur Verhängung des Kriegsrechts rund 25 000 DM[128] zusammengekommen, belief sich der Stand Anfang 1982 bereits auf über 40 000 DM.[129] Ein Jahr später, bei der Gründung eines eingetragenen Vereins „Solidarität mit Solidarność e. V.", waren es immerhin schon rund 70 000 DM.[130] Handelt es sich hierbei – verglichen mit der überwältigenden humanitären Hilfe aus der Bundesrepublik, die bald 1 Milliarde DM erreichte[131] – um geringe Summen, sind sie doch als dezidiert politische Unterstützung zu verstehen und für eine kleine Initiative wie *Solidarität mit Solidarność*, die von Kleinstspenden lebte,[132] durchaus beachtlich, zumal sie nicht deren primäres

126 Solidarität mit Solidarność: Zum Militärputsch in Polen, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Sonderausgabe (16. 12. 1981), S. 7 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).

127 Gerd Koenen: Pressekonferenz zur weiteren „Solidarität mit Solidarność", in: Kommunismus und Klassenkampf 9 (1981), Nr. 29, S. 7.

128 Solidarität mit Solidarność: Pressemitteilung, S. 4.

129 [o. V.:] Spenden für „Solidarność" im Widerstand, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 2 (Januar 1982), S. 24 (überliefert in FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).

130 FSO, HA-PL: dok, Solidarität mit Solidarność, Flyer „Solidarität mit Solidarność", undat. (1983), o. P.

131 Vgl. Riechers, Hilfe für Solidarność, S. 66.

132 [o. V.:] Spenden für „Solidarność" im Widerstand; Spendet für Solidarność im Widerstand!, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 4/5 (Oktober 1982), S. 39 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność). Es handelte sich zumeist um Einzelspenden in Höhe von fünf bis einigen hundert DM.

Tätigkeitsfeld darstellte. Konkret wurden aus den Mitteln bspw. weitere Sachspenden finanziert, die man in teils konspirativen Aktionen nach Polen überstellte. Dabei konnte es sich um elementare Arbeitsmittel handeln. So forderte die Landeszentrale der Solidarność in Danzig von Papier über Büroklammern und Klebstoff bis hin zu Kassetten und Kassettenrecordern, Kamerafilmen, Schreibmaschinen und „Druckmaschinen (auch einfache Umdrucker)“ verschiedenste Materialien an. „Unsere Spende (Schreibmaschine) ist dankend angenommen worden. Die DDR-Zöllner habe sie zum Glück nicht gesehen. Für kleine Koffer ist die Kontrolle nicht arg“, berichtete ein Solidarność-Unterstützer.[133]

Die Vereinsgründung Anfang 1983 ist als letzter Schritt der Zentralisierung anzusehen. Sie erfolgte zu einem Zeitpunkt, da die meisten lokalen Initiativen wohl bereits stark ausgedünnt oder sogar aufgelöst waren (hierzu schweigen die Quellen), und kann insofern auch als Surrogat geschwundener Aktivitäten vor Ort betrachtet werden. Dennoch gelang auf zentraler Ebene Mitte 1983, kurz nach der Aufhebung des Kriegsrechts, noch eine letzte spektakuläre Aktion mit dem Aufruf „Drei Jahre nach dem August 1980 – Solidarität für Solidarność vor Gericht!“, der sich hinter einige prominente, in Polen angeklagte Aktivisten der Gewerkschaft stellte. Zu den Unterzeichnern gehörten neben den Schirmherren der Solidaritätsinitiative die (teils späteren) Grünen Joschka Fischer, Ludger Volmer und Antje Vollmer, aber auch der ungarische Dissident György Konrád, der tschechische Exilant Jiří Kosta und der spätere SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine.[134] Der Kreis der Unterstützer wurde hiermit noch einmal deutlich erweitert (siehe die Gesamtaufstellung der mit parallelen oder späteren Aktionen verbundenen Personen im Anhang in Abb. 3).

Das Netzwerk um die Initiative herum

Mittels *Historical Network Research* kann zudem um die Initiative herum ein Netzwerk zahlreicher Personen identifiziert werden, die sich ebenfalls hinter Solidarność stellten und öffentlich gegen das Kriegsrecht in Polen protestierten. Hinweise liefert vor allem die – hier komplett ausgewertete – „Solidaritätsspalte“,[135] die die linksalternative *taz* nach der Verhängung des Kriegsrechts eigens einrichtete. Hier finden sich allein im Januar 1982 fünf Erklärungen und Appelle unterschiedlicher Gruppen abgedruckt. Darunter sind lokale Zusammenschlüsse wie die Kasseler Initiative *Keine Startbahn West*[136] und die *Bürgerinitiative Offenbach gegen Atom-*

[133] HIS, Bestand Sozialistisches Osteuropakomitee, Post, Ordner M–Q, Brief von Claus Peper, 01. 11. 1981.

[134] APO-Archiv, S 975, Rundbrief von Gerd Koenen, 20. 11. 1982 (Anlage).

[135] Diese Bezeichnung findet sich in einer Inhaltsangabe auf der *taz*-Titelseite vom 18. 02. 1982. Eingerichtet wurde die Spalte Anfang Januar und unter dem Motto polnischer Hungerstreikender: „Mit Herzen, Gedanken und Taten sind wir bei Euch“ (so der Untertitel der Ankündigung: Solidaritätsaktionen mit Solidarność, in: taz vom 04. 01. 1982, S. 5).

[136] [o. V.:] Solidaritätserklärung an das polnische Volk, in: taz vom 07. 01. 1982, S. 7.

anlagen,[137] aber auch landesweite Organisationen wie die Gustav-Heinemann-Initiative und das Komitee für Grundrechte und Demokratie.[138] Bei den von Einzelpersonen unterzeichneten Erklärungen handelt sich a) um ein Protestschreiben „[d]eutsche[r] und osteuropäische[r] Intellektueller"[139] und b) um einen Appell aus den Reihen der sozialdemokratischen Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS). Beide verlangten, die Inhaftierten freizulassen und die Menschen- und Bürgerrechte wiederherzustellen. Der Zweitgenannte forderte zudem, die Internierungslager aufzulösen und die „Hetzkampagnen gegen Solidarnosc" zu beenden.[140]

Betrachtet man die (knapp 60) namentlich greifbaren Unterstützer, so fallen zahlreiche personelle Überschneidungen mit der Initiative *Solidarität mit Solidarność* ins Auge. Zu nennen wären deren Mitinitiator Heinz Brandt, die Unterzeichner des Gründungsaufrufs Iring Fetscher, Ossip K. Flechtheim und Peter von Oertzen sowie die Unterstützer des späteren Appells „Solidarność vor Gericht" Hans-Henning Hahn, Lew Kopelew, Jiří Kosta und Johano Strasser, Letzterer gemeinsam mit Heinrich Böll zudem die Verbindung zu einem offenen Brief, den die Herausgeber der Zeitschrift *L'80. Demokratie und Sozialismus* an Jaruzelski sandten und in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlichten. Darin verurteilten sie den „Gewaltakt" des 13. Dezember und das Verbot der Solidarność, das ein „eklatanter Bruch" der Vereinbarungen vom August 1980 sei. Auch forderten sie von Jaruzelski, Kriegsrecht und Gewerkschaftsverbot aufzuheben, die Inhaftierten und Verurteilten freizulassen bzw. zu amnestieren und „den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen in Polen wieder aufzunehmen". Zu den Unterzeichnern des Briefs gehörten neben Böll und Strasser auch Tomaš Kosta, der schon den Gründungsaufruf von *Solidarität mit Solidarność* unterzeichnet hatte, sowie Günter Grass und Carola Stern.[141] Stern hatte in der Nachkriegszeit für den amerikanischen Militärgeheimdienst in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und der SED spioniert und nach ihrer Enttarnung im Westteil Berlins Politik studiert. Als Jour-

137 [o. V.:] Solidarität mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung!, in: taz vom 08. 01. 1982, S. 5.

138 [o. V.:] Appell an General Jaruselsky [sic], in: taz vom 07. 01. 1982, S. 7.

139 [o. V.:] Deutsche und osteuropäische Intellektuelle protestieren, in: taz vom 08. 01. 1982, S. 5.

140 Vgl. ebd. sowie [o. V.:] Für eine Wiederherstellung der errungenen Freiheit in Polen, in: taz vom 12. 01. 1982, S. 3. Über das zweitgenannte Papier hatte bereits einige Tage früher die FAZ auf ihrer Titelseite berichtet: „Unter Berufung auf den Appell Heinrich Bölls hat eine Gruppe ‚demokratischer Sozialisten in der Bundesrepublik' insbesondere die SPD und die Gewerkschaften zum Protest gegen das polnische Militärregime aufgerufen." ([o. V.:] Professoren an die SPD: Bei Polen nichts beschönigen, in: FAZ vom 08. 01. 1982, S. 1). Im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung findet sich ein Entwurf dieses Appells, unter dem vermerkt ist: „Initiatoren u. Verfasser:/Jiří Kosta Vorstandsmitglied d. HDS/Fritz Vilmar Mitgl. d. Beirats d. HDS/verschickt an 32 führende HDS-Mitglieder mit Bitte um Unterzeichnung" (AdsD, Dep. Kosta, Akte 5, Ms. „Für eine Wiederherstellung der errungenen Freiheiten in Polen").

141 [o. V.:] Heben Sie das Kriegsrecht auf!, in: FR vom 26. 11. 1982, S. 2. Zu Günter Grass' Sympathien für Solidarność vgl. Bastian Hein: Das Gewissen der Nation? Günter Grass (Jg. 1927) als politischer Intellektueller, in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 311–324, hier S. 320.

nalistin schrieb sie über Menschenrechte in der SBZ/DDR und zählte zu den Gründern der 1961 ins Leben gerufenen westdeutschen Sektion von Amnesty International.[142]

Ferner lassen die genannten Aufrufe Verbindungen zum *Friedensmanifest ’82* erkennen. Dieses artikulierte „Betroffenheit“ angesichts der „Ereignisse in Polen“ und äußerte „Sympathie für den Freiheitswillen des polnischen Volkes“,[143] womit es den Unmut des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ), einer Tarnorganisation der DKP, hervorrief.[144] Mit Vertretern des KOFAZ hatten einige Unterzeichner – so Petra Kelly und Gert Bastian – gemeinsam den Krefelder Appell unterschrieben. Ein anderer Unterzeichner des Manifests, Erhard Eppler, hatte sich dagegen mit Verweis auf den Einfluss der DKP geweigert, den Krefelder Appell zu unterstützen.[145] Eppler gehörte mit Heinrich Albertz zu jenen Sozialdemokraten, die sich in den Diskussionen um Polen um eine vermittelnde Position bemühten. Sie verteidigten einerseits die sozialdemokratische Entspannungspolitik, andererseits äußerten sie offen Sympathien für Solidarność und kritisierten das Kriegsrecht deutlicher, als führende SPD-Politiker dies taten.[146] Mit dieser Position stießen sie durchaus auf Kritik.[147] Das Friedensmanifest jedoch, das Eppler und Albertz mit 26 weiteren Prominenten aus der Friedensbewegung unterschrieben, wurde in der Presse als „klares Wort zu Polen“[148] gewürdigt. Berücksichtigt man ferner, dass über ein Drittel seiner Unterzeichner sich auch an anderen Aktionen beteiligten (so Ingeborg Drewitz, Helmut Gollwitzer, Petra Kelly, Oskar Lafontaine und Dorothee Sölle bei *Solidarität mit Solidarność*), kann das Friedensmanifest zumindest zum erweiterten Netzwerk der Unterstützer gerechnet werden.

Insgesamt wird an den Appellen und Aufrufen ein verzweigtes Netzwerk aktiver Unterstützer und Sympathisanten erkennbar, das weit über *Solidarität mit Solidarność* hinausreicht. Unter den mehr als 1 100 Beteiligten sticht dabei eine Gruppe von rund 23 Personen heraus, die sogar an mehreren Hilfsaktionen für die un-

142 Zur Biografie Carola Sterns vgl. Carola Stern – zu Leben und Werk, http://www.carola-stern-stiftung.de/person_01.htm [15. 12. 2014], sowie Carola Stern: Doppelleben. Eine Autobiografie, Köln 2001.

143 [o. V.:] „Friedensmanifest ’82“ vom 2. Februar 1982 (Wortlaut), in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1982, S. 382 f., hier S. 382.

144 Vgl. Karl-Heinz Janßen: Ein klares Wort zu Polen. Die deutschen Atomwaffen-Gegner bemühen sich um politisches Profil, in: Die Zeit vom 12. 02. 1982.

145 Vgl. Udo Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“, Münster 2003, S. 115.

146 Vgl. Erhard Eppler: Jaruzelski beim Wort nehmen, in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 83–85; Heinrich Albertz: Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden, in: ebd., S. 18–24. Beide Beiträge waren zuvor in linken Periodika erschienen.

147 So machte der Verfasser eines unveröffentlichten Leserbriefs seiner „Wut“ über die Äußerungen Epplers und Albertz’ (s. Anm. 146) Luft, die er als Ausdruck einer verbreiteten „Doppelmoral“ wertete, die schlicht zum „Kotzen“ sei (FSO, HA-PL: dok, Solidarität mit Solidarność, Reader aus Anlaß der Mitgliederversammlung der Alternativen Liste [AL] am 12. 2. 1982 zum Thema Solidarität mit Solidarność, Dokument „F 6“).

148 Janßen, Ein klares Wort zu Polen, Die Zeit vom 12. 02. 1982.

abhängige Gewerkschaftsbewegung mitwirkten (s. Anhang Abb. 3, dunkelrote Punkte). Darüber lassen sich zahlreiche Personen auch in späteren Initiativen wiederfinden, die in den Kapiteln III bis V vorgestellt werden. Verbindungslinien zeigen sich etwa zur blockübergreifenden *Erklärung für den Frieden* von 1984, zu den Gesprächen zwischen der SPD-Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, zum Austausch zwischen Sozialdemokraten und mittelosteuropäischen Exilanten in Freudenberg, zu den Planungen der Grünen für einen großen Perestrojka-Kongress Ende der 1980er Jahre, zum Aufruf *Für euer Land* aus dem deutsch-deutschen Umbruch 1989/90 und zu den Bemühungen um eine neue Verfassung für das vereinte Deutschland Anfang der 1990er Jahre (s. Anhang Abb. 3, hellrote Punkte).

Personelle Überschneidungen wies dieses Netzwerk von Solidarność-Unterstützern mit früheren Hilfskampagnen für Dissidenten im Ostblock auf. Abb. 4 im Anhang zeigt blaugrün die Schnittmenge der Solidarność-Solidarität insgesamt mit zwei Unterstützungsaktionen der 1970er Jahre, konkret für den späteren Solidarność-Aktivisten Adam Michnik sowie für den DDR-Dissidenten Rudolf Bahro.

2.2 Transnationale gefühlte Gemeinschaft: Solidarność und die westdeutschen Unterstützer

Auch was ihre transnationalen Bezüge angeht, lässt sich die Solidarność-Solidarität durchaus als Netzwerk verstehen. Bundesrepublikanische Unterstützer reisten bspw. nach Polen und knüpften dort Kontakte, so Gerd Koenen vom Frankfurter Koordinationsausschuss.[149] Darüber hinaus waren prominente Unterstützer von *Solidariät mit Solidarność* mit zentralen Figuren der unabhängigen Gewerkschaft persönlich bekannt. So hatte Wolf Biermann 1977 mit Adam Michnik (sowie Rudi Dutschke und Jiří Pelikán) bei einer Solidaritätsaktion für die tschechoslowakische Charta 77 gemeinsam auf dem Podium gesessen.[150] Zugleich kamen Solidarność-Vertreter in die Bundesrepublik und sprachen auf Solidaritätsveranstaltungen.[151]

Dennoch liegt auf der Hand, dass wohl nicht alle der (mehreren hundert) westdeutschen Unterstützer direkt mit Mitgliedern der Solidarność in Kontakt kamen. Umso wichtiger waren vermutlich Techniken, die ein *Gefühl* von Zusammengehörigkeit und Verbundenheit stiften mochten. Ablesbar wird dies bereits, wenn die *taz* ihre „Solidaritätsspalte“[152] unter dem Motto: „Mit Herzen, Gedanken und Taten sind wir bei Euch“ ankündigte.[153] Auch liefert die Publizistik von *Solidarität*

[149] Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution, 1967–1977, Frankfurt am Main 2001, S. 13.

[150] Vgl. Robert Brier (Hg.): Entangled Protest. Transnational Approaches to the History of Dissent in Eastern Europe and the Soviet Union, Osnabrück 2013, S. 7.

[151] Vgl. taz vom 19. 01. 1982, S. 6 (Solidaritätsspalte).

[152] taz vom 18. 01. 1982, S. 1.

[153] So der Untertitel des einleitenden Artikels (Solidaritätsaktionen mit Solidarność). Das Motto stammte von polnischen Hungerstreikenden, die in Köln gegen das Kriegsrecht protestierten.

mit Solidarność zahlreiche Hinweise auf solche Techniken. Diese sollen im Folgenden als Emotionsmanagement, das heißt als soziale Praktiken, die der Hervorbringung und Modellierung von Gefühlen dienten, genauer untersucht werden. Im Mittelpunkt steht dabei ein Set an „Materialien“, das die Initiative vertrieb.[154] Dieses Set lässt sich als Medienensemble verstehen, das auf verschiedenen Ebenen für unterschiedliche Anlässe Objekte bereithielt, die die Herstellung und Aufrechterhaltung einer *transnationalen gefühlten Gemeinschaft* ermöglichen sollten.[155]

Zu diesem Medienensemble, das fortlaufend erweitert wurde, gehörten der Gründungsaufruf der Initiative[156] und die Broschüre *Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność*. Die Broschüre enthielt neben dem Gründungsaufruf Berichte westlicher Gewerkschafter von Reisen nach Polen sowie Interviews mit Vertretern und Originaldokumente der unabhängigen Gewerkschaft.[157] Zudem waren Anstecker erhältlich, die das Logo von *Solidarität mit Solidarność* zeigten. Von diesen Buttons kann man mit Sven Reichardt als „international lesbaren Erkennungszeichen“ sprechen: Das Anstecken hatte Bekenntnischarakter und gewährleistete, dass die Aktivisten sich gegenseitig als solche registrierten und auch von Dritten als Solidarność-Unterstützer erkannt wurden. Das Tragen lässt sich als performativer Rückgriff auf ein Zeichensystem verstehen, das die eigene Gemeinschaft im Alltag (also auch jenseits der eigentlichen Solidaritätsarbeit) sichtbar machte und damit zugleich nach außen abgrenzte. Den bilingualen Schriftzug „Solidarität mit Solidarność“ am Körper zu tragen, hob zudem (Sprach-)Grenzen blockübergreifend auf und verknüpfte das eigene Engagement sichtbar mit dem der polnischen Gewerkschaftsbewegung. Gerade im linksalternativen Milieu eignete Buttons zudem generell etwas Subversives. Mit ihnen „kreierte man unter den Teilnehmenden durch ausgrenzende symbolische Differenzbildung und gemeinsamen Wertbezug eine bestimmte kollektive Identität“, so Reichardt.[158]

Die Anstecker der Initiative besaßen zudem hohen Wiedererkennungswert, insofern sie mit dem eigenen Logo zugleich den Original-Schriftzug der Solidarność zeigten (s. analog Abb. 2). Wie markant dieser Schriftzug mit seinen charakteristischen Lettern war, illustrieren die vielen Adaptionen, die er im Lauf der Zeit evozierte. So finden sich Abwandlungen bspw. hin zu „Totalitarność“,[159] deren

[154] Aufgelistet im zentralen Aufruf „Solidarität mit Solidarność“ in der – wohl auf Frühjahr 1981 zu datierenden – Flugschriftfassung (hier S. 3), die in APO-Archiv, S 975, überliefert ist.

[155] Das Potenzial zumal von Musik, das Gefühl von Zusammengehörigkeit über Landesgrenzen hinweg zu generieren, analysiert Nikolaos Papadogiannis: A (Trans)National Emotional Community? Greek Political Songs and the Politicisation of Greek Migrants in West Germany in the 1960s and early 1970s, in: Contemporary European History 23 (2014), Nr. 4, S. 589–614.

[156] Aufruf „Solidarität mit Solidarność“, Flugschriftfassung (hier S. 3), APO-Archiv, S 975.

[157] [o. V.:] Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność. Reiseberichte Interviews, Dokumente, Frankfurt am Main 1981.

[158] Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 645.

[159] Aufkleber der oppositionellen Gewerkschaft „Solidarnosc“ aus Polen mit einer Karikatur auf die Militärherrschaft, Deutsches Historisches Museum, Inventarnr. Do2 2003/913.

Abb. 1: Signet
Quelle: taz vom 12. 02. 1982, S. 1

Relation zum Original jedoch zweifelsfrei erkennbar blieb. Zudem betitelte die *taz* ihre „Solidaritätsspalte“ für Solidarność – wohl auch aus Platzgründen – mit dem kürzeren Motto „Solidarität mit Polen“,[160] verwies aber durch den gewählten Schrifttyp eindeutig auf die unabhängige Gewerkschaft. Deren Name war demnach, in den charakteristischen roten Lettern gesetzt, auch in der deutschen Übersetzung klar zu identifizieren. Der hohe Wiedererkennungswert zeigt sich auch daran, dass die Lettern selbst zum dekontextualisierten Gebrauch taugten: In der *taz* findet sich ein Signet „Solidarität – ‚Waffen für El Salvador‘“ (Abb. 1), das erkennbar das Engagement der Zeitung für Polen und Mittelamerika miteinander verknüpfte, ohne dafür den Namen „Solidarność“ überhaupt erwähnen zu müssen.

Ferner gab es Aufkleber und Plakate, die zum einen der Mobilisierung dienten, zum anderen die Demonstration von Zusammengehörigkeit ermöglichten. Die Plakate zeigten das Titelmotiv des berühmten Films *Robotnicy ’80* („Arbeiter ’80“), der im Juli 1981 auf einer Pressekonferenz erstmals vorgestellt wurde und fortan zum Verleih bereitstand. Mitglieder der Initiative hatten den Film ins Deutsche übertragen. Gerd Koenen empfahl ihn als ein Angebot an alle, die wissen wollten, was bei den Auguststreiks wirklich vorgefallen war, und nicht der Polen-Berichterstattung im staatlichen Rundfunk vertrauen wollten.[161] Tatsächlich kann der Film „bis heute als die beste und authentische Darstellung der Ereignisse in Danzig gelten“.[162] Öffentliche Vorführungen sind unter anderem aus München und Kassel überliefert. Der Film konnte aber auf VHS-Kassette bezogen und privat vorgeführt werden. Das Plakat ist demnach mit konkreten Veranstaltungen und Zusammenkünften zu assoziieren und lässt sich damit auch als Möglichkeit verstehen, temporäre Gemeinschaftserlebnisse in Erinnerung zu halten, indem einerseits die gemeinsame Teilnahme an Filmvorführungen, andererseits die cineastisch vermittelte Teilhabe an den polnischen Streiks zeitstabil repräsentiert wurden. In jedem Fall verwies das Motiv des Plakats auf die bewegten Bilder des Films als „authentische“ Dokumentation des Geschehens hinter dem „Eisernen Vorhang“ – wohl auch für Betrachter, die *Robotnicy ’80* nicht gesehen hatten.

[160] taz vom 18. 01. 1982, S. 4.
[161] Koenen, Pressekonferenz zur weiteren „Solidarität mit Solidarność“.
[162] Vgl. Boll, Zwischen politischer Zurückhaltung, S. 207.

Abb. 2: Solidaritätspostkarte der Kampagne Solidarität mit Solidarność*, vermutlich 1981*
Quelle: APO-Archiv, S 975, Künstler: Klaus Pitter

Um Zusammengehörigkeit und Verbundenheit drehte sich auch eine Solidaritätspostkarte, die zum Medienensemble der Initiative gehörte. Sie konnte „an polnische Gewerkschaftskomitees“ verschickt werden; eine Adressliste gehörte zum Lieferumfang.[163] Die Karte trug das Logo von *Solidarität mit Solidarność* und zeigte auf der Vorderseite eine Menschenkette, die sich selbst von einer stacheldrahtbewehrten Mauer nicht trennen ließ, sondern durch diese hindurch zusammenhielt (s. Abb. 2). Auf der Rückseite hieß es auf Deutsch und Polnisch: „Die Stärke der Arbeiter liegt in der Solidarität – auch über Landesgrenzen hinweg. Daher erklären wir: als Arbeiter und Gewerkschafter sind wir solidarisch mit ‚Solidarität‘.“[164] An der Karte lässt sich deutlich das schon im Gründungsaufruf ausgedrückte Bemühen der Initiative ablesen, den „Eisernen Vorhang“ zu perforieren und die Blockkonfrontation – im Wortsinne – zu untergraben, um gemeinsam mit Solidarność für eine „sozialistische Demokratie“ in „Ost“ und „West“ zu streiten. Zudem findet sich das fiktive Bildprogramm einer auch physischen Verbindung der polnischen Gewerkschafter mit ihren westdeutschen Unterstützern.[165] Dieses

[163] Alle Hinweise sind dem zentralen Aufruf „Solidarität mit Solidarność“ in der (wohl auf Frühjahr 1981 zu datierenden) Faltblattfassung entnommen, die in APO-Archiv, S 975, überliefert ist.
[164] Die Postkarte findet sich in: APO-Archiv, S 975.
[165] Die DDR ist interessanterweise ausgelassen.

Bildprogramm war zwar fiktiv, bezog sich aber auf reale leibliche und emotionale Erfahrungen. Denn Menschenketten waren etwa aus der Friedensbewegung vertraut und können mit Bernhard Gotto als Medium gefühlter Vergemeinschaftung interpretiert werden: Sie „suggerierten dem Einzelnen, dass er nicht allein war, sondern Teil einer großen, kraftvollen Bewegung. Sie halfen, die Engagierten zu emotionalen Gemeinschaften zusammenzuschließen."[166]

Dass solche medialen Programme gerade auch emotionaler Vergemeinschaftung dienten, mithin als Emotionsmanagement zu lesen sind, soll abschließend am Einsatz von Musik innerhalb der Solidaritätsarbeit noch genauer gezeigt werden. In kulturhistorischer Perspektive kann Musik zu den wichtigsten „emotionalen Bindemitteln" zumal unter westdeutschen Linken gerechnet werden. Denn „Politik und Musik gehörten bei den Linksalternativen zusammen", so etwa Sven Reichardt. Viele linke Einrichtungen, bspw. Jugendzentren, zeichneten sich durch eine Mischung aus politischen und musikalischen Veranstaltungen aus. Häufig erfolgte auch eine performative Verschränkung beider. So rezitierte die Band *Ton Steine Scherben* bei ihren Konzerten regelmäßig Mao-Texte zwischen den Songs.[167]

In der Solidarność-Solidarität spielte Musik auf zweierlei Weise eine Rolle: Erstens gab es Live-Konzerte, etwa von Wolf Biermann, der bereits den Gründungsaufruf von *Solidarität mit Solidarność* unterzeichnet hatte. Biermann war schon bei früheren Solidaritätsaktionen aufgetreten, so 1977 zur Unterstützung der Charta 77.[168] Für Solidarność spielte er etwa bei der West-Berliner Volksuni 1981[169] und auf einer Veranstaltung der DGB-Jugend zu Ostern 1982, die seinetwegen vorab von der DKP torpediert wurde.[170] Auch der polnische Liedermacher Jacek Kaczmarski trat bei Solidaritätsveranstaltungen auf.[171] Die Bedeutung solcher Auftritte für den Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl und die Verbundenheit der Aktivisten mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung ist nicht hoch genug zu veranschlagen. Gerd Koenen bezeichnete ein Konzert Kaczmarskis als besonderes „Erlebnis" und verwies auf den „Assoziationsreichtum" und das „große starke Pathos" seiner Lieder.[172] Der Schauspieler Martin Feifel erinnert sich an das Kölner Konzert Biermanns von 1976: „Er weckte bei mir ein Gefühl, dass man sich wehren kann".[173] Auf Seiten der Linken, zumal im alternativen Milieu, „begleitete [Musik] die politischen Proteste auf symbolischer und habitueller Ebene. […] Der

166 Bernhard Gotto: Enttäuschung als Politikressource. Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren, in: VfZ 62 (2014), S. 1–33, hier S. 28.
167 Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 598–604 (Zitate: S. 603 f.).
168 Brier (Hg.), Entangled Protest, S. 7.
169 Vgl. Koenen, Pressekonferenz zur weiteren „Solidarität mit Solidarność".
170 [o. V.:] Miese Methoden des DKP-Spektrums, in: taz vom 08. 03. 1982, S. 3.
171 StAufarb, Dep. Edward Klimczak, Akte 15, Flugblatt „Zehn Punkte zur Solidarität mit Solidarność", Rückseite („Aufruf der DGB-Jugend zu Ostern '82").
172 Vgl. Gerd Koenen: Zweite Konferenz der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" und die Ergebnisse, in: KVZ 11/1982, S. 8.
173 Martin Feifel: Klassik, Pop etc., gesendet im Deutschlandfunk, 23. 01. 2016.

Sound war in seiner sozialen Bindungs- und Mobilisierungsfunktion kaum zu überschätzen“,[174] urteilt Sven Reichardt.

Neben Konzerten gab es, zweitens, auch Tonträger. Diese machen besonders deutlich, dass die angestrebte gefühlte Gemeinschaft sich nicht auf die Bundesrepublik beschränkte, sondern entschieden transnational gedacht war. So vertrieb *Solidarität mit Solidarność* auch Aufnahmen Kaczmarskis mit polnischem und deutschem Textbuch.[175] Kaczmarski hatte mit *Mury* („Mauern“) bereits 1978 ein Lied geschrieben, das schnell zur „Hymne der Solidarnosc-Ära“[176] werden sollte. Darin heißt es:

„Er war jung und voller Ideen, die anderen waren unzählig viele
Er gab ihnen Kraft mit seinem Lied, er sang: ‚Die Morgendämmerung kommt bald‘
Tausende Kerzen entzündeten sie für ihn, über den Köpfen erhob sich der Rauch
Er sang: ‚Die Zeit ist reif, die Mauern müssen fallen‘, sie sangen mit ihm

Reiß die Gitterstäbe aus den Mauern
Spreng die Fesseln, zerbrich die Peitsche
Und die Mauern werden fallen, fallen, fallen
Und die alte Welt wird begraben!“[177]

Dieses Lied beschwört nicht nur die Macht der Musik (die Reichardt allgemein auf deren „ungeheure Emotionalität“[178] zurückführt). In ihm findet sich zudem das Zentralmotiv der Bildpostkarte von *Solidarität mit Solidarność* wieder: In beiden Fällen wird die Überwindung von Mauern als subversives Gemeinschaftswerk geschildert.

Noch klarer erkennbar ist das Emotionsmanagement der Aktivisten an der Langspielplatte *Polnischer Sommer. Lieder der neuen polnischen Gewerkschaftsbewegung*, die auch ein Stück von Kaczmarski enthielt.[179] Sie kann für sich genommen schon als Medienkombination gelten, die multisensorisch Verbindungen zwischen Solidarność und den westdeutschen Unterstützern herstellte. Bereits der eigentliche Tonträger enthielt neben Liedern und Chorälen auch Soundscapes, die die Klangkulisse der polnischen Streikzentren einfingen. Hinzu traten gesprochene Texte, die das Geschehen vor Ort einordneten. Zu dieser akustischen Mixtur kamen optische Reize. Das Coverfoto zeigte eine Gruppe (offenbar streikender)

174 Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 604.

175 Vgl. APO-Archiv, S 975, Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 8 (1983), S. 24.

176 Robert Baag: Die unwiderstehliche Wut der polnischen Werftarbeiter (31. 08. 2005), http://www.deutschlandfunk.de/die-unwiderstehliche-wut-der-polnischen-werftarbeiter.724.de.html?dram:article_id=98257 [31. 03. 2016].

177 „On natchniony i młody był ich nie policzyłby nikt / On im dodawał pieśnią sil śpiewał że blisko już świt / Świec tysiące palili mu znad głów unosił się dym / Śpiewał że czas by runął mur oni śpiewali wraz z nim // Wyrwij murom zęby krat / Zerwij kajdany połam bat / A mury runą runą runą / I pogrzebią stary świat!“ (zit. nach [o. V.:] Jacek Kaczmarski – „Mury“, https://www.freitag.de/autoren/ypa/jacek-kaczmarski-mury [31. 03. 2016], dort auch die Übersetzung ins Deutsche, der hier gefolgt wird).

178 Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 603.

179 Vgl. Koenen, Zweite Konferenz. Es handelt sich um das Lied *Landschaft nach der Großen Party* bzw. *Landschaft nach dem Festmahl*.

Abb. 3: Langspielplatte Polnischer Sommer (Eigelstein 1981)

polnischer Arbeiter und trug das Originallogo der Solidarność. Dies ist als Mittel zur Authentifizierung zu lesen, die sich auf der Rückseite fortsetzte. Dort befanden sich der Augenzeugenbericht eines westlichen Besuchers und weitere Fotos, darunter ein Porträt Lech Wałęsas am Telefon. Der Sprechgeste des proträtierten Gewerkschaftsführers korrespondierte eine Grußadresse desselben, die nebenstehend auf Polnisch und Deutsch abgedruckt war. Mit Wałęsas Unterschrift versehen, autorisierte sie den Inhalt der Platte – und lautete in der deutschen Fassung: „Die Lieder und Gedichte, die während des Streiks geschaffen wurden, hielten unsere Solidarität hoch und führten uns zum Sieg. Wir möchten gerne, daß die Freunde dieser Freiheit in der ganzen Welt an dieser Erfahrung teilhaben, wenn sie diese Platte hören." (Abb. 3).

Wie die Worte Wałęsas zeigen, diente die Aufnahme ausdrücklich der Herstellung grenzüberschreitender Teilhabe und Gemeinschaft. Dass es dabei um die blockübergreifende Verknüpfung von *Emotionen* ging, verdeutlicht Wałęsas Grußadresse in ihrer polnischen Originalfassung. Deren Wortlaut weicht minimal ab und lautet wörtlich übersetzt: „Die Lieder und Gedichte, die während des Streiks entstanden, haben in uns den Geist der Solidarität hochgehalten und zu unserem Sieg beigetragen. Ich möchte gerne, daß alle Leute, die die Freiheit lieben, unsere *Gefühle* teilen können, indem sie diese Platte hören."[180]

Die Langspielplatte verweist damit auf ein aktives Emotionsmanagement, das der Herstellung einer transnationalen gefühlten Gemeinschaft diente. Gerade Musik wurde dabei ein hoher Stellenwert beigemessen. Von ihrem Einsatz versprachen sich die Aktivisten eine Stärkung von Engagement und Zusammenhalt

[180] Hervorhebung: K. S.; Originallaut: „Pieśni i poezje, które powstały w czasie strajku podtrzymywały w nas ducha solidarności i pryczyniły się do naszego zwycięstwa. Chciałbym by wszyscy ludzie miłujący wolność mogli podzielić nasze uczucia słuchając tej płyty."

über Landes-, Sprach- und Systemgrenzen hinweg. Musik schien in besonderer Weise geeignet zu sein, blockübergreifende Solidarität herzustellen und aufrechtzuerhalten. Insgesamt bot das Medienensemble, das die „Materialien“ von *Solidarität mit Solidarność* darstellen, mit Texten, Plakaten, Buttons, Aufklebern, Film und Musik eine Vielzahl von „emotionalen Bindemitteln,[181] welche die Identifikation mit Solidarność, die virtuelle Teilhabe am Geschehen in Polen und die Hervorbringung und Artikulation von Gefühlen der Verbundenheit ermöglichten.

Erfolge und Enttäuschungen der Aktivisten

Dass mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen das wichtigste Anliegen der Solidarność-Unterstützer – zum Erfolg der unabhängigen Gewerkschaft beizutragen und ihre Unterdrückung zu verhindern – scheiterte, liegt auf der Hand. Entsprechend finden sich auch vielfach Enttäuschungsäußerungen. Petra Kelly etwa ging auf die Reaktionen innerhalb der Friedensbewegung ein:

„In den vielen Friedenswochen, die ich besucht habe, auf den vielen Friedensveranstaltungen, hatte ich immer deutlich heraushören können, wieviel aufrichtige Hoffnung die Menschen in dieser unabhängigen Friedensbewegung in die fortschrittlichen Programmziele der Solidarność nach Arbeiterselbstverwaltung und einer ‚selbstverwalteten Republik‘ investiert hatten. Die Solidarność-Bewegung *vor* dem 13. Dezember 1981 hatte uns allen zuerst Hoffnung gegeben, daß eine Veränderung gesellschaftlicher und politischer Strukturen auch im Rahmen der Blöcke angestrebt werden kann. Doch *nach* dem 13. Dezember 1981 wissen wir erneut, daß im Einflußbereich der Supermächte gesellschaftliche Erneuerung kaum möglich ist.“[182]

In welche Richtung eine solche gesellschaftliche Erneuerung weisen solle, ist aus Kellys Bild der Solidarność zu ersehen, das semantisch eng mit dem damaligen Selbstverständnis der Grünen korrespondierte. Umschrieb Kelly das Ziel ihrer eigenen Partei als „eine Form von ökologisch-selbstverwaltetem emanzipativem Sozialismus“,[183] galt ihr Solidarność als eine Bewegung, deren Forderungen ähnlich lagen und deshalb auch auf die Bundesrepublik zu übertragen seien: „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung – sie machen frei, sie setzen auf Befreiung und Mündigkeit. Sie sind ein Stück verwirklichter humaner Sozialismus.“[184] Demnach sah Kelly, hierin ähnlich den Experten des BIOst (s. o.), Solidarność nicht als antisozialistische Kraft – sondern als Exponentin einer durchaus sozialistischen Emanzipationsbewegung, die auch im Westen Not tue und der sie auch die Grünen zurechnete.

[181] So die auf Musik im linksalternativen Milieu bezogene Formulierung bei Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 604

[182] Petra Kelly: Polen-Krise und Friedensbewegung, in: dies.: Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei in eine grüne Zukunft, Bornheim-Merten 1983, S. 87–93, hier S. 88.

[183] [o. V.:] „Wir sind die Antipartei-Partei“. Petra Kelly über die politische Strategie der Grünen, in: Der Spiegel 24/1982, S. 47–56, hier S. 56.

[184] Kelly, Polen-Krise, S. 91. Der in Kellys Formulierung „humaner Sozialismus“ anklingende Bezug auf den Prager Frühling 1968 wurde bei den Grünen insbesondere durch den Achberger Kreis relevant (s. u., S. 109).

Wenn es knapp zehn Jahre nach der Verhängung des Kriegsrechts doch noch zu einer Demokratisierung Polens unter Beteiligung der unabhängigen Gewerkschaft kommen sollte, so doch unter gänzlich veränderten Vorzeichen und keineswegs im Sinne einer „sozialistische[n] Demokratie". Eine späte Erfüllung der Hoffnungen, die der Solidaritätsarbeit eingangs der 1980er Jahre zugrunde lagen, kann hierin nicht oder nur zum Teil gesehen werden, wie Petra Kellys Äußerungen zeigen. Dass jedoch der DGB 1981 Lech Wałęsa nach Deutschland einlud – der Besuch sollte wegen des Kriegsrechts nicht mehr stattfinden[185] – und umgekehrt seinen Auslandssekretär Erwin Kristoffersen zum Solidarność-Kongress nach Polen entsandte,[186] entsprach den monatelangen Forderungen der Aktivisten. Ob ein (wie auch immer gearteter) Zusammenhang bestand, scheint fraglich, auch finden sich hierfür keine Belege. Verfehlt wäre es sicherlich, die Kontakte, die der DGB fortan – die gesamten 1980er Jahre hindurch – zu Solidarność unterhielt, als Ergebnis der Appelle von *Solidarität mit Solidarność* zu interpretieren. Weit plausibler scheint die These Stefan Müllers, der DGB habe in diesem Punkt als „parastaatlicher" Akteur gehandelt, insofern er in enger Abstimmung mit dem Kanzleramt (auch unter Helmut Kohl) die Ost- und Deutschlandpolitik der jeweils amtierenden Bundesregierung unterstützte – auch mit seinen Beziehungen zu Solidarność.[187]

Wenn auch, wie Petra Kellys Äußerungen zeigen, die Verhängung des Kriegsrechts eine Enttäuschung für die Aktivisten bedeutete, betrieben diese dennoch ein Erwartungsmanagement, das der Aufrechterhaltung des eigenen Engagements dienen sollte (s. o.). Das Beispiel Kellys signalisiert insofern, dass auch bei den Grünen (und bei der Friedensbewegung) eine „Erwartungsvereisung"[188] als Folge der „Polen-Krise" zu beobachten ist. Dies verweist auf die Persistenz einer „gesamteuropäischen Friedensordnung ohne Blöcke"[189] als Ziel grüner Friedenspolitik in den 1980er Jahren, wie es sich etwa in einer Kongressankündigung von 1986 festgeschrieben findet: „‚Europäisierung' kann für die DIE GRÜNEN nur die Emanzipierung der westeuropäischen und osteuropäischen Gesellschaften und Staaten von ihren jeweiligen Militärblöcken bedeuten mit dem Ziel eines entmilitarisierten und blockfreien Europas."[190] Mit der Niederschlagung der Solidarność 1981 ist jedenfalls kein Abschmelzen dieses Erwartungshorizonts zu assoziieren. Eher stabilsierte sich dieser, sodass er im Zuge der Gorbatschow-Reformen und der

185 Vgl. Boll, Zwischen politischer Zurückhaltung, S. 201.
186 Vgl. ebd., S. 203.
187 Müller, DGB und Ostpolitik, insgesamt und speziell S. 227. Der Beginn der Kontakte ist hieraus jedoch kaum zu erklären.
188 Heinrich Popitz: Realitätsverlust in Gruppen, in: ders.: Soziale Normen, hg. von Friedrich Pohlmann u. Wolfgang Eßbach, Frankfurt am Main 2006, S. 175–186, hier S. 178.
189 Ebd., S. 92.
190 FSO, HA-CS Pauer, J., Box „Die Grünen und die Opposition in Osteuropa" (o. Sign.), darin Mappe „Die Grünen und die Opposition in Osteuropa / Bd. 1", Faltblatt „Die Grünen / Kongress: / Für ein anderes Europa / Ein Europa ohne Blöcke / Friedensfähig nach innen / Und außen / Der durchlässigen Grenzen / Der Regionen/Köln 28.–30. 11. 86", S. 2.

Umbrüche in Ostmitteleuropa 1989/90 bald aktualisiert werden konnte – ebenso wie die Utopie eines humanen Sozialismus[191] (s. Kap. IV).

Worüber die Aktivisten Enttäuschung artikulierten, waren erstens Konflikte innerhalb des Unterstützerspektrums. So klagte die trotzkistische GIM intern über „Krachs“ mit und „spalterisches“[192] Verhalten von anderen Gruppen. Zweitens ging es um die mangelnde Resonanz in der westdeutschen Öffentlichkeit (und speziell auf Seiten der Linken). Dies lassen bereits die unzähligen Artikel aus dem Kontext der Initiative erkennen, die um dieses Thema kreisten.[193] Eignet solchen Wortmeldungen zumeist ein abstrakt-theoretisches Vokabular und politisch-strategischer Fokus, der aus negativer Erfahrung stets positive Handlungsperspektiven zu entwickeln sucht, lässt die fassbare private Korrespondenz auch persönliche Frustration aufscheinen. So berichtete Winfried Wolf bereits im Frühjahr 1981 in einem Brief an Peter von Oertzen: „Teilweise ist die Polen-Solidaritätsarbeit deprimierend; teilweise erfreulich. Deprimierend, weil viele Linke hier den Schwanz oder sonstige Gliedmaßen einkneifen.“[194] Im Falle Heinz Brandts ist von einer tiefen Enttäuschung über den geringen Zuspruch für Solidarność auszugehen, die sich mit einer immer größeren Abneigung gegen die Sowjetunion paarte.[195] Aus der Berliner Ortsgruppe des Sozialistischen Büros hieß es über eine lokale Solidarność-Veranstaltung, diese sei „ein extremes Negativ-Erlebnis“[196] gewesen. Der Sekretär der Ortsgruppe erwähnte sie als Beispiel für einen „hohen organisatorischen Aufwand und geringe politische Bestimmung des Inhalts und eine diffuse Adressaten-Orientierung“, wie überhaupt bei vielen Aktionen mit SB-Beteiligung kaum eigene Mitglieder, dafür aber umso mehr Außenstehende teilnähmen. Entscheidend war für ihn offenbar der – fehlende – Gewinn für die eigene, erodierende[197] Organisation. Deutlich wird hieran, dass die Solidarność-Hilfe auch, wenn nicht der eigenen

[191] So erklärte Kelly 1989 angesichts der „gewaltfreie[n] Revolution“ in der DDR mit demonstrativer Sympathie, die dortigen Oppositionsgruppen seien angetreten, „einen ökologischen Sozialismus mit wahrhaft menschlichem Antlitz, ein radikaldemokratisches Gesellschaftssystem, welches jenseits von Kommunismus und Kapitalismus liegt, zu erschaffen.“ (Die Grünen im Bundestag: Die Demokratiebewegung in der DDR – ein Lehrstück in sozialer Verteidigung. Die Vernunft der Straße siegt, Pressemitteilung Nr. 946/89 vom 13. 11. 1989, S. 1).

[192] Afas, Bestand Trotzkisten, Paket „PB 1980/81 Material/PB 1981/82 Material/Kontrollkommission 1970–77/Div.: ISA, KL, TMRI, SL – 1980“ (o. Sign.), Winfried Wolf: Informationen zur Polen-Solidaritätsarbeit, dat. 21. 06. 1981.

[193] Vgl. etwa Wolfgang Gukelberger/Frieder Otto Wolf: Polen-Solidarität und sozialistische Politik, in: Moderne Zeiten 1/1982, S. 19–21; Ralf Fücks: Polen und die Linke, in: Moderne Zeiten 2/1982, S. 26 f.; Gerd Koenen: Die schwierige Solidarität mit Solidarność, in: KVZ vom 04. 05. 1981, S. 6; Mackenbach, „… den Warschauer Putsch stillschweigend hinnehmen …?“.

[194] Vgl. LUH, Akz. 2009/09, Sign. 8/6, Winfried Wolf an Peter von Oertzen, 22. 04. 1981.

[195] Vgl. Andresen, Widerspruch als Lebensprinzip, S. 326.

[196] IfZ-Archiv, Sign. 370, Berlin: Protokoll des SB-Plenums vom 25. Juni ’81 zum Thema „Den Laden zumachen?“, in: SBK. SB Korrespondenz. Informationsrundbrief des Sozialistischen Büros, Nr. 73 (5. 11. 1981), S. 9 f., hier S. 9.

[197] Vgl. ebd. Zur Bedeutung des SB für die Formierung der Grünen vgl. Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 180.

Agitation, so doch der Entwicklung linker Perspektiven in der Bundesrepublik selbst dienen sollte. Soweit dies misslang, scheiterte (neben der Stärkung der Solidarność) eine weitere Hoffnung, die dem Engagement bei *Solidarität mit Solidarność* zugrunde lag.

Demgegenüber ist die Verhängung des Kriegsrechts als Enttäuschung *und* Bestätigung zu lesen. Schließlich war die Befürchtung einer gewaltsamen Unterdrückung von Solidarność von Anfang an präsent und bildete eine der wichtigsten kalkulativen Erwartungen. Dass sich die Aktivisten, obwohl (oder gerade weil) sie mit einer Invasion oder Militärdiktatur rechneten, für Solidarność einsetzten, zeugt von dem hohen Stellenwert, dem sie deren Erfolg – auch für die eigene Arbeit – beimaßen. Zugleich kommt darin der Wille zum Ausdruck, Solidarność ihr späteres Schicksal ersparen zu helfen. Dass die Gewerkschaft und die westliche Hilfe zu schwach blieben, um dem polnischen Regime die Stirn zu bieten, erscheint denn auch als die größte Niederlage der Initiative. Dass sich jedoch die an Solidarność gebildeten – oder auf sie projezierten – Erwartungen zumeist als enttäuschungsfest erwiesen (s. u.), zeigt auch die monatelange Fortführung des Engagements zunächst noch während des Kriegsrechts.

Ringen um Authentizität: Die Publizistik der Initiative

Fragt man nach dem Erwartungsmanagement im Kreis der Unterstützer, so empfiehlt sich zunächst ein Blick auf die Entstehungszusammenhänge ihrer Veröffentlichungen. Dort lässt sich ein großes Bemühen um Authentizität feststellen, was die gebildeten Erwartungen gleichsam autorisieren sollte. Neben den Aufrufen und dem offenen Brief gingen aus dem Kontext der Initiative zahlreiche Buchveröffentlichungen hervor, etwa jene von Gerd Koenen,[198] Winfried Wolf[199] und Werner Mackenbach.[200] Wichtig waren die Informationsbulletins der lokalen und der zentralen Initiative sowie das *Osteuropa-Info* des SOK, dessen Hefte ausweislich einschlägiger Korrespondenz auf vielen Solidaritätsveranstaltungen als Basislektüre dienten.[201] Solche Publikationen bestanden zu großen Teilen aus Übersetzungen von Solidarność-Dokumenten,[202] die damit teils erstmals auf Deutsch

[198] Gerd Koenen/Krisztina Koenen/Hermann Kuhn: Freiheit, Unabhängigkeit und Brot. Zur Geschichte und den Zielen der Arbeiterbewegung in Polen, Frankfurt am Main 1981.

[199] Winfried Wolf/Steffi Engert: Polen – der lange Sommer der Solidarität, Bd. 1, Frankfurt am Main 1981; Winfried Wolf: Polen – der lange Sommer der Solidarität, Bd. 2, Frankfurt am Main 1981; ders.: Polen – Der Winter gehört den Krähen, Frankfurt am Main 1984.

[200] Werner Mackenbach (Hg.): Das KOR und der „polnische Sommer". Analysen, Dokumente, Artikel und Interviews 1976–1981, Hamburg 1982.

[201] Vgl. etwa HIS-Archiv, Bestand Osteuropa-Komitee, Ordner Post H–J, Paul D. Gawron (Jusos Hannover) an das SOK, 24. 08. 1980; ebd., Johannes Breunig an das SOK, o. Dat. [1982]; ebd., Andreas Berlin an das SOK, 20. 04. 1982;

[202] So die Infos der Initiative, das Info des Sozialistischen Osteuropakomitees und monografisch etwa Mackenbach, Das KOR; Barbara Büscher u. a. (Hg.): „Solidarność". Die polnische Gewerkschaft „Solidarität" in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen 1980 bis 1982, Köln 1983.

erschienen.[203] Daneben kamen häufig Interviews und Beiträge aus dem Kontext der unabhängigen Gewerkschaft zum Abdruck. Erkennbar ging es den Aktivisten um ein hohes Maß an authentischer Information, wobei eine – für Linke nicht ungewöhnliche – Textfixiertheit ins Auge sticht. Kaum überraschend, wurde auch auf die Interpretation und Auslegung der Dokumente beträchtliche Mühe verwendet. Eine gewisse exegetische Attitüde, die zumal dogmatischen Linken ohnehin anhaftete, ist mithin kaum zu übersehen. Die Publikation der Texte entsprang wohl der Überzeugung, den tatsächlichen, vermeintlich sozialistischen Charakter der Solidarność offenlegen zu können, da man sich, im Besitz der Dokumente, gleichsam auch im Besitz der materiellen Wahrheit fühlen konnte. Zweifelhaft erscheinende Symboliken aus dem Solidarność-Alltag, etwa solche nationalen und katholischen Gehalts, konnten damit begründet zur Seite geschoben werden.[204]

Dass die Herstellung von Publizität für Solidarność, welche in der westdeutschen Presse ja ohnehin präsent war, eines der Hauptziele der Initiative darstellte, lässt sich generell nur aus der Meinung der Aktivisten verstehen, die Anliegen der unabhängigen Gewerkschaft würden weithin verzerrt dargestellt und wahrgenommen. So ging es dem Westberliner Komitee angesichts der „offiziellen westlichen und sowjetischen Propaganda“ darum, „die westliche Öffentlichkeit über die wirklichen Diskussionen und Absichten der Mitglieder von ‚Solidarność‘ und der anderen gesellschaftlichen Bewegungen in Polen zu informieren“. Mit seiner Informationsarbeit zielte das Komitee insbesondere auf das linke Spektrum: „Dabei ist eines unserer Ziele, die Diskussion innerhalb der linken und fortschrittlichen Bewegung in Westberlin voranzubringen. Wir selbst können von der Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegung in Polen lernen.“[205] Paradoxerweise gab somit gerade die Veröffentlichung authentischer Zeugnisse manch eklatanter Fehldeutung Nahrung. Dennoch muss betont werden, dass die dokumentarischen

[203] APO-Archiv, S 975, Aufruf „Solidarität mit Solidarność“ (Version schwarz-weiß, vermutlich Ende 1980 oder Anfang 1981), S. 4: „vieles zum ersten Mal in deutscher Sprache“.

[204] Solidarność-Unterstützer argumentierten immer wieder, die große Bedeutung von Nationalismus und Katholizismus in Polen dürfe nicht zum Hindernis für die Solidaritätsarbeit werden. So erklärte Jiří Pelikán, wenn bei Solidarność statt der roten in die Nationalflagge und statt der Internationale die Nationalhymne gesungen werde, sei dies lediglich „Kennzeichen der moralischen und politischen Autorität, die die katholische Kirche heute in Polen hat“ (Jiří Pelikán: Lehren aus dem „polnischen Sommer“, in: L’80 [Dezember 1980], Nr. 16, S. 5–21, hier S. 5). „In El Salvador und Nicaragua schreit keiner auf, ein Romero oder ein Cardenal finden Gefallen – aber bei einem unentwegten Verbrechen, von Beirut bis Gomulka und Gierek, im Namen des Sozialismus, den es gar nicht gibt – warum soll nicht auch hier der Katholizismus eine moralische Kraft sein“, fragte ein anderer Aktivist (Detlef Claussen: Der real nicht existierende Sozialismus und die weinenden Krokodile, in: links 14 [1982], Nr. 143, S. 25 f., hier S. 26). Inwieweit es den Unterstützern mit solchen Argumenten gelang, verbreitete Vorbehalte abzubauen, bleibt allerdings fraglich. So findet sich häufig die Klage, „daß sich die Linken immer noch leichter mit einem aufgeklärten Bürokratismus à la Rakowski identifizieren als sich auf die Seite rebellierender katholischer Arbeiter zu stellen“. (Winfried Thaa: Zornige Anmerkungen zur Polen-Solidarität, in: links 14 [1982], Nr. 144, S. 17).

[205] APO-Archiv, S 975, Gründungserklärung des Westberliner Komitees „Solidarität mit Solidarność“, dat. 02. 04. 1981, S. 1.

Aktivitäten durchaus ihren Wert hatten, griffen doch selbst die Wissenschaftler des BIOst auf Publikationen aus dem Kontext der Initiative zurück.[206]

Als Mittel der Authentitätssteigerung sind auch die zahlreichen Reiseberichte zu sehen, die im Umfeld von *Solidarität mit Solidarność* erschienen. Schon der Broschüre, in der ab Frühjahr 1981 der initiale Aufruf Brandts und Monetas weiterverbreitet wurde, waren mehrere Reiseberichte beigegeben.[207] Auch in der *Kommunistischen Volkszeitung*, Zentralorgan des KBW, finden sich mehrere Reiseberichte.[208] Zudem stützten sich diverse Buchautoren aus dem Kreis der Initiative, wie Gerd Koenen und Winfried Wolf, auf eigene Reiseerfahrungen oder verwiesen zumindest auf enge Kontakte zu zahlreichen Polen-Besuchern.[209] Der Anspruch der Authentizität zeigt sich auch daran, dass die Verfasser teils detailliert über die Perzeptionsbedinungen berichteten, denen sie auf ihren Reisen unterworfen waren. Ein eher untypisches, jedoch umso sprechenderes Beispiel dürfte ein Bochumer Gesamtschullehrer und freier Journalist abgeben, der im Oktober 1980 Polen besucht hatte und dabei unter anderem mit Adam Michnik zusammengetroffen war. Der Autor legte zunächst Rechenschaft über seine Polnisch-Kenntnisse ab, bevor er auf die Motivation für seine Reise zu sprechen kam:

„Ich bin hierhergekommen, um festzustellen, wie die Menschen auf diese veränderte Situation reagieren, aber ich habe die Absicht, mehr zu sein als der linke Voyer, der aus einem Land kommt, in dem sich seit zehn Jahren nicht viel bewegt hat, ‚Revolutions-Tourist', wenn auch etwas origineller, disemal [sic] nicht der Sonne folgend Richtung Kuba, Portugal, oder Nicaragua, sondern nach Osteuropa."[210]

Die Gefahr von Fehlperzeptionen und Stilisierungen scheint den Sympathisanten von Solidarność mithin präsent gewesen sein. Doch dominierte offenbar das Bewusstsein, die Realität selbst weitaus besser zu erfassen, als andere dies taten. So hieß es in dem zitierten Reisebericht zur sensiblen Frage des kirchlichen Einflusses auf Solidarność: „Die Linke im Westen ist hier allzuschnell mit ungeprüften Eti-

206 Vgl. als Beispiel Georg W. Strobel: NSZZ „Solidarność". Beitrag zur Analyse der Organisation und politischen Wirkung einer sozialen Sammlungsbewegung, in: Dieter Bingen (Hg.): Polen 1980–1984, Baden-Baden 1985, S. 47–100, hier S. 51, Anm. 5.

207 Vgl. Bartelheimer (Hg.): Gewerkschafter fordern, darin: Reisebericht aus Wroclaw (Breslau) und Katowice und Reisebericht des IMB (S. 9–16); CFDT-Delegation in Polen und Gewerkschafter aus Schweden, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik im Stahlwerk Huta Warszawa (S. 17–21).

208 Vgl. krk.: Die Macht der „Solidarität". Bericht über eine Reise nach Polen – Erster Teil, in: KVZ vom 19. 01. 1981, S. 3; krk.: „Eine richtige Revolution muß her". Bericht über eine Reise in Polen II, in: KVZ vom 26. 01. 1981, S. 3; Gerd Koenen: Eindrücke und Gespräche. Poznań, Warschau im Juni, in: KVZ vom 10. 01. 1981, S. 3.

209 So Winfried Wolf: Vorwort, in: ders./Steffi Engert: Polen – der lange Sommer der Solidarität, Bd. 1, Frankfurt am Main 1981, S. 5–8, hier S. 7.

210 Diethelm Blecking: „In Polen hat Marx über Lenin gesiegt". Eine Reise nach Posnań, Warszawa und Wrocław im Oktober 1980, in: Tita Gaehme (Hg.): Aber eines Tages war das nicht mehr so, Polen 1980. Vorwort von Lech Wałęsa, Köln 1981, S. 70–82. Zu revolutionären Reisen nach Mittelamerika vgl. zuletzt Christian Helm: Botschafter der Revolution. Das transnationale Kommunikationsnetzwerk zwischen der Frente Sandinista de Liberación Nacional und der bundesdeutschen Nicaragua-Solidarität, Berlin 2018.

ketten zur Hand“. Der Autor nahm sich hiervon anscheinend aus, gerade wenn er den Katholizismus als nachrangig einstufte.[211] Für die Elastizität des Authentizitätsideals im Kreise der Aktivisten spricht schließlich das Geständnis Winfried Wolfs in seinem Buch *Der lange Sommer der Solidarität*, es handele sich bei ihm und seiner Mitautorin um „Zaungäste – wenn auch engagierte und begeisterte – des revolutionären Geschehens in Polen“, die sich allerdings keineswegs „nur ‚von außen‘ an das revolutionäre Polen herangetastet“ hätten. Vielmehr betonte Wolf, beide seien „seit dem Sommer 1980/81 in praktischer Solidaritätsarbeit mit Solidarnosc engagiert“ und verfügten über Kontakte zu zahlreichen Journalisten und Gewerkschaftern, die „in Polen und bei Solidarnosc weilten“.[212] Fehlende eigene Reiseeindrücke konnten durch aufrichtiges Interesse und gute Vernetzung, wofür die Mitarbeit in der Solidarność-Hilfe als Beweis genügte, offensichtlich wettgemacht werden.

Dass selbst der Abdruck von Interviews und Originalbeiträgen aus dem Kreise der Solidarność nicht gegen Fehlperzeptionen feien musste, verdeutlicht das seltene Beispiel eines Textes, der – gleichsam in umgekehrter Richtung – die Kommunikationsbedinungen polnischer Dissidenten auf westlichen Bühnen diskutierte. An dem Artikel lassen sich die Regeln, denen das Erwartungsmanagement bezogen auf Solidarność unterlag, besonders gut ablesen. Dass die polnische Gewerkschaftsbewegung *realiter* weder rechts noch links sei, sondern dafür kämpfe, dass es in Polen überhaupt rechts und links geben könne, sei nur „schwer verständlich und noch weniger akzeptabel für einen Beobachter aus dem Westen, vor allem wenn er sich zur Linken zählt“, analysierte darin der spätere Berater Tadeusz Mazowieckis, Konstanty Gebert.[213] Der Umstand, dass Solidarność nicht in das Rechts-Links-Schema passe, gelte vielen als Maskerade einer tatsächlich rechten Organisation, die aber als Arbeitervertretung *per definitionem* links sein müsse. Dieser Widerspruch habe zwar manche im Westen veranlasst, „die Kriterien der eigenen politischen Analyse zu überprüfen; für die anderen – bei Gott die größere Zahl – bildete diese Tatsache einen ständigen Quell der Tradition“, so Geberts Einschätzung. Mit dieser Lage müsse man sich in Polen arrangieren, da „ein gewichtiger Teil der Hilfe, die aus dem Westen nach Polen geht, von den verschiedenen Organisationen der Linken kommt, hauptsächlich von Gewerkschaftern“. Solidarność sei von der westlichen Linken abhängig, wie diese umgekehrt vom Erfolg der Solidarność. Deshalb sei es erforderlich, so Geberts Schlussfolderung, „unsere polnische Besonderheit in Kategorien zu übersetzen, die der europäischen Linken verständlich sind“.[214]

[211] Ebd., S. 75.

[212] Wolf, Vorwort, S. 7.

[213] Gebert beriet Mazowiecki nach dessen Ausscheiden aus dem Präsidentenamt. Zur Biografie Geberts vgl. Włodzimierz Domagalski: Konstanty Gebert, http://www.encyklopedia-solidarnosci.pl/wiki/index.php?title=Konstanty_Gebert [15. 12. 2014].

[214] David Warszawski [d. i. Konstanty Gebert]: Die westliche Linke und wir, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 6/7 (Mai 1983), S. 34 f. (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).

Von seinen Mitstreitern forderte der Autor somit nicht weniger, als die eigene Sprache auf die Bedürfnisse der linken Unterstützerszene im Westen abzustimmen, um deren Erwartungen zu stabilisieren und sich damit Sympathien zu sichern. In den Begriffen und Semantiken der westlichen Linken zu reden, erscheint hier als Imperativ transnationaler Kommunikation für eine Organisation, die auf ausländische Hilfe angewiesen war. Ein Befund, der zur Überlegung Robert Briers passt, bereits das frühe, primär französische und italienische Interesse an der polnischen Opposition habe sich nicht zuletzt den Bemühungen Adam Michniks und Jacek Kurońs in den 1970er Jahren verdankt, die Anliegen der östlichen Dissidenz für die westliche Linke verständlich zu machen.[215] In jedem Fall muss es, als aktives Erwartungsmanagement erscheinen, wenn der Pressereferent der Exil-Solidarność,[216] Seweryn Blumsztajn, auf einer Solidaritätskundgebung ein Jahr nach Verhängung des Kriegsrechts versicherte, bei der unabhängigen Gewerkschaft habe es sich um „eine linke Bewegung“[217] gehandelt.

Die Erwartungen, denen die Sympathie westdeutscher Unterstützer für Solidarność entsprang, lassen sich somit kaum bloß auf mutwillige Selbsttäuschung zurückführen, obschon dogmatische Glaubenssätze fraglos eine Rolle spielten (s. u.). Vielmehr existierte unverkennbar das Bemühen, authentische Informationen zu erhalten und zu verbreiten, wenngleich diverse Einschränkungen die angestrebte Authentizität tendenziell zur Fiktion werden ließen. Auch sind solche Restriktionen nicht so sehr in fehlenden Sprachkenntnissen, hinderlichen Transitbestimmungen oder gar in selbstgewählter Blind- und Taubheit zu suchen, sondern weit mehr in Faktoren, die dem Kommunikationssetting kaum hintergehbar zugrunde lagen. Trotz allen Einschränkungen decken sich zudem die Erwartungen, die sich im Umkreis der Solidaritätsarbeit finden, in manchen Punkten mit den damaligen Einschätzungen der Wissenschaft, wie sie eingangs dieses Kapitels zitiert wurden. In jedem Fall erscheinen sie als Ergebnis eines aktiven Erwartungsmanagements, bei der die Herstellung von Authentizität eine Strategie bildete, kalkulative und desiderative Erwartungen[218] zur Deckung zu bringen.

[215] Robert Brier: Broadening the Cultural History of the Cold War: The Emergence of the Polish Workers' Defense Committee and the Rise of Human Rights, in: Journal of Cold War Studies 15 (2013), Nr. 4, S. 104–127, hier S. 111 ff.

[216] Die *taz* stellte Blumsztajn als „Leiter der Presseagentur von Solidarność in Paris“ vor (taz vom 07. 01. 1982), S 1 (= Ankündigung zum Artikel: [o. V.:] „Verhandlungen mit den Herrschenden wird es nicht mehr geben“. Interview mit Solidarność-Vertreter Blumsztajn, in: taz vom 07. 01. 1982, S. 5).

[217] Seweryn Blumsztajn: Polen, die westliche Linke und die Friedensbewegung, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 6/7 (Mai 1983), S. 33–35 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).

[218] Von „desiderativen Erwartungen“ spricht der Soziologe Heinrich Popitz, um das von Akteuren Erhoffte, d. h. gewünschte zukünftige Entwicklungen, zu beschreiben (vgl. Heinrich Popitz: Verhaltensorientierung und Verhaltensnormierung, in: ders.: Soziale Normen, hg. von Friedrich Pohlmann u. Wolfgang Eßbach, Frankfurt am Main 2006, S. 76–93, hier S. 81). Kalkulative Erwartung soll demgegenüber im Weiteren solche Entwicklungen bezeichnen, deren Eintreten die Akteure für wahrscheinlich hielten, d. h., mit denen sie rechneten.

3. Erwartungstransformationen: Wege aus dem Maoismus

Inwieweit ein solches Erwartungsmanagement auch Erwartungstransformationen mit sich bringen konnte, soll abschließend der Blick auf einige Maoisten klären, die an der Wende zu den 1980er Jahren der ML-Bewegung den Rücken kehrten. Denn der Erosionsprozess des westdeutschen Maoismus verweist in der Tat auf Konversionsprozesse, die in manchen Fällen – bislang wenig beachtet[219] – mit einem Engagement für Solidarność ineinandergriffen. Auf Lernprozesse im Übergang von den K-Gruppen zu den jungen Grünen hat Silke Mende hingewiesen, dabei allerdings nur solche Maoisten beleuchtet, die bereits in der Gründungsphase zu der Ökopartei stießen.[220] Im Folgenden sollen vier prominent gewordene Ex-Maoisten beispielhaft betrachtet werden, die *nicht* zu den „Gründungsgrünen“ gehörten. Dabei lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: zum einen Personen, die erst später (sozusagen über Umwege) vom Maoismus zur jungen Partei der Grünen fanden, und zum anderen solche, die ihr politisches Engagement einstellten – zumindest insofern, als sie sich auf journalistische oder wissenschaftliche Arbeiten jenseits einer Parteikarriere verlegten. Die erste Gruppe wird hier vertreten durch den späteren grünen Stadtentwicklungssenator in Bremen, Ralf Fücks, heute Vorsitzender der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, und die nachmalige Bundestags-Vizepräsidentin der Grünen, Antje Vollmer. Für die zweite Gruppe stehen der bereits mehrfach zitierte Gerd Koenen, Miglied im Koordinierungsausschuss von *Solidarität mit Solidarność* und heute Autor wissenschaftlicher Bücher zur Geschichte des Kommunismus, und Helga Hirsch, zeitweilige Lebensgefährtin und Beraterin von Joachim Gauck.

Um mit der zweiten Gruppe zu beginnen: Helga Hirsch, Mitglied der 1980 aufgelösten KPD/AO,[221] reiste bereits Ende der 1970er Jahre erstmals nach Polen und traf dort mit Vertretern des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) zusammen.[222] Anfang 1979 findet sie sich in der Korrespondenz des Sozialistischen Osteuropakomitees Hamburg, dem sie ein KOR-Dokument zur Publikation eingesandt hatte und nun eine Zusammenarbeit offerierte.[223] Die Begegnung mit der

[219] Als überindividuelles Phänomen lediglich – hier jedoch autobiografisch – erwähnt bei Koenen, Die APO, S. 137. Preuße (Umbruch von unten, S. 747, Anm. 135) betrachtet Polen 1980/81 als Konversionserlebnis für zwei der im Folgenden Betrachteten, Helga Hirsch und Gerd Koenen.

[220] Zu Übergängen von den K-Gruppen zur jungen Partei der Grünen vgl. Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 214–240; Andreas Kühn: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Fankfurt am Main 2005, S. 278 ff.; früh bereits Gerd Langguth: Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983, S. 261–265; aus politikwissenschaftlicher Sicht Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, besonders S. 471–480.

[221] Zur Entwicklung der KPD/AO (später KPD) vgl. Langguth, Protestbewegung, S. 80–84.

[222] Vgl. Preuße, Umbruch von unten, S. 747, Anm. 135.

[223] HIS-Archiv, Bestand Osteuropa-Komitee, Ordner Post H–J, Helga Hirsch an Peter Offenborn, 15. 02. 1979. Die Beilage ist nicht überliefert.

polnischen Opposition an der Wende zu den 1980er Jahren gilt als Auslöser für ihre Abwendung vom Kommunismus.[224] In den 1990er Jahren teilte sie laut eigener Aussage mit ihrem damaligen Partner Joachim Gauck[225] eine „anti-kommunistisch[e]" Grundeinstellung.[226] Ihre Texte aus den Jahren nach dem „polnischen Sommer" zeigen allerdings eine durchaus noch sozialistisch geprägte Semantik. Wenn Hirsch etwa als Herausgeberin deutscher Übersetzungen von Texten Adam Michniks fungierte, würdigte sie zwar dessen Vermittlertätigkeit zwischen linken Dissidenten und Kirche sowie zwischen linken und konservativen Intellektuellen.[227] Doch sah sie Michnik gleichzeitig „stark genug mit dem ursprünglichen kommunistischen Ideal verbunden, um aufgrund der egalitären und internationalistischen Haltung immun gegen autoritäre und nationalistische Auffassungen zu sein", und „offensichtlich stark genug mit der Tradition von PPS [Sozialistische Partei Polens] und Heimatarmee verbunden, um sensibel für die Unabhängigkeitsproblematik und später für die Rolle der katholischen Kirche zu werden".[228] Spricht aus solchen Beschreibungen Sympathie für die Lern- und Umorientierungsprozesse Michniks seit den 1970er Jahren, zeigt sich auch eine anhaltende Wertschätzung kommunistischer und sozialistischer Wurzeln. Zu sprechen ist insofern von einer Erwartungstransformation, bei der Momente der Kontinuität gewahrt blieben.

Gerd Koenen wiederum rechnet sich rückblickend mit anderen „ernüchterten Linksradikalen"[229] einer „kleine[n] Gruppen am Rande der GRÜNEN und der sogenannten Friedensbewegung" zu, „die seit den Streiks in Polen 1980/81 ein gewisses Sensorium für die bevorstehenden Umwälzungen im sowjetischen Machtbereich entwickelten".[230] Obwohl er Solidarność „in vieler Hinsicht an die früheren Bestrebungen der europäischen Arbeiterbewegung" anknüpfen und in

[224] So bei Preuße: Umbruch von unten, S. 747, Anm. 135.

[225] Hirsch und Gauck waren in den 1990er Jahren liiert, vgl. etwa [o. V.:] Zwei Jahre Bundespräsident. Die unglückliche Personalauswahl des Joachim Gauck (18. 03. 2014), http://www.focus.de/politik/deutschland/zwei-jahre-bundespraesident-so-schlug-sich-joachim-gauck-bisher-im-hoechsten-amt_id_3697013.html [15. 12. 2014].

[226] Zit. nach Antje Sirleschtov: Portrait Helga Hirsch Journalistin. „Wir waren beide antikommunistisch" (27. 08. 2013), http://www.tagesspiegel.de/meinung/portraet-helga-hirsch-journalistin-wir-waren-beide-anti-kommunistisch/8696238.html [15. 12. 2014].

[227] Zum intellektuellen Weg Michniks – in transnationaler Perspektive – vgl. Robert Brier: Adam Michnik's Understanding of Totalitarianism and the West European Left. A Historical and Transnational Approach to Dissident Political Thought, in: East European Politics and Societies 25 (2011), Nr. 2, S. 197–218; zu den Konversionen polnischer Linksoppositioneller bis in die 1970er Jahre Agnes Arndt: Rote Bürger. Eine Milieu- und Beziehungsgeschichte linker Dissidenz in Polen (1956–1976), Göttingen 2013 (hier zu Wechselwirkungen zwischen Ost und West insbesondere S. 194 ff.).

[228] Helga Hirsch: Vorwort, in: Adam Michnik: Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands, hg. von Helga Hirsch, Hamburg 1985, S. 7–11, hier S. 10 f.

[229] Gerd Koenen: Von 1968 nach 1989 und zurück. Osteuropa und die westdeutsche Neue Linke, in: Osteuropa 58 (2008), Nr. 7, S. 5–16, hier S. 5.

[230] Koenen, Die APO, S. 137.

einer Linie mit der Pariser Kommune von 1871 stehen sah[231] – kämpfend um eine, wie Koenen noch retrospektiv betont, „umfassende (fast räteartige) ‚Selbstverwaltung‘ auf allen Gebieten des ökonomischen, sozialen und politischen Lebens“[232] und nichts weniger anstrebend als eine Rückkehr zum Kapitalismus[233] –, fällt die Gründung und Niederschlagung der unabhängigen Gewerkschaft bei ihm in die Zeit einer Ablösung vom Maoismus, die Polen im Sommer 1981 zum „Ende einer revolutionären Dienstreise“[234] durch das „rote Jahrzehnt“ der maoistischen K-Gruppen geraten ließ.

Als altgedienter Kader[235] gehörte Koenen in der Erosionsphase des KBW zunächst zu den Befürwortern einer tiefgreifenden Programmrevision. Einen der Hauptstreitpunkte innerhalb der von Spaltung und Mitgliederschwund geplagten Organisation bildete die bei Lenin prominente Formel der „Diktatur des Proletariats“.[236] Koenen machte im November 1981 den Vorschlag, diesen Begriff als Kennzeichen für das Ziel der Revolution, die der KBW zu gegebener Zeit in Deutschland anfachen wollte, „ausdrücklich und ausführlich begründet programmatisch *zu verwerfen*“.[237] Gleichzeitig sah Koenen das Ziel der Solidarność in einer „friedliche[n] Revolution“, die „nach völliger Beseitigung des ‚alten Systems‘“[238] strebe, eine Konfrontation mit der Sowjetunion jedoch vermeiden wolle. Der Begriff „friedliche Revolution“ steht ebenfalls in deutlichem Kontrast zu marxistisch-leninistischen Dogmen, die am Modell der russischen und chinesischen, gewaltsamen Revolution orientiert (gewesen) waren. Kaum ein Jahr später erklärte Koenen dann sogar seinen Austritt aus dem KBW. Seine tiefe Desillusionierung über die ML-Bewegung (nicht über die polnischen Ereignisse) ist an seiner Austrittserklärung ablesbar, die – wie er selbst bilanziert – vom „Auftauchen aus dieser mythologischen Sonderwelt“[239] der K-Gruppen handelte, von der er sich nun vollkommen entfremdet sah: „Ich weiß nicht, wie es den andern geht – ich jedenfalls fühle mich Lichtjahre, so zwei bis drei Milchstraßen, von diesem schwarzen Loch entfernt; und ob links oder rechts davon, ist mir schnuppe.“[240] Dem KBW empfahl Koenen gar, sich aufzulösen. Dies kann als Ausdruck einer radikalen Erwartungs-

231 Gerd Koenen, Einige Anmerkungen zu den Programmthesen von „Solidarność“, in: Bulletin des Westberliner Komitees Solidarität mit Solidarność, S. 2 u. 14, hier S. 2 (überliefert in APO-Archiv, S 975).
232 So Koenen (Von 1968 nach 1989, S. 5 f.) noch in der Rückschau.
233 Koenen, Einige Anmerkungen, S. 2.
234 Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 13.
235 Vgl. Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 442 u. passim.
236 Vgl. Kühn, Stalins Enkel, S. 285; Langguth, Protestbewegung, S. 98.
237 Gerd Koenen: Die historische Konzeption der „Diktatur des Proletariats“ und ihre heutige Bedeutung. Zur programmatischen Auseinandersetzung im KBW, in: Kommunismus und Klassenkampf 9 (1981), Nr. 29, S. 33–58, hier S. 58 (Hervorhebung im Original).
238 Koenen, Einige Anmerkungen, S. 14.
239 Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 16.
240 Gerd Koenen: Über meine Unlust im KBW, in: KVZ 15/1982, S. 4. Die Aussage bezieht sich auf die KBW-Abspaltung BWK als „prinzipienfeste[n] Fortsetzer der Politik des KBW in den Jahren vor 1980“ (ebd.).

transformation verstanden werden, die mit dem Ausstieg aus einer Erwartungsgemeinschaft zugleich auf deren Ende zielte.

Verlegten sich Hirsch und Koenen auf publizistische Tätigkeiten und stellten ihr politisches Engagement zumindest insofern ein, fiel Solidarność bei Ralf Fücks und Antje Vollmer in eine Scharnierzeit auf dem Weg hin zur jungen Partei der Grünen. Vollmer, die wie Hirsch von der maoistischen KPD/AO kam, findet sich im Kontext der Solidaritätsarbeit zwar erst 1983 als Unterzeichnerin des Aufrufs zur Freilassung polnischer Inhaftierter, der wohl die Spitze prominenten Zuspruchs für *Solidarität mit Solidarność* markiert.[241] Auch zu den Grünen stieß die spätere Bundestags-Vizepräsidentin erst zwei Jahre darauf, avancierte dort jedoch bald zur Fraktionssprecherin und Führungsfigur der „Aufbruch"-Gruppe zwischen den verfeindeten Parteiflügeln. In diesem Kontext ist sie als prominente Verfechterin der Idee von einem „dritten Weg", deren Aufstieg mit Solidarność in Verbindung gebracht werden kann (s. u.), zu nennen – ebenso wie ihr Mitstreiter in der Aufbruch-Gruppe, Ralf Fücks (s. Kap. III und IV). Letzterer steht beispielhaft für jene Maoisten, die bereits Ende der 1970er Jahre den Weg aus der ML-Bewegung hin zu einer neuen linken Kraft suchten. Anfang der 1980er Jahre war Fücks, wie Koenen vom KBW kommend, Redakteur der *hefte für demokratie und sozialismus,* die von den Komitees für Demokratie und Sozialismus herausgegeben wurden, und einer der Herausgeber der Zeitschrift *Moderne Zeiten*.[242]

Dem stark von ehemals dogmatischen Linken geprägten Kreis um die genannten Periodika ging es, wie bald auch innerhalb des KBW selbst (s. o.), um Auswege aus der „Krise der Linken" nach dem Deutschen Herbst und um eine ideologische Neubestimmung unter Aufgabe bzw. Modifikation leninistischer Glaubenssätze.[243] Dies ist deshalb bemerkenswert, weil sich daran tiefgreifende Erwartungstransformationen ablesen lassen, die wohl auch als Ausdruck jenes Erosionsprozesses zu verstehen sind, den vor allem die westdeutsche ML-Bewegung bereits seit Ende der 1970er Jahre durchlief.[244] Dieser Erosionsprozess ist als Teil eines

[241] APO-Archiv, S 975, Rundbrief von Gerd Koenen, 20. 11. 1982 (Anlage).

[242] Zur Biografie von Ralf Fücks vgl. [o. V.:] Fücks, Ralph, [Eintrag] in: Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv 21/2001 vom 14. 05. 2001 (ne), ergänzt um Nachrichten durch MA-Journal bis Kalenderwoche 09/2013 [29. 09. 2015].

[243] Vgl. Theoretische Neuorientierung innerhalb der dogmatischen Neuen Linken, in: Innere Sicherheit, Nr. 58 vom 31. 07. 1981, S. 4; Langguth, Protestbewegung, S. 124 f. In der [o. V.:] „Präambel" des ersten Hefts der *Modernen Zeiten* (Nr. 7/81, S. 1–3, hier S. 2) heißt es dazu: „Die Herausgeber dieser Streitschrift kommen aus ganz unterschiedlichen Traditionen: der ‚undogmatischen Linken' im Umfeld des Sozialistischen Büros, der SPD, der orthodoxen und weniger orthodoxen ‚ML-Bewegung' (KBW und KB) und schließlich aus dem Spektrum der DKP/SEW. Noch vor einem Jahr wäre eine solche Koalition fast undenkbar erschienen. Indessen hat sich gezeigt, daß die Schlußfolgerungen, die wir aus unseren Erfahrungen gezogen haben und die Neuorientierung unseres politischen Denkens und Handelns in die gleiche Richtung zielen."

[244] Vgl. hierzu Andreas Kühn: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 261 ff.; autobiografisch Koenen, Das rote Jahrzehnt.

tiefgreifenden Wandels der westdeutschen Linken insgesamt aufzufassen,[245] der wiederum mit jenen „Umbrüchen in die Gegenwart“ zusammenfällt, die Frank Bösch um das Jahr 1979 herum ausgemacht hat.[246] Betroffen waren nicht nur Maoisten, sondern auch andere dogmatische und undogmatische Linke. So war, als das Sozialistische Büro 1980 einen „Großen Ratschlag“ Linker unterschiedlicher Provenienz veranstaltete, in der Presse von der „Orientierungslosigkeit der Sozialisten“[247] die Rede.

Indes stand bei der „[t]heoretische[n] Neuorientierung innerhalb der dogmatischen Neuen Linken“[248] von Anfang an auch die „Diktatur des Proletariats“ auf dem Prüfstand. Die gemeinsame Plattform der Komitees für Demokratie und Sozialismus legte hierzu den neuen Leitgedanken fest: „Die Arbeiterklasse kann ihre Herrschaft nur ausüben durch demokratische Organe der Selbstverwaltung.“ Dieser Grundsatz, auf den sich die erste Konferenz der Komitess 1979 geeinigt hatte, sei „unvereinbar“ wenigstens mit einer „bestimmten Sorte Linksradikalismus, dessen Vorstellung von der Diktatur des Proletariats sich aufs Parteiregiment reduziert und bezüglich der politischen Form gelegentlich ins Faschistische schillert“, so Wilfried Maier für den Arbeitsausschuss der Komitees – in deutlicher Distanzierung von leninistischen Dogmen.[249] Noch vor dem „polnischen Sommer“ 1980/81 avancierte somit die Idee der Selbstverwaltung, bald gleichsam als Markenkern der Solidarność geltend, zum Fluchtpunkt der Erwartungstransformationen. Dies verweist auf die lange Tradition dieser Idee im Kontext linker Theorieproduktion. Nicht zwangsläufig an das jugoslawische Modell des „Realsozialismus“ gebunden,[250] war sie in der Bundesrepublik primär mit dem linksalternativen Milieu verknüpft, das sich seit den 1970er Jahren an

[245] Zu diesem Wandel vgl. insbesondere Michael März: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates“, 1977–1979, Bielefeld 2012; Mende: Nicht rechts, nicht links, sondern vorn.

[246] Vgl. Frank Bösch: Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: ZF 9 (2012), Nr. 1, S. 8–32.

[247] Ulrich Völklein: „Großer Ratschlag“, in: Die Zeit vom 04. 07. 1980.

[248] Theoretische Neuorientierung innerhalb der dogmatischen Neuen Linken, in: Innere Sicherheit, Nr. 58 vom 31. 07. 1981, S. 4.

[249] APO-Archiv, Sign. 462, Wilfried Maier: Vorwort, in: Dokumente der Konferenz über Demokratie und Sozialismus. Mannheim, Ostern 1979, Mannheim 1979, S. 2 f., hier S. 2.

[250] Zur jugoslawischen „Arbeiterselbstverwaltung“ vgl. Sabrina P. Remet: Die drei Jugoslawien. Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme, München 2011, S. 261 f.; zeitgenössisch Gudrun Lemân: Arbeiterselbstverwaltung und Gewerkschaften in Jugoslawien, in: APuZ 29–30/1982, S. 27–38. Lemân bemerkte einleitend (S. 27): „Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung gehört noch immer zu den faszinierendsten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen unserer Zeit. Ihre Austrahlung auf die staatssozialistischen Länder ist, wie das polnische Beispiel zeigt, unvermindert stark.“ Zu damaligen Vorstellungen von Selbstverwaltung bei linken Theoretikern vgl. etwa Ernest Mandel (Hg.): Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung, Frankfurt am Main 1971; Murray Bookchin u. a.: Selbstverwaltung. Die Basis einer befreiten Gesellschaft, hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Reutlingen 1981. Vgl. insgesamt aus linker Sicht Theodor Bergmann: Arbeiterselbstverwaltung, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 1, Hamburg, 1994, Sp. 486–489.

der präsentistischen Verwirklichung „hierarchiefreier" und „basisdemokratischer" Lebens- und Arbeitsweisen versuchte.[251]

Insofern spiegelt die Akzentuierung des Selbstverwaltungsbegriffs durch die Komitees für Demokratie und Sozialismus (und später durch die Grünen, s. o.) auch die Popularität linksalternativer Grundeinstellungen um 1980 wider, auf die Sven Reichardt hingewiesen hat.[252] Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass bald auch Ralf Fücks in seinen zahlreichen Artikeln über Polen und die Solidaritätsarbeit insbesondere auf dieses Konzept abhob. Selbstverwaltung rangierte bei ihm als das zentrale Organisations- und Gesellschaftsmodell der Solidarność, dessen Implementierung letztlich auf eine „[r]evolutionäre Reform" hinauslaufen müsse. Eine solche sah Fücks indes nicht als Abkehr vom Sozialismus, sondern als eine „[s]ozialistische Umgestaltung des ‚realen Sozialismus'".[253] Als historischen Bezugspunkt nannte er, wie schon Koenen (s. o.), die Pariser Kommune von 1871 – bemerkenswert nicht allein, weil dieses Motiv im Kontext der Solidarność-Solidarität wiederholt auftaucht (so auch beim SPD-Linken Iring Fetscher[254]), sondern mehr noch, weil Karl Marx die Pariser Kommune einmal als Form der „Diktatur des Proletariats" bezeichnet hatte.[255] Vor diesem Hintergrund scheint es, als habe Solidarność die Frage nach der praktischen Organisation der Machtausübung der Arbeiterklasse, über die in den Komitees für Demokratie und Sozialismus gestritten wurde, in eigener Weise beantwortet.

Daneben findet sich in Fücks' Polen-Artikeln ein weiterer Begriff, der in seiner späteren Partei, den Grünen, entscheidende Bedeutung gewinnen sollte: eben jener des „dritten Weges". In den 1970er Jahren in anthroposophisch inspirierten Kreisen, denen Joseph Beuys, Rudi Dutschke und der Soziologe Wilfried Heidt angehörten, in Auseinandersetzung mit Rudolf Steiner, aber auch mit der Erfahrung des Prager Frühlings formuliert, erhielt die – prinzipiell ältere – Idee eines dritten Weges (liegend jenseits von oder zwischen Kapitalismus und Kommunismus[256]) bald Einzug

[251] Sven Reichardt (Authentizität und Gemeinschaft, S. 65) akzentuiert die „Aufhebung der Entfremdung in kapitalistischen Arbeitsverhältnissen, die in selbstverwalteten Alternativbetrieben erreicht werden sollte": Rotationsprinzip, flache Hierarchien und die ‚ganzheitliche' Zusammenführung von Hand- und Kopfarbeit sollte moderne Formen der Arbeitsteilung überwinden". Zur Alternativwirtschaft vgl. ausführlicher ebd., S. 319 ff.; Gisela Notz: Selbstverwaltung und Alternativbewegung der 1960er und 1970er Jahre. Das richtige Leben im falschen?, in: Klaus Kinner (Hg.): Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke, Berlin 2011, S. 144–158.

[252] Vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 43–45.

[253] Ralf Fücks: Vergesellschaftung, Selbstverwaltung, Pluralismus. Sozialistische Umgestaltung des „realen Sozialismus", in: Moderne Zeiten 11–12/1981, S. 35–40, hier S. 35.

[254] Vgl. Iring Fetscher: Protest zwischen Moral und Politik, in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 86–91, hier S. 91.

[255] Karl Marx: [Rede auf der Feier zum siebenten Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation am 25. 09. 1871 in London (Aufzeichnung eines Korrespondenten)], in: MEW, Bd. 17, Berlin 1979, S. 432 f., hier S. 433.

[256] Nicht gleichzusetzen mit anderen als „dritter Weg" titulierten Positionen, etwa in der nationalen Frage (zu diesen vgl. Dong-Ki Lee: Option oder Illusion? Die Idee einer nationalen Konföderation im geteilten Deutschland 1949–1990, Berlin 2010, besonders S. 194 ff.), auch wenn es hier im Kontext der Grünen Berührungspunkte gab (vgl. Wick, Die Mauer muss weg, S. 93 ff.).

in die sich formierende Partei der Grünen, wo sie sich als anschlussfähig auch für ehemalige undogmatische Linke und Konservative erwies.[257] Das Beispiel Fücks' weist allerdings darauf hin, dass parallel auch bei ehemals dogmatischen Linken eine Hinwendung zur Idee des dritten Weges stattfand: Nach dem ersten landesweiten Kongress der Solidarność, kurz vor Verhängung des Kriegsrechts, begeisterte sich Fücks in den *Modernen Zeiten* über die „Revolution“, die er in den Forderungen der Gewerkschaft erblickte, da diese „in der Summe auf eine vollständig andere Gesellschaft“ hinausliefen. Zwar bezeichnete er die Orientierung der Solidarność auf Marktstrukturen als einen Fehler, denn „die ‚Vernetzung' der Gesellschaft über den Markt [führt] in die Sackgasse, sie schließt in der Konsequenz die von SOLIDARNOSC verfochtene umfassende Selbstverwaltung und Vergesellschaftung aus“. Doch insgesamt kam Fücks zu der Auffassung, „nirgendwo sonst in Europa“ werde derzeit „so effektiv an der Aufweichung der Blöcke[,] an einem 3. Weg jenseits von Kapitalismus und irrealem Sozialismus gearbeitet“. Das Schicksal der Solidarność betrachtete er deshalb auch als Schicksal der westlichen Linken: „Ein Ende des polnischen Sommers gleich dem Prager Frühling oder dem ungarischen Oktober wäre nicht nur für Polen eine Katastrophe. Deshalb: Solidarität mit SOLIDARNOSC!“[258] Fücks bekannte sich somit emphatisch zu jener Erwartungsgemeinschaft, die eine Fortsetzung des „polnischen Experiments“ schon um der eigenen, linken Perspektiven im Westen wünschte.

Dass Fücks die Suche nach einer Alternative zu Kapitalismus wie „irrealem Sozialismus“ mit einer „Aufweichung der Blöcke“ verknüpfte, verweist auf die Nähe, die die Idee des „dritten Weges“ zu früheren maoistischen Dogmen besaß. Hatte die ML-Bewegung stets NATO *wie* Warschauer Pakt abgelehnt,[259] fanden Ex-Maoisten wie Fücks und Vollmer wohl umso leichter zu den Grünen, als deren Pazifismus ebenfalls in der Forderung nach einem „blockfreien Europa“ kulminierte (s. o.). Wie der Blick auf die Solidarność-Perzeption zeigt, bildete der Wunsch, beide Bündnissysteme aufzulösen oder wenigstens aus Europa zu verbannen, eine – bislang unterbelichtete – Brücke auf dem Weg von den K-Gruppen zur jungen Partei der Grünen. Der Erwartungshorizont eines dritten Weges als Alternative zur Systemkonkurrenz scheint auch aus diesem Umstand seine Anschlussfähigkeit bezogen zu haben. Sie signalisiert insofern nicht nur eine neue Allianz von undogmatischen Linken und Wertkonservativen bei den Grünen,[260]

[257] Vgl. Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 141 ff.

[258] Fücks, Vergesellschaftung, S. 40.

[259] Vgl. etwa Elisabeth Weber: Blockfreiheit, Neutralität und einige Thesen zur gegenwärtigen Diskussion in der westdeutschen Friedensbewegung, in: Kommunismus und Klassenkampf 9 (1981), Nr. 12, S. 44–64, hier S. 64: „Innerhalb der Friedensbewegung scheint es mir außerordentlich wichtig, Überreste des Blockdenkens zu überwinden, wie sie sich meiner Meinung nach in der Vorstellung von good-will-Aktivitäten gegenüber der Sowjetunion zeigen[,] und stattdessen dafür einzutreten, daß die Friedensbewegung das Starren auf den ‚Ost-West-Konflikt' überwindet, mit der Blockpolitik als per se undemokratisch und hegemonistisch abrechnet und die konkreten Forderungen der blockfreien und neutralen Staaten Europas unterstützt.“

[260] Vgl. Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 166 f.

sondern steht auch für *einen* der diversen Wege aus dem Maoismus – der jedoch Anfang der 1980er Jahre noch keine Abkehr vom Sozialismus meinte. Dass der gleichwohl erkennbare Konversionsprozess (wie das Beispiel Fücks' zeigt) mit der Erfahrung des „polnischen Sommers" zusammenfiel, wenn nicht zusammenhing, verweist auf die Bedeutung der Solidarność für die Erwartungstransformationen bei westdeutschen Linken, die sich an der Wende zu den 1980er Jahren abspielten.

4. Zwischenfazit

Die Initiative *Solidarität mit Solidarność* kann als Teil eines Netzwerks betrachtet werden, das innerhalb der Bundesrepublik, aber auch über Landesgrenzen hinweg Aktivisten unterschiedlicher Provenzienz zusammenführte. An ihr Beteiligte setzten sich primär aus undogmatischen Linken, Trotzkisten, Maoisten und Grünen zusammen. Involviert waren aber auch prominente SPD-Linke sowie (wenigstens punktuell) Jusos, die DGB-Jugend und einige Ex-Spontis. Als organisatorische Hauptsäulen von *Solidarität mit Solidarność* sind das Sozialistische Büro (SB), der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), die Gruppe Internationale Marxisten (GIM), das Sozialistische Osteuropakomitee (SOK) und Teile der jungen Partei Die Grünen anzusehen. Die Schirmherrschaft lag bei namhaften Linken wie Heinz Brandt, Jakob Moneta und Peter von Oertzen aus der älteren Generation, die schon an früheren Solidaritätsaktionen für osteuropäische Dissidenten mitgewirkt hatten. Damit steht die Initiative für die situative Zusammenarbeit von Teilen der „alten" und der „Neuen Linken", die schon den Bahro-Kongress geprägt hatte. Die Aktivitäten reichten vom Appell an den DGB, offizielle Beziehungen zu Solidarność aufzunehmen, über Informationsveranstaltungen bis hin zur Erstveröffentlichung von Solidarność-Texten in deutscher Übersetzung. Sie umfassten ferner einen offenen Brief an die sowjetische Führung mit der Aufforderung, ihre Interventionsdrohungen gegenüber Polen zu beenden, und später einen Appell an die polnische Führung, alle inhaftierten Dissidenten freizulassen. Zudem wurden Spenden in Höhe von mehreren zehntausend Mark gesammelt und Hilfsgüter, vor allem Druckmaschinen, für die politische Arbeit der Opposition geliefert.

Das Engagement der Aktivisten fußte zum einen auf emotionaler Verbundenheit mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung, die die Initiative mittels eines gezielten Emotionsmanagement zu generieren suchte. Dazu existierten diverse Materialien und soziale Praktiken, die der Herstellung einer transnationalen gefühlten Gemeinschaft dienen sollten. Zum anderen stützte sich die Solidaritätsarbeit auf bestimmte Erwartungen, die die Aktivisten untereinander (und scheinbar auch mit den polnischen Gewerkschaftern) teilten. Den gemeinsamen Erwartungshorizont bezeichnet der integrative Leitbegriff der Initiative: „sozialistische Demokratie". Den Aktivisten diente er zur Distanzierung sowohl von der orthodoxen DKP, die Solidarność als „konterrevolutionär" verurteilte, als auch von konservativen Politikern, denen man das Recht absprach, sich hinter Solidarność zu stellen. Der Begriff signalisierte zudem Distanz sowohl zu den Regimes des sowje-

tischen Machtbereichs als auch von der – als kapitalistisch verstandenen – Gesellschaft der Bundesrepublik. Teilweise finden sich sogar explizit marxistische Deutungen der unabhängigen polnischen Gewerkschaft, etwa bei Trotzkisten wie Winfried Wolf, bei Maoisten wie Gerd Koenen, aber auch bei SPD-Linken wie Iring Fetscher. Markierte das Auftreten der Solidarność also durchaus etwas Neues, konnte die unabhängige Gewerkschaftsbewegung durchaus mit präexistenten Erwartungen westdeutscher Linker in Einklang gebracht werden. Dies ist als Ausdruck eines Erwartungsmanagements zu deuten, mit dem kalkulative und desiderative Erwartung zur Deckung zu bringen waren.

Gleichzeitig jedoch ist das Auftreten der Solidarność auch mit Erwartungstransformationen zu verbinden. So lösten sich, wenn nicht in direktem Zusammenhang, so zumindest in etwa zeitgleich mit ihrem Engagement für Solidarność, Maoisten vom Leninismus,[261] insbesondere vom Begriff der „Diktatur des Proletariats“. Sie verlegten sich auf wissenschaftliche bzw. journalistische Tätigkeiten (Koenen, Hirsch) oder wechselten zu den sich formierenden Grünen (Fücks, Vollmer). Im letzteren Fall bildete die Ablehnung *beider* Militärblöcke, das heißt von NATO *wie* Warschauer Pakt, gewissermaßen eine Brücke. Denn sie erleichterte nicht nur die Parteinahme für Solidarność, sondern in ihr berührten sich auch frühere maoistische und aktuelle grüne Erwartungshorizonte eines blockfreien Europa. Dazu passte auch die Idee von einem „dritten Weg“ jenseits von Blocklogik und Systemkonkurrenz, die hier für den Abschied von „real existierenden“ Sozialismusmodellen zugunsten einer Alternative zu Kapitalismus *wie* Kommunismus steht. Ebenfalls neu war die Rede von einer „friedlichen Revolution“, die in deutlichem Kontrast zu Erwartungen an einen gewaltsamen Umsturz nach dem Modell von 1917 und 1949 stand, am Revolutionsbegriff und den an ihn geknüpften Erwartungen jedoch festhielt.

Der Wandel der westdeutschen Linken an der Wende zu den 1980er Jahren, die mit dem Auftreten der Solidarność und den globalen „Umbrüchen in die Gegenwart“ um 1979 zusammenfällt, ist deshalb nicht schon als „Ende der Illusion“[262] zu verstehen, wie Jan Eckel aus globalgeschichtlicher Perspektive im Anschluss an Samuel Moyn meint. Zu konstatieren sind vielmehr – neben dem Überdauern alter Erwartungen – *Erwartungstransformationen*, aus denen veränderte und neue Erwartungen hervorgingen. Diese veränderten und neuen Erwartungen blieben zwar aufgrund des Militärputsches in Polen zunächst uneingelöst, erwiesen sich jedoch dank eines Erwartungsmanagements, das die Verantwortung für das Kriegsrecht bei der polnischen Führung verortete, als relativ stabil. Sie konnten deshalb bald unter dem Eindruck Gorbatschows und des Umbruchs in der DDR auf neue Initiativen verlagert werden, wo sie weitere Transformationen erlebten (s. Kap. IV und V).

[261] Zum Begriff des Leninismus vgl. Karl Schlögel: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt, München 2017, S. 825–830.

[262] Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen [2]2015, S. 764 ff., besonders S. 766 f.

III. „Ex oriente lux again“[1]? Diskussionen über die Politik Michail Gorbatschows ab 1985

1. Populärer „Zauberlehrling“[2]: Der neue Kreml-Chef als Projektionsfläche

Als Anfang 1985 Michail Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs der KPdSU übernahm und sich daran machte, die seit Jahren von Stagnation geprägte Sowjetunion unter der Schlagwörtern Glasnost und Perestrojka für den Wettbewerb mit dem Westen wieder in Schwung zu bringen (ein Wettbewerb, der – wie zumindest in der Rückschau erhellt – freilich kaum zu gewinnen war[3]), hatte sich die Situation der westdeutschen Linken erheblich gewandelt. Den Grünen war der Sprung in den Bundestag gelungen; die Sozialdemokraten hatten nach über fünfzehnjähriger Regierungsbeteiligung auf der Oppositionsbank Platz genommen. Die Initiative *Solidarität mit Solidarność* war verschwunden; nur noch einzelne Politiker, hauptsächlich von den Grünen, pflegten Kontakte zur Dissidenz im sowjetischen Machtbereich.[4] Gemeinsame, spektrumsübergreifende Aktionen gab es kaum noch, und weit verbreitet war auf Seiten der „tief zerklüftet[en]“[5] Linken der Eindruck, in die Defensive geraten zu sein: vor allem gegenüber dem „Neokonservatismus“ – auf Seiten der Linken ein Kampfbegriff, mit dem die Politik Ronald Reagans, Margaret Thatchers und Helmut Kohls vielfach undifferenziert zusammengefasst wurde.[6] Gleichzeitig war der Blick in die Nachbarländer wenig ermuti-

[1] So der Titel eines Liedes von Wolf Biermann aus dem Jahr 1987, das sich auf den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow bezieht (zit. nach Anke Gilleir/Bart Philipsen [Hg.]: Duitstalige literatuur na 1945, Leuven 2006, S. 157). Zur Rolle Biermanns in der Gorbatschow-Diskussion s. u., S. 77 ff.

[2] Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 30.

[3] Vgl. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 544 f. Die Bedeutung dieses Wettbewerbs hebt auch Manfred Hildermeier (Geschichte der Sowjetunion, 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 18) hervor.

[4] Vgl. Julia Metger: Getrennt durch den Eisernen Vorhang? Die Grünen und die unabhängigen Bewegungen in Osteuropa in den frühen 1980er Jahren, Berlin, Freie Univ., Mag.-Arbeit o. J.; für die DDR Wilhelm Knabe: Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluß der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. 7/2, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 1110–1202, hier S. 1177 ff.

[5] So die zeitgenössische Beobachtung etwa des SPD-Politikers Thomas Meyer: Eine historische Bestätigung. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten, in: Detlev Albers/Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989, S. 13–21, hier S. 14).

[6] Josef Esser stellte 1989 in einem Peter von Oertzen gewidmeten Band fest: „In den politischen Debatten der westdeutschen linken scheint Konsens zu herrschen, daß das sozialdemokrati-

gend. Mitterrands „französischer Weg zum Sozialismus" hatte sich für viele als Enttäuschung erwiesen[7] und auch das „skandinavische Modell" sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit büßte seine Strahlkraft zusehends ein.[8]

Umso mehr verlagerten sich die Erwartungen auf die Sowjetunion und avancierte, wie im Folgenden zu zeigen ist, Gorbatschow zum neuen Hoffnungsträger – gerade auf der „desillusionierte[n]"[9] und stark in Selbstbespiegelung gefangenen Linken. Dies folgte zunächst einmal einem generellen Trend: Studien, die sich mit den Reaktionen der westdeutschen Medien[10] und Bevölkerung auf Gorbatschow beschäftigen, konstatieren ein zunehmend und schließlich überaus positives Echo der Zeitgenossen. Deutlicher Beleg für die Welle der Sympathie, die dem neuen Kreml-Chef in der Bundesrepublik entgegenschlug, ist der „triumphale Empfang", der ihm 1989 bei seinem Besuch in Bonn bereitet wurde: eine regelrechte „Gorbimanie" war hier zu verzeichnen.[11] Bereits im Vorjahr hatte eine Umfrage ergeben, die Abrüstungspolitik des neuen Generalsekretärs habe das „Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion" so weit verringert, dass „erstmals seit 1956 […] ebenso viele Deutsche einen amerikanischen Truppenabzug aus Europa ‚begrüßen' (37 Prozent) wie ‚bedauern' (38 Prozent) würden". 76 Prozent der Bundes-

sche ‚Modell Deutschland' der siebziger Jahre seit der ‚Wende' im Herbst 1982 von einem neokonservativen Gesellschafts- und Politikprojekt der christlich-liberalen Regierungskoalition abgelöst worden sei und daß das konservative Regierungslager wesentliche Anleihen bei der Reagan-Administration der USA und der Thatcher-Regierung in Großbritannien gemacht habe." (Josef Esser: Neokonservatismus und das „Modell Deutschland", in: Heinrich Epskamp/Jürgen Hoffmann/Ulrich Mückenberger/Sybille Raasch [Hg.]: Die neokonservative Verheißung und ihr Preis. Zukunft der Arbeit und der Gewerkschaften. Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag, Köln 1989, S. 153–177, hier S. 153). Esser widersprach dieser Deutung allerdings und betonte Kontinuitäten über die Regierungswechsel von 1982 hinweg, wie dies aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive ähnlich auch Andreas Wirsching tut (Andreas Wirsching: Eine „Ära Kohl"? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik 1982–1998, in: AfS 52 [2012], S. 667–684; Andreas Wirsching: „Neoliberalismus" als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: Werner Plumpe/Joachim Scholtyseck [Hg.]: Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik, Stuttgart 2012, S. 139–150).

7 So hieß es bereits rund fünf Jahre nach Mitterrands Amtsantritt in der von den früheren Solidarność-Unterstützern Günter Grass, Carola Stern, Johano Strasser und Tomaš Kosta geleiteten Zeitung *L'80*, der französische Präsident müsse bei der von ihm angekündigten „Demokratisierung von Staat und Gesellschaft" endlich „vorzeigbare Erfolge" erreichen, damit „die desillusionierte bundesdeutsche Linke wieder hoffnungsvoll nach Frankreich blicken" könne (Wolfgang Kessler: Spreu und Weizen im Dienst nationaler Größe. Zwei Jahre Sozialismus à la française, in: L'80 [Mai 1986], Nr. 26, S. 53–60, hier S. 60).

8 In *L'80* hieß es 1986 bspw., dass, während *Der Spiegel* 1972 noch „Blick auf Schweden – Blick auf die Zukunft!" getitelt – und *Die Zeit*: „Droht uns Schweden?", gefragt – hatte, es um das skandinavische Modell inzwischen „still geworden" sei (Christian Fenner: Rezension zu Bernd Henningsen: Der Wohlfahrtsstaat Schweden, Baden-Baden 1986, in: L'80 [1986], Nr. 45, S. 170–172), hier S. 171 f.

9 Kessler, Spreu und Weizen im Dienst nationaler Größe, S. 60.

10 Wiebke Bachmann: Das Bild Gorbačevs, El'cins und Putins in der deutschen Presse am Beispiel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und des „Spiegels", in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 12 (2008), Nr. 1, S. 85–113.

11 Vgl. Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 562.

bürger waren demnach für einen gleichzeitigen Abzug der Sowjets und der Amerikaner. Wie die Demoskopen konstatierten, weckte die Perestrojka bei zwei Dritteln der Westdeutschen zudem die Hoffnung auf eine Lösung von „großen Weltproblemen“ wie Hunger und Umweltzerstörung durch gemeinsame Anstrengungen in Ost und West. Gleichzeitig rechnete aber nur ein Viertel der Bundesbürger mit einer „Abschaffung des Kommunismus“ in der Sowjetunion.[12]

Traf Gorbatschow in der westdeutschen Bevölkerung auf Sympathien, finden sich auf Seiten der Linken weitergehende, spezifische Hoffnungen, deren Inhalt und Genese im Folgenden analysiert werden soll.[13] Zu berücksichtigen ist dabei, dass Gorbatschow ein „Mann mit vielen Gesichtern“[14] war, der sich im Lauf seiner Regierungszeit deutlich wandelte und daher für westliche Beobachter schwer einzuschätzen war. In der Rückschau wird zudem deutlich, dass der Kreml-Chef nicht erreichte, was er sich vorgenommen hatte. Vielmehr setzte er – wie ein „Zauberlehrling“[15] – Dynamiken in Gang, die für ihn immer schwerer zu kontrollieren waren. Die Ergebnisse seiner Reformpolitik sind deshalb deutlich von seinen ursprünglichen – und sich wandelnden – Zielen und Absichten zu unterscheiden.[16] Es liegt daher auf der Hand, dass es Perzeptionsgruppen in der Bundesrepublik, die auf die sowjetische Reformpolitik blickten, nicht leicht fiel, sich eine Meinung von Gorbatschow zu machen.

Umso mehr bedurfte es eines aktiven Erwartungsmanagements, um die Entwicklung in der Sowjetunion einschätzen zu können. Dieses Erwartungsmanagement soll im Folgenden untersucht werden. Im Zentrum steht dabei eine Gruppe tschechoslowakischer Emigranten, die Anfang der 1980er Jahre Solidarność unterstützt hatten. Ihnen ist, so die These, ein erheblicher Einfluss auf die Meinungsbildung bei Sozialdemokraten, Grünen und undogmatischen Linken zuzusprechen. Sie werden daher im Folgenden als *Erwartungsmanager* betrachtet, die ihre prognostische Autorität aus verschiedenen Quellen bezogen. Diese lassen sich im Anschluss an die jüngere Migrationsforschung mit dem Begriff des *biografischen Kapitals* zusammenfassen. Die Rolle dieser Erwartungsmanager sollte verstehen helfen, wie Gorbatschow „der letzte in der Reihe der vom Westen gefeierten kommunistischen Parteiführer“ werden konnte und warum „der Westen ihm aufs

[12] Vgl. [o. V.:] Die Umfrage. Russen – Deutsche – Amerikaner, in: Klaus Liedtke (Hg.): Der Neue Flirt. Russen und Deutsche auf dem Weg zu veränderten Beziehungen. Mit der ersten Meinungsumfrage der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Hamburg 1989, S. 69–167, hier S. 141 f. u. 150 f. (Zitate: S. 141, 150 u. 151).

[13] Es geht entsprechend weniger um Fragen der internationalen und transnationalen Beziehungen, die bereits recht gut untersucht sind, vgl. für den Bereich der parlamentarischen Linken zuletzt Stefan Creuzberger: Willy Brandt und Michail Gorbatschow. Bemühungen um eine zweite „Neue Ostpolitik“ 1985–1990, Berlin 2015; Hermann Wentker: Die Grünen und Gorbatschow. Metamorphosen einer komplexen Beziehung 1985 bis 1990, in: VfZ 62 (2014), S. 481–514.

[14] Vgl. Wentker, Die Grünen und Gorbatschow, S. 482 (Zitat: ebd.).

[15] Wirsching, Der Preis der Freiheit, S. 30.

[16] Dies betont auch György Dalos, der von einem „Weg in die Ohnmacht“ spricht (György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biographie, München 2011, S. 264).

Wort glaubte und sich für ihn begeisterte“,[17] als er versuchte, den „real existierenden Sozialismus“ zu revitalisieren.

2. Im Horizont Dubčeks: Gorbatschow-Bilder im Wirkungskreis der Exilantengruppe um Zdeněk Mlynář

Wie unterschiedlich westdeutsche Linke die Politik Gorbatschows aufnahmen, lässt sich an den verschiedenen historischen Horizonten verdeutlichen, in die sie die Perestrojka stellten. Bei der Zeitschrift *konkret*, die Anfang der 1980er Jahre das Kriegsrecht in Polen und damit die Unterdrückung der Solidarność gerechtfertigt hatte,[18] fanden zunächst die ostentativen Lenin-Bezüge[19] des neuen Kreml-Chefs Anklang. Schien den *konkret*-Autoren damit zunächst der „Sozialismus wieder unheimlich im Kommen“,[20] sahen sie ihn jedoch durch Gorbatschows „Neues Denken“ und baldige westlichen Anleihen früh wieder infrage gestellt. Der Umgang mit Lenin bildete für sie gleichsam den Indikator, der darüber Auskunft gab, ob sich die sowjetischen Reformen (noch) auf dem Boden des Sozialismus und der mit ihm verknüpften desiderativen Erwartungen bewege.[21] Bereits 1988 war dies aus Sicht von *konkret*-Herausgeber Gremliza nicht mehr der Fall; Gorbatschow hatte sich hier bereits als Enttäuschung erwiesen.[22]

[17] François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 619 u. 622.

[18] Vgl. Marion Brandt: Hoffnungen, Ängste, Missverständnisse. Wie sich deutschsprachige Schriftsteller zur Solidarność in Polen äußerten (03. 10. 2015), http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=21173 [12. 04. 2016]. Als zeitgenössische Kritik an Gremlizas Position vgl. Jürgen Fuchs: Der strenge Tourist aus Hamburg oder Ein Kolumnist rettet Polen, in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 92–108.

[19] Diese beschäftigten freilich auch die bundesdeutsche Ostforschung, vgl. Gerhard Wettig: Gorbatschow auf Lenin-Kurs? Dokumente zur neuen sowjetischen Politik, Köln 1988; Heinz Brahm: Ein Porträt Gorbatschows, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?, München/Wien 1989, S. 48–54.

[20] So die Titelfrage der Zeitschrift konkret 3/1987, die Herausgeber Gremliza ausdrücklich bejahte (vgl. Hermann L. Gremliza, Schick, der Bolschewik, in: konkret 3/1987, S. 10).

[21] Woran erhellt, dass ein Teil der westdeutschen Linken in seinem Blick auf die Sowjetunion nach wie vor stark am „weltgeschichtlichen Bezugsrahmen“ (Jan Philipp Reemtsma: ... the bad and the ugly, in: konkret 12/1990, S. 26–27, hier S. 26) der Oktoberrevolution orientiert war, von dem sich selbst die Kommunistische Partei Italiens bereits Anfang der 1980er Jahre nach der militärischen Unterdrückung der Solidarność gelöst hatte, vgl. hierzu Heinz Timmermann: Die KPdSU und das kommunistische Parteiensystem, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?, München/Wien 1989, S. 245–253, hier S. 250 f.

[22] Vgl. Konrad Sziedat: „Sozialismus wieder unheimlich im Kommen?“ UdSSR- und DDR-Debatten westdeutscher Linker 1985–91, in: Michael Mayer u. a. (Hg.): Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus. Transformationsprozesse in der DDR und in der Sowjetunion 1985–1989/91, Moskau 2016, S. 332–341. Zur Geschichte und politischen Ausrichtung von *konkret* vgl. Ale-

Anders stellt sich die Situation bei Teilen der Sozialdemokratie, der Grünen, der Friedensbewegung und der undogmatischen Linken dar. Hier war nicht so sehr Lenin der Bezugspunkt in der Beurteilung Gorbatschows, sondern der „Prager Frühling" von 1968, die Suche der Reformkommunisten[23] um Alexander Dubček nach einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz".[24] War der Prager Frühling für weite Teile der Linken ohnehin ein wichtiges Identifikationsobjekt (gewesen),[25] avancierte er in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zu einer Referenzfolie bei der Deutung der sowjetischen Perestrojka. Daraus ergaben sich andere Erwartungen und andere Enttäuschungen. Auch standen dahinter andere Vorstellungen von Sozialismus. Eine wichtige Rolle spielten in diesem Prozess, so die im Folgenden vertretene These, ehemalige Reformkommunisten aus der Tschechoslowakei, die inzwischen im Westen lebten, sich Anfang der 1980er Jahre für Solidarność eingesetzt hatten und über gute Kontakte zu SPD, Grünen, Friedensbewegung und undogmatischen Linken verfügten.[26] Im Zentrum dieser Personengruppe, die sich um die Exilzeitschrift *Listy* bewegte, lässt sich der ehemalige ZK-Sekretär der KSČ, Zdeněk Mlynář, verorten.[27] Mlynář verfügte, so das Argument, über ein zunächst singuläres *biografisches Kapital*, um seine Deutung Gorbatschows im Horizont Dubčeks zu untermauern: er hatte am Prager Frühling teilgenommen, war als Wissenschaftler in Ost und West tätig (gewesen) – und war mit dem neuen Kreml-Chef aus der gemeinsamen Moskauer Studienzeit persönlich bekannt.

2.1 Emigration als biografisches Kapital

Zur Biografie Mlynářs

1930 in eine jüdische Familie geboren,[28] trat Mlynář 1946 der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) bei. Er befasste sich intensiv mit Karl Marx (und Hegel) und las deren Schriften im deutschen Original.[29] In den 1950er Jahren studierte Mlynář Jura an der Moskauer Lomonossow-Universität. Hier lernte

xander Gallus, Zeitschriftenporträt: konkret, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 13 (2001), S. 227–249.

[23] Zum Reformkommunismus vgl. überblickend Silvio Pons/Michele di Donato: Reform Communism, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hg.): Communism. Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 178–202.

[24] Zu Gorbatschows Verhältnis zum „Prager Frühling" s. u., S. 99 f.

[25] Siehe unten, S. 93 f.

[26] Die engen Beziehungen zur SPD betont Bent Boel: Western European Social Democrats and Dissidence in the Soviet Bloc during the Cold War, in: Robert Brier (Hg.): Entangled Protest. Transnational Approaches to the History of Dissent in Eastern Europe and the Soviet Union, Osnabrück 2013, S. 153–171, hier S. 159 f.; die Bedeutung der Exilanten für die Diskussion bei den Grünen und bei undogmatischen Linken wird im Folgenden herausgearbeitet.

[27] Auf die Bedeutung Mlynářs für die linke Ostblockdebatte weist auch Manfred Wilke hin (Gespräch mit Manfred Wilke, Tutzing, 06. 07. 2013).

[28] Vgl. Gerd Ruge: Michail Gorbatschow. Biographie, Frankfurt am Main 1990, S. 69.

[29] Vgl. Ruge, Michail Gorbatschow, S. 69.

er Michail Gorbatschow kennen und erlebte auch den Tod Josef Stalins. Zurück in der ČSSR, arbeitete er zunächst bei der Generalstaatsanwaltschaft und anschließend an der nationalen Akademie der Wissenschaften. Ab 1964 für das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei tätig, wurde er 1968 dessen Sekretär und verfasste den politischen Teil des Aktionsprogramms der KSČ. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings konnte Mlynář seine wissenschaftliche und politische Tätigkeit nicht fortsetzen. Er gab alle seine Funktionen auf und arbeitete zunächst in einem Museum.[30] Als jedoch für 1976 eine Konferenz der kommunistischen Parteien aus Ost- und Westeuropa angekündigt wurde, verfasste Mlynář eine mehrere hundert Seiten starke Analyse des Prager Frühlings und der auf dessen Niederschlagung folgenden „Normalisierungspolitik", die er an die Führungen aller teilnehmenden Parteien sandte, so auch an den Chef des eurokommunistischen Partito Comunista Italiano (PCI), Enrico Berlinguer. Die Folge war eine nächtliche, überfallartige Hausdurchsuchung in seiner Wohnung, und Mlynář wurde fortan permanent überwacht.[31] Wenig später gehörte Mlynář wie zahlreiche weitere Reformkommunisten zu den Initiatoren und Erstunterzeichnern der Charta 77, der bekannten Menschen- und Bürgerrechtsinitiative, die sich nach der Verabschiedung der KSZE-Schlussakte von Helsinki formierte. Mit der Veröffentlichung ihres Gründungsdokuments verlor Mlynář seine Anstellung im Museum und wurde praktisch unter Hausarrest gestellt. Gleichzeitig bot man ihm die Ausreise aus der ČSSR an. Er emigrierte nach Österreich, dessen sozialistischer Bundeskanzler Bruno Kreisky allen exilierten Chartisten politisches Asyl angeboten hatte.[32] Im Exil wirkte Mlynář an der Schnittstille von Politik und Wissenschaft (s. u.), 1989 warnte er seine tschechoslowakischen Landsleute vor einer bloßen Übernahme von Marktwirtschaft und Parlamentarismus.[33] Seine Frau, die den Begriff „Velvet revolution" für den tschechoslowakischen Umbruch geprägt haben soll, arbeitete in dieser Zeit als Sprecherin der Bürgerplattform von Václav Havel, dem ersten nichtkommunistischen Präsidenten der ČSSR seit 1948. Mlynář starb am 15. April 1997 in Wien.[34]

Mlynář und Gorbatschow in beziehungsgeschichtlicher Perspektive

Die Freundschaft, die Mlynář und Gorbatschow bis zuletzt verband, geht zurück auf die gemeinsame Studienzeit im Moskau der „Tauwetterperiode". Beide waren

[30] Michail S. Gorbatschow/Zdeněk Mlynář: Conversations with Gorbachev. On Perestroika, the Prague Spring, and the Crossroads of Socialism, New York 2002, S. 41.

[31] Vgl. [o. V.:] In Osteuropa wächst die Macht der Armee. SPIEGEL-Interview mit dem Exilpolitiker Zdeněk Mlynář, in: Der Spiegel 52/1981, S. 99 f., hier S. 99; Gorbatschow/Mlynář, Conversations with Gorbachev, S. 44 f.

[32] Vgl. Gorbatschow/Mlynář, Conversations with Gorbachev, S. 45 f.

[33] Vgl. Victor Sebestyen: Revolution 1989. The Fall of the Soviet Empire, New York 2009, S. 367.

[34] Vgl. Brown, Archie: Introduction, in: Michail S. Gorbatschow/Zdeněk Mlynář: Conversations with Gorbachev. On Perestroika, the Prague Spring, and the Crossroads of Socialism, New York 2002, S. vii–xxiii, hier S. xxii, Anm. 4.

an der juristischen Fakultät der Lomonossow-Universität eingeschrieben und lebten zeitweilig im gleichen Wohnheimzimmer. Mlynář gehörte zu Gorbatschows engsten Freunden in einem lebhaft über politische Frage diskutierenden Kreis und war der erste Ausländer überhaupt, den Gorbatschow kennenlernte.[35] Laut Gerd Ruge war er „der dritte in der Gruppe enger Freunde", die sich im zweiten Studienjahr kennengelernt hatte und zu der er in Gorbatschows letztem Studienjahr hinzustieß.[36] Gorbatschow selbst gibt an, sein „relativ enger Kreis von Freunden" habe aus neun[37] bzw. achtzehn[38] Personen bestanden, zu denen er auch Mlynář rechnet. Er memoriert einen Dialog mit Mlynář aus der gemeinsamen Studienzeit, in dem dieser ihn ganz selbstverständlich mit seinem Spitznamen („Misha") ansprach.[39] Bei dieser Praxis blieb es bis zum Schluss, wie die Gespräche Gorbatschows und Mlynářs aus den 1990er Jahren zeigen.[40] Auch dies spricht für die enge freundschaftliche Verbundenheit der beiden. Eine solche transnationale Verbindung war in den 1950er Jahren durchaus ungewöhnlich: Eine Postkarte, die Mlynář aus Prag an Gorbatschow sandte, soll vom Polizeichef persönlich übergeben worden sein – Beziehungen zu Ausländern galten auch in der Chruschtschow-Ära als verdächtig.[41]

Nach ihrer Studienzeit blieben Mlynář und Gorbatschow in Kontakt, wenngleich der Austausch nur lose war. 1967 besuchte der Tscheche, inzwischen für das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei tätig, Gorbatschow in Stawropol, wo dieser inzwischen zum Parteisekretär aufgestiegen war. Für Ruge ist dies ein Beleg, dass der spätere Staats- und Parteichef schon früh mit den Ideen der tschechoslowakischen Reformer des Prager Frühlings in Berührung kam.[42] Gorbatschow berichtet über den Besuch, sein Studienfreund sei mit den Reformvorstellungen, die er vertrat, in Moskau auf „Unmut" gestoßen.[43] Er memoriert zudem, er habe zur Zeit des Prager Frühlings Mlynář einen Brief geschrieben, auf den er jedoch keine Antwort erhielt. Einem KGB-Offizier zufolge sei der Brief „an eine ganz andere Adresse", also in die Hände der Sicherheitsbehörden, gelangt.[44] Nach der sowjetischen Invasion 1968 wurden mehrere gemeinsame Studienkollegen Mlynářs und Gorbatschows von den sowjetischen Behörden über die Beziehungen der beiden zueinander befragt.[45]

In den folgenden rund zwanzig Jahren bestand kein direkter Kontakt zwischen Mlynář und Gorbatschow mehr. Zwar richtete Willy Brandt 1985 bei seinem

[35] Vgl. Archie Brown: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt am Main/Leipzig 2000, S. 67. Zum Wohnheim Gorbatschows vgl. auch Karl Schlögel: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt, München 2017, S. 360 f.
[36] Ruge, Michail Gorbatschow, S. 68.
[37] Michail S. Gorbatschow: Alles zu seiner Zeit. Mein Leben, München 2014, S. 72.
[38] Vgl. Michail S. Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 75.
[39] Vgl. Gorbatschow, Alles zu seiner Zeit, S. 72.
[40] Vgl. Brown, Introduction, S. xxi.
[41] Vgl. Ruge, Michail Gorbatschow, S. 68.
[42] Vgl. ebd.
[43] Gorbatschow, Erinnerungen, S. 122.
[44] Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, S. 122.
[45] Vgl. Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 84.

Moskau-Besuch Grüße aus,[46] doch trafen sich die beiden Studienfreunde erst im Dezember 1989, nach 22 Jahren, wieder.[47] Im Februar 1990 sprachen sie dann erneut miteinander.[48]

Trotz des unterbrochenen Kontakts sah sich Mlynář nach Gorbatschows Amtsantritt als der anfänglich einzige im Westen, der den neuen Kreml-Chef persönlich näher kannte. Im Gespräch mit Gorbatschow memorierte er über die Lage nach dessen Aufstieg zum Generalsekretär: “At that moment I was the only person in the West who knew you well on a personal basis, even if it was a long time back, in our student years, that we had known each other.”[49]

Mlynář als Autobiograf

Die heute verfügbaren Informationen sowohl über Mlynářs Leben als auch über seine Beziehung zu Gorbatschow gehen zu einem Großteil auf Äußerungen der beiden Studienfreunde selbst zurück. Unser Wissen entstammt mithin in hohem Maße der Selbsterzählung und -historisierung der Akteure. Deshalb lohnt ein genauerer Blick auf die Narrative, mit denen wir hier konfrontiert sind, und auf ihren Entstehungskontext. Nach wie vor zentral ist Mlynářs autobiografisches Buch *Nachtfrost*, das 1978 zuerst in der Bundesrepublik erschien.[50] und anschließend ins Englische übersetzt wurde.[51] Schon das Erscheinungsjahr – das Dezennium des Prager Frühlings – verdeutlicht, dass Mlynářs Erinnerungen nicht bloß ein persönliches Schicksal erzählen, sondern auch der Historisierung des tschechoslowakischen Reformversuches des Jahres 1968 gelten sollten. Mehr noch: Mit der Veröffentlichung schrieb sich Mlynář gleichsam in die westliche Linke, an die er

[46] Vgl. Ruge, Michail Gorbatschow, S. 68.
[47] Gorbatschow/Mlynář, Conversations with Gorbachev, S. 66.
[48] Ebd., S. 114.
[49] Ebd., S. 52. Staats- und Parteichefs hatten natürlich Gelegenheit zu Gesprächen in offiziellem Rahmen, so Willy Brandt, der als erster westlicher Politiker in Moskau empfangen wurde (vgl. Creuzberger, Willy Brandt und Michail Gorbatschow, S. 18). Doch zeigt das Beispiel Helmut Kohls, dass dies nicht selbstverständlich war: Der Bundeskanzler konnte anfangs keinen „persönlichen ‚Draht‘“ zu Gorbatschow finden; seine Einladungen an den Generalsekretär, die Bundesrepublik zu besuchen, wurden zunächst abgelehnt (Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 552). Demgegenüber hatte Außenminister Hans-Dietrich Genscher bereits im Juli 1986 bei einem Treffen mit Gorbatschow den Eindruck gewonnen, der Kreml-Chef sei es ernst im Bemühen um einen neue Politik (vgl. Einleitung, in: Horst Möller/Ilse Dorothee Pautsch/Gregor Schöllgen/Hermann Wentker/Andreas Wirsching/Heike Amos/Tim Geiger [Hg.]: Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, Göttingen 2015, S. 7–56, hier S. 11). Genscher kommunizierte seine positiven Erwartungen auch frühzeitig nach außen, etwa wenn er in Davos forderte, Gorbatschow „ernst“ und „beim Wort“ zu nehmen. Zugleich bestand er aber auch darauf, dass den Worten Taten folgen müssten (vgl. Hans-Dieter Heumann: Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie, Paderborn 2012, S. 186 f. [Zitate: S. 186]).
[50] Zdeněk Mlynář: Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus, Frankfurt am Main 1978.
[51] Zdeněk Mlynář: Nightfrost in Prague. The End of Humane Socialism, New York 1980.

sein Buch primär adressierte, ein.[52] Schon der Verlag, der das Buch publizierte, zeigte dies an: Es handelte sich um die Europäische Verlagsanstalt in Hamburg, die in der Nachkriegszeit von Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) gegründet worden war. Der ISK war eine Gruppe ehemaliger SPD- und KPD-Mitglieder in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen das NS-Regime gewesen. Zu den Autoren der Europäischen Verlagsanstalt (EVA) gehörten anfangs Arthur Rosenberg, Eugen Kogon und Hannah Arendt, später etwa Wolfgang Abendroth und Erich Fromm sowie mit Ossip K. Flechtheim, Iring Fetscher und Rudolf Bahro prominente Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność*.[53] Zum zwanzigsten Jubiläum des Prager Frühlings erschien eine Neuauflage bei Athenäum in Frankfurt am Main. Mlynář erklärte im Vorwort, durch die Politik Gorbatschows seien seine Erinnerungen an den Prager Frühling, einst als Erinnerungen an eine abgeschlossene Epoche geschrieben, wieder ungeahnt aktuell.[54]

Mlynář als Wissenschaftler

Lässt sich bereits Mlynářs Tätigkeit im Prag der 1960er Jahre – an der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften – als eine Art Politikberatung lesen,[55] arbeitete er im Exil für das Internationale Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA), dessen Auftrag damals der akademische Brückenschlag zwischen Ost und West war und bis heute die wissenschaftlich fundierte Politikberatung zu globalen Fragen ist.[56] Das von US-Präsident Lyndon B. Johnson und SU-Ministerpräsident Alexej Kossygin initiierte, gleichwohl unabhängige Forschungsinstitut in Laxenburg bei Wien zählte zu seinen Gründungsmitgliedern die amerikanische National Academy of Sciences und die westdeutsche Max-Planck-Gesellschaft, aber auch die Akademien der Wissenschaften der UdSSR und DDR. Mlynářs Karriere erscheint insofern trotz Emigration bemerkenswert ungebrochen, verlief sie doch – nach jahrelanger Unterbrechung – weiter auf dem Feld der unabhän-

[52] Wie Akteure sich mit Autobiografien in Kollektive einschreiben, hat Volker Depkat in seiner Habilitationsschrift vorgeführt (Volker Depkat: Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München 2007).

[53] Zur Geschichte der EVA vgl. Sabine Groenewold (Hg.): Mit Lizenz. Geschichte der Europäischen Verlagsanstalt 1946–1996, Hamburg 1996. Zum ISK vgl. Heiner Lindner: „Um etwas zu erreichen, muss man sich etwas vornehmen, von dem man glaubt, dass es unmöglich sei". Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK) und seine Publikationen. Zugleich Einleitung zur Internetausgabe der Zeitschrift „Renaissance", Juli bis Oktober 1941, sowie der Pressekorrespondenzen „Germany speaks" und „Europe speaks", 1940, 1942 bis 1947, Bonn 2006.

[54] Vgl. Zdeněk Mlynář: Nachtfrost, Frankfurt am Main ²1988, S. VII ff.

[55] Vgl. Ralf Kessler: Politikberatung in DDR und ČSSR der 60er Jahre vor dem „Prager Frühling", in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004, S. 233–248, hier S. 244 f.

[56] Vgl. History of IIASA, http://www.iiasa.ac.at/web/home/about/whatisiiasa/history/history_of_iiasa.html (23. 03. 2016) [30. 03. 2016].

gigen, gleichwohl nicht völlig staatsfernen Politikberatung. In diesen Bereich rechnet auch eine Expertise Mlynářs[57] für das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln (BIOst), das die Bundesregierung in Fragen des Ostblocks und des internationalen Kommunismus beriet.[58]

Mlynářs Tätigkeit lässt sich jedoch keineswegs auf diese Form von Politikberatung reduzieren. Vielmehr leitete er auch zwei eigene Forschungsprojekte, die direkt auf politische Intervention zielten, an deren Finanzierung sich diverse Kulturinstitute und Universitäten sowie die Sozialistischen Internationale beteiligten.[59] Diese Projekte richteten sich speziell an die westliche Linke und hatten zum Ziel, die Erfahrungen des Prager Frühlings weiterzugeben und auf die aktuelle Situation im Ostblock zu beziehen. So hieß es:

„Vor zwei Jahren wurde in Wien ein interessantes Forschungsprojekt ins Leben gerufen: Studien zum ‚Prager Frühling‘ und sich daraus für die westeuropäische Linke ergebende Implikationen. Ziel dieser Forschungsarbeiten, an denen sich Fachleute aus den Reihen der Exiltschechoslowaken beteiligen, ist es, der westeuropäischen Linken (im weitesten Sinn des Wortes) Erfahrungen aus der Tschechoslowakei mitzuteilen, die für die Lösung theoretischer und politischer Konzeptionsprobleme im Zusammenhang mit dem demokratischen Sozialismus in Westeuropa von Bedeutung sind oder sein könnten.“[60]

Die (stets mehrsprachig veröffentlichten) Gutachten in den Kontext des „Samizdat“ – das heißt der illegalen Untergrundliteratur – zu stellen, wie dies der italienische Slavist Alessandro Catalano tut,[61] ist sicher anfechtbar. Tatsächlich aber stammten die Autoren zum Großteil aus dem Kreis der Exil- und Untergrundzeitschrift *Listy* („Blätter“),[62] welche die Periodika LN, LL und L aus dem Prag der 1960er Jahre fortführte und sich als Stimme der „tschechoslowakischen demokratischen Sozialisten“[63] bzw. der „tschechoslowakischen sozialistischen Opposition“[64] im Exil verstand.

So waren an Mlynářs Forschungsprojekten (bis auf einen) alle seine Kollegen aus dem Sprecherkollegium der *Listy*-Gruppe beteiligt: Jiří Pelikán, während des Prager Frühlings Leiter des tschechoslowakischen Fernsehens und im italieni-

[57] Zdeněk Mlynář: Ideologische und politische Richtungen innerhalb der Bürgerrechtsbewegung in der heutigen Tschechoslowakei, Köln 1978.

[58] Vgl. oben, S. 17 ff.

[59] Vgl. Alessandro Catalano: Il samizdat tra dialogo e monologo. Le attività editoriali di Zdeněk Mlynář e la scelta degli interlocutori, in: eSamizdat. Rivista di culture dei paesi slavi 8 (2010–2011), S. 261–280, hier S. 271. Eine umfangreichere Fassung des Beitrags existiert auf Tschechisch (Alessandro Catalano: Zdeněk Mlynář a hledání socialistické opozice. Od aktivní politiky přes disent až k ediční činnosti v exilu [Zdeněk Mlynář und die Suche nach einer sozialistischen Opposition. Vom aktiven Politiker zum Dissens zur editorischen Arbeit im Exil], in: Soudobé Dějiny [2013], Nr. 3, S. 277–344).

[60] Forschungsprojekt über „Realsozialismus“, in: Listy 3/1980, S. 27.

[61] So bei Catalano, Il samizdat tra dialogo e monologo.

[62] Zu *Listy* im Kontext vgl. Alexander von Plato/Tomáš Vilímek/Piotr Filipkowski/Joanna Wawrzyniak: Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen, Münster 2013, S. 395.

[63] LISTY-Redaktion: LN, LL, L, in: Listy 4/1980, S. 30 f.

[64] So im Untertitel der deutschsprachigen Ausgabe.

schen Exil Europaabgeordneter für die Sozialistische Partei, Zdeněk Hejzlar, der nach Stockholm emigriert war, und Michal Reiman, Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin mit Verbindungen zu den Grünen[65] und zum Sozialistischen Osteuropakomitee Hamburg.[66] Alle drei waren – wie Mlynář – als Mitglieder der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei am Prager Frühling beteiligt gewesen und nach dessen Niederschlagung aus der Partei ausgeschlossen und außer Landes gedrängt worden. Gleiches gilt für einige weitere Beteiligte von Mlynářs Projekten, die ebenfalls zur *Listy*-Gruppe zählten, so für Ota Šik, der nach der Emigration als Ökonomieprofessor in der Schweiz arbeitete und seine Lehre vom „Dritten Weg" in den Gründungsprozess der Grünen, aber auch in die Programmentwicklung der westdeutschen und internationalen Sozialdemokratie einbrachte,[67] für Jiří Kosta,[68] Professor für sozialistische Wirtschaftssysteme an der Universität Frankfurt und Mitherausgeber des sozialdemokratischen Theorieorgans *perspektiven des demokratischen sozialismus*, und für Tomaš Kosta, Leiter des gewerkschaftlichen *bund*-Verlags, ein in der SPD-Spitze gut vernetzter Sozialdemokrat[69] und neben Heinrich Böll, Günter Grass und Carola Stern einer der Gründer und Herausgeber der Zeitschrift *L'76* (wie auch ihrer Nachfolgerin *L'80*), die sich als Forum für „Demokratie und Sozialismus"[70] in Ost und West verstand und deshalb auch für die polnische Solidarność eingesetzt hatte.[71]

Listy und die Solidarność-Hilfe

Der Mlynář-Kreis lässt sich somit als ein transnationales Netzwerk emigrierter Akademiker betrachten, die sich als Bestandteil der westlichen Linken verstanden, politisch im Kontext der Sozialdemokratie und der Grünen – wie auch der Friedensbewegung (s. u.) – agierten und deren politisches Ziel es war, Demokratie und Sozialismus miteinander zu verbinden,[72] um damit eine Alternative zu den beste-

[65] Vgl. unten, S. 88.

[66] Greifbar etwa in dem von Michal Reiman edierten SOK-Heft „Frühling in Moskau. Werden Lenins Erben mündig?", Hamburg 1987.

[67] Vgl. Ota Šik: Towards an Humane Economic Democracy, in: EID 1 (1980), Nr. 3, S. 313–342; Ota Šik: Für eine zielbewußte Wirtschaftsdemokratisierung, in: pds 3 (1986), Nr. 1, S. 26–47; Ota Šik/Karl-Friedrich Raible: Rezension von Leland G. Stauber: A New Program for Democratic Socialism, Carbondale 1987, in: EID 9 (1988), Nr. 4, S. 546–549; Ota Šik: On Programme Proposals for Social Democratic Parties. A Reply to Leland G. Stauber, in: EID 11 (1990), Nr. 1, S. 147–152.

[68] Zu Kosta vgl. autobiografisch Jiří Kosta: Nie aufgegeben. Ein Leben zwischen Bangen und Hoffen, Berlin 2001; hierzu Manfred Wilke: Rezension zu: Kosta, Jiří: Nie aufgegeben. Ein Leben zwischen Bangen und Hoffen, Berlin 2001, in: ZdF (2002), Nr. 11, S. 174 f.

[69] So die Erinnerung Michal Reimans, vgl. Dieter Segert: Prager Frühling. Gespräche über eine europäische Erfahrung, Wien 2008, S. 162.

[70] So der Untertitel beider Zeitschriften.

[71] Siehe oben, Kap. II.

[72] So nimmt Mlynář rückblickend in Anspruch, seit 1963 auf der Suche nach einer Verbindung von Demokratie und Sozialismus gewesen zu sein, vgl. Gorbatschow/Mlynář, Conversations with Gorbachev, S. 57 ff.

henden Gesellschaften in Ost wie West zu weisen. Hierin liegt bei allen Differenzen die zentrale Parallele zur Initiative *Solidarität mit Solidarność*, und hierin besteht auch eine Verbindung zu den programmatisch ähnlich gelagerten Kampagnen für Wolf Biermann und Rudolf Bahro, an die *Solidarität mit Solidarność* angeknüpft hatte. In der Tat hatten sich Mitglieder der *Listy*-Gruppe sowohl hinter Bahro[73] (zu dem sie in der Folge gute Kontakte pflegte[74]) als auch hinter Solidarność[75] gestellt. Und ähnlich wie *Solidarität mit Solidarność* hatte sie die entspannungspolitische Zurückhaltung, die etwa SPD- und DGB-Führung in Sachen Polen übten, kritisiert. „Es ist unverständlich, daß sich hier und da unter den Repräsentanten des demokratischen Sozialismus Menschen finden, die fürchten, daß die Ereignisse in Polen oder ähnliche Entwicklungen in anderen Ländern zu einer Destabilisierung Osteuropas und damit zu einer Bedrohung der Entspannungspolitik führen könnten“, hatte Jiří Pelikán erklärt.

Pelikán plädierte für ein grundlegend anderes Verständnis der Entspannungspolitik. Diese sei aus sozialistischer Perspektive als „ein Instrument zur Überwindung des Status quo und der Blockpolitik“ zu betrachten, „um Spielraum zu schaffen für demokratische soziale Veränderungen im Osten und Westen“. Wie *Solidarität mit Solidarność* ging es der *Listy*-Gruppe um verflochtene Transformationen in beiden Teilen Europas im Zeichen von Demokratie und Sozialismus. Aus diesen Erwartungen leitete sich auch die Unterstützung für Solidarność her: „Von diesem Standpunkt aus gesehen ist die Aktion und der Kampf der polnischen Arbeiter um eine Demokratisierung ein bedeutender Beitrag zu wirklicher Entspannung und Stabilität in Europa und insbesondere zur Stärkung der Ideen eines demokratischen Sozialismus im Osten wie im Westen.“ Folglich musste es in Pelikáns Augen „für die Linke eine Selbstverständlichkeit sein, ihre vorbehaltlose politische und moralische Solidarität mit den polnischen Arbeitern und ihren neuen Gewerkschaften zu erklären und ihnen jede Hilfe, auch materielle, zu gewähren“.[76] Der ehemalige Reformkommunist erblickte in der polnischen Streikbewegung und in der Gründung unabhängiger Gewerkschaften sogar das für Osteuropa „wichtigste politische Ereignis seit dem Prager Frühling“. Damit stimulierte er, ähnlich wie *Solidarität mit Solidarność*, gezielt die Erwartungen seiner Adressaten – erst recht, wenn er die polnische Gewerkschaftsbewegung als einen „Appell und eine Hoffnung für die gesamte europäische Linke“ bezeichnete.[77] Erwartungen weckte auch Zdeněk Mlynář, wenn er über Polen und die Solidarność schrieb, es bestehe „Hoffnung, daß sich etwas *Neues* im Rahmen der gesellschaftspolitischen System des sowjetischen Blocks herausschält“.[78]

[73] Vgl. Zdeněk Hejzlar/Zdeněk Mlynář/Adolf Müller/Jiří Pelikán: Freiheit für Rudolf Bahro, in: Listy 20/1978, S. 1. Siehe auch Anhang Abb. 4.
[74] Vgl. Segert, Prager Frühling, S. 156.
[75] Vgl. Zdeněk Hejzlar/Zdeněk Mlynář/Adolf Müller/Jiří Pelikán/Michal Reiman: Hände weg von Polen, in: Listy 4/1980, S. 2.
[76] Jiří Pelikán: Lehren aus dem polnischen Sommer, in: Listy 4/1980, S. 3–11, hier S. 11.
[77] Ebd., S. 3
[78] Zdeněk Mlynář: Entwicklungsmöglichkeiten in Polen, in: Listy 6/1981, S. 5–13 (Hervorhebung im Original).

In der Bundesrepublik gehörten die Brüder Jiří und Tomaš Kosta sowie mit Milan Horáček der ehemalige Redakteur[79] der deutschsprachigen Ausgabe von *Listy* zu den Unterstützern von *Solidarität mit Solidarność*.[80] Horáček war „eng" mit Rudi Dutschke befreundet gewesen,[81] der sich ebenfalls an den Kampagnen für Biermann und Bahro beteiligt hatte[82] und dessen Engagement gleichfalls einer Verbindung von Demokratie und Sozialismus – in nationaler Einheit Deutschlands,[83] auch dies eine Parallele zur *Listy*-Gruppe[84] – gegolten hatte. In einem persönlichen Nachruf würdigte Horáček Dutschkes „Engagement für einen menschengerechten Sozialismus",[85] und für die Sprecher der *Listy*-Gruppe war Dutschke „einer von uns".[86] Jiří und Tomaš Kosta wiederum richteten gemeinsam mit Adolf Müller und Michal Reiman (zwei weiteren *Listy*-Mitgliedern, die in der Bundesrepublik lebten) einen Brief an das SPD-Präsidium, in dem sie die Haltung der Parteiführung zu Polen kritisierten. Sie taten dies ausdrücklich als frühere Teilnehmer des Prager Frühlings und im Bewusstsein, „daß die Sorgen, die wir in unserem Brief ausgedrückt haben, von allen unseren uns nahestehenden Freunden geteilt werden". Sie unterschrieben jedoch nur zu viert, „damit wir verhindern, daß eine Publizität zustande kommt".[87] Es ging also um eine diskrete Kritik an den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern, denen die Verfasser mit der Anrede „Werte Genossen" ihre grundsätzliche Loyalität bekundeten. In ihrem Schreiben riefen sie „die SPD zur Solidarität mit den in den Untergrund verdrängten und verfolgten Mitgliedern der ‚Solidarnosc'" auf und erklärten, die „bisherige Zurückhaltung" der Partei gegenüber einer Verurteilung des Militärzustands in Polen

[79] Wie geheime Dokumente der DDR-Staatssicherheit nahelegen, war Horáček auf Betreiben der SPD von seinem Leitungsposten bei der Zeitschrift entfernt worden, als er sich den Grünen angenähert hatte (Beziehungen der SPD zur ideologischen Diversionsgruppe von Jiri Pelikan, BStU, MfS Abt. X, Nr. 809, S. 130 f., hier S. 130, die Namen sind dort geschwärzt, Horáček ist jedoch aus dem Kontext erkennbar). Dieser Umstand verdeutlicht die enge Bindung der *Listy*-Gruppe und ihrer Zeitung an die SPD. Michal Reiman memoriert, dass sogar eine formale Affiliation an die Sozialistische Internationale erwogen wurde, die aber letztlich nicht zustande kam (vgl. Segert, Prager Frühling, S. 162; Boel, Western European Social Democrats and Dissidence in the Soviet Bloc during the Cold War, S. 160). Der SPD-Außenpolitiker Karsten D. Voigt teilt mit, dass die Zeitschrift *Listy* von der SPD mit mehreren Tausend DM finanziert worden sei (Information von Karsten D. Voigt, übermittelt von Getrud Lenz [AdsD], per E-Mail, 20. 06. 2013).

[80] Vgl. Anhang Abb. 2.

[81] Milan Horáček: Rudi Dutschke, in: Listy 1/1980, S. 24.

[82] Vgl. Michael März: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates", 1977–1979, Bielefeld 2012, S. 339 ff.

[83] Vgl. Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: Einleitung, in: dies. (Hg.): Dutschkes Deutschland. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links. Eine deutschlandpolitische Streitschrift mit Dokumenten von Michael Mauke bis Rudi Dutschke, 2., durchges. und erg. Aufl., Essen 2011, S. 34 ff.

[84] Vgl. Reimans Bemerkung in Segert, Prager Frühling, S. 162.

[85] Horáček, Rudi Dutschke, in: Listy 1/1980, S. 24.

[86] Zdeněk Hejzlar/Zdeněk Mlynář/Adolf Müller/Jiří Pelikán/Michal Reiman: Rudi Dutschke, in: Listy 1/1980, S. 24.

[87] AdsD, Dep. Kosta, Box 4, Tomaš Kosta an Willy Brandt, 26. 01. 1982.

habe sie „tief enttäuscht". Die Gewerkschafter in Polen warteten auf eine „unüberhörbare Bekundung der Solidarität seitens der westdeutschen Linken, insbesondere aber ihrer beiden stärksten Formationen – der SPD und des DGB". Die Sozialdemokratie dürfe, so die Autoren, diese „Erwartungen nicht enttäuschen". Auch müssten „demokratische Sozialisten in der Bundesrepublik" schon um ihrer eigenen „Glaubwürdigkeit" willen „hinreichend vernehmbar und unzweideutig eine Diktatur, die den Namen des Sozialismus schändlich mißbraucht, verurteilen". Die Verurteilung des polnischen Kriegszustands dürfe nicht konservativen Politikern wie Strauß und Reagan überlassen, die „die ‚Fahne der Freiheit' im Falle Polens wortlaut [sic] schwingen, während sie gleichzeitig die diktatorischen und faschistoiden Regime in der Türkei und in Lateinamerika offen unterstützen".[88]

Listy und blockübergreifende Friedens- und Menschenrechtsbewegung

Zeigte sich die *Listy*-Gruppe über die gouvernementale Entspannungspolitik der SPD angesichts des polnischen Kriegszustands „tief enttäuscht" (s. o.), engagierte sie sich für blockübergreifenden Wandel „von unten". Sie gehörte etwa zu den Gründern des *Europäischen Netzwerks Ost-West-Dialog*[89], das für die Bemühungen östlicher Dissidenten und Emigranten sowie westlicher Pazifisten um eine blockübergreifende Friedensbewegung steht. Das Netzwerk wurde 1984 im italienischen Perugia ins Leben gerufen. Dort trafen sich die Unterstützer der Kampagne *European Nuclear Disarmament* (END) zu einer Konferenz. Zahlreiche Dissidenten aus dem „Ostblock" waren an einer Teilnahme gehindert worden; dafür waren die offiziellen Friedensräte ihrer Länder stark präsent. Einige westeuropäische Teilnehmer reagierten mit Protest, und es formierte sich das *Europäische Netzwerk* als alternativer Zusammenschluss unabhängiger Akteure aus beiden Teilen Europas. Im Sekretariat waren neben der *Listy*-Gruppe Vertreter des polnischen KOS und der Solidarność im Exil, der Westberliner *Initiative Ost-West-Dialog* und mehrerer Friedensgruppen aus beiden Teilen Europas vertreten.[90] Ziel war es, „die mehr oder weniger isoliert voneinander Bestehenden Ansätze des Ost-West-Dialoges ‚von unten' miteinander zu verknüpfen".[91] In einer *Erklärung für den Frieden in Europa*, die noch in Perugia bekannt gegeben wurde, forderte man neben der „Durchsetzung von Abrüstungsschritten" die „volle Respektierung der Menschenrechte". Zudem plädierte man für eine „neudefinierte Entspannungspolitik", die nicht mehr primär gouvernemental, sondern vor allem „von unten" erfolgen müsse. Sie sollte den „militärischen Bereich" und den „Abbau von Feind-

[88] AdsD, Dep. Kosta, Box 4, Jiří Kosta, Tomaš Kosta, Adolf Müller u. Michal Reiman an das Präsidium der SPD, 25. 01. 1982.
[89] Vgl. Initiative Ost-West-Dialog (Hg.): Der Frieden ist unteilbar. Für ein Europa jenseits der Blöcke, Berlin 1985, S. 155.
[90] Vgl. Metger, Getrennt durch den Eisernen Vorhang?, S. 82 f.
[91] Zit. nach ebd., S. 82 f.

bildern" einschließen und auf „lebendigen Friedenspartnerschaften in allen gesellschaftlichen Bereichen" beruhen.[92]

Zu den westdeutschen Unterzeichnern der Erklärung gehörten hauptsächlich Personen, die sich schon an der Initiative *Solidarität mit Solidarność* beteiligt hatten – so deren Initiator Jakob Moneta, aber auch Elmar Altvater, Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack vom Sozialistischen Büro (Letzterer war zudem Sekretär des Komitees für Grundrechte und Demokratie), Lukas Beckmann, Joschka Fischer, Milan Horáček und Petra Kelly von den Grünen, Peter von Oertzen von der SPD sowie Wolf Biermann, Jürgen Fuchs, Lew Kopelew, Raissa Orlowa-Kopelew aus dem Kreis der Emigranten. Unter den weiteren Unterzeichnern waren György Dalos und György Konrád aus Ungarn, Bärbel Bohley und Katja Havemann aus der DDR, acht Vertreter der Charta 77 und der emigrierte Solidarność-Funktionär Zgbiniew Kowalewski. Für die *Listy*-Gruppe unterschrieben Zdeněk Hejzlar (Schweden), Zdeněk Mlynář (Österreich), Jiří Pelikán (Italien), Adolf Müller, Michal Reiman (beide Bundesrepublik) und weitere (s. Anhang Abb. 5).[93] Anlässlich der KSZE-Nachfolgekonferenz 1986 in Wien wandte sich das Netzwerk mit einem Memorandum an die Öffentlichkeit. Das Motto lautete: „Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben füllen."[94]

Mlynářs Engagement für Wandel „von unten" zeigt sich auch an seiner Beteiligung an der besonders von Dissidenten und Emigranten geführten Debatte um die Zukunft „Mitteleuropas".[95] Die Diskutanten entstammten größtenteils der unabhängigen, blockübergreifenden Friedensbewegung, und auch im Kontext der Solidarność-Solidarität hatte der Mitteleuropa-Begriff bereits eine Rolle gespielt.[96] Mlynář hatte schon Anfang der 1980er Jahre eine Studie über „‚Normalisierungsprozesse' im sowjetisierten Mitteleuropa"[97] vorgelegt. Mitte des Jahrzehnts beteiligte er sich dann an dem Sammelband „Traumland Mitteleuropa?", den der renommierte Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld herausgab. Schon der Titel verdeutlicht, dass es dem Band um die Aushandlung von Erwartungen, also um Erwartungsmanagement, ging. Dabei zielte der Begriff „Mitteleuropa" erkennbar auf verflochtene Transformationen in Ost und West und Überwindung der Blockkonfrontation. Mlynář verknüpfte in seinem Beitrag Vergangenheit und Zukunft zu einem geschichtlich legitimierten Erwartungsbild. Dazu deutete er die vergan-

[92] Initiative Ost-West-Dialog: Erklärung für den Frieden in Europa. Die wesentlichen Inhalte einer blockübergreifenen Friedenspolitik, in: Initiative Ost-West-Dialog (Hg.): Der Frieden ist unteilbar. Für ein Europa jenseits der Blöcke, Berlin 1985, S. 144–147, hier S. 144 f.

[93] Vgl. Initiative Ost-West-Dialog, Erklärung für den Frieden in Europa. S. 146 f.

[94] Vgl. Metger, Getrennt durch den Eisernen Vorhang?, S. 84.

[95] Zum dissidentischen Mitteleuropadiskurs der 1980er Jahre vgl. Sebastian Richter: Mitteleuropäische Antipolitik. Zur Selbstverortung von Oppositionellen im Staatssozialismus, in: Martin Teplý/Michael Meissner (Hg.): Europäisches Geschichtsbild als Instrument zur Identitätsstiftung. Anspruch und Wirklichkeit einer Idee, Hamburg 2006, S. 163–192.

[96] Vgl. etwa Sozialistisches Büro: Solidarität mit Solidarność. Erklärung des Sozialistischen Büros, in: links 14 (1982), Nr. 142, S. 2.

[97] Włodzimierz Brus/Pierre Kende/Zdeněk Mlynář: „Normalisierungsprozesse" im sowjetisierten Mitteleuropa. Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Köln 1982.

genen Reformversuche und Aufstände im „Ostblock“ als Teil einer langen Suche nach einer Alternative zu den Verhältnissen in den Warschauer Pakt- wie auch NATO-Staaten. Die Ereignisse in Ungarn und Polen 1956 sowie in der ČSSR 1968 kennzeichnete er als „Versuche […], das vorherrschende System zu ändern, also einen dritten Weg zu gehen, weder den sowjetischen noch den des westlichen Blocks“. In Ungarn habe sich dies in Orientierung am österreichischen Modell vollzogen, in der Tschechoslowakei als „Versuch, die mitteleuropäische Tradition zur Geltung zu bringen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, die mit politischer Demokratie westlicher Prägung verbunden sein sollte“.

Dieses Erwartungsbild verknüpfte Mlynář anschließend mit der sowjetischen Perestrojka: „Kann sein, daß bei der sowjetischen Entwicklung in Richtung einer Systemreform, die wir heute unter der Gorbatschow-Führung im Anfangsstadium beobachten können, auch diese Reformversuche der mitteleuropäischen Staaten eine gewisse Rolle spielen.“[98] Dies lässt sich als Erwartungsmanagement lesen: Gorbatschow wird – wenn auch mit Fragezeichen – in die Tradition der enttäuschungsträchtigen Jahre 1956 und 1968 gestellt; die mit diesen Jahreszahlen verbundenen Hoffnungen scheinen damit – unter Vorbehalt – wieder aktuell. Was die Perspektive eines eigenständigen Mitteleuropas anging, so gab Mlynář die Schätzung ab, dass in Polen, Ungarn, der DDR und der ČSSR vermutlich 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung für die Blockfreiheit und Neutralität ihrer Länder seien.[99] Kann dies als Erwartungsweckung interpretiert werden, lässt Mlynářs Diskussionsbeitrag zugleich auch Erwartungsdämpfung erkennen. Zwar könne – innen- und außenpolitische Reformerfolge in der Sowjetunion vorausgesetzt –, für den „sowjetisierten Teil Mitteleuropas“ durchaus ein „größerer Spielraum für autonomes Verhalten“ entstehen; jedoch sei die „Vision eines Gürtels von neutralen mitteleuropäischen Staaten“ unrealistisch.[100]

Mlynář und seine Mitstreiter als linke Kritiker des „Ostblocks“

An Mlynářs Forschungsprojekten waren neben Mitgliedern der *Listy*-Gruppe auch Emigranten aus anderen Ländern des „Ostblocks“ beteiligt, so der in Oxford lebende Ökonomieprofessor Włodzimierz Brus aus Polen und die ungarische Philosophin Ágnes Heller, einst „Lieblingsschülerin“ des verfemten Marxisten György Lukács (so Iring Fetscher, der sie als „meine alte Freundin“ bezeichnete[101]), dem

[98] Zdeněk Mlynář: Mitteleuropa im Ost-West-Konflikt, in: Sven Papcke/Werner Weidenfeld (Hg.): Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse, Darmstadt 1988, S. 46–56, hier S. 50.

[99] Mlynář, Mitteleuropa im Ost-West-Konflikt, S. 51.

[100] Ebd., S. 53 u. 55 f.

[101] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000030, Iring Fetscher an Willy Brandt, 22. 02. 1989, S. 1. Mit der Verbindung zu Lukács warben auch die Projekte Mlynářs, etwa wenn Heller als „une représentante de ce qu'on apelle l'école de Lukacs“ vorgestellt wurde (Zdeněk Mlynář/Jiři Pelikán: Budapest, Prague, Varsovie. Le Printemps de Prague 15 ans après, Paris 1983, S. 7).

ein großer Einfluss auf die Neue Linke gerade im Westen attestiert wird[102] und den einige Ende der 1980er Jahre als „den Wegbereiter der kulturellen Koexistenz auf Gorbatschow-Kurs“[103] sahen. Heller und ihr Mann Ferenc Fehér lehrten an der Universität Sidney; 1986 übernahm Heller den Lehrstuhl Hannah Arendts an der New School for Social Research in New York. Heller und Fehér entwickelten eine marxistische Kritik der Gesellschaften des Ostblocks, die sie monografisch vorlegten und als „Diktatur über die Bedürfnisse“ kennzeichneten.[104]

Als ihre „emotionalen und intellektuellen Beweggründe“ für die Abfassung dieses Buchs nannten sie, das „beängstigende System innerer und äußerer Unterdrückung“ im Ostblock ins Bewusstsein zu rücken und „allen bestehenden Illusionen über seine wahre Physiognomie den Boden zu entziehen“. Sie wandten sich dabei vor allem an die westliche Linke: „Die sozialistische, aber antileninistische Tendenz einer osteuropäischen Opposition, wie sie unsere Theorie darstellt, mag diejenige[n] Linken ansprechen, deren eigenes Ziel der Sozialismus im Sinne einer radikalisierten Demokratie, nicht im Sinne einer wie immer gearteten Diktatur ist.“ Sie selbst bezogen sich ausdrücklich positiv auf den Sozialismusbegriff und betonten, „daß die Welt nicht *weniger*, sondern *mehr* Sozialismus braucht, als sie heute hat!“[105]

Rot trotz Repression: Emigrierte Dissidenten als Autoritäten innerhalb der westlichen Linken

Der Stellenwert einer autoritativen „Ostblockkritik von links“, wie sie der Kreis um Mlynář betrieb, zeigt sich an einer Debatte in der linksalternativen *tageszeitung*. Im Februar 1987, einem ersten Höhepunkt der westdeutschen Beschäftigung mit Gorbatschow,[106] publizierte die *taz* eine Diskussionsreihe über die sowjetische Perestrojka – und ließ dabei vornehmlich Exilanten aus dem Ostblock zu Wort kommen, u. a. Wolf Biermann, Rudolf Bahro und Zdeněk Mlynář. Als man wenige Monate später innerhalb der Grünen-Fraktion über die Politik Gorbatschows beriet, zählten die *taz*-Artikel der genannten Exilanten zur Vorbereitungslektüre;

[102] Vgl. Hanno Plass: Nachwort, in: ders. (Hg.): Klasse Geschichte Bewusstsein. Was bleibt von Georg Lukács' Theorie?, S. 303–309, hier S. 303.

[103] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000030, Frank Benseler [ein Frankfurter Soziologie-Professor] an Iring Fetscher, 05. 04. 1989.

[104] Ágnes Heller/Ferenc Fehér/György Márkus: Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag, Hamburg 1983, S. 343.

[105] Heller/Fehér/Márkus, Der sowjetische Weg, S. 9 u. 14 (Hervorhebung im Original).

[106] Im 70. Jahr der Oktoberrevolution zierte Gorbatschow, auch begünstigt durch die Freilassung des Dissidenten Sacharow, fünfmal die Titelseite allein des *Spiegels* (dazu kam je ein Titel über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und über die Landung des Hobbyfliegers Matthias Rust in Moskau). Im Vorjahr war Gorbatschow nur ein Mal (plus ein Mal mit US-Präsident Reagan) und 1985, im Jahr seines Amtsantritts, nur zweimal (plus ein Mal mit Reagan) auf dem *Spiegel*-Titel präsent gewesen.

hinzu kamen weitere Texte Mlynářs und Interviews weiterer Dissidenten und Emigranten.[107]

Vergleicht man die Biografien Bahros, Biermanns und Mlynářs, so lassen sich Parallelen feststellen: Alle drei waren einst Mitglied der in ihrem Land herrschenden kommunistischen Partei gewesen, später jedoch ausgeschlossen und in die Emigration gezwungen worden. Alle drei hatten sich für die polnischen Arbeiter eingesetzt – Biermann und Bahro bei *Solidarität mit Solidarność*, Mlynář in den von ihm mitgeleiteten *Listy*-Blättern – und unterstützten zudem die Friedens- und Menschenrechtsbewegung im Ostblock. Alle drei lassen sich einem Typus des Dissidenten zuordnen, der vom Vertreter der östlichen zum Angehören der westlichen Linken avanciert war, und der eine trotz Repressionserfahrung ungebrochene, mithin besonders feste sozialistische Überzeugung zu verkörpern schien. Und alle drei gaben für die *taz* insgesamt positive Einschätzungen Gorbatschows ab, wenn auch mit einiger Zurückhaltung und durchaus unterschiedlichen Akzenten: Biermann betitelte seinen Beitrag „Große Skepsis – größere Hoffnung“ und meinte, Gorbatschow spreche „wie ein kommunistischer Dissident“. Am Schluss seines Beitrags bekannte er sich ausdrücklich zu einem Erwartungsmanagement, das positive Erwartung trotz der Möglichkeit ihrer Enttäuschung zuließ:

„Es stimmt leider, was Brecht schrieb: Den überschwenglichen [sic] Hoffnungen folgt leicht überschwengliche [sic] Hoffnungslosigkeit. Davor hüte ich mich, so gut ich kann. Aber lieber begeistert hoffen und wieder auf die Schnauze fallen, als tatenarm und gedankenvoll jammern! Ja, Hoffnung ihr eleganten Arschlöcher! Hoffnung noch immer – und grundlos, wie die Liebe.“[108]

Rudolf Bahro stellte Gorbatschow in die Tradition des Prager Frühlings,[109] und auch Mlynář gab ein positives Urteil ab: „Gorbatschow ist sicher ein Mensch, der die Wirklichkeit ändern will, und wenn man unter Revolution eine Systemveränderung versteht, dann kann man sagen, er hat revolutionäre Absichten.“[110]

Wenn Figuren wie Biermann, Bahro und Mlynář solchermaßen auf Gorbatschow setzten, hatte dies Gewicht. Nicht zufällig gehörte die zitierte Artikelserie zur Grundlagenlektüre bei den internen Beratungen der Grünen-Fraktion.[111] Exilanten aus dem Ostblock, die sich trotz ihrer Erfahrungen mit den „realsozialistischen“ Unterdrückungsapparaten weiterhin als links verstanden, konnten innerhalb der Linken (jenseits der DKP) ein hohes Maß an Autorität beanspruchen.[112]

[107] AGG, B.II.3, 1156, Elisabeth Weber an die Mitglieder des AK VIII/IX (ehemals Abrüstung, Frieden Internationales, im Folgenden AFI), 22. 3. 1987.

[108] Wolf Biermann: Große Skepsis – größere Hoffnung, in: taz vom 10. 02. 1987.

[109] Bahro, Rudolf: Il Principe. Der Ex-DDRler sieht den Fürsten, den Machiavelli nicht hat erscheinen sehen, in: taz vom 14. 02. 1987.

[110] Zdeněk Mlynář: Gorbatschows Reformen ernstnehmen, in: taz vom 12. 02. 1987.

[111] AGG, B.II.3, 1135, Elisabeth Weber an den AK VIII/IX (ehemals AFI), 22. 03. 1987, Anlage „Inhalt“.

[112] Zur Konstruktion des Dissidenten vgl. für das Beispiel Lew Kopelews Uwe Sonnenberg: Die Kopelewsche Brücke. Problemaufriss zum öffentlichen Wirken von Lew Kopelew in der Bundesrepublik Deutschland von 1981–1997, Berlin 2007; Maria Birger: Gruppenbild mit Lew Kopelew. Die Bedeutung des russischen Dissidenten für die bundesdeutsche Öffentlichkeit, Köln, Univ., Staatsexamensarbeit 2011.

Diese speiste sich zum einen aus ihrer Abgrenzung gegen sogenannte Renegaten, das heißt gegen ehemalige Linke, die im Laufe ihres Lebens von ihren früheren Überzeugungen abgerückt waren. Denn besonders solche Renegaten, die zu Antikommunisten avanciert waren und sich auf der politischen Rechten betätigten, wurden häufig mit Verachtung gestraft. Für Carola Stern etwa war der Antikommunismus früherer Kommunisten schlicht eine „Ersatzreligion": „Die einstige und noch nachwirkende Faszination: ‚Sie [die herrschenden Kommunisten] konnten halb Europa und Asien gewinnen! – Sie konnten mich betrügen – Sie gaben und nahmen mir meinen Glauben!' – schlägt um in Haß-Liebe. Der antikommunistische Exkommunist meldet sich an als Fachmann in den Redaktionsstuben der freien Welt."[113] Die Gefahrenperzeption konzentrierte sich hier auf den Expertenstatus („Fachmann") und die öffentlichen Wortmeldungen („Redaktionsstuben") ehemaliger Kommunisten. Umso wichtiger war es, mittels erklärtermaßen links gebliebener Dissidenten Gegenexpertise aufbieten zu können. An dieser Stelle kamen Figuren wie Bahro, Biermann und Mlynář ins Spiel. Biermann etwa nahm die Abgrenzung gegenüber den Renegaten regelmäßig vor, so 1978 auf einer Solidaritätsveranstaltung für die Opposition im sowjetischen Herrschaftsbereich:

„Wenn diese Dissidenten, die aus dem Osten kommen und hier im Westen der bürgerlichen Reaktion in die Hände fallen, wenn sie Rechte geworden sind, weil man ihnen den Kommunismus ausgeprügelt und ausgefoltert hat, und sie sich dann hier im Westen mißbrauchen lassen von der bürgerlichen Reaktion, dann werden sie zu einer ganz traurigen Variation auf das Thema ‚Diener zweier Herren': sie werden nicht nur zu Dienern der bürgerlichen Reaktion, sondern in einer fatalen Weise, zum ersten Mal in ihrem Leben wahrscheinlich, zu Dienern der stalinistischen Reaktion im Osten und sie tun genau das, was sie ja tun sollen, nach Meinung der Leute, von denen sie verjagt worden sind."[114]

2.2 Der Exilant als Erwartungsmanager

Mlynář in der linken Publizistik

Wie Biermann präsentierte sich auch Mlynář als Teil einer Erwartungsgemeinschaft, für die eine Verbindung von Sozialismus und Demokratie weiterhin den Horizont ihrer Hoffnungen markierte. (Durch sein Engagement für Frieden und Menschenrechte scheint er aber auch für andere Teile der Linken anschlussfähig gewesen zu sein, die sich vom Sozialismusbegriff emanzipiert hatten oder von ihm zu emanzipieren begannen.) Seine Rolle lässt sich dabei als die eines professionellen Erwartungsmanagers verstehen, der mittels wissenschaftlicher Prognosen Hoffnungen durch Prognosen zu untermauern verstand. Hierbei kam ihm sein

[113] Carola Stern: Bilanz, in: Horst Krüger (Hg.): Das Ende einer Utopie, Olten [u. a.] 1963, S. 215–234, hier S. 233.

[114] Zit. nach Comité du 1er Mai: Internationale Osteuropa-Konferenz in Brüssel (20./21. Januar 1978), in: Listy, Nr. 19/1978, S. 7 f., hier S. 8.

Ruf als einer der führenden „Sowjetunion-Experten“[115] zugute. Zusätzlich konnte er seine Bekanntschaft mit Gorbatschow und seine Beteiligung am Prager Frühling als biografisches Kapital[116] einsetzen und damit offenbar eine erhebliche Nachfrage bedienen. Dies wird schon in seiner ersten öffentlichen Wortmeldung nach dem Machtwechsel im Kreml deutlich.

In einem Artikel für die Zeitung der (euro-)kommunistischen Partei Italiens, *l'Unità*, stellte Mlynář den neuen Generalsekretär im April 1985 der linken Öffentlichkeit vor. Die Redaktion gab der Überschrift: “Il mio compagno di studi Mikhail Gorbaciov”, die Erklärung: “Un protagonista della ‘primavera di Praga’ parla del nuovo leader sovietico” hinzu.[117] Vorangestellt waren dem Text eine Kurzbiografie Mlynářs, die ihn als ehemaliges ZK-Mitglied der KSČ und jetzigen Wissenschaftler am IIASA einführte, und ein Abstract, das Gorbatschows Studienjahre im Moskau der „Tauwetterzeit“ und seine Berührung mit den Ideen der tschechoslowakischen Reformkommunisten Ende der 1960er Jahre hervorhob.[118] Allein diese Rahmung ließ Gorbatschow als einen Modernisierer mit Affinitäten zum Prager Frühling erscheinen, auch wenn Mlynář einen solchen Konnex in seinen Ausführungen lediglich andeutete.

Mlynářs Artikel betrieb primär die Korrektur eines Bildes, das Journalisten bei Gorbatschows Antrittsbesuch in London konstruiert hatten: der neue Kreml-Chef als westlich orientierter Managertyp – der, statt das Grab von Karl Marx zu besuchen, seiner Frau solche Ohrringe kauft, wie sie die konservative Premierministerin Margaret Thatcher trug. Mlynář erkannte diese Deutung als Problem für die Linke (“Come dobbiamo farne di un simile ritratto, come sinistra europea?”) und offerierte zu ihrer Falsifizierung sein eigenes biografisches Kapital: “Conosco Gorbaciov personalmente e so che quel ritratto non gli rende giustizia”.[119] Mit der Autorität seiner persönlichen Bekanntschaft portraitierte er Gorbatschow als ei-

115 AGG, B.II.1, 1676, Elisabeth Weber: Thesen zum Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik (ENTWURF!), 15.3.87, S. 1.

116 Der in der Migrationsforschung gebräuchliche Begriff des biografischen Kapitals (vgl. etwa Erika M. Hoerning: Biographische Ressourcen und sozialer Wandel, in: Peter A. Berger/Peter Sopp [Hg.]: Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen 1995, S. 235–253, hier S. 239; Helma Lutz: Biographisches Kapital als Ressource der Bewältigung von Migrationsprozessen, in: Ingrid Gogolin/Bernhard Nauck [Hg.]: Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER, Opladen 2000, S. 179–210, hier S. 184 u. 205; Maria Kontos: Migration als Emanzipationsprojekt? Vergleiche im Generations- und Geschlechterverhältnis, in: Bettina Dausien/Marianne Friese [Hg.]: Migrationsgeschichten von Frauen. Beiträge und Perspektiven aus der Biographieforschung, Bremen 2000, S. 169–200) meint hier im Anschluss an Irini Siouti (Transnationale Biographien. Eine biographieanalytische Studie über Transmigrationsprozesse bei der Nachfolgegeneration griechischer Arbeitsmigranten, Bielefeld 2014, S. 213, Anm. 1) „eine Kapitalsorte, die sich sowohl aus dem sozialen und kulturellen Kapital im Sinne Bourdieus als auch über die im transnationalen Lebensverlauf erworbenen Wissensbestände zusammensetzt“. In Mlynářs Fall wäre der Gebrauch biografischen Kapitals in der Umwandlung vergangener Sozialbeziehungen in aktuelle Geltung (der eigenen Deutungen) zu erblicken.

117 Zdeněk Mlynář: Il mio compagno di studi Mikhail Gorbaciov, in: l'Unità, 09. 04. 1985, S. 9.

118 Vgl. ebd.

119 Ebd.

nen begeisterten Marx- und Lenin-Leser und interpretierte seine Wahl zum Generalsekretär als neue Chance für den Sozialismus: "penso che già con la scelta di Gorbaciov si è avuto qualcosa di nuovo: si è offerta una nuova occasione a favore del socialismo".[120] Über Gorbatschow schrieb er: „Wir haben einen Mann vor uns, der seine eigenen, erlebten und gefühlten Erfahrungen für bedeutender hält als papierne Vorschriften."[121] Auch meinte er: „Aus meiner Kenntnis Michail Gorbatschows als Menschen aus einer Zeit längst bevor er in seine heutige Funktion berufen wurde, ziehe ich bestimmte Hoffnungen." Mlynář weckte also Erwartungen – dämpfte diese jedoch zugleich auch wieder etwas: „Zum Schluß muß ich aber wieder zum Anfang zurückkehren: ich habe mit meinem persönlichen Optimismus auch sehr schlechte Erfahrungen gemacht."[122]

Ein solch autoritatives Erwartungsmanagement hatte Gewicht und wurde dankbar aufgegriffen. Der Artikel wurde in mehrere Sprachen übersetzt[123] und weltweit in Wissenschaft wie Presse zitiert,[124] so auch in linksgerichteten Veröffentlichungen.[125] In der Bundesrepublik druckten ihn mehrere Tageszeitungen komplett oder in Auszügen nach. Die Rahmung glich dabei in allen Fällen jener in *l'Unità*, das heißt mobilisierte ebenfalls das biografische Kapital des Autors. *Die Zeit* stellte dem Beitrag folgende Worte voran:

„Zdeněk Mlynář gehörte als junger ZK-Sekretär zu den wichtigsten Reformern des ‚Prager Frühlings'. Nach dem Einmarsch der Warschauer Pakttruppen im August 1968 in die Tschechoslowakei wurde er aus der Partei ausgeschlossen und später ausgebürgert. Der heute in Wien lebende Wissenschaftler war in den 1950er Jahren ein enger Studienfreund des neuen sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow."[126]

Die Journalisten des *Rheinischen Merkur* führten Mlynář in einem Textkasten als „Politbüromitglied in der Zeit des Prager Frühlings und einer der ersten Signatare der ‚Charta 77'" ein und wiesen ihm eine singuläre Autorität zu, indem sie bemerkten, er sei „wohl der einzige Mensch im Westen, der Michail Gorbatschow wirklich gut kennt". Auch erwähnten sie, dass Mlynář und Gorbatschow beinahe gleich alt seien, und schlugen damit den neuen Kreml-Chef jener Reformergeneration zu, für die ihr Autor stand. Der einführende Textkasten war mit „Zdenek und Michail" überschrieben, was die freundschaftliche Verbindung der beiden

120 Ebd.
121 Zit. nach Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 69.
122 Zdeněk Mlynář: „Wir waren mehr als nur Kommilitonen". Mein Studienfreund Michail Gorbatschow; „Er war von seinem Charakter her ein Reformator", in: FR vom 09. 05. 1985, S. 13.
123 So die Erinnerung Michal Reimans (vgl. Segert, Prager Frühling, S. 212).
124 So selbst in der australischen Presse (vgl. [o. V.:] Gorbachev and the Breshnev Era, in: Sidney Morning Herald vom 27. 12. 1986, S. 8), aber auch in wissenschaftlichen Publikationen (vgl. etwa Seweryn Bialer: The Soviet Paradox. External Expansion, Internal Decline, London 1986, S. 112 f).
125 Vgl. Zhores Medwedjew: Der Generalsekretär. Michail Gorbatschow. Eine politische Biographie, Darmstadt 1987, S. 50 f. u. passim; Ernest Mandel: Das Gorbatschow-Experiment, Frankfurt am Main 1989, S. 284.
126 Zdeněk Mlynář: Hat Moskau jetzt doch eine Zukunft? In der Sowjetunion geht die Periode der Stagnation zu Ende, in: Die Zeit vom 26. 04. 1985, S. 12.

Männer noch unterstrich und sie zugleich näher an den Leser heranrücken ließ.[127] Und auch die *Frankfurter Rundschau* stellte Mlynář als ranghohen Vertreter des Prager Frühlings vor, der sich nach seinem Parteiausschluss allerdings „in den Reihen der Dissidenten wieder" gefunden habe: „Er gehört zu den Autoren des Bürgerrechtsmanifestes ‚Charta 77'", hieß es über den Autor. Und erneut rangierte Mlynář als singuläre Autorität – diesmal allerdings als „nach Trotzki der ranghöchste KP-Funktionär, der emigrierte", das heißt als der ranghöchste noch lebende.[128] Immer war es also Mlynářs biografisches Kapital, das betont wurde und seinem Erwartungsmanagement Gewicht verlieh.

Dies lässt sich nicht nur im Bereich der Publizistik, sondern auch in der Politik selbst beobachten: Die SPD ließ eiligst eine Arbeitsübersetzung des italienischen Originals anfertigen, als sie Willy Brandts Besuch in Moskau 1985 vorbereitete. Man wollte wissen, was von Gorbatschow zu halten sei.[129] Auch der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens, Bettino Craxi, hatte den Artikel gelesen und erwähnte ihn sogar im persönlichen Gespräch mit dem neuen Kreml-Chef. Gorbatschow soll dazu bemerkt haben: "A Prague Spring intellectual issuing a very positive verdict on me could cause some tongues to wag".[130] Er hielt Mlynářs Wortmeldung offenbar für geeignet, die Erwartungen des Publikums zu stimulieren. Folgt man Archie Brown, so war sich Gorbatschow der Gefahr bewusst, die seine Bekanntschaft mit Mlynář für seinen Rückhalt im Parteiapparat bedeuten konnte.[131] Wie dem auch sei, anscheinend ging Gorbatschow davon aus, dass Mlynář mit seinen Äußerungen für Spekulationen sorgen würde. Er maß ihm Einfluss auf die Erwartungen anderer bei und war sich bewusst, dass die Verbindungslinie zum Prager Frühling, die Mlynář verkörperte, auf internationales Interesse stieß.

Besondere publizistische Wirkung erzielte in der Bundesrepublik ein weiterer Artikel Mlynářs. Er war im Oktober 1986, knapp zwei Jahre nach Gorbatschows Amtsantritt, ebenfalls zuerst in Italien erschienen: in *Rinascita*, einer weiteren Zei-

[127] Zdeněk Mlynář: Mein Freund Gorbatschow. Wie ein Tscheche den ersten Mann im Kreml sieht, in: Rheinischer Merkur vom 27. 04. 1985, S. 7.

[128] Mlynář, „Wir waren mehr als nur Kommilitonen".

[129] Die Übersetzung ist überliefert in AdsD, WBA A 19, 178. Zum Kontext vgl. Creuzberger, Willy Brandt und Michail Gorbatschow, S. 24.

[130] So die zeitgenössische Wiedergabe im *Foreign Broadcast Information Service*, zit. nach Bialer, The Soviet Paradox, S. 113.

[131] Mlynář habe eben dies im Auge gehabt, wenn er seine Verbindung zu Gorbatschow bis zu dessen Amtsantritt nicht öffentlich machte, um die Karriere des Studienfreundes nicht zu gefährden, so die Einschätzung Browns wie auch Gerd Ruges (vgl. Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 533, Anm. 80; Ruge, Michail Gorbatschow, S. 118). Ruge berichtet (ebd., S. 23), dass noch im Mai 1989 ein Studienfreund Gorbatschows nicht mit ihm über Mlynář sprechen wollte, nachdem er bei einem außenpolitischen Berater des Kreml-Chefs diesbezüglich Rücksprache gehalten hatte. Andererseits hatte sich Gorbatschow 1983 von einem alten Freund ein Foto aus der Studienzeit erbeten, das ihn zusammen mit Mlynář zeigte (vgl. ebd., S. 177). Man kann mithin vermuten, dass Gorbatschow auf öffentliche Distanz zu seinem tschechoslowakischen Freund bedacht war, obgleich die Verbindung der beiden für ihn weiterhin lebendig war.

tung der Kommunistischen Partei.[132] Noch im selben Jahr publizierte das eurokommunistische *Wiener Tagebuch* eine Übersetzung; anschließend übernahmen mehrere westdeutsche Periodika den Text, so die Zeitung des undogmatischen Sozialistischen Büros,[133] das die Initiative *Solidarität mit Solidarność* mitgetragen hatte, und die Zeitschrift *Sozialismus*.[134] Ende des Jahres erfolgte zudem ein Wiederabdruck in dem Buch *Glasnost. Stimmen zwischen Zweifel und Hoffnung*, in dem auch Wolf Biermanns *taz*-Artikel nochmals erschien. Den Sammelband hatte der SPD-Politiker Freimut Duve zusammengestellt; fast alle Autoren waren Dissidenten oder Emigranten aus dem „Ostblock" – Lew Kopelew, Václav Havel u. a. –, nur ergänzend kamen Vertreter offizieller sowjetischer Organisationen zu Wort.

Während die meisten Beiträge des Bandes um die Beurteilung Gorbatschows als Person kreisten (wobei viele, etwa Lew Kopelew, zu recht wohlwollenden Urteilen gelangten), stellte Mlynář diesmal nicht auf individuelle, sondern auf strukturelle Faktoren ab. Anders als im *l'Unità*-Artikel aus dem Vorjahr ging es ihm nicht um die Vertrauenswürdigkeit und Integrität des neuen Kreml-Chefs, sondern um die Fähigkeit der sowjetischen Ordnung, sich zu wandeln – gewissermaßen als notwendige Bedingung für einen Erfolg der Reformbemühungen an der Spitze. Seine Hauptthese lautete, das System in der UdSSR sei durchaus „reformierbar", es könne „sich entwickeln und schließlich seine derzeitige Qualität verändern". Mit dieser Einschätzung wandte sich Mlynář sowohl gegen die Skeptiker im Westen als auch gegen Reformgegner innerhalb der Sowjetunion. Beide (an sich entgegengesetzten) Gruppen sah er trotz aller Feindschaft in zwei Punkten übereinstimmen: in der Identifikation des Sozialismus mit den Regimes des „Ostblocks" und in dem Glauben, Reformen seien im sowjetischen Machtbereich entweder nicht nötig oder aber nicht möglich. Hiergegen bezog er selbst eine dritte Position: eine Reform des sowjetischen Systems sei sowohl erforderlich als auch durchführbar – und „würde keineswegs seinen Untergang, sondern viel eher eine wirkliche Entfaltung der sozialistischen Ordnung bedeuten".[135]

Weckte ein Dissident und ehemaliger Reformkommunist wie Mlynář, der regelmäßig als Exponent des Prager Frühlings apostrophiert wurde, so ausdrücklich Erwartungen an einen sozialistischen Aufschwung in der Sowjetunion, dann hatte dies Wirkung. Die Sichtweise, die er in seinem Artikel vertrat und kraft seines biografischen Kapitals legitimierte, ähnelte zudem in manchen Dingen dem Erwartungsmanagement von *Solidarität mit Solidarność* Jahre zuvor. Aus der doppel-

[132] Zdeněk Mlynář: Il crocevia della riforma politica, in: Rinascita 46/1986, Nachdruck Zdeněk Mlynář: Il crocevia della riforma politica, in: Adriano Guerra (Hg.): Il progetto Gorbaciov, Rom 1987, S. 13–22.

[133] Zdeněk Mlynář: Probleme des politischen Systems in der SU, in: links, April 1987, S. 26 f.

[134] Zdeněk Mlynář: Kreuzweg der politischen Reformen, in: Sozialismus, 2/87, S. 45–48.

[135] Mlynář, Probleme des politischen Systems, S. 26. Im italienischen Original heißt es: „Io sono invece dell'opinione che il sistema politica sovietico sia riformabile, che possa evolversi progressivamente, per arrivare infine a una trasformazione qualitativa, che non signiferebbe affatto lèstinzione dell'ordinamento socialista, ma semplicemente il suo reale sviluppo." (Mlynář, Il crocevia della riforma politica, S. 13 f.)

ten Abgrenzung gegenüber „konservativen" Kräften in Ost und West, die man mit dem Erhalt des *status quo* assoziierte, ergab sich gleichsam naturwüchsig die Berechtigung einer alternativen, dritten Perspektive. Aus ihr konnte man, wie einst die polnische Gewerkschaftsbewegung, nun auch Gorbatschow betrachten. Im Zentrum der Hoffnungen stand dabei erneut eine Verbindung von Demokratie und Sozialismus. Iring Fetscher, ein weiterer Solidarność-Unterstützer in den Jahren 1980/81, drückte dies so aus: Wenn schon 1968 westliche Konservative wie Arnold Gehlen „froh" über die Niederschlagung des tschechoslowakischen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" gewesen seien, lebten sie nun in „Angst" vor einem Erfolg Gorbatschows im Kampf mit der „konservativen und bequemen" UdSSR-Nomenklatura. Schließlich habe die sowjetische Führung es jahrzehntelang „den dogmatischen Antikommunisten im Westen immer wieder äußerst leicht [gemacht], die Behauptung aufzustellen, daß Sozialismus und Unfreiheit notwendig miteinander verbunden seien". Dagegen werde eine demokratisierte UdSSR das „düstere Schreckbild des ‚sowjetischen Totalitarismus'" endgültig verblassen lassen – und die westliche Politik dazu zwingen, „den Vergleich mit einem Land ohne Arbeitslosigkeit und Massenelend auszuhalten, dessen Leistungen nicht mehr durch Unfreiheit, Unterdrückung und Verletzung der Menschenrechte aufgehoben würden". Davon könnten die Menschen in Ost und West gleichermaßen profitieren, ganz im Gegensatz zu den „tonangebenden konservativen Eliten". Umso mehr müsse man Gorbatschow „von ganzem Herzen Erfolg wünschen". Dass dies auch die meisten Dissidenten und Emigranten täten, sei eine zusätzliche Bestätigung, so Fetscher.[136]

Mlynář als Experte bei den Grünen

Zirkulierten Mlynářs Publikationen ohnehin in linken Kreisen – und unter führenden Ostpolitikern von SPD[137] und Grünen[138] –, wurde der Emigrant auch zu internen Beratungen beider Parteien eingeladen. Die Bedeutung solch direkter Gespräche kann kaum überschätzt werden, betonen doch mehrere Zeitgenossen den Stellenwert von Mlynářs persönlichen Hinweisen. Archie Brown etwa erinnert sich, sein Interesse an Gorbatschow sei bereits Ende der siebziger bei dessen Aufstieg in die Parteiführung geweckt und im Folgejahr durch eine lange Unterredung mit Mlynář im Juni 1979 „noch gesteigert" worden. Der Tscheche, den Brown bereits 1965 in Prag kennengelernt hatte und der ihm noch immer als „die verläßlichste und aufschlußreichste Quelle für Gorbatschows Studienjahre"[139] gilt, weckte also Erwartungen, wenn er in dem Gespräch von „Gorbatschows Antistalinismus" schon in der Ära Breschnew berichtete.[140] Ähnlich liest sich der Bericht

136 Iring Fetscher: Gorbatschow und die Angst der Rechten, in: Vorwärts vom 14. 03. 1987, S. 22.
137 Vgl. Creuzberger, Willy Brandt und Michail Gorbatschow, S. 24.
138 Siehe oben, S. 78.
139 Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 11.
140 Ebd., S. 551, Anm. 9; ders., Introduction, S. xiii f.

Peter Gowans, Mitherausgeber der *New Left Review* und Mitgründer von *Labour Focus on Eastern Europe*,[141] einer der Säulen der britischen Solidarność-Hilfe der frühen 1980er Jahre:[142] "Zdeněk Mlynář had told me that if Gorbachev came to power there would be massive changes along the lines of liberalization and democratization in the Soviet Union. [...] Gorbachev's speech at the Party Congress in 1986 very much bore out Mlynář's analysis."[143] Auch Gowans Erwartungen waren demnach entscheidend von Mlynář geweckt worden. Milan Horáček von den Grünen – auch er ein Solidarność-Unterstützer anfangs der 1980er Jahre – betont ebenfalls die Bedeutung der Einschätzungen Mlynářs. Zum neuen Kreml-Chef habe er „[p]ositiv" gestanden, da er von Mlynář „vieles über Gorbatschow erfahren" habe, erinnerterte er sich 2014 in einem Interview. Er rekurrierte dabei ausdrücklich auf Mlynářs biografisches Kapital: „Sie hatten zusammen studiert und waren befreundet".[144]

In der Tat war Mlynář bei den Grünen ein gefragter Gast: Als der grüne Arbeitskreis AK VIII/IX (zuvor „Abrüstung, Frieden, Internationales"[145]) sich zur Vorbe-

[141] Weitere Gründungsmitglieder waren Oliver MacDonald und der tschechische Immigrant Vladimir Derer. Die von der Gruppe publizierte Zeitschrift „supported dissidents in communist Eastern Europe and was highly critical of the [British] labor movement's contacts with communist regimes in Eastern Europe" (Stefan Berger/Norman LaPorte: Great Britain. Between Avoiding Cold War and Supporting Free Trade Unionism, in: Idesbald Goddeeris [Hg.]: Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982, Lanham 2010, S. 129–157, hier S. 133). 1978 war die Gruppe an einer internationalen Konferenz in Brüssel beteiligt, auf der u. a. Wolf Biermann, Zdeněk Mlynář und Jiří Pelikán sprachen und deren Teilnehmer ihr Bekenntnis zum Prager Frühling mit einer Solidaritätsadresse an die Charta 77 verbanden. In der Abschlusserklärung hieß es: „Wir, die Teilnehmer an diesem Forum[,] empfingen mit Sympathie die Botschaft der Sprecher der Charta 77, gerichtet an unsere Konferenz. Als Antwort auf diesen Appell versprechen wir, unseren Organisationen und der Arbeiterbewegung in unseren Ländern, die Intensivierung des Kampfes für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten und Rechte der Arbeiter in den Ländern Osteuropas vorzuschlagen. Wir werden uns weiter für die Solidarität mit allen Opfern der Repression in diesen Ländern und für ihre Koordinierung einsetzen. Der Internationalisierung unseres Kampfes für die Unterstützung der Opposition in Osteuropa entsprechen. Machen wir das Jahr 1978 zum Jahr der internationalen Solidarität gegen die Repression in allen ihren Formen in den Ländern Osteuropas! Es gibt keinen Sozialismus ohne die breitesten Freiheiten!" (Comité du 1er Mai: Internationale Osteuropa-Konferenz in Brüssel [20./21. Januar 1978], in: Listy 19/1978, S. 7 f., hier S. 8).

[142] *Labour Focus on Eastern Europe* zählte zu den Unterzeichnern der Broschüre „Solidarität mit Solidarność" – sowie *Solidarität mit Solidarność* aus der Bundesrepublik, *Solidarité avec Solidarité* und *L'Alternative* aus Frankreich, CSSOPE aus der Schweiz, dem *Comité du 1er Mai* aus Belgien sowie *Merpol* und der *Initiatiefgroep Polen* aus den Niederlanden (vgl. Friedhelm Boll/Małgorzata Świder: The FRG. Humanitarian Support without Big Publicity, in: Idesbald Goddeeris [Hg.]: Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982, Lanham 2010, S. 159–189, hier S. 186, Anm. 46) – und übte, ähnlich der westdeutschen Unterstützungsinitiative, Druck auf die Gewerkschaften im eigenen Land aus, Solidarność zu unterstützen (vgl. Berger/LaPorte, Great Britain, S. 133).

[143] Peter Gowan: The Ways of the World, in: NLR (2009), Nr. 59, S. 51–70.

[144] [o. V.:] „Meine politische Hauptarbeit war immer: Freiheit und Menschenrechte in Osteuropa". Interview mit Milan Horáček, in: Grünes Gedächtnis 2013, Berlin 2014, S. 10–29, hier S. 26.

[145] Annemarie Borgmann: Der Brachialo-Flügel in Moskau, in: Der Spiegel 51/1986, S. 94 f., hier S. 94.

reitung auf eine Fraktionssitzung zum Thema Gorbatschow beriet, war es einer Notiz zufolge „[u]nstrittig",[146] Zdeněk Mlynář einzuladen. Elisabeth Weber stellte ihn ausdrücklich als „Sowjetunion-Experten"[147] und „Studienfreund Gorbatschows"[148] vor. Ebenfalls eingeladen wurde der *Zeit*-Journalist Christian Schmidt-Häuer, dessen „wohlwollend"[149] urteilendes, zehntausendfach verkauftes Gorbatschow-Buch[150] Weber als „empfehlenswert"[151] bezeichnete. Mlynář sollte dem Vermerk zufolge von Horáček kontaktiert werden, Schmidt-Häuer von Weber selbst.[152] Indes waren beide Gäste miteinander bekannt: schon als Korrespondent im Prag der 1960er Jahre hatte Schmidt-Häuer den Reformkommunisten Mlynář „erlebt"; später galt er ihm als „der politisch klügste Kopf des Prager Frühlings".[153] In seinem Gorbatschow-Buch stützte sich Schmidt-Häuer ausführlich auf Mlynářs Erinnerungen, die dieser schriftlich[154] und im direkten Gespräch mit dem Journalisten[155] zur Verfügung gestellt hatte. Das Ergebnis war ein durchaus positives Bild von Gorbatschows Persönlichkeit: Als Student zwar noch überzeugter Stalinist (wie damals auch Mlynář selbst), habe der neue Kreml-Chef früh einen Sinn für Realitäten und unorthodoxe Lösungen entwickelt, teilte Schmidt-Häuer der deutschsprachigen Öffentlichkeit mit. Wiederholt stellte er in seinem Buch einen Zusammenhang zwischen Gorbatschow und dem Prager Frühling her. An der Beratung der Grünen nahm der Journalist letztlich jedoch nicht teil. Stattdessen war seine Ko-Autorin Mária Huber zugegen – eine emigrierte Ungarin und Ostwissenschaftlerin an der Universität Freiburg, die zu Schmidt-Häuers Buch einen Anhang über die „Etappen und Chancen einer Wirtschaftsreform" in der Sowjetunion beigesteuert hatte. Darin hatte sie sich vorsichtig optimistisch über die Entwicklungsmöglichkeiten der UdSSR geäußert.[156]

Ein weiterer Gast der Grünen war der Historiker und Slavist Wolfgang Eichwede, der über „dissidentische Entwicklungen"[157] berichten sollte. Eichwede hatte

146 AGG, B.II.3, 1156 Elisabeth Weber, Vorschlag für die Vorbereitung der Gorbatschow-Diskussion, S. 1.

147 AGG, B.II.1, 1676, Elisabeth Weber: Thesen zum Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik (ENTWURF!), 15.03.87, S. 1.

148 AGG, B.II.3, 1135, Elisabeth Weber an den Fraktionsvorstand, 28. 07. 1987.

149 Werner Adam: Michail der Große. Gorbatschow mit flinker Feder wohlwollend porträtiert, in: FAZ vom 10. 07. 1985, S. 12.

150 Christian Schmidt-Häuer: Michail Gorbatschow, 6., überarb. u. erw. Aufl. [zuerst 1985], München, Zürich 1988 (dort ist auf dem Vorsatzblatt ersichtlich, dass 1988 – in sechster Auflage – bereits das 36. bis 42. Tausend gedruckt wurde).

151 AGG, B.II.3, 1135, Elisabeth Weber an den AK VIII/IX (ehemals AFI), 22. 03. 1987, Anlage „Inhalt".

152 AGG, B.II.3, 1156, Elisabeth Weber, Vorschlag für die Vorbereitung der Gorbatschow-Diskussion, S. 1.

153 Christian Schmidt-Häuer, Michail Gorbatschow, S. 75.

154 Mlynář, Nachtfrost.

155 Vgl. Schmidt-Häuer, Michail Gorbatschow, S. 78 f.

156 Huber, Mária: Vom Soll und Haben des neuen Mannes. Etappen und Chancen einer. Wirtschaftsreform, in: Christian Schmidt-Häuer: Michail Gorbatschow, 6., überarb. u. erw. Aufl., München, Zürich 1988, S. 327–362.

157 AGG, B.II.3, 1156, Elisabeth Weber, Vorschlag für die Vorbereitung der Gorbatschow-Diskussion, S. 1.

sich Anfang der 1980er Jahre ebenfalls hinter Solidarność gestellt.[158] Gleichzeitig fungierte er als Gründungsdirektor der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, die als Beispiel für die Verwissenschaftlichung linker Beschäftigung mit der östlichen Dissidenz gesehen werden kann.[159] Ihre Gründung war vom Bremer Bürgermeister Hans Koschnick und seinem späteren Nachfolger Henning Scherf protegiert worden, die in etwa zeitgleich auch die Einrichtung des Bremer Exilbüros der Solidarność ermöglicht hatten.[160] Beide kannten Eichwede aus der gemeinsamen Zeit im linken Frankfurter Kreis der SPD vor dessen Austritt aus der Partei.[161] Die Idee zur Gründung der Forschungsstelle war von namhaften Emigranten unterstützt worden, so von Jiří Pelikán aus der *Listy*-Gruppe.[162] Unter den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gab es dagegen Widerstände, und auch im SPD-Präsidium unterstützte lediglich Horst Ehmke das Vorhaben.[163] Der Vorwurf lautete, die Forschungsstelle habe eine „starken antikommunistischen Akzent".[164] Auch an der Bremer Universität selbst, einer jungen, politisch stark von den K-Gruppen geprägten Reformhochschule, gab es Gegenwind. Hans Koschnick erinnert sich:

„Fast alle einflussreichen Kräfte an der Universität, von der wissenschaftlichen Führung über die Gremien der Studenten, sahen in der Forschungsstelle ein Störelement für ihre Auseinandersetzung mit den hiesigen gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie wollten nicht wissen, was in Moskau, Warschau oder in Prag schief geht, sondern interessierten sich für die ‚Strukturkrise des Kapitalismus' oder die ‚repressive Toleranz der bürgerlichen Gesellschaft'".[165]

Zweck der Einrichtung war die Sammlung und Auswertung von oppositioneller Untergrundliteratur (Samizdat) aus den Ländern des „real existierenden Sozialis-

158 Siehe Kap. II.

159 Vgl. Stefan Troebst: Die ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen in der westlichen Osteuropaforschung 1975–1989. Drei Skizzen, in: Hans-Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März (Hg.): Wechselwirkungen Ost–West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln 2007, S. 73–182, hier S. 182.

160 Vgl. Henning Scherf: „Der Forschungsstelle verdanke ich einen Schatz an Erfahrungen", in: Heidrun Hamersky/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Festschrift für Wolfgang Eichwede, Stuttgart 2007, S. 25–32, hier S. 28. Zum Bremer Exilbüro der Solidarność vgl. Małgorzata Świder: Das Informationsbüro der Solidarność in Bremen im Spiegel von Archivmaterialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Inter finitimos 7 (2009), S. 203–216. Gunter Dehnert zufolge konnte das Büro jedoch „kaum eine größere Wirkung entfalten" (Gunter Dehnert: Entspannungspolitik gegen das Volk – Sanktionen für das Volk? Die Solidarność nach der Ausrufung des Kriegsrechts und die Nachfolgekonferenz von Madrid, in: Matthias Peter/Hermann Wentker [Hg.]: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 249–266, hier S. 260).

161 Vgl. Scherf, „Der Forschungsstelle verdanke ich einen Schatz an Erfahrungen", S. 29.

162 Vgl. Hans Koschnick: „Wer ist produktiv? Der Schweinehirt oder der Lehrer?", in: Heidrun Hamersky/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Festschrift für Wolfgang Eichwede, Stuttgart 2007, S. 17–24, hier S. 19.

163 Vgl. Koschnick, „Wer ist produktiv? Der Schweinehirt oder der Lehrer?", S. 19.

164 So Koschnick, ebd., S. 18.

165 Ebd.

mus".[166] Eichwede verfügte über gute Verbindungen zur dortigen Dissidenz und brachte von seinen Reisen heimlich illegale Veröffentlichungen mit.[167]

Zu Eichwedes Kontakten gehörten auch Emigranten wie Lew Kopelew,[168] dessen Frau Raissa Orlowa-Kopelew ebenfalls an den internen Beratungen der Grünen teilnahm. Weitere Gäste waren Rolf Schälike (Beiträger der oben zitierten *taz*-Serie exilantischer Stimmen zu Gorbatschow), Michal Reiman (*Listy*-Gruppe) und Gerd Koenen (früher Mitglied im Koordinationsausschuss der *Solidarität mit Solidarność*). Die Gorbatschow-Diskussion im grünen Arbeitskreis VIII/IX war damit stark von Exilanten und ehemaligen Solidarność-Unterstützern geprägt, und mehrere Teilnehmer hatten die oben erwähnte, blockübergreifende *Erklärung für den Frieden* unterzeichnet. Die geladenen Experten entstammten also einem ähnlichen Kontext und kannten sich vielfach auch untereinander. Einige von ihnen sollten zudem bei späteren Ereignissen eine Rolle spielen, die weiter unten betrachtet werden (s. Anhang Abb. 6).

Die Beratungen mit diesen Experten sollten den Grünen dabei helfen, „gegenüber der Sowjetunion unser Interesse und unsere Erwartungen an die Reformpolitik von Gorbatschow deutlich zu machen".[169] Sie dienten also explizit der Aushandlung von Erwartungen, die dann wiederum kommuniziert werden sollten. Dabei ging, es wie Elisabeth Weber betonte, weder darum, sich bedingungslos hinter die sowjetische Führung zu stellen, noch darum, „die Warnung vor einer Gorbatschow-Euphorie […] auszusprechen". Auch komme es nicht darauf an, „für ‚Reformen von oben' gegen ‚Reformen von unten' oder umgekehrt"[170] einzutreten. Angestrebt war demnach eine abgewogene Erwartungsbildung. Hierzu sollten die geladenen Experten mit ihren Wissensressourcen und ihrer biografisch legitimierten Autorität beitragen. Die *Listy*-Mitglieder unter ihnen waren für Weber dabei besonders interessant. Denn während die ersten zwei Amtsjahre Gorbatschows „von der demokratischen Opposition in Osteuropa mit Mißtrauen oder sogar Ablehnung begleitet" worden seien („Tenor: ‚Was ist das jetzt für ein neuer Trick aus Moskau?'"), hätten „die Reformkommunisten der Charta 77 und des mit ihr verbundenen Exils" sich positiver geäußert. Weber führte dies darauf zurück, dass sie „entweder Gorbatschow persönlich kannten (wie Zdenek Mlynar) oder die Ähnlichkeit zwischen Gorbatschows Politik und der der KPČ im Frühjahr 1968

166 Vgl. ebd., S. 19.

167 Vgl. Alexander Daniėl'/Arsenij Roginskij: Über das Publikationsprojekt „Chronik der laufenden Ereignisse", in: Heidrun Hamersky/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Festschrift für Wolfgang Eichwede, Stuttgart 2007, S. 45–57, hier S. 45.

168 Scherf („Der Forschungsstelle verdanke ich einen Schatz an Erfahrungen", S. 26) memoriert, er habe für seine erste Moskaureise 1981 von Eichwede einen Katalog erhalten, den dieser wiederum von Kopelew erhalten hatte.

169 AGG, B.II.3, 1135, Elisabeth Weber an den Fraktionsvorstand, 28. 07. 1987.

170 AGG, B.II.1, 1676, Elisabeth Weber: Thesen zum Verhältnis Grüne–Gorbatschows Reformpolitik (ENTWURF!), 15.03.87, S. 1.

erkannten".[171] Auch für Weber bezog also das Erwartungsmanagement der *Listy*-Mitglieder seine Legitimation aus deren biografischem Kapital.

Die Diskussion selbst ergab dann ein gemischtes Bild. Die meisten Beiträger vertraten eine Position des Sowohl-als-auch. So sagte Raissa Orlowa-Kopelew zwar, sie wolle von Gorbatschow „Taten sehen", statt „immer schöne Worte" hören, und beschrieb die Ausgangslage der Reformpolitik als schwierig. Sie meinte aber auch: „wir brauchen alle perestrojka" und artikulierte „große Hoffnungen auf Glasnost". Die Grünen müssten als „Partei der Utopie" der Sowjetunion das „Recht auf Träume" zugestehen. Michal Reiman äußerte sich zwar „nicht sehr optimistisch", was eine Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen und die Frage nach der „soziale[n] Basis" der Perestroijka anging, verzeichnete aber auch „positive Änderungen". Rolf Schälike warnte die Grünen, die Sowjetunion sei „keine neue Gesellschaft, kein 3. Weg", war aber der Meinung, Gorbatschow schaffe zumindest „die Voraussetzungen, daß sich etwas bewegen kann". Wolfgang Eichwede meinte, die Sowjetunion stehe „nicht einfach vor einem Kollaps". Es gebe durchaus „ein Konzept, es gibt Reformvorstellungen, sie sind aber sehr verschieden". Zdeněk Mlynář bezog die Perestrojka erneut auf den Prager Frühling, betonte hierbei jedoch die Unterschiede. So biete der Zustand der Partei schlechtere Voraussetzungen als in der Tschechoslowakei 1968. Insgesamt ergab die Diskussion ein gemischtes Bild. Die meisten Beiträger würdigten zwar die weitreichenden Absichten Gorbatschows, wiesen jedoch auf die schwierige Ausgangslage hin, von der die Perestrojka ausgehen musste.[172]

Wenn Elisabeth Weber jedoch trotz dieses gemischten Expertenvotums die Diskukssion als „außerordentlich nützlich"[173] bezeichnete und später schrieb, die Grünen verfolgten die Perestrojka „mit Hoffnungen und Sympathie",[174] so zeigt dies, wie wichtig das autorative Erwartungsmanagement Mlynářs sowie der anderen Exilanten und ehemaligen Solidarność-Unterstützer gewesen war. Denn dass auch jener (kleine) Teil der Grünen, der sich für Dissidenten im sowjetischen Machtbereich stark machte, überwiegend ein positives Bild entwickelte – wenn schon nicht von der wahrscheinlichen Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft (kalkulative Erwartung), so aber doch von den Intentionen des neuen Generalsekretärs, die Weber zufolge sogar auf „Hoffnungen und Sympathie" trafen (desiderative Erwartung), ist durchaus bemerkenswert. Dass es keineswegs selbstverständlich war, verdeutlicht das Beispiel Otto Schilys. Der grüne Realpolitiker und frühere Solidarność-Unterstützer artikulierte zwar eine „Mischung von Hoffnung und Skepsis" und bewertete die Entwicklung als „positiv", beharrte jedoch darauf,

[171] AGG, B.II.1, 1636, Ms.-Fragment von Elisabeth Weber, Titelseite fehlend, dat. 03. 08. 1988, S. 16 f.

[172] Vgl. Wentker, Die Grünen und Gorbatschow, S. 498.

[173] AGG, B.II.3, 1156, Gesprächsnotiz von einer Diskussion über die Politik Gorbatschows am 04. 05. 1987 in Haus Wittgenstein, dat. 15. 07. 1987, S. 1–4.

[174] AGG, B.II.3, 1135, Elisbeth Weber: Versuch grüner Thesen zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, dat. November 1988, S. 3.

Gorbatschow müsse sich „vom Leninismus verabschieden", wenn ein „echtes Reformwerk" entstehen solle.[175] (Andere Grüne wiederum, wie der ehemalige SDS-Funktionär Udo Knapp, kritisierten, die Perestrojka orientiere sich „westlichen kapitalistischen Entwicklungsmodellen mit all ihren ökologischen Verbrechen und sozialen Ungerechtigkeiten".[176]) Petra Kelly – wie Schily eine frühere Solidarność-Unterstützerin – äußerte sich dagegen positiver über Gorbatschow. Für sie hatte die persönliche Begegnung mit dem Generalsekretär – eine Möglichkeit, die die meisten Grünen nicht hatten – den Ausschlag gegeben. Nach einer Zusammenkunft in Moskau erklärte Kelly, Gorbatschow sei ein „von seiner Aufgabe überzeugter Mensch, der Vertrauen verdient". Kelly bezog sich aber zusätzlich auch auf Dissidenten, die sich von Kritikern zu Fürsprechern Gorbatschows gewandelt hatten.[177] Sie stützte ihr Urteil damit auf ähnliche Erfahrungsquellen, wie Mlynář und die anderen Exilanten sie vorweisen konnten. Dies unterstreicht erneut die prognostische Autorität dieser Emigranten und die Bedeutung ihres biografischen Kapitals.

Mlynář als Experte bei der SPD

Nicht nur bei den Grünen war Mlynář ein gefragter Redner, sondern auch bei der SPD. Bereits 1985, wenige Monate nach Gorbatschows Amtsantritt, sprach er als Experte auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg. Dort existierte ein Gesprächskreis der Gustav-Heinemann-Akademie (einer SPD-nahen Bildungsstätte), in dem einmal jährlich sozialdemokratische Politiker und Wissenschaftler mit einigen Dutzend Emigranten aus dem „Ostblock" zusammenkamen und mehrere Tage lang diskutierten.[178] Die Gespräche unter Leitung des SPD-Theoretikers Thomas Meyer dienten ausdrücklich dazu, die Situation im Ostblock besser einschätzen zu können und Erwartungen an die zukünftige Entwicklung im sowjetischen Machtbereich zu bilden. Hieran bestand den Veranstaltern zufolge besonderer Bedarf. Denn seit dem Amtsantritt Gorbatschows seien

> „im Westen Vermutungen aufgekommen und Hoffnung gewachsen, daß im sowjetischen Machtbereich eine neue Periode der Reformpolitik und im Ost-West-Verhältnis eine zweite Phase der Entspannungspolitik bevorstehen könnten. Die Einschätzungen der Chancen und Spielräume für solche Entwicklungen sind kontrovers geblieben, zumal wir im Westen bei deren Beurteilung stets in hohem Maße auf bloße Mutmaßungen und Deutungen angewiesen sind."

[175] AGG, B.II.3, 1157, Protokoll der Fraktionssitzung vom 16. 06. 1987, S. 5.

[176] Udo Knapp: Zur Faszination des „Großen Mannes", in: Kommune 5 (1987), Nr. 8, S. 44–47, hier S. 45.

[177] AGG, PKA, 469, Petra Kelly: Thesen zur Gorbatschow-Debatte in der Fraktion Die Grünen, Juni 1987, S. 1.

[178] Vgl. Thomas Meyer: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit". Zur Diskussion um das Streitkultur-Papier von SPD und SED, in: Dieter Dowe (Hg.): Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. 09. 1993 in Bonn, Bonn 1993, S. 57–66, hier S. 61.

Das in dieser Situation erforderliche Erwartungsmanagement sollte dem „wissenschaftlich fundierte[n] Ausloten von Chancen der Veränderung" dienen, das heißt vor allem praxisorientiert, aber zugleich akademisch gesichert sein. Diskutiert werden sollten „gründliche Analysen und fundierte Entwicklungsprognosen ausgewiesener Sachkenner".[179]

Hier kamen die Mitglieder des Forschungsprojekts *Krisen in den Systemen sowjetischen Typs* um Mlynář ins Spiel, die den Kern des Teilnehmerkreises bildeten.[180] Sie waren als Experten anwesend, die in die Erwartungsbildung ihr biografisches Kapital einbringen sollten. So hieß es im zitierten Tagungsband über die Emigranten: „Zur wissenschaftlichen Kompetenz der Referenten kommt hinzu, daß viele von ihnen die Funktionsweise des sowjetischen Gesellschaftssystems und die Reformversuche der letzten Jahrzehnte aus eigener Erfahrung kennen."[181] Gerade das biografische Kapital Mlynářs selbst war hier gefragt. Bereits auf dem Treffen des Gesprächskreises im Juni 1985 berichtete der Exiltscheche von seinen Begegnungen mit Gorbatschow. Um eine persönliche Einschätzung des neuen Kreml-Chefs gebeten, erklärte er: „In der Zeit meines Studiums war er ein anständiger Mensch und meine Lebenserfahrung besagt, dass sie die Leute in der Jugend meist so darstellen, wie sie in Wahrheit sind."[182] Die entscheidende Frage für den Erfolg Gorbatschows waren jedoch die strukturellen Rahmenbedingungen möglicher Veränderungen. Mit diesen beschäftigte sich Mlynář ausführlich in seinem Vortrag. Den Generalsekretär beschrieb er als Exponenten einer neuen Generation, aus der noch weitere Vertreter in die Spitze der Sowjetführung aufrücken müssten, damit Veränderungen eine Chance bekämen.

Mlynář stellte also die Prognose, ein substanzieller Wandel in der Sowjetunion liege im Bereich des Möglichen, band diese jedoch an konkrete Konditionen und präsentierte auf diese Weise ein abgewogenes Erwartungsmanagement, das als *bedingte Erwartungshebung* beschrieben werden kann. 1987 konnte Mlynář auf einer weiteren Tagung in Freudenberg bereits über deutliche Fortschritte des sowjetischen Reformprozesses berichten. Zwar könne immer noch „nicht verläßlich gesagt werden, zu welchen Veränderungen er in Wirklichkeit führen kann". Doch sei zumindest ein deutlicher Wandel in der Sprache der Parteiführung, eine „Radikalisierung des offiziellen sowjetischen Vokabulariums" zu beobachten. Hierdurch, so stellte Mlynář fest, „steigen natürlich auch die Ansprüche und Erwartungen aller, die die sowjetische Entwicklung beobachten und werten: vieles, was vor

[179] Vgl. Thomas Meyer/Zdeněk Mlynář (Hg.): Die Krise des Sowjetsystems und der Westen. Ökonomie, Ideologie, Politik und die Perspektiven der Ost-West-Beziehungen, Köln 1986, S. 9 f.

[180] So die übereinstimmende Erinnerung von Thomas Meyer („Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit", S. 61) und Heinz Timmermann ([Redebeitrag in:] Wolfgang Schmidt [Hg.]: Stand und Perspektiven der Willy-Brandt-Forschung. Werkstattgespräch zur Berliner Ausgabe. Referate und Diskussionen einer Tagung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin am 29. Januar 2003, Berlin 2003, S. 76 f.).

[181] Meyer/Mlynář, Die Krise des Sowjetsystems und der Westen, Rückumschlag.

[182] So die Erinnerung Michal Reimans (vgl. Segert, Prager Frühling, S. 212 f.).

zwei Jahren noch als überzogene Forderung erschienen wäre, wird heute von etlichen Betrachtern als ungenügender Kompromiß aufgefaßt." Dies selbst betrachtete Mlynář bereits als Verbesserung: Auch wenn bislang nur eine „neue politische Atmosphäre die entscheidend neue Wirklichkeit in der UdSSR" sei, so schaffe dies doch „einen anderen, qualitativ neuen Raum für die Vorbereitung und die Realisierung der Reformen (einschließlich möglicher Strukturveränderungen von Systembedeutung für die Zukunft)". Ein solcher Raum sei vor dem Amtsantritt Gorbatschows nicht vorhanden gewesen. Inzwischen aber hätten die Erwartungen, die Gorbatschows Reformankündigungen hervorriefen, eine eigenständige Dynamik entfaltet, die die tatsächliche Umsetzung von Reformen erleichtere. Dies sei auch für die westliche Linke von Bedeutung. Denn bei der Perestrojka gehe es nicht nur um die Zukunft der Sowjetunion, sondern um das „Schicksal des Sozialismus" überhaupt. Die UdSSR habe deshalb perspektivisch „Beziehungen der Zusammenarbeit, der Partnerschaft und der kritischen Solidarität gegenüber der westlichen Linken und überhaupt gegenüber kritischen Strömungen der westlichen Gesellschaften aufzubauen." Andernfalls drohe die internationale Isolierung der Sowjetunion und ein Erstarken „antisozialistischer und antidemokratischer Tendenzen".[183]

Mit solchen Äußerungen betrieb Mlynář ein differenziertes Erwartungsmanagement. Er benannte die Schwierigkeit, verlässliche Prognosen abzugeben, umriss verschiedene Entwicklungsalternativen und knüpfte diese an bestimmte Bedingungen. Im Kreise sozialdemokratischer Politiker und Theoretiker verwies er zugleich auf die Implikationen für die westliche Linke im Allgemeinen und damit auch auf die SPD im Besonderen. Im Schicksalskampf um den Sozialismus, so seine Einschätzung, werde die KPdSU das Bündnis mit der Sozialdemokratie suchen müssen. Mlynář zufolge ergab sich also für die SPD die Möglichkeit einer (privilegierten) Partnerschaft mit den sowjetischen Reformkommunisten. Und tatsächlich sollte besonders Willy Brandt eine enge Verbindung zu Gorbatschow suchen.[184] Dass mit Mlynář ein in der Sozialdemokratie gut vernetzter ehemaliger Reformkommunist für engere Beziehungen der SPD zur KPdSU plädierte, kann in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden. "Mlynářs social democratic connection in the 1970s could be said to prefigure that of Mikhail Gorbachev in the 1980s", stellt denn auch Bent Boel fest.[185]

[183] FSO, B-Sammlung, B 814, Zdeněk Mlynář: Die Möglichkeiten der Gorbatschow'schen Reformen [Ms. Freudenberg, 1987], S. 1 f. u. 38.
[184] Vgl. Creuzberger, Willy Brandt und Michail Gorbatschow, sowie Kap. V.
[185] Boel, Western European Social Democrats, S. 160.

2.3 Prag '68 als linker Erinnerungs- und Erwartungsort[186]

Als sich 1988, im vierten Jahr Gorbatschows, die Niederschlagung des Prager Frühlings zum zwanzigsten Mal jährte, gab dies der *Listy*-Gruppe erneut Gelegenheit, sich prominent zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Reformkommunismus zu äußern. Nicht nur sendeten ARD und ZDF Dokumentationen über den Prager Frühling und ließen darin Mlynář, Pelikán u. a. als Zeitzeugen zu Wort kommen.[187] Es fanden auch – wie schon zum zehnten Jahrestag der sowjetischen Intervention 1978 – zahlreiche Veranstaltungen statt, auf denen sich die unterschiedlichen Strömungen der Linken mit der tschechoslowakischen Erfahrung auseinandersetzten. Dabei ging es nicht allein darum, das Gedächtnis an den Prager Frühling wachzuhalten, sondern auch darum, aktuelle Bezüge herzustellen und über die Zukunft zu diskutieren. War 1978 die Unterstützung der Dissidenz im „Ostblock" ein Hauptthema gewesen,[188] schob sich zehn Jahre später die Reformpolitik Gorbatschows in den Vordergrund. Die Erinnerung an 1968 diente damit auch der Aushandlung von Erwartungen an die sowjetische Perestrojka.

So veranstaltete die Freudenberger Gustav-Heinemann-Akademie im April 1988 ein „SPD-Seminar mit Ex-Reformern aus der ČSSR und Umgestaltern aus der UdSSR",[189] wie Christian Semler, ein ehemaliger Maoist und Solidarność-Unterstützer, in der *taz* berichtete. Der Titel der Veranstaltung: „Ein Frühling, der nicht vergeht – Die Aktualität des Reformprogramms des Prager Frühlings 20 Jahre danach" spielte auf eine Buchveröffentlichung Jiří Pelikáns an.[190] Die Wahl des Datums erinnerte an die Verabschiedung des Aktionsprogramms der KSČ zwei

[186] Das Konzept der Erinnerungsorte stammt vom französischen Historiker Pierre Nora und bezeichnet nicht allein geografische Orte. Es meint vielmehr allgemein die Verortung von Erinnerung im Raum. In der Definition Etienne François' und Hagen Schulzes sind Erinnerungsorte „langlebige, Generationen überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität" (Etienne François/Hagen Schulze: Einleitung, in: dies. [Hg.], Deutsche Erinnerungsorte, Bd. I, München 2009, S. 9–26, hier S. 18). Für Heinz Bude ist 1968 generell ein „sicherer Erinnerungsort im Kollektivgedächtnis", und zur „einzigartigen Stimmung des Augenblicks" trug für ihn auch der Prager Frühling bei (Heinz Bude: Achtundsechzig, in: Etienne François/Hagen Schulze [Hg.], Deutsche Erinnerungsorte, Bd. II, München 2009, S. 122–136, hier S. 122 u. 128). Jan Pauer stellt mit Blick auf den Prager Frühling als Erinnerungsort fest: „Blickt man auf das Jahr 1968 zurück, stößt man auf die merkwürdige Tatsache, dass dem ‚Prager Frühling' im Westen mit Respekt und Sympathie, in Prag insbesondere nach der Entstehung der selbstständigen Tschechischen Republik 1992/93 von maßgeblichen Teilen der neuen politischen Eliten und öffentlichen Meinungsmachern eher mit Skepsis und offener Ablehnung begegnet wurde." Er weist zudem auf die Parallele hin, dass auch Gorbatschow im Westen weit positiver gesehen wurde (und wird) als im eigenen Land. (Jan Pauer: Der Streit um das Erbe des „Prager Frühlings", in: Anna Kaminsky [Hg.]: Erinnerungsorte an den Prager Frühling, Berlin 2008, S. 4–52, hier S. 4 f. (Zitat: S. 4).

[187] Vgl. Mark Siemons: Frühling, nur einen Sommer lang. Rückschauen auf die Prager Reformen in ARD und ZDF, in: FAZ vom 20. 08. 1988, S. 24.

[188] Vgl. Comité du 1er Mai, Internationale Osteuropa-Konferenz in Brüssel (20./21. 01. 1978).

[189] Christian Semler: Zweimal in den selben Fluß steigen? Gorbatschow und die Lehren des Prager Frühlings, in: taz vom 25. 04. 1988, S. 8.

[190] Jiří Pelikán: Ein Frühling, der nie zu Ende geht. Erinnerungen eines Prager Kommunisten, Frankfurt am Main 1976.

Dekaden zuvor. Akademieleiter Thomas Meyer eröffnete die Veranstaltung mit aktuellen Überlegungen zu „Chancen eines Soz. mit menschl. Gesicht in O/W“; anschließend sprachen Zdeněk Mlynář („Programme, Hoffnungen, Erfahrungen des Prager Frühlings“) und Horst Ehmke („Der Prager Frühling – Die Zukunft des Demokratischen Sozialismus“). Schon an den Vortragstiteln lässt sich ablesen, dass primär über vergangene und gegenwärtige Erwartungen diskutiert und beide miteinander verschränkt werden sollten. Auch war die Perspektive dezidiert blockübergreifend: Die tschechoslowakische Erfahrung sollte für die Transformation der Gesellschaften in Ost wie West fruchtbar gemacht werden.

Für das abschließende Podiumsgespräch stießen zu Meyer, Mlynář und Ehmke noch der Moskauer Professor Jevgenij Ambarcumov, Klaus von Beyme sowie Jiří Kosta und Jiří Pelikán von der *Listy*-Gruppe.[191] „Die Ex-Reformkommunisten waren in starker Phalanx angetreten“, hieß es dementsprechend in der *taz*. Ambarcumov wiederum stand mit Reformern innerhalb der SED in Verbindung,[192] galt als Gorbatschow-nah und hatte schon 1986 mit einem Zeitungsinterview über den Prager Frühling für Aufsehen gesorgt. Nun berichtete er Semler zufolge, in der UdSSR werde inzwischen „Breschnews Formel von der bedingten Souveränität der sozialistischen Länder [...] offen kritisiert, damit sei auch die ideologische Begründung für die Intervention [in der ČSSR 1968] hinfällig“. Auch wusste Semler zu berichten, unter sowjetischen Experten und Wissenschaftlern beginne

„das große Umdenken über den Prager Frühling. [...] Die Neubewertung des Prager Frühlings hat sich nun bis zum April 1968 durchgefressen, dem Monat, in dem die KP der ČSSR ihr Aktionsprogramm verabschiedet hat. Dies ist auch der Grund, warum sich der gegenwärtige ZK-Sekretär Fojtik seiner ‚bescheidenen Mitarbeit‘ an jenem Dokument rühmt.“

Klar war damit die Verbindungslinie, die vom Prager Frühling (insbesondere vom Aktionsprogramm der KSČ, das Zdeněk Mlynář mitverfasst hatte) zur Perestrojka zu führen schien. Dass Gorbatschow in der Tradition des tschechoslowakischen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu sehen sei, konnte damit als doppelt gesichert gelten – hatte doch nach Mlynář selbst nun auch ein sowjetischer Vertreter diesen Konnex hergestellt.[193] Doch damit nicht genug: die Emigranten Lew Kopelew und Tomaš Kosta, die ebenfalls anwesend waren, „solidarisierten sich mit

[191] AGG, B.II.3, 1203, hs. Mitschrift von der Veranstaltung „Ein Frühling, der nicht vergeht – Die Aktualität des Reformprogramms des Prager Frühlings 20 Jahre danach“ am 20. 04. 1988 in der Gustav-Heineman-Akademie, undat. Einige der Teilnehmer sollten im folgenden Jahr beim *2. Ost-West-Seminar* der Friedrich-Ebert-Stiftung erneut zusammentreffen, s. Anhang Tabelle 2, Spalte S.

[192] Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Bestand SED-Reformdiskurs, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Bestand_SED-Reformdiskurs.pdf, S. 7; Rosa-Luxemburg-Stiftung: Interview mit Rainer Land, http://www.rla-texte.de/texte/9%20andere%20Texte/Reformdiskurs%201980er%20Jahre/Interview%20Rainer%20Land%201996.pdf, S. 29.

[193] Noch dazu stellte auch Heinz Timmermann, ein Wissenschaftler des BIOst und Teilnehmer auch früherer Freudenberger Gespräche mit Mlynář, diesen Konnex her (vgl. Heinz Timmermann: Die KPdSU und die internationale Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft 12 [1988], S. 1157–1162.)

dem Reformkurs in der Sowjetunion, forderten aber die SPD auf, demokratische Prozesse überall in Osteuropa zu unterstützen".[194]

Nicht nur die Sozialdemokraten erinnerten an den Prager Frühling und aktualisierten dessen Programm mit Hinweis auf die Perestrojka. Wenige Tage nach der SPD traf sich – in Bonn – auch die Grünen-Bundestagsfraktion mit Zdeněk Mlynář. Dieser nutzte die Gelegenheit zu einem Appell an Gorbatschow, „nach 20 Jahren mit den Lügen aufzuräumen, der Prager Frühlings sei von außen gesteuert worden".[195] Schließlich habe der Prager Frühling „eine ‚inhaltliche Verwandtschaft' mit der Politik Gorbatschows, auch wenn es Unterschiede der ‚politischen Kultur' zwischen Prag und Moskau gebe".[196] Mlynář stellte somit erneut eine Verbindung zwischen den damaligen tschechoslowakischen und den gegenwärtigen sowjetischen Reformen – und mit beiden verbundenen Erwartungen – her. Der Grüne Helmut Lippelt sprach auf der gemeinsamen Pressekonferenz ebenfalls über die „Rehabilitierung des Prager Frühlings" im Zuge der Perestrojka.[197] Und im August dann, zum zwanzigsten Jahrestag der sowjetischen Intervention, würdigten die Grünen den Prager Frühling als „Reformentwicklung" im „Bemühen um einen ‚Sozialismus mit menschliche Antlitz'". Gleichzeitig begrüßten sie die „Reformentwicklung der letzten Jahre in der Sowjetunion". Allerdings gemahnten sie auch ein förmliches Ende der Breschnew-Doktrin: „Wir haben die Hoffnung, daß danach auch die Tschechoslowakei ihren Weg zu einer menschenwürdigeren, gerechten und demokratischen Zukunft finden wird."[198] Die Parallelisierung Dubčeks und Gorbatschows konnte somit dazu dienen, Forderungen zu artikulieren: an die UdSSR (Rehabilitierung des Prager Frühlings), aber auch an die ČSSR (Einschwenken auf die Perestrojka).

Die Grünen veranstalteten zudem gemeinsam mit der *Listy*-Gruppe und dem Club Voltaire eine Gesprächsreihe anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums. Bereits der Titel versprach eine Aktualisierung jenes Themas, das die *Listy*-Gruppe ebenso umtrieb wie Anfang der 1980er Jahre die Initiative *Solidarität mit Solidarność*: eine Verbindung von Sozialismus und Demokratie. „Demokratie und Sozialismus 68–88. Prager Frühling – Reformbewegungen in Osteuropa", war die Reihe, die in Frankfurt stattfand, überschrieben. Eines der Gespräche widmete sich der „Zukunft des Sozialismus in Osteuropa", und auf dem Podium saßen mit Zdeněk Mlynář, dem Grünen Joschka Fischer und dem Trotzkisten Jakob Moneta ausschließlich ehemalige Solidarność-Unterstützer. Am Folgetag ging es um „Ökono-

194 Semler, Zweimal in den selben Fluß steigen?

195 So die Wiedergabe im *Spiegel* ([o. V.:] Personalien, in: Der Spiegel 18/1988, S. 254 f., hier S. 255).

196 So die Wiedergabe in der FAZ ([o. V.:] Mlynar: Gorbatschows Politik hat Folgen für Prag, in: FAZ [vom 04. 05. 1988], S. 4).

197 AGG, B.II.3, 1203, hs. Notiz zur Pressekonferenz am 03. 05. 1988. Genauere Informationen über den Inhalt der Pressekonferenz finden sich nicht. Die enge Nähe zum *Spiegel*-Bericht über das Treffen der Grünen mit Mlynář ([o. V.:] Personalien, in: Der Spiegel 18/1988, S. 255) legt nahe, dass dieses den Anlass für die Pressekonferenz lieferte.

198 AGG, B.II.3, 1203, Pressemitteilung Nr. 794/88 vom 19. 08. 1988.

mische Reformen"; die Moderation lag bei Milan Horáček, und aus der *Listy*-Gruppe sprach Jiří Kosta.[199] (Kosta war bereits im Vormonat gemeinsam mit Jürgen Fuchs und Tamara Reiman, Ehefrau von Michal Reiman, im Literaturhaus Berlin aufgetreten – auf einer Veranstaltung, die sich der „Annäherung an den Prager Frühling" widmete.)[200] Auf dem Frankfurter Podium saßen ferner die beiden Solidarność-Unterstützer Lew Kopelew und Daniel Cohn-Bendit sowie Wolfgang Roth von der SPD. Bildete der Blick in die Vergangenheit den Ausgangspunkt der Diskussion, wandte man sich doch schnell aktuellen Fragen zu. „Neu war die nach vorn gerichtete Diskussion unter den Exilanten, SDSlern, Grünen und Sozialdemokraten, die um die Zukunft von Sozialismus, Kultur und Ökologie stritten", goutierte dies die *taz*. Zu befriedigenden Ergebnissen jedoch kamen die Beteiligten offenbar nicht. Der Vorschlag Kostas, auf der Mikroebene Marktstrukturen zuzulassen und „in der Makroökonomie einen dritten Weg zwischen Markt und Plan [zu] finden, stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung", hieß es in der *taz*. „Lew Kopelew hat dagegen schon den dritten Weg. Er will anknüpfen an die Erfahrungen in der Sowjetunion zwischen 1922 und 1926", das heißt an die Neue Ökonomische Politik (NEP) Lenins. In der Frage der nötigen Wirtschaftsreformen konnte das Podium keine Einigkeit herstellen. Die *taz* fasste das Diskussionsergebnis mit einem Ausspruch Kostas zusammen: „Das stalinistische System muß weg, das kapitalistische wollen wir nicht und was Sozialismus ist, wissen wir nicht."[201] Der Hauptstreitpunkt lag demnach nicht so sehr in der Richtung der angestrebten Veränderungen, sondern im Wie auf dem Weg dorthin. Nach einem – zum Bestehenden in Ost wie West alternativen – Dritten suchten, scheint es, die meisten der Diskutierenden. (Dass hierbei den Berichten zufolge ein Realpolitiker wie Joschka Fischer nicht widersprach, ist durchaus bemerkenswert.) Worin dieses Dritte realistisch bestehen könne, kamen die Teilnehmer nicht überein. Weitgehend einig in der desiderativen Erwartung einer vielfach weiterhin mit dem Sozialismusbegriff bezeichneten, alternativen Ordnung, entzweiten sie sich an der Herausforderung, diese mit ihren (divergierenden) kalkulativen Erwartungen zu harmonisieren.

In jedem Fall war in Frankfurt, wie schon in Freudenberg und Bonn, ein Konnex zwischen Prager Frühling und Perestrojka hergestellt. Dass damit auch die Erwartungen, die einst auf dem tschechoslowakischen Reformexperiment geruht hatten, aktualisiert und auf die Perestrojka übertragen wurden, erhellt vor allem im Kontrast: Während die CSU das Jubiläum des Prager Frühlings nutzte, um dessen Niederschlagung als „Warnung vor der kommunistischen Realität" zu lesen und anzumahnen, „angesichts der ‚Reformpolitik' Gorbatschows nicht in blinde Euphorie zu verfallen, sondern sich stets vor Augen [zu] halten, wie schnell eine

[199] AGG, B.II.3, 1203, Ankündigung für die Reihe „Demokratie und Sozialismus 68–88. Prager Frühling – Reformbewegungen in Osteuropa", Juli 1988.

[200] AGG, B.II.3, 1203, Programm der Veranstaltung „Annäherung an den Prager Frühling", Literaturhaus Berlin, 03. 06. 1988.

[201] Florian Bohnsack: „Was Sozialismus ist, wissen wir nicht". Über die Zukunft von Perestroika und Prager Frühling diskutierten in Frankfurt altbekannte Leute auf dem Podium mit neuer Sicht der Dinge, in: taz vom 12. 07. 1988, S. 4.

solche Entwicklung innerhalb des kommunistischen Machtblocks unumkehrbar ist“[202] – das heißt eine Dämpfung der auf Gorbatschow gerichteten Erwartungen betrieb –, aktualisierten Politiker von SPD und Grünen, die den Kontakt zur *Listy*-Gruppe suchten, gerade jene Hoffnungen, die auf einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in Ost und West geruht hatten.

Am deutlichsten wird dies an der Zeitschrift *L'80*, die 1976 (als *L'76*) von Heinrich Böll, Günter Grass und Carola Stern gegründet und nach vorübergehenden Schwierigkeiten 1980 wieder eingerichtet worden war. Die Zeitschrift trug den Untertitel *Demokratie und Sozialismus* und hatte sich speziell der Zusammenarbeit westlicher Linker mit der Dissidenz im sowjetischen Machtbereich verschrieben. (Anfang der 1980er Jahre hatte sie sich deshalb auch hinter Solidarność gestellt.[203]) Just im zwanzigsten Jahr des Prager Frühlings, der ihr zentraler historischer Bezugspunkt war, musste die Zeitschrift jedoch ihr Erscheinen aufgrund finanzieller Probleme einstellen. Die Leiter des Periodikums – neben Grass und Stern waren dies Tomaš Kosta und Johano Strasser – wurden Mitherausgeber bzw. Redakteure der sozialdemokratischen Zeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, deren Bezug sie ihren bisherigen Lesern empfahlen.[204]

Im letzten Heft von *L'80* kommentierte Johano Strasser die Einstellung der Publikation, indem er einen Bogen vom Prager Frühling zur Perestrojka schlug:

„Daß dies [das Ende des Erscheinens] zu einem Zeitpunkt geschieht, da in jenem Teil der Welt, mit dem sich *L'80* besonders intensiv befaßt hat, Osteuropa nämlich, dank Gorbatschow sich neues Leben regt, ist eine schmerzliche Ironie. […] Wir haben in diesem letzten Heft von *L'80* das in den Mittelpunkt gestellt, was immer das Hauptanliegen der Zeitschrift war: die Bemühung um einen demokratischen, freiheitlichen, menschlichen Sozialismus. Der ‚Prager Frühling', der vor zwanzig Jahren die Gemüter für kurze Zeit faszinierte und dann so schändlich in Vergessenheit geriet, dessen Ideen heute in dem, was Gorbatschow ‚Glasnost' und ‚Perestroika' nennt, wiederauferstehen, hat seine Aktualität allem politischen Modenwechsel zum Trotz erhalten.“[205]

Obgleich also die Zeitschrift, die sich so dezidiert auf den Prager Frühling bezog, in dessen zwanzigstem Jahr verschwand, erblickte Strasser in Gorbatschow die Aktualisierung jener Hoffnungen, die seiner – wie Bölls, Grass', Sterns und Kostas – Arbeit für *L'80* zugrunde gelegen hatten.

Zu bemerken ist jedoch abschließend, dass keineswegs alle Sozialdemokraten und Grünen diese Erwartungshaltung teilten. Hermann Wentker hat im Gegenteil darauf hingewiesen, dass die Grünen bei der Beurteilung der Perestrojka „zwischen

[202] AGG, B.II.3, 1203, Pressemitteilung der CSU (Wolfgang Bötsch) vom 19. 08. 1988.

[203] Siehe oben, Kap. II.

[204] AdsD, Dep. Kosta, Akte 4, Protokoll des Herausgebertreffens von *L'80* am 06. 03. 1988 in Berlin, dat. 06. 03. 1988, u. Vertrag zwischen dem Verlag Neue Gesellschaft GmbH und der *L'80* Verlagsgesellschaft mbH, dat. 13. 10. 1988. Die „L'80 Verlagsgesellschaft mbH“ wurde erst 1992 liquidiert (AdsD, Dep. Kosta, Akte 3, Niederschrift über die Gesellschafterversammlung der L'80 Verlagsgesellschaft mbH am 12. 09. 1991 in Bergisch-Gladbach). Kosta schrieb dazu: „Es war eine schöne Zeit, und es stimmt mich ein bißchen traurig, daß es *L'80* nun nicht mehr gibt.“ Auf einer Tagung sei ihm kürzlich „wieder klar [geworden], wie wichtig *L'76* und *L'80* für die tschechischen Dissidenten waren, denn es kamen viele zu mir und bedankten sich für die Zeit“ (ebd., S. 1).

[205] Johano Strasser: Editorial, in: L'80 (Juli 1988), Nr. 46, S. 2 f.

Sympathie und Kritik" geschwankt und Gorbatschow insgesamt „nie so euphorisch wie andere in der Bundesrepublik umjubelt" hätten.[206] Und auch bei den Sozialdemokraten findet sich in der archivalischen Überlieferung durchaus Kritik an allzu positiven Erwartungen bezüglich der sowjetischen Reformpolitik. So beklagte sich der Jurist Martin Kriele über „eine gewisse Grundstimmung auch in den SPD-nahen Organen, eine gewisse Verehrung Gorbatschows, die bis zur Schwärmerei manchmal geht". Gleichzeitig müsse man beobachten, dass US-Präsident Reagan „sich hier ja kaum ins Land trauen kann […], ohne daß mit Demonstrationen zu rechnen ist und er geschützt werden muß". Die „Emotionen sind so verschoben", kritisierte Kriele, und befand, dass „etwas Grundsätzliches irregelaufen [sei] in den letzten 15 Jahren".[207] In ähnlicher Weise bemängelte Altkanzler Helmut Schmidt in einem Brief an Peter von Oertzen den sicherheitspolitischen Kurs der SPD. Gorbatschows Abrüstungsvorschläge entsprächen lediglich dem, was er (Schmidt) selbst bereits 1980 gegenüber den Führungen der USA und UdSSR vorgeschlagen habe. Dies werde in der Partei jedoch nicht wahrgenommen. Stattdessen würden Gorbatschows Vorschläge „als schon vollzogene Tatsachen interpretiert" und gleichzeitig „der tumbe Reagan […] als Symbol eines angeblich tumben, kapitalistischen und imperialistischen Amerikas fehlinterpretiert". Insgesamt verdränge in der SPD „idealistische Romantik" zunehmend die „Nüchternheit außenpolitischer Konzeption".[208]

Im Wirkungskreis der *Listy*-Gruppe jedoch war es – wie beschrieben – üblich, die Reformen Gorbatschows mit dem Prager Frühling zu parallelisieren. Es ist insofern nicht verwunderlich, dass Ende der 1980er Jahre immer wieder von einem „Frühling in Moskau",[209] einem „Moskauer Frühling"[210] zu lesen war. Nicht nur Mlynář und sein Kreis, sondern auch andere Exiltschechen leisteten dieser Interpretation Vorschub. Beispielhaft sei auf Jan Pauer verwiesen, Mitgründer[211] des Sozialistischen Osteuropa-Komitees Hamburg, das sich an der Solidarność-Solidarität beteiligt hatte.[212] Auch Pauer stellte die Reformpolitik Gorbatschows affirmativ in die Tradition der Prager Frühlings, wiewohl er zugleich auf Unterschiede verwies.[213] Entscheidend ist, dass solche Parallelisierungen mit dem Prager Frühling die mit diesem verknüpften Erwartungen wieder aufriefen. Eine Ver-

206 Wentker, Die Grünen und Gorbatschow, S. 481 u. 514.

207 AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000021, Bandabschrift einer Veranstaltung (vermutlich in der Freudenberger Gustav-Heinemann-Akademie), dat. 22. 01. 1988, angehefteter Zettel, S. 1.

208 LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/5, Helmut Schmidt an Peter von Oertzen, 25. 03. 1987, S. 1.

209 Reiman, Frühling in Moskau.

210 Klaus Hänsch: Vor einem Moskauer Frühling?, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 42 (1987), Nr. 21, S. 6. Der sozialdemokratische Europapolitiker Hänsch hatte schon Anfang der 1980er Jahre an einem internationalen Symposium mit ehemaligen Prager Reformkommunisten teilgenommen (vgl. Zdeněk Mlynář: Der Prager Frühling. Ein wissenschaftliches Symposion, Köln 1983, S. 6).

211 So die Auskunft Pauers im Gespräch mit dem Verfasser (Hamburg, 23. 02. 2014).

212 Siehe oben, Kap. II.

213 Jan Pauer: Der tschechoslowakische Reform- und Demokratisierungsprozeß im Lichte der „Perestrojka", in: Prager Frühling und Reformpolitik heute. Hintergründe und Vergleiche der Reformen in Osteuropa, hg. von Tilly Miller, München 1989, S. 44–57, hier S. 46 f.

bindung von Demokratie und Sozialismus schien mit Gorbatschow doch noch eine Chance zu erhalten – zumal sie nun im Zentrum des sowjetischen Imperiums in Angriff genommen wurde und nicht ohne weiteres niedergeschlagen werden konnte.[214]

Gorbatschow und der Prager Frühling

Wenngleich auch in der Forschung durchaus Parallelen zwischen den Reformversuchen in der ČSSR und der UdSSR gezogen werden,[215] ist darauf hinzuweisen, dass sich Gorbatschow selbst mit seiner Politik anfangs *nicht* auf den Prager Frühling bezog, schon gar nicht in der Öffentlichkeit. Obschon er bereits 1967 durch den Besuch Mlynářs in Stawropol mit den Ideen der tschechoslowakischen Reformkommunisten in Berührung gekommen war und diese „mit Sympathie"[216] aufgenommen hatte, verbot sich eine Bezugnahme auf deren politisches Experiment.

„Da eine kritische Einstellung gegenüber dem ‚Prager Frühling' nach der sowjetischen Intervention 1968 zu einem Loyalitätstest für Parteimitglieder gemacht worden war, hatte Gorbatschow dementsprechend das tschechische Beispiel nicht im Sinn, als er, getrieben von seiner Sicht der Notwendigkeit von Veränderungen in der Sowjetunion, denselben Reformweg einschlug",

meint Archie Brown. Erst ab 1988 hätten sich Reformer und Intellektuelle in der Sowjetunion nach ausländischen Vorbildern umgesehen.[217] Dies harmoniert mit den Ausführungen zum zwanzigsten Jubiläum des Prager Frühlings weiter oben.

Gorbatschow selbst erinnert sich, dass er nicht nur bei seinem Besuch in Prag 1987 auf seine Haltung zum Prager Frühling angesprochen wurde. „Es war die schwierigste Frage, die man mir stellen konnte. Sollte ich etwa jenen Standpunkt beziehen, der vor meinem Besuch im Politbüro vereinbart worden war? Sollte ich vor Menschen, die sich zu mir sichtlich hingezogen fühlten, diese Phrasen wiederholen? Selten zuvor hatte ich einen solchen inneren Zwiespalt gefühlt."[218] Mlynář habe in einem Interview die Perestrojka mit dem Prager Frühling verglichen („In der Sowjetunion macht man heute das, was wir in Prag im Frühjahr 1968 getan haben, ja man geht dort sogar noch radikaler vor. Und dabei ist Gorbatschow Generalsekretär, während ich im Exil leben muß"), und Dubček habe nach Moskau geschrieben, man solle sich seiner erinnern. „Ich war mir bewußt, daß diese Kritiker der tschechoslowakischen Entwicklung recht hatten. Was bedeutete denn das Jahr 1968, wenn man es aus dem Blickwinkel der Jahre 1987 und 1988 betrachtete? Es bedeutete, daß sich die Perestroika um zwanzig Jahre verspätet hatte."[219]

[214] Allerdings wies auch Mlynář selbst auf die Möglichkeit eines Mililtärputsches hin, wie er dann 1991 ja auch stattfand (AGG, B.II.3, 1156, Gesprächsnotiz von einer Diskussion über die Politik Gorbatschows am 04. 05. 1987 in Haus Wittgenstein, dat. 15. 07. 1987, S. 4).
[215] Vgl. etwa Furet, Das Ende der Illusion, S. 9 u. 622.
[216] Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 83.
[217] Ebd., S. 556 f., Anm. 4.
[218] Gorbatschow, Erinnerungen, S. 880.
[219] Ebd., S. 881.

Die Notwendigkeit einer Neubewertung des Prager Frühlings konstatiert in der Rückschau auch Gorbatschow selbst:

„Hätten die damaligen Machthaber in der Sowjetunion und in den anderen Staaten der Warschauer Vertragsorganisation die tschechoslowakische Erneuerungsbewegung weitsichtiger beurteilt, dann hätte der gesellschaftspolitische Wandel bei uns und bei unseren osteuropäischen Nachbarn, ja auf der ganzen Welt möglicherweise viel früher eingesetzt."[220]

Festzuhalten bleibt aber, dass eine Parallelisierung der Perestrojka mit dem Prager Frühling häufig vorgenommen wurde und das Bild Gorbatschows in der Bundesrepublik stark prägte.

3. Im Fahrtwind der Perestrojka: Sozialdemokratische Erwartungen Ende der 1980er Jahre

Im Fahrtfind der Perestrojka können denn auch einige Aktivitäten Ende der 1980er Jahre gesehen werden, die im Folgenden diskutiert werden sollen. Es handelt sich um Gespräche zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED sowie um die Programmdebatte der SPD in den 1980er Jahren.

3.1 Der SPD-SED-Dialog als transnationales Erwartungsmanagement

Das Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit", das Vertreter von SPD und SED 1987 zusammen vorlegten, lässt sich nicht ohne weiteres allein der gouvernementalen Entspannungspolitik zurechnen, die die Sozialdemokraten in den 1980er Jahren betrieben. Stattdessen kann es, so soll im Folgenden argumentiert werden, auch als Teil eines transnationalen Erwartungsmanagements verstanden werden, in das auch Exilanten aus dem Ostblock und Unterstützer der östlichen Dissidenz eingebunden waren. Nicht nur verwahrte sich Erhard Eppler präventiv gegen den – schon zeitgenössisch erhobenen – Vorwurf, „Nebenaußenpolitik" aus der Opposition heraus betrieben zu haben: Bereits bei der öffentlichen Vorstellung des Papiers betonte er, dieses „hätte auch dann keine Erklärung zweier deutscher Regierungen sein können, wenn heute Sozialdemokraten unser Land regieren würden. Hier handelt es sich also nicht um Außenpolitik in Konkurrenz zu einer Regierung, sondern um die Aufarbeitung von Fragen, die keine Regierung so anpacken kann und darf".[221]

[220] Ebd., S. 890.

[221] Erhard Eppler: Wir haben Neuland gepflügt. Stellungnahme auf der Pressekonferenz am 27. 08. 1987 in Bonn, in: Kultur des Streits. Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED. Stellungnahmen und Dokumente, Köln 1988, S. 22–29, hier S. 22.

Zu den Mitgliedern der Verhandlungsgruppe zählten auf sozialdemokratischer Seite hauptsächlich Personen, die über Kontakte zu Dissidenten und Oppositionellen im „Ostblock" verfügten. Eppler selbst engagierte sich in der Friedensbewegung und kam über seine deutsch-deutschen Kirchenkontakte in losen Abständen mit kritischen Stimmen aus der DDR in Kontakt.[222] Diesen Umstand nutzte er noch zur Vorbereitung seiner regimekritischen, von allen Parteien gelobten Rede zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni 1989: Das Manuskript ließ er von dem ostdeutschen Pfarrer Heino Falcke gleichsam autorisieren, wie ein archivalisch überlieferter Schriftwechsel belegt.[223] Auch hatte Eppler Ende der 1970er Jahre die Kampagne zur Freilassung Rudolf Bahros unterstützt[224] und sich als Unterzeichner des *Friedensmanifests '82* hinter Solidarność gestellt.

Iring Fetscher, ein weiterer SPD-Vertreter bei den Gesprächen mit der SED, war Anfang der 1980er Jahre Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność* gewesen. Zudem hatte Fetscher bereits in den 1970er Jahren das Vorwort für die deutsche Ausgabe von *Sowjetbürger in Opposition. Plädoyer für eine sozialistische Demokratie* verfasst. Das Buch stammte aus der Feder des marxistischen Dissidenten Roy Medwedjew, der erst unter Gorbatschow Ende der 1980er Jahre wieder in die sowjetische Führung aufrückte. Auch der Schriftsteller Johano Strasser hatte sich für Solidarność eingesetzt und gab in seiner Zeitschrift *L'80* Dissidenten und Emigranten aus dem Ostblock ein publizistisches Forum. An den Gesprächen mit der SED war zudem Peter von Oertzen beteiligt, ebenfalls ein früherer Solidarność-Unterstützer und aus MfS-Sicht ein „böswilliger Antikommunist", der im Ostblock die „oppositionellen und antikommunistischen Kräfte stärken und ermutigen" wolle.[225]

Thomas Meyer schließlich, Autor der zweiten Hälfte des SPD-SED-Papiers, stand als Direktor der Gustav-Heinemann-Akademie in regelmäßigem Austausch mit den Emigranten des Mlynář-Kreises (s. o.), die sich als Teil der Opposition im „Ostblock" und der blockübergreifenden Friedensbewegung begriffen. Eine rein gouvernementale Entspannungspolitik lehnten diese Emigranten ab.[226] Folgt man der Erinnerung Meyers, dann war der Mlynář-Kreis sogar in die Entstehung des Papiers involviert gewesen: Er selbst habe die tschechischen Exilanten um eine Einschätzung gebeten, was in einem solchen Dokument aus Sicht der östlichen Dissidenz enthalten sein müsse, und dann „das, was Zdenek Mlynar und J. Pelikan

[222] Vgl. Christine Simon: Erhard Epplers Deutschland- und Ostpolitik, Bonn, Univ., Diss., 2004, S. 241 ff.

[223] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000218, Brief an Erhard Eppler o. Abs., undat., am Rand hs. Notiz „[Heino] Falcke/auf dem Berliner Kirchentag Juni 1989". Der Brief beginnt mit den Worten: „Lieber Bruder Eppler! Ausgezeichnet, ich finde eigentlich nichts zu korrigieren."

[224] Helga Grebing: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, in: Helga Grebing (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch 2005, S. 355–598, hier S. 538.

[225] BStU, HVA 35, S. 306.

[226] Siehe oben.

da im wesentlichen vorgetragen haben, […] in die ersten Entwürfe dieses Papiers ohne große Veränderungen reingeschrieben".[227]

Wie Abb. 8 im Anhang verdeutlicht, gab es damit direkte personelle Verbindungen zur Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre und zur blockübergreifenden Friedensbewegung und insofern ein gegenüber der SPD-Ostpolitik kritisches Potenzial auf der SPD-Seite des Parteidialogs.

Der Gorbatschow-Faktor im SPD-SED-Papier

Nicht nur das Schlussmotto des gemeinsamen Papiers („Neues Denken – neues Handeln") deutet auf den Kontext der Perestrojka. Dass sich die Verständigung dem Rückenwind der Gorbatschow-Reformen verdankte, bezeichnet eine bereits zeitgenössische Darstellung und Wahrnehmung. Denn von gouvermentaler Entspannungspolitik unterschied sich der SPD-SED-Dialog auch dadurch, dass bei den Gesprächen ab 1986 Journalisten zugegen waren.[228] Es handelte sich dabei also keineswegs um Geheimdiplomatie. Entsprechend konnte etwa *Der Spiegel* die Entstehung des SPD-SED-Papiers mit Hintergrundinformationen und wörtlichen Zitaten illustrieren. So hieß es, bereits beim Treffen in Freudenstadt Anfang 1986 hätten die SED-Vertreter ihre Gesprächspartner mit einer „geistigen Wende" überrascht und sich dabei auf den neuen Kreml-Chef berufen. Gorbatschows Rede auf dem KPdSU-Parteitag vom Februar hätten die ostdeutschen Kommunisten „gleich stapelweise mitgebracht". Die neue Linie der SED-Delegation unter Leitung von Otto Reinhold fasste *Der Spiegel* wie folgt zusammen: „Der friedliche Wettbewerb der Systeme sei im Zeitalter atomarer Weltbedrohung die einzig mögliche Form des Kampfes zwischen Ost und West, die Expansion des Sozialismus sei ein für allemal out." Von der „geistigen Pirouette" der Kommunisten äußerst „beeindruckt", habe Erhard Eppler auf der SPD-Seite vorgeschlagen: „‚Wenn das so ist, daß es so viel Neues gibt, sollte man versuchen, ein gemeinsames Papier zu erarbeiten.' Reinhold sagte spontan zu, ohne sich in seiner Zentrale rückzuversichern: ‚Ich glaube, das können wir machen.'"[229]

Eppler selbst schilderte den Hergang ähnlich und bezeichnete den Gorbatschow-Faktor ebenfalls als wichtig. Es sei durchaus

„kein Zufall, dass das Gemeinsame Papier Impulse aufgenommen und verarbeitet hat, die von der sowjetischen Fuehrung, vor allem von Generalsekretaer Gorbatschow ausgegangen sind. Seine Rede auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU hat uns ermutigt, den Versuch eines Gemeinsamen Papiers zu machen. Er hat auch den Anstoss dazu gegeben, den Gedanken der friedlichen Koexistenz neu zu durchdenken und neu zu formulieren."[230]

227 Meyer, „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit", S. 61.
228 Vgl. Simon, Erhard Epplers Deutschland- und Ostpolitik, S. 276.
229 [o. V.:] Kultur des Streits, in: Der Spiegel 35/1987, S. 21 f.
230 AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000020, Antworten Epplers auf „Fragen an die Vertreter von SED und SPD zum Dokument ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit'", dat. 21. 02. 1988, S. 10.

Seiner Partei hatte Eppler das Papier bereits im Vorfeld der Veröffentlichung mit einem Hinweis auf die Sowjetunion empfohlen: „In diesem Papier zeigt sich die SED auf Gorbatschow-Kurs." Zugleich verkündete er, die Sozialdemokraten seien für die SED nun genau dort „Partner, wo Neues Denken zu neuem Handeln führen soll".[231] Die SPD konnte sich somit als Impulsgeberin und Teilhaberin einer ostdeutschen Perestrojka betrachten, die nun gleichsam offiziell angekündigt schien. In dieser Logik stellte das SPD-SED-Papier eindrucksvoll die Potenz der Sozialdemokratie als gesamteuropäische Transformationsunternehmerin unter Beweis. Gleichwohl hätte, glaubt man dem *Spiegel*, die SPD das Papier gern erst nach den Landtagswahlen vom Herbst 1987 veröffentlicht – um der CDU/CSU keine Gelegenheit zu geben, sie als „wieder mal als fünfte Kolonne Moskaus zu diffamieren".[232] Als Wahlkampfschlager eignete sich die Verständigung mit der SED offenbar trotz allem nicht.

Kritik und Zustimmung aus allen Richtungen

Die Kritik der Union ließ denn auch nicht auf lange sich warten, und selbst innerhalb der SPD war das gemeinsame Papier mit SED umstritten. Störten sich Sozialdemokraten vom rechten Flügel daran, dass überhaupt mit der SED verhandelt wurde,[233] galt das Papier dem linken Flügel zu versöhnlich gegenüber der eigenen, bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die frühere Solidarność-Unterstützerin Helga Grebing etwa bemängelte in einer persönlichen Stellungnahme, man könne die „Erkenntnis der Gefahren der kapitalistischen Verwertungslogik, Monopolismus- und Imperalismus-Kritik (und nicht bloß die Bereitschaft, ‚die Gefahren des kapitalistischen Wirtschaftens nicht zu verkennen'), Gemeineigentum und soziale Menschenrechte" nicht der kommunistischen Seite überlassen, wie es das Papier tue. Im Gegenteil: „Erst alle diese Fixpunkte zusammen begründen unseren ‚dritten Weg', den des demokratischen Sozialismus." Wer weiterhin eine „sozialistische Transformation Westeuropas" anstrebe – und Grebing bekannte sich hierzu –, dürfe sich nicht als „Grenzgänger des Kapitalismus" betätigen.[234]

Doch auch zustimmende Reaktionen kamen aus allen Richtungen. So begrüßte der konservative Sozialdemokrat Richard Löwenthal das Papier.[235] Auch der Jurist Martin Kriele, der wegen seiner Unterstützung der US-finanzierten Contras in Nicaragua fast aus der SPD ausgeschlossen worden wäre, unterstützte den Dialog mit der SED, wenngleich er Gorbatschow gegenüber kritisch blieb:

231 AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000019, Schreiben Erhard Epplers vom 20. 08. 1987, S. 2.
232 [o. V.:] Kultur des Streits, in: Der Spiegel 35/1987, S. 22.
233 Vgl. Heike Amos: Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte, Berlin [u. a.] 2015, S. 544 ff.
234 Helga Grebing: Kein dritter Weg?, in: Vorwärts vom 12. 09. 1987, S. 10 [wieder in: Wolfgang Brinkel/Jo Rodejohann (Hg.): Das SPD-SED-Papier. Der Streit der Ideologen und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i. Br. 1988, S. 121–123].
235 Vgl. Simon, Erhard Epplers Deutschland- und Ostpolitik, S. 280.

„Ich habe dieses Papier ja im Kern begrüßt. Wenn man nämlich sagt, es geht uns um eine Streitkultur, dann heißt das ja zweierlei. Erstens geht es uns um Kultur in der Auseinandersetzung, das heißt […] sachlich, differenziert, kenntnisreich und so fort. Und dagegen kann ja niemand etwas einwenden. Zweitens bedeutet es aber auch, wir streiten, d. h. wir sagen, wo die Unterschiede sind, und das ist ja [...] etwas, was in den letzten Jahren sehr zurückgetreten ist. Wir streiten ganz engagiert zwischen den Parteien, aber nicht zwischen den Systemen, […] und deswegen begrüße ich es, daß in der SPD wer sagt, wir wollen wieder streiten mit den Kommunisten. Das ist etwas ganz Neues.“[236]

In der DDR registrierte die Staatssicherheit überwiegend positive Reaktionen, sowohl unter den Parteifunktionären und -mitgliedern als auch unter den Dissidenten. Letztere sahen demnach in dem Papier eine „Rechtfertigung und Bestätigung ihrer bisherigen politischen Grundhaltung und für ihre feindlich-negativen Aktivitäten“, wie es im MfS-Jargon hieß. Zwar gebe es durchaus auch Kritik, doch sehe man in oppositionellen Kreisen durch das Dokument insgesamt „günstige Bedingungen“ für die eigene weitere Arbeit.[237]

Die Verständigung mit der SED als Erwartungsmanagement

Glaubt man solchen internen Informationen des MfS, weckte das Papier bei DDR-Oppositionellen durchaus die Erwartung breiterer Handlungsspielräume. Ebendies hatte Eppler schon bei seiner parteiinternen Anpreisung des Dokuments zum Argument gemacht: „Auf das Papier dürften sich innerhalb der DDR noch manche berufen (Offene Diskussion innerhalb jedes Systems).“[238] Demnach ging es den Sozialdemokraten auch darum, mehr Raum für Diskussionen und Kritik innerhalb der DDR zu fördern. Gedacht war dabei an Dissidenten ebenso wie Reformer innerhalb der Partei. Gut ein Jahr später sah Eppler seine Prognose bestätigt:

„Es ist ganz klar, daß dieses Papier ungeheure Hoffnungen geweckt hat. Ich habe das selbst erlebt, als ich als erster westdeutscher Politiker im DDR-Fernsehen am 3. September 1987 bei einer live-Diskussion auftreten konnte. Leider ist das Papier hier [in Westdeutschland] viel weniger gelesen worden als drüben [in der DDR], zum Teil ist es dort auswendig gelernt worden. Es war ein Ansatzpunkt der Hoffnung, für Christen und Nichtchristen in gleicher Weise, für viele innerhalb der SED, für viele außerhalb der SED. Es war Gegenstand einer heißen Diskussion.“

Schon dies betrachtete Eppler als Gewinn. Doch musste er eingestehen, dass manche Erwartungen enttäuscht worden seien: „Nicht erfüllt haben sich die Hoffnungen des Papiers in der Frage des Dialogs.“ So gebe es in der DDR offenbar weiterhin Versuche, die Kirchen für die Zwecke des Staates zu instrumentalisieren.[239]

[236] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000021, Bandabschrift einer Veranstaltung (vermutlich in der Freudenberger Gustav-Heinemann-Akademie), dat. 22. 01. 1988, angehefteter Zettel, S. 1.
[237] BStU, MfS ZAIG 4230, Bl. 1–9, hier S. 5 u. 7 (Zitate: S. 7).
[238] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000019, Schreiben Erhard Epplers vom 20. 08. 1987, S. 3.
[239] Erhard Eppler: Die Bedeutung des SPD-SED-Papiers für den Dialog zwischen den beiden Staaten und Christen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Referat am 11. 11. 1988 bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Mühlheim/Ruhr, in: Reden auf die Republik. Deutschlandpolitische Texte, 1952–1990, München 1990, S. 146–157, hier S. 152.

Entsprechend plädierte er sogar für den Abbruch der Gespräche mit der SED,[240] doch die SPD-Parteiführung entschied anders.[241]

Blaupause für den Dialog zwischen unterschiedlichen Strömungen der Linken

Für Eppler war das SPD-SED-Papier allerdings nicht primär ein deutsch-deutsches Dokument, sondern das erste gemeinsame von Sozialdemokraten und Kommunisten seit 1919.[242] „Wir haben begonnen, weil wir ohne Sprachbarrieren verhandeln konnten", so seine Begründung für den vorerst nationalen Rahmen des Dialogs. Schließlich sei der Austausch auch ein Ringen um Begriffe gewesen. Schon das Papier selbst hielt fest, der Streit werde „dadurch verschärft, daß beide [Seiten] oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbinden".[243] Eppler sah dies vor allem als Problem für die Kommunisten: „Während die Totalitarismustheorie im Westen langsam – viel zu langsam – abstirbt, kommen der SED Teile ihrer eigenen Ideologie, oft auch ihrer eigenen Sprache in die Quere." So müsse man etwa den Imperialismus-Begriff der Kommunisten gemeinsam verflüssigen.[244] Zugleich attestierte Eppler dem Papier eine internationale Dimension: „Es könnte durchaus sein, daß andere sozialdemokratische und sozialistische Parteien sich in den Positionen der [SPD-]Grundwertekommission wiederfinden, andere kommunistische Parteien in den Aussagen der SED-Mitglieder [in der Verfassergruppe]."[245]

Es ging also nicht um eine deutsch-deutsche Verständigung, sondern um den Dialog zwischen Sozialdemokraten/Sozialisten und Kommunisten im Weltmaßstab. Dies meinte nicht nur den Austausch zwischen Ost und West, sondern sollte auch die unterschiedlichen Strömungen der Linken innerhalb der einzelnen Länder einschließen. So versprachen die Sozialdemokraten ihren Gesprächspartnern von der SED, ihr Verhältnis zur DKP zu überdenken. Die Erwartungen wurden nicht allein nach außen, sondern auch nach innen gerichtet. Gleichzeitig war es Eppler jedoch wichtig, festzustellen: „Wir legen kein Dokument der Verbrüderung vor."[246]

[240] Vgl. Simon, Erhard Epplers Deutschland- und Ostpolitik, S. 296.
[241] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000020, Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission vom 26. 01. 1989, dat. 30. 01. 1989, S. 1: „Eppler berichtet, daß im Präsidium übereinstimmend die Fortsetzung des Dialogs [mit der SED-Seite] für sinnvoll gehalten werde."
[242] Vgl. Eppler, Wir haben Neuland gepflügt, S. 27.
[243] [o. V.:] Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Gemeinsame Erklärung der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vom 17. 08. 1987, in: Kultur des Streits. Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED. Stellungnahmen und Dokumente, Köln 1988, S. 8–21, hier S. 13.
[244] Erhard Eppler: Ärger mit allzu simplen Begriffen, in: Vorwärts vom 28. 11. 1988, Nr. 48, S. 12 f., hier S. 13.
[245] Eppler, Wir haben Neuland gepflügt, S. 23.
[246] Ebd., S. 24.

Ein Beispiel für den Dialog zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten – sowie weiteren Strömungen der Linken – innerhalb der Bundesrepublik ist der Band *Fernaufklärung*, den der Grüne Michael Stamm, der Sozialdemokrat Detlev Albers und der Politikwissenschaftler Frank Deppe 1989 gemeinsam herausgaben. An ihm lässt sich die mit Gorbatschow verknüpfte Hoffnung, die „zerklüftet[e]" westdeutsche Linke möge wieder zu mehr Einheit finden, gut ablesen. Schon im Vorwort fragte der Redakteur des Bandes, Harald Werner von den Perestrojka-affinen „Erneuerern" in der DKP: „Die erste sowjetische Revolution spaltete die deutsche Linke – wird die zweite sie wieder einen?" Während jahrzehntelang die Haltung zur Sowjetunion „eine Trennlinie" innerhalb der Arbeiterbewegung gezogen und für eine verlässliche „Freund-Feind-Erkennung" gesorgt habe, hätten sich durch Gorbatschow die Gegensätze deutlich reduziert.[247] (Werner ließ freilich unerwähnt, dass die Perestrojka seine eigene Partei förmlich zeriss.)[248] Glasnost und Perestrojka hätten bereits jetzt „die Dialogfähigkeit zwischen den Lagern" im „Innenverhältnis der bundesdeutschen Linken" befördert, „die vor kurzer Zeit im Wort die Abgrenzung, nicht aber die Verständigung zu sehen gewohnt waren".[249]

Thomas Meyer, einer der sozialdemokratischen Beiträger des Bandes, erwartete ebenfalls, dass Gorbatschows Reformen alle Strömungen der westdeutschen Linken betreffen werde – und „mittel- und langfristig zu einer grundlegenden Veränderung ihres Verhältnisses zueinander führen" könne.[250] Meyer formulierte die Hoffnung, dass es durch die Perestrojka „zumindest in Europa wieder einen gemeinsamen Dialog der sozialistischen Linken geben kann, der nicht länger durch Verfeindungen, Tabuisierungen und Diskussionsverbote gekennzeichnet ist". Er hielt eine „neue demokratische Streitkultur in Europa [für] möglich, die insgesamt ohne Feindbildprojektionen auskäme, in der aber die Linke durch gemeinsame Prinzipien, gemeinschaftlich aufgearbeitete Erfahrungen und gemeinsam geteilte Hoffnungen einen gemeinsamen Diskussionszusammenhang bildet".[251] Meyer rechnete also mit der Neukonstituierung der Linken als kommunikative Erwartungsgemeinschaft. Dies bezeichnet eine kalkulative Erwartung, die sich auf die kohäsive Wirkung geteilter desiderativer Erwartungen richtete. Sollte diese sich erfüllen, könne auch der „demokratische Sozialismus" eine „neue Offensivchance in unserer Gesellschaft" erhalten. Meyer hielt hierfür auch gleich ein Angebot bereit: das neue Grundsatzprogramm, über das die SPD in den achtziger 1980er Jahren diskutierte und das sie Ende 1989 schließlich verabschiedete. Dieses könne „eine gute Grundlage für die Realisierung dieser Hoffnungen sein".[252] Im Grunde war das nichts Neues. Schon der Eurokommunismus hatte Erwartungen geweckt,

[247] Harald Werner: Vorwort, in: Detlev Albers/Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989, S. 9–11, hier S. 9.
[248] Vgl. Manfred Wilke/Marion Brabant/Hans-Peter Müller: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990, S. 200 ff.
[249] Werner, Vorwort, S. 10.
[250] Meyer, Eine historische Bestätigung, S. 17.
[251] Ebd., S. 18.
[252] Ebd., S. 20 f.

die „Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung“ zu überwinden.[253] Die italienische (euro-)kommunistische Partei hatte sogar die Ostpolitik der SPD mit vermittelt.[254]

3.2 Innen- und außenpolitisches Integrationsangebot: Das neue SPD-Grundsatzprogramm

In der Tat sollte sich das neue Grundsatzprogramm gerade an die Linke als kommunikative Erwartungsgemeinschaft richten: Wie Sebastian Nawrat herausgearbeitet hat, war die SPD in den 1980er Jahren bemüht, ihre „Integrationsfähigkeit als linke Volkspartei unter Beweis zu stellen“. Die Programmdebatte dominierten neben dem Fraktions- und später auch Parteichef Hans-Jochen Vogel die linken Sozialdemokraten Willy Brandt und Erhard Eppler. Gemeinsames Ziel war es laut Nawrat, nach Ende der Ära Schmidt „die Vorstellungen der Parteilinken wieder angemessen [zu] repräsentieren“.[255] Dies gelang durchaus – so stellte die *Frankfurter Allgemeine* fest, die SPD sei programmatisch deutlich nach links gerückt. Das neue Grundsatzprogramm, das 1989 das inzwischen vierzigjährige Godesberger Programm ablöste, trage deutlich die Handschrift des linken Parteiflügels.[256] Nawrat zufolge hielt das Papier im Wesentlichen an der Sozialstaatskonzeption und am sozialdemokratischen Reformbegriff der 1960er und 1970er Jahre fest. Neu war dagegen das Ziel eines „ökologischen Umbau[s] der Industriegesellschaft“, mit dem die Partei sich für eine Zusammenarbeit mit den Grünen öffnete.[257]

In der Tat waren Grünen-Politiker bereits in die Programmdebatte einbezogen worden, und Peter von Oertzen hatte an strategischen Treffen mit dem Linken Forum innerhalb der Grünen teilgenommen.[258] Doch nicht nur Vertreter der Grünen wurden in die Programmdebatte einbezogen. Wie die archivalische Überlieferung zeigt, waren auch die Emigranten der *Listy*-Gruppe involviert. Einem Vermerk Klaus Lindenbergs – Büroleiter Willy Brandts – zufolge vereinbarten SPD und *Listy* Anfang 1985 eine Intensivierung ihrer Kontakte. Die Zusammenarbeit sollte auch gegenüber der ČSSR-Führung offensiv vertreten werden. Zdeněk Mlynář hatte sich bereiterklärt, „Gedanken zu Papier zu bringen, die für die Arbeit

[253] So der PCI-Theoretiker Leonardo Paggi, zit. nach Klaus Kellmann: Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen, Stuttgart 1984.

[254] Johannes Lill: Die DDR und Italien (1949–1973). Möglichkeiten und Grenzen für den Ausbau der bilateralen Beziehungen, in: Ulrich Pfeil (Hg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001, S. 237–256, hier S. 252.

[255] Sebastian Nawrat: Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012, S. 72.

[256] Vgl. [o. V.:] Die Parteilinke setzt sich in wichtigen Punkten durch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 11. 1989.

[257] Nawrat, Agenda 2010 – ein Überraschungscoup?, S. 72 f. (Zitat S. 73).

[258] Hans-Joachim Veen/Jürgen Hoffmann: Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre. Profil und Defizite einer fast etablierten Partei, Bonn 1992, S. 64.

der SPD-Programm-Kommission von Interesse" sein würden. Auch habe er angeboten, „zu diesbezüglichen Gesprächen nach Bonn [zu] kommen". Zwar lässt sich der Fortgang dieses Austauschs bislang nicht nachvollziehen,[259] doch gab es in Freudenberg regelmäßige Diskussionen der *Listy*-Gruppe mit sozialdemokratischen Politikern.[260]

Auch beteiligten sich Vertreter des Mlynář-Kreises an der halböffentlichen Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD. So gehörte Jiří Kosta neben Iring Fetscher u. a. zu den Herausgebern der *perspektiven des demokratischen sozialismus* (pds), die als „Theoriezeitschrift" der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS) fungierten. Die 1975 gegründete Hochschulinitiative wiederum kann als sozialdemokratischer Think tank betrachtet werden, verstand sie sich doch als „Kommunikationsnetz" von über 300 Wissenschaftlern inner- und außerhalb der Universitäten. Ziel war es, „Beiträge zu einer Theorie des Demokratischen Sozialismus zu erarbeiten".[261] Augenscheinlich diente die Initiative der wissenschaftlichen Fundierung und Legitimierung der sozialdemokratischen Programmatik und Reformpolitik. Der Mlynář-Kreis war in den pds einerseits mit Analysen zur Entwicklung im „Ostblock" präsent, anderseits mit Beiträgen zur sozialdemokratischen Programmentwicklung. Hierin zeigt sich einer der Wege, auf dem der Impuls des Prager Frühlings, der zuvor schon den Eurokommunismus stimuliert hatte,[262] auch in die Diskussionen der SPD einfloss. Hervorzuheben sind die Anregungen, die Mlynář und seine Mitstreiter in Fragen der Wirtschaftspolitik gaben. So bewarb Ota Šik in der Programmdebatte sein Konzept der „wirtschaftsdemokratischen Mitarbeitergesellschaften" bzw. „selbstverwalteten Unternehmen"[263] und plädierte für eine „zielbewußte Wirtschaftsdemokratisierung".[264] Diese Vorschläge gehörten zum Modell eines dritten Weges, das Šik auch als „Humane Wirtschaftsdemokratie" betitelte und in der internationalen Diskussion propagierte.[265] Jiří Kosta konstatierte nach Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms: „Man kann den demokratischen Sozialismus […] so interpretieren, wie es etwa im Berliner Programm der SPD – mit ich sympathisiere, ich habe mich auch ein ganz klein wenig in die Diskussion eingeschaltet – steht."[266]

[259] Die Bestände der SPD-Bundestagsfaktion aus den 1980er Jahren sind aktuell noch weitgehend ungeordnet, sodass der Nachvollzug von Abläufen abseits der höchsten Gremien bislang oft Glückssache ist. Auch konnten zentrale Archivalien, die für die Beziehungen der SPD zu Mlynář und zur *Listy*-Gruppe von Interesse sind (Dep. Thomas Meyer, Dep. Horst Ehmke), nicht eingesehen werden, weil keine Einsichtgenehmigungen erteilt wurden.

[260] Siehe oben, Kap. III.3.

[261] Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus: Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, in: pds 3 (1986), Nr. 2, S. 156.

[262] Vgl. Helmut Richter/Günter Trautmann: Eurokommunismus. Ein dritter Weg für Europa?, Hamburg 1979, S. 124.

[263] Ota Šik: Zur Programmdiskussion in der SPD, in: pds 1 (1985). Vgl. auch die Kritik von Bernd Rahmann: Zu Ota Sik: Krisenbewältigung erfordert Wirtschaftsdemokratie, in: pds 3 (1986), Nr. 1, S. 52–55, hier S. 53 ff.

[264] Šik, Für eine zielbewußte Wirtschaftsdemokratisierung.

[265] Ota Šik: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg 1979.

[266] Jiří Kosta/Herbert Brücker: Die marktwirtschaftliche Erneuerung in Ostmitteleuropa. Gespräch, in: NG/FH 37 (1990), Nr. 8, S. 718–726, hier S. 725. Siehe für Kostas Beteiligung an

Gerade bei der Frage der Wirtschaftsdemokratie sah sich in der SPD die Parteilinke zudem durch Gorbatschow im Aufwind. So sprach sich Detlev Albers im bereits zitierten Diskussionsband *Fernaufklärung* dezidiert für „Lernprozesse in Ost-West-Richtung" aus, wie es sie im Bereich der Abrüstung schon gebe. Nun müsse auch die Wirtschaftspolitik folgen, schließlich habe sich die „hiesige Arbeiterbewegung [...] ja nicht ‚auf ewig' mit der Existenz des Kapitalismus abgefunden". Die Forderung des SPD-Programmentwurfs nach Wirtschaftsdemokratie sei deshalb berechtigter denn je. Allerdings hänge viel vom Erfolg Gorbatschows ab:

„Scheiterte die Perestroika, würde der Kampf der westlichen Linken um verbindliche öffentliche Planungsvorhaben für die Wirtschaft viel nachhaltiger diskreditiert, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Denn wer möchte hier noch für die bislang nirgends gefundene Synthese von Markt und Plan streiten [...], wenn sich das Prinzip geplanten Wirtschaftens im Osten ständig selbst widerlegt?"

Albers beschrieb die Chancen linker Wirtschaftspolitik im Westen somit als abhängige Variable reformkommunistischer Politik im Osten. Dabei insistierte er darauf, dass ein bloßer Übergang zu Marktstrukturen, wie sie in Westeuropa existierten, aus seiner Sicht „nur eine Variante des Scheiterns" wäre: „Jahrzehntelange bürokratische Über-Planung hätte dann nichts als die Stärkung des ökonomischen Gegenprinzips bewirkt."[267] Albers hielt damit desiderative gegen kalkulative Erwartung: mit einer Entwicklung, wie sie 1989/90 tatsächlich eintreten sollte, rechnete er (im Groben) durchaus – doch wünschte er eine andere.

Auf dem Berliner Parteitag Ende 1989 verankerte die SPD im Grundsatzprogramm tatsächlich die „Wirtschaftsdemokratie" als ein Kernelement sozialdemokratischer Transformationserwartungen. Stellt man die Mitwirkung tschechoslowakischer Emigranten an der Programmdebatte in Rechnung und bedenkt ferner den Rückenwind der Gorbatschow-Reformen in der Programmdebatte, so wird man dies nicht allein als Fortschreibung sozialdemokratischer Traditionsbestände deuten. Vielmehr kann in der Aktualisierung von Erwartungen, die sich auf die Demokratisierung auch der Wirtschaft als Markenkern sozialistischer Politik richteten, auch den reformkommunistischen Impuls des Prager wiedererkannt werden, wie ihn die tschechoslowakischen Exilanten aus der *Listy*-Gruppe aktiv in die Programm- und Strategiediskussionen der westlichen Linken eingebracht hatten (s. Šiks Rolle im Achberger Kreis, das heißt im Kontext der Grünen-Gründung, aber auch in pds[268] und EID[269]) und wie er durch Gorbatschow nochmals aktueller geworden zu sein schien. Insofern kann, wenn Bernd Rother

der SPD-Programmdebatte Jiří Kosta: Die wirtschaftspolitische Diskussion der SPD im Lichte osteuropäischer Erfahrungen, in: pds 6 (1989), Nr. 2, S. 84–91.

267 Detlev Albers: Perestroika und demokratischer Sozialismus, in: ders./Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989, S. 48–58, hier S. 53 u. 57.

268 Šik, Für eine zielbewußte Wirtschaftsdemokratisierung.

269 Šik, Towards an Humane Economic Democracy; Šik/Raible, Rezension von Leland G. Stauber: A New Program for Democratic Socialism, Carbondale 1987; Šik, On Programme Proposals for Social Democratic Parties.

Willy Brandts Ostpolitik in seiner Zeit als Präsident der Sozialistischen Internationale als Suche nach einem dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus beschreibt,[270] hinzugefügt werden: Auch die programmatische Ausrichtung der SPD selbst folgte ein Stück weit diesem Trend, auch wenn dies innenparteilich nicht unumstritten war. Insofern ist es kein Zufall und nicht verwunderlich, dass Michail Gorbatschow, als Brandt ihm in Moskau den Entwurf des späteren Berliner Programms übergab, bekundete, dies seien „seine Themen".[271] Die von Brandt und anderen vertretene These von der Anziehungskraft der internationalen Sozialdemokratie konnte sich auf positive Rückmeldungen östlicher Reformkommunisten stützen, wie sie ja überhaupt durch die Mitwirkung exilierter Reformkommunisten an der Programmdebatte plausibilisiert wurde. Die SPD konnte in dieser Perspektive für sich in Anspruch nehmen, global oder wenigstens europäisch virulente Fragen identifiziert und international anschlussfähige Antworten gefunden zu haben. Wichtig ist dabei, dass gerade die Leit*begriffe*, auf die sich die SPD geeinigt hatte – an vorderster Stelle der „demokratische Sozialismus" –, integrative Kraft zu besitzen schienen. „Es ist wirklich schön, demokratischer Sozialist zu sein", gab Egon Bahr Anfang 1989 zu Protokoll. Der „alte Streit der Arbeiterbewegung, ob es Sozialismus ohne Demokratie geben kann, ist zu Ende", erklärte er auf einem Ost-West-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei dem Sozialdemokraten mit Dissidenten und Regierungsvertretern aus dem Ostblock sowie mit Exilanten wie Mlynář und Pelikán zusammenkamen.[272] Auch warb mit Thomas Meyer *der* „Theoretiker des Demokratischen Sozialismus"[273] Ende 1988 und Anfang 1989 auf Vorträgen in Madrid bzw. Moskau für ein „gemeinsames Projekt des Demokratischen Sozialismus in Europa mit der Chance einer Rückgewinnung der geistig-politischen Hegemonie" im Kampf gegen den „Neukonservatismus". Wenn in Zusammenarbeit von Sozialisten in Ost und West ein „neuer Fortschrittskonsens" entstehe, dann gebe es gute „Chancen der Zukunft des Demokratischen Sozialismus in Europa. Eine bessere Zukunft kann Europa nicht

[270] Bernd Rother: Ein dritter Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus? Selbstverständnis und Strategien der Sozialistischen Internationale unter der Führung von Willy Brandt 1976–1992, in: Bernd Rother (Hg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn 2011, S. 229–248; Bernd Rother: Between East and West – Social Democracy as an Alternative to Communism and Capitalism. Willy Brandt's Strategy as President of the Socialist International, in: Leopoldo Nuti (Hg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London/New York 2009, S. 217–229, hier S. 228.

[271] So die Erinnerung Egon Bahrs (Diskussion zum Vortrag von Herbert Häber, in: Reinhard Hübsch [Hg.]: „Hört die Signale!". Die Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945–1970, Berlin 2002, S. 93–106, hier S. 99.

[272] Egon Bahr: Reformen und Sicherheit, in: Peter Schneider/Peter J. Thelen (Hg.): Demokratische Reformen und Europäische Sicherheit. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 3.–5. 03. 1989 in Bonn, S. 6–15, hier S. 14.

[273] Malte Ristau/Michael Scholing/Johannes Wien: Tanker im Nebel. Zeit zum „Aufklaren", in: Malte Ristau/Michael Scholing/Johannes Wien (Hg.): Tanker im Nebel. Zur Organisation und Programmatik der SPD, Marburg 1992, S. 7–9, hier S. 9.

haben."[274] Deutlich wird hieran, dass die SPD ihren Leitbegriff des demokratischen Sozialismus zum einen offerierte, um die Transformation eines ganzen Kontinents im Zeichen verbesserter internationaler Beziehungen zu kennzeichnen. Zum anderen hing damit aber das Schicksal des eigenen „Fahnenworts" auch von der Entwicklung in Ländern wie der Sowjetunion ab.

Und noch aus einem weiteren Grund erschien prominenten Sozialdemokraten ein Erfolg der Perestrojka auch für die eigene Zukunft wichtig. Iring Fetscher aus der früheren Solidarność-Solidarität war an der Existenz einer möglichst attraktiven Alternative zum westlichen Kapitalismus gelegen. Das Mitglied der SPD-Grundwertekommission referierte 1987 über die Vorzüge der „Systemkonkurrenz":

„Bisher haben viele Angehörige ‚westlicher' kapitalistischer Gesellschaften durchaus schon Vorteile von der kommunistischen Konkurrenz gehabt: der Ausbau des Wohlfahrtsstaats war die intelligente Antwort liberaler und sogar konservativer bürgerlicher Parteien, vor allem aber sozialdemokratischer Regierungen – wie in Skandinavien – auf die kommunistische Herausforderung. Wenn in jüngster Zeit sich einflußreiche Eliten im Westen vom Wohlfahrtsstaat lösten, dann hat das u. a. auch mit der verringerten Attraktivität der kommunistischen Alternative zu tun. Es liegt daher in unserem ureigensten Interesse, wenn wir uns wünschen, daß die Länder des ‚real existierenden Sozialismus' Fortschritte in Richtung auf mehr Freiheit, Freizügigkeit, Meinungsfreiheit usw. machen und daß es ihnen gelingt, den Lebensstandard der Bevölkerung erheblich anzuheben. Der damit verbundene Ansporn für die Verbesserung der Lebensbedingungen in unseren Gesellschaften wäre eine nicht zu unterschätzende Hilfe für die Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratie."[275]

Die Zukunft der SPD hing im eigenen Verständnis somit in mehrfacher Hinsicht von der Entwicklung des sowjetischen Reformprozesses ab. Peter Brandt, ebenfalls aus der früheren Solidarność-Solidarität, hoffte sogar, dass „der historische Niedergang der stalinistischen Richtung des Weltkommunismus und die [...] Auflösung der wechselseitigen Feinbildblockade […] auch in der Gesellschaftspolitik die Suche nach einem neuen Weg für Europa jenseits des Kapitalismus erleichtern" könnten. Egon Bahrs Schlagwort „Wandel durch Annäherung" könne „dann einen grundlegend emanzipatorischen, zukunftsweisenden Sinn" erhalten. „Bahr selber definierte diese politische Ratio 1979 […] mit der Erwartung, ‚daß das, was man demokratischen Sozialismus nennt, im Grunde […] seine Zukunft noch vor sich hat'." Ähnlich wie Anfang der 1980er Jahre bei *Solidarität mit Solidarność*, richteten sich Brandts Erwartungen auf verflochtenen Transformationen in beiden Teilen Europas. Nun allerdings sah er die „Schlüsselrolle" bei der „europäischen und insbesondere der deutschen Sozialdemokratie".[276]

[274] AdsD, WBA, A 19, 86, fol. 447–483, Thomas Meyer: Demokratischer Sozialismus in Europa: Ein Vergleich [Ms. für Vorträge in Amsterdam, Dezember 1988, und Moskau, Mai 1989], fol. 460r, 482r u. 483r–v.

[275] Iring Fetscher: Für realistische Formen des Wettbewerbs der Ideen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1987, S. 1481–1485, hier S. 1485.

[276] LUH, Akz. 2009/09, Sign. 11/2, Peter Brandt, Deutschland und Europa, undat. (1989), S. 11 f.

4. „Auf der Suche nach Dritten Wegen“: Grüne Erwartungshorizonte jenseits der Blöcke und Systeme

Auch die Grünen planten Ende der 1980er Jahre eine Veranstaltung, die dem Dialog mit Vertretern von Führungen wie Dissidenten im Ostblock dienen sollte. Angedacht war eine große Tagung in (West-)Berlin, die intern als „Perestroika-Kongreß“ firmierte. An den Planungen für diese Tagung lassen sich die divergierenden Erwartungen ablesen, die es innerhalb der Grünen angesichts der sowjetischen Reformpolitik gab. Sie sollen deshalb im Folgenden exemplarisch genauer beleuchtet werden.[277]

Die Idee für die Tagung kam vom Linken Forum[278] innerhalb der Grünen. Der Vorbereitungsgruppe, die sich innerhalb des Linken Forums formierte, gehörten anfangs Jürgen Reents, Albert Statz, Michael Stamm, Harald Wolf, Volker Ratzmann und Steffi Engert an. Wolf hatte Anfang der 1980er Jahre als Trotzkist in der Solidarność-Solidarität mitgearbeitet,[279] Ratzmann mit Wolf in einem besetzten Haus zusammengewohnt.[280] Engert hatte gemeinsam mit dem trotzkistischen Solidarność-Unterstützer Winfried Wolf eine mehrbändige Analyse der polnischen Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht.[281] Ende der 1980er Jahre legte sie dann ein Buch über unabhängige Gruppen in der Sowjetunion vor.[282] An den Vorbereitungen waren somit von Anfang an Personen beteiligt, die sich nicht nur für die Politik der sowjetischen Führung interessierten, sondern auch für Dissidenten im Ostblock.[283] Auch stießen, nachdem die Kongressplanungen von den Parteigremien akzeptiert worden waren,[284] weitere frühere Solidarność-Unterstützer zur Vorbereitungsgruppe. Zu nennen sind die damaligen Bundesvorstandssprecher Renate Damus und Ralf Fücks (Erstere ein früheres Mitglied des Sozialisti-

277 Zum Verhältnis der Grünen zur Sowjetunion unter Gorbatschow vgl. insgesamt Elena Zhludova: Die Grünen und die Sowjetunion in der Ära Gorbatschow, Heidelberg, Univ., Diss. 2014.

278 Zum 1988 von den früheren Solidarność-Unterstützern Ludger Volmer und Harald Wolf mitgegründeten Linken Forum vgl. Veen/Hoffmann, Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre, S. 63–65 (dort auf S. 64 auch zu Kontakten zum Sozialdemokraten Peter von Oertzen, ebenfalls ein früherer Solidarność-Unterstützer).

279 Siehe oben, Kap. II.

280 Vgl. Bernhard Walker/Katja Bauer: Spätzles-Türke gegen früheren Hausbesetzer (05. 06. 2008), http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/spaetzles-tuerke-gegen-frueheren-hausbesetzer-2053707.html [19. 03. 2016].

281 Winfried Wolf/Steffi Engert: Polen – der lange Sommer der Solidarität, 2 Bde., Frankfurt am Main 1981; Winfried Wolf/Steffi Engert: Polen – der Winter gehört den Krähen, Frankfurt am Main 1984.

282 Steffi Engert/Uwe Gartenschläger: Der Aufbruch. Alternative Bewegungen in der Sowjetunion. Perestroika von unten, Reinbek bei Hamburg 1989.

283 Dies spricht gegen Hermann Wentkers Einschätzung, dass die Erwartungen der Organisatoren unrealistisch gewesen seien, weil es an Kenntnis der Lage in der UdSSR und Kontakt zu sowjetischen Dissidenten gemangelt habe (vgl. Wentker, Die Grünen und Gorbatschow, S. 508).

284 Vgl. ebd.

schen Büros, Letzterer ein Ex-Maoist aus der Gruppe Grüner Aufbruch um Antje Vollmer) und der Exiltscheche Milan Horáček, einst Redakteur der Exilzeitschrift *Listy* um Jiří Pelikán und Zdeněk Mlynář. Horáček war schon an den Beratungen der grünen Bundestagsfraktion über Gorbatschow beteiligt gewesen. Gleiches gilt für Susanne Nies, die ebenfalls in die Kongressvorbereitungen einbezogen war (s. Anhang Abb. 9). Nies war 1988 gemeinsam mit Elisabeth Weber nach Moskau gereist und hatte sich dort mit „informellen Gruppen“ getroffen. Im gleichen Jahr hatten auch Fücks und Weber eine UdSSR-Reise unternommen und war mit sowjetischen „Informellen“ zusammengekommen.[285]

Es verwundert insofern nicht, dass von Beginn an geplant war, offizielle, aber auch „nichtstaatliche“[286] Vertreter aus der Sowjetunion einzuladen. Bei Vorbereitungsreisen in die UdSSR trafen sich die Organisatoren deshalb sowohl mit Vertretern des Regimes als auch mit Dissidenten und Unabhängigen. So führte Steffi Engert im Sommer 1989 in Moskau zum einen Gespräche mit der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU und mit dem offiziellen Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Zum anderen kam sie auch mit Vertretern von sechzehn informellen Gruppen zusammen. Darunter waren die Grüne Bewegung und die Organisation Memorial, die sich der Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen widmete.[287] Auf einer weiteren Vorbereitungsreise trafen sich Anfang 1990 Renate Damus und Jürgen Reents ebenfalls mit „offiziellen“ Gesprächspartnern und mit „informellen Gruppen“.[288] Die KPdSU zeigte deswegen wiederholt eine „leichte Verstimmung“.[289] So musste die Vorbereitungsgruppe im Herbst 1989 feststellen: „Am Rande des Anti-Atomseminars in Moskau wurde von sowjetischer Seite erneut moniert, daß die offiziellen Stellen bisher nicht über die Planung des Perestrojka-Kongresses informiert worden seien, während diesbezügliche Kontakte mit informellen Gruppen schon weit gediehen sei[en]“.[290]

Entsprechend bewirkte der Vorschlag der Grünen, die sowjetische Delegation je zur Hälfte aus offiziellen und informellen Vertretern zusammenzustellen, zunächst eine „recht distanzierte“ Reaktion auf Seiten der KPdSU. Letztlich konnten die Grünen sich durchsetzen. Die erzielte Vereinbarung bedeute in ihrem Verständnis, dass die Diskussionen auf dem Kongress als „Gespräche am runden Tisch“[291] stattfinden würden. Ohne das Vorbild des polnischen Runden Tisches explizit zu erwähnen, schwebte ihnen damit ein Modell vor, das wie in Polen inzwischen auch in der DDR als Mittel der Demokratisierung und des ausgehandel-

285 Vgl. ebd., S. 503 f.
286 AGG, B.II.3, 1035, Rundschreiben von Jürgen Reents, 15. 04. 1989.
287 AGG, B.II.3, 1035, Steffi Engert: Bericht von Moskau-Reise lt. Beschluß der Vorbereitungsgruppe vom 15. 7. 1989, S. 1 f.
288 AGG, B.II.3, 1035, Perestroika-Info Nr. 1, S. 2–4 (Zitat: S. 4).
289 AGG, B.II.3, 1035, Steffi Engert: Bericht von Moskau-Reise lt. Beschluß der Vorbereitungsgruppe vom 15. 7. 1989, S. 1.
290 AGG, B.II.3, 1035, Vorbereitungsgruppe Perestroika-Kongreß – 10. 10. 1989 [Sitzungsprotokoll], S. 1.
291 AGG, B.II.3, 1035, Perestroika-Info Nr. 1, S. 3 f.

ten Systemwechsels fungierte.[292] Die Gesprächsform des Runden Tisches erschien vielen Grünen zudem als „zivilgesellschaftliche" Institution, die im Vergleich zum parlamentarischen System der Bundesrepublik ein Mehr an basisdemokratischer Partizipation ermögliche.[293] Was den Perestrojka-Kongress betraf, so beabsichtigten die Organisatoren, „in WestBerlin Leute an einen Tisch zu bitten, die in der UdSSR selbst eher nebeneinander oder gegeneinander existieren". Damit sei gewährleistet, dass „die Konferenz auch tatsächlich zu der politischen Manifestation werden [kann], die wir uns von ihr erhoffen".[294]

Erklärtes Ziel des Kongresses war es also, den Dialog innerhalb der Sowjetunion zu fördern und Wandel „von oben" und Wandel „von unten" miteinander zu verschränken. Hierfür sollte die Veranstaltung ein öffentliches Forum bieten. Umgekehrt ging es den Organisatoren auch darum, in Berlin „eine umfassende Diskussion über die PERESTROJKA in der Sowjetunion zu führen und Überlegungen daraus für die gesellschaftspolitische Debatte in der Bundesrepublik zu gewinnen".[295] Der Kongress sollte also einerseits in die Sowjetunion hineinwirken, andererseits auch in Westdeutschland Veränderungen anstoßen. Erkennbar ging es den Veranstaltern um (verflochtene) Transformationen in Ost *und* West oder, anders gesagt, um eine blockübergreifende Kotransformation. Dies wird auch an den Titeln deutlich, die dem Kongress zugedacht waren. Zunächst sollte die Veranstaltung „Grenzüberschreitungen. Perestroika Ost – Alternativen West: Wege zum gemeinsamen europäischen Haus?"[296] heißen. Eine der Leitfragen sollte „Wirtschaftliche Perspektiven jenseits von Kapitalismus und Realsozialismus – Ein ‚dritter Weg' in Europa?"[297] lauten. Die Abschlussdiskussion sollte unter der Überschrift „Perestroika Ost/Alternativen West – Elemente für einen ‚Dritten Weg'?"[298] stehen. Dieser Akzent erfuhr im Laufe der Vorbereitungen eine Stärkung: Ralf Fücks schlug später vor, als Untertitel des Kongresses „Auf der Suche nach dritten Wegen"[299] zu wählen.

Diese Suche nach einem „dritten Weg" – oder nach „dritten Wegen" im Plural – ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zum einen traf sich sie mit ähnlichen Erwartungen innerhalb der SPD, wie sie an deren Programmdebatte ablesbar sind (s. o., S. 107 ff.). Zum anderen spielte sie bereits in der Solidarność-Solidarität eine Rolle, wie in Kapitel II.3 gerade am Beispiel Ralf Fücks' sichtbar wurde. Der Blick

[292] Zu den Systemtransformationen im östlichen Europa als „verhandelte Revolution" vgl. Philipp Ther: 1989 – eine verhandelte Revolution. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 02. 2010, URL: http://docupedia.de/zg/1989?oldid=108803 [02. 04. 2016].

[293] Siehe Kap. IV und V.

[294] AGG, B.II.3, 1035, Perestroika-Info Nr. 1, S. 4.

[295] AGG, B.II.3, 1035, Rundschreiben von Jürgen Reents, 15. 04. 1989.

[296] AGG, B.II.1, 2278, Tischvorlage Perestroika Kongreß, 05. 12. 1989, hier Protokoll 12. 9. 1989 – Vorbereitungsgruppe Perestroika-Kongreß, dat. 28. 09. 1989.

[297] AGG, B.II.3, 1035, Perestroika-Info Nr. 1, S. 6 f.

[298] AGG, B.II.1, 2278, Tischvorlage Perestroika Kongress, 05. 12. 1989, hier Programmskizze für den Perestroika-Kongreß, dat. 20. 11. 1989.

[299] AGG, B.II.3, 1035, Brief von Ralf Fücks vom 12. 12. 1989.

auf diesen Ex-68er und ehemaligen Maoisten macht deutlich, wie persistent jene Erwartungen sein konnten, die der Polen-Hilfe der frühen 1980er Jahre zugrunde gelegen hatten. In Fücks' damaliger Rede von einem „dritten Weg“ spiegelte sich, wie in Kapitel II.3 beschrieben, eine (erste) biografische Erwartungstransformation. Diese reichte in ihren Wurzeln bereits in die späten 1970er Jahre zurück und bestand im Bruch mit zentralen maoistischen Dogmen. Bemerkenswert ist nun, dass Fücks sich von seinem neuen Ziel eines „dritten Weges“ erst in den frühen 1990er Jahren lösen sollte (s. Kap. V). Wenn diese (neuerliche) Erwartungstransformation mithin auf die Zäsur von 1989 folgte, so bedeutet das, sie später zu datieren als dies in der Forschung üblicherweise mit der Integration vieler Ex-68er in die bundesrepublikanische Politik geschieht.[300] Den Blick westdeutscher Linker *nach Osten* zum Forschungsgegenstand zu machen, macht somit die Zählebigkeit von Erwartungshorizonten transparent, die im Falle Fücks' durchaus maoistische Residuen erkennen lassen (s. Kap. II) und eben erst nach der Zäsur um 1989 vollends abschmolzen. Anzumerken ist allerdings, dass die kontinuierliche Rede von einem „dritten Weg“ Verschiebungen im Begriffsverständnis nicht ausschloss. Diese werden in Kapitel IV (S. 157 f.) genauer analysiert.

Hier interessiert zunächst ein weiteres Schlagwort aus der Solidarność-Hilfe der frühen 1980er Jahre, das auch beim Perestrojka-Kongress wieder eine Rolle spielte: das der Solidarität. Steffi Engert und Albert Statz betonten schon in einem ersten Rundschreiben, Ausgangspunkt der Planungen sei „nicht Identifikation mit der gegenwärtigen Politik der Sowjetunion, sondern Auseinandersetzung und Solidarität mit einem politischen Prozeß“.[301] Dass der Begriff hier erneut auftauchte, zeigt, dass Solidarität nicht nur mit einer Oppositionsbewegung wie Solidarność, sondern auch mit einer Transformation geübt werden konnte, der von der Führung eines Ostblocklandes initiiert worden war (auch wenn er inzwischen eine vielgestaltige und immer weniger kontrollierbare gesellschaftliche Dynamik freigesetzt hatte). Wandel von „oben“ und Wandel von „unten“ schlossen sich im Verständnis der Organisatoren nicht aus, sondern ergänzten sich. Dies fügt sich in das Bild, das schon das Ost-West-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung ergab, und passt auch zur Beteiligung ehemaliger Solidarność-Unterstützer an den SPD-SED-Gesprächen.

Im Unterschied zu den zuletzt genannten Initiativen der SPD erwies sich jedoch der Perestrojka-Kongress als Fehlschlag. Mit eintausend Teilnehmern[302] war die Veranstaltung als „‚Highlight' der Grünen im Bundestagswahljahr“[303] 1990

[300] Als lokale Fallstudie, die die Integration von Teilen der „68er“ auf die 1970er Jahre datiert, vgl. Manfred Kittel: Marsch durch die Institutionen? Politik und Kultur in Frankfurt am Main nach 1968, München 2011 (bilanzierend: S. 459 f.).

[301] AGG, B.II.3, 1035, Steffi Engert/Albert Statz: Erste Überlegungen für Themen und Fragestellungen, undat., übersandt mit dem Rundschreiben von Jürgen Reents vom 15. 04. 1989.

[302] AGG, B.II.1, 2278, Protokoll der Sitzung der Vorbereitungsgruppe Perestroika-Kongreß am 10. 10. 1989, S. 4.

[303] So Gerd Nowakowski: Von Perestroika wollen die Grünen nichts wissen, in: taz vom 21. 04. 90, S. 4.

gedacht gewesen. Sie erinnert von ihrer Dimension und Konzeption her an den Bahro-Kongress, an den die Solidarność-Solidarität angeknüpft hatte. Am Bahro-Kongress hatten rund 1 500 Personen teilgenommen, und wie der Perestrojka-Kongress war er als „Ost-West-Forum"[304] europäischer Linker angelegt gewesen. Der Unterschied liegt jedoch darin, dass es nun, Ende der 1980er Jahre, nicht nur um die Dissidenz im Ostblock ging. Vielmehr wollten die Grünen auch mit Reformkommunisten ins Gespräch kommen. Die Planungen konnten jedoch mit dem rasanten mittel- und osteuropäischen Umbruch nicht schritthalten und der Kongress musste letztlich abgesagt werden.[305] Anfang 1990 wurde er zunächst verschoben und wenig später „ausgesetzt", um letztlich nie realisiert zu werden. Dass die Planungen von der politischen Entwicklung immer wieder überholt wurden, hatte Ralf Fücks als federführender Organisator zunächst noch positiv zu wenden gesucht. Im Dezember 1989 schrieb er an die Mitorganisatoren, der Kongress habe „durch die revolutionären Ereignisse in Ost-Mitteleuropa noch an politischer Aktualität gewonnen", denn nun beharrten die „Apologeten des ‚freien Westens' erst recht auf dem ‚tertium non datur' der dualen Logik" aus dem Geist des Kalten Kriegs. Einen „dritten Weg" zu suchen, schien in diesem Verständnis umso dringlicher, je widriger die Umstände wurden. Erst als sich 1990 mehrere prominente Grünen-Politiker von dem Projekt distanzierten, annullierte Fücks das Vorhaben und verlegte sich auf die Begründung, der Kongress sei letztlich an der fehlenden Unterstützung innerhalb der eigenen Partei gescheitert.[306] Unübersehbar jedoch hatten sich vor allem die Rahmenbedingungen gravierend verändert.

5. Zwischenfazit

Weckten Gorbatschows Abrüstungsinitiativen und Reformversuche bei großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung ohnehin Sympathien, finden sich auf Seiten der Linken weitergehende, spezifische Hoffnungen. Diese bezogen sich auf die innere Entwicklung der Sowjetunion und deren Auswirkungen auf den Westen. Während dogmatische Linke wie der *konkret*-Herausgeber Hermann L. Gremliza, der das polnische Kriegsrecht gerechtfertigt hatte, Gorbatschows Politik primär im Horizont Lenins deuteten – und nach anfänglicher Begeisterung deshalb bald enttäuscht eine Abkehr von sozialistischen Prinzipien diagnostizierten – stellt sich die Situation im Wirkungskreis tschechoslowakischer Emigranten um Zdeněk Mlynář, die am Prager Frühling teilgenommen und Anfang der 1980er Jahre Solidarność unterstützt hatten, anders dar. Diese Emigranten avancierten aufgrund ihres singulären biografischen Kapitals bei Teilen der Sozialdemokratie, der Grünen, der Friedensbewegung und der undogmatischen Linken zu ein-

[304] März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, S. 378, die Teilnehmerzahl auf S. 345.
[305] Zu diesem gescheiterten Kongress vgl. auch die kursorischen Bemerkungen bei Wentker, Die Grünen und Gorbatschow, hier S. 507–509.
[306] AGG, B.II.3, 1035, Rundschreiben von Ralf Fücks, 12. 12. 1989.

flussreichen Erwartungsmanagern – und deuteten Gorbatschow nicht primär im Horizont Lenins, sondern mehr im Horizont Dubčeks. Gut vernetzt mit den Grünen und der internationalen Sozialdemokratie, autorisierten und popularisierten sie das Bild von der Perestrojka als Versuch einer Verbindung von Demokratie und Sozialismus, wie es Gorbatschow auch selbst zeichnete. Damit ermöglichten sie es auch Linken aus der früheren Solidarność-Solidarität, Erwartungen auf Gorbatschow zu verlagern, obwohl sie den Führungen im Ostblock grundsätzlich kritisch gegenüberstanden. Der sowjetische Reformprozess blieb in ihrem Wirkungskreis lange eine Hoffnung, die die sozialdemokratische Ost- und Deutschlandpolitik beflügelte (SPD-SED-Papier, Ost-West-Seminar), aber auch die blockübergreifende Politik der Grünen stimulierte (Perestrojka-Kongress). Auftrieb schien sowohl der Begriff des „dritten Weges" als auch der („demokratische") „Sozialismus" zu erhalten. Die Perestrojka versprach zudem, die zersplitterte westdeutsche Linke wieder stärker zusammenzuführen. Auf diese Weise konnte der Eindruck entstehen, als hätten SPD und Grüne attraktive Angebot nach innen wie außen entwickelt, um im Angesicht „neokonservativer" Herrschaft eine „Rückgewinnung der geistig-politischen Hegemonie" (Meyer) und die „Suche nach einen neuen Weg für Europa jenseits des Kapitalismus" (P. Brandt) in Angriff zu nehmen.

IV. „Alptraum steht gegen Traum“[1] – Revolutionseuphorie und Vereinigungskritik 1989/90

Eine „neue ‚große‘ Koalition, eine Hüben-drüben-Koalition“ sah Ernst-Otto Maetzke angesichts des ostdeutschen Umbruchs Ende 1989 entstehen. „Sie will auf dem Boden der gegenwärtigen DDR nicht nur den Sozialismus retten, sondern sogar ein Musterbeispiel für einen wahren Sozialismus, einen ‚Sozialismus des dritten Weges‘ entstehen lassen“, führte der FAZ-Journalist weiter aus. Diesen breiten Bestrebungen etwas entgegenzusetzen, werde für die Spitzen der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP „der schwerste politische Kampf ihres Lebens“[2] werden, lautete seine – rückblickend unnötig alarmistische – Prognose. Das folgende Kapitel will Maetzkes Rede von einer „große[n] […] Hüben-drüben-Koalition“ auf den Grund gehen. Es erweitert deshalb den Fokus der Analyse und bettet die bislang betrachteten früheren Solidarność-Unterstützer in einen breiteren politischen Kontext ein. Es nimmt daher auch Vertreter etwa des konservativen Flügels der SPD in den Blick, genauso wie Vertreter radikaler Gruppen, die bisher keine Berücksichtigung fanden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche Erwartungen die Akteure an die Entwicklung formulierten und in welchen Begriffen sie diese ausdrückten. Maetzkes Artikel liefert bereits zwei dieser Begriffe: „Sozialismus“ und „dritter Weg“. Beide Begriffe spielten bereits in den Kapiteln II und III eine Rolle und sollen deshalb weiter betrachtet werden. Einem dritten Begriff, der ebenfalls schon erwähnt wurde, kommt im Folgenden besondere Bedeutung zu: „Revolution“. Wie eine Erklärung Petra Kellys verdeutlicht, waren alle genannten Begriffe bzw. Ideen 1989/90 eng verwoben:

„In der DDR findet derzeit eine gewaltfreie Revolution von unten statt. [...] Ich nenne es fast tragisch, daß viele Politiker hier die Ziele der Demokratiebewegung in der DDR völlig verkennen, wenn sie meinen, überholte Modelle einer antiquierten Deutschlandpolitik stünden an. Aus meiner jahrelangen solidarischen Unterstützung der unabhängigen Friedens-, Menschenrechts- und Ökologiegruppen in der DDR habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es ihnen darauf ankommt, einen ökologischen Sozialismus mit wahrhaft menschlichem Antlitz, ein radikaldemokratisches Gesellschaftssystem, welches jenseits von Kommunismus und Kapitalismus liegt, zu erschaffen.“[3]

Zusätzlich bediente sich Kelly, wenn sie gegen „überholte Modelle einer antiquierten Deutschlandpolitik“ polemisierte, an prominenter Stelle eines temporalen Arguments: Sie disqualifizierte ein konkurrierendes politisches Konzept, indem sie es als anachronistisch bezeichnete. Auch dem wird im Folgenden nachzugehen sein.

1 Günter Grass: Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen, in: Die Zeit vom 07. 02. 1990.
2 Ernst-Otto Maetzke: Koalition der Stehaufmänner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 11. 1989, S. 1.
3 Die Grünen im Bundestag: Die Demokratiebewegung in der DDR – ein Lehrstück in sozialer Verteidigung. Die Vernunft der Straße siegt, Pressemitteilung Nr. 946/89 vom 13. 11. 1989, S. 1.

1. Die Konjunktur des Begriffs „friedliche Revolution“ und die zugrundeliegenden Erwartungen

Zur Erinnerungskultur des vereinten Deutschland gehört die „friedliche Revolution“ in der DDR fest dazu. Schon zu ihrem zwanzigjährigen Jubiläum erschien nicht nur eine Flut von Veröffentlichungen zum Thema, sondern auch die Politik erinnerte prominent an die Ereignisse von 1989. So fand in Leipzig ein großer Festakt „20 Jahre friedliche Revolution“ statt, bei dem u. a. der damalige Bundespräsident Horst Köhler sprach.[4] Ein Jahr später, zum zwanzigsten Jahrestag der deutschen Vereinigung, würdigte sein Nachfolger unter jenen, die die „Einheit möglich machten“ zuallererst die Bürgerrechtler in der ehemaligen DDR, die „beharrlich Widerstand gegen eine Diktatur geleistet haben“.[5]

Auch in der Geschichtswissenschaft ist die Rede von der friedlichen Revolution längst etabliert. Nicht nur ostdeutsche Historiker wie Erhart Neubert, Ilko-Sascha Kowalczuk und Hartmut Zwahr verwenden den Revolutionsbegriff, sondern auch ihre westdeutschen Kollegen haben ihn in ihr Vokabular übernommen.[6] So betont Andreas Rödder zwar, der Terminus sei „sehr normativ aufgeladen, was die analytische Verwendung erschwert“, spricht aber dennoch in Verbindung mit der Vereinigung von einer „deutsche[n] Revolution“.[7] Dies ist insofern bemerkenswert, als es noch in den 1990er Jahren eine lebhafte Debatte darüber gegeben hatte, inwieweit der Begriff zur Kennzeichnung der DDR-Ereignisse adäquat sei.[8]

Während es in dieser Debatte um die Eignung des Revolutionsbegriffs als wissenschaftliche Kategorie zur Analyse des DDR-Umbruchs gegangen war, hat die Historisierung seiner politischen Verwendung gerade erst begonnen. Bernd Lindner hat jüngst einen ersten Anlauf unternommen, die Geschichte des Begriffs im Jahr 1989 zu schreiben. In seinem konzisen Überblick liegt der Fokus primär auf

[4] Vgl. Horst Köhler: [Rede beim Festakt „20 Jahre Friedliche Revolution“] (09. 10. 2009), http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2009/10/20091009_Rede.html [21. 12. 2013].

[5] Christian Wulff: [Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit] (03. 10. 2010), http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html [12. 01. 2014].

[6] Vgl. Erhart Neubert: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008; Ilko-Sascha Kowalczuk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009; ferner Hartmut Zwahr: Die 89er Revolution in der DDR, in: Peter Wende (Hg.): Große Revolutionen der Weltgeschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 2000, S. 357–374; sowie Klaus-Dietmar Henke: 1989, in: ders. (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 11–46; Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln/Wien/Weimar 2009; Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, Bonn 2010.

[7] Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 117.

[8] Vgl. bilanzierend Rainer Eckert: Revolution, Zusammenbruch oder „Wende“. Das Ende der zweiten Diktatur auf deutschem Boden im Meinungsstreit, in: Heiner Timmermann (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, Münster 2003, S. 419–448. Der Autor selbst plädiert nachdrücklich für den Gebrauch des Revolutionsbegriffs.

der ostdeutschen Seite, sodass einige Wortmeldungen unberücksichtigt bleiben, denen im Folgenden hohe Bedeutung zugemessen wird. Auch geht es Lindner nicht um die jeweilige Funktion, die der Begriffsverwendung in der politischen Auseinandersetzung zukam.[9] In der übrigen Literatur fehlt es gänzlich an einer quellengestützten Historisierung des Revolutionsbegriffs. Zwar erinnert sich Ilko-Sascha Kowalczuk, von Revolution sei damals einhellig und ganz selbstverständlich die Rede gewesen.[10] Hingegen konstatieren Eckart Conze, Katharina Gajdukowa und Sigrid Koch-Baumgarten, der Revolutionsbegriff sei im Herbst 1989 von DDR-Bürgerrechtlern aufgebracht worden.[11] Empirisch gesättigt ist dies in beiden Fällen kaum. Wolfgang Jäger und Ingeborg Villinger porträtieren eine Debatte, die bereits 1989/90 um das eigentliche Ziel der DDR-„Revolution“ geführt worden sei. Sie gehen dabei aber nur scheinbar vom Quellenbegriff aus. Eine Historisierung der Begriffsverwendung kann darin nicht gesehen werden.[12] Philipp Ther hat jüngst sogar – irrig – behauptet, dass „Revolution“ bezüglich 1989 *kein* Quellenbegriff sei.[13]

Angesichts dieses widersprüchlichen und empirisch ungesicherten Forschungsstands wird im Folgenden näher zu beleuchten sein, wie und wann der Revolutionsbegriff genau aufkam und wie er sich verbreitete. Die Untersuchung führt zu dem Befund, dass die Applizierung des Begriffs auf die Vorgänge in der DDR sich (1) einem grenzüberschreitenden, deutsch-deutschen Kommunikationsprozess verdanke, dass dabei (2) entscheidende Impulse von westdeutschen Linken, besonders aus der früheren Solidarność-Solidarität, ausgingen, dass der Revolutionsbegriff sich (3) bereits Ende 1989 allgemein durchsetzte, und dass er (4) mit divergierenden – und sich wandelnden – Zukunftsvorstellungen verknüpft war. An der Konjunktur des Begriffs lassen sich somit tiefgreifende Erwartungstransformationen ablesen. In seiner ursprünglichen Verwendung, so das Ergebnis, stand er für Hoffnungen, die bald schon obsolet wurden. Bezüglich des DDR-Umbruchs ist in ihm insofern – quer zu der Erfolgsgeschichte, die sich mit ihm verbindet[14] – in historisch-semantischer Perspektive auch Enttäuschung eingeschrieben.

[9] Vgl. Bernd Lindner: Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche, in: APuZ 24–26/2014, S. 33–39. Keine Berücksichtigung findet bei Lindner Antje Vollmers Rede in der Bundestagsdebatte vom 08. 11. 1989, in der die vorliegende Arbeit die erste prominente Verwendung des Revolutionsbegriffs zur Kennzeichnung des DDR-Umbruchs seitens westdeutscher Politiker ausmacht (s. u., S. 126 ff.).

[10] Vgl. Kowakczuk, Endspiel, S. 537.

[11] Vgl. Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten: „1989“ – Systemkrise, Machtverfall des SED-Staates und das Aufbegehren der Zivilgesellschaft als demokratische Revolution, in: dies. (Hg.): Die demokratische Revolution, S. 7–24, hier S. 14.

[12] Vgl. Wolfgang Jäger/Ingeborg Villinger: Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, Freiburg i. Br. 1997, S. 180–192.

[13] Philipp Ther: 1989 – eine verhandelte Revolution, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 02. 2010 [24. 09. 2014]).

[14] Vgl. die oben zitierte Rede von Bundespräsident Horst Köhler (s. Anm. S. 4), in der dieser die „Leistung von 1989 und 1990“ würdigte.

1.1 Frühe Begriffsverwendungen eingangs des Umbruchs

Den Ausgangspunkt der öffentlichen Rede von einer Revolution in der DDR aufzuspüren, ist kein leichtes Unterfangen. Für die folgende Analyse wurden die einschlägigen Abschnitte der 26-bändigen Presseausschnittsammlung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung[15] sowie die wichtigsten Quellensammlungen zum DDR-Umbruch[16] komplett ausgewertet. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Spur – überraschenderweise – nicht etwa nach Leipzig, in die „Heldenstadt“[17] der DDR-„Revolution“ führt. Denn auf den Leipziger Montagsdemonstrationen, die heute emblematisch für den gewaltlosen Straßenprotest stehen, wurde zwar „Wir sind das Volk!“ und vor allem nach Reformen und „Dialog“ gerufen.[18] Doch von Revolution war im gesamten Oktober 1989 keine Rede – obwohl dieser Monat retrospektiv als Durchbruchsphase der Volksbewegung gilt. Der gleiche Befund ergibt sich für Proteste in anderen Städten sowie für die Gründungsaufrufe der Oppositionsgruppen und die Resolutionen von Künstlern.[19]

Auch bei westdeutschen Politikern findet sich der Begriff im Oktober 1989 noch nicht. Vielmehr lässt sich eine ganze Bandbreite von Benennungen für die laufenden Ereignisse ausmachen. Diese Pluralität zeigt sich etwa, wenn der Sozialdemokrat Horst Ehmke, der Kontakte zu Dissidenten und früheren Solidarność-Unter-

[15] Anna Maria Kuppe (Hg.): Deutschland 1989. Dokumentation zu der Berichterstattung über die Ereignisse in der DDR und die deutschlandpolitische Entwicklung, 26 Bde., Bonn 1990.

[16] Dies sind: Hannes Bahrmann/Christoph Links: Chronik der Wende, Bd. 1: Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989, Berlin 1994; Hubertus Knabe (Hg.): Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek bei Hamburg 1989; [o. V.:] Leipziger Demontagebuch. Demo – Montag – Tagebuch – Demontage, Leipzig/Weimar ^{3}1991; Neues Forum Leipzig: Jetzt oder nie – Demokratie. Leipziger Herbst ’89, Leipzig ^{2}1989; [o. V.:] Oktober 1989. Wider den Schlaf der Vernunft, Berlin 1989; Gerhard Rein (Hg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989; Wolfgang Rüddenklau (Hg.): Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, Berlin 1992; Charles Schüddekopf (Hg.): Wir sind das Volk! Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek bei Hamburg 1990.

[17] Diese Bezeichnung schlug der Schriftsteller Christoph Hein auf der Ostberliner Großkundgebung am 04. 11. 1989 vor. Dies fand umgehend Erwähnung in der bundesrepublikanischen Presse, so in [o. V.:] „Macht die Volkskammer zum Krenz-Kontrollpunkt“, in: Welt am Sonntag vom 05. 11. 1989.

[18] Vgl. Ralph Jessen: *Das Volk* von 1989 als Praxis, Projektion und Erinnerungsort, in: Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 33–50, hier insbesondere S. 40 f.

[19] Vgl. die im Leipziger Demontagebuch wiedergegebenen Sprechchöre und Transparentaufschriften, die quer liegen zu der dort formulierten Rückschau: „An diesem Leipziger 9. Oktober siegte die Deutsche Demokratische Revolution“ (S. 8). Auch in den anderen hier zugrunde gelegten Dokumentationen findet sich „Revolution“ vor Anfang/Mitte November nicht als Quellenbegriff, vgl. Bahrmann/Links, Chronik der Wende, Bd. 1; Schüddekopf, Wir sind das Volk!; Neues Forum Leipzig, Jetzt oder nie – Demokratie; Knabe, Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek bei Hamburg 1989; Rein, Die Opposition in der DDR; Rüddenklau, Störenfried; [o. V.:] Oktober 1989. Wider den Schlaf der Vernunft. Fast alle Dokumentationen sprechen nichtsdestotrotz in den Begleittexten von einer Revolution. Vgl. auch Lindner, Begriffsgeschichte, S. 35.

stützern hatte,[20] nach einem DDR-Besuch das Wort „Reformationsbewegung“ kreierte – und damit auf die Reformforderungen der Demonstranten wie auf die Involvierung zahlreicher DDR-Theologen abhob: „Es war ein bewegender Eindruck. In der DDR ist eine richtige Reformationsbewegung in Gang gekommen, und der größte Beitrag der protestantischen Kirche dazu mag darin liegen, den Menschen Kraft gegeben zu haben, ihre Angst zu überwinden.“[21]

Auch in den westdeutschen Presseberichten vom Oktober lassen sich lediglich vereinzelte, vorsichtige Revolutionsanspielungen finden – etwa, wenn metaphorisch vom „friedlichen Sturm auf die SED-Bastille“[22] oder von einer „vorrevolutionäre[n] Situation, wenn auch nur für einen Abend“,[23] die Rede war. Deutlicher wurde allein Cathrin Kahlweit in der *Süddeutschen Zeitung*, wenn sie konstatierte: „Wo Worte allein über Jahrzehnte schon Taten waren, sind Taten jetzt kleine Revolutionen. Leipzig, wie auch die gesamte DDR, übt eine deutsche Revolution; eine Revolte zwar, aber möglichst korrekt abgewickelt.“[24] Weit öfter dagegen finden sich Schilderungen wie die folgende, die eine spannungsvolle Atmosphäre transportierten, ohne jedoch von Revolution zu sprechen:

„Die DDR befindet sich im Aufbruch: Massendiskussionen Zehntausender über Reformen, Massendemonstrationen Hunderttausender für die Öffnung von Staat und System, Massenkritik an den Zuständen im Lande und den Verursachern, Massenforderungen ins [sic] schier nicht mehr zu überblickender Fülle. […] Viele andere, wie die Blockparteien oder die Massenorganisationen, auch Medien, Künstler und Wissenschaftler, strengen sich ebenfalls an. Eigentlich überwältigend aber ist das Volk. Wenn die alten Machtträger ihre Herrschaft und Politik nicht demokratisieren, könnten sie leicht überflutet oder gänzlich hinweggeschwemmt werden.

Doch die Menschen, die sich jetzt so vielfältig aussprechen, schwanken weiter zwischen hoffnungsvollem Überschwang und skeptischer Furcht.“[25]

Sucht man den Revolutionsbegriff in solchen Berichten vergebens, konnte dieser sogar ausdrücklich verworfen werden. Ein zentrales Argument war dabei, es sollten keine übersteigerten Erwartungen erzeugt werden:

„Fahren auch wir in Unruhe, vielleicht sogar Aufruhr hinein? Man möchte es glauben, auf der Autobahn nach Magdeburg, wenn das Busradio halbstündlich Nachrichten über die DDR aus West-Berlin ausspeit. Die Sender dort [in West-Berlin] kennen kein anderes Thema. Die Erregung über die Demonstrationen und Zusammenstöße beim Jubiläum des anderen deutschen Staats zittert nach. [...] Doch die Nachrichten klingen meistens so, als komme die Sondermeldung von einer regelrechten *Revolution* binnen kürzester Zeit. Auch so, denkt man unwillkürlich, können Massenstimmungen, überspannte Erwartungen, Kurzschlüsse entstehen.“[26]

[20] So 1988 in Freudenberg, s. S. 93 f.
[21] [o. V.:] Egon Krenz hat nicht viel Zeit, in: Süddeutsche Zeitung vom 03. 11. 1989.
[22] Marlies Menge: Voll Ungeduld und Selbstbewußtsein. Überall sammeln sich die Bürger zum friedlichen Sturm auf die SED-Bastille, in: Die Zeit vom 17. 10. 1989.
[23] [o. V.:] Reformen à la Hager sind uns zu mager, in: taz vom 18. 10. 1989.
[24] Cathrin Kahlweit: Mühsame Versuche, den aufrechten Gang zu erlernen, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. 10. 1989.
[25] [o. V.:] Aufbruch und Gegenströmung, in: Süddeutsche Zeitung vom 31. 10. 1989.
[26] Carl-Christian Kaiser: Die Ruhe täuscht. Auch im roten Magdeburg begehren die Bürger auf, in: Die Zeit vom 20. 10. 1989 (Hervorhebung im Original).

Auf den Revolutionsbegriff zu verzichten, bedeutete hier die Absage an eine aktive Erwartungshebung, die der Autor in den Berichten der Westberliner Radiosender erblickte. Auf den Begriff zu verzichten, wie er es forderte, lässt sich demgegenüber als Erwartungsdämpfung verstehen.

Die überwiegende Tendenz solchen Erwartungsmanagements änderte sich Anfang des Folgemonats, im Umfeld der Ostberliner Großkundgebung vom 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz. Am Tag vor dieser Veranstaltung hatte *Die Zeit* einen Gastbeitrag des polnischen Germanisten Adam Krzemiński gedruckt, in dem dieser von einer „deutschen Revolution“ sprach.[27] Am Folgetag verwendete Klaus Hartung den Revolutionsbegriff in einem Beitrag für die *tageszeitung*. Krzemiński und Hartung sollten später im *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* mit zahlreichen früheren Solidarność-Unterstützern gemeinsam daran arbeiten, den Impuls der DDR-„Revolution“ ins vereinte Deutschland zu überführen.[28] In Hartungs Artikel hieß es über die bisherigen Proteste:

„Zwei Momente beherrschten die Demonstranten bislang: das Gefühl, ‚wir stehen vor einer Revolution, vielleicht der ersten Revolution, die auf deutschen Boden gelingen kann‘ und das Erschrecken: ‚Das hätte vor drei Wochen niemand glauben können.‘ Die Erfolge dieser revolutionären Bewegung stehen fest: der Sturz einer Regierungsspitze und die fliegende Hast der Umorganisation der Herrschenden. Andere Erfolge: der Ausbruch aus der Angst, der kollektive Zusammenhang, der die Phantasie der Individuen befreit, der Witz, die Wachheit, das Denken in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen.“[29]

Das Erwartungsmanagement in diesem Artikel stützte sich auf scheinbar wörtliche Zitate, die jedoch ohne Angabe der Quelle blieben. Es bleibt deshalb unklar, ob die ostdeutschen Demonstranten selbst von einer Revolution sprachen oder ob Hartung lediglich seine eigene Wahrnehmung (als teilnehmender Beobachter) wiedergab und den Demonstranten den Revolutionsbegriff gleichsam in den Mund legte. In jedem Fall vermittelte sein Artikel den Eindruck, ein authentisches „Gefühl“ von den Demonstrationen zu transportieren. Auffällig ist, dass Hartung erst von einer möglicherweise bevorstehenden Revolution, dann aber von einer (schon existierenden) revolutionären Bewegung schrieb. Und dies im Grunde tautologisch: Weil die Demonstranten eine Revolution antizipierten, war ihr Handeln revolutionär, und weil ihr Handeln revolutionär war, stand eine Revolution zu erwarten. Diese sprachliche Struktur verdeutlicht, wie Erwartungshebung entscheidend mit Begriffsapplizierungen zusammenhängt.

Am Abend des 4. November berichteten die *Tagesschau* sowie am folgenden Sonntag und Montag die westdeutschen Zeitungen über die Ostberliner Kundgebung. Prominent wurde der Schriftsteller Stefan Heym, der sich Anfang der 1980er Jahre an einer Veranstaltung der westdeutschen Solidarność-Solidarität be-

[27] Adam Krzemiński: Auf einmal lösten sich die Zungen, in: Die Zeit vom 03. 11. 1989.
[28] Siehe Kap. V.
[29] Klaus Hartung: Masse und Demokratie, in: taz vom 04. 11. 1989.

teiligt hatte,[30] zitiert. Heym hatte in seiner Rede erklärt, dass die DDR den Eindruck mache, „als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation“.[31] Auch hatte er die jüngste Entwicklung mit den bisherigen, gescheiterten Revolutionsversuchen in Deutschland kontrastiert:[32] „Wir haben in diesen letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen, und das; Freunde, in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen daneben gegangen und wo die Leute immer gekuscht haben, unter dem Kaiser, unter den Nazis und später auch.“[33] In dieser Äußerung ist noch nicht unbedingt eine Kennzeichnung des DDR-Umbruchs als Revolution zu sehen. Doch nannte Heym ihn später ausdrücklich eine „sanfte Revolution“.[34] Zudem hatte es bereits auf der Kundgebung ein Transparent mit der Aufschrift „Es lebe die Oktoberrevolution 1989“ gegeben.[35] Die bundesrepublikanische Presse berichtete in den Folgetagen ausführlich über die Veranstaltung. Der Kölner *Express* titelte mit dem Diktum eines Demonstranten: „Da ist man ja stolz, DDR-Bürger zu sein“, und die *Süddeutsche Zeitung* kommentierte: „Der Griff nach dem Attribut des Historischen ist zumeist überzogen. Hier ist er am Platze, hier ist an ihm gar nicht vorbeizukommen“.[36] Und in der *taz* bezeichnete Klaus Hartung die Ereignisse nun als die „erstaunlichste, die unvorstellbarste Revolution, die man sich denken kann. Die Läden sind geöffnet, die Büros sind besetzt, und zur gleichen Zeit […] wird die realsozialistische Herrschaft zersetzt“.[37] Dies scheint der früheste Gebrauch des Revolutionsbegriffs in der westdeutschen Öffentlichkeit zu sein.[38] Auffällig ist, dass Hartungs Bezeichnung der Vorgänge im Raum des Uneigentlich

[30] StAufarb, Dep. Klimczak, Akte 15, Flugblatt „Zehn Punkte zur Solidarität mit Solidarność“, Rückseite („Aufruf der DGB-Jugend zu Ostern ’82“).

[31] So in [o. V.:] „Macht die Volkskammer zum Krenz-Kontrollpunkt“, in: Welt am Sonntag vom 05. 11. 1989.

[32] So kritisierte Hermann L. Gremliza Heym später dafür, dass er zwar auf dem Alexanderplatz „den jubelnden Massen erzählte, daß in Deutschland noch keine Revolution gesiegt habe“, in der Folgezeit jedoch, „anstatt daraus den doch naheliegenden Schluß zu ziehen, daß deshalb das, was da im Begriffe war zu siegen, schon keine Revolution sein werde, treuherzig fortfuhr, nun sei es zum ersten Mal gelungen“ (Hermann L. Gremliza: Wenn das der Führer noch hätte erleben dürfen, in: konkret 1/1990, S. 8). Für Heyms spätere Position vgl. seinen Sammelband Die sanfte Revolution (Stefan Heym [Hg.]: Die sanfte Revolution. Prosa, Lyrik, Protokolle, Erlebnisberichte, Reden, Leipzig 1990).

[33] Zitiert in der Tagesschau vom 04. 11. 1989 (http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video596442.html, Minute 3’40, abgerufen am 22. 12. 2013) nicht jedoch in den Zeitungsberichten vom 05. und 06. 11. (soweit in Kuppe, Deutschland 1989, aufgenommen).

[34] Stefan Heym (Hg.): Die sanfte Revolution. Prosa, Lyrik, Protokolle, Erlebnisberichte, Reden, Leipzig 1990.

[35] Nur beiläufig erwähnt in [o. V.:] „Macht die Volkskammer zum Krenz-Kontrollpunkt“ und in „Berlin Alexanderplatz: Geschichte wird gemacht“, in: taz vom 06. 11. 1989 erwähnt.

[36] [o. V.:] Da ist man ja stolz, DDR-Bürger zu sein, in: Sonntag Express vom 05. 11. 1989; Hermann Rudolph: Vision eines freieren Lebens, in: Süddeutsche Zeitung vom 06. 11. 1989.

[37] Klaus Hartung: Der Fall der Mauer. Wer jetzt nur das Scheitern des Realsozialismus sieht, ist blind, in: taz vom 06. 11. 1989, S. 8.

[38] Dieser Befund deckt sich mit der Darstellung bei Lindner, Begriffsgeschichte, S. 35.

beließ, wenn er darauf hinwies, dass typische Elemente des geläufigen Revolutionsverständnisses fehlten.

In der Bonner Bundestagsdebatte vom darauf folgenden Mittwoch, dem Tag vor dem Mauerfall, findet sich der Revolutionsbegriff erstmals bei einer westdeutschen Politikerin und verließ hier definitiv den Raum des Metaphorischen und Uneigentlichen. Die frühere Solidarność-Unterstützerin und nunmehrige grüne Fraktionssprecherin Antje Vollmer kennzeichnete die ostdeutschen Ereignisse als „gewaltfreie demokratische Revolution“ und sah durch diese in der DDR „die erste selbsterkämpfte Demokratie auf deutschem Boden“[39] entstehen. Vollmer leitete hieraus ab:

„Dabei ist die Rede von der Wiedervereinigung – das ist mir jetzt sehr wichtig – historisch überholter denn je. Solange es drüben ein totalitäres Regime gab, hatte die Nichtanerkennung der DDR und ihrer Staatsbürgerschaft eine scheindemokratische Rechtfertigung: keine Anerkennung für ein Regime, das seiner Bevölkerung elementare Grundrechte verweigert. [...] Jetzt aber gibt es eine Reformbewegung, die vehement auf ihrem Eigensinn, ihrer Eigenständigkeit und ihrer eigenen Geschichte beharrt und die ihren eigenen Raum dafür braucht. [...] Jetzt, ausgerechnet in dieser Lage, von Wiedervereinigung zu sprechen, heißt, das Scheitern der Reformbewegung zu postulieren und vorauszusetzen.“[40]

Revolution und Wiedervereinigung begriff Vollmer somit als konträre Prozesse: Sie belegte die Vorgänge in der DDR mit dem Revolutionsbegriff und nahm zugleich die Forderungen der revolutionären Akteure zum Anlass, die konservativen Wiedervereinigungsforderungen von der Hand zu weisen. Der früheste Gebrauch des Revolutionsbegriffs (durch eine westdeutsche Politikerin) ist insofern als eine sprachliche Handlung zu interpretieren, die gegen die Perspektive einer Wiedervereinigung gerichtet war. Mehr noch: gegen das Telos einer Wiedervereinigung stieß er einen Möglichkeitsraum auf, der neu – und quer zur Idee einer staatlichen Einheit – gefüllt werden konnte. Eben dieses „Aufstoßen“ wird auch als Kernelement des modernen Revolutionsverständnisses angesehen. So definiert Dieter Langewiesche: „‚Revolution‘ entwirft Zukunft, schafft Veränderung, die nicht Altes, Vergangenes wiederherstellen will. Der Gleichklang mit ‚Zukunft‘ und ‚Fortschritt‘ weist ‚Revolution‘ als einen neuzeitlichen Bewegungsbegriff aus, der die Erwartungen der Menschen nicht mehr in deren Erfahrungen begrenzt sieht.“[41]

1.2 Exkurs: Die Konjunktur des Revolutionsbegriffs innerhalb der DDR

An dieser Stelle ist anzumerken, dass Antje Vollmers Rede von einer „gewaltfreie[n] demokratische Revolution“ semantische Verbindungslinien zu einem DDR-Untergrundblatt erkennen lässt, und zwar zum *telegraph* aus der Ostberliner

[39] Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13030C–D.
[40] Ebd., S. 13032A.
[41] Dieter Langewiesche: Revolution, in: Fischer Lexikon Geschichte, Frankfurt am Main 2003, S. 315–337, hier S. 315 f.

Umweltbibliothek. Diese Samizdat-Zeitung[42] druckte die von Vollmer gebrauchte Formulierung wortgleich in einem Artikel, der bereits vier Tage zuvor – am 4. November im Anschluss an die Kundgebung auf dem Alexanderplatz – verfasst sein soll.[43] Die vielfach anarchistisch orientierten Autoren dieses Blattes[44] pflegten bereits seit längerem eine distinkte, von der SED-Terminologie[45] emanzipierte Sprache, zu der auch ein eigener, positiv konnotierter Revolutionsbegriff gehörte.[46] Außerhalb dieses Kreises dürfte es in der DDR bis Anfang November dagegen hohe Hürden gegeben haben, was die Rede von einer „Revolution“ gegen das Regime betrifft: Erstens war der Revolutionsbegriff wegen seines ostentativen Gebrauchs durch die SED eng mit den alten Machtstrukturen verknüpft.[47] Ihn gegen diese Machtstrukturen zu wenden, erforderte semantische Innovation, um ihn von denselben abzulösen. (Hierin hatten die Macher des *telegraph* jahrelange Übung.) Eine zweite Vorprägung hatte der Begriff durch Gorbatschows Kennzeichnung der Perestroijka als „zweite russische Revolution“ gewonnen.[48] In der DDR von Revolution zu reden, konnte deshalb als Aufforderung verstanden werden, dort eine ebenso tiefgreifende Umgestaltung wie in der UdSSR durchzuführen. Dies wäre zumindest in der Zeit vor der Absetzung Erich Honeckers wohl einer Kampfansage an das Regime gleichgekommen, das sich unter Honecker dem sowjetischen Reformdruck noch zu entziehen suchte. Nicht zufällig dominierten auf Demonstrationen und in Resolutionen Dialog- und Reformforderungen, und drängte der Schriftstellerverband noch nach dem Sturz Honeckers lediglich auf „revolutionäre Reformen“[49] – das heißt griff zu einer moderateren Formulierung aus der Frühzeit der sowjetischen Perestrojka.[50] Drittens konnte, wer den Begriff der Revolution gebrauchte, sich dem allzu bekannten Verdikt der Machthaber aussetzen, in Wahr-

[42] Zur Gattung des Samizdat vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk: Von „aktuell“ bis „Zwischenruf“. Politischer Samisdat in der DDR, in: ders (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989, Berlin 2002, S. 21–104.

[43] R. L.: Eine Kundgebung als Plebiszit, in: telegraph (1989) 7, S. 1.

[44] Zum politischen Hintergrund des *telegraph* vgl. Bernd Drücke: Anarchy in East-Germany. Ohne Umweltblätter und *telegraph* hätte es die Wende 1989 so nicht gegeben, in: graswurzelrevolution 340, http://www.graswurzel.net/340/1989.shtml [25. 09. 2014].

[45] Zur politischen Sprache in der DDR vgl. Ralph Jessen: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von „Bürokratie“ und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte (2011), http://pressegeschichte.docupedia.de/wiki/Diktatorische_Herrschaft_als_kommunikative_Praxis_Version_1.0_Ralph_Jessen [12. 01. 2014].

[46] Dies erhellt aus zahlreichen Artikeln der vorangegangenen Jahre. Vgl. die unter http://www.ddr-samisdat.de/samisdat/ [03. 10. 2014] einsehbaren früheren Ausgaben des *telegraph*.

[47] Die zentrale Stellung des Revolutionsbegriffs in der SED-Ideologie zeigt sich etwa am entsprechenden Eintrag im Kleinen politischen Wörterbuch ([o. V.:] Revolution, in: Kleines politisches Wörterbuch, Berlin [Ost] ^{4}1983, S. 819–823. Zur offiziösen Sprache in der DDR vgl. generell Jessen, Diktatorische Herrschaft.

[48] Siehe oben, Kap. III.

[49] Zit. nach Wolfgang Fritz Haug: Versuch, beim Verlieren des Bodens unter den Füssen neuen Grund zu gewinnen. Das Perestroika-Journal, Hamburg 1990, S. 93.

[50] Auf die wechselnden Charakterisierungen der Perestrojka durch Gorbatschow hatte Zdeněk Mlynář bereits Ende der 1980er Jahre hingewiesen (FSO, B-Sammlung, B 814, Zdeněk Mlynář: Die Möglichkeiten der Gorbatschow'schen Reformen [Ms. Freudenberg, 1987], S. 1 f.).

heit eine „Konterrevolution“ zu betreiben. Es verwundert insofern nicht, dass der „linientreue Dissident“[51] Jürgen Kuczynski, wenn er als erstes SED-Mitglied den Revolutionsbegriff öffentlich aufgriff, noch am 8. November zurückhaltend von einer „konservativen Revolution“[52] sprach. Ein westdeutscher Beobachter stellte dazu fest: „Ohne es sagen zu müssen, setzt er diese dadurch dem Gespenst einer Konterrevolution entgegen.“[53]

Im Übrigen findet sich ein Exemplar der zitierten *telegraph*-Nummer, die in Kleinstauflage erschien und wohl kaum die Masse erreichte,[54] auch in den Unterlagen der grünen Bundestagsfraktion.[55] Eingedenk der guten Kontakte einiger Grüner zur DDR-Opposition[56] wäre es vorstellbar, dass Antje Vollmer das Heftchen noch vor der Bundestagsdebatte vom 8. November las und die Formulierung „gewaltfreie demokratische Revolution“ daraus übernahm. Auf Anfrage erklärte Frau Vollmer allerdings, den *telegraph* damals noch nicht gekannt zu haben. Sie weist jedoch darauf hin, dass Kontakte zu Bürgerrechtlern und Reisen in die DDR für ihre Deutung wichtig gewesen sein.[57] In jeden Fall scheint im zweiten deutschen Staat der Gedanke an eine „Revolution“ nach der Großkundgebung vom 4. November nicht untypisch gewesen zu sein. So notierte der DDR-Literat Wolfgang Kempe:

„Den historischen Augenblick / erkennt man daran, daß man ihn nicht erkennt. Zwar haben wir an der größten Demonstration, die es je in Deutschland gab, teilgenommen, haben Reden gehört, die uns den Atem verschlugen, und wußten, daß da irgendeine und irgendwie deutsche Revolution stattfindet, aber wir sind weit davon entfernt, diesen Augenblick wirklich zu erkennen, also zu verstehen. Wir sind sprachlos.“[58]

1.3 Begriffsaktualisierung und semantische Innovation

In jedem Fall sticht ins Auge, dass Vollmers Formulierung „gewaltfreie demokratische Revolution“ sich bereits sehr nah am heute verbreiteten Sprachgebrauch be-

[51] So der Titel von Kuczynskis Erinnerungen (Jürgen Kuczynski: „Ein linientreuer Dissident“. Memoiren 1945–1989, Berlin u. a. 1992). Die FAZ hatte Kuczynski kurz zuvor mit dem Prädikat „Querdenker und fröhlicher Marxist“ versehen (Ws.: Querdenker und fröhlicher Marxist. Der Ost-Berliner Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski wird 85, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 09. 1989, S. 5)

[52] Jürgen Kuczynski: „Konservative Revolutionen“, in: Neues Deutschland 44 (1989), Nr. 263, 08. 11. 1989, S. 4.

[53] Haug, Versuch, S. 113.

[54] Laut Kowalczuk (Von „aktuell“ bis „Zwischenruf“, S. 72) hatte der *telegraph* (bzw. sein Vorgänger, die *Umweltblätter*) eine Auflage von 200 bis 4 000 Stück.

[55] Erhalten in AGG, B.II.1, 2305.

[56] Vgl. Knabe, Wilhelm: Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluß der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. 7/2, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 1110–1202, hier S. 1177 ff.

[57] Schriftliche Mitteilung von Antje Vollmer, 06. 03. 2016, per E-Mail.

[58] Wolfram Kempe: Den historischen Augenblick, in: Oktober 1989. Wider den Schlaf der Vernunft, Berlin 1989, S. 187.

wegte. Vollmer entkleidete die Revolution ausdrücklich jener Gewaltsamkeit, die ihr im bisherigen Verständnis negativ anhaftete, und nahm damit – für den westdeutschen Kontext – eine folgenreiche semantische Innovation vor. Die Tragweite dieses Vorgangs lässt sich ermessen, wenn man Lexikoneinträge zum Stichwort Revolution aus der Zeit vor und nach 1989/90 miteinander vergleicht. So endet die begriffsgeschichtliche Einführung in der 1990 erschienenen (aber offensichtlich noch vor dem Herbst 1989 fertiggestellten) Fassung des betreffenden Eintrags im *Fischer Lexikon Geschichte* noch mit dem Verweis auf die chinesische Revolution, die eine „erneute Aufwertung der Gewalt als notwendiger Bestandteil von Revolutionen“[59] gebracht habe. In der Neuauflage von 2003 ist nach dieser Passage folgender Absatz hinzugefügt: „Das 20. Jahrhundert endete jedoch mit der Rehabilitierung der ‚friedlichen Revolution‘, denn die Auflösung der Sowjetunion infolge der von Gorbatschow durchgesetzten Reformen führte zu Umbrüchen, die zumindest teilweise unblutig verliefen.“[60] Anzumerken ist, dass das zweite paradigmatische Beispiel für solche unblutigen Umbrüche, die „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei, chronologisch nach der „friedlichen Revolution“ in der DDR datiert. Victor Sebestyen zufolge geht die Bezeichnung „samtene Revolution“ auf Rita Klímová, die Pressesprecherin Václav Havels, zurück. Klímová war mit Zdeněk Mlynář verheiratet.[61] Auch der Begriff „samtene Revolution“ stammt demnach aus dem Umfeld der früheren Solidarność-Solidarität.

Die semantische Innovation, die Antje Vollmer vornahm, ist folglich keineswegs als Kleinig- oder Selbstverständlichkeit anzusehen. Wie eng der Revolutionsbegriff mit dem Moment der Gewalt verknüpft war, zeigt sich auch an Wortmeldungen anlässlich des 200. Jahrestags der Französischen Revolution, der 1989 gefeiert worden war. So hatte der französische Historiker François Furet Mitte 1989 in einem Interview den „revolutionären Glauben, die gewaltsame Machtergreifung sei Vorbedingung zur Verwirklichung des menschlichen Glücks“ für „fast tot“ erklärt.[62] Eine Applizierung des Revolutionsbegriffs auf aktuelle Ereignisse wie jene in der DDR musste demgemäß unangebracht scheinen. Die Ex-Maoistin Vollmer jedoch trennte ausdrücklich „Revolution“ von „Gewalt“, indem sie sich von ihrem einstigen Idol absetzte und das für Marxisten-Leninisten verbindliche russische Revolutionsmodell ausdrücklich verwarf: „Mao Zedong hat einmal gesagt: ‚Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution‘, und er meinte damit das alte Modell, eine mit *Gewalt* ausgetragene Oktoberrevolution, die auch im November stattfand. Dieser Satz, der einmal eine Utopie von Teilen der politischen Linken [im Westen] gewesen ist, stimmt heute nicht mehr.“[63] Diese semantische Innova-

[59] Ebd.

[60] Dieter Langewiesche: Revolution, in: Fischer Lexikon Geschichte, Frankfurt am Main 2003, S. 315–337, hier S. 318 f.

[61] Vgl. Victor Sebestyen: Revolution 1989. The Fall of the Soviet Empire, New York 2009, S. 367.

[62] Das außerordentliche Ereignis, das wir gegenwärtig miterleben, ist, daß wir 1917 beerdigen unter der Fahne von 1789. Gespräch mit François Furet, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 36 (1989), Nr. 7, S. 619–626, hier S. 619.

[63] Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13030C (Hervorhebung: K. S.).

tion lässt sich als Ausdruck einer fundamentalen Erwartungstransformation verstehen. Denn Vollmer löste den Revolutionsbegriff nicht nur vom Element der Gewalt, sondern distanzierte sich auch vom marxistischen Begriffsverständnis und von den „kommunistischen Zukunftserwartungen“,[64] die sich mit ihm verknüpften. Sie trennte den Begriff ferner von der historischen Erfahrung des Jahres 1917 und damit von seiner leninistischen Prägung, die das jakobinische Revolutionskonzept „zu einem Avantgardemodell der Führung von Massenbewegungen durch Berufsrevolutionäre zugespitzt“[65] hatte. Diese semantische Innovation, vorgenommen von einer Ex-Maoistin, dürfte dazu beigetragen haben, dem Revolutionsbegriff – der ohnehin „als Modewort ubiquitär verwendet“ und dadurch „zerschlissen“[66] war – größere Anschlussfähigkeit innerhalb und mehr noch außerhalb der (alten und „Neuen“) Linken zu verleihen. Anzumerken ist ferner, dass die hieran erkennbare fundamentale Erwartungstransformation gerade in der Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre bereits vorbereitet worden war. Bei den Aktivisten war damals immer wieder von einer „Revolution“ die Rede, obwohl die Ereignisse (anfangs) keinen gewaltsamen Charakter trugen, und Gerd Koenen verwendet im Blick auf Polen damals exakt den Begriff der „friedliche[n] Revolution“.[67]

Ausbreitung des Revolutionsbegriffs

Die Gewaltlosigkeit der ostdeutschen Proteste betonte auch Walter Momper, wenn er zwei Tage später, nach der Öffnung der Mauer, die Rede von der Revolution aufnahm. Am 10. November beglückwünschte der Chef der rot-grünen Koalition von Westberlin die Bürger der DDR zu ihrer „friedlichen Revolution“.[68] Er führte damit jenen Begriff ein, der bis heute die wohl gängigste Bezeichnung der Herbstereignisse des Jahres 1989 ist.[69] Zu bemerken ist, dass Momper bei Antje Vollmers Bundestagsrede zwei Tage zuvor zugegen gewesen war, denn auch er hatte im Parlament zum Bericht der Lage der Nation gesprochen.[70] Es ist also kaum möglich, zwischen beiden Äußerungen keine Verbindung zu sehen. Im Gegenteil ist darauf

[64] Reinhart Koselleck: Revolution, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, S. 653–788, hier S. 771.

[65] Detlef Lehnert: Revolution (Begriffsgeschichte und Theorie), in: Thomas Meyer u. a. (Hg.): Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 532 f., hier S. 532.

[66] Koselleck, Revolution, S. 787.

[67] Gerd Koenen: Editorial, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 2 (Januar 1982), S. 1 u. 24 (überliefert in FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność), hier S. 24. Siehe dazu auch oben, Kap. II.

[68] Zit. nach [o. V.:] Brandt kommt zu Kundgebung nach Berlin, in: taz vom 11. 11. 1989.

[69] Vgl. zu Mompers Diktum Lindner, Begriffsgeschichte, S. 36. Lindner sieht in Mompers Worten zutreffend den frühesten Gebrauch des heute dominierenden Begriffs friedliche Revolution. Er lässt allerdings unerwähnt, dass die Begriffsverwendung zwei Tage zuvor durch Antje Vollmer semantisch vorbereitet worden war (s. o.).

[70] Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13037C–13040D. Bemerkenswert ist, dass Momper bei dieser Sitzung nach Vollmer sprach, jedoch in seiner (vermutlich vorbereiteten) Rede noch nicht von Revolution oder friedlicher Revolution sprach.

zu verweisen, dass die eigentliche semantische Innovation, die Trennung von Revolution und Gewalt, bei Antje Vollmer lag, was auch an dem erheblichen Argumentationsaufwand abzulesen ist, den sie betrieben hatte – im Unterschied zu Mompers beiläufiger Formulierung, die die Trennung des Revolutionsbegriffs vom Element der Gewalt als bekannt voraussetzte. Hinzuweisen ist zudem darauf, dass Momper den Revolutionsbegriff in einem ähnlichen Zusammenhang verwendete wie Vollmer. Auch er betonte im gleichen Atemzug, der Tag der Grenzöffnung sei nicht ein Tag der Wiedervereinigung gewesen, sondern – so sein Ausdruck – ein „Tag des Wiedersehens“.[71]

Solchermaßen eingeführt, konnte der Revolutionsbegriff auch für andere an Attraktivität gewinnen. Er breitete sich aus und erlangte mehr und mehr Anhänger. Bald gab es eine vielstimmige Rede von der „Revolution“ in der DDR, der jedoch höchst unterschiedliche, sich teils auch wandelnde Begriffsverständnisse zugrunde lagen. Frühere Solidarność-Unterstützer bewegten sich dabei inmitten eines gemischten Chores und werden hier deshalb im Kontext behandelt. Auffällig ist zunächst die rasche Aufnahme des Begriffs durch konservative Kommentatoren. Wenn diese nach dem Mauerfall den Revolutionsbegriff übernahmen, hoben sie gerade auf die Gewaltlosigkeit des bezeichneten Prozesses ab und schlossen damit an die semantische Innovation an, die Vollmers und Mompers Worte darstellten. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* druckte die Gedanken zahlreicher Prominenter zu den Ereignissen, und Frank Schirrmacher kommentierte in seiner Einleitung: „Immer wieder ist von dieser einzigartigen Revolution die Rede, die sanft, buchstäblich ohne eine Fensterscheibe zu zerbrechen, Tyrannen von der Bildfläche fegte und ein Regime veränderte.“[72] Auch Konrad Adam, Redakteur der FAZ, bekräftigte die von Antje Vollmer vorgenommene semantische Innovation:

„Was sich im Osten von Berlin und an den Grenzen ereignet hat, war eine Revolution, vielleicht die erste in der deutschen Geschichte. Gegen die Tradition, die den Umsturz immer nur von oben kannte, kam er diesmal von unten. [...] Dies war das eine Wunder. Das andere bestand in der *Friedfertigkeit* der Revolutionäre. [...] Die gewohnte Kulisse der Revolution, die Brände, Plünderungen und bewaffneten Milizen, fehlte.“[73]

Zugleich jedoch brachte die Übernahme des Revolutionsbegriffs durch konservative Kommentatoren eine zusätzliche Bedeutungsausweitung mit sich. Hatte Antje Vollmer im Bundestag den Revolutionsbegriff auf die Demonstranten innerhalb der DDR und auf die dortigen Oppositionsgruppen bezogen, applizierte ihn FAZ-Redakteur Günther Nonnenmacher auch auf die Flucht zehntausender DDR-Bürger in die Bundesrepublik seit Sommer 1989:

„Wenn die SED-Führung, getrieben von der demokratischen Revolution, die von den Deutschen in der DDR durch politische Verweigerung, Flucht und Demonstrationen erzwungen wurde, an

[71] Zit. nach [o. V.:] Brandt kommt zu Kundgebung, in: taz vom 11. 11. 1989.
[72] Frank Schirrmacher: Es gibt wieder Hoffnung in der Welt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 11. 1989.
[73] Konrad Adam: David, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 11. 1989 (Hervorhebung: K. S.).

ihrem Wendekurs festhält, wird der 9. November 1989 als großes Datum in die Geschichte des 20. Jahrhunderts eingehen, als der Tag, an dem die Nachkriegsepoche, die Ära des ‚Kalten Krieges‘ – ein Begriff, der 1947 erfunden wurde – zu Ende ging.“[74]

Dies ist deshalb bemerkenswert, weil etwa Vollmer den Revolutionsbegriff gerade gegen die Wiedervereinigungs-Rede mobilisiert hatte. Nahm man auch die Fluchtbewegung unter das Dach des Revolutionsbegriffs auf, war eine solche Verwendung nicht mehr konkurrenzlos. Denn es ermöglichte, den durch die Revolution aufgestoßenen Möglichkeitsraum wiederum mit dem Telos der Wiedervereinigung zu füllen. So kam Konrad Adam in seinem bereits zitierten Artikel zu dem Schluss: „Zusammen mit den Sperrlinien steht auch die deutsche Frage wieder offen; nur um den Preis der Unglaubwürdigkeit wird das der Westen ignorieren können.“[75] Und konservative Juristen plädierten 1990 für eine Vereinigung nach Art. 23 GG mit dem Argument, die „friedliche Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik“ stehe für die gleichen „Werte“ wie das Grundgesetz und öffne daher „das Tor zur deutschen Einheit“.[76]

1.4 Pluralisierung des Revolutionsverständnisses

Der Revolutionsbegriff war somit nach der Maueröffnung bald allgemein in Verwendung. Doch existierten unterschiedliche Vorstellungen, welche Akteure und Aktionen er bezeichnen solle – und besonders, in welche Richtung der betreffende Prozess steuere. Aufgebracht hatten den Begriff Politiker und Kommentatoren der Linken. Sie hatten damit einen neuen Möglichkeitsraum konstituiert, der vor allem das Telos einer Wiedervereinigung konterkarierte. In diesem Möglichkeitsraum erblickten viele Linke die einmalige Chance, diverse eigene Vorstellungen und Wünsche realisiert zu sehen – nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik (s. Kap. IV.2). Sehr deutlich brachte dies Bernd Ulrich (Koautor des früheren Solidarność-Unterstützers Ralf Fücks) von der flügelübergreifenden „Aufbruch“-Gruppe der Grünen zum Ausdruck: „Die Revolution in der DDR hat auch für uns hier eine offene Situation geschaffen, von der wir bisher nicht zu träumen gewagt haben. Um es klar zu sagen: Die Wahrscheinlichkeit, daß wir noch einmal eine historisch so offene Situation bekommen werden in unserem Leben, ist nicht besonders groß.“[77] Konservative Politiker und Kommentatoren wie Adam füllten denselben Möglichkeitsraum auf andere Weise – für sie bot er das Potential, die Zielvorstellung einer Wiedervereinigung zu aktualisieren und in politische Programme zu überführen.

[74] Günther Nonnenmacher: Ein großer Schritt nach vorn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 11. 1989.
[75] Adam, David.
[76] „Beitritt nach Artikel 23“. Erklärung von bundesdeutschen Staatsrechtlern, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1990, S. 634 f., hier S. 634.
[77] Bernd Ulrich: Zur Mindestausstattung linker und grüner Köpfe, in: taz vom 14. 11. 1989.

Angesichts dieser zunehmenden Begriffspluralität sahen sich etliche Vertreter der Linken veranlasst, eine genauere Bestimmung der Revolution vorzunehmen. Dies lässt sich als Verengung oder Rekonkretisierung lesen: Der Begriff sollte (wieder) auf einen bestimmten Sinn festgelegt werden, um seiner, wenn man so will, Ausfransung (bewirkt durch variablen Gebrauch) entgegenzuwirken. So erklärten insbesondere Vertreter der radikalen Linken, bislang zu beobachten sei eine „demokratische Revolution“, die jedoch rasch in eine neue Phase übergehen müsse, wenn sie von Erfolg gekrönt sein solle. „Die demokratische Revolution in der DDR wird sozialistisch werden oder sie wird sterben“, verlautete aus der von Maoisten und Trotzkisten gegründeten VSP.[78] Deren Mitglied Jakob Moneta, Mitinitiator von *Solidarität mit Solidarność*, war der Ansicht, dass „die Ergänzung der politischen Demokratie durch ‚wirtschaftliche Demokratie‘ unerläßlich ist, wenn diese Revolution Bestand haben soll“.[79] Der Prozess, den sie prinzipiell begrüßten, stand aus Sicht dieser Linken noch vor seiner eigentlichen Bewährungsprobe. Die Revolution befand sich für sie gleichsam am Scheideweg, stand auf der Kippe.

Damit konstatierten die genannten Linken eine partielle Differenz zwischen Erwartung und (bisheriger) Erfahrung, brachten jedoch die Hoffnung zum Ausdruck, dass beide noch zur Deckung kommen könnten – freilich vergeblich. Hinter ihrer Lageeinschätzung stand ein Begriffsverständnis, welches stark an jenem „alte[n] Modell“ orientiert blieb, das Antje Vollmer am 8. November ausdrücklich verworfen hatte. Für diese Linken, die sich zumeist als „Revolutionäre“ verstanden, blieb eine wenn nicht unbedingt gewaltvolle, so doch die Ökonomie aneignende Umwälzung das (letztlich unerrreichte) Ziel. Diese Perspektive konnte zugleich eine Art Teil-Historisierung der Revolution mit sich bringen, indem deren erste Phase abgeschlossen oder zumindest an ihre Grenzen zu stoßen schien. Dies verband sich häufig mit der Sorge, die erhoffte Fortsetzung der Revolution könne ausbleiben: „Sie hat die Mauer gebrochen, soweit, so gut. Aber sie soll etwas Neues schaffen, soll ihre Kräfte institutionalisieren zur Demokratie vor Ort. Die Kapitalfreunde möchten die Revolution zerstreuen“,[80] notierte der marxistische Philosoph Wolfgang Fritz Haug. An Antje Vollmer kritisierte er dementsprechend, sie verwechsle „eine Phase der Revolution mit dem gesamten Revolutionsprozeß“.[81]

Semantiken der Erwartungsstabilisierung

Bei allen Unterschieden war sämtlichen bis hierher erwähnten Vertretern der Linken gemein, dass sie ab November die Stabilisierung ihrer Erwartungen betrieben, indem sie den Revolutionsbegriff immer weiter gegen die Politik von Union und

[78] Manuel Kellner: Ein Volk, ein Reich, wie früher? Deutschnationaler Taumel entfesselt, in: SoZ thema [Beilage zu: Sozialistische Zeitung 4 (1989), Nr. 24], S. „a“.
[79] Jakob Moneta: Ein Menschenrecht auf Imperialismus? Über das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, in: Sozialistische Zeitung 5 (1990), Nr. 5, S. 5.
[80] Haug, Versuch, S. 165.
[81] Haug, Versuch, S. 130.

FDP ins Feld führten. Ab November 1989 lehnte nahezu die gesamte Linke unter Hinweis auf die Revolution nicht nur die Forderung nach Wiedervereinigung ab, sondern wandte sich auch gegen jegliche Bedingungen, welche die Bundesregierung für die Gewährung von Finanzhilfen formulierte. Das Junktim der Regierung Kohl, neue Kredite für die DDR werde es nur geben, wenn dort auch wirtschaftliche Reformen stattfänden, führte auf Seiten der Linken zu breitester Ablehnung. Entscheidend war dabei das Argument, die DDR-Bürger dürften nach ihrer „Selbstbefreiung“ nicht „bevormundet“ werden. So erklärte SPD-Chef Hans-Jochen Vogel, selbst vom konservativen Parteiflügel kommend, in einem Radiointerview, die Äußerungen aus der Union kämen der Forderung gleich, „dass in der ddr die volksbewegung das uebernimmt, was wir hier in der bundesrepublik fuer richtig halten. und damit stimme ich nicht ueberein“.[82] Derweil rief die VSP dazu auf, „die revolutionäre Bewegung in der DDR abzuschirmen und zu verteidigen – mit der Losung ‚Hände weg von der DDR‘“.[83] Sie schlug damit einen Bogen zur Situation bald nach der Oktoberrevolution von 1917, als die KPD die Arbeiterbewegung mit der Parole „Hände weg von Sowjetrußland“ agitiert hatte.[84] Auch in der DDR selbst kam der Revolutionsbegriff als Argument gegen westliche „Vereinnahmung“[85] zum Einsatz – etwa, wenn das Neue Forum im November in einem Flugblatt an die Bürger appellierte: „Ihr seid die Helden einer politischen Revolution, laßt Euch jetzt nicht ruhigstellen durch Reisen und schuldenerhöhende Konsumspritzen“, um sich gegen „eine Gesellschaft, in der Schieber und Ellenbogentypen den Rahm abschöpfen“, zu positionieren.[86]

Es gab jedoch auch einige (radikale) Linke, die sich von Beginn an gegen eine Verwendung des Revolutionsbegriffs sperrten. Sie verharrten bei der Antizipation einer Revolution und blieben damit bei jener Einschätzung, die sie ab dem Herbst 1989 permanent repitiert hatten. So konstatierten österreichische Trotzkisten zum Jahreswechsel 1989/90: „die Revolution steht noch aus“.[87] Die Gruppe Arbeiterpolitik erklärte in ihrer gleichnamigen Zeitung noch im März 1990, in der DDR habe niemals eine Revolution stattgefunden.[88] Der trotzkistische Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) hielt bis weit ins Jahr 1990 daran fest, die „Arbeiterklasse“ in der DDR aufzurufen: „Besetzt die Betriebe! Baut Arbeiterräte auf![89] – und schickte

[82] Kuppe, Deutschland 1989, Bd. 24, S. 404–406, hier S. 404.
[83] Hans-Jürgen Schulz: Hände weg von der DDR! Plädoyer für eine Unterstützung der revolutionären Bewegung, in: Sozialistische Zeitung 4 (1989), Nr. 23, S. 7.
[84] Vgl. Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007, S. 129.
[85] Stefan Heym etwa bezeichnete Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm als „Ouvertüre zur Vereinnahmung“. Zit. nach Michael Richter: Die Friedliche Revolution: Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Bd. 2, Göttingen 2009, S. 858.
[86] Zit. nach Bahrmann/Links, Chronik der Wende, S. 76.
[87] Zit. nach Haug, Versuch, S. 261.
[88] Vgl. Arbeiterpolitik 31 (1990), Nr. 1, S. 1 u. passim.
[89] So noch im Mai 1990 (BSA: Besetzt die Betriebe! Baut Arbeiterräte auf!, in: Bund Sozialistischer Arbeiter: Das Ende der DDR. Eine politische Autopsie, Essen 1992, S. 275–279); analog bereits Ende Oktober (Stürzt die SED-Bürokratie! Baut Arbeiterrräte auf! Aufruf des Bundes Sozialistischer Arbeiter, in: ebd., S. 83–108).

hierfür eigens Parteikader in die DDR, beteiligte sich sogar an den DDR-Wahlen.[90] Die bisherigen Ereignisse kennzeichnete er als „Arbeiteraufstände“,[91] versagte ihnen jedoch das Label „Revolution“. Zu erkennen ist hieran ein engeres Begriffsverständnis, das vor allem auf eine Besetzung der Betriebe durch die Beschäftigten abzielte – die freilich ausblieb. Immer weiter war deshalb bei diesen Linken von einer „vorrevolutionäre[n] Lage“[92] die Rede. Dies ist ebenfalls als Erwartungsstabilisierung zu interpretieren, da so die Hoffnung auf eine Revolution (wie man sie verstand) beständig fortgeschrieben wurde. Es lässt sich darin aber auch eine Selbstimmunisierung gegen Enttäuschung zu erkennen, insofern diese Linken den – für ihre Identität zentralen – Begriff der Revolution von der aktuellen Entwicklung isolierten und dadurch von vornherein von Beschädigungen freihielten. Gegen eine Beeinträchtigung des eigenen Begriffssystems durch Berührung mit der Umwelt errichteten sie gewissermaßen eine semantische Schranke, verhängten gleichsam eine Kontaktsperre zwischen Utopie und Realität.

Eine Stabilisierung der eigenen Erwartungen lässt sich auch bei den Maoisten vom Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) beobachten. Diese formulierten die These von einer „Konterrevolution“[93] in der DDR – und rückten damit semantisch in die Nähe des von ihnen stets abgelehnten SED-Regimes (während die SED selbst inzwischen von einer Revolution sprach).[94] In gewisser Weise erwiesen sie sich damit als besonders treue „Stalinisten“, als welche Maoisten von anderen Linken regelmäßig verurteilt wurden.[95] Indem sie den Begriff der Konterrevolution in Anschlag brachten, reagierten sie zwar semantisch durchaus auf die Situation, der Effekt war jedoch derselbe wie bei den erwähnten Trotzkisten: Die eigene Utopie wurde gegen potentiellen Schaden abgeschirmt, indem man dem Umbruch von vornherein das zentrale, identitätsstiftende Label „Revolution“ versagte. Die hohe Bedeutung dieser Operation zeigt sich daran, dass der BWK zum Jahreswechsel 1989/90 sogar eine lange geplante Fusion mit der VSP platzen ließ. Hauptgrund waren Differenzen bei der Einschätzung der DDR-Ereignisse, welche die VSP als Revolution deutete.[96]

[90] Vgl. Bund Sozialistischer Arbeiter: Das Ende der DDR, S. 60 ff.

[91] So bereits am 20. 10. 1989 (Baut Arbeiterräte auf! Aufruf des Bundes Sozialistischer Arbeiter, in: Bund Sozialistischer Arbeiter: Das Ende der DDR, S. 83–108, hier S. 83) und noch immer am 02. 06. 1990 ([o. V.:] DDR – Arbeiterklasse am Scheideweg. Bilanz und Perspektiven. Erklärung des Zentralkomitees des Bunds Sozialistischer Arbeiter, in: ebd., S. 344–377, hier S. 351: „Der Oktoberaufstand blieb auf halbem Wege stehen“).

[92] Zit nach Haug, Versuch, S. 261.

[93] Zit. nach Bundesminister des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1989, Bonn 1990, S. 57.

[94] So hatte Egon Krenz breits am 12.11. auf einer Kundgebung erklärt: „Wir haben ein großes Werk vor, eine Revolution auf deutschem Boden, die uns einen Sozialismus bringt, der ökonomisch effektiv, politisch demokratisch, moralisch sauber und in allem den Menschen zugewandt ist“ (zit. nach Alexander Smoltczyk: Avantgarde oder verlorenes Häufchen?, in: taz vom 13. 11. 1989, S. 7)

[95] So bezeichnete Gerlef Geiss (Arbeitskonferenz zur DDR, in: Sozialistische Zeitung 5 [1990], Nr. 3, S. 15) einen MLPD-Vertreter als „stalinistischen Clown“.

[96] Vgl. Bundesminister des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1989, Bonn 1990, S. 57.

Abschied von der Revolution

Diese Beobachtung ist insofern bedeutsam, als der DDR-Umbruch in der Sicht derer, die ihn als Revolution verstanden, seine Bewährungsprobe letztlich verbreiteter Auffassung zufolge letztlich nicht bestand. Spätestens mit der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR, die eine verheerende Niederlage für alternative Gruppen wie das Neue Forum brachte und deren Ausgang auf der westdeutschen Linken als „äußerst enttäuschend“[97] und „ungeheurer Schock“[98] erlebt wurde, setzte ein allgemeiner Abgesang auf die Revolution ein. Deren Ende wurde allerdings nur selten darauf zurückgeführt, dass die Revolution abgebrochen worden oder gescheitert sei – etwa, weil die „Revolutionäre“ die entscheidende Chance zum Umsturz vertan hätten. In diese Richtung dachte etwa Wolfgang Fritz Haug, wenn er notierte:

„Diese demokratischen Antagonisten des befehlsadministrativen Regimes sind ja nicht nur die Verlierer der Wahlen vom 18.3., sie haben die Macht schon vorher – nicht so sehr verspielt, als nicht genommen. Für den Aufbau einer tragfähigen revolutionär-demokratischen Macht fehlte es an gesellschaftlichen Ansatzpunkten, auch Handlungsperspektiven.“[99]

Ähnlich hatte sich der Trotzkist und frühere Solidarność-Unterstützer Winfried Wolf bereits im Januar beklagt. Wolf vermochte nicht einmal den Ansatz einer revolutionären Avantgarde zu erblicken, welche die von seiner Partei erhoffte „sozialistische“ Phase der Revolution hätte einleiten können: „Nirgendwo existiert eine politische Kraft, die eine umfassende gesellschaftliche Alternative jenseits von Kapitalismus und dem zuvor herrschenden System weisen würde.“[100]

Weit häufiger jedoch (und nicht unbedingt in Konkurrenz zu den zitierten Überlegungen) wurde das Ende der Revolution auf externe Faktoren zurückgeführt. Die Revolution sei, so die Meinung vor allem unter radikalen Linken, von außen, nämlich vom westdeutschen Regierungsapparat und/oder „Kapital“, sprich vom „BRD-Imperialismus“, beendet worden. Der Ex-Maoist Michael Schneider verdichtete diese Deutung bald in seinem Buch *Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie.*[101] Doch selbst die linksliberale *Zeit* konstatierte nach der Wahl: „Die Helden der Revolution, die wenigen wirklichen Widerständler: zu beinahe lächerlichen Randfiguren degradiert.“[102] Auch führende Sozialdemokraten, von Oskar Lafontaine bis Johannes Rau, vertraten diese Ansicht. „Die Akteure der Revolution, die für die Freiheit gekämpft haben, sind an

[97] Hertha Däubler-Gmelin, zit. nach Fischer: Die Einheit sozial gestalten, S. 273.
[98] So Hans-Christian Ströbele, zit. nach [o. V.:] „Es ist zum Heulen“. Prominente Berliner Stimmen zum überraschenden Ausgang der DDR-Wahl, in.: taz (Ausgabe Berlin) vom 19. 03. 1990, S. 21.
[99] Haug, Versuch, S. 439.
[100] Winfried Wolf: RGW, das tut weh! Gesellschaftskrise erfaßt den ganzen Ostblock, in: Sozialistische Zeitung 5 (1990), Nr. 3, S. 12.
[101] Michael Schneider: Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.
[102] Benjamin Henrichs: Nothochzeit, in: Die Zeit, Nr. 13, vom 22. 03. 1990, S. 63.

den Rand gedrängt“,[103] erklärte etwa der nachmalige Bundespräsident. Die SPD monierte vor allem, dass das Bündnis der Union mit einer ehemaligen DDR-Blockpartei, der ostdeutschen CDU, die eigentlichen Revolutionäre übervorteilt habe.[104] Zudem beklagte sich Egon Bahr am Wahlabend öffentlich, der Wahlkampf der CDU-geführten Allianz für Deutschland sei „von Seiten der westdeutschen CDU/CSU mit ‚geradezu faschistoiden‘ Methoden geführt worden“.[105]

All diese Externalisierungen sind als Abarbeiten von Enttäuschung zu interpretieren, insofern äußere Umstände für das Scheitern verantwortlich gemacht und damit der gute Name der Revolution bewahrt wurde(n). Und sie waren in gewisser Weise lange vorgeprägt. Denn schon ab November 1989 war auf Seiten der Linken von der Gefahr die Rede gewesen, die Revolution könne von nationalistischen Parolen, westlichem Kapital oder Kohl’scher Junktimpolitik beschädigt werden. So hatte der Grünen-Politiker Gerald Häfner bereits im Februar betont, die Revolution sei „ins Stocken geraten“, sodass nun eine „Kolonisierung der DDR“[106] drohe. Wolfgang Fritz Haug verband diese Ansicht früh mit Legitimitätszweifeln gegenüber der Volkskammerwahl: „Die Art, wie Kohl die Parteivorsitzenden zitierte, ihnen Geld und Diskurse lieferte und Bedingungen diktierte, schraubte die ‚ersten freien Wahlen‘ in der DDR gleich von vornherein auf ein Niveau herab, das mieser als das bundesdeutsche ist.“ Diese Einschätzung brachte er auf die bündige Formel: „Nach der Revolution wird den DDR-Leuten nun auch ihre erste freie Wahl gestohlen.“[107] Auf solche Prognosen zurückgreifend, konnte das Wahlergebnis auch als Bestätigung ausgelegt werden. So hieß es im *Arbeiterkampf* ironisierend: „Wer hätte das gedacht: Die Schätzungen [...] zu den Novemberrevolutionären trafen ja ziemlich genau zu.“[108] In jedem Fall erweist sich das Narrativ von den enttäuschten ostdeutschen Revolutionären, das sich noch heute großer Prominenz erfreut,[109] als von Anbeginn (auch) westdeutsches Deutungsmuster – und zwar als eines linker Provenienz.

Einschränkung und Rücknahme des Revolutionsbegriffs

Im genannten Kontext gewann auch die Rede von einer Konterrevolution neue Anhänger. Denn einige prominente Linksintellektuelle beklagten, die Revolution sei in eine Gegenrevolte bzw. in „nationale Restauration“[110] umgeschlagen. Der

[103] Zit. nach Haug, Versuch, S. 419.
[104] So im Parteivorstand nach der Wahl zahlreiche SPD-Politiker, etwa Willy Brandt und Anke Fuchs (vgl. Fischer, Die Einheit sozial gestalten, S. 272 bzw. 274).
[105] Zit. nach [o. V.:] Die Wähler in der DDR bekennen sich zur Einheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 03. 1990, S. 1.
[106] Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/194, S. 14881B–C.
[107] Haug, Versuch, S. 310 u. 338.
[108] A./Hamburg: Von der Wahlniederlage zur Großen Koalition, in: Arbeiterkampf 20 (1990), Nr. 317, S. 6 f.
[109] Vgl. etwa Henke, 1989, S. 41 ff.
[110] Haug, Versuch, S. 327.

Berliner Politikprofessor Johannes Agnoli erklärte die Volkskammerwahl in Anspielung auf die französische Revolution zum „Thermidor“[111] (das heißt zum Endpunkt der radikalen, jakobinischen Phase), den schon Leo Trotzki zum Prinzip des Umschlags von Revolution in Konterrevolution verallgemeinert hatte.[112] Bereits im Januar hatte Agnoli von der „unheimlichen Fähigkeit der Deutschen, in kürzester Zeit eine Revolution in eine Konterrevolution zu verwandeln“,[113] gesprochen. Auch Ronald M. Schernikau – seltener Fall eines Linken, der zeitweilig in die DDR übersiedelt war – hatte die Entwicklung bereits im Frühjahr 1990 als „Konterrevolution“[114] bezeichnet.

Genauso erhielt die These, es habe überhaupt keine Revolution stattgefunden, bereits ab Januar neuen Zuspruch. So beklagte sich die Zeitung des Kommunistischen Bundes: „Diejenigen in der DDR, die heute die Wiedervereinigung fordern, wollen keine Revolution und nicht die politische Macht für sich, sondern eine andere herrschende Klasse: die der BRD.“[115] Ein Leser der *Sozialistischen Zeitung* wandte sich gegen den inflationären Gebrauch des Revolutionsbegriffs in diesem Blatt, wenn er anmerkte, dass die „antibürokratische Revolution […] eifrig in der SoZ beklatscht wurde“, nun jedoch „der Eintritt in die gestürzte Partei als revolutionäre Tat propagiert“ werde.[116] Beides passe, so die Kritik, nicht zusammen. Die marxistische Zeitschrift *Das Argument* wurde immerhin unsicher bei der Einschätzung der DDR-Ereignisse und gab ihrem Februarheft den offenen Titel „Revolution oder Restauration oder …?“.[117] Die linke Grüne Jutta Ditfurth fragte auf einer Veranstaltung: „Was ist das für eine Revolution, die auf Knien in die Weltbank führt?“.[118] Auch in der DDR meldeten sich die Skeptiker des Revolutionsbegriffs seit dem Jahreswechsel verstärkt zu Wort. So erklärte der Schriftsteller Heiner Müller Anfang Februar, er könne die Revolution „nicht so ganz ernst nehmen“; eher schon sei das alte Regime „zusammengebrochen“[119]

Aus all diesen Äußerungen spricht nicht nur eine Missbilligung der jüngsten DDR-Entwicklung, sondern auch der Unwille, diese (weiter) mit dem Revolutionsbegriff zu belegen. Wie zuvor bereits andere, so isolierten die zitierten Linken den für sie zentralen, identitätsstiftenden Begriff, da die Dynamik nicht (mehr) in die von ihnen gewünschte Richtung wies, von der realen Entwicklung. Sie trennten damit Erwartung und Erfahrung, wodurch sie die mit dem Revolutionsbegriff verknüpften Erwartungen stabilisieren konnten.

111 Zit. nach: [o. V.:] „Es ist zum Heulen“. Prominente Berliner Stimmen zum überraschenden Ausgang der DDR-Wahl, in: taz (Ausgabe Berlin) vom 19. 03. 1990, S. 21.
112 Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, Essen ^{3}2009, S. 334 [Kommentar].
113 Zit. nach Haug, Versuch, S. 292.
114 Zit. nach ebd., S. 403.
115 Zit. nach ebd., S. 420.
116 Pablo/Karlsruhe: „… das tut weh“, in: Sozialistische Zeitung 5 (1990), Nr. 4, S. 11.
117 Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Bd. 180 (1990).
118 Zit. nach Haug, Versuch, S. 292.
119 Zit. nach ebd., S. 320.

Umdeutung der Revolution

Eine gänzlich andere Variante, die sich als Mittelweg zwischen einer Anpassung und einer Stabilisierung der Erwartungen beschreiben lässt, findet sich bei Jürgen Habermas, der bereits im Frühjahr 1990 seinen vielzitierten Aufsatz über die *Nachholende Revolution* veröffentlichte.[120] Dem viel beklagten Umstand, dass die Revolution(en) im Osten wider Erwarten nichts Neues hervorzubringen schien(en), trug Habermas durch Beistellung des Adjektivs „nachholend“ zwar durchaus Rechnung – und erweiterte damit den Revolutionsbegriff, der im bisherigen Verständnis gerade den Durchbruch zu etwas Neuem meinte,[121] um eine zusätzliche Bedeutungsschicht. Doch geschah dies um den Preis einer Archaisierung der im Ostblock bislang existenten Gesellschaften: sie wurden von Habermas implizit eine historische Entwicklungsstufe hinter die westlichen Gesellschaften zurückgesetzt, insofern sie zu diesen mit der Revolution überhaupt erst aufschlossen. Durch diesen Kunstgriff konnte der Revolutionsbegriff seinen – zumal für die Linke zentralen – temporalen (vorwärtsweisenden) Sinn behalten, der eng mit dem Fortschrittsbegriff verknüpft war und ist.[122] Vor allem aber diente Habermas die semantische Innovation, die er vornahm, erklärtermaßen dazu, jeden *linken Revisionsbedarf* (so der Titel des Aufsatzes weiter) von der Hand zu weisen. Da im Osten nichts Neues entstehe, brauche die westliche Linke auch nicht umzudenken, so ließe sich der zentrale Gedanke seines Textes zusammenfassen.[123] In Habermas' Wortmeldung zeigt sich somit eine Kombination aus Erwartungstransformation (als partieller Abschied von Utopie: Revolutionen bringen nicht zwangsläufig etwas Neues hervor) und Erwartungsstabilisierung.[124]

Prominente Sozialdemokraten beschritten einen anderen Weg. Sie integrierten die „nationale Wende“[125] des Umbruchs, das heißt die rasante Zunahme von Einheitsforderungen in der DDR, in ihr Revolutionsverständnis und näherten sich damit jener Semantik an, die bis heute die Erinnerung an 1989/90 prägt. Dies bedeutete allerdings auch, dass sie unausgesprochen auf den Wortgebrauch der oben zitierten Konservativen zusteuerten – hatten doch SPD-Politiker Revolution und

120 Jürgen Habermas: Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?, in: ders.: Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt am Main 1990, S. 179–304.

121 Vgl. Langewiesche, Revolution [2003], S. 315 f.

122 Vgl. ebd.

123 Prononciert in Habermas' Formulierung: „Die nicht-kommunistische Linke hat keinen Grund zur Depression. Es mag sein, daß sich manche Intellektuelle in der DDR erst umstellen müssen auf eine Situation, in der sich die westeuropäische Linke seit Jahrzehnten befindet“ (Habermas, Die nachholende Revolution, S. 203).

124 Übrigens hatte der österreichische Schriftsteller Michael Scharang bereits im Januar 1990, also einige Wochen vor Habermas, erklärt, in der DDR sei nicht eine „sozialistische“, sondern eine „bürgerliche Revolution“ vor sich gegangen – eine welche dort „aus Gründen der historischen Vollständigkeit ohnedies [habe] nachgeholt werden“ müssen (Michael Scharang: Wie jetzt ich zum Beispiel. Der Endsieg des Westens über den Osten trägt sein Ende bereits in sich, in: konkret 1/1990, S. 11).

125 Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 118.

staatliche Vereinigung ursprünglich als Gegensatzpaar dargestellt (s. o.). An diesem Kurswechsel hatte es zunächst noch Kritik gegeben. Peter Glotz etwa war im Januar 1990 gegen den Begriff der „Deutschen Revolution“ zu Felde gezogen, der schon damals Eingang in diverse SPD-Dokumente gefunden hatte.[126] Allerdings ist die Modifikation des Revolutionsbegriffs durch Einbeziehung der nationalen Dynamik als Teil der Umorientierung der SPD hin auf eine „Neu-Vereinigung“ zu deuten, insofern die Hoffnung, es werde etwas Neues entstehen, verlagert wurde, nämlich von der DDR auf den neu zu bildenden gesamtdeutschen Staat – den die SPD gerade nicht als erweiterte Bundesrepublik denken mochte. Damit importierten die Sozialdemokraten die Revolution gleichsam in den Westen. Nicht zufällig empfahl Klaus von Dohnanyi in seinem *Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre*, die DDR solle zunächst eigene Lösungen suchen und dabei „unsere Fehler vermeiden“, was „wiederum uns hilft, indem sie Wege findet, die wir noch suchen.“ Der Vereinigungsprozess sollte nach dem Willen der SPD dialogisch und im europäischen Rahmen verlaufen, damit auch der Westen von den revolutionären Erfahrungen der DDR-Bürger profitieren könne und die Chance erhalte, „die dringend nötigen Korrekturen auch an *unserem* System durchzuführen“.[127] Dies reichte bis zu der (auch unter Grünen populären) Idee, das Grundgesetz durch eine gesamtdeutsche Verfassung zu ersetzen, in der die Errungenschaften der Revolution aufgehoben – und auch für den Westen gültig – sein würden (s. u.). In jedem Fall bedeutet die begriffliche Wende der Sozialdemokraten, dass Erwartungsverlagerung stattfand: Die Hoffnung auf das Entstehen von etwas Neuem wurde nicht aufgegeben, sondern von der DDR auf den Westen übertragen.

Eine fundamentale Erwartungstransformation lässt sich dagegen bei einigen Linken aus dem maoistischen und undogmatischen Spektrum erkennen, die sich 1989/90 als „anti-deutsche“ Strömung innerhalb des Linksradikalismus formierten. Vertreter dieser Strömung waren unter dem Eindruck der DDR-Fluchtbewegung und der zunehmenden Einheitsforderungen von DDR-Demonstranten zu der Meinung gekommen, „der Deutsche“ habe aufgrund seines „Nationalcharakters“ prinzipiell einen „Mangel an Begabung zur Revolution“.[128] Bald verabschiedeten sie sich überhaupt vom positiv konnotierten Revolutionsbegriff der Linken und gebrauchten das Wort nunmehr pejorativ. So hieß es im *Arbeiterkampf* abwertend, die „wohl einzigartige ‚deutsche Revolution‘ der Rübermacher“, die schon das SED-Regime gestürzt

[126] Peter Glotz: Editorial, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 37 (1990), Nr. 1, S. 3. Glotz erklärte hier unter Verweis auf die Entwicklungen in Polen, Ungarn u. a. (aber auch auf Gorbatschow): „Die Revolution in Ostmitteleuropa ist international.“ Vgl. auch ders.: Renaissance des Vorkriegsnationalismus, in: ebd., S. 40–46.

[127] Klaus von Dohnanyi: Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre, München 1990, S. 15.

[128] Wolfgang Pohrt: Der Weg zur inneren Einheit III, in: konkret 7/1990, S. 34. Der Autor versuchte sogar, sein Bild des „deutschen Nationalcharakters“ wissenschaftlich zu fundieren, wobei jedoch die eingesetzten Fragebogen wohl ausschließlich an Westdeutsche ausgegeben wurden.

habe, erzwinge nun die „Kapitulation" der DDR.[129] Das Kompositum „deutsche Revolution" bildete hierbei die semantische Brücke zur nationalsozialistischen Vergangenheit:[130] Wenn die Deutungshoheit über den Revolutionsbegriff schon an die Konservativen verloren war, so konnte er auch gleich (nachträglich) den Nationalsozialisten übereignet werden, so das Verfahren dieser Linken. Was sich leicht als ultimative Verzweiflung am revolutionären Subjekt lesen lässt und mit der Selbsttitulierung als „anti-deutsch" in der totalen Distanzierung von demselben gipfelte, stellt zudem eine grundsätzliche Negierung des Prinzips „Revolution" dar und richtete sich damit vor allem gegen die übrige radikale Linke:

„Denn was waren die Ereignisse des Oktober 1989 anderes als ein leibhaftiger Volksaufstand, eine spontane Erhebung und veritable Revolution für ganz genau das ‚Recht auf nationale Selbstbestimmung', das Deutschlands Linke jahrzehntelang, wenn auch für die Basken und die Palästinenser, eingeklagt hatte? Und was bewiesen die Leipziger Montagsdemonstrationen anderes als die Existenz jenes geheimnisvollen Zusammenhanges von ‚nationaler und sozialer Befreiung', den Deutschlands Linke immer nur für Irland und die Westsahara gelten lassen wollte?"[131]

Das zentrale identitätsstiftende Projekt „Revolution" versprach den Anti-Deutschen keinerlei Hoffnung mehr, sondern erschien ihnen als bloßer Mythos – eine fundamentale Erwarungstransformation, die zum Bruch mit der übrigen radikalen Linken führte, inklusive organisationeller Abspaltungen, wie 1990 beim Kommunistischen Bund.[132]

2. Temporale Semantiken in der DDR- und Wiedervereinigungsdebatte

Wenn die zeithistorische Forschung das Agieren der Linken im Umbruch 1989/90 behandelt, so fehlt selten die Feststellung, diese habe sich weithin an überholte Vorstellungen geklammert – und deshalb den neuen Entwicklungen im Osten zumeist hilflos gegenübergestanden. „Als der Eiserne Vorhang zu bröckeln begann, verschloss die Führung der SPD die Augen", so lautet die Bilanz Daniel Friedrich Sturms. In seiner Sicht „beobachteten die westdeutschen Sozialdemokraten fassungslos die Vorgänge in der DDR, aber auch in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei" und „beharrte[n] zunächst auf dem *status quo*".[133] Zu einem ähnlichen

[129] D./Westberlin: „Die DDR wird über den Tisch gezogen", in: Arbeiterkampf vom 05. 02. 1990, S. 8.

[130] So auch, wenn Hermann L. Gremliza von der „ ersten erfolgreichen deutschen ‚Revolution', der national-sozialistischen" sprach (Gremliza: Wenn das der Führer noch hätte erleben dürfen, in: konkret 1/1990, S. 8).

[131] Joachim Bruhn: Was bedeutet „Nie wieder Deutschland"? Eine ungehaltene Rede [Oktober 1991], http://www.ca-ira.net/isf/beitraege/pdf/bruhn-nie.wieder.deutschland.pdf [02. 04. 2016].

[132] Vgl. zur Entstehung der „anti-deutschen Strömung" Jan Gerber: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „real exististierenden Sozialismus", Freiburg i. Br. 2012.

[133] Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006, S. 459.

kommt Regina Wick für die westdeutschen Grünen: diese seien die „Geister ihrer zehnjährigen Deutschlandpolitik […] trotz völlig veränderter Ausgangslage nicht mehr los“ geworden, und aus dem „langen Festhalten an der deutschen Zweistaatlichkeit erwuchs für die Grünen 1990 nichts Gutes“.[134] Härter gehen Wolfgang Jäger und Ingeborg Villinger mit linken Schriftstellern wie Günter Grass und Stefan Heym ins Gericht: „Der zum ideologischen Reflex erstarrte Denkweg der Intellektuellen, die Welt nach einem Bilde zu entwerfen und es beharrlich in die Zukunft zu projizieren, ließ sie die Herausforderungen der Gegenwart […] übersehen.“[135]

Wie die am Beginn dieses Kapitels zitierte Erklärung von Petra Kelly verdeutlicht, findet sich eine solche Argumentationsweise, die bestimmte Ideen als anachronistisch charakterisiert, bereits in der Umbruchszeit selbst. Bei genauerer Betrachtung erweist sich sogar, dass die Auseinandersetzung der parlamentarisch vertretenen Parteien damals maßgeblich unter Verwendung solcher temporaler Argumente geführt wurde. Blickt man auf dieses Moment der Debatte, so lässt sich unbeschadet der feinen Differenzierungen, die frühere Studien vorgenommen und die innerhalb der einzelnen Parteien und Gruppen eine Pluralität von Positionen zu deutschlandpolitischen Detailfragen ans Licht befördert haben, unter temporalanalytischen Gesichtspunkten eine tiefer liegende Konfliktlinie erkennen, die bislang unterbelichtet geblieben ist.

2.1 Wiedervereinigung als Rückschritt

Auf der einen Seite zu verorten sind in einer solchen Perspektive Politiker und Kommentatoren, die wie Kelly gegen „überholte Modelle einer antiquierten Deutschlandpolitik“ zu Felde zogen. Ihre Kritik machten sie insbesondere am bereits mehrfach zitierten Begriff „Wiedervereinigung“ fest, auf den sie die deutschlandpolitische Zielsetzung der Unionsparteien häufig zuspitzten. In großer Einmütigkeit nahmen Vertreter der unterschiedlichen Flügel und Strömungen bei SPD und Grünen, aber auch außerparlamentarische Linke diesen Begriff zum Anlass, die Vorstellungen der Union als rückschrittlich zu verurteilen.[136] So meinte bei den Sozialdemokraten nicht nur das linke Vorstandsmitglied Herta Däubler-Gmelin: „wiedervereinigung ist ein wort, das in die vergangenheit zurückweist. [...] was wir wollen, ist […] eine form der einheit, also die beiden deutschen wagen im europaeischen zug aneinanderkoppeln. das ist was ganz tolles, das wollen wir auf-

134 Regina Wick: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012, S. 301.

135 Jäger/Villinger, Die Intellektuellen, S. 217.

136 Dass der Wiedervereinigungsbegriff „weithin diskreditert“ gewesen sei, konstatiert für die SPD bereits Andreas Rödder (Deutschland einig Vaterland, S. 169), zitiert allerdings ausschließlich Angehörige der sogenannten Enkelgeneration.

bauen, das ist was fuer die zukunft."[137] Sondern auch Hans-Jochen Vogel, vom rechten Parteiflügel kommend und als SPD-Chef um Ausgleich und Konsens bemüht, distanzierte sich vom Wiedervereinigungsbegriff: „Ich glaube nicht, daß die Menschen Vergangenes wiederherstellen möchten. Sie wollen, daß das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit findet, und das im Zusammenhang mit der europäischen Einigung."[138] Sogar Hans-Ulrich Klose, der öffentlich eine Kurskorrektur und ein klareres Bekenntnis seiner Partei zur deutschen Einheit forderte, bemerkte zugleich: „Ich denke nicht an einen deutschen Nationalstaat klassischer Prägung. Das Ideal wäre, die beiden deutschen Staaten als Teil eines vereinigten Europas ohne Grenzen."[139]

Auch Willy Brandt, retrospektiv oft als einsamer Fürsprecher der Einheit innerhalb der SPD angesehen, betonte nach dem Mauerfall, die „Parolen von gestern" führten nun nicht weiter.[140] Auch bestand er noch Mitte Dezember 1989 in einem Interview darauf, „nicht ohne Grund" für „eine Art von Deutschem Bund" statt für einen Einheitsstaat eingetreten zu sein – habe er doch „seit langem [...] Probleme wegen des ‚wieder' gehabt".[141] Entsprechend monierte die CDU/CSU: „Es ist befremdend und zeugt von Kaltherzigkeit, daß ausgerechnet der Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt, Vorbehalte gegen eine deutsche Wiedervereinigung anmeldet."[142]

Und selbst Erhard Eppler, der einst von der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) zur SPD gekommen war und der immer wieder als sozialdemokratischer Einheitsbefürworter zitiert wird, wandte noch Ende November ein: „Wiedervereinigung? Was die Menschen angeht, so hat sie am Wochenende vom 10. auf den 12. November schon stattgefunden. Und was die Staaten angeht, so ist heute noch klarer als früher, daß in jedem Falle alles anders sein wird, als es einmal war."[143] Demgegenüber konnte ausgerechnet Oskar Lafontaine, rückblickend als wichtigster Einheits-

[137] WDR-Interview mit Herta Däubler-Gmelin am 11. 12. 1989, in: Kuppe, Deutschland 1989, S. 439–441, hier S. 441.

[138] [o. V.:] Vogel: Es ist verleumderisch ... Interview mit SPD-Chef Hans-Jochen Vogel, in: Bild vom 30. 12. 1989.

[139] [o. V.:] „SPD muß sich zur Einheit bekennen". Interview mit Hans-Ulrich Klose, in: Augsburger Allgemeine vom 17. 11. 1989.

[140] Zit. nach Brandts Come-Back – Kohls Reinfall, in: taz (Berliner Ausgabe) vom 11. 11. 1989.

[141] [o. V.:] Warten bis irgendwann nach dem Jahr 2000? Fragen an den ehemaligen Bundeskanzler zur Zukunft der beiden Teile Deutschlands in einem zusammenwachsenden Europa, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. 12. 1989.

[142] CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Pressedienst 3945p vom 19. 11. 1989.

[143] Erhard Eppler: Ist die DDR zu retten? Im Experiment eines demokratischen Sozialismus liegt eine Chance für den anderen deutschen Staat, in: Die Zeit vom 24. 11. 1989. Schon am 17.06. hatte Eppler zwar die deutsche Frage für offen erklärt, jedoch zugleich betont: „Sicher sollten wir die Sprache überprüfen, in der wir unseren Konsens verständlich machen wollen, die Formeln, die bei unseren Nachbarn ganz anders wirken, als wir sie meinen. Wenn wir von Wiedervereinigung sprechen, dann hören unsere Nachbarn vor allem das ‚Wieder'. [...] Wir müssen deutlich machen, daß wir nicht Vergangenes restaurieren, sondern Neues schaffen wollen, und zwar gemeinsam mit unseren Nachbarn." (zit. nach Sozialdemokratischer Pressedienst, Jg. 44 [1989], Nr. 116, S. 6).

skeptiker der damaligen SPD angesehen, dem Wiedervereinigungsbegriff etwas abgewinnen – sofern damit, darauf bestand auch er, nicht die Restauration des alten Nationalstaats gemeint sei.[144]

Von den Grünen kam eine ähnlich einstimmige, temporale Wiedervereinigungskritik, wie auch in Regina Wicks Dissertation durchscheint.[145] So formulierte der Bundeshauptausschuss schon im Oktober: „Die rückwärtsgewandte Vorstellung eines neuen großdeutschen Nationalstaates liegt quer zur konkreten Utopie des ‚gemeinsamen europäischen Hauses‘. Die Zukunft gehört nicht einem ‚Europa der Vaterländer‘, sondern der europäischen Zusammenarbeit selbstbewußter Regionen.“[146] Auch Joschka Fischer zeichnete Anfang November in der *taz* ein temporales Bild: „Geschichte, Revolution, Umsturz, die Entstehung einer neuen Zeit, einer neuen Ordnung, entweder *vorwärts* zu einem neuen Europa oder *rückwärts* zu einem alten Deutschland.“[147] Linke Grünen-Abgeordnete um Sieglinde Frieß beabsichtigten sogar, die Verfassung zu ändern. Der Begriff „Deutsches Volk“ sollte nach ihrem Willen aus dem Grundgesetz gestrichen werden, um allen „Bestrebungen zur Wiedervereinigung entgegenzutreten“.[148] Mit ihrem Vorhaben fanden sie Unterstützung bei außerparlamentarischen Linken, welche ebenfalls eine temporale Kritik am Wiedervereinigungsbegriff artikulierten. Für eine Grundgesetzänderung sprachen sich etwa Teile der Radikalen Linken sowie der DKP-Individualist Georg Fülberth aus. Auch die trotzkistisch-maoistische VSP bezeichnete den Antrag auf Verfassungsänderung als „sinnvolle Initiative“.[149]

Ein zentrales Argument linker Wiedervereinigungskritik war indes die ostentativ formulierte Prognose, ein vereintes Deutschland werde in Europa eine hegemoniale Stellung einnehmen. Diese Vorhersage, die sich auf teils ähnlich gelagerte ausländische Kritik berufen konnte,[150] gelangte geradezu in den Rang einer Anti-Utopie. So konstatierte Ralf Fücks rund ein Jahr später mit Blick auf die Grünen, für viele von ihnen sei Wiedervereinigung gleichbedeutend mit einer „Restauration ‚Großdeutschlands‘ mit all seinen expansiven Ambitionen“ gewesen.[151] Von

[144] So sagte Lafontaine in einem Interview, die „Wiedervereinigung oder Neuvereinigung, wenn man sie einbettet in die europäische Einigung“, sei für ihn „überhaupt kein Problem“, wandte sich jedoch gegen jene, die „ins Deutschnationale zurückgefallen“ seien und damit „neben der Zeit“ lägen ([o. V.:] „Ich argumentiere für das Gerechtigkeitsempfinden“. SZ-Interview mit dem stellvertretenden SPD-Bundeschef, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, zu deutschlandpolitischen Fragen, in: Saarbrücker Zeitung vom 18. 12. 1989).

[145] Wick, Die Mauer muss weg, S. 271 u. passim.

[146] Die Grünen, Bundesvorstand, Pressemitteilung Nr. 169/89 vom 23. 10. 1989.

[147] Joschka Fischer: Jenseits von Mauer und Wiedervereinigung, in: taz vom 16. 11. 1989.

[148] So Frieß, zit. nach [o. V.:] „Leere Hände, leere Hirne“, in: Der Spiegel 8/1990, S. 52–64, hier S. 52.

[149] VSP: Thesen zur politischen Lage nach der DDR-„Novemberrevolution“, in: Gesammelte Beiträge zur Diskussion der Linken, Nr. 4 (28. 12. 1989), S. 1–6, hier S. 5. Zum Unterstützerkreis der Initiative vgl. ebd.

[150] Vgl. Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 160.

[151] Ralf Fücks: Ökologie und Bürgerrechte. Plädoyer für eine neue Allianz, in: ders. (Hg.), Sind die Grünen noch zu retten?, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 33–43, hier S. 34.

Antje Vollmer ging Mitte 1990 sogar eine Debatte aus, die sich um die Rolle des vereinten Deutschland als künftige „Weltmacht" drehte.[152] Einige radikale Linke gingen so weit, den ersten gesamtdeutschen Urnengang unter dem Motto „*Keine Stimme für Deutschland – Reichstagswahlen – Ohne uns!*"[153] abzulehnen. Bei ihnen gab es sogar die Idee, „am Termin der Reichsgründungswahl eine Anti-Deutschland-Konferenz durchzuführen", um sich „demonstrativ an dieser Wahl nicht zu beteiligen".[154]

Auch gab es ab Winter 1989 immer wieder breite linke Bündnisse, die sich zur Organisierung von Demonstrationen gegen eine Vereinigung bzw. für den Fortbestand der DDR zusammenfanden – und an denen sich teils auch namhafte Persönlichkeiten aus SPD, Grünen und Gewerkschaften beteiligten.[155] Aus Teilen der außerparlamentarischen Linken formierte sich 1990 angesichts der Vereinigungsdynamik schließlich sogar eine Bewegung, die unter dem Motto „Deutschland? Nie wieder!" über zehntausend Menschen auf die Straßen brachte und als Ursprung der anti-deutschen Strömung innerhalb der Linken zu gelten hat.[156] Für diese Strömung, wie generell für viele außerparlamentarische Linke, bestand die negative historische Folie primär im Nationalsozialismus und speziell im Holocaust. Überhaupt war auf Seiten der Linken auffällig häufig von Wiedervereinigung als „Anschluß" die Rede.[157] Damit musste nicht explizit an die Angliederung Österreichs an Hitler-Deutschland erinnert werden, doch konnte diese Bedeutungsebene durchaus präsent sein. So notierte Wolfgang Fritz Haug bereits im Angesicht der Fluchtwelle Anfang Oktober 1989: „Unheimliche Erinnerungen an Szenen im Zusammenhang mit dem Anschluß Österreichs, mit der Einverleibung des Sudentenlands."[158] Für die SPD hingegen hatte sich Parteichef Vogel vor allem gegen das 19. Jahrhundert abgegrenzt:

„Wir wollen nicht zurück in das Zeitalter der Nationalstaaten, in dem diese Staaten um vermeintlicher nationaler Interessen willen in Europa blutige Bruderkriege ausgetragen haben. Wir wollen nach vorn in ein geeintes Europa, in dem die Völker des Kontinents unter dem Schutz einer europäischen Friedensordnung den Reichtum ihrer Vielfalt erfahren können. Eine Wiederbelebung des Nationalismus, im Westen oder im Osten, würde das gefährden. Was als Prozeß der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki begonnen hat, weist den Weg in die Zukunft."[159]

[152] Vgl. hierzu Wick, Die Mauer muss weg, S. 45.

[153] [o. V.:] Bericht über die RL-Konferenz in Köln, in: Arbeiterkampf 19 (1989), Nr. 323, S. 35.

[154] Fritz P.: An die AK-Redaktion, in: Arbeiterkampf 20 (1990), Nr. 323, S. 27. Der Autor kritisierte darin das zitierte Vorhaben von etwa 30 Mitgliedern des Kommunistischen Bundes.

[155] Ein frühes Beispiel ist eine Berliner Demonstration vom 09. 12. 1989, auf der auch der örtliche DGB-Chef auftrat (vgl. Thomas Knauf: Vereint gegen die Kohl-Plantage, in: taz vom 11. 12. 1989, S. 17).

[156] Vgl. Gerber, Nie wieder Deutschland? (zur Demonstration speziell S. 29 ff.).

[157] So selbst bei den SPD-Linken Ulrich Maurer, Gerd Walter und Heidemarie Wieczorek-Zeul (Preußen oder Europa? Zu den historischen Chancen, die den Deutschen aus der Revolution im Osten erwachsen, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 45 [1990], Nr. 60 [27. 03. 1990], S. 1–3, hier S. 2).

[158] Haug, Versuch, S. 82.

[159] [o. V.:] Forum der Parteien. Für die SPD: Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, in: Augsburger Allgemeine vom 15. 12. 1989.

Ungeachtet dieser Differenzen wurde der Begriff Wiedervereinigung jedoch von nahezu sämtlichen Exponenten der Linken abgelehnt, und zwar mit dem einmütig temporalen Argument, er weise zurück in die – wenn auch unterschiedlich, so durchweg negativ gedeutete – Vergangenheit. Hiermit, wie auch mit der Verwendung des Revolutionsbegriffs, wurde die Zukunft von teleologischen, aus der Geschichte gewonnenen Fluchtpunkten befreit, wurde sie offengehalten und als *tabula rasa*, als prinzipiell leerer (Möglichkeits-)Raum, entworfen. Dadurch wurde sie verfügbar für neue Füllungen, wie man sie auf Seiten der Linken auch sogleich propagierte (s. u.). Vor allem aber war dieser Temporalsemantik eigen, dass sie jene Wiedervereinigung, die dann 1990 tatsächlich erfolgen sollte, als Rückschritt, als Rückfall in eine düstere Vergangenheit erschienen ließ.

2.2 Der revolutionäre Möglichkeitsraum und seine Füllung

Doch wenn die Linke sehr stark im Herbst 1989 die Deutschlandpolitik der Union als rückschrittlich kennzeichnete, mit welchen Begriffen wollten die Akteure dann die Zukunft besetzen? Im Folgenden werden zwei Begriffe genauer untersucht, die sich im Herbst 1989 häufig finden und die die vorliegende Arbeit schon in früheren Kapiteln betrachtet hat: den des „Sozialismus“ und den des „dritten Wegs“. Beide Begriffe spielten bereits in den am Beginn dieses Kapitels stehenden Zitaten eine Rolle, was anzeigt, dass sie, wie schon in der Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre, weiterhin auch miteinander verknüpft auftreten konnten (aber nicht mussten, wie zu zeigen ist).

Der Sozialismus war, wie im vorigen Kapitel bereits erläutert, als „demokratischer Sozialismus“ zunächst einmal integraler Bestandteil der Selbstverortung und -inszenierung der SPD. In dem neuen Grundsatzprogramm, über das die Sozialdemokraten in den 1980er Jahren berieten und das sie im Dezember 1989 schließlich beschlossen, wurde ihm eine prominente Rolle zugewiesen.[160] Entsprechend hatten sich die parteiinternen Diskussionen zuvor gerade darum gedreht, wie der Begriff inhaltlich zu füllen sei. Bemerkenswert ist, dass dabei gerade einfache Parteimitglieder auf ein „klares sozialistischen Profil“[161] drangen. Ein internes Papier aus dem Jahr 1985, das über 100 Zuschriften zusammenfasste, hielt als Bitte an die Programmkommission u. a. fest: „Der demokratische Sozialismus muß als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus beschrieben werden.“[162] Auch wenn dies nicht unbedingt das allgemeine Verständnis bezeichnen musste, so ver-

[160] Vgl. [o. V.:] Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Prgramm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. 12. 1989 in Berlin, http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa90-00398.pdf [13. 01. 2014], S. 6 f. u. passim.

[161] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000138, darin Mappe „E. Eppler“, Tischvorlage für die Sitzung der Programmkommission am 19. 03. 1985, verfasst von Burkhard Reichert, dat. 26. 02. 1985, S. 5.

[162] Ebd., S. 2.

ankerte die SPD doch zahlreiche Vorhaben in ihrem Grundsatzprogramm, die von Befürwortern eines „dritten Weges" propagiert wurden – etwa die Forderung nach „Wirtschaftsdemokratie".[163] Der Begriff des demokratischen Sozialismus enthielt demnach weiterhin Erwartungen, deren Realisierbarkeit sich bereits im „sozialdemokratische[n] Jahrzehnt" unter den SPD-Kanzlern Brandt und Schmidt als begrenzt erwiesen hatte.[164] „Demokratischer Sozialismus" blieb neben „Fortschritt" und „Demokratisierung" einer der zentralen, wenn nicht *der* zentrale Bewegungsbegriff der Sozialdemokratie.

Unterdessen sorgten die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa noch für eine zusätzliche Aktualisierung dieses Begriffs. Denn führende SPD-Politiker spekulierten seit längerem – und verstärkt unter dem Eindruck der Gorbatschow'schen Reformpolitik – auf eine Sozialdemokratisierung der herrschenden Parteien des Ostblocks (s. Kap. III.3). Vor diesem Hintergrund avancierte der Begriff des demokratischen Sozialismus zu einer Art Dach, unter dem westliche Sozialdemokratie und östlicher Reformkommunismus zusammengeführt werden konnten. Demgemäß sprach beispielsweise Egon Bahr ausgangs der 1980er Jahre ostentativ davon, der „alte Streit der Arbeiterbewegung, ob es Sozialismus ohne Demokratie geben kann, ist zu Ende".[165] Insofern begünstigte die Tatsache, dass der Begriff des demokratischen Sozialismus letztlich unscharf blieb, nur dessen Übertragung auf die Umbrüche im sowjetischen Machtbereich. Entsprechend konnte Horst Ehmke Anfang November im Bundestag erklären: „Der demokratische Sozialismus hat bei den Staatsparteien des Ostens seine Wirkung entfaltet".[166] Parteichef Hans-Jochen Vogel sagte in derselben Sitzung sogar, der „demokratische Sozialismus" erlebe „in der DDR und in ganz Osteuropa jetzt, in diesen Monaten, seine Wiedergeburt, und das strahlt auf ganz Westeuropa aus".[167] In gleicher Weise sprach auch der Präsident der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, im Herbst 1989 von einer „Renaissance des demokratischen Sozialismus".[168] Was die DDR anging, verwies die SPD dabei jedoch weniger auf die (lange reformunwillige) SED, sondern vornehmlich auf die Oppositionsgruppen, die „einen ökologisch orientierten freiheitlichen und demokratischen Sozialismus" anstrebten, wie Vogel betonte.[169] Hieran ist deutlich das Bemühen abzulesen, das eigene Programm mit den Ereignissen in der DDR zu verknüpfen und eine Kongruenz der Erwartungen in Ost

[163] Vgl. Grundsatzprogramm, S. 41.
[164] Vgl. hierzu aus emotionsgeschichtlicher Perspektive Bernhard Gotto: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre, Berlin/Boston 2018.
[165] So bereits Anfang 1989 bei einem Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung (Egon Bahr: Reformen und Sicherheit, in: Peter Schneider/Peter J. Thelen [Hg.]: Demokratische Reformen und Europäische Sicherheit. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 3.–5. 03. 1989 in Bonn, S. 6–15, hier S. 14).
[166] Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13052D.
[167] Ebd., S. 13023D–13024A.
[168] [o. V.:] „Das ist das Wunder dieser Revolution". AZ sprach mit dem Deutschlandpolitiker Egon Bahr, in: Abendzeitung vom 24. 11. 1989.
[169] Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13023D.

und West zu suggerieren. Dies lässt an Thomas Meyers Rede von einem „gemeinsamen Projekt des Demokratischen Sozialismus in Europa mit der Chance einer Rückgewinnung der geistig-politischen Hegemonie“[170] denken, die in Kapitel III bereits zitiert wurde. Die SPD hatte hiermit im Herbst 1989 zumindest insofern einen gewissen Erfolg, als konservative Beobachter wie der eingangs zitierte Ernst-Otto Maetzke beklagten, es formiere sich in Ost wie West eine „neue ‚große‘ Koalition, eine Hüben-drüben-Koalition“, um in der DDR „ein Musterbeispiel für einen wahren Sozialismus, einen ‚Sozialismus des Dritten Weges‘ entstehen [zu] lassen“, und es für die Spitzen der Koalitionsparteien „der schwerste politische Kampf ihres Lebens“ werden würde, hiergegen anzugehen.[171]

„Für unser Land“ – „Für euer Land“

Die „Hüben-drüben-Koalition“, die die FAZ beobachtete, spiegelt sich auch im Netzwerk um die früheren Solidarność-Unterstützer. Ende November veröffentlichten ostdeutsche Schriftsteller und Bürgerrechtler den Aufruf *Für unser Land*, um für einen eigenständigen Weg der DDR als „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“ einzutreten. Sie kritisierten dabei einerseits die bisherige Herrschaft der SED und die „vom Stalinismus geprägte[n] Strukturen“ in der DDR. Andererseits wandten sie sich auch gegen „unzumutbare Bedingungen“, die aus der Bundesrepublik an die DDR gestellt würden. Die Verfasser befürchteten einen „Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte“ und warnten davor, dass die DDR „vereinnahmt“[172] werden könne. Der Aufruf kann als Plädoyer für einen „dritten Weg“ verstanden werden und fand im Lauf weniger Wochen eine halbe Million Unterstützer.[173] Stefan Heym, der den Text der Presse vorgestellt hatte, war einer der meistzitierten Redner der Großkundgebung vom 4. November auf dem Alexanderplatz gewesen und hatte sich in den frühen 1980er Jahren für Solidarność eingesetzt.[174] Bald unterzeichneten den Aufruf jedoch auch hohe SED-Funktionäre wie der neue Politbüro-Vorsitzende Egon Krenz. Dadurch verlor er laut Bernd Lindner rasch an Attraktivität.[175]

Westdeutsche Linke reagierten mit einem eigenen Aufruf. Aktivisten um das Komitee für Grundrechte und Demokratie[176] antworteten mit der Erklärung *Für*

[170] AdsD, WBA, A 19, 86, fol. 447–483, Thomas Meyer: Demokratischer Sozialismus in Europa: Ein Vergleich [Ms. für Vorträge in Amsterdam, Dezember 1988, und Moskau, Mai 1989], fol. 460r, 482r u. 483r–v.

[171] Ernst-Otto Maetzke: Koalition der Stehaufmänner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 11. 1989, S. 1.

[172] Zit. nach dem Faksimile bei Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998, S. 188.

[173] Vgl. Andreas H. Apelt: Sozialismus contra Wiedervereinigung? Die DDR-Opoosition und die deutsche Frage, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 138–153, hier S. 151.

[174] Siehe Kap. II.

[175] Vgl. Lindner, Die demokratische Revolution, S. 188.

[176] Zur Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie nach dem Russell-Tribunal vgl. März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, S. 316.

euer Land, für unser Land. Auch sie wandten sich gegen eine Wiedervereinigung. Zur Begründung erklärten sie den Unterstützern des ostdeutschen Aufrufs: „Damit würde nicht nur Euer Versuch, einen Weg sozialistischer Demokratie aus der Krise Eurer Gesellschaft zu finden, verschüttet."[177] Der inhaltlichen Übereinstimmung, die die Autoren zum Ausdruck brachten, entsprachen auch personelle Verbindungslinien. Denn zahlreiche (Erst-)Unterzeichner des ostdeutschen Aufrufs und der westdeutschen Erklärung sollten später im gesamtdeutschen *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* zusammenarbeiten.[178] Manche von ihnen – so die Dissidentin Ulrike Poppe auf östlicher Seite und Klaus Vack vom Komitee für Grundrechte und Demokratie auf westlicher Seite – hatten in den 1980er Jahren bereits die blockübergreifende *Erklärung für den Frieden* unterschrieben (s. Anhang Abb. 10).

Dass in der westdeutschen Erklärung mit der „sozialistischen Demokratie" ein Begriff wieder auftaucht, der schon im Gründungsaufruf der Initiative *Solidarität mit Solidarność* im Zentrum gestanden hatte,[179] ist kein Zufall. Wie Stefan Heym auf ostdeutscher Seite, hatten sich auch zahlreiche Unterzeichner der westdeutschen Erklärung Anfang der 1980er Jahre hinter die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Polen gestellt: Sechs von ihnen waren bei *Solidarität mit Solidarność* engagiert gewesen und zehn hatten das *Friedensmanifest '82* unterschrieben. Weitere Verbindungslinien führen zu den *2 Erklärungen zu Polen* und zum Aufruf *Wiederherstellung der errungenen Freiheiten* aus dem Kreis der sozialdemokratischen Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (s. Anhang Abb. 10).

Wenn die „sozialistische Demokratie" als Leitbegriff Bestand hatte, signalisiert dies jedoch nicht nur personelle Kontinuitäten, sondern auch eine bemerkenswerte Zielpersistenz, die die 1980er Jahre durchzog. Eine solche Zielpersistenz setzte allerdings eine erhebliche Enttäuschungstoleranz voraus. Dies lässt sich an einer Flugschrift ablesen, die das Komitee für Grundrechte und Demokratie bereits kurz nach dem Mauerfall veröffentlichte. Die Flugschrift legte ausführlich dar, warum das Komitee gegen eine Wiedervereinigung und für eine sozialistische Demokratie eintrat (s. u.). Darin hieß es, der Kampf für eine Verbindung von Demokratie und Sozialismus lohne sich, „[a]uch wenn es Jahrzehnte dauert und Widerstand, Opposition, eigenes Engagement erlahmen wollen". Ausdrücklich bezog die Flugschrift gegen etwaige Erwartungstransformationen Stellung: „Nicht die Wendehälse zählen; auf diejenigen kommt es an, die solchen Zielen treu blieben, auch wenn es schwer ist. Osteuropa beweist es!"[180] Das Komitee kalkulierte also eine Marginalisierung als Preis seiner Zielpersistenz ein und nahm sie billigend in Kauf.

[177] Zit. nach [o. V.:] BRD-Prominente gegen Vereinnahmung der DDR. Aufruf „Für Euer Land, für unser Land", in: Berliner Zeitung vom 04. 12. 1989, S. 2.

[178] Siehe Kap. V.

[179] Siehe Kap. II.

[180] AGG, A Martin Schmidt, 82, Komitee für Grundrechte und Demokratie: „Eine andere, eine abweichende westdeutsche Bekanntgabe. Osteuropa und der Westen: Die Ereignisse in den osteuropäischen Ländern und wir", S. 7.

Mit dieser Praxis der Erwartungsstabilisierung stieß das Komitee einem internen Rundschreiben zufolge zunächst durchaus auf positive Resonanz. Demnach hatte Anfang 1990 die Flugschrift eine Verbreitung von 155 000 Exemplaren erreicht. Sie zirkulierte in der Bundesrepublik wie auch in der DDR. Langjährige Verbindungen zu ostdeutschen Dissidenten besaß das Komitee durch einzelne seiner Mitglieder bereits vor dem Mauerfall. Im November 1989 stand es dann mit „Basisgruppen und Initiativen in 27 Städten und Gemeinden in der DDR“ in Kontakt. Anfang 1990 schließlich hatte sich ein Briefwechsel mit über 100 Vertretern von DDR-Oppositionsgruppen entwickelt. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Komitee bereits Druckerzeugnisse im Wert von 13 000 DM in die DDR geliefert. Die Rückmeldungen waren dem Rundschreiben zufolge überwiegend positiv. Gleiches verlautete auch zu den über 250 Briefen, die aus der Bundesrepublik eingingen.[181]

Betrachtet man die Flugschrift des Komitees hinsichtlich ihrer temporalen Semantik, so fügt diese sich in das in diesem Kapitel gezeichnete Bild. Abgelehnt wurde das Ziel einer „Wiedervereinigung“, das eine „ungeschichtliche Täuschung“ darstelle: „Von ‚Wiedervereinigung‘ kann nur reden, wer aus der Geschichte, nicht zuletzt aus der deutschen Geschichte, nichts lernen will.“ Das Komitee forderte damit einen Lernprozess ein, an dessen Ende Ent-„Täuschung“ stehen sollte. Seine eigene Position, an der Zweistaatlichkeit festzuhalten, präsentierte es als logisches Ergebnis eines solchen Lernprozesses: Nötig sei der Abschied von „neualten Betörungen und Trugbilder[n]. Deutscher Nationalismus hat in der Geschichte und Gegenwart, wenn es um Demokratie und Menschenrechte geht, jegliche Legitimation und jeglichen humanen Sinn verloren.“ Das Motto des Komitees lautete deshalb: „Nationale ‚Wiedervereinigung‘ widerspricht Menschenrechten und Demokratie“.[182]

Die Zukunft wollte das Komitee mit anderen Konzepten besetzen. „Das Programm einer wahrhaft zivilen Gesellschaft steht in Ost und West gleichermaßen auf der Tagesordnung“,[183] hieß es in der Bekanntgabe. Die Autoren bedienten sich damit eines Begriffs, der nach dem Ende des Ostblocks Kritikern wie Befürwortern zufolge zu einem „neuen Schlüsselbegriff linker Identität“[184] für eine „sich entwickelnde nachsozialistische Linke“[185] avancieren sollte (s. Kap. V.2). Das Komitee jedoch verknüpfte ihn stattdessen ausdrücklich mit dem Sozialismusbegriff. „Unsere Aufgabe: Demokratie und Sozialismus mehr denn je!“, war der Schlussteil der Bekanntgabe überschrieben: „So ohnmächtig wir, die wir diese Worte ernst nehmen, scheinen: das ist das Ziel: Demokratie und Sozialismus,

[181] AGG, A Martin Schmidt, 82, Informationen des Komitees für Grundrechte und Demokratie 2/90, dat. 10. 02. 1990, S. 1.

[182] AGG, A Martin Schmidt, 82, Komitee für Grundrechte und Demokratie: „Eine andere, eine abweichende westdeutsche Bekanntgabe. Osteuropa und der Westen: Die Ereignisse in den osteuropäischen Ländern und wir“, S. 5 f.

[183] Ebd., S. 2 u. 5 f.

[184] HIS, SB 001, Protokollnotizen zum Seminar „Demokratische Zivilgesellschaft – Abschied von der Idee einer sozialistischen Demokratie?“, undat.

[185] Max Thomas Mehr: Gibt es eine postsozialistische Linke?, in: taz vom 26. 10. 1990, S. 13.

Sozialismus in der Verlaufsform der Demokratie und Demokratie mit dem sozialen Fundament, für die aller gewaltfreier Einsatz lohnt." Die Umbrüche im östlichen Europa seien hierfür „endlich ein **positives** Menetekel".[186] Ende 1989 jedoch mochte es demnach für einen Moment so scheinen, als sei die eigene Konzeption plötzlich *en vogue*. In der Rückschau allerdings konstatiert Andreas Buro aus der früheren Solidarność-Solidarität, dass der Versuch, „das Thema ‚sozialistische Demokratie' neu auf die Tagesordnung zu setzen", „zu dieser Zeit […] nicht auf viel Gegenliebe"[187] gestoßen sei.

Wenig erfolgreich waren auch die Bemühungen des früheren Solidarność-Unterstützers Peter von Oertzen, gemeinsame Initiativen in Ost und West anzustoßen. Von Oertzen hatte nach dem Mauerfall an Linke in DDR und Bundesrepublik ein „Plädoyer für einen dritten Weg" verschickt, aus dem ein öffentlicher Aufruf hervorgehen sollte. Positive Reaktionen erhielt von Oertzen hierauf u. a. von den SPD-Linken Iring Fetscher und Peter Brandt, die sich ebenfalls an der Solidarność-Solidarität beteiligt hatten.[188] Insgesamt jedoch blieb die Resonanz begrenzt.

Das Papier ist dennoch aufschlussreich, weil darin eine ähnliche Zielpersistenz zum Ausdruck kommt, wie sie sich schon beim Komitee für Grundrechte und Demokratie zeigte. Bei Peter von Oertzen hieß es:

„Eine demokratisch und ökologisch gebändigte Marktwirtschaft, eine wahrhafte soziale Demokratie, das wäre mehr und besseres als irgendwo sonst auf der Erde existiert, ein erster Schritt auf einem dritten Weg und eine Hoffnung für viele.

Für manche mag das Wort Sozialismus verbraucht sein; aber wie auch immer wir eine solche Ordnung nennen mögen: Ökologische Demokratie, Wirtschaftsdemokratie, soziale Demokratie, sie wäre eine Alternative: antikapitalistisch, antifaschistisch, antibürokratisch, antiautoritär."[189]

Wie von Oertzen im Anschreiben betonte, waren für ihn damit lang gehegte Hoffnungen verknüpft: „Wer wie ich sein ganzes Leben von einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Stalinismus geträumt hat, ist in der gegenwärtigen Lage vielleicht nicht so nüchtern, wie er sein sollte."[190] Der Titel seines Plädoyers: „Wann, wenn nicht jetzt?",[191] unterstrich die Dringlichkeit, die Oertzen in der deutsch-deutschen Umbruchssituation gegeben sah. Dies kann als eine drama-

[186] AGG, A Martin Schmidt, 82, Komitee für Grundrechte und Demokratie: „Eine andere, eine abweichende westdeutsche Bekanntgabe. Osteuropa und der Westen: Die Ereignisse in den osteuropäischen Ländern und wir", S. 6 f. (Hervorhebung im Original).

[187] Andreas Buro: Gewaltlos gegen Krieg. Erinnerungen eines streitbaren Pazifisten, Frankfurt am Main 2011, S. 216.

[188] Vgl. LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Iring Fetscher an Peter von Oertzen, 25. 11. 1989; Sign. 22/1, Peter von Oertzen: Wann, wenn nicht jetzt? Plädoyer für einen dritten Weg (undat. Ms., von Peter Brandt mit hs. Kommentaren zurückgesandte Fassung; dort auf S. 16 der Kommentar: „Einverstanden").

[189] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000067, Peter von Oertzen: Wann, wenn nicht jetzt? Plädoyer für einen dritten Weg, undat. Ms., übersandt mit einem Schreiben vom 23. 11. 1989, S. 16.

[190] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000067, Rundschreiben Peter von Oertzens vom 23. 11. 1989, S. 1.

[191] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000067, Peter von Oertzen: Wann, wenn nicht jetzt? Plädoyer für einen dritten Weg, undat. Ms., übersandt mit einem Rundschreiben vom 23. 11. 1989.

tische Verkürzung des Zeithorizonts für die Erfüllung eigener Erwartungen interpretiert werden. Gehörte etwa die „Wirtschaftsdemokratie“, die die SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm festschrieb,[192] in der Bundesrepublik zur Menge „kaum realisierbarer Fernziele“ der SPD(-Linken),[193] so konnte – und musste – nun im Osten die flüchtige Chance ergriffen werden, sie rasch zu verwirklichen. Dass dies ein hohes Enttäuschungsrisiko in sich barg, realisierte von Oertzen durchaus. In seinem Rundschreiben sprach er von einer „fast verzweifelten Lage“[194] und beklagte:

„Die DDR blutet aus. Immer noch verlassen die Menschen das Land zu Zehntausenden. Schwarzhändler, Währungsspekulanten und Grundstückshaie sind schon eifrig an der Arbeit. Und das große westliche Kapital wartet kühl auf den Augenblick, in dem es die Konkursmasse des ‚real existierenden Sozialismus‘ zu Schleuderpreisen aufkaufen kann. Geht der ökonomische und soziale Zerfall so weiter, dann besteht die Gefahr, daß über kurz oder lang die Mehrheit der DDR-Bürgerinnen und Bürger resignierend den Weg des bloßen Anschlusses an den BRD-Kapitalismus wählen wird. Die Chance für einen eigenen Weg der DDR-Gesellschaft wäre verspielt – und mehr als nur das.“[195]

Wenn Peter von Oertzen mit seiner Initiative auch wenig Erfolg hatte, scheint er mit den Erwartungen, die er formulierte, durchaus nicht allein gewesen zu sein. Dies sei kurz am Beispiel der zahlreichen Zuschriften illustriert, die Willy Brandt – Symbolfigur des „demokratischen Sozialismus“ der SPD ebenfalls Fürsprecher eines „dritten Weges“[196] –, im Herbst 1989 erhielt. In ihnen zeigt sich deutliche Kritik an der Politik der Bundesregierung und den bundesrepublikanischen Verhältnissen überhaupt (vielfach als „Kapitalismus“, das heißt mit einem „Begriff der Kritik“[197] bezeichnet). So schrieb ein SPD-Mitglied:

„Wir Genossen mißtrauen der Bundesregierung, die ihre Hilfsmöglichkeiten abhängig machen wird von der Unterwerfung der DDR unter die Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wir Genossen sehen in der Reformbewegung eine Chance für den demokratischen Sozialismus.“[198]

Von einem Schreiber wurde Brandt aufgefordert, sein „reichhaltiges Reservoire [...] an Erfahrungen mit geläuterten, reformierten Formen des Sozialismus, wie es unter den Lebenden keiner mehr hat“,[199] zu mobilisieren. In einem weiteren Brief liest man:

192 Siehe oben, Kap. III.
193 LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Peter von Oertzen, Stichworte zum Thema „Wirtschaftsdemokratie“, undat. (Dezember 1989), S. 1.
194 von Oertzen, Wann, wenn nicht jetzt?, S. 2.
195 AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000067, Brief von Peter von Oertzen, 23. 11. 1989, S. 2.
196 Vgl. Bernd Rother: Ein dritter Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus? Selbstverständnis und Strategien der Sozialistischen Internationale unter der Führung von Willy Brandt 1976–1992, in: Bernd Rother (Hg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn 2011, S. 229–248.
197 Jürgen Kocka: Arbeit im Kapitalismus. Lange Linien der historischen Entwicklung bis heute, in: APuZ 35–37/2015, S. 10–17, hier S. 10.
198 AdsD, WBA, Bestand A10.1 Lindenberg, Ordner 173, Rudolf Blumenberg an Willy Brandt, undat., Eingangsstempel 15. [?]11.1989.
199 Ebd., Manfred Kinsler an Willy Brandt, 08. 12. 1989.

„Kaum hat die SED abgedankt, können viele hierzulande es kaum noch erwarten, daß dumpfer Materialismus und Profitgier westdeutscher Prägung bis an die Oder ausgedehnt werden [...]. Wenn aber eines Tages tatsächlich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten anstehen sollte (ich spreche bewußt nicht von Wiedervereinigung; wiedervereinigt wird dann das deutsche Volk, nicht aber das unselige Groß-Deutsche Reich), dann muß auch nach der Mitgift des ostdeutschen Staates gefragt werden. Diese Mitgift kann m. E. nur in einer geläuterten Idee von Sozialismus bestehen. Ich bin nicht in der Lage, den Begriff ‚Sozialismus' neu zu definieren – daran sind schon viele gescheitert –; ich hätte auch nichts dagegen, wenn der Begriff künftig überhaupt nicht mehr benutzt wird – vorausgesetzt, die Idee selbst würde auch nur annähernd Wirklichkeit. Wenn die Gesellschaft des vereinten Deutschland um einiges humaner, solidarischer und weniger materialistisch wäre als die Gesellschaft der BR Deutschland, dann wäre die deutsche Teilung nicht umsonst gewesen."[200]

Ähnlich kapitalismuskritisch äußerte sich ein anderer Schreiber. Dieser hielt es für

„besonders wichtig, die DDR-Volkswirtschaft zu modernisieren, zu entbürokratisieren und Raum für Eigeninitiative zu schaffen. Gleichwohl sollten die Produktionsmittel staatlich bleiben. Eine völlige Abschaffung der Planwirtschaft ist ebenso falsch, wie die schematische Übernahme der freien Marktwirtschaft. Da könnten die Sozialdemokraten helfen, weil sie mit den Gewerkschaften sehr wohl auch die Schwächen unserer Wirtschaftsordnung kennen."[201]

Indes sorgte sich ein weibliches SPD-Mitglied: „Hoffentlich geht es gut weiter und sie machen nicht die Fehler des Westens nach",[202] und in einer anderen Zuschrift hieß es: „Wer den doktrinären Kommunismus nicht will, kann wohl kaum den Kapitalismus als Allheilmittel verkünden." Auch der Vorsitzende eines SPD-Unterbezirks schlug dezidiert kapitalismuskritische Töne an:

„In der aktuellen politischen Auseinandersetzung hat die SPD […] die Verpflichtung, die Kontakte, Zusammenarbeit und Unterstützung für die DDR und den [sic] anderen Ländern aus den von wirtschaftlichen und ideologischen Gesichtspunkten geleiteten Daumenschrauben der Kohl-Regierung herauszuhalten.

Weder die Übernahme des marktwirtschaftlichen Systems noch die deutsche Wiedervereinigung können Maßstäbe einer Ostpolitik in den 90er Jahren sein, die den Interessen der Menschen gerecht wird. Die Entwicklung in der DDR läßt uns hoffen und ist uns gleichzeitig Ansporn für die tägliche Arbeit, um auch bei uns in Bayern die politische Landschaft zu verändern."[203]

In den zitierten Briefen wurde, so lässt sich zusammenfassen, bezüglich der absehbaren Transformationen im östlichen Teil Deutschlands und Europas keine Angleichung an die westdeutschen Verhältnisse gewünscht. Die Schreiber plädierten stattdessen dafür, dass sich gemeinsam mit dem östlichen Deutschland auch die Bundesrepublik verändern solle. Die Hoffnungen richteten sich, ähnlich wie bei Peter von Oertzen und bei *Solidarität mit Solidarność* Anfang der 1980er Jahre, auf verflochtene Transformationen in Ost und West, bei denen gewisse Impulse der DDR-„Revolution" aufnehmen und in die westdeutsche Gesellschaft integrieren werde. Durchgängig artikulierten die Schreiber Vorbehalte gegen die bundes-

[200] Ebd., Werner Karl Lilli [?] an Willy Brandt, 10. 12. 1989 (Hervorhebung im Original).
[201] AdsD, WBA, Bestand A10.1 Lindenberg, Ordner 174, Helmut Michel an Willy Brandt, 12. 11. 1989.
[202] Ebd., Charlotte Pöschel an Willy Brandt, undat., Eingangsstempel 25. [?]01.1990.
[203] Ebd., Christian von Hoerner an Willy Brandt, 27. 11. 1989.

republikanische Wirtschaftsordnung, gegen Marktwirtschaft, Privateigentum und „Kapitalismus“.

Jedoch scheiterten die in den Briefen zum Ausdruck kommenden Erwartungen schon sehr bald. „Ich gehe davon aus, daß wir die Hoffnung auf einen dritten Weg für die DDR abschreiben müssen“, konstatierte der Bundesvorsitzende der SPD-nahen Jugendorganisation Die Falken Anfang 1990 in einem Brief an Peter von Oertzen. Über die Auswirkungen dieser Entwicklung auf seine Organisation berichtete er, wie eingangs dieses Buches zitiert, weiter:

„Durch die jüngsten Entwicklungen sind in der Tat vor allem bei jüngeren Genossinnen und Genossen Verunsicherungen aufgetreten. Sie fragen sich, können wir noch für die sozialistische Gesellschaftsordnung offensiv auftreten. Ist nicht alles diskreditiert – auch wenn wir immer einen anderen Sozialismusbegriff hatten, als der im sogenannten real existierenden.“[204]

Widerstand gegen die Desavouierung des Sozialismusbegriffs

Hier deutet sich an, dass der Begriff des demokratischen Sozialismus (und die mit ihm verknüpften Erwartungen) auch noch – und wohl vor allem – durch einen dritten Umstand aktualisiert wurden. Die Sozialdemokratie sah sich nämlich 1989/90 zunehmenden Angriffen aus den Koalitionsparteien ausgesetzt, die sich gerade an jenem zentralen Label der SPD festmachten. Politiker von Union und FDP übten sich (wie auch die konservative Presse) bereits seit Sommer 1989 darin, für Mittel- und Osteuropa den Untergang des Sozialismus zu prophezeien und daraus das Ende auch der westlichen Sozialdemokratie abzuleiten. Die semantische Nähe der Selbsttitulatur kommunistischer Diktaturen als „real existierender Sozialismus“ zum sozialdemokratischen Begriff des demokratischen Sozialismus lieferte hierbei das zentrale Argument, mit dem man die politische Konkurrenz zu treffen suchte. Einen Höhepunkt sollte diese Praxis Anfang 1990 im DDR-Wahlkampf finden, wenn die aus Bonn unterstützte DDR-CDU mit Slogans wie „Nie wieder Sozialismus“ oder der alten christdemokratischen Parole „Freiheit statt Sozialismus“ nicht nur gegen die ehemalige SED, die sich just in Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) umbenannt hatte, zu Felde zog, sondern explizit auch gegen die ostdeutschen Sozialdemokraten. Dabei machte sich die CDU-geführte Allianz für Deutschland nicht zuletzt die Ähnlichkeit der Namen und Kürzel von SPD und PDS zunutze. In diesem „Schmutzwahlkampf“[205] wurde der SPD allerdings bloß zum Verhängnis, was sie kürzlich noch selbst praktiziert hatte: die Verknüpfung von Sozialdemokratie und (Reform-)Kommunismus unter dem semantischen Dach des („demokratischen“) Sozialismus. Dass sich die SED im Dezember 1989 in (SED-)PDS umbenannt hatte – aus SPD-Sicht eine „Schweinerei“[206] –, scheint zum Problem nur deshalb geworden zu sein, weil die DDR-

[204] LUH, Akz. 2009/09, Sign. 11/2, Roland Klapprodt an Peter von Oertzen, 26. 01. 1990, S. 1.

[205] So Peter Conradi im SPD-Parteivorstand, zit. nach Fischer, Die Einheit sozial gestalten, S. 274.

[206] So der niedersächsische SPD-Fraktionschef Rolf Wernstedt, zit. nach Jörg Bremer: Sozialismus ohne Demokratie ist kein Sozialismus. Von einer Debatte zwischen SPD und SDP in Hannover, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 12. 1989, S. 4.

Staatspartei längst nicht mehr als Partnerin taugte, sondern zur Konkurrentin der Sozialdemokratie geworden war – und dies dann eben auch begrifflich.[207] Von daher hatte sich die Erwartung der SPD an eine Sozialdemokratisierung der SED durchaus – jedenfalls semantisch – erfüllt, nur war dies weit zu spät erfolgt und geriet damit zum Störfall.

Zudem stellte die Strategie der Allianz für Deutschland im DDR-Wahlkampf nichts grundsätzlich Neues dar, sondern kam bei der CDU/CSU schon zum Einsatz, noch bevor sich die SED in PDS umbenannte. So wandte sich der Unionsfraktionsgeschäftsführer Friedrich Bohl bereits kurz nach dem Mauerfall gegen alle Versuche der SPD, „den sogenannten ‚demokratischen Sozialismus' als erfolgversprechenden Weg für die DDR zu propagieren" – und mobilisierte dafür sogar den Revolutionsbegriff:

„Der Zusammenbruch des realen Sozialismus bedeutet den Bankrott der sozialistischen Idee insgesamt. Sozialismus, welcher Art er auch sei, setzt das Kollektiv vor den einzelnen Menschen. Sozialismus ist ein Synonym für Bevormundung und Gängelung. Die Revolution dieser Tage ist eine Revolution gegen die Bevormundung. […]

Die Losung der Zeit heißt Freiheit statt Sozialismus. Die SPD ist aufgefordert, ihr neues Grundsatzprogramm den Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa anzupassen. Sie braucht eine Grundsatzprogramm-Perestroika: Die SPD sollte den Sozialismus aus ihrem Programm streichen."[208]

Vor diesem Hintergrund sah sich SPD-Chef Vogel schon vor dem Mauerfall zu der öffentlichen Erklärung genötigt, das Ende diktatorischer Herrschaft im zerfallenden Ostblock bedeute nichts weniger als das „Ende der Sozialdemokratie". Im gleichen Atemzug aktualisierte Vogel offensiv den Begriff des demokratischen Sozialismus – und konnte zugleich darauf verweisen, dass die Reformvorstellungen etwa der DDR-Opposition „keinesfalls auf Gesellschaftsmodelle neokonservativer Prägung" hinausliefen. Übrigens sahen sich von den verbalen Angriffen der Konkurrenz nicht nur die Sozialdemokraten getroffen, sondern auch die Gewerkschaften. Der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler, SPD-Mitglied und von der FAZ als „heimliche[r] Generalsekretär des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik" apostrophiert, beklagte sich auf dem Gewerkschaftstag kurz nach dem Mauerfall wegen der „ideologischen Sektkorkenknallerei" des „Kapital[s] im Westen", welches „schon die Morgenröte einer jeder Fesseln enthobenen uneingeschränkten Profitwirtschaft" erblicke und deshalb „den Sieg eines schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus" verkünde: „Da wird der Zusammenbruch einer ganzen Weltanschauung gefeiert, da wird mit unverkennbaren Anspielungen auf unsere Gewerkschaften und alles, was wir […] an sozialem Fortschritt erkämpft haben,

[207] Die Umbenennung der ostdeutschen SDP in SPD war mit Zustimmung der westdeutschen Sozialdemokraten auch erfolgt, um einer möglichen Umbenennung der SED in SPD zuvorzukommen (vgl. Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 264). Das Problem der semantischen Nähe von SPD und PDS sollte sich im Übrigen mit der deutschen Vereinigung, durch die die beiden Parteien direkte Konkurrentinnen wurden, noch einmal verschärfen.

[208] CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Die Wahrheit über die SPD-Deutschlandpolitik, Pressedienst vom 14. 11. 1989, S. 2.

der ganze, ach so üble, Kollektivismus abgefertigt.“ Er legitimierte dabei sein Festhalten am Sozialismusbegriff mit Verweis auf einen anderen Begriff, nämlich den des Kapitalismus:

„Die Idee eines humanen und demokratischen Sozialismus steht noch immer deutlich gegen den staatsbürokratischen Kommunismus östlicher Prägung und den inhumanen Kapitalismus westlicher Prägung. Der Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus ist keinesfalls eine Niederlage des Sozialismus. Und er ist schon gar kein Sieg des Kapitalismus. […] Die Zukunft liegt nicht beim Kapitalismus, sondern bei einer freien und sozialen Gesellschaft.“

Mit Blick auf die Transformationen in der Sowjetunion und den Ländern Mittel- und Osteuropas fuhr Steinkühler sogar fort: „Deshalb bedeuten Glasnost und Perestrojka Hoffnung für die Ideale des demokratischen Sozialismus.“ Und er fügte hinzu: „Es würde ein Stück gemeinsamer Zukunft verspielt werden, wenn Perestrojka letztlich nur darauf hinausliefe, unser Zivilisationsmodell zu kopieren“.

Doch abgesehen davon, dass Letzteres bald eintreten sollte, war der rasante Ansehensverlust des Sozialismus nicht zu stoppen und wurde besonders ab dem Winter 1989/90 zu einem ernsten Problem für SPD und Gewerkschaften. Zu beobachten war die weitgehende Desavourierung des Begriffs in der DDR und den übrigen Ostblockstaaten und damit ein Trend, von dem auch die ostdeutschen Sozialdemokraten betroffen waren. Hatte Steffen Reiche zur Zufriedenheit seiner westdeutschen Gegenüber im Herbst 1989 noch erklärt, die SDP gedenke das Wort Sozialismus vom bisherigen Regime zu lösen und positiv zu füllen (wie auch das gleichfalls diskreditierte Wort „Partei“[209]), so konstatierte ein SDP-Vertreter bereits im Dezember: „Bei uns hat Sozialismus einen schlechten Klang. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft. In der DDR können Sie sehen, wie sozialistische Verhältnisse aussehen.“[210] Der niedersächsische SPD-Fraktionschef Rolf Wernstedt, der nur Tage zuvor betont hatte, bei der Auseinandersetzung um den Sozialismusbegriff gehe es „um die strategische Grundlage der nächsten Jahrzehnte“,[211] musste zugestehen, dass Worte und Symbole wie „Genosse, Sozialismus oder rote Fahnen“ in der DDR äußerst unbeliebt seien. Dennoch rief Wernstedt zur Verteidigung des Sozialismusbegriffs auf: „[W]ir Sozialdemokraten geraten mit in den Strudel der Verachtung dieser Symbole, wenn wir nicht deutlich machen: das, was in der DDR war, war kein Sozialismus.“[212] Inwieweit dies Anfang der 1990er Jahre gelang, wird in Kapitel V.1 genauer analysiert.

[209] [o. V.:] Neubeginn oder Kollaps. Gespräch mit Steffen Reiche (SDP), in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 38 (1989), Nr. 12, S. 1074–1080, hier S. 1076.

[210] Zit. nach Jörg Bremer: Sozialismus ohne Demokratie ist kein Sozialismus. Von einer Debatte zwischen SPD und SDP in Hannover, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 12. 1989, S. 4.

[211] Rolf Wernstedt: Bildung in Deutschland – voneinander lernen [Transkript eines Vortrags vom 04. 12. 1989], in: Heinz Thörmer/ders.: Wenden oder Die deutsche Einheit als historischer Lernprozeß. Reden und Tagebuchnotizen, Marburg 1991, S. 29–39, hier S. 34.

[212] Sozialismus ohne Demokratie ist kein Sozialismus Von einer Debatte zwischen SPD und SDP in Hannover berichtet Jörg Bremer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 12. 1989, S. 4.

„Dritter Weg" ohne „Sozialismus"

Nicht alle Teile der Linken, und auch nicht alle früheren Solidarność-Unterstützer, waren von der Desavouierung des Sozialismusbegriffs betroffen. Einige von ihnen hatten sich von diesem Begriff bereits früher gelöst. Die Zielpersistenz, die sich bei Peter von Oertzen und beim Komitee für Grundrechte und Demokratie findet, steht somit nicht stellvertretend für alle früheren Solidarność-Unterstützer. Vielmehr lassen sich bei einigen ehemaligen Aktivisten auch fundamentale Erwartungstransformationen erkennen. Deutlich erkennbar ist dies bei grünen „Realos" wie Joschka Fischer, der bereits im Frühjahr 1989 das Ende des Sozialismus verkündet und seiner Partei eine kapitalistische Reformpolitik empfohlen hatte.[213] Fischer hatte sich frühzeitig und ausdrücklich vom Sozialismusbegriff verabschiedet. Es gilt aber auch für andere Grüne, die im Umbruch 1989/90 für einen „dritten Weg" jenseits von Kommunismus und Kapitalismus plädierten. Antje Vollmer und Ralf Fücks sind Beispiele dafür, dass der Begriff des „drittes Weges" auch losgelöst vom Begriff des Sozialismus verwendet werden konnte. Vollmer erklärte am Tag vor dem Mauerfall im Bundestag, wer jetzt „vom Sieg der westlichen Werte" spreche, der sei „unfähig, etwas Neues, Drittes zu denken".[214] Sie verwendete damit zwar einen Begriff, der bereits in der Solidarność-Solidarität eine Rolle gespielt hatte und der anderen, wie das Beispiel Peter von Oertzens zeigt, zur Kennzeichnung einer sozialistischen Demokratie diente. Sie zielte damit jedoch gerade nicht auf eine sozialistische Demokratie. Von einem „dritten Weg" sprach sie vielmehr, um sich von den „Fundis" und „Ökosozialisten" in ihrer Partei abzugrenzen. Vollmer versuchte mit Fücks und anderen in der Gruppe Grüner Aufbruch Anfang 1990, bei den Grünen eine „antisozialistische und reformpolitische Linie"[215] im Programm für die Bundestagswahl durchzusetzen. Gegen die Parteilinke taten sie sich mit „Realos" wie Joschka Fischer zusammen, um sich gegen den linken Parteiflügel durchzusetzen. Das Unternehmen ging zwar fehl und die Grünen zogen mit einem stark links geprägten Programm in den Wahlkampf.[216] Der gescheiterte Versuch zeigt jedoch, dass Grüne wie Vollmer und Fücks von einem „dritten Weg" inzwischen anders sprachen, als Letzterer es im Zuge der Solidarność-Hilfe getan hatte. Wenn Fücks die polnische Gewerkschaftsbewegung Anfang der 1980er Jahre auf einem „3. Weg" gesehen hatte, war er davon ausgegangen, dass dieser zum Sozialismus führe.[217] 1989/90 in die Planungen zu einem großen „Perestroika-Kongreß" der Grünen eingebunden, plädierte Fücks weiterhin für einen „dritten Weg", sprach jedoch nicht mehr von Sozialismus.[218] Die anhaltende Rede von einem „dritten Weg" kann demnach nicht übersehen lassen, dass sich Fücks' Begriffs-

213 Siehe unten, Kap. V.
214 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13031C.
215 Hans-Joachim Veen/Jürgen Hoffmann: Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre. Profil und Defizite einer fast etablierten Partei, Bonn 1992, S. 66.
216 Vgl. ebd.
217 Siehe oben, Kap. II.
218 Siehe oben, Kap. III.

verwendung entscheidend gewandelt hatte. In der Lösung des „dritten Wegs“ vom Sozialismusbegriff kommt damit eine weitere Erwartungstransformation zum Ausdruck, nachdem Fücks sich schon zuvor von marxistisch-leninistischen Dogmen gelöst hatte (s. Kap. II).

2.3 Die These vom demokratischen Vorsprung der DDR

Doch nicht nur das Projekt eines „dritten Weges“ – ob nun verknüpft mit dem Sozialismusbegriff oder nicht – kennzeichneten Vertreter der Linken 1989/90 als zukunftsweisend, sondern schon durch den Tatbestand der „Revolution“ schien vielen die DDR zum Exempel avanciert zu sein. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie erklärte deshalb: „Die ‚westlichen‘ Gesellschaften sind zum Lernen herausgefordert! […] Nicht der ‚Westen‘ expandiert nun ‚siegreich‘ in den ‚Osten‘. Vom Aufbruch dieser Länder können und müssen die westlichen Gesellschaften lernen“.[219] In ähnlicher Weise erklärte die trotzkistisch-maoistische VSP, in der sich die früheren Solidarność-Unterstützer Jakob Moneta und Winfried Wolf engagierten, zu der Entwicklung in der DDR:

„Sie gewinnt in einem sehr entscheidenden Punkt Vorbildcharakter: In der DDR wurde der die politischen Verhältnisse umwälzende Prozeß von unten in Gang gesetzt. Die Ereignisse in der DDR sind Beispiel für die Kraft, die Menschen dann entwickeln können, wenn sie ihre Interessen selbst formulieren, wen[n] sie sich hierfür mobilisieren, wenn sie beginnen, ihre eigene Geschichte zu schreiben.“[220]

Doch auch bei Sozialdemokraten und Grünen findet sich das Motiv eines temporalen Vorrückens der DDR. Wie bereits zitiert, sah Antje Vollmer im Osten die „erste selbsterkämpfte Demokratie auf deutschem Boden“ entstehen, „die uns nicht der Krieg und auch nicht die Siegermächte beschert haben“.[221] Im Westen, so Vollmer, müsse man sich „sehr, sehr beeilen, Anschluß an diesen demokratischen Aufbruch zu finden“.[222] Sie brachte die DDR damit in Gegensatz zur Bundesrepublik, deren politisches System vielen Linken als Produkt der Besatzungsherrschaft, wenn nicht als restaurativ galt. Im gleichen Sinne äußerte sich auch ihr Parteikollege Gerald Häfner, der mit ihr später an der Verfassungsinitiative des *Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* zusammenarbeiten sollte:

„Zum ersten Mal in der der deutschen Geschichte gab es eine friedliche, gewaltfreie, und vor allem erfolgreiche Revolution. Von diesen Bürgern der DDR könnten wir, die wir so gerne Wohlstand mit Freiheit, Parlamentarismus mit Demokratie, eine schwindelerregende Überrüstung

[219] AGG, A Martin Schmidt, 82, Komitee für Grundrechte und Demokratie: „Eine andere, eine abweichende westdeutsche Bekanntgabe. Osteuropa und der Westen: Die Ereignisse in den osteuropäischen Ländern und wir“, S. 2.

[220] VSP: Thesen zur politischen Lage nach der DDR-„Novemberrevolution“, in: Gesammelte Beiträge zur Diskussion der Linken, Nr. 4 (28. 12. 1989), S. 1–6, hier S. 1.

[221] Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13031C.

[222] Zit. nach [o. V.:] Bonn feiert Einigkeit und Recht und Freiheit, in: taz vom 11. 11.1989.

mit Frieden und sonntägliche Spenden an Brot für die Welt mit weltweiter Solidarität verwechseln, noch vieles *lernen*. Denn auch bei uns, die wir diese sehr unvollkommene Demokratie nicht selbst erkämpft, sondern von den Alliierten geerbt (uns seither kaum verbessert) haben, gibt es viel zu tun."[223]

Auch der Sozialdemokrat Erhard Eppler attestierte den DDR-Bürgern einen Demokratievorsprung – und erblickte darin sogar die Möglichkeit neuer Legitimation für den ostdeutschen Staat:

„Eine Chance für die DDR, an die noch vor ein paar Monaten niemand gedacht hat, könnte in dem demokratischen Selbstbewußtsein liegen, das entstehen muß, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger eines Tages auf eine Demokratie verweisen können, die sie selbst erkämpft haben. Das haben sie der Bundesrepublik voraus."[224]

In dem Maße, in dem die DDR aus linker Sicht temporal vorrückte, fiel jedoch die Bundesrepublik zurück. Denn der westdeutsche Staat wirkte nur umso defizienter, je leuchtender das demokratische Beispiel des Ostens schien. Für den Juristen Helmut Ridder – ein „Nestor der westdeutschen Linken"[225] und später ebenfalls in die Verfassungsdebatte involviert[226] – bedeutete der Umbruch sogar, „daß 1789 die BRD nun einfach überspringt und irgendwie in der DDR ‚ankommt' und ‚dieses unser Land' einzukreisen beginnt",[227] wie er in einem Brief formulierte. Die Bundesrepublik geriet in dieser Deutung zu einer der letzten revolutionslosen Inseln Europas, gefangen in einer eigentlich längst zurückliegenden historischen Epoche.

Um den Impuls des DDR-Umbruchs wenigstens medial zu ‚importieren', forderten Grüne und Sozialdemokraten, auch das DDR-Fernsehen ins bundesdeutsche Kabelnetz einzuspeisen. Die Berichterstattung etwa der *Aktuellen Kamera* über den Umbruch sei neuerdings vorbildlich und ein Exempel in Demokratie, befand man auf Seiten der Linken im Herbst 1989. Deshalb müsse sie auch den Bundesbürgern zugänglich gemacht werden. So hatte Walter Momper den Abgeordneten der CDU/CSU schon am 8. November 1989 nahegelegt, sich das DDR-Fernsehen „öfter einmal an[zu]hören",[228] und Antje Vollmer sah die Westdeutschen „im Medienloch sitzen, wenn wir das DDR-Fernsehen nicht in unserem Kanal haben".[229] Der SPD-Abgeordnete Reinhold Hiller bezeichnete es als „absolutes Manko, daß es in zwei Dritteln der Bundesrepublik nicht möglich ist, die Veränderungen auch des DDR-Fernsehens zu verfolgen".[230] Entsprechend erkundigte sich für die Sozialdemokraten der Parlamentarier Rolf Niese bei der Bundes-

223 [o. V.:] Forum der Parteien. Für die Grünen: Gerald Häfner, MdB, in: Augsburger Allgemeine vom 01. 12. 1989 (Hervorhebung im Original).
224 Eppler, Ist die DDR zu retten?
225 Haug, Versuch, S. 176.
226 Siehe unten, Anhang, Tabelle 2, Zeile 1145.
227 So in einem Brief an Wolfgang Fritz Haug (zit. nach Haug, Versuch, S. 115).
228 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13013A.
229 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/173, S. 13031B.
230 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/177, S. 13535A.

regierung nach deren Bereitschaft, „den Empfang des DDR-Fernsehens auch für Bundesbürger sicherzustellen“.[231]

Doch waren die Medien nicht das einzige Gebiet, auf dem die DDR einen Vorsprung gewonnen zu haben schien. Besonders die ab Dezember 1989 am Runden Tisch entstandene „eigentümliche zivilgesellschaftliche Kultur“[232] und die von diesem Gremium ausgearbeitete neue DDR-Verfassung wiesen aus linker Sicht vorbildliche Momente auf, die es noch 1990 im Vereinigungsprozess zu bewahren – und sogar auf den Westen zu übertragen – galt. Besonders die Grünen machten sich für das solcherart verstandene „Vermächtnis der vielzitierten friedlichen Revolution“[233] stark. So beantragten sie im Bundestag, eine verfassunggebende Versammlung für das vereinte Deutschland einzuberufen, welche „die Tradition und den Verfassungsentwurf des ‚Runden Tisches‘ in der DDR aufnehmen und weiterentwickeln“[234] solle. Die neu zu entwickelnde Konstitution könne, so die Idee der Grünen, „ähnlich dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches in vielen Bereichen über dem [sic] vom Grundgesetz erreichten Standard hinausgehen“.[235] Nach dem Scheitern dieser Initiative schlugen sie eine Verankerung wenigstens von Volksentscheiden im Grundgesetz vor. Zur Begründung gaben sie an, dass mit dem „Zusammenbruch der alten Ordnung“ „zwar ein Teil der Forderungen“ der „friedliche[n] Revolution“ realisiert worden sei. „Der zweite Teil, die Forderung nach umfassender politischer Selbstbestimmung und Demokratie harrt auch im vereinten Deutschland noch der Verwirklichung. Alle vier Jahre an Wahlen teilnehmen und seine Stimme – im doppelten Wortsinn! – abgeben zu dürfen, reicht bei weitem nicht aus.“[236] Damit unterstrichen die Grünen die (aus ihrer Sicht zu beklagende) Defizienz der bundesrepublikanischen Demokratie und versuchten, mit der Integration plebiszitärer Elemente wenigstens einen Rest des revolutionären Impulses aus der DDR ins vereinte Deutschland zu retten. Dem wird in Kapitel V weiter nachzugehen sein.

Den Gewerkschaften hingegen ging es um das Aussperrungsverbot bei Arbeitskämpfen, das im neuen Gewerkschaftsgesetz der DDR festgehalten worden war. Eine entsprechende Regelung gelte es, so IG Metall-Chef Franz Steinkühler im März 1990, auch in der Bundesrepublik zu erreichen. Dass die bundesdeutschen Unternehmer das neue DDR-Gesetz als „Investitionshemmnis“ kritisierten, zeugte für Steinkühler von einer „merkwürdige[n] soziale[n] Einstellung“.[237] Westdeutsche Strafgefangene wiederum forderten zuhauf, die Bundesrepublik solle analog

[231] Deutscher Bundestag, Drucksache 11/5957, S. 36.
[232] Haug, Versuch, S. 398. Haug fragte sich ebd.: „Ob dieser Zugewinn gehalten werden kann?“ Zum Zivilgesellschaftsbegriff s. u., Kap. V.2.2.
[233] So auch der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel – zur Begründung seines Vorschlags, Waffenexporte stark zu begrenzen (Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/224, S. 17684).
[234] So Eckhard Stratmann-Mertens am 09. 09. im Bundestag (Plenarprotokoll 11/222, S. 17508A).
[235] Deutscher Bundestag, Drucksache 11/7764, S. 3.
[236] Deutscher Bundestag, Drucksache 11/8412, S. 2.
[237] Zit. nach [o. V.:] „Die Aussperrung in ganz Deutschland verbieten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09. 03. 1990, S. 17.

zur DDR eine Anmestie in den Gefängnissen durchführen – und fanden hierfür ein Forum bei der linksalternativen *tageszeitung*. Das Ansinnen der Häftlinge sagt indes einiges über deren Staatsverständnis aus: die Bundesrepublik war aus ihrer Sicht mitnichten ein Rechtsstaat, stattdessen stellten sie ihre eigene Verurteilung mit dem (früheren!) politischen Strafrecht in der DDR auf eine Stufe.

Doch selbst altes, vorrevolutionäres DDR-Recht konnte sich aus linker Perspektive als bewahrens- und importierenswert, weil bundesdeutschem Recht voraus, erweisen. Für die Grünen, die sich als Sprachrohr der Neuen Sozialen Bewegungen verstanden, ging es hierbei erstens um die Homosexuellenrechte, deren Einschränkung bereits 1988 aus der DDR-Verfassung gestrichen worden war. Die Grünen forderten entsprechend eine „Rechtsangleichung" durch Streichung des § 175 aus dem westdeutschen Strafgesetzbuch, da bei einer „bloßen Übernahme des bundesdeutschen Rechtssystems [...] die fortgeschrittenere rechtliche und politische Debatte über Gesellschaft und Homosexualität in der DDR dem Vereinigungsprozeß zum Opfer fallen"[238] würde. Zweitens ging es den Grünen um einen straffreien Schwangerschaftsabbruch. Im Zuge der Vereinigung sei „eine Regelung zu treffen, die nicht hinter die in der DDR geltende zurückfällt" – und letztendlich der von der Frauenbewegung jahrzehntelang bekämpfte § 218 StGB ersatzlos zu streichen.[239] Schließlich hatte schon im Juli 1990 ein deutsch-deutscher Frauenkongress geklagt: „Der hoffnungsvolle gesellschaftliche Aufbruch in der DDR ist im Keim erstickt. Der deutsch-deutsche Ver-Einigungsprozeß droht zu einem historischen Rückschritt im Emanzipationsprozeß von Frauen/Lesben in Ost und West zu werden."[240] Und bereits im Februar hatten in der DDR Frauen mit der Losung „Dafür sind wir [im Herbst 1989] nicht auf die Straße gegangen"[241] öffentlich protestiert.

Neben diesen ganz materiellen Momenten gab es auch vielfach die Vorstellung von bewahrenswerten immateriellen, kulturellen Werten in der DDR. So ließ eine Sozialdemokratin, die sich als Angehörige der „68er"-Generation vorstellte, Willy Brandt schon im November 1989 wissen:

„Viele hier vergessen so schnell, daß Drüben Menschen wie die Schauspielerin Steffi Spira sind. Die aus der Emigration nach 1945 ganz bewußt in jenen Staat gegangen sind. Die große Hoffnungen hatten, und dennoch jahrzehntelang sehr gelitten haben [...]. Diese Menschen und auch viele Arbeiter haben nun mit Recht Angst, das Gute, Solidarische, das sie mühevoll mitgestaltet haben, könnte geschluckt werden. Unsere Ellenbogengesellschaft hat leider so faszinierend volle Geschäfte.

[…] Ich hoffe sehr, daß unsere, ach so tüchtige Gesellschaft von den Menschen da drüben etwas lernen wird. Wir haben 2 Millionen Arbeitslose (mindestens) und 6 Millionen z. T. heimliche Arme. Mich erschreckt der protzige Reichtum, den ich im Mittelbau um mich herum sehe. Willy, bei uns gibt's noch so viel zu tun und ich bin froh und war immer froh, daß es Menschen wie Dich gibt.

238 Deutscher Bundestag, Drucksache 11/7544, S. 2.
239 Deutscher Bundestag, Drucksache 11/7764, S. 2 f.
240 Zit. nach Grüner Basisbrief [der bayerischen Grünen, überliefert in deren Landesgeschäftsstelle in München] vom September 1990, S. 4.
241 Zit. nach Haug, Versuch, S. 343.

Ich wünsch mir zu Weihnachten, daß Viele [sic] der Irritierten sehen, der Sozialismus kann sich entwickeln und es finden sich Möglichkeiten.“[242]

Dies musste nicht einmal als Widerspruch zu Bildern der Rückständigkeit stehen. So sprach Wilhelm Knabe, der sich Anfang der 1980er Jahre bei den Grünen für Solidarność eingesetzt hatte, gegen eine Übertragung des westlichen Modells auf die DDR aus und plädierte stattdessen für eine Angleichung des ökonomischen Niveaus in Gegenrichtung. Rückstand bedeute in dieser Sicht Vorsprung:

„Kann das Gefälle zwischen Ost und West nur durch das Anheben des materiellen Wohlstandes in der DDR beseitigt werden? Kann man dies nicht auch durch das Absenken des materiellen Verbrauchs im Westen tun? Könnte dieser Ausgleich des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den beiden Staaten nicht auch ein *Vorläufer* des notwendigen Ausgleichs zwischen Nord und Süd sein?“[243]

Somit stand die DDR 1989/90 bei vielen früheren Solidarność-Unterstützern doch noch für ein Stück Zukunft und eine gewisse Vorbildhaftigkeit. Entsprechend musste, wenn sie letztlich in einer erweiterten Bundesrepublik aufging, dies als fataler Rückschritt erscheinen. War die DDR eben erst temporal vorgerückt, konnte die hierdurch zurückgefallene Bundesrepublik nicht Zielpunkt des ostdeutschen Umbruchs sein. Dies jedoch behaupteten etwa konservative Juristen, wie oben erwähnt. Mit dem gesellschaftlichen Transformationsprozess sahen sich viele Linke zudem auf eine Position der Schwäche zurückgeworfen. Peter von Oertzen etwa hatte schon im November 1989 gewarnt, wenn der „Anschluß“ der DDR „auf kapitalistischer Grundlage vollzogen“ werde, sei „auch die Linke in der BRD entwaffnet“, denn das vereinte Deutschland werde „die wichtigste imperialistische Macht nächst den USA sein. Die Folgen für das innenpolitische Kräfteverhältnis sind absehbar.“[244]

Auch wenn nicht alle die Lage so pessimistisch einschätzten, signalisierten doch die Wahlniederlagen von SPD und Grünen im Dezember 1990 neben deren „Anpassungskrise“[245] auch, dass die Linke insgesamt vollends in die Defensive geraten war.[246] Dazu passt, dass zahlreiche Akteure nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erneut eine temporale Semantik des Rückschritts bemühten. Selbst radikale Linke schätzten den Wahlausgang, der die SPD zurückwarf und die Grünen aus dem Parlament verwies, als verheerend ein. So bezeichnete der maoistische BWK das Ergebnis als „Rückschlag für uns alle“ und konstatierte, die schwarz-gelbe Koalition habe jetzt „ein Mandat für eine Reihe reaktionärer Vorhaben“. Auf den Vereinigungsprozess zurückblickend, diagnostizierte er: „Der Zentralstaat und die Konzernwirtschaft der BRD haben mit ihren Möglichkeiten,

242 Ebd., Renate Freyer-Reschke an Willy Brandt, 11. 11. 1989.
243 Ebd., S. 13046B–C (Hervorhebung im Original).
244 LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Peter von Oertzen, Diskussionsthesen zur Situation der Linken in der BRD und DDR, undat. (Dezember 1989), S. 1.
245 Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 173.
246 Dies betont auch Jan Gerber: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“, Freiburg i. Br. 2010, S. 14 f.

in großem Stil Fakten zu setzen, die Linke […] überrumpelt und in einigen Fragen vor Rätsel gestellt, die beantwortet schienen."[247]

3. Zwischenfazit

1989 gilt als das Jahr der Rückkehr der *friedlichen Revolution*. Gemeint ist damit die erneute Trennung der (politischen) Revolution vom Element der Gewalt, das seit der russischen und chinesischen Revolution das Begriffsverständnis geprägt hatte. In diesem Kapitel konnte gezeigt werden, dass es nicht etwa ostdeutsche Akteure, sondern mit Antje Vollmer eine westdeutsche Linke aus der (früheren) Solidarność-Solidarität war, die den Revolutionsbegriff Anfang November 1989 ausdrücklich vom Element der Gewalt trennte, um ihn erstmals öffentlichkeitswirksam auf den Umbruch in der DDR zu beziehen. Dies ist bezeichnend, weil sich bereits in der Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre der Begriff der („friedliche[n]") „Revolution" fand, was in deutlichem Gegensatz zur (früheren) Orientierung der betreffenden Linken an der russischen und chinesischen Revolution stand (s. Kap. II). Im Gebrauch des Begriffs *friedliche* bzw. *gewaltlose Revolution* kommt damit eine tiefgreifende Erwartungstransformation innerhalb der Linken zum Ausdruck, die als Abschied von marxistisch-leninistischen Dogmen zu kennzeichnen ist und die bereits an der Wende zu den 1980er Jahren einsetzte. Gleichzeitig fällt auf, dass Vollmer 1989 nicht mehr von Sozialismus sprach, das heißt nicht mehr dieselben Erwartungen an den Revolutionsbegriff knüpfte, die ihn im Gebrauch der Solidarność-Unterstützer Anfang der 1980er Jahre (in seiner damaligen Bindung an den Sozialismusbegriff) noch ausgemacht hatten. Dies lässt eine weitere Erwartungstransformation erkennen.

Ferner konnte gezeigt werden, dass den Begriff der „gewaltlosen" bzw. „friedlichen Revolution" mit Vollmer (und Momper) Politiker aufbrachten, die sich für einen „dritten Weg" aussprachen und die einen Erhalt der Zweistaatlichkeit wünschten. Gleichzeitig fiel auf, dass die Rede von einer Revolution in der DDR sich schnell verbreitete. Der Begriff fand damit neue Anhänger, die zwar das Wort übernahmen, nicht jedoch die mit ihm zunächst verknüpften Erwartungen (an den Fortbestand einer eigenständigen DDR). Sie konnten mit ihm stattdessen ganz andere Erwartungen verbinden. So leiteten konservative Juristen aus der DDR-„Revolution" gerade die Legitimität einer Vereinigung nach Art. 23 ab.

Linke aus der ehemaligen Solidarność-Solidarität (und darüber hinaus) vertraten dagegen die These von einem demokratischen Vorsprung der DDR, den der zweite deutsche Staat seiner „Revolution" verdanke und der seine Eingliederung in die Bundesrepublik verbiete. Deutlich wurde daran, dass die Applizierung des Revolutionsbegriffs auf die DDR von ihrer Genese her als Instrument gegen das Ziel einer „Wiedervereinigung" zu verstehen ist, das Unionspolitiker zur gleichen

[247] Die Wahl – ein Rückschlag für uns alle, in: Politische Berichte 25/1990, S. 1.

Zeit aktualisierten, das jedoch auf Seiten der Linken äußerst breit (also nicht nur von früheren Solidarność-Unterstützern) als rückschrittlich abgelehnt wurde. Indes schmolzen die Erwartungen, die Vollmer und andere im Gebrauch des Revolutionsbegriffs zum Ausdruck gebracht hatten, auch mit dem sich abzeichnenden Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nicht einfach ab. Sie verlagerten sich stattdessen auf Gesetzesinitiativen und Verfassungsvorschläge für das sich vereinigende Deutschland. Diese werden im folgenden Kapitel chronologisch weiterbetrachtet.

V. „Der Wind hat sich gedreht“[1] – die schwierige Ankunft im vereinten Deutschland

1. „Das Ende der Hoffnung“[2]? Streit um den Sozialismusbegriff

Das vereinte Deutschland der frühen 1990er Jahre ist als Ort von Enttäuschung bereits ausführlich beschrieben. Manfred Görtemaker schildert die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Einheit als „größte negative Überraschung“ und die mit ihr verbundenen hohen ökonomischen Erwartungen rückblickend als „Illusion“.[3] Jürgen Kocka sprach früh von einer „Vereinigungskrise“,[4] in der sich Deutschland Anfang der 1990er Jahre befunden habe, und Heinrich August Winkler hält fest: „Der Freude über die wiedergewonnene Einheit folgte schon bald Enttäuschung über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik“.[5]

Hatte die westdeutsche Linke im Prozess der Vereinigung bereits eine tiefe „Anpassungskrise“[6] durchlaufen, erlebte sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erst recht eine schwere Niederlage. Die Ablösung Helmut Kohls als Bundeskanzler misslang. Die SPD musste Verluste hinnehmen, und die Grünen verpassten gar den Wiedereinzug ins Parlament. Damit wurde die „wiedervereinigungskritische Opposition […] abgestraft“, obwohl ein Jahr vorher die Sozialdemokraten noch „wie sichere Sieger ausgesehen“ hatten.[7] Die Auswirkungen schienen sich nicht nur auf (ehemalige) Parlamentsparteien zu beschränken. Renate Damus und ihre Sprecherkollegen vom Bundesvorstand der Grünen betrachteten die „schlimme Wahlniederlage“ als Rückschlag für die Linke überhaupt, die „auch bedrückende Nachteile für die progressiven Kräfte in der Bundesrepublik“[8] insgesamt bringe. Und das Sozialistische Büro, eine der Säulen der früheren Solidarność-Solidarität, stellte nach der Bundestagswahl fest, dass „die ‚Linke‘ als

1 Heinrich Albertz: Der Wind hat sich gedreht. Gedanken über uns Deutsche, München 1991.
2 Thomas Meyer: Was bleibt vom Sozialismus?, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 9.
3 Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 768.
4 Jürgen Kocka: Vereinigungskrise. Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995.
5 Heinrich August Winkler: Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart, München 2015, S. 62.
6 Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, Bonn 2010, S. 173.
7 Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 1144.
8 AGG, B.I.3, 236, Mitgliederrundbrief der Bundesvorstandssprecher Renate Damus, Hans-Christian Ströbele und Heide Rühle, dat. Dezember 1990.

politische Kraft weiteren Boden verloren hat“.[9] Ein *taz*-Leser hatte schon beim Vollzug der deutschen Einheit „allen, die unter den grausigen Verhältnissen der heutigen Zeit zu leiden haben, vor[geschlagen], den 3. Oktober unter Vollnarkose zu verbringen. (Sauft am besten Wodka ‚Gorbatschow ‘, denn dem haben wir ja alles zu verdanken.)“[10] Wie Jan Gerber in seiner politikwissenschaftlichen Dissertation dargelegt hat, verschwanden in der Folge des Umbruchs von 1989/90 zahlreiche linke Gruppen oder sahen sich erheblichen Mitgliederverlusten sowie häufig auch Finanzproblemen gegenüber.[11]

Aber auch in anderen Ländern Westeuropas bedeutete der Übergang zu den 1990er Jahren einen tiefen Einschnitt. Hartmut Kaelble weist darauf hin, „dass sich auch im westlichen Europa die politische Landschaft 1989/90 tief greifend wandelte. Fast jedes Land war in der einen oder anderen Weise tangiert.“[12] In Italien kollabierte das bisherige Parteiensystem, die (euro-)kommunistische Partei spaltete sich und firmierte fortan mehrheitlich als demokratische Linkspartei (Partito Democratico della Sinistra, heute Partito Democratico).[13] In Österreich änderte die regierende Mitte-Links-Partei ihren Namen von Sozialistische Partei zu Sozialdemokratische Partei.[14] Linke aus verschiedensten Ländern beklagten sich über die Auswirkungen der Systemtransformationen im östlichen Europa. Als enttäuschend wurde dabei insbesondere vermerkt, dass auch jene Teile der Linken, die den Regimes des sowjetischen Machtbereichs kritisch gegenübergestanden hatten, negativ von den Ereignissen beeinflusst würden, statt vom Verschwinden des „real existierenden Sozialismus“ zu profitieren, der mit ihrem eigenen Verständnis von Sozialismus wenig gemein gehabt hatte. So beklagte sich der britische Historiker Robin Blackburn, Leiter der *New Left Review*, Anfang 1991, das Ende des Ostblocks habe die Idee des Sozialismus gleich welcher Form beschädigt und lasse scheinbar keinerlei Alternativen zum Kapitalismus mehr zu. Hiervon seien gleichermaßen nicht nur bislang Moskau-orientierte Kommunisten, sondern Linke jeglicher Spielart betroffen:

“As we enter the last decade of the twentieth century, the ruin of ‘Marxist-Leninist’ Communism has been sufficiently comprehensive to eliminate it as an alternative to capitalism and to compromise the very idea of socialism. The debacle of Stalinism has embraced reform-communism, and has brought no benefit to Trotskyism, or social democracy, or any socialist current.”[15]

[9] HIS, Bestand SB 001, Sozialistisches Büro an Joachim Hirsch, Micha Brumlik, Helmut Dubiel, Dietrich Wetzel, Jürgen Habermas, Peter Glotz, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Karsten D. Voigt, 07. 01. 1991.

[10] IISG, Die Tageszeitung Archives 65d, unveröffentlichter Leserbrief von R. A., undat. (September 1990).

[11] Jan Gerber: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“, Freiburg i. Br. 2010, S. 19–26.

[12] Hartmut Kaelble: Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989, München 2011, S. 271.

[13] Vgl. ebd., S. 80 ff.

[14] Vgl. Thomas Meyer: Demokratischer Sozialismus – soziale Demokratie. Eine Einführung, 3., überarbeitete und aktualisierte Aufl., Bonn 1991, S. 125.

[15] Robin Blackburn: Fin de Siecle. Socialism after the Crash, in: NLR (Januar/Februar 1991), I/185, S. 5–66, hier S. 5.

Der italienische Reformkommunist Lucio Magri kontrastierte diese negative Erfahrung mit den positiven Erwartungen, die der Umbruch zunächst evoziert hatte, und kennzeichnete das Jahr 1989 damit als Enttäuschung:

“When the Berlin Wall came down the judgement of many people, especially in Europe, was one of euphoria. They saw the coming of a new historical period marked by world cooperation, disarmament and democratic advance, which would provide a clear opportunity for democratic socialism with a human face. Now we can see that the reality is different and much harsher.”

Wie Blackburn betonte auch Magri, dass diese Enttäuschung nicht nur Moskaufixierte Kommunisten treffe: “For my own part, I am no orphan of actually existing socialism or the Cold War, nor have I ever looked back at them with nostalgia.”[16]

Auch die Sozialistische Internationale zog auf einer Konferenz in New York 1990 eine keineswegs bloß positive Bilanz des Umbruchs. So betrachtete der französische Sozialist Jean-Pierre Cot die Ereignisse zwar als Bestätigung: “The failure of Communism is in some sense for us a victory“. Er betonte aber auch, dass die internationale Sozialdemokratie erst noch beweisen müsse, dass nicht sie, sondern der Kommunismus historisch gescheitert sei. Indes konnte Willy Brandt als Präsident der Internationale nur feststellen, dass der Sozialismusbegriff als Namensgeber seiner Organisation schwer beschädigt sei. Und der ehemalige Generalsekretär Hans Janitschek prognostizierte, der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ werde langfristige Auswirkungen auf die globale sozialistische Bewegung insgesamt haben. “It may, in fact, kill it altogether”, lautete seine wenig frohe Erwartung.[17]

1.1 Linke „Orientierungskrise“

Auch in der Bundesrepublik verstanden zahlreiche Linke die Zäsur von 1989/90 als tiefen Einschnitt und Erwartungsbruch. Mitte der 1990er Jahre war etwa von einer tiefen „Orientierungskrise“ und „virtuelle[n] Selbstausmerzung der deutschen Linken“ zu lesen.[18] Dem soll im Folgenden für zentrale Akteure aus dem Umkreis der ehemaligen Solidarność-Solidarität genauer nachgegangen werden. Schon während des Umbruchs 1989/90 war es zu intensiven Diskussionen über die Zukunft des Sozialismus gekommen. So hatte die Wochenzeitung *Die Zeit* mehrere Symposien abgehalten, auf denen Vertreter unterschiedlicher politischer Richtungen aus verschiedenen Ländern miteinander diskutierten. Die Gespräche hatten allerdings nicht für alle Seiten ein befriedigendes Ergebnis hervorgebracht. Statt „Arbeit an der Semantik und Ethik politischer Sprache“ habe eine „Konfu-

[16] Lucio Magri: The European Left between Crisis and Refoundation, in: NLR (September/Oktober 1991), I/189, S. 5–18, hier S. 5 f.

[17] Frank J. Prial: Socialists Ponder a Changed World, in: New York Times vom 11. 10. 1990.

[18] Frank Unger: Die Sozialdemokratie und „das Ende der Geschichte“. Zum Zusammenhang von realsozialistischem Zusammenbruch und Orientierungskrise der westdeutschen Linken, in: Richard Faber (Hg.): Sozialismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 1994, S. 149–160, hier S. 158.

sion der Begriffe“[19] stattgefunden, weil nicht genügend zwischen Sozialismus und Kommunismus unterschieden worden sei, klagte der sozialdemokratische Theoretiker Thomas Meyer.

Die Intensität der Diskussion zeigt sich auch daran, dass die sozialdemokratische Zeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (NG/FH) – zu deren Herausgebern die früheren Solidarność-Unterstützer Günter Grass und Carola Stern gehörten, während dem Redaktionsbeirat Iring Fetscher, Peter von Oertzen, Tomaš Kosta und Susanne Miller angehörten[20] – in den Jahren 1990 und 1991 dem „Sozialismus der Zukunft“ einen Heftschwerpunkt und zwei Sonderhefte widmete. Die betreffenden Texte addieren sich auf rund 200 Druckseiten; zu den Autoren gehörten Führungsfiguren der internationalen Sozialdemokratie wie Willy Brandt,[21] Ralph Miliband[22] und Alfonso Guerra.[23] Doch reichte das Spektrum der Beiträger weit über die Sozialistische Internationale hinaus. Eröffnen durfte das erste Sonderheft bezeichnenderweise *der* Reformkommunist schlechthin – Michail Gorbatschow.[24] Gorbatschow hatte mit Willy Brandt bereits bei einem Treffen in Moskau Ende 1989 über eine gemeinsame Publikation gesprochen. „Es gebe viel Gerede, dass der Sozialismus am Ende sei, dass das Jahrhundert des Sozialismus seinem Ende entgegen ginge“, hatte der Generalsekretär in Moskau festgestellt. Dieser Erwartung gemeinsam mit Brandt öffentlich entgegenzutreten, könne „ein wichtiges Signal“ sein, so Gorbatschow. „Historisch gesehen, fange er [der Sozialismus] […] neu an, er gewinne eine neue Qualität und er sei auf einen grösseren Teil unserer Erde bezogen.“[25] Gorbatschow und Brandt beabsichtigten somit ein gemeinsames öffentliches Erwartungsmanagement zugunsten des Sozialismus.

Mit Georgio Napolitano, dessen Beitrag zugleich den Titel der Heftreihe lieferte,[26] kam zudem ein prominenter Eurokommunist zu Wort. Zum Redaktionsbeirat der Sonderhefte wiederum zählten Zdeněk Mlynář, Jiří Pelikán und Ota Šik, drei prominente Ex-Reformkommunisten,[27] die sich Anfang der 1980er Jahre hinter Solidarność gestellt hatten. Aus dem Kreise der internationalen Solidarność-

[19] Meyer, Was bleibt vom Sozialismus?, S. 24.
[20] Vgl. etwa NG/FH 38 (1991), Sonderheft 2, S. 1.
[21] Willy Brandt: Die Zukunft des demokratischen Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 7–24.
[22] Ralph Miliband: Was kommt nach den kommunistischen Regimen?, in: NG/FH 38 (1991), Sonderheft 2, S. 17–25.
[23] Alfonso Guerra: Der alte und der neue Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 24–34.
[24] Michail Gorbatschow: Die Welt der Zukunft und des Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 8–16.
[25] AdsD, WBA A 19, 86, fol. 1–11, Zusammenfassendes Protokoll des Gesprächs von Willy Brandt mit Michail Gorbatschow am 17. 10. 1989 in Moskau, hier fol. 5 u. 8. Die Rede war dort zunächst von der spanischen Zeitschrift *Die Zukunft des Sozialismus* (fol. 8).
[26] Georgio Napolitano: Der Sozialismus der Zukunft, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 96–101.
[27] Vgl. Peter Glotz: Editorial, in: NG/FH 38 (1990), Sonderheft 1, S. 3 f., hier S. 4.

Solidarität durfte sich zudem der deutsch-belgische Trotzkist Ernest Mandel[28] äußern. Im Editorial hieß es, der Autorenkreis umfasse „die gesamte europäische Linke" und damit auch „Leninisten unterschiedlicher Spielart".[29] Ohne hier *en détail* auf die einzelnen – dann doch erheblich divergierenden – Positionen eingehen zu können, lässt sich an der *Programmatischen Erklärung*, die dem ersten Sonderheft vorangestellt wurde, verdeutlichen: Die breite linke „Plattform",[30] die sich hier zu formieren suchte, hatte nicht weniger als die Rettung des Sozialismus zum Ziel. Man wolle „ein Brainstorming auslösen", um die „große Hauptfrage: *Wie sieht der Sozialismus der Zukunft aus?*", zu klären, hieß es in dem gemeinsamen Text. Damit solle „gewissen Tendenzen zum Stillstand" entgegengetreten werden, die innerhalb der Linken bereits einer „offenen Krise" zustrebten. Wenn es gelinge, „in breiten Kreisen der Bewegung, die für den Sozialismus kämpft, und vor allem bei den Staatsmännern der Linken ein lebhaftes Interesse zu wecken", sei es möglich, „dem sozialistischen Denken einen neuen Impuls zu geben".[31] Erkennbar handelte es sich hierbei um die Weiterführung des Versuchs, die historisch gespaltene Arbeiterbewegung wieder zusammenzubringen. Integrativer Leitbegriff sollte hierbei nach wie vor der Sozialismus sein. Hierin zeigt sich die transnationale Dimension im „Kampf um die Semantik"[32] am Beginn der 1990er Jahre. Bezeichnend für die angestrebte Plattform ist, dass sie bewusst davon absah, sich „auf eine einzige Sicht des Sozialismus zu beschränken".

Auch unterhalb der Ebene der Publizistik lassen sich intensive Diskussionen über den Sozialismus feststellen. Nimmt man allein die Veranstaltungen, zu der frühere Solidarność-Unterstützer Iring Fetscher – als „einer der besten Marxismus-Kenner"[33] oder „der beste Ideengeschichtler des Sozialismus und Kommunismus im deutschen Sprachraum"[34] – um 1990 (ausweislich seines Nachlasses) eingeladen wurde, so legt dies Zeugnis ab von dem allgemein großen Rede- und Orientierungsbedarf angesichts der mittel- und osteuropäischen Systemtransformationen. So widmete sich die Evangelische Akademie Tutzing im Juni 1990 dem Thema: „Ist der Sozialismus noch zu retten? – Krisengeschichte und Therapie einer Ideologie",[35] und das Evangelische Bildungswerk Stuttgart stellte im Frühjahr 1991 die Frage: „Konsumismus statt Kommunismus und Sozialismus?"[36] Die Arbeitsgemeinschaft Sozialpädagogik und Gesellschaftsbildung e. V. lud neben Fetscher auch Erhard Eppler und Rolf Reißig, also drei Teilnehmer der SPD-SED-Gespräche,

[28] Ernest Mandel: Zur Lage und Zukunft des Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 76–96.
[29] Glotz, Editorial. S. 3.
[30] Ebd., S. 3.
[31] [o. V.:] Programmatische Erklärung, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 5–7, hier S. 6 f.
[32] Iring Fetscher: Die Stunde der Genossenschaften, in: Michael Heine u. a. (Hg.): Die Zukunft der DDR-Wirtschaft, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 229–234, hier S. 229.
[33] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Helmut Gehrke an Iring Fetscher, 09. 10. 1990, S. 1.
[34] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Kurt Salamun an Iring Fetscher, 10. 10. 1990.
[35] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000031, Paul Noack an Iring Fetscher, 05. 04. 1990.
[36] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000031, Helmut A. Müller an Iring Fetscher, 29. 03. 1990.

zu einer Veranstaltung im September 1990 ein. Sie sollte unter der Überschrift: „Was ist Sozialismus, was wird? Brauchbarkeit, Korrektiv, Utopie“, stehen.[37] Die Evangelische Akademie Hofgeismar fragte April 1991: „Ist Marx widerlegt?“,[38] und die Universität Graz wollte im März 1991 klären: „Warum ist der Kommunismus in Osteuropa gescheitert?“.[39]

Zwei weitere Veranstaltungen, zu denen Fetscher eingeladen wurde, lassen die Schwierigkeiten erkennen, denen sich das Erwartungsmanagement westdeutscher Linker nach 1989/90 gegenüber sah. Der Solidaritätskreis des DGB veranstaltete im Dezember 1989 ein Treffen unter dem Titel „Die Reformprozesse in Osteuropa – Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften“. Eingeladen war ein sowjetischer Gast und ein Vertreter der polnischen Solidarność. Hinzu kamen mit Fetscher, Stefan Heym, Ursel Schmiederer vom Sozialistischen Büro und dem DGB-Auslandssekretär Erwin Kristoffersen vier Personen, die sich der Solidarność-Hilfe der frühen 1980er Jahre zuordnen lassen. DGB-Chef Ernst Breit nahm in der Einladung die Frage der *Zeit*: „Hat der Kapitalismus den Sozialismus besiegt“ auf und erinnerte daran, dass der DDR-Schriftsteller Christoph Hein diese Frage als „albern“ bezeichnet hatte. Breit deutete dies als Zeichen einer allgemeinen Ratlosigkeit (nicht nur) auf der (deutsch-)deutschen Linken: „Die Reformprozesse in Osteuropa bringen in Praxis und Theorie so vieles in Bewegung, daß es schon Schwierigkeiten macht, zwischen vernünftigen und albernen Fragen zu unterscheiden; von eventuellen Antworten ganz zu schweigen.“[40]

Die Jungsozialisten im Bezirk Niederrhein zeichneten ein ähnlich dramatisches Bild, wenn zu einer Veranstaltung im Oktober 1990 unter dem Titel: „Keine Demokratie ohne Sozialismus – kein Sozialismus ohne Demokratie“, neben Fetscher Jiří Kosta, Ulrike Poppe und Wolfgang Ullmann einluden. Vertreten waren damit zwei frühere Solidarność-Unterstützer, zwei Unterzeichner der blockübergreifenden *Erklärung für den Frieden* aus den 1980er Jahren und zwei Unterstützer des *Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder*, das weiter unten vorgestellt wird. „Durch die PDS und die Konservativen in beiden Teilen der Republik ist der Begriff ‚Demokratischer Sozialismus‘ wieder einmal Diskreditierungsversuchen ausgesetzt und dadurch z. T. auch in den eigenen Reihen in die Defensive geraten. Wir halten es daher für dringend notwendig, den Begriff des demokratischen Sozialismus nicht nur zu verteidigen, sondern ihn offensiv in seiner inhaltlichen Ausgestaltung positiv zu besetzen“,[41] hieß es in der Einladung.

1.2 Die SPD im „Kampf um die Semantik“

An der Veranstaltung der Jungsozialisten zeigt sich, dass mit dem Ende der DDR die semantischen Auseinandersetzungen keineswegs beendet waren. Vielmehr blieb

[37] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000031, Hans-Friedrich Hölters an Iring Fetscher, 17. 05. 1990, S. 1.
[38] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Helmut Gehrke an Iring Fetscher, 9. 10. 1990, S. 1.
[39] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Kurt Salamun an Iring Fetscher, 10. 10. 1990.
[40] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Ernst Breit an Iring Fetscher, 31. 10. 1989, S. 1.
[41] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000032, Paolo Lavista an Iring Fetscher, 12. 09. 1990, S. 1.

der Sozialismusbegriff auch in den 1990er Jahren umkämpft und als Instrument der politischen Auseinandersetzung in Gebrauch. Dazu trug, wie der Einladungstext andeutet, auch bei, dass sich die ehemalige Herrschaftspartei der DDR von SED in PDS umbenannt und damit den sozialdemokratischen Leitbegriff des „demokratischen Sozialismus“ für sich reklamiert hatte. Zudem erfolgte die geschichtspolitische „Aufarbeitung“ der DDR-Vergangenheit, wie neuere Arbeiten betonen, im vereinten Deutschland nicht nur nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch entlang politischer Frontlinien.[42] Besonders im „konservativen Lager“ habe man „die DDR-Vergangenheit als Instrument gegen die Linke nutzen“ wollen, so die Einschätzung Ulrich Herberts.[43] Dabei ging es „Konservativen und Liberalen in (partiellem) Zusammenwirken mit dem politisch-moralischen Potential ehemaliger ostdeutscher Oppositioneller außer um die Verurteilung der DDR selbst […] stets um die *Verurteilung des Sozialismus per se* bzw. seiner marxistischen Grundlagen *und somit auch der altbundesrepublikanischen Linken*“, konstatiert Sebastian Richter.[44]

Diese Tendenz lässt sich auch in den bundesrepublikanischen Wahlkämpfen erkennen. In der Nachkriegszeit hatte die SPD noch offensiv mit dem Sozialismus als ihrem „Fahnenwort“[45] geworben, so auch auf Plakaten.[46] In den 1990er Jahren dagegen findet sich der Begriff wenn überhaupt, dann als „Stigmawort“[47] der Unionsparteien, also als ein Mittel der Delegitimierung und Ausgrenzung der politischen Konkurrenz. Schon in den Wahlkämpfen 1976 und 1980, als Meinungsumfragen starke antisozialistische Gefühle bei den Bundesbürgern diagnostiziert hatten, waren CDU und CSU mit dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ angetreten.[48] (Demgegenüber war es der SPD zumindest nach eigener Einschätzung im Wahlkampf 1972 noch gelungen, „den Sozialismusbegriff positiv zu besetzen“.[49]) Blickt man auf die Zeit nach 1989, so finden sich in der Plakatsammlung der Friedrich-Ebert-Stiftung nur wenige Wahlkampfplakate, die den Begriff verwendeten.

[42] Vgl. Andrew H. Beattie: The Politics of Remembering the GDR. Official and State-Mandated Memory since 1990, in: David Clarke/Ute Wölfel (Hg.): Remembering the German Democratic Republic. Divided Memory in a United Germany 2011, S. 23–34, hier S. 32.

[43] Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S. 1205.

[44] Sebastian Richter: Der Umgang mit „1989“ im vereinigten Deutschland, in: Peter Skyba/Sebastian Richter/Stefan Schönfelder (Hg.): Himmelweit gleich? Europas ’89. 4 Ausstellungen in Dresden, Wrocław, Prag und Bratislava/Žilina, Dresden 2010, S. 26–35, hier S. 28 (Hervorhebung: K. S.).

[45] Wilfried Korngiebel/Jürgen Link/Rolf Parr: Aktuelle Konnotationen von „Sozialismus“, in: Richard Faber (Hg.): Sozialismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 1994, S. 13–33, hier S. 13 (im Original kursiv).

[46] Vgl. die Beispiele bei Dieter Felbick: Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945–1949, Berlin 2003, S. 501.

[47] Korngiebel/Link/Parr, Aktuelle Konnotationen von „Sozialismus“, S. 13 (im Original kursiv).

[48] Vgl. Thomas Mergel: Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Periode des Konflikts, in: Michael Wildt (Hg.): Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute, Göttingen 2014, S. 224–243, hier S. 239.

[49] So Volker Riegger (AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000138, Protokoll der Sitzung der Programmkommission am 10. 12. 1985, dat. 17. 12. 1985, S. 2).

Darunter ist kein einziges Plakat sozialdemokratischer Provenienz, das mit dem Sozialismus geworben hätte – obwohl der „demokratische Sozialismus“ nach wie vor im Grundsatzprogramm verankert war (und ist) (s. u.). Gleichzeitig weist die Datenbank der Stiftung jedoch mehrere Plakate der konservativen Konkurrenz aus, die den Sozialismusbegriff als Stigmawort verwendeten. (Dass es sich hierbei nicht allein um ein deutsches Phänomen handelte, belegen zwei Motive aus Österreich.)[50] Dazu passt, dass noch im Bundeswahlkampf 1998, den Sozialdemokraten und Grüne dann für sich entscheiden sollten, die Unionsparteien auf den Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ setzten.[51] Vielleicht in Reaktion hierauf erklärte SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder im Vorfeld jener Wahl, dass für ihn „der Weg in die Zukunft eben nicht über den Sozialismus führt“.[52] Damit distanzierte er sich allerdings ausdrücklich von einem zentralen Erwartungsbegriff[53] seiner Partei.

Der Niedergang des traditionsreichen Fahnenwortes der Sozialdemokratie spiegelt sich auch in den Graphen des Ngram Viewers der Firma Google.[54] Dieser weist für „Sozialismus“ Spitzen der publizistischen Verwendung in der Zwischenkriegszeit und in den 1970er Jahren – dem Jahrzehnt der „Stärke der Linken“[55] – aus (s. Abb. 4). Ein rückläufiger Gebrauch ist dagegen ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zu beobachten. Eine ähnliche Verlaufskurve ergibt sich für den Begriff des Kapitalismus. Dessen „publizistischen Niedergang“[56] als „Begriff der Kritik“[57] hat Christof Dejung kürzlich mit dem Aufstieg des sogenannten Neo-Liberalismus in Verbindung gebracht (ebenfalls unter Nutzung des Ngram Viewers).[58] Dass die Begriffsverwendung des Sozialismus ab Mitte/Ende der 1970er Jahre eine ähnlich fallende Tendenz aufweist wie der des Kapitalismus, kann als Indiz für eine wechselseitige Bezogenheit beider Begriffe genommen werden, wie sie manche Sozial-

[50] Siehe für die Ergebnisse der Datenbankabfrage die Auflistung im Anhang, Tabelle 1.

[51] Vgl. [o. V.:] Der Platz in der Mitte, in: Der Spiegel 41/1998, S. 22–32, hier S. 23; [o. V.:] Chronik, in: Der Spiegel 36/1998, S. 229.

[52] „Das Eintreten für die Schwachen der Gesellschaft, die Bereitschaft, mich dafür auch mit starken Interessengruppen anzulegen, ist mir, August Bebel und Willy Brandt sei Dank, erhalten geblieben, auch wenn der Weg in die Zukunft eben nicht über den Sozialismus führt.“ ([o. V.:] „Von der Wirklichkeit belehrt“, in: Der Spiegel 29/1998, S. 52–62, hier S. 54).

[53] Zum Sozialismus als Erwartungsbegriff notieren Hannes Leidinger und Verena Moritz (Sozialismus, Wien/Köln/Weimar 2008, S. 100): „Er [der Sozialismus] bezieht in allen Epochen, es kann nicht genug betont werden, seine Kraft weniger aus der Realisierung als aus der Vision.“

[54] Dieses Online-Tool findet vermehrt Einsatz in der Geschichtswissenschaft und kann grobe Einblicke in die Begriffs- und Diskursgeschichte vermitteln, wie Philipp Sarasins Ausführungen zum „Kalten Krieg“ als historischem Konstrukt eindrücklich zeigen (Philipp Sarasin: Die Grenze des „Abendlandes“ als Diskursmuster im Kalten Krieg. Eine Skizze, in: David Eugster/Sibylle Marti [Hg.]: Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Wissens- und Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015, S. 19–44).

[55] Mergel, Zeit des Streits, S. 225.

[56] Christof Dejung: Rezenion zu Jürgen Kocka: Geschichte des Kapitalismus, München 2013, in: H-Soz-Kult, 04. 09. 2014, http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-21077 [02. 09. 2015], Anm. 2.

[57] Jürgen Kocka: Arbeit im Kapitalismus. Lange Linien der historischen Entwicklung bis heute, in: APuZ 35–37/2015, S. 10–17, hier S. 10.

[58] Vgl. Dejung, Rezension, Anm. 2.

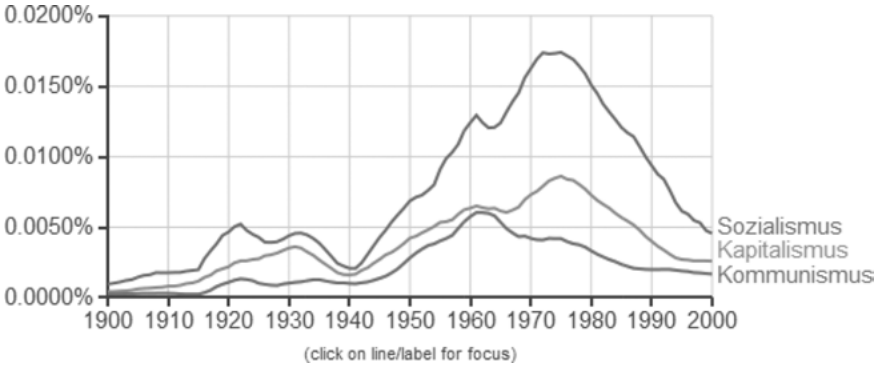

Abb. 4: Begriffskonjunkturen des Sozialismus, Kapitalismus und Kommunismus 1900–2000
Quelle: Suche mit dem Ngram Viewer in deutschsprachigen Publikationen, ausgeführt am 02. 09. 2015 (Google Books Ngram Viewer, URL: http://books.google.com/ngrams)

demokraten bereits zeitgenössisch konstatierten.[59] (Ein Zusammenhang zwischen den Begriffen des Sozialismus und Kommunismus findet sich in dieser Phase dagegen *nicht*, was eine zunehmende semantische Unterscheidung beider vermuten lässt.)

Der Bruch von 1989/90 wiederum erscheint für die Begriffskonjunktur des Sozialismus zwar nicht als Zäsur, sondern die 1990er Jahre setzten den fallenden Trend des vorangegangenen Jahrzehnts fort. Doch steht eben diese Entwicklung mit damaligen Erwartungen führender Sozialdemokraten im Widerspruch. Schließlich hatten SPD-Politiker wie Willy Brandt im DDR-Umbruch von einer „Renaissance des demokratischen Sozialismus“[60] gesprochen, also von einem Aufschwung des eigenen Programms und des eigenen Fahnenwortes. Konfrontiert mit solchen Hoffnungen der Zeitgenossen, lassen die Graphen des Ngram Viewers eine beträchtliche Diskrepanz zwischen (positiver) Erwartung und (negativer) Erfahrung erkennen, die 1989/90 einmal mehr als Moment der Enttäuschung ausweist. Willy Brandt konzedierte Anfang der 1990er Jahre denn auch, viele Sozialdemokraten hätten mit Blick auf die Chancen des demokratischen Sozialismus im zerfallenden Ostblock „zu früh und zu pauschal von einer Renaissance der Sozialdemokratie gesprochen“ – und schloss sich dabei ausdrücklich auch selbst ein.[61] Wenn Bernd Rother feststellt: „Willy Brandt reconnaît bientôt avoir été trop

[59] Siehe unten zu den Diskussionen in der SPD-Grundwertekommission.
[60] So Brandt Ende 1989, zit. nach „Das ist das Wunder dieser Revolution“. AZ sprach mit dem Deutschlandpolitiker Egon Bahr, in: Abendzeitung vom 24. 11. 1989.
[61] Willy Brandt: „Zu früh zu pauschal von einer Renaissance gesprochen“. Kritische Anmerkungen von Willy Brandt zur Zukunft der Sozialdemokratie und des freiheitlichen Sozialismus [Rede anlässlich des 125. Geburtstages der SPD Nürnberg], in: FR vom 17. 09. 1991, S. 14 f., hier S. 15.

optimiste en ce qui concerne les chances de succès du socialisme démocratique en Europe de l'Est.“,[62] so dürfte dies auf ein Eingeständnis von Enttäuschung verweisen, dessen Bedeutung weit über die Person des SPD-Ehrenvorsitzenden hinaus reicht. Dass allerdings der Niedergang des Sozialismusbegriffs nicht erst 1989/90 einsetzte, sondern bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre begann, passt wiederum zu der in Kapitel II entwickelten These, dass bereits um 1979 tiefgreifende Erwartungstransformationen bei westdeutschen Linken zu beobachten sind.

Diskussionen in der Grundwertekommission

Angesichts dieser Situation, in der mit dem Sozialismus ein zentraler Erwartungsbegriff der Sozialdemokratie vollends desavouiert schien, beschäftigte sich mit dem jüngsten „Kampf um die Semantik“[63] auch die SPD-Grundwertekommission. In diesem Gremium waren mit Erhard Eppler, Iring Fetscher, Johano Strasser und Helga Grebing mehrere frühere Solidarność-Unterstützer und mit Thomas Meyer und Susanne Miller (sowie Eppler, Fetscher und Strasser) mehrere Teilnehmer der SPD-SED-Gespräche vertreten.[64] Noch vor der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 legte die Grundwertekommission ein Papier mit dem Titel „Soziale Demokratie und Demokratischer Sozialismus in Deutschland“ vor. Der erkennbare Zweck des Dokuments bestand darin, erstens den Begriff des demokratischen Sozialismus zu verteidigen und sich zweitens gegen eine Stigmatisierung der SPD anzugehen. Die Autoren bekundeten zunächst ihre „Freude“ über die deutsche Einheit und reklamierten ihren Anteil an der Gründung der – nun erweiterten – Bundesrepublik: „Wir Sozialdemokraten haben das Grundgesetz und den Staat des Grundgesetzes mitgeschaffen.“ Mit dieser (auch emotionalen) Zugehörigkeitserklärung und Loyalitätsbekundung suchten sie sich gegen die „Neigung der Konservativen, Konkurrenten aus der Gemeinsamkeit der Demokraten auszuschließen“,[65] zu verwahren. Es ging ihnen also um mehr als nur um die Identität der eigenen Partei. Auf dem Spiel stand für sie auch die Reputation der SPD als legitime demokratische Kraft im vereinten Deutschland.

Den „demokratischen Sozialismus“ verteidigte die Grundwertekommission unter Verweis auf den Kapitalismus. Dies macht erneut die wechselseitige Bezogen-

[62] Bernd Rother: Willy Brandt à la tête de l'Internationale socialiste, 1976–1992, in: Corine Defrance/Ulrich Pfeil/Andreas Wilkens (Hg.): Willy Brandt. Un projet pour l'Allemagne (1913–1992), Berlin 2014, S. 93–101, hier S. 101.

[63] Fetscher, Die Stunde der Genossenschaften, S. 229.

[64] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000024, Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission am 16. 04. 1993, Liste der Mitglieder der Grundwertekommission (Anlage). Zur Beteiligung der genannten Personen an der Solidarność-Solidarität bzw. an den SPD-SED-Gesprächen s. o., Kap. II und III.

[65] AdsD, Dep. Engholm, 1/BEAA000118, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands am 25. 09. 1990, Anlage „Soziale Demokratie und Demokratischer Sozialismus in Deutschland“ [S. 2 fehlend], S. 1 u. 4.

heit beider Begriffe deutlich, die schon an den Graphen des Ngram Viewers deutlich wurde. Von Kapitalismus sprach die Kommission dabei, wie von Jürgen Kocka als typisch erachtet,[66] in kritischer Weise: „Die friedliche Revolution in der DDR meinte nicht den Kapitalismus, sondern die freiheitliche Demokratie. Kapitalismus ist ohne beständige soziale Korrektur für die Mehrheit der Bevölkerung unerträglich und auf die Dauer nicht existenzfähig.“ Die Autoren des Papiers reklamierten damit eine anhaltende Legitimität und Notwendigkeit von Kapitalismuskritik auch über den Bruch von 1989/90 hinweg. Aus dieser Kapitalismuskritik leiteten sie wiederum die Notwendigkeit politischer Maßnahmen ab, für die sie eben den Begriff des demokratischen Sozialismus gebrauchten. Diesen bestimmten die Autoren wie folgt: „Für Sozialdemokraten bedeutete Sozialismus stets zu Ende gedachte und zu Ende geführte Demokratie. […] Demokratischer Sozialismus will Demokratie zum allgemeinen Prinzip erheben – auch in der Wirtschaft.“

Die Autoren definierten den Sozialismusbegriff also einerseits (negativ) über den Begriff des Kapitalismus und andererseits (positiv) über den Begriff der Demokratie. Was die positive Seite dieser Bestimmung angeht, mussten sie insofern konzedieren: „‚Demokratischer Sozialismus‘ ist daher eine Verdoppelung, notwendig geworden als Abgrenzung.“ Mit dieser Abgrenzung wiederum zogen sie eine klare Trennlinie zwischen „Demokratie und Diktatur“. Wenn sie betonten, hier dürfe es „keinen Kompromiß“ geben, so verwies dies nicht nur auf die DDR-Vergangenheit, sondern auch auf die PDS – eine neue Konkurrentin der Sozialdemokraten um den Begriff des demokratischen Sozialismus. Die Umbenennung der SED in PDS interpretierten die Autoren als Bestätigung dafür, „daß es nur einen Sozialismus geben kann: den demokratischen Sozialismus der Sozialdemokratie“.[67] Damit erhoben sie einen Exklusivanspruch auf den Sozialismusbegriff und exkludierten damit die PDS als undemokratisch – zumindest solange sie nicht das Begriffsverständnis der SPD übernehme und sich damit gewissermaßen selbst überflüssig mache. Einen solchen Exklusivanspruch zu erheben, ist Wolfgang Schieder zufolge typisch für Kombattanten im „semantische[n] Kampf“,[68] zugleich jedoch – wie sich in begriffsgeschichtlicher Perspektive zeige – kaum durchzuhalten.[69]

In der Tat verschwand die PDS nicht einfach als politische Konkurrentin, und auch die CDU/CSU ließ nicht davon ab, den Sozialismus als Stigmawort zu verwenden (s. o.). Vor diesem Hintergrund befasste sich die SPD-Grundwertekommission 1993 erneut mit dem Sozialismusbegriff. Die neuerliche Diskussion sollte der „Selbstvergewisserung in der Kommission“ dienen und möglicherweise in eine

[66] Vgl. Kocka, Arbeit im Kapitalismus, S. 10.

[67] AdsD, Dep. Engholm, 1/BEAA000118, Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 25. 09. 1990, Anlage „Soziale Demokratie und Demokratischer Sozialismus in Deutschland“ [S. 2 fehlend], S. 3–5.

[68] Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, S. 113.

[69] Vgl. Wolfgang Schieder: Der Mythos vom „wahren Sozialismus“, in: Helmut Liede/Jean-Paul Lehners (Hg.): Sozialismus – das Ende einer Utopie?, Luxembourg 1994, S. 123–130.

„Handreichung für die Partei“ münden, erklärte der Kommissionsvorsitzende Wolfgang Thierse. Es bestand demnach erheblicher Klärungsbedarf, welche Zukunftsperspektiven noch mit dem Begriff verbunden werden durften. Entsprechend konnte sich auch die Grundwertekommission auf kein gemeinsames Erwartungsmanagement einigen: Einige Mitglieder erachteten das 1990 vorgelegte Papier für ausreichend, andere hielten eine weitergehende Erklärung für nötig. Wieder andere Kommissionsmitglieder plädierten sogar für einen – vorübergehenden oder gänzlichen – Verzicht auf den Sozialismusbegriff. Die Beweggründe und Argumente waren vielfältig. Auf der Seite der Kritiker stellte Thomas Meyer fest, der Sozialismusbegriff sei „in unserem Sinne nicht prägbar“ und umreiße „auch konzeptionell keine klare Alternative“ mehr. Fritz Scharpf und Wolf-Michael Catenhusen erklärten, sie hätten die SPD und sich selbst von jeher *nicht* als sozialistisch verstanden. Auf der Seite der Befürworter hingegen fand es Johano Strasser „[u]m der historischen Identität willen“ unumgänglich, am Sozialismus festzuhalten, zumal man den Begriff ohnehin „nicht loswerden“ könne. Auch Wolfgang Thierse hielt es für nötig, „den Begriff im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Tradition anzusprechen“ und die „Grundwerte, die im Sozialismus immer tradiert worden sind, herauszustellen“. Helga Grebing wiederum argumentierte, dass „ein Verzicht unsererseits die mißbräuchliche Inanspruchnahme durch die Kommunisten im nachhinein legitimieren würde“. Und Peter von Oertzen verwies auf die Gefahr „völkischer Inhaltsfüllung des Begriffs im Osten“, wenn die SPD ihn aufgebe. Im Versuch, die Diskussion zu resümieren, stellte Erhard Eppler fest, die „Frage nach einem regulativen Prinzip oder nach Gegengewichten“ zum Kapitalismus habe sich nicht erledigt, zumal sich immer deutlicher zeige, „was Kapitalismus pur bedeute“. Doch sei eben, „[w]ie diese dann benannt werden“, […] „klärungsbedürftig“. Letztlich konnte die Kommission keine Übereinkunft erzielen. Nichtsdestotrotz beschloss sie, ein neues Papier zum Sozialismusbegriff zu erarbeiten. Eine „Skizze“ hierfür sollte Wolfgang Thierse erstellen.[70]

Die Uneinigkeit und Ratlosigkeit unter führenden sozialdemokratischen Theoretikern und Programmatikern ließ sich nicht leicht ausräumen. „Von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff“ war denn auch das neue Papier betitelt, das die Grundwertekommission 1994 zum Thema Sozialismus vorlegte. In der Vorbemerkung hieß es, der Text sei als „kleine Handreichung für den Umgang mit einem mehrdeutig und mißverständlich gewordenen Begriff“ gedacht. Die Publikation folgte damit ausdrücklich der Prämisse, dass es der SPD nicht gelungen sei, den „zentrale[n] Begriff“ der Arbeiterbewegung in ihrem Sinne zu prägen (um Thomas Meyers Diagnose vom Vorjahr zu rekapitulieren). Das hieraus resultierende Problem erblickten die Autoren des Papiers in einer Dissonanz zwischen dem Erwartungs- und dem Erfahrungsgehalt des Wortes. Ob der Sozialismus „[e]in Name nur noch für eine böse Erinnerung oder für ein noch nicht erledigtes

[70] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000024, Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission am 16. 04. 1993, S. 3–6.

Versprechen für eine bessere Welt", ob er noch „Verheißung" oder nur noch „Knüppel" sei, lautete ihre zentrale Frage. Diese Dissonanz zwischen Erwartung und Erfahrung begriffen sie auch als emotionales Problem: „Was tun mit einem Wort, das heute so verschiedene, so verwirrende Gefühle auslöst? ‚Sozialismus' – das ist ein Reizwort, das bei den einen Abwehr, bei den anderen Nostalgie erzeugt, trotzige Identifikation oder achselzuckendes Desinteresse hervorruft."[71] Das Erwartungsmanagement, zu dem sie mit ihrer „Handreichung" beitragen wollten, begriffen sie somit auch als Emotionsmanagement. Denn der Erfahrungs- und Erwartungsgehalt des Sozialismusbegriffs führte zusammen mit dessen emotionaler Qualität für die Autoren ins Zentrum linker „Identität", handelte also von der Existenzfrage eines politischen Spektrums, dessen führende Partei die Sozialdemokratie traditionell sein wollte:[72] „Ist der Begriff – so wie früher – auch heute noch wichtig für die Identität, das Selbstverständnis der Linken (und welcher Linken, bitte?)".[73]

Zur Verteidigung des Sozialismusbegriffs wandte sich die Grundwertekommission, wie bereits in ihrem Papier von 1990, so auch in der neuen „Handreichung" sowohl gegen die PDS als auch gegen die Unionsparteien. Sie stellte einerseits fest, dass der „reale Sozialismus" im sowjetischen Machtbereich „ökonomisch, ökologisch, politisch und moralisch durch und durch versagt" habe, und kritisierte die neue Parteibezeichnung der Postkommunisten als „gestohlenen Namen". Andererseits lehnte sie „die propagandistische Formel mancher Konservativer ‚Marx ist tot, Ludwig Erhard lebt'" ab. Wie schon 1990, so leiteten die Autoren die Legitimität des Sozialismus erneut aus den Mängeln des Kapitalismus ab: „Die demokratisch-emanzipatorische Grundströmung des Sozialismus stand immer für den Kampf gegen die Mißstände, die den politisch und gesellschaftlich unzureichend kontrollierten Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung entspringen."

Eine einheitliche Antwort auf die bereits intern strittige Frage: „Muß sich die Sozialdemokratie von ihrem Leitbegriff des ‚demokratischen Sozialismus' trennen?", gab die Grundwertekommission jedoch auch in ihrer „Handreichung" nicht. Vielmehr betonte sie: „Die Antwort auf diese Frage fällt auch innerhalb der Sozialdemokratie verschieden aus." Sie gab deshalb einen groben Überblick über die innerhalb der SPD vertretenen Auffassungen:

„Manche halten den Begriff durch den gescheiterten ‚realen Sozialismus' für diskreditiert. Er bilde am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts auch die eigene programmatische Zielperspektive nicht mehr ab, da er als politisch-ideologisches Schlüsselwort neben den anderen Großideologien (Liberalismus, Konservatismus) des neunzehnten Jahrhunderts eine Globalalternative sugge-

[71] Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD: „Sozialismus". Von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff, Bonn 1994, S. 3–5. Mit dem Begriff des Knüppels bezogen sich die Autoren explizit auf Václav Havel, der den Sozialismus als solchen bezeichnet hatte.

[72] Vgl. etwa Thomas Meyer: Eine historische Bestätigung. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten, in: Detlev Albers/Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989, S. 13–21, hier S. 20 f.

[73] Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, „Sozialismus", S. 3.

riere, die die eigentlichen Gemeinsamkeiten wie Differenzen der entsprechenden Parteien heute nicht mehr richtig wiedergebe. Andere verweisen darauf, daß sich eine weltweite historische Bewegung nicht von der in diesem Begriff synthetisierten Erfahrung verabschieden könne. Zudem dürfe der Raub von Begriffen nicht mit deren freiwilliger Aufgabe beantwortet werden, denn dann würde der ‚reale Sozialismus‘ nachträglich doch noch zum eigentlichen Sozialismus stilisiert. Schließlich halte die SPD in ihrem gültigen Berliner Grundsatzprogramm an der zukunftsfähigen Vorstellung des ‚demokratischen Sozialismus‘ sowohl als alternatives Prinzip zum Kapitalismus als auch als regulativer Idee fest. Der Begriff kennzeichne zugleich die Bewegung selbst.“

Statt im Begriffsstreit Position zu beziehen, verwies die Grundwertekommission abschließend auf einen Beschluss der früheren ostdeutschen Schwesterpartei SDP: Da der demokratische Sozialismus zu Verwechslungen mit dem „real existierenden Sozialismus“ der DDR einlade, sei ihm der Begriff „Soziale Demokratie“ vorzuziehen, hatte deren Strategie gelautet. Dem folgte die Grundwertekommission jedoch nicht vollständig. Vielmehr stellte sie gleichzeitig fest:

„Es gibt keinen überzeugenden Grund, uns den Begriff ‚demokratischer Sozialismus‘ wegnehmen zu lassen. Wir haben uns dagegen zu wehren, daß er von Ex-Kommunisten mißbraucht oder von Konservativen zu einem Schimpfwort gemacht wird. […] Mit dem Begriff des demokratischen Sozialismus verbindet sich bis in die Gegenwart das Mühen von Generationen um mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität.“[74]

Angesichts seines Erfahrungsgehalts trug die Kommission also einerseits die Idee vor, auf den Sozialismusbegriff künftig zu verzichten. Andererseits hielt sie den Begriff jedoch hinsichtlich seines Erwartungsgehalts für inkommensurabel und riet davon ab, ihn preiszugeben.

Die „Handreichung“ der Grundwertekommission ist insofern als Kompromiss zu verstehen, der zwei konträre Positionen gleichberechtigt nebeneinanderstellte. Dies spiegelt die anhaltende Uneinigkeit und Ratlosigkeit innerhalb des Gremiums wider – die sich nicht nur in dessen Sitzungen zeigte. Denn auch in der Öffentlichkeit vertraten einige Kommissionsmitglieder entgegengesetzte Auffassungen. Ein einheitliches Erwartungsmanagement lässt sich damit weder in der internen noch in der externen Kommunikation erkennen. Vielmehr ist eine semantische Divergenz zu beobachten, die auf Erwartungstransformationen hindeutet, die einige Sozialdemokraten nach 1989/90 vollzogen. Als Beispiel sei der stellvertretenden Vorsitzende der Grundwertekommission und Mitverfasser des SPD-SED-Papiers, Thomas Meyer, angeführt. Meyer bezeichnete das Jahr 1989 als „Ende der Hoffnung“,[75] womit er die Erwartungen jener Sozialisten verabschiedete, die nicht das sozialdemokratische Begriffsverständnis teilten. Gleichzeitig warb er in den 1990er Jahren nachdrücklich für die „Soziale Demokratie“ als Begriffsalternative zum demokratischen Sozialismus.[76] Dass sich damit *der* „Theoretiker des Demokratischen Sozialismus“ vom traditionellen Fahnenwort der SPD distanzierte, erregte innerhalb der Partei einige Aufmerksamkeit und stieß teils auch auf Ver-

[74] Ebd., S. 5–7 f. u. 29.
[75] Meyer, Was bleibt vom Sozialismus?, S. 9.
[76] Ebd., S. 137.

ärgerung.[77] Immerhin hatte Meyer noch in den 1980er Jahren dafür plädiert, am Sozialismusbegriff festzuhalten – obwohl Sozialdemokraten schon damals klagten, dass sich „die negative Belegung des Begriffs durchgesetzt"[78] habe. Gleichwohl hatte Meyer in der Programmdebatte betont: „je weniger offensiv wir den Begriff Sozialismus bestimmen, um so mehr könne er vom Gegner gegen uns gewendet werden." Er war deshalb zu der Empfehlung gelangt, die Begriffe „‚Soziale Demokratie', ‚Demokratischer Sozialismus' und ‚sozialdemokratisch' synonym zu verwenden".[79] Auch hatte er Ende der 1980er Jahre noch für ein „gemeinsames Projekt des Demokratischen Sozialismus in Europa mit der Chance einer Rückgewinnung der geistig-politischen Hegemonie"[80] geworben.

Wenn Meyer Anfang der 1990er Jahre nun den Begriff der Sozialen Demokratie bevorzugte, bedeutete dies eine deutliche Kehrtwende. Zwar blieb er überzeugt, der demokratische Sozialismus sei auch weiterhin „‚die Alternative zum illiberalen Kommunismus und zum unsozialen Liberalismus' – auch wenn das Pendel im Osten erst einmal nach rechts ausschwinge."[81] Doch konstatierte er nun, der Sozialismusbegriff sei durch das Scheitern des Sowjetkommunismus so sehr beschädigt, dass sich selbst „unter denen, die niemals zur Verwechslung der Begriffe neigten und wußten, daß der Unterschied von Demokratischem Sozialismus und dem, was Kommunisten als ‚Sozialismus' ausgaben, ein Unterschied ums Ganze ist, […] Resignation"[82] ausbreite. Da nütze es wenig, wenn demokratische Sozialisten über „plausible Programme für die Zukunft" verfügten und die kommunistischen Regimes des Ostblocks von jeher scharf kritisiert hätten. Davon allein sei der Sozialismus keineswegs „gerettet".[83]

Allerdings wehrte sich auch Meyer gegen das Narrativ vom Jahr 1989 als Moment der Enttäuschung. Er bestand vielmehr darauf, die Sozialdemokratie habe den „qualvolle[n] Prozeß", sich von marxistisch geprägten Hoffnungen zu verabschieden, schon lange vor 1989 vollzogen. Meyer verwies dazu primär auf den Revisionismus Bernsteins und auf das Godesberger Programm der SPD. Auch sei der liberale Sozialismus der westdeutschen Sozialdemokratie stets ein „institutionalisierter Zwang zum Lernen" gewesen. In Meyers Verständnis hatte die SPD die entscheidenden Erwartungstransformationen damit schon lange, bevor sich das sowjetische Imperium aufzulösen begann, vollzogen. Dem Narrativ vom Jahr 1989

[77] Malte Ristau/Michael Scholing/Johannes Wien: Tanker im Nebel. Zeit zum „Aufklaren", in: Malte Ristau/Michael Scholing/Johannes Wien (Hg.): Tanker im Nebel. Zur Organisation und Programmatik der SPD, Marburg 1992, S. 7–9, hier S. 9.

[78] So Volker Riegger (AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000138, Protokoll der Sitzung der Programmkommission am 10. 12. 85, dat. 17. 12. 1985, S. 2).

[79] Ebd.

[80] AdsD, WBA, A 19, 86, fol. 447–483, Thomas Meyer: Demokratischer Sozialismus in Europa: Ein Vergleich [Vorträge in Amsterdam Dezember 1988 und Moskau Mai 1989], fol. 460r u. 483r.

[81] [Buchvorstellung:] Meyer, Demokratischer Sozialismus – soziale Demokratie, in: Vorwärts 1/1992, S. 29.

[82] Meyer, Demokratischer Sozialismus – soziale Demokratie, S. 124.

[83] Ebd., S. 13 u. 124.

als Moment der Enttäuschung begegnete er also mit einer Gegenerzählung, die die entscheidende Konversion deutlich vordatierte. Der „Verlust der Versöhnungsutopie“,[84] die zentrale Enttäuschung der sozialistischen Arbeiterbewegung, lag in diesem Narrativ schon Jahrzehnte zurück, als das Jahr 1989 zum „Ende der Illusion“[85] ausgerufen wurde. Allerdings gestand Meyer zu, dass dieses Narrativ, das auch andere Sozialdemokraten lancierten, in der öffentlichen Debatte kaum durchgedrungen sei. Entsprechend befand sich die Sozialdemokratie aus Meyers Sicht in einem Dilemma: „Die Sache ist wie verhext. Die Preisgabe des traditionsreichen Kennworts wird zur Verwirrung und Machtlosigkeit führen. Das Festhalten an ihm nicht weniger. Was also tun?“

Meyers Vorschlag war eine semantische Akzentverschiebung: „Demokratischer Sozialismus hat Zukunft – als soziale Demokratie“,[86] lautete seine Einschätzung. Diese Akzentverschiebung vorzunehmen, trage nicht nur der Beschädigung des Sozialismusbegriffs Rechnung, sondern reagiere auch auf dessen Anachronizität: denn der „utopische Überschuß“, der dem Begriff „trotz aller Ernüchterung und Selbstkritik noch immer anhaftet“, habe in komplexen Gesellschaften „seine orientierende Funktion“ verloren, so Meyer. Er sei nur noch „möglich und wünschenswert als regulative Idee der Demokratisierung und als Wächter des Imperativs Gerechtigkeit, damit die komplexen Sozialsysteme nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben.“[87]

Mit seinem Vorschlag, vom Sozialismusbegriff abzurücken, war Meyer nicht allein. In der Grundwertekommission waren es nach 1989 vor allem ostdeutsche Mitglieder, die sich für einen Verzicht auf den „demokratischen Sozialismus“ aussprachen.[88] Viele ihrer westdeutschen Kollegen bestanden dagegen auf den Erhalt des Begriffs. Susanne Miller etwa, wie Meyer Teilnehmerin an den SPD-SED-Gesprächen, war zwar die „Bürde, die durch die Diskreditierung des ‚Sozialismus‘ durch die kommunistischen Diktaturen auch mit auf der SPD lastete und ihre politischen Chancen schmälerte, […] vollauf bewusst“.[89] Ausdrücklich beklagte sie sich über die „Schamlosigkeit“ der Eliten im sowjetischen Machtbereich, „ihre Regime als ‚real existierenden Sozialismus‘ zu deklarieren“. Jedoch forderte sie, statt auf den Begriff der Sozialen Demokratie auszuweichen, eine „Besinnung darauf […], was ‚Sozialismus in der geistigen und politischen Tradition der Sozialdemokratie bedeutet“.[90] Heinrich Potthoff resümiert: „Susanne Miller mochte den

[84] Ebd., S. 59.

[85] François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996.

[86] Meyer, Was bleibt vom Sozialismus?, S. 24, 132 u. 137.

[87] Meyer, Demokratischer Sozialismus – soziale Demokratie, S. 125.

[88] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000024, Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission am 16. 04. 1993, S. 4.

[89] Heinrich Potthoff: Ein Leben für Freiheit und soziale Demokratie. Susanne Miller (1915–2008), in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 227–244, hier S. 239.

[90] Susanne Miller: Sozialismus. Deutungen und Mißdeutungen, in: Malte Ristau/Martin Gorholt (Hg.): Demokratischer Sozialismus. Beiträge zur Verständigung, Marburg 1991, S. 12–23, hier S. 12 f.

vertrauten Begriff des ‚demokratischen Sozialismus‘ ungern preisgeben. Denn auch in einer sich wandelnden Welt blieb[en] für sie die Grundanliegen des ‚demokratischen Sozialismus‘, Menschenwürde, Bürgerrechte, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Völkerverständigung, aktuell.“[91]

Die meisten der Kommissionsmitglieder, die sich wie Miller gegen einen Verzicht auf den Sozialismusbegriff wandten, sind als frühere Solidarność-Unterstützer einzuordnen. Johano Strasser etwa war schon in den 1980er Jahren gegen die These Ralf Dahrendorfs vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ zu Felde gezogen, in der er die „Fortsetzung des von Biedenkopf Anfang der 70er Jahre eröffneten ‚semantischen Krieges‘“ erblickte. „Bereits vor zehn Jahren behauptete Biedenkopf in seinem Buch ‚Fortschritt in Freiheit‘, ‚daß der Sozialismus eine konkrete historische Aufgabe hatte, diese Aufgabe aber inzwischen erfüllt ist‘. Schön wär’s, wenn der Sozialismus, der demokratische zumal, seine historische Aufgabe erfüllt hätte. Aber davon kann ja wohl keine Rede sein“,[92] hatte Strasser Anfang der 1980er Jahre betont. Auch nach 1989 wandte er sich gegen einen Verzicht auf den Sozialismusbegriff.[93] Zwar konstatierte er, dass es „schlimm zu stehen [scheine] für die Sache des Sozialismus“, doch war dies für ihn kein Grund, den Begriff zu verwerfen. Damit werde die SPD ohnehin keinen Erfolg haben: „Auch die Geschichte unserer Begriffe ist Teil unserer Geschichte, auch aus ihr können wir nicht willkürlich aussteigen. Versuchten wir es, sie holte uns dennoch ein.“

Zudem wollte Strasser die Erwartungen, die den „demokratischen Sozialismus“ ausmachten, nicht aufgeben, auch wenn sie von der Erfahrung kommunistischer Herrschaft überdeckt würden: „Wir müssen uns damit abfinden, daß das Hoffnungspotenzial, das in Begriffen wie ‚Christentum‘ und ‚Sozialismus‘ gebündelt ist, immer Gefahr läuft, verdunkelt zu werden durch das Schreckliche, das diesen Begriffen anhaftet.“ Es sei deshalb erforderlich, das eigene Sozialismusverständnis und die damit verknüpften Erwartungen gegen andere Begriffsprägungen zu verteidigen: „Also müssen wir uns erklären, als Christen und Sozialisten ebenso wie als Liberale und Konservative, müssen differenzieren, die Begriffe mit Attributen versehen, damit wir nicht allzu leicht, arglos oder böswillig, mißverstanden werden, damit deutlich wird, worin wir uns von anderen unterscheiden, die dieselben Begriffe verwenden.“[94] Sein Plädoyer untermauerte Strasser mittels eines Erwartungsmanagements, das auf den Kapitalismusbegriff abstellte und Befürchtungen über die Konsequenzen einer möglichen Schwächung sozialistischer Positionen artikulierte: „Es hätte vermutlich fatale Folgen, wenn es dem Kapitalismus und Wirtschaftsliberalismus, die einen weltweiten Triumph zu feiern scheinen, tat-

[91] Potthoff, Ein Leben für Freiheit und soziale Demokratie, S. 239.

[92] Johano Strasser: Editorial, in: L’80 (Mai 1983), Nr. 26, S. 2 f., hier S. 2. Zur Sprachpolitik der Unionsparteien in den 1970er Jahren und der Rolle Kurt Biedenkopfs vgl. Martina Steber: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin/Boston 2017, S. 220 ff.

[93] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000024, Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission am 16. 04. 1993, S. 3.

[94] Johano Strasser: Leben ohne Utopie?, Frankfurt am Main 1990, S. 11 u. 16 f.

sächlich gelänge, das soziale und ökologische Widerspruchspotential – wenn auch nur für eine kurze Phase – lahmzulegen“.

Strassers Sorge galt jedoch nicht nur der Rettung des Sozialismusbegriffs. Vielmehr wandte er sich auch gegen ein „veritables Utopieverbot“, das er von der konservativen Presse und von Büchern wie Joachim Fests *Der zerstörte Traum* ausgehen sah.[95] Damit lag er auf einer Linie mit Günter Grass, seinem früheren Redaktionskollegen bei *L'76* bzw. *L'80* und ehemaligen Solidarność-Mitunterstützern. Auch Grass beklagte sich nach 1989 über ein „Utopieverbot“,[96] dem Fürsprecher eines demokratischen Sozialismus und eines „dritten Weges“ ausgesetzt seien. Zwar hatte Jürgen Habermas schon 1984 eine „Erschöpfung utopischer Energien“[97] konstatiert, doch nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ schien die Kritik an Utopien eine neue Qualität zu erreichen. Strasser drückte dies so aus:

„Wer […] jenseits der falschen und schon immer das Denken lähmende Alternative ‚Entweder SU-Sozialismus oder US-Kapitalismus‘ nach dritten, vierten, fünften Möglichkeiten Ausschau hält, gilt den meisten als Nörgler, Spielverderber, schlechter Verlierer, zumindest als jemand, der die so schön mediengerecht aufbereitete Weltlage unnötig und bösartig kompliziert.“[98]

Wie schon der Grundwertekommission bezüglich des Sozialismusbegriffs, ging es Strasser auch beim Thema Utopie um die Gefahr einer Stigmatisierung linker Parteien und Positionen. Wie für Grass in seiner *Rede eines vaterlandslosen Gesellen*[99] war auch für Strasser das Problem der Legitimität bestimmter Erwartungen ein existenzielles. Die Diskussionen um die Zukunft der Utopie und die Zukunft des Sozialismus waren dabei, wie der Utopieforscher Richard Saage feststellt, eng miteinander verbunden. Saage kommt zu dem Ergebnis, „daß die politische Absicht, die hinter dem Versuch stand, das Ende der politischen Utopie zu verkünden, auf das Ziel hinauslief, es zugleich als Ende des Sozialismus auszuweisen“.[100]

Gegen eine Abkehr vom Sozialismus wandte sich auch der frühere Solidarność-Unterstützer Peter von Oertzen. Er hatte im Umbruch 1989/90 bereits für Erwar-

[95] Ebd., S. 9 u. 15. Zum Kontrast zwischen Strasser und Fest vgl. Klaus Vondung: „Wunschträume und Wunschzeiten“. Einige wissenschaftsgeschichtliche Erinnerungen, in: Árpád Bernáth/Endre Hárs/Peter Plener (Hg.): Vom Zweck des Systems. Beiträge zur Geschichte literarischer Utopien 2006, S. 183–190, hier S. 184.

[96] Grass, Günter: Mein Traum von Europa. Rede in Sevilla anläßlich der bevorstehenden Weltausstellung [1992], in: Essays und Reden III. 1980–1997, Göttingen 1997, S. 340–351, hier S. 346.

[97] Habermas hielt am 26. 11. 1984 vor spanischen Verfassungsrechtlern und Parlamentariern eine Rede unter dem Titel *Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien* (erstmals gedruckt als: Jürgen Habermas: Die Neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Merkur 29 [1985], Nr. 1, S. 1–14; leicht erweitert als Jürgen Habermas: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V, Frankfurt am Main 1985, S. 141–163; zu Publikationsablauf und Deutung vgl. Cord Arendes: Auf der Suche nach dem roten Faden. Jürgen Habermas' Lesarten der europäischen Moderne in unübersichtlichen Zeiten 7 [2010], Nr. 1, S. 152–157).

[98] Strasser, Leben ohne Utopie?, S. 9.

[99] Günter Grass: Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen, in: Die Zeit vom 7. 2. 1990.

[100] Richard Saage: Utopische Profile IV. Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts, Münster [u. a.] 2003, S. 510.

tungskontinuität optiert, wenn er betonte, „sein ganzes Leben“ lang für einen „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Stalinismus“ gekämpft zu haben.[101] Auf eine solche Kontinuität zurückblickend, sah von Oertzen nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ keinen Anlass, seine Erwartungen zu korrigieren. Hierdurch sah er sich Anfang der 1990er Jahre allerdings an den Rand gedrängt und seiner politischen Wirkungsmöglichkeiten weitgehend beraubt. Hatte er in den 1980er Jahren noch erfolgreich „sozialistische Programm-Positionen“[102] im neuen SPD-Grundsatzprogramm verankert, musste er nun in einem Brief an Adam Michnik feststellen: „Wenn wir heute an den Ideen der wirklichen sozialistischen Linken […] festhalten, stellt man uns mit unseren Todfeinden: den stalinistischen Politbürokraten […] in eine Reihe.“[103] Eben noch maßgeblich an der Programmfindung der SPD beteiligt, sah er sich Anfang der 1990er Jahre in einen „alten und uninteressant gewordenen Mann“ verwandelt und berichtete Freunden von seinen Schwierigkeiten, „nicht zu resignieren oder zu verbittern“.[104]

Seinem Unmut verschaffte von Oertzen auch öffentlich Gehör. In einem Zeitungsartikel wandte er sich gegen die „Renegaten“ unter den westdeutschen Linken, die er unter dem Begriff „Jynx Tortilla occindentalis“ mit den ostdeutschen „Wendehälsen“ von der SED parallelisierte: „Es wimmelt bei uns im ‚Westen‘ geradezu von Ex-Marxisten, Ex-Leninisten, Ex-Stalinisten, Ex-Maoisten, die mit einem Male das Ende des Sozialismus verkünden.“ Mit dieser Kritik zielte er besonders auf Politiker der Grünen wie Joschka Fischer, Antje Vollmer und Ralf Fücks (s. u.), aber auch auf Teile der SPD. Er sah einerseits im Zusammenbruch des Ostblocks „für Resignation oder gar Kapitulation […] keinen Grund“. Wie Thomas Meyer wandte er sich also gegen das Narrativ von 1989 als Jahr der Enttäuschung. Andererseits sprach er aber von einer „fast verzweifelten Situation“, sodass sich für Linke nun die Frage stelle: „welchen Weg sollen sie gehen, wenn es scheinbar zum Kapitalismus keine Alternative mehr gibt?“ Die „unerhörte Herausforderung, auch und gerade für die Linke im kapitalistischen ‚Westen‘: für Sozialdemokraten und linke Grüne, für unabhängige Sozialisten und kritische Kommunisten“ sah von Oertzen in dieser neuen Situation darin, sich „an die ursprüngliche Idee des Sozialismus [zu] erinnern – des wirklichen, nicht des ‚realen‘“.[105]

[101] AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000067, Schreiben von Peter von Oertzen, vom 23. 11. 1989, S. 1.

[102] Thomas Meyer: Im Kampf um sozialistische Programm-Positionen. Peter von Oertzen als sozialdemokratischer Programmatiker, in: Jürgen Seifert/Heinz Thörmer/Klaus Wettig (Hg.): Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik. Freundesgabe für Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag, Marburg 1989, S. 204–214.

[103] LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Peter von Oertzen an Adam Michnik, 03. 03. 1994.

[104] LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/4, Peter von Oertzen an Wolf-Dieter Narr, 01. 04. 1994.

[105] Peter von Oertzen: Was bleibt von der sozialistischen Vision?, in: Malte Ristau/Martin Gorholt (Hg.): Demokratischer Sozialismus. Beiträge zur Verständigung, Marburg 1991, S. 37–54 [Ms. Hannover 1990] (vgl. Arno Brandt/Wolfgang Jüttner: Worin die freie Entwicklung eines jeden … Zur Aktualität des demokratisch-sozialistischen Denkens bei Peter von Oertzen, in: Karin Benz-Overhage/Wolfgang Jüttner/Horst Peter [Hg.]: Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt Lesebuch zum 70. Geburtstag von Peter von Oertzen, Köln 1994, S. 37–46, hier S. 46, gek. erschienen als Peter von Oertzen: Was bleibt von der sozialistischen Vision?, in: Der Freitag vom 16. 11. 1990, S. 7, hier S. 37–39 u. 50 f.).

Auch von Oertzen separierte sein Verständnis des Sozialismus als Erwartungsbegriff somit von der historischen Erfahrung der kommunistischen Herrschaft im sowjetischen Machtbereich.

Außerhalb der Grundwertekommission war es vor allem Horst Heimann, stellvertretender Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie, der sich in der Begriffsdiskussion hervortat. Anders als Meyer plädierte Heimann dezidiert für ein Festhalten am „demokratischen Sozialismus“ – einig hierin mit Grebing, von Oertzen, Miller und anderen. Öffentliche Unterstützung erhielt er von Erhard Eppler, der im *Vorwärts* alle jene kritisierte, „die sich für links halten und jetzt in den Chor der Rechten einstimmen: Mit dem, was real existierender Sozialismus zu sein vorgab, seien alle Formen des Sozialismus gescheitert.“ Eppler folgte Heimann in dem Versuch, den Sozialismusbegriff gegenüber den negativen Erfahrungen im Ostblock abzuschotten. Sein Schluss lautete deshalb: „Wer meint, mit dem Marxismus-Leninismus sei alles erledigt, was sich sozialistisch nennt, hat sich auf einen Begriff des Sozialismus eingelassen, der alles ausblendet, was demokratische Sozialisten, seit es sie gibt, getan haben. Er tut so, als hätte es das Godesberger Programm – und das Berliner von 1989 dazu – nie gegeben.“ [106] In begriffsgeschichtlicher Perspektive ist evident, dass Eppler damit eine Verkürzung des Sozialismusbegriffs (auf das Sowjetsystem) beklagte und diese als partiell erfahrungsblind (gegenüber der Programmtradition der westlichen Sozialdemokratie) verwarf, eine solche Verkürzung jedoch auch selbst vornahm, indem er umgekehrt die Selbstbeschreibung der Ostblockstaaten als „real existierender Sozialismus“ kritisierte. Er lässt sich insofern jenen zurechnen, die den Sieg des sozialdemokratischen Begriffsverständnisses über das kommunistische ausriefen und damit gleichsam einen Alleinvertretungsanspruch der SPD auf den Sozialismus reklamierten, der in begriffsgeschichtlicher Perspektive wenig aussichtsreich sein musste (wie Wolfgang Schieder denn auch zeitnah einwandte, s. o.).

Somit lässt sich die sozialdemokratische Sozialismusdebatte der 1990er Jahre quer durch das heterogene Feld ihrer Teilnehmer dahingehend kennzeichnen, dass die mit dem eigenen Fahnenwort verknüpften (positiven) Erwartungen gegen die (negativen) Erfahrungen, die sich mit den Ostblockregimes verbanden, abgegrenzt werden sollten – egal, ob man Erstere weiter bewahren oder nunmehr partiell verwerfen wollte. Die Einschätzungen, ob dies gelingen könne, differierten allerdings. Eine solche Trennung von Erwartung und Erfahrung war indes nichts Neues. Schließlich hatte die SPD auch in ihrer Regierungszeit von 1966 bis 1982 am „demokratischen Sozialismus“ festgehalten, obwohl „in ihrer Politik nur noch wenige Momente vom traditionellen Sozialismus-Konzept erkennbar“ waren, wie Bernd Faulenbach feststellt.[107] Demoskopische Umfragen deuten zudem darauf

[106] Ehrhard Eppler: Was ist im Osten gescheitert?, in: Vorwärts 1/1992, S. 28.

[107] Bernd Faulenbach: Zur Entwicklung des demokratischen Sozialismus seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland, in: Dieter Dowe (Hg.): Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Referate und Diskussionen einer internationalen Konferenz des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für Soziale Bewegungen der Universität Bochum in Berlin am 2. Oktober 2000, Bonn 2001, S. 73–85, hier S. 79.

hin, dass eine Unterscheidung zwischen dem Erfahrungs- und dem Erwartungsgehalt des Sozialismusbegriffs durchaus auf eine gewisse Resonanz stieß. So fragte das Allensbacher Institut für Demoskopie seit 1990 regelmäßig (und fragt bis heute weiter): „Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?“ 1991 stimmten dieser Aussage in den alten Bundesländern immerhin 36 Prozent der Befragten zu; 42 Prozent jedoch widersprachen ihr. Anders in den neuen Bundesländern: hier bejahten 60 Prozent die Frage; nur jeder vierte Befragte verneinte sie. Interessant ist die Aufschlüsselung nach Parteipräferenz: Im Westen stimmten zwar fast zwei Drittel der Grünen-, aber nur gut zwei Fünftel der SPD-Anhänger zu; unentschieden war je rund ein Fünftel. Folglich konnten die Sozialdemokraten – glaubt man den Demoskopen – mit ihrem traditionellen Fahnenwort selbst unter ihren eigenen Anhängern allenfalls bei einer Minderheit reüssieren. (Im Osten fiel die Zustimmung zum Sozialismus unter SPD- und Grünen-Anhängern allerdings deutlich höher aus.)[108] 1996 hatte sich die Situation insoweit verändert, dass die (unverändert gestellte) Frage inzwischen bundesweit etwas häufiger bejaht als verneint wurde. Dennoch gab weiterhin weniger als die Hälfte der Befragten an, „den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde“ zu halten. 1996 stellten die Allensbacher Meinungsforscher zudem die Frage: „Sollten wir es in Deutschland mit einem neuen Sozialismus versuchen?“ Dies verneinten gut zwei Drittel der West- und die Hälfte der Ostdeutschen.[109] Den demokratischen Sozialismus im Programm zu belassen, mochte insofern aus SPD-Sicht wenig opportun scheinen.

Dieser Auffassung – und damit dem frühen Plädoyer Thomas Meyers – folgte die SPD letztlich auch. In ihrem 2007 verabschiedeten neuen Grundsatzprogramm betont sie den Begriff der Sozialen Demokratie, und in der Kurzfassung des Textes ist der „demokratische Sozialismus“ nicht mehr enthalten.[110] (Bei einer früheren Modifikation des Berliner Grundsatzprogramms war der Sozialismusbegriff aber gegen Widerstände noch im Text belassen worden,[111] und auch das aktuelle Grundsatzprogramm beinhaltet ihn zumindest in der Langfassung weiterhin.[112]) Die semantische Neuausrichtung, die das Zurücktreten eines einstmals zentralen Erwartungsbegriffs bedeutete, hat allerdings, wie von Kritikern befürchtet, der politischen Konkurrenz das Feld weiter geöffnet. So nimmt seit 2007 innerhalb der PDS- und damit SED-Nachfolgepartei Die Linke ein forum demokratischer sozia-

[108] Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–92, München u. a. 1993, S. 553.

[109] Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–97, München u. a. 1998, S. 652 f.

[110] Vgl. SPD-Parteivorstand (Hg.): Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD. Kurzfassung, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm_kurzfassung.pdf [11. 04. 2016].

[111] Vgl. [o. V.:] Auf Zack, in: Die Zeit vom 08. 04. 1998.

[112] Vgl. SPD-Parteivorstand (Hg.): Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm_kurzfassung.pdf [11. 04. 2016], S. 5, 14 u. 16 f.

lismus (fds) den langjährigen Leitbegriff der SPD in Anspruch. Als Begründung wird angegeben, dass die „deutsche Sozialdemokratie, die den Begriff des demokratischen Sozialismus in Auseinandersetzung mit den totalitären Zügen des entstehenden Realsozialismus und vor allem des aufkommenden Stalinismus geprägt, durchgesetzt und lange Zeit verteidigt hat, […] ihn mittlerweile faktisch aufgegeben und durch die Idee von der sozialen Demokratie ersetzt“[113] habe. Die Organisation steht damit in Konkurrenz zum gleichnamigen Forum Demokratischer Sozialismus (forum ds) innerhalb der SPD, dessen Vorsitzender seit 1994 mit Gert Weisskirchen einer der wenigen Sozialdemokraten ist, der vor 1989 offen Kontakte mit der Dissidenz im Ostblock unterhielt und propagierte, wofür er 2005 die Solidarność-Sondermedaille erhielt.[114]

Die Akzentschiebung, die die SPD hin zur Sozialen Demokratie vornahm, bedeutete damit einerseits die faktische Preisgabe des eigenen Fahnenwortes. Andererseits trug sie aber dem Tatbestand Rechnung, dass „von einer umfassenden Sozialismusdefinition, wie sie für viele ‚Alt-Linke‘ als Resultat einer allgemeinen Kapitalismuskritik selbstverständlich war, ‚nur‘ die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit übriggeblieben“[115] war. Diese Beobachtung, die Parteienforscher schon Anfang der 1990er Jahre machten, findet sich auch in den geschilderten Diskussionen der SPD-Grundwertekommission wieder. Überdies ist die Akzentverschiebung hin zur Sozialen Demokratie in einem größeren Zusammenhang programmatischer und semantischer Neuausrichtung der Sozialdemokratie nach 1989 zu sehen. Sebastian Nawrat hat herausgearbeitet, dass die „Agenda 2010“ unter Bundeskanzler Schröder keineswegs ein „Überraschungscoup“ darstellte, wie sie vielfach aufgefasst wurde. Vielmehr habe, so Nawrat, die SPD sich bereits in den 1990er Jahren wirtschaftsliberalen, angebotsorientierten Positionen zugewandt, nachdem sie in den 1980er Jahren noch einen keynesianischen „Umbau der Industriegesellschaft“ propagiert hatte.[116] Erscheint 1989/90 insofern als programmgeschichtliche Zäsur, ist in der Akzentuierung der Sozialen Demokratie zu Lasten des Sozialismusbegriffs die semantische Entsprechung sozialdemokratischer Neuausrichtung zu finden. Hierzu passt, dass die SPD (wie übrigens auch die Grünen und sogar die PDS) ab Ende der 1990er Jahre schließlich sogar den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft übernahmen, den sie zuvor noch „wegen seiner eindeutigen Besetzung als CDU-Konzept vermieden“[117] hatte. In der sozialdemokra-

[113] Forum Demokratischer Sozialismus [innerhalb der Linkspartei]: Gründungserklärung, http://forum-ds.de/?page_id=351 [08. 09. 2015].

[114] [o. V.:] Prof. Gert Weisskirchen – Biografie (08. 12. 2009), http://www.gert-weisskirchen.de/Biographie_Seite.htm [08. 09. 2015].

[115] Oskar Niedermayer/Richard Stöss: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Wiesbaden 1993, S. 185.

[116] Sebastian Nawrat: Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012.

[117] Martin Wengeler: Tiefensemantik – Argumentationsmuster – soziales Wissen. Erweiterung oder Abkehr von begriffsgeschichtlicher Forschung?, in: Ernst Müller (Hg.): Begriffsgeschichte im Umbruch? (Archiv für Begriffsgeschichte, Sonderheft 4) 2005, S. 131–146, hier S. 139.

tischen Programmdebatte der 1980er Jahre war sogar noch von „Marktwirtschaft als ideologisch geprägtem Begriff “,[118] von dem man sich absetzen müsse, die Rede gewesen.

Insgesamt kann man zwar argumentieren, dass die Sozialdemokratie bereits seit der Nachkriegszeit die „Überwindung des Kapitalismus, das Erreichen einer anderen, sozialistischen Gesellschaftsordnung“ aufgegeben hatte. Doch war das „Fernziel“ einer gesellschaftlichen Alternative, wie die Diskussionen über den Sozialismusbegriff zeigen, bis in die 1980er Jahre hinein durchaus noch präsent. Die Suche nach einer anderen Gesellschaft blieb, wie auch Oliver Nachtwey anmerkt, zumindest in der „Rhetorik, in der volkstümlichen Rede, auf den Parteitagen, Versammlungen und geselligen Aktivitäten präsent und zweifellos auch in der Identität vieler Parteifunktionäre wie auch Parteiaktivisten erhalten“.[119] Nach 1989 plädierten führende SPD-Theoretiker wie Thomas Meyer jedoch für eine Lösung vom Sozialismusbegriff, und dieser trat tatsächlich zunehmend hinter die Begriffsalternative „Soziale Demokratie“ zurück. Dies ist nur scheinbar eine semantische Kleinigkeit. Es markiert vielmehr eine spürbare Erwartungstransformation, die auch am scharfen Wiederstand Erhard Epplers, Johano Strassers und anderer früherer Solidarność-Unterstützer deutlich wird. Dass umgekehrt das Festhalten am Sozialismusbegriff mit einer Marginalisierung der eigenen Wirkungsmöglichkeiten einhergehen konnte, zeigt das Beispiel Peter von Oertzens. Es verweist damit auf die erheblichen Kosten, die aus einer Stabilisierung bisheriger Erwartungen im Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ resultieren konnten.

1.3 Kontinuität und Wandel jenseits der SPD

Sozialistisches Büro

Geradezu existenziell war die Diskussion über die politische Semantik auch für das Sozialistische Büro. Das SB, das sich als Diskussionszentrum der undogmatischen Neuen Linken verstand und eine der Säulen der westdeutschen Solidarność-Solidarität dargestellt hatte (s. Kap. II), war von der Desavouierung des Sozialismusbegriffs schon nominell betroffen. Zwar stellte dies nichts völlig Neues dar, bereits 1985 hatte Oskar Negt geklagt, dass „die prägende und einheitsstiftende Idee des Sozialismus“, die das SB zusammengehalten hatte, „fast vollständig verlorengegangen“[120] sei. Doch scheinen die Probleme nach 1989 noch einmal deutlich an Dramatik gewonnen zu haben.

[118] AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000138, Protokoll der Sitzung der Programmkommission am 31. 01. 1986, dat. 06. 02. 1986, S. 3.

[119] Oliver Nachtwey: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009, S. 102.

[120] Oskar Negt: Politik als Produktionsprozeß, in: Wolf-Dieter Narr/Roland Roth/Hanne Vack (Hg.): „Tradition heisst nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten!“. Für und über Klaus Vack, Sensbachtal 1985, S. 51–54, hier S. 53.

In einer Sitzung des Arbeitsausschusses Tage nach der Bundestagswahl 1990 hieß es, dass ein „Umdenken“ erforderlich und zu klären sei, „warum es jetzt so zusammenkracht“. Mehrere SB-Mitglieder gaben zu bedenken, ein „[d]irekter Bezug auf die Utopie des Sozialismus [sei] sehr schwierig“ geworden. Doch sei sein „Sozialismusverständnis“ gerade die „spezifische Differenz des SB zu anderen Projekten“. Damit ging es um den Bestand der Organisation: „Auf welchen Fokus will man das SB zusammenhalten, wenn's nicht der Sozialismus ist“, lautete eine Frage. „Die linke Alternative ist gescheitert“, hieß es von einem weiteren Mitglied, und das SB müsse „den Nachweis seiner Existenzberechtigung bei neuer, veränderter Situation erbringen“. Einigkeit bestand darin, dass das SB sich vollständig neu aufstellen müsse, doch „[k]onkretere Vorschläge wurden nicht gemacht“.[121]

An promintente Theoretiker und Politiker wie Jürgen Habermas, Peter Glotz und Karsten D. Voigt wandte sich das SB mit der Frage, ob „Alternativen zum Kapitalismus“ überhaupt noch denkbar seien. Auch wollte es wissen, warum „die ‚Linke' als politische Kraft weiteren Boden verloren hat“. Zu konstatieren sei das Fehlen eines „ökonomisch-sozialen Gegenprojekts“ zum Kapitalismus, wofür auch die „Abwendung der Linksintellektuellen von Fragen der politischen Ökonomie“ verantwortlich zu machen sei, nachdem „die in sie gesetzten politischen und theoretischen Hoffnungen sich nicht erfüllten“.[122] Karsten D. Voigt, von dem die einzige überlieferte Antwort stammt, plädierte für eine „Neubestimmung der Ziele und Methoden eines demokratischen Sozialismus“,[123] blieb jedoch ebenfalls konkrete Vorschläge schuldig.

Zahlreiche SB-Theoretiker plädierten auch öffentlich gegen eine Aufgabe des Sozialismusbegriffs. So wandte sich Oskar Negt bereits Anfang 1990 in einem Beitrag für die *Frankfurter Rundschau* gegen die „Verabschiedungslogik“ des damaligen „Zeitgeist[s]“. Wie Peter von Oertzen stellte er sich gegen linke Renegaten (wie von Oertzen sie bezeichnet hatte), denn „tiefer kann eine Idee wohl kaum herabsinken, als auf einen Punkt, wo selbst die, die sich fortwährend auf sie beriefen und in ihrem ganzen Leben sich auf sie verpflichtet glaubten, nunmehr noch die Erinnerungsspuren dieses Namens tilgen möchten“. Er selbst bestand demgegenüber – auch wenn er dem untergehenden Ostblock keine „Träne“ nachweine – darauf, dass „die im ursprünglichen Wahrheitsgehalt der Idee des Sozialismus enthaltenen Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme […] nicht ausgestanden“, sondern, „wie Bloch es ausgedrückt hätte, ‚unabgegolten'“ seien. So sei auch im vereinigten Deutschland weiterhin „Widerstandspraxis gegen den räuberischen Kapitalismus und die krakenhafte Besetzung der Gesellschaft durch bürokratisierte Parteiapparate“ gefragt. Diese Positionierung ist, einerseits, als Versuch

121 HIS, SB 001, Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses des SB am Samstag, den 8. 12. 1990 in Offenbach (Büro), S. 2 f.

122 HIS, Bestand SB 001, Sozialistisches Büro an Joachim Hirsch, Micha Brumlik, Helmut Dubiel, Dietrich Wetzel, Jürgen Habermas, Peter Glotz, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Karsten D. Voigt, 07. 01. 1991.

123 HIS, Bestand SB 001, Karsten D. Voigt an das Sozialistische Büro, 12. 04. 1991.

der Erwartungsstabilisierung im Angesicht öffentlicher linker Erwartungstransformationen zu interpretieren. Doch räumte Negt, andererseits, durchaus auch Revisionsbedarf ein: Die Linke stehe vor „ganz neuen geschichtlichen Herausforderungen" und müsse sich etwa von der „Erwartung, als gebe es eine Art Metaphysik der Stufenfolge von Gesellschaftsordnungen" lösen. „Alles muß", so schrieb Negt, „neu durchdacht werden", wenn „die vom fatalen Erbe des Stalinismus befreite sozialistische Utopie ihre Kraft in den Emanzipationsbewegungen der Menschen eigensinnig entfalten" solle.[124] Auch Jahre später stellte er unverändert fest:

„Da wir, wenn wir moralisch aufrichtig sein und dem Prinzip intellektueller Redlichkeit folgen wollen, alles *neu* durchdenken müssen, nicht zuletzt auch *unseren Begriff von Sozialismus* und alternativem Handeln, ist die Überprüfung unserer eigenen Vergangenheit, was wir für wichtig und verabschiedungswürdig halten, unbedingte Voraussetzung einer Regeneration linker Politik."[125]

In Negts Äußerungen ist insofern sowohl Erwartungsstabilisierung als auch das Plädoyer für Erwartungskorrekturen zu erkennen.

Doch nicht nur von der Desavouierung des Sozialismusbegriffs war das SB existenziell betroffen. Auch den Begriff „links", der den Titel seiner Zeitschrift lieferte, musste es verteidigen, insbesondere gegen die Konkurrenz der SED-Nachfolgepartei PDS. Dies nahm sogar juristische Qualität an. Der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi unterzeichnete Ende Dezember 1990 eine Erklärung, die PDS werde es „unterlassen, für Publikationen der Partei den Titel ‚links' zu verwenden".[126]

Trotzkisten

Einige frühere Solidarność-Unterstützer hielten am Sozialismus auf eine andere Weise fest: Sie schlossen sich der SED-Nachfolgepartei PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) an. Interessanterweise waren diese Personen zumeist ehemalige Trotzkisten, also radikale Linke, die den Regimes im sowjetischen Machtbereich äußerst kritisch gegenübergestanden hatten. Ein Beispiel ist Harald Wolf. Zunächst trotzkistisch orientiert, hatte er Anfang der 1980er Jahre dem Bundesvorstand der SPD-Linksabspaltung „Demokratische Sozialisten" angehört. Später war er zur West-Berliner Alternativen Liste gestoßen, für die er 1989/90 den grünen Perestrojka-Kongress mitorganisiert hatte.[127] Wenig später schloss er sich

[124] Oskar Negt: Ein „einig Vaterland" schafft neue Mauern und Teilungen, in: FR vom 17. 03. 1990, S. 12.

[125] Oskar Negt: Das anstößige Jahr '68 und das Problem einer Neubestimmung von Sozialismus, in: Karin Benz-Overhage/Wolfgang Jüttner/Horst Peter (Hg.): Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt Lesebuch zum 70. Geburtstag von Peter von Oertzen, Köln 1994, S. 47–57, hier S. 57 (Hervorhebung im Original).

[126] HIS, SB 001, Eklärung des PDS-Parteivorstands (Gregor Gysi), dat. 03.12. 1990: „Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) erklärt, es zu unterlassen, für Publikationen der Partei den Titel ‚links' zu verwenden. Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen diese Unterlassungserklärung verpflichten wir uns, eine Vertragsstrafe zu zahlen, deren Höhe in das Ermessen des zuständigen Gerichts gestellt wird".

[127] Siehe oben, S. 112.

der PDS an, für die er bereits 1991 sein erstes öffentliches Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus erhielt. Zeitweise war er dort Fraktionsvorsitzender und wurde Wirtschaftsminister in der rot-roten Koalition von Klaus Wowereit.[128] Wolfs Wechsel von der Alternativen Liste zur Partei der Postkommunisten bedeute insofern Wandel und Kontinuität zugleich. Denn indem er zur PDS stieß, hielt der Ex-Trotzkist am Sozialismus schon qua Parteibuch fest.

Wolf schlug damit einen ähnlichen Weg ein wie zwei weitere trotzkistische Solidarność-Unterstützer der frühen 1980er Jahre. Jakob Moneta, der Mitinitiator der Initiative *Solidarität mit Solidarność*, war Mitte der 1980er Jahre zur Vereinigten Sozialistischen Partei gestoßen, die Trotzkisten und Maoisten zusammenführte. Nach 1989 trat er ebenfalls der SED-Nachfolgepartei PDS bei. Dem Schritt lag Sebastian Voigt zufolge das Anliegen zugrunde, die Einheit der Arbeiterklasse zu fördern, statt in Kleinst- und Splittergruppen zu arbeiten.[129] (Doch nicht nur Trotzkisten wechselten zu den Postkommunisten. Mit Stefan Heym zog auch ein Ostdeutscher auf den Listen der PDS ins Parlament ein, der sich Anfang der 1980er Jahre an der westdeutschen Solidarność-Hilfe beteiligt hatte.[130] Und mit Oskar Lafontaine wurde Anfang der 2000er Jahre ein früherer Sozialdemokrat Vorsitzender der PDS-Nachfolgerin Die Linke, der sich ebenfalls für Solidarność eingesetzt hatte.[131])

Ebenfalls auf den offenen Listen der PDS zog der Trotzkist und frühere Solidarność-Unterstützer Winfried Wolf Anfang der 1990er Jahre in den Bundestag ein.[132] Wie schon bei seinem Namensvetter Harald Wolf, zeigt sich auch bei Winfried Wolf eine Mischung aus Erwartungswandel und -kontinuität. Der „Sieg des Westens über die Sowjetunion“ erschien ihn als eine „Niederlage der Linken insgesamt“, die einer „großen Verschiebung des […] Kräfteverhältnisses zugunsten von Bürgertum und Imperialismus“ gleichkomme. In einem *konkret*-Artikel schrieb er, dass „[n]ur auf Grundlage einer solchen Analyse […] der notwendige Neuanfang im Engagement für gesellschaftliche Emanzipation und Internationalismus stattfinden und die gebührende Antwort auf die […] Frage ‚What is red?‘ gegeben werden“[133] könne. Der Ex-Trotzkist sah also nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ die Linke in einer veränderten Situation. Gleichzeitig hielt er jedoch am Sozialismus schon mit der Wahl der PDS als seiner neuen Heimat fest.

[128] Vgl. Harald Wolf: Rot-Rot in Berlin 2002 bis 2011. Eine (selbst-)kritische Bilanz, Hamburg 2016.

[129] Zur Biografie Monetas Sebastian Voigt: Das bewegte Leben eines jüdischen Gewerkschafters. Eine biografische Skizze zu Jakob Moneta, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau (2015), Nr. 70, S. 84–100.

[130] Heym findet sich als Mitwirkender der Zentralen Friedensveranstaltung der DGB-Jugend am Karfreitag 1982, die ein „Benefiz-Konzert [Biermanns] für Solidarność“ umfasste und deren Erlös an *Solidarität mit Solidarność* ging, vermerkt (FSO, HA-PL: dok, Solidarität mit Solidarność, Plakat „Ostern ’82: Für Frieden durch Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern, und deshalb auch: Solidarität mit Polen“).

[131] Siehe oben, Kap. II.

[132] Siehe ebd.

[133] Winfried Wolf, Tertium datur, in: konkret 10/1991, S. 16 f., hier S. 17.

Der Titel seines Artikels macht zudem deutlich, dass er die Suche nach Alternativen zum westlichen Kapitalismus und zum untergegangenen Sowjetkommunismus nicht aufgab: „Tertium datur“, lautete die Überschrift.

Grüne

Die Position Winfried Wolfs erinnert nicht zufällig an den Aufruf des Grünen Ralf Fücks während der Vorbereitungen für den Perestrojka-Kongress 1989/90, sich dem „‚tertium non datur‘ der dualen Logik“[134] des Kalten Krieges entgegenzustellen. Schließlich hatte die *Solidarität mit Solidarność*, für die sich Wolf und Fücks Anfang der 1980er Jahre engagiert hatten, eben der Suche nach Alternativen zu den Verhältnissen in Ost *und* West gegolten. Anfang der 1990er Jahre jedoch hatte Fücks sein Plädoyer für einen „dritten Weg“ allerdings, anders als Wolf, bereits wiederrufen. Hieran lässt sich eine Erwartungstransformation ablesen, die bei zahlreichen Grünen aus der früheren Solidarność-Hilfe zu beobachten ist.

Die Partei befand sich Anfang der 1990er Jahre in einer Umbruchsphase. Wie die genannten Trotzkisten wechselten auch zahlreiche Grüne zur PDS.[135] Es handelte sich primär um Vertreter des fundamentalistischen und ökosozialistischen Flügels; frühere Solidarność-Unterstützer waren kaum darunter. (Der oben erwähnte Ex-Trotzkist Harald Wolf ist insofern eine Ausnahme.) Die meisten Grünen unter den früheren Solidarność-Unterstützern blieben Mitglieder der Partei. Dies gilt etwa für Ralf Fücks, Antje Vollmer und Joschka Fischer, aber auch für Ludger Volmer und Renate Damus. Doch nicht nur personell wandelte sich die Partei. Das Verschwinden des Ostblocks veränderte die Grünen auch inhaltlich. Hatte in den 1970er Jahren der „Rechts/Links-Code“[136] die westdeutsche Politik bestimmt, war die Partei Anfang der 1980er Jahre unter dem Motto „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ auf die politische Bühne getreten. Im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz hatte sie sich zu einer eher linken Reformpartei gewandelt.[137] Mit dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ geriet dies jedoch wiederum in die Kritik. Zahlreiche Grünen-Politiker gemahnten nun wieder an das Gründungsmotto ihrer Partei: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Dies gilt gerade für einstige Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność*.

Joschka Fischer hatte bereits Anfang 1989 ein Buch vorgelegt, in dem er erklärte: „Der Kapitalismus hat gewonnen, der Sozialismus hat verloren.“[138] Anfang der

[134] AGG, B.II.3, 1035, Rundschreiben von Ralf Fücks, 12. 12. 1989.

[135] AGG, B.I.9, 1, Dokumentation und Diskussionspapiere zu den Austritten und Übertritten GRÜNER PolitikerInnen. Vgl. auch Regina Wick: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012, S. 282–286.

[136] Mergel, Zeit des Streits, S. 225.

[137] Vgl. Silke Mende: Von der „Anti-Parteien-Partei“ zur „ökologischen Reformpartei“. Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: Maik Woyke (Hg.): Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013, S. 277–319.

[138] Joschka Fischer: Der Umbau der Industriegesellschaft. Plädoyer wider die herrschende Umweltlüge, Frankfurt am Main 1989, S. 58.

1990er Jahre veröffentlichte er dann ein weiteres Buch mit dem Titel *Die Linke nach dem Sozialismus*, das als „Antibiotikum gegen die Immunschwäche der Träumerei“[139] aufgefasst wurde. Darin wiederholte er seine Feststellung und plädierte für eine ökologische Reformpolitik innerhalb des gegebenen Kapitalismus. Zahlreiche Beobachter monierten sogar, der „Linksbegriff“ auf dem Titel passe wenig zum Inhalt des Buches, weshalb Fischer erwog, bei einer möglichen Neuauflage die Frage: „Was heißt in diesem Buch eigentlich links“, noch genauer zu klären.[140]

Auch Ralf Fücks proklamierte Anfang der 1990er Jahre die „europaweite Götterdämmerung des Sozialismus als *Gesellschaftsalternative*“ und konstatierte: „Die *linke Transzendenz* ist futsch.“ Anders als für die SPD-Grundwertekommission war für ihn mit dem Ostblock „nicht nur die Fehlentwicklung einer ‚eigentlich‘ schönen, guten und allzeit gültigen Idee“[141] untergegangen. Schon kurz nach dem Vollzug der deutschen Einheit hatte Fücks in Auseinandersetzung mit den Übertritten prominenter Grüner zur PDS erklärt, dass „[m]it der DDR und dem ganzen Verlauf der ‚Perestroika‘ in Mittelosteuropa) […] zugleich die Illusion einer ökologisch-demokratischen Erneuerung des Sozialismus baden gegangen“[142] sei. Doch nicht nur dem Sozialismus, dem er Anfang der 1980er Jahre in der Solidarność-Solidarität noch das Wort geredet hatte, erteilte er nun eine Absage. Auch die „Kopfgeburt des ‚Dritten Weges‘“ verwarf er jetzt, die er im Vorjahr noch bei den Vorbereitungen zum grünen Perestrojka-Kongress ins Zentrum gestellt hatte. Seiner Partei empfahl er eine Rückbesinnung auf ihr Gründungsmotto „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ und eine Neupositionierung als ökologische Bürgerrechtspartei. Dabei verwendete er den Begriff „zivile Gesellschaft“, der als Surrogat geschwundener Utopien in Kapitel V.2 behandelt wird.[143]

Nicht alle früheren Solidarność-Unterstützer wollten bei den Grünen wollten solche Erwartungstransformationen vollziehen. Renate Damus erklärte nach dem Ausscheiden ihrer Partei aus dem Bundestag ebenfalls, die „Links-Rechts-Brille“ aus der Zeit des „ideologischen Ost-West-Gegensatzes“ tauge nicht mehr. Sie erklärte sich selbst allerdings für unfähig, diese Brille komplett abzulegen: „Ganz persönlich gesprochen, ich möchte meine politische Sozialisation nicht missen, aber ich befürchte, daß ihre emotionellen Altlasten mir noch anhängen.“ Sie forderte deshalb einen „Generationenwechsel“ in ihrer Partei.[144]

[139] Peter Glotz: Zum Jenseits geht’s nach links, in: Die Welt vom 29. 09. 1992, S. XIII.

[140] So ein Mitarbeiter seines Verlages, der ihn daran erinnerte (AGG, A Joschka Fischer, 233, Hubertus Rabe an Fischer, 09. 12. 1992).

[141] Ralf Fücks: Ökologie und Bürgerrechte. Plädoyer für eine neue Allianz, in: Ralf Fücks (Hg.): Sind die Grünen noch zu retten? Anstöße von Ulrich Beck, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 33–43, hier S. 34 (Hervorhebung im Original).

[142] AGG, B.I.9, 1, Dokumentation und Diskussionspapiere zu den Austritten und Übertritten GRÜNER PolitikerInnen, hier Ralf Fücks, Die Linke zwischen Grünen und PDS, S. 3.

[143] Fücks, Ökologie und Bürgerrechte, S. 33, 41 u. 43.

[144] Renate Damus: Wir kommen nicht wieder, wir bleiben da. Zur Zukunft des grünen Projekts, in: Ralf Fücks (Hg.): Sind die Grünen noch zu retten? Anstöße von Ulrich Beck, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 44–57, hier S. 46 f.

2. „Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft“[145] – das *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder*

Differierten die Positionen früherer Solidarność-Unterstützer in der Sozialismusdebatte erheblich, fanden doch viele von ihnen in einer gemeinsamen Initiative zusammen, die dem DDR-Umbruch und der deutschen Einheit trotz aller Kritik etwas Positives abzugewinnen suchte. Im *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* engagierten sie sich für eine neue Verfassung des vereinten Deutschland, die zentrale Erfahrungen des ostdeutschen Umbruchs aufnehmen sollte. Damit knüpften sie einerseits an Initiativen an, die bereits während des deutsch-deutschen Umbruchs auf den Impuls der DDR-„Revolution“ aufzunehmen und für Veränderungen in der Bundesrepublik zu nutzen (s. Kap. IV). Andererseits lässt ihr Einsatz für eine neue Verfassung auch bedeutende Erwartungstransformationen und -verlagerungen erkennen, die im Folgenden genauer analysiert werden sollen. Dies geschieht zum einen anhand der Aktivitäten des Kuratoriums selbst, zum anderen – ausführlicher – im Blick auf die historische Semantik des Zivilgesellschaftsbegriffs, der in der Arbeit des Kuratoriums eine wichtige Rolle spielte. Die Verfassungsdebatte, die sich im Kontext der deutschen Einheit Anfang der 1990er Jahre entspann und deren Teil das Kuratorium war, ist bereits recht gut dokumentiert[146] und untersucht.[147] Es soll deshalb im Weiteren nicht darum gehen, andernorts bereits Dargelegtes zu wiederholen. Vielmehr kommt es darauf an, die Beteiligung und die handlungsleitenden Erwartungen ehemaliger Solidarność-Unterstützer in der Verfassungsdiskussion auszuleuchten.

2.1 Personelle Verbindungslinien und Erwartungsverlagerungen

In netzwerkanalytischer Perspektive fällt zunächst auf, dass fünf Erstunterzeichner des ostdeutschen Aufrufs *Für unser Land*, der Ende 1989 für eine eigenständige DDR als „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“ eingetreten war, das Ku-

[145] Ulrich K. Preuß: Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft, in: Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder (Hg.): In freier Selbstbestimmung. Für eine gesamtdeutsche Verfassung mit Volksentscheid, Berlin/Köln/Leipzig 1990, S. 46–52.

[146] Bernd Guggenberger/Ulrich K. Preuß/Wolfgang Ullmann (Hg.): Eine Verfassung für Deutschland. Manifest, Text, Plädoyers, München 1991.

[147] Vgl. zuletzt Christopher Banditt: Das „Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder“ in der Verfassungsdiskussion der Wiedervereinigung (2014), http://www.bpb.de/193078 [19. 01. 2016]. Vgl. ausführlicher (allerdings aus politikwissenschaftlicher Sicht) Peter Fischer: Reform statt Revolution. Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, München 1995. Für die Bilanz einer zentralen Beteiligten vgl. Tine Stein: „Verfassung mit Volksentscheid“. Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit zwischen „Neuanfang“ und „Weiter so“, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 182–202.

ratorium unterstützten. Darunter befand sich auch Ulrike Poppe, die gemeinsam mit früheren Solidarność-Unterstützern aus der Bundesrepublik Mitte der 1980er Jahre die blockübergreifende *Erklärung für den Frieden* unterschrieben hatte. Ferner fallen enge personelle Verflechtungen zwischen dem Kuratorium und den westdeutschen Aufrufen *Für euer Land* (Kap. IV) und *Wo bleibt das Volk?* aus dem deutsch-deutschen Umbruch auf (s. Anhang Abb. 11): Neun spätere Kuratoriumsunterstützer hatten den Aufruf *Für euer Land* unterzeichnet, der für die DDR einen eigenständigen „Weg sozialistischer Demokratie“ gefordert hatte. Dazu zählten Andreas Buro und Wolf-Dieter Narr vom Sozialistischen Büro sowie Heinrich Albertz vom linken Flügel der SPD und Ossip K. Flechtheim von den Grünen. Weitere sieben Kuratoriumsmitglieder hatten im Frühjahr 1990 den Aufruf *Wo bleibt das Volk?* unterschrieben, der für eine Vereinigung nach Art. 146 GG unter Ausarbeitung einer neuen Verfassung plädiert hatte.[148] Unter ihnen befanden sich Jürgen Seifert, Jürgen Habermas, Claus Offe und Ulrich K. Preuß. Gleich beide Aufrufe waren vom Kuratoriumsmitglied Joachim Perels unterstützt worden. Damit lassen sich im Schnittfeld der drei genannten Initiativen insgesamt 17 Personen identifizieren.

Allen drei Initiativen lassen sich zudem zahlreiche frühere Solidarność-Unterstützer zuordnen. Allein 13 Kuratoriumsmitglieder hatten sich Anfang der 1980er Jahre für *Solidarität mit Solidarność* engagiert, so Petra Kelly, Ralf Fücks, Ossip K. Flechtheim und Rudolf Bahro (alle damals, zeitweilig oder inzwischen bei den Grünen), Gert Weisskirchen und Peter Brandt (inzwischen beide bei der SPD), aber auch Ulrich K. Preuß, Antje Vollmer und Wolf Biermann. Neun weitere Kuratoriumsmitglieder hatten sich im *Friedensmanifest ’82* hinter die unabhängige Gewerkschaft gestellt, darunter Heinrich Albertz, Gert Bastian, Klaus Vack und vom Arbeitsausschuss Wolf-Dieter Narr. Die Kuratoriumsmitglieder Dorothee Sölle, Petra Kelly und Andreas Buro waren sogar am Friedensmanifest und bei *Solidarität mit Solidarność* beteiligt gewesen; Letzterer zudem an den *2 Erklärungen zu Polen*. Flechtheim markiert die Verbindung zum Appell *Wiederherstellung der errungenen Freiheiten* aus den Reihen der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus. Ferner hatte Günter Grass als wohl prominentes Kuratoriumsmitglied mit seinen Kollegen von der Zeitschrift *L’80* in einem offenen Brief an General Jaruzelski auf die Wiederzulassung der unabhängigen Gewerkschaft gedrängt. Insgesamt lassen sich damit 23 Mitglieder des Kuratoriums ausmachen, die an unterschiedlichen Initiativen der Solidarność-Solidarität mitgewirkt hatten. Davon hatten neun zudem den Aufruf *Für euer Land* und oder den Aufruf *Wo bleibt das Volk?* unterschrieben. Unter den Unterzeichnern der beiden Aufrufe finden sich zudem 12 weitere Personen, die Solidarność unterstützt hatten (s. Kap. IV). Alles in allem ergibt sich (s. Anhang Abb. 12) eine Zahl von 35 Personen (grau) im Schnittfeld der drei eng verschränkten Initiativen (blau) einerseits und der Solidarność-Solidarität (rot) andererseits.

148 [o. V.:] „Wo bleibt das Volk?“ Plädoyer für eine verfassungsgebende Versammlung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1990, S. 633 f.

Innerhalb des Kuratoriums arbeiteten damit zahlreiche frühere Solidarność-Unterstützer mit einer Reihe ehemaliger DDR-Dissidenten zusammen. Wie prominente Mitglieder betonten, ging es in der Tat auch darum, den Impuls der ostdeutschen „Revolution“ aufzunehmen und im vereinten Deutschland zur Geltung zu bringen. Hierbei spielte insbesondere das Vorbild des Runden Tisches der DDR und seines Verfassungsentwurfs eine Rolle. Dies markiert eine inhaltliche Verbindung zu den Unterstützungsbemühungen für eine eigenständige DDR, hatte doch mit Christa Wolf eine Unterzeichnerin des Aufrufs *Für unser Land* die Präambel des Verfassungsentwurfs verfasst.[149] Auf der westdeutschen Seite kannten sich zahlreiche Kuratoriumsunterstützer aus dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, so Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack, Andreas Buro, Ute Gerhard und Michael Th. Greven.[150]

An den Netzwerkbeziehungen, die sich zwischen dem Verfassungskuratorium und früheren Initiativen wie *Solidarität mit Solidarność* oder dem Aufruf *Für euer Land* zeigen, lässt sich ablesen, wie Erwartungen verlagert werden konnten. Die „Linke ‚sollte nicht die verlorenen Schlachten der Vergangenheit schlagen‘“,[151] beschrieb Arbeitsausschussmitglied Ulrich K. Preuß aus der früheren Solidarność-Solidarität den Grundgedanken der Initiative. Doch war die unmittelbare Vergangenheit der ostdeutschen „Revolution“ und der Niederlage der Bürgerbewegung bei den Volkskammerwahlen durchaus präsent und prägte den Blick auf die Zukunft. Klaus Hartung, selbst Kuratoriumsunterstützer, berichtete über „Wehmut und viele Erwartungen“,[152] als er die Gründungsveranstaltung in der *taz* beschrieb. Und auch wenn Preuß „den polemisch gemeinten Vorwurf einer ‚Linksverschiebung‘ auf dem Wege der Verfassungsreform nicht gelten“ lassen wolle, sei doch „eine gravierende Veränderung der politischen Kultur im neuen Deutschland […] intendiert“.[153] Angestrebt sei „keine andere Demokratie, sondern mehr Demokratie und weniger Obrigkeit“[154] stellte Jürgen Seifert klar, einer der wenigen positiven Rückmelder auf Peter von Oertzens *Plädoyer für einen dritten Weg* im November 1989. Doch blieben diese Erwartungen weitgehend uneingelöst: eine breite gesellschaftliche Debatte, wie es sie wünschte, konnte das Kuratorium nicht entfachen, und in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern, die der Bundestag einsetzte, konnten sich die Vorstellungen des Kuratoriums kaum durchsetzen. Anfang 1993 stellte das Kuratorium seine Arbeit schließlich ein. Tilman Evers, einer der prominenteren Unterstützer, schrieb an seine Mitstreiter, „den Auflösungs-Beschluß nicht ruhen [zu] lassen“, und das Ende der Arbeit mache ihn „traurig, auch zornig“.[155]

149 Vgl. Stein, „Verfassung mit Volksentscheid“, S. 189.
150 Klaus Vack: Komitee-Tätigkeitsbericht 1985/1986, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Informationen, Nr. 2/1987, o. P. (überliefert in IfZ, Sign. Dn 378).
151 Zit. nach Klaus Hartung: Verfassungsinitiative institutionalisiert, in: taz vom 18. 06. 1990, S. 7.
152 Ebd.
153 Matthias Geis: Ein Entwurf wird perfektioniert, in: taz vom 17. 06. 1991, S. 3.
154 Zit. nach ebd.
155 AGG, E.02 Kuratorium 3, Tilman Evers an Angela von Bandemer, 28. 02. 1993.

2.2 Die Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs als Ausdruck von Erwartungstransformationen

Dem Anspruch, den Impuls der DDR-„Revolution“ und des Runden Tisches aufzunehmen, entsprach auch ein Begriff, den einige – wenn auch nicht alle (s. u.) – Kuratoriumsunterstützer verwendeten, und der „den Wegweiser für die verpaßten Chancen in diesem Einigungsprozeß“[156] markieren sollte: „Zivilgesellschaft“.[157] Dieser Terminus soll im Folgenden im Blick auf seine historische Semantik untersucht werden. Er interessiert hier also nicht als aktuelles Forschungskonzept.[158] In begriffsgeschichtlicher Sicht lassen sich das lateinische *societas civilis* und sein deutsches Äquivalent *bürgerliche Gesellschaft* über die Aufklärung bis in die Antike zurückverfolgen. Doch wird die rezente Konjunktur, die die „civil society“ bzw. „Zivilgesellschaft“ seit den 1990er Jahren – auch als wissenschaftliche Kategorie – erlebt(e), primär auf die Umbrüche im zerfallenden Ostblock zurückgeführt.[159] Dies ist keine neue Entwicklung. Schon Jürgen Habermas bezog sich, als er den Begriff 1990 in die Neuauflage seiner Habilitationsschrift aufnahm, auf jene „Kritik, die vor allem Dissidenten aus staatssozialistischen Gesellschaften an der totalitären Vernichtung der politischen Öffentlichkeit geübt haben“.[160] Zudem bemerk-

156 Max Thomas Mehr: Gibt es eine postsozialistische Linke?, in: taz vom 26. 10. 1990, S. 13.

157 Vgl. etwa Preuß, Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft; Tilman Evers: Volkssouveränität im Verfahren. Zur Verfassungsdiskussion über direkte Demokratie, in: APuZ 23/1991, S. 3–15, hier S. 3. Evers bezieht sich beim Gebrauch des Zivilgesellschaftsbegriffs auf Habermas, einen weiteren Unterzeichner des Gründungsaufrufs des Kuratoriums. Zu Habermas' Verständnis von Zivilgesellschaft s. u.

158 Beides ist jedoch nicht ganz voneinander zu trennen, wie auch Jürgen Kocka (Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Ralph Jessen/Sven Reichardt/Ansgar Klein [Hg.]: Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 29–42, hier S. 31 f.) anmerkt.

159 Vgl. Christopher Treiblmayr: Zivilgesellschaft, in: Friedrich Jaeger (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 15, Stuttgart 2012, Sp. 505–511, hier Sp. 505; Kocka, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, S. 30 f. Lisa Bonn vertritt dagegen die Auffassung, der Verweis auf 1989 als Grund für die rezente Konjunktur des Begriffs sei ungenügend (Lisa Bonn: Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft. Zur missverständlichen Interpretation dissidentischer Bewegungen in Osteuropa, in: Lino Klevesath/Holger Zapf [Hg.]: Demokratie – Kultur – Moderne. Perspektiven der politischen Theorie, S. 121–131, hier S. 129).

160 Habermas, Jürgen: Vorwort, in: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1990, S. 11–50, hier S. 47. Außer in diesem neuen Vorwort kommt der Zivilgesellschaftsbegriff in der (zuerst 1962 veröffentlichten) Habilitationsschrift nicht vor. Habermas vertrat jedoch die Ansicht, dass unter diesem Begriff die „zentrale Fragestellung des Buches“ nun neuerlich aufgenommen werde (S. 45). Dabei verwies er gerade auf Cohen und Arato, die sich bei ihrer Adaption des Zivilgesellschaftsbegriffs seiner Theorie kommunikativen Handels bedient hatten (vgl. S. 48). Ausführlicher stellte Habermas einen Zusammenhang zwischen seiner Philosophie und dem Zivilgesellschaftsbegriff wenig später her (Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1992, S. 399–467). Dieter Rucht kritisiert allerdings, Habermas kläre das Verhältnis zwischen beiden hier nicht hinreichend (Dieter Rucht: Civil Society and Civility in Twentieth-Century Theorising, in: European Review of History. Revue europeenne d'histoire 18 [2011], Nr. 3, S. 387–407, hier S. 401, Anm. 28). Zur Stellung des Buches im Gesamtwerk vgl. Walter Reese-Schäfer: Jürgen Habermas, 3., vollständig überarb. Aufl., Frankfurt [am Main] 2001, S. 100 f.

ten bereits die Zeitgenossen nach 1989 eine regelrechte „Beschwörung der *civil society*“[161] (gerade) auch im Westen. Dieser Eindruck lässt sich, was die Bundesrepublik angeht, stichprobenartig an den *Blättern für deutsche und internationale Politik* erhärten. Im Jahresregister findet sich der Begriff für 1989 noch nicht, für 1990 und 1991 aber verweist er dann gleich auf mehrere Beiträge. Fast alle der Beiträge stammten von Autoren mit Verbindungen zum *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder.*[162]

Der Ursprung dieser rezenten Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs wird jedoch etwa ein Jahrzehnt früher verortet. Am Beginn stand, so Jörg Hackmann, ein „Zusammenspiel zwischen osteuropäischen Dissidenten und Intellektuellen im westlichen Europa“[163] an der Wende zu den 1980er Jahren. Insofern passt es, dass das Verfassungskuratorium den Begriff aufgriff. Schließlich war das Kuratorium selbst stark von ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern auf der einen und westdeutschen Intellektuellen auf der anderen Seite geprägt. Zudem werden als mittelosteuropäische Vertreter der Zivilgesellschaftsdebatte gerade solche Dissidenten genannt, die mit zahlreichen späteren Kuratoriumsmitgliedern in Kontakt standen. Zu nennen sind vor allem Adam Michnik und György Konrád. Durch die Charta 77-Solidarität bzw. die *Erklärung für den Frieden* waren sie mit Wolf Biermann, Ulrike Poppe und weiteren Erstunterzeichnern des Kuratoriumsaufrufs verbunden (s. Anhang Abb. 1 und 4).

Im Blick auf die historische Semantik ist jedoch anzumerken, dass die Rede von Zivilgesellschaft bei mittelosteuropäischen Dissidenten neueren Forschungen zufolge die „Aneignung einer Fremdzuschreibung“[164] darstellte. Sie ist zudem allenfalls als blockübergreifende „Schlagwort-Kommunikation“[165] zu sehen, der kein gemeinsames Begriffsverständnis zugrunde lag. Als Schöpfer dieser Fremdzuschreibung werden einige westliche Beobachter genannt, die um 1979 die Begriffe *societé civile*, *civil society* und *Zivilgesellschaft* erstmals auf die ostmitteleuropäische Dissidenz bezogen.[166] Demgegenüber spielte der Zivilgesellschaftsbegriff in den polnischen Oppositionsdiskursen, in denen häufig sein Ursprung erblickt

[161] Charles Taylor: Die Beschwörung der Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.): Europa und die Civil Society. Castelgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart 1991, S. 52–81, hier S. 52 (Hervorhebung im Original).

[162] Dies ist insofern verständlich, als die Zeitschrift mit dem Verfassungskuratorium personell verflochten war. Ende 1990 gehörten ihrem Herausgeberkreis fünf Unterzeichner von dessen Gründungsaufruf an (vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1990, S. 1).

[163] Jörg Hackmann: Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart – einführende Bemerkungen zur Forschungsdiskussion, in: Jörg Hackmann (Hg.): Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart, München 2011, S. 9–27, hier S. 11.

[164] Gregor Feindt: Auf der Suche nach politischer Gemeinschaft. Oppositionelles Denken zur Nation im ostmitteleuropäischen Samizdat 1976–1992, Berlin/Boston 2015, S. 303.

[165] Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 121.

[166] Paweł Stefan Załęski: *Self-governing Republic* in the Thought of the Solidarity Movement in Poland. Why Solidarity was not a Civil Society, Working Papers on the Solidarity Movement 07/2013, http://solidarnosc.collegium.edu.pl/wp-content/uploads/2013/12/WPSM-7.pdf [31. 01. 2016], S. 3 f.

wird, lange kaum eine Rolle. Dass ostmitteleuropäische und speziell polnische Dissidenten ab 1968 primär für eine „Zivilgesellschaft“ gekämpft hätten, muss demnach als „Mythos“[167] gelten. Agnes Arndt zufolge haben erst im Kontakt mit westlichen Intellektuellen auf gemeinsamen Konferenzen um 1989 polnische Oppositionelle verstärkt von *civil society* gesprochen. In früheren Texten sei der Begriff, so Arndt, dagegen kaum zu finden.[168] Tatsächlich hatte Adam Michnik zuvor von *społeczeństwo obywatelskie* allenfalls in Anführungsstrichen gesprochen. Dies wurde von Helga Hirsch aus der Solidarność-Solidarität in der deutschen Übertragung noch mit „société civile“ (ebenfalls in Anführungsstrichen) übersetzt, nicht mit dem deutschen Neologismus „Zivilgesellschaft“, der offenbar noch nicht sehr verbreitet war.[169] Wenn mittelosteuropäischen Autoren von Parallelgesellschaft (Václav Benda), Antipolitik (Görgy Konrád) und Selbstorganisation (Jacek Kuroń) geschrieben hätten, bedeute dies nicht schon, dass die Betreffenden damit auf das Konzept der Zivilgesellschaft rekurriert hätten, so auch Lisa Bonn.[170]

Entsprechend ist davon auszugehen, dass der Ursprung der rezenten Begriffskonjunktur eher auf der westlichen Seite der genannten blockübergreifenden Schlagwort-Kommunikation zu suchen sein dürfte. So memoriert der polnische Emigrant Aleksander Smolar, erst durch den Kontakt mit westlichen Intellektuellen sei der Begriff in die mittelosteuropäische Diskussion eingegangen. Dieses Zeugnis ist von besonderer Bedeutung. Denn Smolar war es gewesen, der Ende der 1970er Jahre im Pariser Exil einen Sammelband übersetzter Dissidententexte aus Ostmitteleuropa vorgelegt und in der Einleitung von *société civile* geschrieben hatte.[171] Dies dürfte das erste Mal gewesen sein, dass der Begriff auf die osteuropäische Opposition bezogen wurde. Als der (Mit-)Verfasser der ersten großen Monografie zur Zivilgesellschaft, Andrew Arato, den englischen Begriff „civil society“ erstmals Anfang der 1980er Jahre – im Blick auf Solidarność – auf Mittelosteuropa anwendete, führte er diesen jedenfalls auf Smolars französisches Buch zurück.[172]

[167] So Rainer Eckert über die Ergebnisse Arndts (Andreas Eckert: Rezension zu Agnes Arndt: Intellektuelle in der Opposition. Diskurse zur Zivilgesellschaft in der Volksrepublik Polen, Frankfurt am Main 2007, in: H-Soz-Kult, 15. 10. 2007, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-4-042.pdf [31. 01. 2016]).

[168] Vgl. Agnes Arndt: Semantisches Missverständnis. Der Begriff „Zivilgesellschaft“ spielte in Polen keine zentrale Rolle, in: WZB-Mitteilungen (2007), Nr. 118, S. 11–13; ausführlich dies.: Intellektuelle in der Opposition. Diskurse zur Zivilgesellschaft in der Volksrepublik Polen, Frankfurt am Main/New York 2007, besonders S. 71.

[169] Adam Michnik: Ein Jahr Solidarność [19. 08. 1981], in: Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands, hg. v. Helga Hirsch, Berlin 1985, S. 55–62, hier S. 55. Vgl. dazu Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 122.

[170] Vgl. Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 122. Für die DDR-Opposition merkt Konrad Jarausch an, dass der Zivilgesellschaftsbegriff sich dort „erst relativ spät“ finde (Konrad Hugo Jarausch: Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft? Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten [Hg.]: Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 25–45, hier S. 27).

[171] Vgl. Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 122.

[172] Vgl. Andrew Arato: „Civil Society“ gegen den Staat. Der Fall Polen 1980/81, in: Reinhard Fenchel/Anna Jutta Pietsch (Hg.): Polen 1980–82. Gesellschaft gegen den Staat, Hannover 1982, S. 46–87, hier S. 46.

Bei dessen Abfassung hatte Smolar bereits gut ein Jahrzehnt im westlichen Ausland gelebt.[173] Er ist mit seiner Einordnung folglich weniger als Stimme der polnischen Opposition, denn als Mittler zwischen osteuropäischen Dissidenten und westlichen Intellektuellen zu verstehen, der sich mit seine Rede von *société civile* an ein französisches Publikum richtete. Gleichzeitig sprachen die übrigen Quellenstellen, die Andrew Arato ins Feld führte, zwar von gesellschaftlicher Autonomie in Abgrenzung von einem totalitären Staat, nicht jedoch von *civil society.*[174] Lediglich ein Zitat der westdeutschen Autoren Reinhard Fenchel und Hans-Willi Weis aus der Zeitung des Sozialistischen Büros, *links*, enthielt den Begriff *Zivilgesellschaft*.[175] Arato vermerkte dies ausdrücklich als begriffliche Neuschöpfung.[176]

Dieser Entstehungskontext ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens ist festzustellen, dass sich die Schöpfer jener Fremdzuschreibung, der sich die rezente Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs verdankt, in dem oder um das in dieser Arbeit untersuchte Akteursnetzwerk bewegten: Smolar gehörte zum Team von Mlynář, Arato stand mit Mitarbeitern Mlynářs in Kontakt, und Fenchel gehörte zu *Solidarität mit Solidarność*. Von dort aus ging der Begriff später in Werke linker Theoretiker wie Jürgen Habermas und Helmut Dubiel über[177] und wurde

[173] Vgl. Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 122.

[174] Für die englische Form verwies Arato lediglich auf Literatur, in der sich *civil society* ebenfalls nicht als Quellenbegriff findet. Es handelt sich um Jacques Rupnik: Dissent in Poland, 1968–78. The End of Revisionism and the Rebirth of the Civil Society, in: Rudolf L. Tökés (Hg.): Opposition in Eastern Europe, London 1979, S. 60–112, und ein älteres Buch des amerikanischen Politologen Moshe Lewin, der sowjetische Diskurse über Wirtschaftsreformen unter dem Titel „‚Civil Society‘ Recovering“ besprochen hatte (Moshe Lewin: Political Undercurrents in Soviet Economic Debates. From Bukharin to the Modern Reformers, Princeton 1974, S. 249–277). Bezogen auf Lewin vermerkte Arato selbst das Fehlen einer „hinreichende[n] Begründung“ für die Begriffsverwendung (Arato, „Civil Society“ gegen den Staat, S. 82, Anm. 4).

[175] Es handelt sich um Reinhard Fenchel/Hans-Willi Weis: Staat, Partei, Gewerkschaft. Thesen zur Krisenentwicklung in Polen, in: links 12 (1980), Nr. 128, S. 17 f. (der Zivilgesellschaftsbegriff dort auf S. 17).

[176] Andrew Arato: Civil Society against the State: Poland 1980–81, in: Telos (1981), Nr. 47, S. 23–47, hier S. 23: “In describing the 1980 events, Fenchel and Weis are forced to coin a German term, *Zivilgesellschaft*, to designate something no longer captured by bürgerliche Gesellschaft (today the equivalent of ‘bourgeois society’), i. e., the organization of plurality of interests outside the state in an increasingly independent social sphere.” Dem folgt auch Załęski, Self-Governing Republic in the Thought of the Solidarity Movement in Poland, S. 4.

[177] Für den deutschen Neologismus „Zivilgesellschaft“ ist allerdings unklar, ob sich spätere Autoren auf die Ersterwähnung bei Fenchel und Weis bezogen, oder ob der Begriffsimport über englischsprachige Texte, etwa von Arato, lief. Winfried Thaa stellte noch 1996 fest, Zivilgesellschaft sei als Forschungsansatz in der Bundesrepublik kaum aufgenommen worden (vgl. Winfried Thaa: Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989, Wiesbaden 1996, S. 37 u. 158, Anm. 151). Thaa immerhin verwies aber (ebd., S. 37, Anm. 35) als eine „frühe Ausnahme“ just auf Reinhard Fenchel/Anna Jutta Pietsch (Hg.): Polen 1980–82. Gesellschaft gegen den Staat, Hannover 1982. Thaa und Fenchel hatten bereits vor Erscheinen dieses Bands unter dem Pseudonym „Reinhard Fried“ (vgl. Thaa, Die Wiedergeburt des Politischen, S. 361) als Koautoren zusammengearbeitet (vgl. Reinhard [Pseudonym von Reinhard Fenchel und Winfried Thaa] Fried: Ansätze gesellschaftlicher Veränderung in Ungarn, in: links 13 [1982], Nr. 134, S. 20 f.).

schließlich von Arato und seiner Frau Jean L. Cohen Anfang der 1990er Jahre in der ersten großen Monografie zum Thema ausgearbeitet, die noch heute als Standardwerk[178] gilt (s. Anhang Abb. 13). Dies bedeutet, zweitens, dass die (rezente) Begriffskonjunktur im Kreise linker Aktivisten und Emigranten ihren Anfang nahm. Entsprechend war er von seinem Entstehungskontext her mit *sozialistischen* Erwartungshorizonten verknüpft (erinnert sei an das Engagement der Initiative *Solidarität mit Solidarność* für eine „sozialistische Demokratie“). Dieser zweite Punkt soll im Folgenden noch genauer betrachtet werden.

Gut ablesen lassen sich die genannten sozialistischen Erwartungshorizonte an einer weiteren Publikation Reinhard Fenchels. Fenchel nahm Aratos Text, der ihn mit der Prägung des Neologismus „Zivilgesellschaft“ zitierte, seinerseits in einen Sammelband auf, den er nach Verhängung des polnischen Kriegsrechts mitverantwortete. Er und seine Mitherausgeber fügten dabei eine editorische Anmerkung hinzu, in der der Neologismus ausführlich als semantische Innovation begründet wurde. Darin hieß es:

„Der englische Begriff der ‚civil society‘ war ursprünglich identisch mit dem deutschen Begriff ‚bürgerliche Gesellschaft‘ und meinte die sich im Laufe der bürgerlichen Revolution an der gesellschaftlichen Basis sich herausbildenden demokratischen Strukturen und Kultur. Da heute, wenn von bürgerlicher Gesellschaft, vor allem im Zusammenhang mit ihrer Transformation in eine sozialistische die Rede ist, so wird darunter in erster Linie die ökonomische Struktur und die dieser entsprechende staatliche Verfaßtheit des kapitalistischen Systems verstanden – im Englischen ‚bourgeois society‘. Wir meinen, daß es sinnvoll ist[,] diese begriffliche Trennung auch in die deutsche Diskussion zu übernehmen, um mit den Begriff der ‚civil society‘ oder ‚Zivilgesellschaft‘ jene gesellschaftlichen Beziehungen zu kennzeichnen, die mit der Überwindung des Kapitalismus keineswegs abzuschaffen, sondern positiv in einer sozialistischen ‚civil society‘ aufzuheben sind.“[179]

Dass die erste nachweisbare Verwendung des Begriffs just im Kontext der Solidarność-Solidarität erfolgte, ist inhaltlich in zweifacher Hinsicht bedeutsam. Zum einen fand hier ein Transfer, also eine Übersetzung statt – jedoch nicht etwa vom Polnischen, sondern vom Englischen ins Deutsche. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass der Zivilgesellschaftsbegriff entstehungsgeschichtlich eine Fremdzuschreibung darstellt – stammend von Akteuren, die sich mit der Dissidenz im östlichen Europa solidarisierten. Zum anderen ist in dem zitierten Text der Versuch zu erkennen, die *civil society* für Linke anschlussfähig zu machen, indem sie vom Marx’schen Verständnis bürgerlicher Gesellschaft als einem Signum des Kapitalismus abgelöst wurde.[180] Die Bedeutung dieses Vorgangs erkennt man daran, dass er sich noch bei Habermas Anfang der 1990er Jahre in *Faktizität und Geltung* (wieder-)findet. Auch hier wird „Zivilgesellschaft“ explizit von „bürgerlicher Gesellschaft“ unterschieden. Zur Begründung heißt es, der Zivilgesellschaftsbegriff spare im Vergleich zum

178 Vgl. Rucht, Civil Society and Civility in Twentieth-Century Theorising, S. 401, Anm. 26 (dort heißt es, das Werk sei „widely cited“).

179 Arato, „Civil Society“ gegen den Staat, S. 82, Anm. 0 [= Anm. des Hg.].

180 Dies ist umso bedeutender, als die kommunistische Ideologie von einem „Haß auf das Bürgertum“ geprägt war, wie François Furet betont (Furet, Das Ende der Illusion, S. 16).

Marx'schen Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft die Sphäre der Ökonomie aus.[181] Dies läuft ebenfalls auf eine Ablösung der *civil society* vom wirtschaftlichen System des Kapitalismus hinaus.

Dass sich die Neuschöpfung „Zivilgesellschaft“ explizit gegen die bürgerliche Gesellschaft richtete, lässt zudem die Erwartungen erkennen, die dem Neologismus bei seiner Entstehung Anfang der 1980er Jahre zugrunde lagen. Löste man das Konzept der *civil society* vom Kapitalismus ab, so konnte „Zivilgesellschaft“ zum Charakteristikum auch einer sozialistischen Gesellschaft werden, wie sie die Solidarność-Unterstützer, die den Begriff schufen, weiterhin erhofften – ihre Rede von einer „Überwindung des Kapitalismus“ und einer „sozialistische[n] Transformation“ verdeutlicht dies (s. o.). Der Zivilgesellschaftsbegriff markiert insofern zunächst einmal grundsätzliche Zielpersistenz (was den Sozialismus angeht), lässt aber auch eine tiefgreifende Erwartungstransformation erkennen: einige Charakteristika der bürgerlichen Gesellschaft und damit des kapitalistischen Zeitalters – wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit – sollten keineswegs mehr abgeschafft werden. Sie seien vielmehr, so die Autoren, „positiv in einer sozialistischen ‚civil society‘ aufzuheben“ (s. o). Dies stellt eine deutliche Absage an dogmatisch-sozialistische (Revolutions-)Vorstellungen dar, die in der Bundesrepublik gerade an der Wende zu den 1980er Jahren stark erodierten – erkennbar etwa am Abschied vieler Linker von der Idee einer „Diktatur des Proletariats“.[182] Auch richtete es sich entschieden gegen die Regimes im sowjetischen Machtbereich. Der Zivilgesellschaftsbegriff zielte somit, wie Fenchel und Weis ihn prägten, auf eine Alternative zu den Verhältnissen in Ost und West, gerade wie sie die Initiative *Solidarität mit Solidarność* sich erhoffte.[183]

Dies stellt keineswegs eine Ausnahme dar. Vielmehr scheint der Zivilgesellschaftsbegriff am Beginn seiner rezenten Konjunktur typischerweise an den Sozialismus geknüpft gewesen zu sein. Schon Aleksander Smolar, bei dem sich die früheste und später immer wieder zitierte Applizierung des Begriffs *société civile* auf die mittelosteuropäische Dissidenz findet (s. o.), hatte im selben Text auch von Sozialismus gesprochen: Sein folgenreiches Buch wandte sich, wie er schrieb, an „tous ceux qui à l'Ouest, face aux abus et aux gaspillages du capitalisme moderne, cherchent à définir une alternative socialiste“. Gleichzeitig bezog es jedoch gegen das „système totalitaire“[184] im sowjetischen Machtbereich Stellung. Wie der Initative *Solidarität mit Solidarność* ging es also auch Smolar um Alternativen zu den Verhältnissen in Ost *und* West, als er den Begriff *société civile* mit Blick auf die Dissidenz im Ostblock einführte.

In diesen Erwartungen lassen sich, wenngleich der Zivilgesellschaft eine (westliche) Fremdzuschreibung darstellt, nun durchaus Verbindungslinien zur Dissidenz

[181] Habermas, Faktizität und Geltung, S. 443.
[182] Siehe oben, Kap. II.
[183] Siehe oben, Kap. III.
[184] Aleksander Smolar: Préface [dat. Okt. 1977], in: Zinaïda Erard/G. M. Zygier (Hg.): La Pologne, une société en dissidence, Paris 1978, S. 7–16.

im Ostblock erkennen. Denn die „Dissidentendiskurse“, die in der Forschung der Zivilgesellschaftsbegriff zugeordnet werden – und auf die sich auch die zitierten Autoren bezogen –, hatten zum einen davon gehandelt, dass sich im östlichen „Mitteleuropa“ autonome gesellschaftliche Strukturen herausgebildet hätten, die jedoch durch Mächtekonstellation des Kalten Krieges eingeschränkt würden. Zentral waren dabei der Selbstverwaltungsbegriff, der auch bei Solidarność eine Rolle gespielt hatte,[185] und der Mitteleuropa-Begriff, den im Westen auch Zdeněk Mlynář verwendete.[186] Zum anderen wollten in der mittelosteuropäischen Diskussion, so Jörg Hackmann, „die Beteiligten jenseits der Dichotomie von Kapitalismus und Sozialismus einen alternativen Weg zu einer neuen Gesellschaftsform entwerfen“.[187] Hierin sind deutliche Parallelen zu den Erwartungen zu erkennen, die sowohl bei *Solidarität mit Solidarność* als auch in den Aufrufen und Initiativen späterer Kuratoriumsmitglieder während des Umbruchs 1989/90 bedeutsam waren.[188] Gleichwohl sind aber auch Differenzen im östlichen und westlichen Begriffsgebrauch zu erkennen, die weiter unten besprochen werden.

Zudem lässt sich die Zivilgesellschaftsdebatte von ihrer Entstehung her als Erscheinung des Postmarxismus in Ost *und* West verstehen. Diese Einordnung nahm zumindest die bereits erwähnte erste große Monografie vor, die in den 1990er Jahren zum Thema erschien und die noch heute als Standardwerk gilt. Die Autoren können selbst als Postmarxisten gelten[189] und waren an der New School of Social Research, die Adam Michnik zum Ehrendoktor machte,[190] Kollegen von Ágnes Heller und Ferenc Fehér aus dem Exilantennetzwerk um Zdenek Mlynář. An der Entstehung des Buches waren als Gesprächspartner und Manuskriptleser die Kuratoriumsmitglieder Jürgen Habermas, Claus Offe und Ulrich K. Preuß beteiligt.[191] (Letzterer war, wie erwähnt, im Arbeitsausschuss des Verfassungskuratoriums tätig und früher Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność* gewesen. Indes lässt sich zumindest einer der beiden Autoren, die den deutschen Neologismus „Zivilgesellschaft“ geprägt hatten, als – ehemaliger? – Marxist einordnen.[192])

185 Siehe oben, Kap. II.

186 Siehe oben, Kap. III.

187 Hackmann, Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart – einführende Bemerkungen zur Forschungsdiskussion, S. 12. Der Autor verweist insbesondere auf die „namentlich in Polen breit diskutierte Idee eines ‚neuen Gesellschaftsvertrags‘“ und hier auf Autoren wie Adam Michnik.

188 Die Bedeutung des „dritten Weges“ betont für die polnische Dissidenz auch Arndt, Semantisches Missverständnis, S. 11.

189 Dieter Rucht ordnete ihr Buch dagegen kürzlich als ein „example of Left-liberal interpretation“ ein (Rucht, Civil Society and Civility in Twentieth-Century Theorising, S. 401, Anm. 26).

190 Vgl. Adam Michnik: Der lange Abschied vom Kommunismus, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 205.

191 Vgl. Jean L. Cohen/Andrew Arato: Civil Society and Political Theory, Cambridge, Mass. 1992, S. xx–xxi.

192 Dies lässt zumindest seine Dissertation vermuten (Hans-Willi Weis: Die geschichtliche Struktur der Gegenwart und die begriffliche Bestimmung sozialrevolutionärer Praxis, Marburg, Univ., Diss., 1978). Die Schrift beschäftigt sich intensiv mit Marx und lässt daneben ein frühes Interesse an Fragen der Semantik erkennen.

Bereits dieses frühe Standardwerk verfolgte – wie schon Vorarbeiten der Autoren in den 1980er Jahren[193] – *societas civilis* und *bürgerliche Gesellschaft* begriffsgeschichtlich in die Antike zurück und von dort aus bis zur Aufklärung weiter.[194] Die Zivilgesellschaftsdebatte der 1990er Jahre betrachtete es jedoch als etwas Neues, das nicht in früheren Jahrhunderten, sondern in den 1970er Jahren wurzele. Seitdem seien weltweit in fünf verschiedenen Kontexten unterschiedliche, aber im Kern doch ähnliche Zivilgesellschaftsdiskurse aufgekommen: bei der polnischen Opposition um Adam Michnik und dann bei Solidarność; unter französischen Linken, die mit Dissidenten im Ostblock sympathisierten; bei den westdeutschen Grünen im Zuge der neuen sozialen Bewegungen; bei der Überwindung der Militärdiktaturen in Lateinamerika; schließlich erneut in Osteuropa Ende der 1980er Jahre. Die in diesen fünf Kontexten entwickelten „projects“ (das heißt Programme und damit desiderativen Erwartungen) ließen trotz zahlreicher Unterschiede eine grenzüberschreitende Diskussion erkennen, die als postmarxistisch einzuordnen sei: Gemeinsames Anliegen sei, angesichts der globalen Krise des Marxismus[195] die bisherige Staatsfixierung und die traditionelle Alternative Reform oder Revolution zu überwinden. Dies sei allerdings weder als Antimarxismus zu verstehen noch mit neoliberalen Konzepten zu verwechseln, betonten die Autoren.

Mit der Fokussierung auf die postmarxistischen Erwartungstransformationen östlicher und westlicher Linker folgten Cohen und Arato allerdings einem realativ engen Begriffsverständnis. Zivilgesellschaft meinte bei ihnen ein „normatives Projekt“,[196] das andere ideologische Strömungen bewusst ausschloss. So erwähnten sie durchaus die Existenz von Positionen, die sie als „neoconservative, neoliberal, and libertarian“ einordneten. Ihr eigenes Begriffsverständnis hoben sie hiervon jedoch ausdrücklich ab.[197] Dieser Umstand weist auf eine Pluralität von Zivilgesellschaftsvorstellungen in Ost und West hin, die schon im oben zitierten Befund der Schlagwort-Kommunikation zum Ausdruck kam. Hierzu passt es, wenn sich Agnes Arndt zufolge der Zivilgesellschaftsdiskurs der polnischen Dissidenz eher an Karl Popper orientierte, dessen *Offene Gesellschaft und ihre Feinde* Ende der 1980er Jahre in den sogenannten zweiten Umlauf gelangt war.[198] Claus Offe wies

[193] Vgl. etwa A. Arato/J. Cohen: Politics and the Reconstruction of the Concept of Civil Society, in: Axel Honneth/Thomas McCarthy/Claus Offe/Albrecht Wellmer (Hg.): Zwischenbetrachtungen im Prozess der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag, Frankfurt am Main 1989, S. 482–503, hier S. 482–486.

[194] Cohen/Arato, Civil Society and Political Theory, S. 83–102. Die Autoren stützten sich dabei u. a. auf Manfred Riedel: Gesellschaft, bürgerliche, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 719–800. Riedel spricht abschließend noch das Desiderat an, die Mängel der „liberalen Sozialkonzeption autonomer Individuen“ einerseits und der Marx'schen und marxistischen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft andererseits in einer zeitgemäßen Theorie „aufzulösen“ (S. 799 f.).

[195] Cohen/Arato, Civil Society and Political Theory, S. 70.

[196] Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 129.

[197] Cohen/Arato, Civil Society and Political Theory, S. 30.

[198] Arndt, Agnes: Premisses and Paradoxes in the Development of the Civil Society Concept in Poland, in: Discourses on Civil Society in Poland, Discussion Paper Nr. SP IV 2008–402,

zudem bereits früh darauf hin, dass „Zivilgesellschaft“ im Westen nicht nur für Post-Marxisten, sondern auch für Neokonservative attraktiv gewesen sei.[199] Auch handelte es sich bei dem ersten (von Arndt ermittelten) Schlüsseltext, in dem ein Solidarność-Vertreter von *civil society* sprach, um einen Vortrag bei den Castelgandolfo-Gesprächen 1989 unter Schirmherrschaft des Papstes.[200] Auf westlicher Seite nahmen an dieser Veranstaltung, die sich explizit der *civil society* widmete, keine Mitglieder des hier betrachteten Akteursnetzwerkes teil, sondern Liberale wie Ralf Dahrendorf und Kommunitaristen wie Charles Taylor.[201] Von Post-Marxismus und einer sozialistischen *civil society*, wie Anfang der 1980er Jahre bei den Schöpfern der Begriffsverwendung, war weder bei ihnen noch bei den polnischen Teilnehmern die Rede. Der Warschauer Soziologe Paweł Stefan Załęski hat zudem argumentiert, dass der Zivilgesellschaftsbegriff Ende der 1980er Jahre – konträr zur gängigen Annahme – nicht von der Dissidenz, sondern von den kommunistischen Machthabern in die polnische Debatte eingeführt wurde. Ziel sei es gewesen, die Gespräche am Runden Tisch (und damit auch die sozialen Härten der Systemtransformation) zu legitimieren und gleichzeitig die Solidarność-Bewegung zu neutralisieren.[202] Dazu passt, dass auch der Runde Tisch der DDR häufig als Beispiel zivilgesellschaftlicher Kommunikation genannt wurde und wird.[203] Zivilgesellschaft konnte insofern Vertreter eines kommunistischen Regimes mit einschließen. Dies verdeutlicht, wie sehr sich der Begriffsinhalt bereits pluralisiert hatte, als westdeutsche Linke den Begriff Anfang der 1990er Jahre verstärkt aufgriffen. Wie viel ihr Wortgebrauch noch gemein hatte mit der postmarxistischen Fremdzuschreibung, die den Mythos vom dissidentischen Zivilgesellschaftsdiskurs Anfang der 1980er Jahre begründet hatte, scheint fraglich.

Dass der Zivilgesellschaftsbegriff bereits vor und dann auch während des Umbruchs einen Wandel seines Bedeutungs- und damit auch Erwartungsgehalts erlebt hatte, zeigt sich auch am Wortgebrauch linker Theoretiker. Denn schon während der 1980er Jahre lässt sich beobachten, dass die Begriffe Zivilgesellschaft und Sozialismus, die anfangs eng verknüpft waren, sukzessive auseinandertraten. Für den bundesrepublikanischen Kontext sei dies am Beispiel Claus Offes illustriert. Offe war ein ehemaliges SDS-Mitglied und ein Mitbegründer der Grünen. In den Quellen zur Solidarność-Solidarität taucht er zwar nicht namentlich auf, doch

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2008/iv08-402.pdf, [30. 01. 2016], S. 1–29, hier S. 3, Anm. 3.

199 Vgl. Claus Offe: New Social Movements. Challenging the Boundaries of Institutional Politics, in: Social Research 52 (1985), Nr. 4, S. 819–868, hier S. 820.

200 Arndt, Intellektuelle in der Opposition, S. 71.

201 Vgl. Krzysztof Michalski (Hg.): Europa und die Civil Society. Castelgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart 1991.

202 Vgl. Załęski, Self-Governing Republic in the Thought of the Solidarity Movement in Poland, S. 8, sowie dazu auch Bonn, Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft, S. 128.

203 Vgl. für eine derartige zeitgenössische Deutung Preuß, Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft. Für eine aktuelle geschichtswissenschaftliche Interpretation des Runden Tisches als zivilgesellschaftliche Institution vgl. Jarausch, Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft?.

hatte er in den 1970er Jahren den Brief an Adam Michnik mitunterzeichnet, von dem viele Verbindungslinien zur (Bahro- und) Solidarność-Solidarität führen (s. Anhang Abb. 4). Cohen und Arato galt Offe als einer der wichtigsten westdeutschen Autoren zur Zivilgesellschaft.[204] Diese war für ihn zunächst, wie für Smolar, Fenchel und andere, eng mit dem Sozialismus verknüpft. Bereits 1978 hatte Offe in einem Vortrag im kanadischen Montréal von „civil society“ als „non-statist socialist strategy“ bzw. „non-statist strategy of socialist transformation“[205] gesprochen. Mitte der 1980er Jahre schrieb er dann von „civil society“ als einem Konzept, das die Neuen Sozialen Bewegungen im Westen zur Emanzipation von einem übermächtig gewordenen Staat und zur Wiedergewinnung einer von Regulierung, Kontrolle und Intervention geschützten Sphäre nutzten. Den Sozialismusbegriff verwendete er hierbei aber schon nicht mehr.[206] 1989 dann stellte er fest, „daß der Begriff des ‚Sozialismus‘ als eine umfassende Strukturformel für eine Gesellschaftsordnung verwirklichter Emanzipation (und nicht erst *seit* heute) operativ leer“ sei.[207] Offes Schriften lassen insofern bereits im Lauf der 1980er Jahre eine semantische Loslösung der Zivilgesellschaft vom Sozialismus erkennen, nachdem diese doch am Beginn des Jahrzehnts erst vom Kapitalismus getrennt worden war.

Eine solche Trennung des Zivilgesellschafts- vom Sozialismusbegriff war jedoch Ende der 1980er Jahre keineswegs konkurrenzlos. So zeigt das Agieren des Komitees für Grundrechte und Demokratie im DDR-Umbruch, dass beide Begriffe noch 1989 ausdrücklich verknüpft werden konnten.[208]

Dass die Begriffe Zivilgesellschaft und Sozialismus jedoch Anfang der 1990er Jahre im breiten Verständnis auseinandergetreten (oder nie miteinander verknüpft worden) waren, lässt sich auch daran erkennen, dass sie sich nach dem Ende des Ostblocks gegeneinander stellen und in ein Enttäuschungsnarrativ fügen ließen. Dies sei am Beispiel des Kuratoriums- und früheren Solidarność-Unterstützers Gert Weisskirchen (SPD) verdeutlicht. Während der Exiltscheche Jan Pauer die Zivilgesellschaftsdiskussion auf das sozialistische Reformexperiment des Prager Frühlings zurückführt,[209] stellte Weisskirchen beide Phänomene kontrastierend nebeneinander. 1992 erklärte er in einem Vortrag in Budapest zunächst:

„1968 ging es auch um einen Traum, der realisiert werden wollte. Es war der Traum – damals noch – von wirklicher Demokratie und der Verbindung zwischen Sozialismus und Demokratie. Das Wort Sozialismus hat nach 1989 einen ganz anderen Klang. Aber 1968 ging es noch um die Verknüpfung zwischen Demokratie und Sozialismus. Man darf den Traum seiner eigenen Jugend nicht vergessen.“

[204] Cohen/Arato, Civil Society and Political Theory, S. 42–47.
[205] Offe, Claus: European Socialism and the Role of the State, in: Contradictions of the Welfare State, London u. a. 1984, S. 239–251, hier S. 248 u. 250.
[206] Vgl. Offe, New Social Movements, S. 820 u. 858.
[207] Claus Offe: Bindung, Fessel, Bremse. Die Unübersichtlichkeit von Selbstbeschränkungsformeln, in: Axel Honneth/Thomas McCarthy/Claus Offe/Albrecht Wellmer (Hg.): Zwischenbetrachtungen im Prozess der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag, Frankfurt am Main 1989, S. 739–774, hier S. 746.
[208] Siehe oben, S. 150.
[209] Gespräch mit Jan Pauer, Hamburg, 23. 02. 2014.

In seinem autobiografischen Narrativ schilderte er sodann bereits das Jahr 1968 als Enttäuschung, obwohl er selbst noch in den 1970er Jahren im Sozialistischen Osteuropa-Komitee mitgearbeitet hatte und bis heute Vorsitzender des sozialdemokratischen Forum Demokratischer Sozialismus ist:[210] „Die Desillusionierung dessen, was man Sozialismus nannte und woran viele, auch ich, glaubten im Westen, sie hatte mit dem gewalttätigen Ende des Prager Frühlings begonnen.“ Anschließend kam er auf die mittelosteuropäische Dissidenz und deren postmarxistische Erwartungstransformation zu sprechen, die er (an aktuellen Forschungsergebnissen gemessen: fälschlich) mit dem Zivilgesellschaftsbegriff belegte:

„1989 war […] nur möglich nach dieser Desillusionierung. Ein anderes kommt hinzu: eine Verschiebung in der gesellschaftlichen Debatte, weil ich zumindest als teilnehmender Beobachter der 80-er Jahre in den verschiedenen Städten Osteuropas, auch hier in Budapest habe empfinden können, daß diese Gesellschaften im Osten Europas auf der Suche waren nach der bürgerlichen Gesellschaft, nach der ‚civil society‘, nach der zivilen Bürgergesellschaft, um es präziser zu sagen. Etwas, was wir im Westen fast geringschätzten, war im Osten eine Sehnsucht geworden.“[211]

Weisskirchen präsentierte damit Sozialismus und Zivilgesellschaft als konträre Begriffe und aufeinanderfolgende Etappen einer Enttäuschungsgeschichte, statt sie, wie die Schöpfer des deutschen Neologismus, miteinander zu verbinden.

Der sozusagen invertierte Bedeutungsgehalt, der hierin zum Ausdruck kommt, lässt sich auch an der Kritik ablesen, die der Zivilgesellschaftsbegriff in den frühen 1990er Jahren innerhalb der Linken durchaus hervorrief. Diese sei abschließend am Beispiel des Sozialistischen Büros illustriert. Das SB widmete sich in einem Seminar der Frage: „Demokratische Zivilgesellschaft – Abschied von der sozialistischen Demokratie?“ Wie der Titel verdeutlicht, sollte hier zumindest geklärt werden, inwieweit Zivilgesellschaft und Sozialismus gegensätzliche Konzepte sein. In der Diskussion hieß es, der Zivilgesellschaftsbegriff sei „keineswegs originär ein sozialismuskritischer“, jedoch „bricht [er] mit der marxistischen Erlösungsutopie von der ‚wahren‘ Demokratie im Kommunismus“. Die Zivilgesellschaft zum „neuen Schlüsselbegriff linker Identität“[212] zu erklären, wie ihnen dies der *taz*-Autor Max Thomas Mehr zu tun schien, wenn er ihn als „zukunftsweisend für eine sich entwickelnde nachsozialistische Linke“[213] betrachtete, wollten führende SB-Theoretiker aber nicht gelten lassen. Micha Brumlik etwa erblickte in der Diskussion um die Zivilgesellschaft eine „neue[ ] Form linker Unwahrhaftigkeit“. Sicher gehöre das „Verarbeiten von Enttäuschung […] zum Schwersten, an dem die Lebenskunst von Individuen sich zu bewähren hat“. Doch dürften Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ nicht nach „kurzer Trauerpause“ sogleich zu Apologeten des *status quo* werden. Genau dies bedeute jedoch die Adaption des Zivilgesellschaftskonzepts, sofern man dem Begriffsverständnis bspw. Liberalkonservativer

[210] Siehe oben.

[211] AdsD, Dep. Weisskirchen, Ordner „Tageskopien/12. Wahlperiode“ (o. Sign.; Standort: Raum II, Regal 306, Fach 1, Ordner 14), „1956 – 1968 – 1989“, Rede auf dem Symposion „Revolutionen und Restaurationen“ in Budapest am 24./25. 10. 1992.

[212] HIS, SB 001, Protokollnotizen zum Seminar „Demokratische Zivilgesellschaft – Abschied von der Idee einer sozialistischen Demokratie?“, undat.

[213] Max Thomas Mehr: Gibt es eine postsozialistische Linke?, in: taz vom 26. 10. 1990, S. 13.

wie Edward Shils folge (der bei den oben zitierten Castelcandolfo-Gesprächen referiert hatte), wonach Zivilgesellschaft u. a. auf Marktwirtschaft beruhe. Linke würden in diesem Fall zu „Toren“ und „faktisch [zu] Konservativen, zu unwahrhaftig, diesem Umstand ins Auge zu sehen“. Wenn damit jedoch autonome Strukturen gemeint seien, sei Zivilgesellschaft bereits vorhanden und biete durchaus Chancen „für ein linkes, d. h. universalistisches Projekt“. Diese Chancen müssten genutzt werden, wenn nicht „wie schon so oft, die Konservativen das Bestehende für sich vereinnahmen sollen“. Angezeigt sei deshalb die „Suche nach einer Synthese von radikaler Demokratie, wechselseitiger Anerkennung und übersichtlichen, durch Partizipation gekennzeichneten Lebensweisen“.[214] Auch wenn Brumlik sich nicht vollständig gegen den Begriff sperrte, sah er in der Rede von der Zivilgesellschaft doch die Gefahr einer Erwartungstransformation, die sich von bisherigen Hoffnungen auf eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft, wie sie etwa der Sozialismusbegriff beinhaltet hatte, verabschiedete.

Noch kritischer äußerte sich das SB-Mitglied Wolf-Dieter Narr, der sich auch im Komitee für Grundrechte und Demokratie und im *Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* engagierte. Narr erblickte in der Zivilgesellschaftsdiskussion einen „Liberalismus der Erschöpften“ und sah eine „politische Moral der Entmachtung“ die Debatte dominieren. Ähnlich wie Brumlik erblickte er die Tendenz, im Zuge postmarxistischer Erwartungstransformationen „die Kapitalismus-Kritik gleich mitzuerledigen“. Narr war der Meinung, berechtigte und notwendige Kritik an Marx dürfe nicht, wie etwa bei Ulrich K. Preuß (ebenfalls ein Kuratoriumsmitglied), zu einer Apotheose des Marktes führen. Sein Plädoyer lautete vielmehr: „Menschenrechte und Demokratie verlangen gerade auch angesichts der insgesamt schlimmen Erfahrungen mit dem ‚realen Sozialismus‘ nicht ein Weniger, sie verlangen unter ihnen geschichtlich-gegenwärtig nicht zuarbeitenden Bedingungen ein Mehr an nüchterner Radikalität.“[215] Ähnlich wie etwa Peter von Oertzen, sprach auch Narr sich gegen eine – ihm opportunistisch scheinende – Anpassung an die veränderten Bedingungen aus, die er als „verhängnisvolle neue Bescheidenheit“ ablehnte. Er bestand stattdessen auf die Gültigkeit bisheriger Prämissen und suchte bisherige Erwartungen an eine Verbindung von „Demokratie und Sozialismus“[216] zu stabilisieren, auch um den Preis einer Marginalisierung. (Dass er dabei nicht auf eine Verknüpfung des Zivilgesellschafts- und Sozialismusbegriffs insistierte, wie sie das Komitee für Grundrechte und Demokratie nur gut ein Jahr zuvor noch vorgenommen hatte, spricht für die nunmehrige Dominanz der Trennung beider.) Wie bereits erwähnt, war das Sozialistische Büro

[214] Micha Brumlik: Was heißt „Zivile Gesellschaft“? Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1991, S. 987–993, hier S. 987 f., 990 u. 993.

[215] Wolf-Dieter Narr: Liberalismus der Erschöpften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1991, S. 216–227, hier S. 216, 220 f. u. 227.

[216] Wolf-Dieter Narr/Roland Roth: Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative. Am „Ende der Utopie“ gilt: Demokratie und Sozialismus, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 25 (1995), Nr. 3, S. 431–455.

mit solchen Positionen nicht sehr erfolgreich. Ähnlich wie von Oertzen erlebte es eine (weitere) Marginalisierung und löste sich 1997 auf.

Insgesamt ergibt sich mit Blick auf die Unterstützer des Kuratoriums ein uneinheitliches Bild. Manche (wie Preuß, Evers und Habermas) verwendeten den Zivilgesellschaftsbegriff zur Kennzeichnung einer neuen Zielperspektive im vereinten Deutschland. Sie bewegten sich damit innerhalb eines politischen und wissenschaftlichen Trends, der sich dem Umbruch im östlichen Europa verdankte und unter veränderten Bedingungen neue Erwartungen zu formulieren erlaubte. Wie Philipp Ther herausgearbeitet hat, entfaltete dieser Trend besonders bei Sozialdemokraten und Grünen Wirkung und lässt sich als Teil einer „Kotransformation“ der Bundesrepublik im Zeichen neoliberaler Reformen im postkommunistischen Ostmitteleuropa interpretieren.[217] Andere Kuratoriumsunterstützer, wie Brumlik, betrachteten die Debatte kritisch oder lehnten den Zivilgesellschaftsbegriff, wie Narr, als Ausdruck einer Erwartungsdämpfung und als Affirmation des *status quo* ab. Sie kritisierten gerade jene semantische Nähe von Zivilgesellschaft und Kapitalismus, die Anfang der 1980er Jahre bei der Prägung des deutschen Neologismus in Abgrenzung zum Begriff „bürgerliche Gesellschaft“ aufgehoben worden war. Wenn nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ Jürgen Kocka in einer SPD-Publikation über das „Programm“ der Zivilgesellschaft bemerkte: „Wer linke Utopien sucht, in diesem Umkreis sind sie zu finden“,[218] dann ist festzustellen: Manche, aber nicht alle Kuratoriumsunterstützer handelten nach dieser Maxime und gebrauchten das Zivilgesellschaftskonzept als Surrogat früherer Erwartungen. Andere dagegen lehnten gerade die in der Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs zum Ausdruck kommenden Erwartungstransformationen ab.

3. „Hoffnungsmodell gegen Hilflosigkeit“:[219] Landkommunen westdeutscher Linker in Ostdeutschland

Erwartungsverlagerungen lassen sich auch an den Landkommunen ablesen, die nach 1989 unter Beteiligung westdeutscher Linker auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gegründet wurden. Besonders bekannt sind die drei Kommunen Sieben

[217] Vgl. Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014, S. 290–297. Zum Begriff des Neoliberalismus vgl. auch Andreas Rödder: 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015, S. 47 ff. James Mark und Tobias Rupprecht (Europe’s “1989” in Global Context, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden [Hg.]: Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 224–249) deuten 1989 gar als „Neoliberal Revolution“, denn sie „contributed to the ongoing circulation and political implementation of neoliberal economic ideas“, während sie, was Demokratisierung angeht, global gesehen weniger erfolgreich und dies auch nicht immer nachhaltig gewesen sei (S. 247).

[218] Erinnerung als Ressource. Geschichte und Utopie im vereinigten Deutschland, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hg.), Rück-Sicht auf Deutschland. Beiträge zur Geschichte der DDR und zur Deutschlandpolitik der SPD, Bonn 1993, S. 67–71, hier S. 71.

[219] AGG, PKA, 1905, Schreiben von Elisabeth Voß an Petra Kelly, dat. März 1990, Eingangsstempel 03. 04. 1990 (Anschreiben).

Linden in Sachsen-Anhalt, LebensGut bei Bautzen und ÖkoLeA bei Berlin, die alle bis heute bestehen. Anstoßgeber oder Initiatoren bei der Gründung waren Rudolf Bahro[220] bzw. Fritz Vilmar. Die Landkommunenbewegung[221] verknüpft sich somit ebenfalls mit bekannten Intellektuellen, die sich Anfang der 1980er Jahre für die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Polen eingesetzt hatten – Bahro als Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność*, Vilmar mit dem Aufruf *Wiederherstellung der errungenen Freiheiten*[222] und im publizistischen Kampf gegen die DKP und gegen deren Haltung zu Polen.[223]

Erwartungsverlagerungen lassen sich an solchen Kommunegründungen[224] deshalb ablesen, weil hier die Suche nach grundsätzlichen Alternativen beibehalten, mit dem absehbaren Ende der DDR jedoch in alltägliche Lebenspraxis umgesetzt wurde. Fritz Vilmar erklärte dazu 1993 in einem Interview: „Man darf nicht auf den Staat warten […] also nicht eine neue Staatsutopie – ich glaube damit sind wir wirklich gescheitert […] Also wir brauchen weniger ‚die große Utopie‘, als viele Utopien mittlerer Reichweite und auch mittlerer Größenordnung.“[225]

220 Rudolf Bahro wird hier – wie schon oben (s. besonders Kap. III) – als Teil der westdeutschen Linken betrachtet, wenngleich sich seine Bedeutung hierin nicht erschöpft.

221 In der Verwendung des Begriffs „Landkommunenbewegung“ wird hier Vico Leuchte (Landkommunen in Ostdeutschland. Lebensgeschichten, Identitätsentfaltung und Sozialwelt, Opladen 2011, S. 13 u. passim.) gefolgt. Der Begriff „Kommunebewegung“ wird und wurde von den Akteuren selbst verwendet (vgl. etwa Uwe Kurzbein: Schrittweise. Geschichte der Kommunebewegung aus persönlicher Sicht, in: Kollektiv KommuneBuch [Hg.]: Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, Göttingen 1996, S. 38–68). Sven Reichardt (Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 461) verwendet den Bewegungsbegriff mit Blick auf die (westdeutschen) Landkommunen nicht, weist aber auf Verbindungslinien zu den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen hin. In politologischen Studien zum Thema ist teils von „kommunitären Gemeinschaften“ die Rede (vgl. die bei Fritz Vilmar vorgelegten Arbeiten: Dirk Roeske: Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen. Das Beispiel der „ÖkoLeA“ in Klosterdorf, Berlin, Freie Univ., Diplomarbeit 1997; Detlev Bansamir: Zur Situation Kommunitärer Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Freie Univ., Diplomarbeit 1996; Sabine Kaszemeik: Kommunitäre Gemeinschaften im Vergleich. Die Beispiele Kommune Niederkaufungen und „ÖkoLeA“, Berlin, Freie Univ., Diplomarbeit 1996).

222 Siehe Anhang, Abb. 3.

223 Vgl. Fritz Vilmar/Wolfgang Rudzio/Manfred Wilke: Was heißt hier kommunistische Unterwanderung? Eine notwendige Analyse, und wie die Linke darauf reagiert, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1981. Die Autoren bezeichneten es als „Skandal“, dass die DGB-Delegierten auf dem 2. Weltjugendtreffen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften Ende August 1981 es teils mit Bravo-Rufen kommentierten, dass 20 Solidarność-Mitglieder von der polnischen Regierung an der Ausreise und damit an der Kongressteilnahme gehindert worden waren (vgl. S. 195 f., Zitat: S. 195). Ebenso wurde beanstandet, dass auf dieser Konferenz der Antrag abgelehnt worden war, die Führungen von USA und UdSSR zur Achtung der territorialen Integrität Polens aufzufordern (vgl. S. 197 f.). Vilmar und seine Mitautoren nahmen dies zum Beleg, dass auf der Konferenz die Mehrheit der DGB-Delegation eine „sowjetkommunistisch orientierte Friedens- und Abrüstungspolitik durchpeitschte“ (S. 195).

224 Reichardt (Authentizität und Gemeinschaft, S. 459 ff.) folgend, ist im Weiteren von „Landkommunen“ und „Kommunen“ synonym die Rede; gemeint sind stets Landkommunen.

225 Zit. nach Klaus-Jürgen Scherer/Ulrike C. Wasmuht: Vorwort, in: Klaus-Jürgen Scherer/Ulrike C. Wasmuht (Hg.): Mut zur Utopie! Festschrift für Fritz Vilmar, Münster 1994, S. 9–14, hier S. 13.

3.1 Der Kontext und die Keimzelle: Die Initiative *Ökologische Siedlung Ost–West*

Landkommunen besaßen in Westdeutschland bereits eine lange Tradition.[226] 1971 gab *Der Spiegel* ihre Zahl mit ca. 60 an; 1977 sollen bereits etwa 200 existiert haben.[227] Zu den Vorbildern zählten US-Kommunen und europäische Hippiegemeinden wie Christiania in Kopenhagen. Anknüpfungspunkte bot aber auch die Landreformbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Manche Gemeinschaften orientierten sich an israelischen Kibbuzim.[228] Auch in Gestalt und Anspruch unterschieden sich die Kommunen stark. Sven Reichardt differenziert grob fünf „Ausrichtungen“, auch wenn eine „genaue Typologisierung unterschiedlicher Formen nicht möglich“ sei: „erstens ökologische Kommunen, zweitens Kommunen, in denen in möglichst machtfreien und ganzheitlichen Beziehungen kollektiv gearbeitet wurde, drittens gruppendynamisch-spirituell angehauchte Kommunen, viertens Musikkommunen und fünftens einige wenige Sexkommunen“.[229]

Auch für Bahro und Vilmar waren Landkommunen nichts, mit dem sie sich erst seit 1989 beschäftigten. Im Gegenteil: Bahro hatte bereits seit Beginn der 1980er Jahre für Kommunen geworben und im rheinland-pfälzischen Niederstadtfeld eine kleine Gemeinschaft Gleichgesinnter aufgebaut.[230] Vilmar hatte schon seit den 1970er Jahren mit der Kibbuz-Bewegung sympathisiert und war Ende der achtziger nach Israel gereist, um das Kibbuzleben vor Ort zu studieren.[231]

Das Ende der DDR und die deutsche Vereinigung gaben allerdings der Landkommunenbewegung – so auch Bahros und Vilmars Aktivititäten – einen neuen Impuls, wofür mehrere Faktoren verantwortlich zu machen sind: Die vergleichsweise dünn besiedelten Gebiete Ostdeutschlands boten mehr Raum für alternative Lebensformen, und der vereinigungsbedingte Wirtschaftseinbruch sorgte für relativ niedrige Immobilienpreise.[232] Gerade für größere Vorhaben bedeutete 1989 deshalb einen Schub – die ersten Ökodörfer entstanden überhaupt erst in den

[226] Die Geschichte „kommunitäre[r] Zusammenschlüsse“ lässt sich bis ins Frühmittelalter zurückverfolgen (vgl. Guntolf Herzberg/Kurt Seifert: Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin 2002, S. 377).

[227] Vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 459–498, die Zahlen S. 466.

[228] Vgl. ebd., S. 459 f. und 464 f.

[229] Ebd., S. 469.

[230] Vgl. Herzberg/Seifert, Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare, S. 438 ff.

[231] Vgl. Intensivinterview mit Fritz Vilmar – Teil 1 [01. 07. 1997], in: Stefan Grümbel: Fritz Vilmars Demokratietheorie als konstruktive Philosophie und Reformtheorie (Berlin, Freie Univ., Hausarbeit, 1997), http://www.grin.com/de/e-book/4238/fritz-vilmars-demokratietheorie-als-konstruktive-philosophie-und-reformtheorie [22. 03. 2016] o. P.; Vilmar, Fritz: Die rettende Kraft der Utopie. Zur Einführung, in: Die rettende Kraft der Utopie. Deutsche Juden gründen den Kibbuz Hasorea, Frankfurt am Main 1990, S. 7–12.

[232] Reichardt (Authentizität und Gemeinschaft, S. 466) bemerkt, dass schon in den 1970er Jahren die preisgünstigen Standorte oft in den Zonenrandgebieten, also an der westdeutschen Peripherie im Grenzland zur DDR oder Tschechoslowakei, lagen.

1990er Jahren,[233] obwohl es bereits früher Pläne gegeben hatte.[234] Auch stießen (ehemalige) DDR-Bürger als Mitstreiter hinzu – für sie brachte der deutsch-deutsche Umbruch einerseits neue Möglichkeiten, andererseits mochte er, etwa im Falle von Erwerbslosigkeit, auch die Suche nach Alternativen zum (Arbeits-)Markt stimulieren.[235] Rudolf Bahro hatte bereits Anfang 1990 bei einer Veranstaltung im Rathaus Schöneberg und später wiederholt auf die Chancen verwiesen, die sich durch den Umbruch für Landkommunen in Ostdeutschland ergäben.[236] Ähnlich bemerkte ein westdeutscher Kommunarde: „Die unklaren Grundstücksverhältnisse, die desolate Infrastruktur, die geringe Besiedlungsdichte und die ramponierten, heruntergekommenen Gebäude scheinen für Kommune- und Gemeinschaftsgründungen ideal zu sein.“[237] In der (Ex-)DDR gebe es „viel Platz (leerstehende Gutshäuser, stillgelegte Landwirtschaftsflächen) es gibt eine Reihe staatlicher Förderprogramme (ökologische Umgestaltung, Arbeitsbeschaffung usw.), und die Entscheidungsträger sind oft so hilflos, daß sie alternative Konzepte dankbar annehmen, wenn sie ihnen behutsam nahegebracht werden“, schrieb eine andere Aktivistin.[238] Tatsächlich sollten diverse Kommunen in den 1990er Jahren auf staatliche Mittel zurückgreifen, so Sieben Linden[239] und das LebensGut.[240] Dies wiederum passt ins Muster der westdeutschen Alternativbewegung, deren Projekte sich ebenfalls vielfach auf Fördergelder und Sozialleistungen gestützt hatten.[241] Jedenfalls lassen all die genannten Faktoren verstehen, warum es durch 1989/90 zu einer regelrechten „Welle von Gemeinschaftsgründungen“ kam.[242]

Im Verständnis der Akteure bot die Gründung von Landkommunen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine Chance, der staatlichen Vereinigung Deutschlands eine Alternative ‚von unten‘ entgegenzusetzen. Deutlich wird dies insbeson-

[233] Vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 465.

[234] Siehe unten, S. 212.

[235] Rudolf Bahro sah in der abzusehenden Massenarbeitslosigkeit zudem die Chance, dass der Staat eher gewillt sein könne, Zuschüsse für alternative Projekte zu geben, statt auf Dauer Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, vgl. Elisabeth Voß: 4 Tage Kommune-Atmosphäre, in: Contraste 7 (1990), Nr. 70/71, S. 8 (überliefert in ASB, BRD 13, o. Sign.). In diesem Sinne erbat er vom sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf eine „Starthilfe für Leute, die in dem offiziellen Beschäftigungssystem keine Arbeit finden“ (Biedenkopf, Kurt/Bahro, Rudolf: Gespräch, in: Bleibt mir der Erde treu! Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit, Berlin 1995, S. 168–172, hier S. 170).

[236] Vgl. Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre.

[237] Kurzbein, Schrittweise, S. 62. Der Autor verband diese Diagnose allerdings mit einer kritischen Haltung gegenüber Kommunegründungen seitens Westdeutscher in Ostdeutschland (s. u., Kap. V.3.2).

[238] Elisabeth Voß: Ein Ort – irgendwo, in: Contraste 8 (1991), Nr. 81, S. 1 (überliefert in ASB, BRD 13, o. Sign.).

[239] Vgl. Marcus Andreas: Vom neuen guten Leben. Ethnographie eines Ökodorfes, Bielefeld 2015, S. 44 f.

[240] Vgl. Herzberg/Seifert, Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare, S. 536 ff. u. 542.

[241] Vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 341 (zur Alternativökonomie allgemein) und S. 477 f. (speziell zu den Landkommunen, deren Bewohner sich häufig über Sozialleistungen finanzierten).

[242] Leuchte, Landkommunen in Ostdeutschland, S. 32.

dere an der frühen Initiative *Ökologische Siedlung Ost–West*. Es handelte sich um eine Arbeitsgruppe innerhalb des West-Berliner Informationsdienstes des Vereins Ökodorf e. V. (IDÖF), der selbst in Westdeutschland ansässig war und schon seit einigen Jahren einen Standort für eine autarke Lebensgemeinschaft suchte.[243] Rudolf Bahro und Fritz Vilmar zählten zu den Erstunterstützern der Initiative, die durchweg westdeutscher Provenienz waren.[244]

Dieser Initiative ging es zunächst darum, in der noch bestehenden DDR bei der Flächennutzungsplanung größere Areale als „ökologische Siedlungsgebiete“ ausweisen zu lassen. Hiermit waren hohe Erwartungen verbunden, in denen auch die Idee von einem „dritten Weg“ fortlebte. So hieß es zur Begründung: „Menschen aus Ost und West könnten dort eine Vereinigung von unten, auf menschlicher Ebene, leben und Hoffnungsmodelle für eine Zukunftsgestaltung im Herzen Europas schaffen, weitgehend jenseits von kapitalistischer Marktwirtschaft und zentralistischer Planwirtschaft“.[245] Die Dringlichkeit dieses Anliegens unterstrichen die Aktivisten, indem sie die Dynamik des staatlichen Vereinigungsprozesses als Enttäuschung schilderten. Zu diesem Zweck kontrastierten sie frühere positive mit jetzigen negativen Erwartungen:

„[A]us den Hoffnungen, die durch die Veränderungen in der DDR hervorgerufen wurden, und den Ängsten, die der Einzug der Marktwirtschaft in diesem Land erweckt, ist der Wunsch entstanden, hier vor der endgültigen Privatisierung aller Lebensbereiche Freiräume zu sichern, in denen exemplarisch verschiedene Formen sozialen und ökologischen Lebens und Arbeitens aufgebaut werden können.“[246]

Auf die Enttäuschung über den Verlauf des deutsch-deutschen Umbruchs verweisend, begriff sich die Initiative als Angebot, überhaupt noch positive Erwartungen zu formulieren. Elisabeth Voß vom IDÖF empfahl das Vorhaben gegenüber Petra Kelly, die aus ihrer Enttäuschung im Vereinigungsprozess keinen Hehl machte,[247] als „Hoffnungsmodell gegen die Hilflosigkeit, die ich bei Deinen Äußerungen zur ‚Deutsch-deutschen Visionssuche‘ gespürt habe“.[248] Die Initiative offerierte somit angesichts eines rasanten Erwartungsabfalls eine erneute Erwartungshebung.

[243] Vgl. Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre. Zu Ökodörfern als Zweig der Landkommunenbewegung vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 466.

[244] AGG, PKA, 1905, Schreiben von Elisabeth Voß an Petra Kelly, dat. März 1990, Eingangsstempel 03. 04. 1990, Anlage „Initiative ‚Ökologische Siedlung Ost–West‘“. Die Materialien der Initiative geben ein rein westdeutsches Bild ab. Lediglich Bahro war in ihnen – bereits an der Humboldt-Universität tätig – unter „Berlin (Ost)“ verzeichnet. Jedoch trug der Briefkopf neben einer West-Berliner auch eine Ost-Berliner Adresse.

[245] AGG, PKA, 1905, Schreiben von Elisabeth Voß an Petra Kelly, dat. März 1990, Eingangsstempel 03. 04. 1990, Anlage „Initiative ‚Ökologische Siedlung Ost–West‘“. Andreas, Vom neuen guten Leben, zitiert einen der Aktivisten, der schon in der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung aktiv gewesen war und später in das sachsen-anhaltinische Ökodorf Sieben Linden zog, mit den Worten, durch den Umbruch 1989/90 habe sich ein „dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ eröffnet.

[246] AGG, PKA, 1905, Schreiben von Elisabeth Voß an Petra Kelly, dat. März 1990, Eingangsstempel 03. 04. 1990 (Anschreiben).

[247] Siehe oben, Kap. IV.

[248] AGG, PKA, 1905, Schreiben von Elisabeth Voß an Petra Kelly, dat. März 1990, Eingangsstempel 03. 04. 1990 (Anschreiben).

Ein „Höhepunkt“[249] dieses Erwartungsmanagements war Mitte 1990 eine mehrtägige *Ost-West-Begegnung* in Kleinmachnow bei Berlin, an der mehrere hundert Menschen teilnahmen.[250] Petra Kelly gehörte nun tatsächlich zu den prominenten Unterstützern. Zudem war „der Untergrund, […] die Parallelgesellschaft im Osten und die West-Gemeinschaften und die Theoretiker, Rainer Langhans, also die ganze [westdeutsche] Kommune-Geschichte“[251] anwesend. Aus der Bundesrepublik waren 15 Gruppen vertreten, darunter viele Landkommunen und – teils sozialistische, teils spiritualistische – Lebensgemeinschaften. Hinzu kamen zahlreiche Einzelpersonen. Das Eröffnungsreferat hielt Fritz Vilmar. Er sprach als Sozialist, als der er sich nach wie vor definierte, über den „Durchmarsch des Kapitalismus in der DDR“. Kurz zuvor hatte Vilmar noch vor einer schnellen Wirtschafts- und Währungsunion der beiden deutschen Staaten gewarnt (s. Kap. IV). Entsprechend beklagte auch er nun den Kurs, den die Entwicklung inzwischen genommen hatte.

Die Suche nach Utopien gab Vilmar jedoch nicht auf. „Der Staatssozialismus ist tot – es gibt Alternativen“, so lautete der Titel seines Referats.[252] Allerdings riet Vilmar dazu, „nicht auf die große Revolution“ zu warten. Damit spielte er unverkennbar auf die Erwartungen vieler Linker an, die sich in den 1970er Jahren als Revolutionäre verstanden und noch kürzlich von einer „Revolution“ in der DDR gesprochen hatten.[253] Vilmars Empfehlung lautete, den Weg „zu einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft“ in „Gemeinschaftsprojekten, die die große Utopie in kleinem Rahmen leben“,[254] zu beschreiten. Er plädierte somit für eine Verlagerung unverändert beizubehaltender Erwartungen von der Gesellschaft auf die Gemeinschaft. Gleichzeitig verkürzte er den Zeithorizont, soweit diese Erwartungen nicht erst in einer fernen Zeit, sondern bereits im Hier und Jetzt eingelöst werden sollten.

Auch Rudolf Bahro hielt ein Referat. Er vertrat die Auffassung, kommunitäre Gemeinschaften sollten exemplarisch antizipieren, wie die Menschheit auf der Erde leben und überleben könne. Wie Vilmar sprach er zudem über die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung in der DDR. Aus den schlechten Aussichten

[249] Elisabeth Voß: Wege, Umwege, Irrwege, in: Kollektiv KommuneBuch (Hg.): Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, Göttingen 1996, S. 69–98, hier S. 74.

[250] Die Angaben der Teilnehmerzahlen differieren. Andreas, Vom neuen guten Leben, S. 40, spricht von rund 400 „Beteiligten“; Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre, schreibt von über 400 Teilnehmern. An anderer Stelle ist von „[u]ngefähr 500 Menschen“ die Rede (AGG, A Rudolf Bahro 59, undat. Flyer des Ökodorfs Liebenberg bei Berlin, vermutlich 1990 oder 1991).

[251] So die Erinnerung des Aktivisten Dieter Halbach, zit. nach Andreas, Vom neuen guten Leben, S. 40 f. Die Anwesenheit Rainer Langhans' ist auch zeitgenössisch belegt bei Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre.

[252] Zit. nach Plutonia Plarre: Die Landkommune muß im Herzen wachsen, in: taz vom 20. 06. 1990, S. 7.

[253] Siehe das Beispiel Antje Vollmers in Kap. IV.1, S. 126 ff.

[254] So die Widergabe bei Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre.

leitete er umso bessere Möglichkeiten für Kommunegründungen ab. Mit diesem Erwartungsmanagement fand er großen Anklang. Eine Zuhörerin äußerte gegenüber der linksalternativen *taz*: „Mir ist es wie Schuppen von den Augen gefallen, als er sagte, die kommende Arbeitslosigkeit in der DDR ist auch eine Gunst der Stunde, um sich freizumachen für den subsistenzwirtschaftlichen Weg. Die großen Brachflächen sind doch da, die will keiner mehr haben. Wir müssen sie uns nur nehmen.“[255]

Die geweckten Erwartungen besaßen auch eine emotionale Qualität. „‚Good vibrations‘ für Ökotopia“[256] titelte nach der Zusammenkunft die Zeitschrift *Contraste*, eine westdeutsche *Monatszeitung für Selbstverwaltung* (deren Redaktion übrigens auch Iring Fetscher angehörte[257]). Der Erwartungsweckung und der Herstellung von Gemeinschaft diente ein Emotionsmanagement, bei dem – wie schon in der Solidarność-Solidarität – Musik eine wichtige Rolle spielte. Eine „Mischung aus Folkfestival, Selbsterfahrung, großen Ideen und kleinen Schritten“[258] sei das Treffen gewesen, hieß es in *Contraste*. Das gemeinsame Musizieren und Tanzen vermittelte „4 Tage Kommune-Atmosphäre“[259] und diente der Überschreitung von Grenzen und Hervorbringung von Gemeinschaftsgefühl. Über die Erfahrungen der Teilnehmer berichtete die *taz*: „Harald aus Dresden kämpfte mit den Tränen, als einer von vielen durchs Mikrofon sagte: ‚Ich habe mich im Prinzip noch nie so glücklich gefühlt wie in diesem Rahmen. Ich bin viel lockerer geworden. Beim Reigentanz am Anfang, da habe ich mich richtig überwinden müssen.‘“[260] Die durch gemeinsame musikalische Praxis vermittelten Emotionen wurden also auch in Gruppengesprächen ausgetauscht. Dieses kommunikative Emotionsmanagement mochte über den Moment der Zusammenkunft hinausweisen und die geweckten Erwartungen stabilisieren. So berichtete ein westdeutscher Teilnehmer, er sei durch „viele kleine Dinge bereichert worden“ wurden und zu der Einsicht gelangt, dass „Kommune im Herzen wachsen muß“.[261]

Durch soziale Praktiken wie Musik konstituierte das Treffen somit auch eine konkurrierende *gefühlte Gemeinschaft*, welche die staatliche Vereinigung von Bundesrepublik und DDR kontrapunktierte. Umso mehr, als die Veranstaltung „kurioserweise“ mit dem (altbundesrepublikanischen) Tag der deutschen Einheit am 17. Juni zusammenfiel. Diese Terminwahl dürfte kaum unbedacht erfolgt sein, lässt sie sich doch als Symbol für das Anliegen auffassen, dem administrativen Vereinigungsprozess Alternativen entgegenzusetzen. Dabei war allerdings die „Rollenverteilung zwischen Ost und West“ asymmetrisch: „Die westdeutschen

255 Zit. nach Plarre, Die Landkommune muß im Herzen wachsen, in: taz vom 20. 06. 1990.
256 Waldemar Schindowski: „Good vibrations“ für Ökotopia, in: Contraste 7 (1990), Nr. 70/71, S. 1 (überliefert in ASB, BRD 13, o. Sign.).
257 Siehe Iring Fetscher: Stunde der Genossenschaften?, in: Contraste (Juni 1990), S. 12 (überschrieben mit „Iring Fetscher, Redaktion Genossenschaften“).
258 Schindowski, „Good vibrations“ für Ökotopia.
259 Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre.
260 Plarre, Die Landkommune muß im Herzen wachsen, in: taz vom 20. 06. 1990.
261 Zit. nach ebd.

Gruppen und Einzelpersonen stellten sich, mit einer zwanzigjährigen Erfahrung von gemeinschaftlichen Projekten im Rücken, einem erwartungsvollen DDR-Publikum vor.“[262] Eine Aktivistin erinnerte sich Mitte der 1990er Jahre:

„Inspiriert durch Rudolf Bahro, der hoffte, dass im Gebiet der DDR ein anderes, neues Deutschland mit regionalökonomisch-ökologischen Strukturen entstehen könnte, als Alternative zum Mensch und Natur zerstörenden Kapitalismus, versuchten wir, die Erfahrungen selbstorganisierter Lebensgemeinschaften des Westens den Suchenden des Ostens näherzubringen.“[263]

3.2 Transfers in West-Ost-Richtung als Verlagerung, aber auch Bruch von Erwartungen

Ein solcher Export westdeutscher Erfahrungen und Erwartungen war jedoch innerhalb der Kommunebewegung keineswegs unumstritten. Bereits im Vorfeld der *Ost-West-Begegnung* war es zu Auseinandersetzungen gekommen. Scharfe Kritik am Veranstaltungskonzept kam etwa von Uwe Kurzbein aus der anarchistischen Kommune Lutter in Niedersachsen. Einer Übertragung der Kommuneidee auf Ostdeutschland gegenüber hatte Kurzbein sich von Beginn an skeptisch geäußert. Zwar teilte er mit den Initiatoren des Treffens viele Prämissen. So schilderte auch er die Entwicklung in der (Ex-)DDR als Enttäuschung. Schon im Frühjahr 1990 hatte er beklagt, nach dem Aufbruch vom Herbst sei „die Utopie […] sogleich wieder verflogen“ und prognostiziert: „Die aufflackernde Freiheit dürfte mit der ersten Wahl nach der Revolution wieder dahin sein.“ Doch sprach sich Kurzbein wiederholt dagegen aus, in dieser enttäuschenden Situation von der Bundesrepublik aus Kommunegründungen in Ostdeutschland anzustoßen: „Eine offene propagandistische, unser Lebensmodell politisch anzupreisen oder durchzusetzen, paßt nicht in unser Weltbild. Und ich bin auch der Auffassung, daß das gut so ist.“

Deutlich wird hieran, dass die Verkürzung des Zeithorizonts, die als Charakteristikum der Kommunebewegung bereits bei Fritz Vilmar auffiel, einen hohen Erwartungsdruck mit sich brachte. Denn schon der Prozess der Kommunegründung musste jenen Idealen entsprechen, die das zu erreichende Ziel konstituierten. Jeder Schritt auf dem Weg dorthin barg damit bereits ein hohes Enttäuschungspotenzial. Wenngleich er konzedierte, dass es auch ihm und anderen in der gegenwärtigen Situation „in den Fingern juckt“, vertrat Kurzbein deshalb die Auffassung, ein Export westdeutscher Erfahrungen und Erwartungen sei mit diesen selbst nicht zu vereinbaren: „Kommunen von Westlern zu initiieren, in dem Sinne: hier habt ihr eine lohnende Lebensform, eine Antwort auf die kapitalistische und auf die realkommunistische Welt, ist zwar inhaltlich richtig, aber gerade diese Lebensart verbietet es, auf andere missionarisch einzuwirken.“ Obwohl Kurzbein Kommunen als einen dritten Weg im Kleinen verstand (genau wie die Initiatoren der *Ost-West-Begegnung*), war er doch skeptisch, diesen den DDR-Bürgern anzuempfehlen.[264]

[262] Schindowski, „Good vibrations“ für Ökotopia.
[263] Voß, Wege, Umwege, Irrwege, S. 74.
[264] Uwe Kurzbein: Wir sind weder Missionare noch Propagandisten, in: Contraste 7 (1990), Nr. 66, S. 9 (überliefert in ASB, BRD 13, o. Sign.).

Zum Vorbereitungstreffen für die *Ost-West-Begegnung* in Kleinmachnow fuhr Kurzbein deshalb „mit gemischten Gefühlen“,[265] wie er später memorierte. Vor Ort stellte sich dann heraus, dass auf diesem Vorbereitungstreffen keine einzige Ost-Kommune vertreten war. Schnell kam es zum „Eklat“, und die anwesenden Beobachter aus den westdeutschen Kommunen Lutter, Niederkaufungen und Riedmühle waren entschlossen, vorzeitig abzureisen. Die Idee der Organisatoren, Grundstücke auf DDR-Gebiet mit Kauf- oder Pachtoptionen belegen zu lassen, fanden sie laut Kurzbein „ungeheuerlich“. Mitte der 1990er Jahre, als bereits Westdeutsche in Kommunen auf dem Gebiet der Ex-DDR lebten (s. u.), parallelisierte Kurzbein deren Verhalten mit jenem westdeutscher Investoren: „Was wirtschaftlich von der westdeutschen Industrie und den westdeutschen Hausbesitzern praktiziert wird, nämlich das Land unter sich aufzuteilen, wird politisch auf einer niederen Ebene offensichtlich von [kommunitären] Gemeinschaften wiederholt.“[266] In Kurzbeins Augen hatten die westdeutschen Linken, die im Osten Deutschlands Kommunen gründeten, die Erwartungen der Kommunebewegung enttäuscht. Ihr Handeln widersprach dem eigenen Anspruch, für Alternativen nicht nur zu streiten, sondern im Hier und Jetzt bereits alternativ zu leben. Von Westdeutschland aus Gemeinschaften in Ostdeutschland zu gründen und damit die Erwartungen der bundesrepublikanischen Kommunebewegung auf die neuen Bundesländer zu verlagern, war für ihn ein Bruch mit den Erwartungen an das Verhalten von Kommunarden.[267]

Eine andere Position vertrat Elisabeth Voß vom Informationsdienst Ökodorf e. V., der die *Ost-West-Begegnung* mitinitiiert hatte. Die von Kurzbein aufgeworfene Frage: „Sind wir ‚Missionare und Propagandisten‘?“, beantwortete sie so:

„Wenn nun das Kapital massiv in die DDR und die anderen osteuropäischen Staaten eindringt und damit weltweit fast unangefochten das Wirtschaftsleben dominiert, was eine massive Bedrohung auch der letzten ökologischen und kulturellen Ressourcen bedeutet, ist es eigentlich höchste Zeit, dem im Rahmen unserer Möglichkeiten etwas entgegenzusetzen. Und da reicht es meiner Meinung nach nicht, aus kommune-individuellen Kuschelecken das Geschehen zu betrachten.“

Was auch Kurzbein als Enttäuschung geschildert hatte, nämlich der Verlauf und die Ergebnisse des Umbruchs 1989/90, diente hier zur Rechtfertigung des eigenen Handelns. Im Grunde wurden in diesem Narrativ zwei Enttäuschungen gegeneinander aufgewogen: die Enttäuschung der Erwartungen an das eigene Verhalten (die eine Landnahme in Ostdeutschland eigentlich ausschlossen) einerseits und die Enttäuschung über die übergeordnete politisch-gesellschaftliche Entwicklung andererseits.

265 Ebd.

266 Kurzbein, Schrittweise, S. 62 ff. (Zitate: S. 62–64).

267 Ähnliche Konflikte gab es in der Umbruchszeit auch in der Berliner Hausbesetzerszene, die sich ebenfalls als Teil der Kommunebewegung (vgl. Uwe Schneider: Kommunen und Autonome. Was haben beide miteinander zu tun?, in: Kollektiv KommuneBuch [Hg.]: Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, Göttingen 1996, S. 158–176; Kurzbein, Schrittweise, S. 47–59) aber auch der Autonomen (vgl. A. G. Grauwacke [Hg.]: Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin ^{2}2004, S. 247–262) verstand.

Aus dieser letzteren Enttäuschung leitete Voß sogar eine besondere Dringlichkeit ab:

„Die Hoffnungen eines humanen Sozialismus in der DDR sind längst von der Realität überholt. Die Kaputtsanierung einer ganzen Gesellschaft bestätigt all das, was wir schon immer über den Kapitalismus wußten – aber diese Einsicht hilft so wenig, und umfassende Gegenentwürfe sind nicht in Sicht. Umso wichtiger werden die kleinen Hoffnungsschimmer – die Versuche gegen den Strom zu schwimmen, und jetzt erst recht das Leben in die eigene Hand zu nehmen.“

Die Enttäuschung über den DDR-Umbruch machte es in dieser Sicht umso wichtiger, Kontrapunkte zu setzen. „Einerseits ist die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in der Ex-DDR ein einziger Horror, andererseits gibt es dort gerade jetzt auch Chancen für selbstorganisierte Projekte“.[268]

Drei Landkommunen, die aus der Initiative *Ökologische Siedlung Ost–West* hervorgingen, werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Das Ökodorf Sieben Linden

Noch auf der *Ost-West-Begegnung* fassten einige Teilnehmer den Entschluss, ein weiteres Treffen zu veranstalten. Dieter Halbach, einer der Organisatoren, resümmierte: „Es wurde die Energie spürbar, vom Reden zum Handeln kommen zu wollen“.[269] Es formierte sich eine Gruppe Interessierter, die sich auf die Suche nach einem Objekt für eine Kommunegründung begab. Letztlich fiel die Wahl auf das sachsen-anhaltinische Beetzendorf, wo die Gemeinschaft Sieben Linden entstand. Der Entstehungsprozess dieses Ökodorfs ist jüngst bereits ausführlich dargestellt worden.[270] Hier soll deshalb nur kurz diskutiert werden, inwiefern bei dieser Kommunegründung Erwartungsverlagerungen festzustellen sind. Ein Dokument aus der Phase der Objektsuche kann Aufschluss darüber geben. Halbach, ein „hippiebewegter Jung-68er“, der sich in der Anti-Atomkraft-Bewegung engagiert in den Achtzigerjahren und als „Selbstversorger“ in Italien gelebt hatte,[271] betonte darin die Suche nach Alternativen zu den vergangenen bzw. bestehenenden Verhältnissen in Ost und West: „Hier im Herzen Europas – im Vakuum zwischen real gescheiterter ‚Planwirtschaft‘ und irreal wachsender ‚Marktwirtschaft‘ – wollen wir für uns und im Kleinen einen möglichen dritten Weg suchen. In diesen könnten auch die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen aus Ost und West in einer ‚Vereinigung von unten‘ einfließen.“[272] Wie schon bei der *Ost-West-Begegnung* wurde auch hier die im deutschen Vereinigungsprozess gescheiterte Suche nach einem „dritten Weg“ in der Kommune fortgesetzt. Deutlich ablesbar wird hieran eine Erwartungsverlagerung von der Gesellschaft auf die Gemeinschaft –

[268] Voß, Ein Ort – irgendwo.
[269] AGG, A Bahro, 59, Flyer des Ökodorfs Liebenberg (undat.).
[270] Andreas, Vom neuen guten Leben, bes. S. 39 ff.
[271] Dieter Halbach: [Selbstdarstellung], http://gemeinschaftsberatung.de/dieter-halbach/ [26. 03. 2016]. Die Schreibweise dort lautet „hippiebewegter-Jung 68er“ und wurde der besseren Lesbarkeit angepasst.
[272] AGG, A Bahro, 59, Flyer des Ökodorfs Liebenberg (undat.).

bei grundsätzlicher Beibehaltung, wenn durchaus auch Verkleinerung früherer Erwartungen.

Fritz Vilmars ÖkoLeA in Klosterdorf

Doch nicht nur die Initiative *Ökologische Siedlung Ost–West* und damit das Ökodorf Sieben Linden verdankten sich dem deutsch-deutschen Umbruch. Auch die Ökologische Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (ÖkoLeA) bei Berlin ist von ihrer Genese her deutlich im Kontext des Vereinigungsprozesses zu sehen. Ihre Entstehung ist bislang kaum untersucht[273] und soll deshalb ausführlicher geschildert werden. Hatte Vilmar den Vereinigungsprozess scharf kritisiert[274] und als „Kolonialisierung der DDR“[275] bezeichnet, sah er in einem Brief an Peter von Oertzen die „andere Seite dieser düsteren Medaille“ darin, dass „keine linke Gruppierung mit einigermaßen konsistenten Alternativkonzepten dagegen aufgetreten ist (von der SPD ganz zu schweigen)“. Die ÖkoLeA sollte als „Minikibbuz“ in dieser Situation einen Kontrapunkt darstellen.[276]

Dies wird schon am Auftakt des Projekts deutlich: Das initiale Treffen fand wenige Wochen nach der Volkskammerwahl 1990, die den zügigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik besiegelte, in Berlin statt. Eingeladen hatte Vilmar, der sich bereits seit den 1970er Jahren mit israelischen Kibbuzim beschäftigt hatte (s. o.). Ende der 1980er Jahre hatte er den Kibbuz Hasorea besucht und dort eine Zeit lang als „Spätvoluntär“,[277] als Freiwilliger fortgeschrittenen Alters, gearbeitet. Zu diesem Kibbuz hatte auch Robert Jungk, wie Vilmar ein früherer Solidarność-Unterstützer, Kontakte.[278]

Der Titel des initialen Treffens lautete „Kommune wagen“[279] – ein Slogan, der sich auch bei Rudolf Bahro findet.[280] Auf dem Einladungsplakat waren die Grundprinzipien des Projekts angegeben, die dauerhaft Gültigkeit behalten sollten: eine undogmatisch-linke Orientierung; möglichst viel Gemeinschaft, auch bei den Finanzen; dabei jedoch „klare Anerkennung eines privaten Lebens- und Arbeitsbereichs“; schließlich mehr Lust und weniger Zwang als in der „besitzindividualis-

[273] Die umfassendsten Einblicke geben zwei bei Vilmar vorgelegte Diplomarbeiten: Roeske, Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen; Kaszemeik, Kommunitäre Gemeinschaften im Vergleich.

[274] Siehe S. 213.

[275] Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar: Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster ^{3}1996.

[276] LUH, Akz. 2009/09, Sign. 50/5, Fritz Vilmar an Peter von Oertzen, 09. 09. 1995. Vilmar übersandte mit dem Schreiben eine Informationsbroschüre der ÖkoLeA.

[277] Intensivinterview, o. P.

[278] Godenschweger, Walter: Auf der Suche nach den Anfängen. Wie es zu dieser „oral history“ kam, in: Die rettende Kraft der Utopie. Deutsche Juden gründen den Kibbuz Hasorea, Frankfurt am Main 1990, S. 13–16, hier S. 16.

[279] Vgl. Roeske, Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen, S. 48.

[280] Herzberg/Seifert, Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare.

tischen Konsumwelt“.[281] Rund zwanzig Teilnehmer zeigten sich auf der Veranstaltung interessiert, weiter zusammenzuarbeiten. In der Folge gab es monatliche Zusammenkünfte. Am 1. November 1990 wurde die ÖkoLeA als Verein gegründet.[282] Wenige Tage später erschien eine Anzeige im *Tagesspiegel* (einer hauptsächlich in West-Berlin verbreiteten Tageszeitung), mit der man weitere Mitstreiter gewinnen wollte. Gesucht waren „aktive ‚Einsteiger‘“, die „wie wir anstelle der isolierten, besitzindividualistischen Lebensform ein kommunitäres Miteinander anstreben, bei dem der persönliche Lebensbereich für jede/n gewährleistet ist, aber gemeinsames Tun eine wesentliche Rolle spielt: beim ökolog. Haus(aus)bau, Kochen/Essen, Kindererziehen, biol. Gartenbau, Musizieren …“[283] Daraufhin meldeten sich etwa 100 weitere Interessierte. Vom Sommer 1990 bis Winter 1991 fanden zahlreiche Wochenendseminare statt, darunter Lichtbildvorträge von Fritz Vilmar über kommunitäres Leben in Israel und in den USA sowie eine „Zukunftswerkstatt“ nach Robert Jungk.[284]

Die Suche nach einem Standort beschränkte sich auf das Berliner Umland, da die Mehrheit der Interessenten dies präferierte.[285] Im Frühsommer 1992 fiel die Wahl auf einen ehemaligen LPG-Hof im brandenburgischen Klosterdorf, wo die Kommune bis heute besteht.[286] Ihr Standort liegt damit innerhalb des Berliner S-Bahn-Bereichs. Die ÖkoLeA war und ist nach eigenen Angaben seit ihrer Gründung eine „westlastige Kommune“, obwohl auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gelegen. Gegenwärtig wie schon in den 1990er Jahren stammen bzw. stammten etwa drei Viertel der Mitglieder aus den alten Bundesländern, nur ein Viertel aus den neuen. Die Ost-West-Differenz war und ist dabei für die Aktivisten durchaus von Bedeutung: „[E]s gab und gibt immer noch kulturelle Unterschiede, die auch immer mal wieder Thema sind“, teilt eine Bewohnerin auf Nachfrage hin mit.[287]

An das Leben in der ÖkoLeA waren hohe Erwartungen geknüpft. Ende der 1990er Jahre resümierte eine akademische Studie: „‚Kommune wagen‘, das war und ist die große Hoffnung, über eine kommunitäre Lebens- und Arbeitsgemein-

[281] [o. V.:] „Kommune wagen?“, Einladungsplakat zum Treffen am 10. 05. 1990, Faksimile abgedruckt in: Die ÖkoLeA. Prinzipien, Entwicklung und Pläne der Ökologischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (gemeinnütziger Verein), Berlin 1993 (überliefert in Privatarchiv Sziedat), Rückumschlag.

[282] Vgl. [o. V.:] Tätigkeitsbericht 1990/1992, in: Die ÖkoLeA. Prinzipien, Entwicklung und Pläne der Ökologischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (gemeinnütziger Verein), Berlin 1992 (überliefert in Privatarchiv Sziedat), S. 9–12, hier S. 9.

[283] Aktive „Einsteiger“ gesucht, in: Der Tagesspiegel vom 03. 11. 1990, S. 30. Bei Friederike Habermann (Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag, Königstein/Taunus 2009, S. 114) ist abweichend – vermutlich fälschlich – von einer Anzeige in der *taz* die Rede.

[284] Vgl. Roeske, Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen, S. 48 f. Zu den Zukunftswerkstätten Robert Jungks vgl. Elke Seefried: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin [u. a.] 2015, S. 151 ff.

[285] Vgl. Roeske, Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen, S. 56.

[286] Vgl. ebd., S. 49 f.

[287] Auskunft von Kerstin Denkena (ÖkoLeA), per Mail, 23. 11. 2015.

schaft den Zugang zu einer solidarischen, von Herrschaft befreiten Gesellschaft zu finden und dies nicht nur für sich, sondern auch in einem Wechselspiel mit der Gesellschaft, insbesondere mit der Gemeinde Klosterdorf “.[288] Diese Erwartungen speisten sich aus mehreren Quellen. Anknüpfungspunkte waren neben den israelischen Kibbuzim auch die Genossenschaftsbewegung mit ihrer Tradition direkter Demokratie und gemeinsamer Produktion und Konsumtion sowie die Alternativbewegung.[289] In erster Linie ging es darum, die Veränderung der Verhältnisse in die eigenen Hände zu nehmen: „Ich versuche […] mit ein paar Leuten einen kleinen Kibbuz in der Nähe von Berlin aufzubauen, weil ich glaube, daß Utopien eben auch von Menschen selbst entwickelt und realisiert werden müssen“, erklärte Fritz Vilmar in der Gründungsphase. „Was wir brauchen, sind Utopien mit Augenmaß, Realutopien. […] Und Utopien, die auch für einzelne Menschen und Gruppen faßbar sind und nicht immer bei der Totalveränderung des Ganzen ansetzen.“[290] Das Ziel einer gesamtgesellschaftlichen Umwälzung wurde damit auf die Gemeinschaft übertragen. Es ist insofern von einer Erwartungsverlagerung zu sprechen.

Rudolf Bahros LebensGut in Pommritz

Hohe Erwartungen waren auch mit Rudolf Bahros Kommuneprojekt im ostsächsischen Pommritz verbunden. Bahro ging es darum, im Kleinen für die aus seiner Sicht drohende gesellschaftliche und ökologische Katastrophe vorzubauen. Im rheinland-pfälzischen Niederfeldstetten hatte er bereits in den 1980er Jahren eine Lernwerkstatt gegründet. Zu Gast war dort auch Rainer Langhans gewesen; Robert Jungk hatte eine „Zukunftswerkstatt“ veranstaltet.[291] Mit dem deutsch-deutschen Umbruch eröffneten sich neue Möglichkeiten. Entsprechend verschob sich für Bahro der regionale Schwerpunkt. Wie oben erwähnt, rief er dazu auf, die absehbare wirtschaftliche Krise in den neuen Bundesländern zu nutzen, um in großem Maßstab Landkommunen auf Subsistenzgrundlage zu gründen. Der *Stern* zog die damit verknüpften Erwartungen ins Lächerliche: „Den überfälligen ‚Exodus aus dem Industriesystem‘, der mit den Grünen im Westen nicht zu machen war, hat sich Bahro jetzt in der DDR vorgenommen. Ein ‚sozial-ökologischer Sektor‘ soll dort entstehen. Ein gelobtes Land für wenigstens eine halbe Million Menschen. Bahro an der Spitze der Pilgerväter.“[292]

Zwar erreichte Bahros Projekt bei weitem nicht diese Größenordnung, doch gelang es ihm, im in der Nähe von Bautzen die Kommune LebensGut ins Leben zu rufen, die bis heute besteht. Mit Kurt Biedenkopf konnte Bahro einen wichtigen Unterstützer gewinnen. Schon in den 1980er Jahren hatte er in Biedenkopf einen

288 Roeske, Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen, S. 55.
289 Vgl. ebd., S. 25 ff., 30 ff. u. 43 ff.
290 Fritz Vilmar, zit. nach Scherer/Wasmuht, Vorwort, S. 13.
291 Herzberg/Seifert, Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare, S. 531 f. Zum Format der Zukunftswerkstatt vgl. Seefried, Zukünfte, S. 151 ff.
292 Stern 25/1990 (Zeitungsausschnitt in AGG, A Bahro, 71).

Verbündeten in der Suche nach ökologischen Alternativen gesehen.[293] Der CDU-Politiker, inzwischen zum sächsischen Ministerpräsidenten avanciert und politisch weit von Bahro entfernt,[294] bezeichnete das LebensGut immerhin als „gemeinsames Projekt“. In einem persönlichen Schreiben versicherte er: „Wie Sie empfinde auch ich ein Stück Mitverantwortung für die Menschen, die den wichtigen Versuch unternehmen, nach Wegen zu suchen, wie unsere Kultur und Zivilisation überleben kann.“ Für die Expo 2000 in Hannover wurde die Kommune als eines von drei ostdeutschen Projekten ausgewählt.[295]

Auch wenn sich, wie das Beispiel Biedenkopfs zeigt, das LebensGut auf Verbindungen stützte, die Rudolf Bahro bereits vor 1989 in der Bundesrepublik geknüpft hatte, lebte in dieser Kommune – anders als in Sieben Linden und in der ÖkoLeA – lediglich ein Westdeutscher: Dieter Federlein, der heute in Sieben Linden, also weiterhin in Ostdeutschland, wohnt.[296] Wie schon derjenige Dieter Halbachs (s. o.), so spiegelt auch Federleins Lebenslauf – wie er ihn selbst notiert – den Konnex zwischen der Landkommunen- und der Studentenbewegung wider, den schon die Anwesenheit Rainer Langhans’ in Niederfeldstetten und bei der *Ost-West-Begegnung* 1990 signalisierte. Im Zentrum steht dabei bezeichnenderweise ein autobiografisches Enttäuschungsnarrativ. Denn Federlein berichtet, dass ihn die Studentenproteste 1968 mit der „Idee einer sozialistischen Revolution“ „infiziert [ ]“ hätten, worauf er beschlossen habe, als Lehrer „den ‚Marsch durch die Institution‘ (a la Rudi Dutschke)“ anzutreten. Aus seiner Stellung im öffentlichen Dienst hätten sich jedoch Konflikte ergeben:

„Die Rolle als ein ‚staatstreuer Beamter‘ in den herrschenden Schulsystemen, die die Kinder mehr dressieren als bilden, damit sie brauchbar sind für eine ausbeuterische Industriegesellschaft, löste Leiden und Rebellion in mir aus. Ich bot meinen Schüler/innen einen sehr freien Unterricht, was zur Androhung eines Disziplinarverfahrens führte. Letztlich gab ich freiwillig meinen Beamtenstatus auf und wurde Kommunarde in verschiedensten Gemeinschaftsprojekten und Ökodörfern. Ich folgte dem Ruf von Rudolf Bahro ‚Kommune wagen!‘ und wollte Ökodörfer aufbauen, die eine Kulturrevolution anzetteln sollten, damit spätestens nach dem Zusammenbruch der großen ‚Megamaschine‘ die Öko- und Gemeinschafts-Dörfer wie Rettungsboote die ‚Überlebenden‘ auffangen können.“[297]

Markiert in dieser Narration das Ausscheiden aus dem Berufsleben und die Hinwendung zur Kommunebewegung einen deutlichen biografischen Einschnitt, stellt Federlein dennoch das eine als die logische Fortführung des anderen dar. Die eigene Biografie wird so zwar als gebrochen präsentiert. Jedoch sind deutlich „Kontinuitätsbemühungen im Modus autobiografischen Erzählens“[298] zu erken-

293 Vgl. Herzberg/Seifert, Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare, S. 536 f.
294 Siehe etwa Biedenkopfs Rolle in den semantischen Auseinandersetzungen der 1970er Jahre (oben, S. 181).
295 AGG, A Bahro, 71, Kurt Biedkopf an Rudolf Bahro, 17. 06. 1997.
296 Auskunft von Maik Hosang, per Telefon, 22. 07. 2015.
297 Dieter Federlein: Wer bin ich (o. Dat.), http://www.netz-vier.de/Wer-bin-ich-als-Sancho-Dieter-Federlein.pdf [15. 12. 2015].
298 Volker Depkat: Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München 2007, S. 513.

nen, wie sie Volker Depkat zufolge bei der Verarbeitung lebensgeschichtlicher Zäsuren häufig auftreten. So verweist der Begriff der „Kulturrevolution“, den nicht erst die bundesdeutschen Maoisten, sondern schon Rudi Dutschke verwendet hatte,[299] zurück auf die Studentenbewegung. Die Applizierung dieses Begriffs auf die Kommunebewegung lässt in dieser den revolutionär-sozialistischen Impuls des Jahres 1968 fortleben. Verantwortlich für den Wechsel vom Schuldienst in die Kommunebewegung war in dieser Erzählung nicht ein Bewusstseinswandel, sondern es waren die gesellschaftlichen Strukturen, denen zu entsprechen Federlein sich verweigert hatte. Die ausgedrückte Enttäuschung über diese Strukturen bildet dabei die Legitimation für den eigenen Verhaltenswandel. In jedem Fall stellt auch Federlein, wie die Initiative *Ökologische Siedlung Ost–West*, Landkommunen als eine Art „Hoffnungsmodell gegen Hilflosigkeit“ (s. o.) dar. Auch findet sich in seiner lebensgeschichtlichen Selbsterzählung jene Erwartungsverlagerung wieder, die bereits in Fritz Vilmars Plädoyer für „Realutopien“ aufschien.

4. Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurde an drei Fallbeispielen untersucht, wie westdeutsche Linke aus der früheren Solidarność-Solidarität auf das Ende der DDR und des „real existierenden Sozialismus“ reagierten. *Erstens* ging es um die Diskussionen um den Sozialismusbegriff, die sich sie Anfang der 1990er Jahre auch bei SPD und Grünen entspannen. Hier zeigte sich ein gemischtes Bild. Die betrachteten Sozialdemokraten verteidigten durchweg den Begriff des Sozialismus, und die meisten von ihnen waren nicht bereit, die mit ihm verknüpften Erwartungen aufzugeben. Wie das Beispiel Peter von Oertzens zeigt, gingen sie damit jedoch das Risiko ein, marginalisiert zu werden und ihren politischen Einfluss weitgehend einzubüßen. Manche Sozialdemokraten verknüpften die Verteidigung des Sozialismusbegriffs demgegenüber mit der Empfehlung, statt seiner zukünftig verstärkt den Begriff der „Sozialen Demokratie“ zu verwenden. Dies tat die SPD letztlich auch, weshalb vom Sozialismus aktuell zwar noch in der Langfassung des Grundsatzprogramms, nicht mehr jedoch in der Kurzfassung die Rede ist. Statt einer handlungsleitenden Funktion ist dem Begriff damit Bedeutung nur mehr im Kontext der Traditionspflege zu attestieren. Bei den Grünen wiederum riefen primär solche Politiker das Ende des Sozialismus aus, die sich bereits Ende der 1980er Jahre vom Sozialismusbegriff gelöst hatten, so Ralf Fücks von der Aufbruch-Gruppe. Fücks nutzte nach der verlorenen Bundestagswahl die Gelegenheit, sich auch vom Begriff des „dritten Weges“ zu verabschieden, den er kurz zuvor noch propagiert hatte. Hierin ist

[299] Von der Liberalisierung zur Demokratisierung. Ein Interview mit Rudi Dutschke, in: Vladimir Kokočka: Demokratischer Sozialismus. Ein authentisches Modell. Und ein Interview mit Rudi Dutschke, Hamburg 1968, S. 5–13, hier S. 8.

nach seiner Adaption des „dritten Weges“ an der Wende zu den 1980er Jahren und seiner Loslösung vom Sozialismusbegriff eine dritte Erwartungstransformation zu erblicken, die Fücks nun zum Fürsprecher einer „zivile[n] Gesellschaft“ machte.

Der Begriff der Zivilgesellschaft spielte, *zweitens*, auch in der Verfassungsinitiative des *Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder* eine wichtige Rolle. Fücks war hier selbst beteiligt, ebenso wie zahlreiche weitere frühere Solidarność-Unterstützer. An der Arbeit des Verfassungskuratoriums zeigt sich zunächst einmal schon personell eine Verlagerung von Erwartungen vom Erhalt einer eigenständigen DDR hin zu einer Veränderung des vereinten Deutschland. Denn viele der Kuratoriumsunterstützer hatten sich zuvor im deutsch-deutschen Umbruch für den Erhalt der Zweistaatlichkeit eingesetzt und einige explizit für die DDR als sozialistische Alternative zur Bundesrepublik geworben. Die Verfassungsinitiative ist damit einerseits als Fortsetzung des Bestrebens zu sehen, den „revolutionären“ Impuls des DDR-Umbruchs gegen eine Vereinigung nach Art. 23 zu schützen und stattdessen nach Westdeutschland zu importieren. Andererseits lassen sich an ihr auch Erwartungstransformationen ablesen. Dies zeigt sich besonders an der Rolle des Zivilgesellschaftsbegriffs in der Arbeit des Kuratoriums. Der Begriff stammt, wie gezeigt werden konnte, gerade aus der Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre. Dort war er als Neologismus geprägt worden, um die *civil society* (im Deutschen bis dato als „bürgerliche Gesellschaft“ übersetzt) vom Begriff des Kapitalismus loszulösen. Diese Loslösung ermöglichte es die *civil society* stattdessen mit dem Sozialismusbegriff zu verknüpfen. Hierin lag Anfang der 1980er Jahre eine Erwartungstransformation deshalb, weil westdeutsche Linke damit Elemente der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft (etwa die Meinungs- und Versammlungsfreiheit) in ihre Erwartungen an eine kommende sozialistische Gesellschaft integrieren konnten, soweit dies noch nicht geschehen war. Auch signalisiert der Neologismus eine Emanzipation vom Werk Karl Marx'. Im Laufe der 1980er Jahre und verstärkt seit 1989 löste sich der Zivilgesellschaftsbegriff jedoch von dem des Sozialismus. Die Erwartungstransformation, die hierin zum Ausdruck kommt, lässt sich auch an der Kritik ablesen, die das Zivilgesellschaftskonzept nun teilweise ausgesetzt war, so vom früheren Solidarność-Unterstützer Wolf-Dieter Narr, der am Sozialismus erklärtermaßen festhalten wollte.

Drittens zeigt sich an den Kommunegründungen westdeutscher Linker in den neuen Bundesländern eine Verlagerung von Erwartungen von der Gesellschaft auf die Gemeinschaft, die aus dem linksalternativen Milieu in der Bundesrepublik bereits aus früherer Zeit bekannt ist. Schon in den 1970er Jahren waren westdeutsche Linke dazu übergegangen, „ihren Protest in (Lebens-)Praxis umzusetzen“ und sich damit vom politischen Engagement im engeren Sinne zurückzuziehen.[300] Der

[300] Michael März: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates“, 1977–1979, Bielefeld 2012, S. 241 u. 383.

deutsch-deutsche Umbruch 1989/90 bedeute hier einen weiteren Impuls. Denn auf dem Gebiet der ehemaligen DDR boten sich neue Möglichkeiten, Landkommunen zu gründen. Günstige Bedingungen schufen etwa niedrige Grundstückspreise und die Verfügbarkeit öffentlicher Gelder. Westdeutsche Linke, die in Ostdeutschland Landkommunen gründeten, verknüpften damit unterschiedliche Anliegen. Gemeinsam war ihnen jedoch, frühere Erwartungen in veränderter Form weiterzupflegen, so die Suche nach einem „dritten Weg“, die mit dem Ende der DDR im gesellschaftlichen Rahmen gescheitert schien, oder die Realisierung sozialistischer bzw. kommunistischer Ideale, die nun in Form von „Realutopien“ im Kleinen erfolgen sollte.

VI. Schlussbetrachtung

Etablierten Narrativen, etwa den Formeln vom „Ende der Hoffnung" und „Ende der Illusion", hat die vorliegende Arbeit ein differenzierteres Verständnis von Enttäuschung als Prozess entgegengestellt. Sie hat versucht, zu klären, wie sich die Erwartungen westdeutscher Linker in den 1980er und frühen 1990er Jahren veränderten und welche Rolle historische Umbrüche dabei spielten. Im Zentrum stand dabei eine heterogene Gruppe von Akteuren, die Anfang der 1980er Jahre die polnische unabhängige Gewerkschaft Solidarność unterstützten und die später partiell zu weiteren Aktionen wieder zusammenkamen. Diese Gruppe umfasste linke Sozialdemokraten, Trotzkisten, (Ex-)Maoisten, Grüne und undogmatische Linke. Die Untersuchung fußte auf einem analytischen Enttäuschungsbegriff, der Enttäuschung als Dissonanz zwischen positiver Erwartung und negativer Erfahrung definiert. Sie operationalisierte den Aufweis von Enttäuschung, indem sie nach dem Wandel von Erwartungen fragte. Diesen Wandel verstand sie als aktiven Prozess und fasste dies im Begriff des *Erwartungsmanagements*. Die Arbeit unterschied dabei idealtypisch zwei Qualitäten von Prozessen, die aber häufig miteinander verwoben waren und ineinander übergingen: *Erwartungstransformationen* und *Erwartungsverlagerungen*.

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich gemäß der zwei in der Arbeit gewählten Analyseebenen folgendermaßen zusammenfassen:

1. Historische Netzwerkanalyse: Auf dieser Ebene ließen sich sieben Einzelaktionen miteinander verknüpfen, die Anfang der 1980er Jahre der Unterstützung der polnischen Gewerkschaftsbewegung dienten und in deren Zentrum die Hilfskampagne *Solidarität mit Solidarność* zu verorten ist. Von hier aus konnten personelle Verbindungslinien zu elf weiteren Initiativen und Veranstaltungen nachgewiesen werden, die sich in der Folgezeit mit anderen Themen beschäftigten. Damit konnte aus einer Gesamtzahl von über 1 600 Beteiligten ein dynamisches Netzwerk von knapp 100 Personen herausgefiltert werden, die über eine Reihe von Aktionen und Veranstaltungen miteinander verbunden waren. An Ihnen kann eine Reihe unterschiedlicher Erwartungsverlagerungen beobachtet werden: von der Solidarność-Solidarität auf die blockübergreifende Friedensbewegung, von hier auf die Reformpolitik Michail Gorbatschows, weiter auf den Erhalt einer eigenständigen DDR im Umbruch 1989/90 und schließlich auf eine neue Verfassung für das vereinte Deutschland und/oder auf Landkommunen in den neuen Bundesländern. Nicht immer beinhalteten die zu beobachtenden Erwartungsverlagerungen sämtliche der genannten (Zwischen-)Stationen, und nie wurden sie von allen Akteuren (mit-)vollzogen. Auch mussten neue Erwartungen nicht unbedingt frühere Erwartungen suspendieren, sondern konnten diese auch überlagern. Insgesamt zeigt sich deshalb eine Vielfalt unterschiedlicher, individueller Erwartungsverlagerungen, die jedoch in ihrer Gesamtheit die geschilderte Abfolge ergeben.

2. Historische Semantik: Auf dieser Ebene untersuchte die Arbeit zentrale Erwartungsbegriffe, die bei den erwähnten Initiativen und Veranstaltungen eine Rolle spielten, in ihren sich wandelnden Bedeutungen. Die Arbeit konnte *zum einen* zwei semantische Innovationen identifizieren („Zivilgesellschaft" und „friedliche" bzw. „gewaltfreie Revolution"), an denen (frühere) Solidarność-Unterstützer wesentlich beteiligt waren. *Zum anderen* konnte sie Veränderungen im Gebrauch der Begriffe „Sozialismus" und „dritter Weg" aufzeigen. In beiden Fällen lassen sich an den beobachteten semantischen Wandlungen tiefgreifende Erwartungstransformationen ablesen:

   a) 1989 gilt als Jahr der Rückkehr der *friedlichen Revolution*. Gemeint ist damit die erneute Trennung der (politischen) Revolution vom Element der Gewalt, das seit der russischen und chinesischen Revolution das Begriffsverständnis geprägt hatte. Die vorliegende Arbeit konnte zeigen, dass es bundesrepublikanische (Ex-)Maoisten aus der (früheren) Solidarność-Solidarität waren, die die Rede von einer „friedlichen" bzw. „gewaltlosen" Revolution in die (west-)deutsche Diskussion einführen halfen. Bei ihnen findet sich schon Anfang der 1980er Jahre im Blick auf Polen der Begriff „friedliche Revolution", der in deutlichem Gegensatz zu ihrer bisherigen Orientierung an der russischen und chinesischen Revolution steht. 1989 war es dann mit Antje Vollmer ebenfalls eine einst für Solidarność engagierte Ex-Maoistin, die den Revolutionsbegriff ausdrücklich vom Element der Gewalt trennte, um ihn erstmals öffentlichkeitswirksam auf den Umbruch in der DDR zu beziehen. In der Konjunktur des Begriffs *friedliche* bzw. *gewaltlose Revolution* kommt eine tiefgreifende Erwartungstransformation zum Ausdruck, die als Abschied von marxistisch-leninistischen Dogmen zu kennzeichnen ist und die bereits an der Wende zu den 1980er Jahren einsetzte.
   b) Das Gleiche gilt für den Begriff des „dritten Weges". Vorstellungen von einem „dritten Weg" – oder „dritten Wegen" im Plural – lassen sich historisch weit zurückverfolgen. Doch erhielt der Begriff an der Wende zu den 1980er Jahren insbesondere bei der Gründung der Grünen neuen Auftrieb. Die Arbeit konnte zeigen, dass im Untersuchungszeitraum auch Ex-Maoisten von einem „dritten Weg" sprachen. Dies markiert eine Erwartungstransformation, weil es mit der Emanzipation von „real existierenden" Sozialismusmodellen (in diesem Fall vom chinesischen) verbunden war.
   c) Auch am Zivilgesellschaftsbegriff lassen sich Erwartungstransformationen ablesen. Jüngere Forschungen führen die rezente Begriffskonjunktur der Zivilgesellschaft weniger auf mittelosteuropäische Dissidenten, sondern stärker auf westliche Beobachter zurück. Hieran anknüpfend konnte die Arbeit zeigen, dass der Ursprung des deutschen Neologismus „Zivilgesellschaft" gerade in der bundesrepublikanischen Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre zu finden ist. Als semantische Innovation, die diesen Neologismus evozierte, identifizierte sie die Ablösung der *civil society* (im Deutschen bis dato als „bürgerliche Gesellschaft" übersetzt) vom Begriff des Kapitalismus. Diese

Ablösung ermöglichte es, so der Befund, die *civil society* stattdessen mit dem Sozialismusbegriff zu verknüpfen. Hierin liegt eine Erwartungstransformation deshalb, weil westdeutsche Linke damit Elemente der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft (etwa die Meinungs- und Versammlungsfreiheit) in ihre Erwartungen an eine kommende sozialistische Gesellschaft integrieren konnten, soweit dies noch nicht geschehen war. Auch signalisiert es eine Emanzipation vom Werk Karl Marx'.

d) Die unter a) bis c) genannten Begriffe lösten sich im Untersuchungszeitraum sukzessive vom Begriff des Sozialismus, mit dem sie Anfang der 1980er Jahre in der Solidarność-Solidarität noch eng verbunden gewesen waren (sozialistische Revolution, sozialistische Zivilgesellschaft, sozialistischer dritter Weg). Damit änderte sich auch ihr Erwartungsgehalt. Parallel erlebte der Sozialismusbegriff bereits im Verlauf der 1980er Jahre einen Niedergang. Nach 1989 verabschiedeten sich weitere Akteure von ihm und von den mit ihm verknüpften Erwartungen, so *de facto* auch die SPD, indem sie ihn zugunsten der „Sozialen Demokratie" zurückstellte.

Auch die aufgezeigten Erwartungstransformationen wurden nie von allen (früheren) Solidarność-Unterstützern vollzogen. Vielmehr widersetzten sich ihnen manche ausdrücklich. Gezeigt werden konnte jedoch, dass, wer diese Erwartungstransformationen nicht (mit-)vollzog, sich der Gefahr einer Marginalisierung aussetzte.

Insgesamt machen die aufgezeigten Erwartungsverlagerungen und -transformationen deutlich, dass Enttäuschung (im hier zugrunde gelegten Verständnis) als komplexer, häufig mehrstufiger, teils auch fließender Prozess zu verstehen ist. Das „Ende der Hoffnung" bzw. „Ende der Illusion" ist in diesem Sinne weniger an bestimmten Punkten zu suchen, ob nun nach 1989 oder bereits in den 1970er Jahren, wie Jan Eckel im Anschluss an Samuel Moyn meint. Überhaupt ist die Formel vom „Ende der Illusion" nach dem in dieser Arbeit vollzogenen Perspektivwechsel wenig treffend, denn auf Enttäuschung folgte stets neue Erwartung, die wiederum enttäuscht werden konnte. Auch betrafen die aufgezeigten Erwartungsverlagerungen und -transformation nie alle Akteure gleichermaßen.

Zur besseren Fasslichkeit seien diese Befunde abschließend an zwei der beobachteten Protagonisten exemplarisch illustriert:

– Der Ex-Maoist Ralf Fücks hatte sich von marxistisch-leninistischen Dogmen gelöst, als er Anfang der 1980er Jahre in Solidarność eine (friedliche) „Revolution" und einen „dritten Weg" zu einer „sozialistische[n] Umgestaltung" Polens erblickte. Dies lässt eine erste Erwartungstransformation erkennen. Ende der 1980er Jahre, inzwischen bei den Grünen und unter dem Eindruck Gorbatschows, hoffte Fücks weiter auf einen „dritten Weg", sprach aber dabei nicht mehr von Sozialismus, was eine zweite Erwartungstransformation erkennen lässt. Nach dem Ende der DDR verwarf Fücks auch den „dritten Weg" und redete stattdessen von „zivile[r] Gesellschaft". Das wiederum stellt eine dritte Erwartungstransformation dar.

– Demgegenüber konnte der Sozialdemokrat Peter von Oertzen im Umbruch 1989/90 von sich behaupten, bereits „sein ganzes Leben von einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Stalinismus geträumt" zu haben. Auch korrigierte er seine Erwartungen selbst nach dem Zusammenbruch des Ostblocks nicht, sondern hielt „an den Ideen der wirklichen sozialistischen Linken" fest. Allerdings sah er sich nun in einen „alten und uninteressant gewordenen Mann" verwandelt und seines Einflusses weitgehend beraubt.

Die Erwartungstransformationen Ralf Fücks' verdeutlichen ebenso wie die Marginalisierung Peter von Oertzens, wie tiefgreifend sich die westdeutsche Linke ab der Wende zu den 1980er Jahren und noch einmal verstärkt an der Wende zu den 1990er Jahren wandelte – auch jenseits der orthodoxen DKP, die in der vorliegenden Arbeit ausgespart blieb.

Für die Veränderungen, die Deutschland ein bzw. zwei Jahrzehnte später, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, durchlief, hat Philipp Ther den Begriff der „Kotransformation" eingeführt. Ther zufolge ist die „Agenda 2010" der rot-grünen Bundesregierung als Reaktion auf die Reformprozesse im östlichen Europa nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus" zu verstehen.[1] Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit legen nahe, den Begriff der Kotransformation aufzunehmen und ihn zugleich weiter zu fassen. Denn die aufgezeigten Erwartungstransformationen und -verlagerungen lassen erkennen, dass die Geschichte wenigstens eines wichtigen Teils der westdeutschen Linken nicht erst im frühen 21. Jahrhundert von den Entwicklungen im östlichen Europa tangiert wurde. Vielmehr ist diese Geschichte aufs Engste mit Umbrüchen an der Wende zu den 1980er und 1990er Jahren zu verknüpfen. Zumindest was die westdeutsche Linke angeht, scheint es daher gerechtfertigt, den Begriff der Kotransformation bereits für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts zu gebrauchen.

[1] Vgl. Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014, S. 14 u. passim.

Danksagung

Das vorliegende Buch ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im April 2016 von der Fakultät für Geschichts- und Kulturwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommen wurde.

Zahlreiche Personen und Einrichtungen haben die Entstehung dieser Studie begleitet. An erster Stelle danke ich ganz herzlich meinem Doktorvater Andreas Wirsching, der den Arbeitsprozess stets mit großem Vertrauen und kompetentem Rat gefördert hat. Für die engagierte Zweitbetreuung sei Thomas Raithel sehr herzlich gedankt. Wolfgang Rathert danke ich herzlich für die Möglichkeit, musikalische Aspekte der Arbeit in seinem Forschungskolloquium zur Diskussion zu stellen, und für seine Beteiligung als Drittprüfer.

Die Leibniz-Gemeinschaft hat mit ihrer großzügigen Finanzierung die Entstehung der Arbeit ermöglicht. Das Historische Seminar der LMU und das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin boten ein ideales Arbeitsumfeld. Margit Szöllösi-Janze, die mich an ihrem Lehrstuhl beschäftigte, danke ich sehr herzlich für ihre vielseitige Förderung. Die Studentischen Hilfskräfte Sandra Leibner und Sophie Schrittenloher unterstützen die Arbeit ebenso engagiert wie die Beschäftigten der von mir besuchten Archive und Bibliotheken mit ihren kundigen Auskünften. Allen Zeitzeugen, mit denen ich sprechen durfte, danke ich für ihre Offenheit. Zu danken habe ich auch den Herausgebern und Gutachtern der „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“ für die Aufnahme in die Reihe. Christian Hartmann, Angelika Reizle und Gabriele Jaroschka sorgten für eine unkomplizierte Drucklegung.

Enorm profitiert hat die Dissertation von ihrer Einbettung in die Leibniz Graduate School „Enttäuschung im 20. Jahrhundert. Utopieverlust – Verweigerung – Neuverhandlung“. Meinen dortigen Kolleginnen und Kollegen Carla Aßmann, Bernhard Gotto, Matthias Kuhnert, Sebstian Rojek und Anna Ullrich gilt mein herzlicher Dank für intensive Diskussionen und stets anregenden Austausch inner- und außerhalb des Büros.

Förderlich war ebenfalls die Einbindung der Arbeit in das Promotionsprogramm „Modern History“ (ProMoHist) an der LMU. Den Koordinatoren Martin Schmidt und Ekaterina Keding gilt mein Dank ebenso wie den Mitpromovierenden für viele konstruktive Gespräche. Namentlich genannt seien Felix de Taillez, Joël Graf, Johannes Gramlich, Yves Vincent Grossmann, Juliane Hornung, Mathias Irlinger, Alexander Mayer, Nadine Recktenwald, Manuela Rienks, Karl Siebengartner, Florian Wimmer (†) und Hannes Ziegler.

Wertvolle Anregungen verdankt die Arbeit vielen weiteren Personen, so Franziska Davies, Jan Eckel, Michael G. Esch, Anna von der Goltz, Michael Mayer, Silke Mende, Sven Oliver Müller, Rüdiger Ritter, Bernd Rother, Sebastian Voigt und Richard F. Wetzell. Für stets inspirierenden Austausch danke ich zudem Rainer Bobon, Johannes Czakai, Alina Enzensberger, Malwina Gebhardt, Robert Grundke, Alina Laura Just (geb. Tiews), Konstantin Esterl, Sandra Fluhrer, Sandra Schmitt und Sebastian Thede.

Mein Dank gilt auch den Einrichtungen, die mir auf Konferenzen, Kolloquien und Workshops die Möglichkeit gaben, Teile der Arbeit zur Diskussion zu stellen: die Akademie für Politische Bildung Tutzing, die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, das Department Germanistik und Komparatistik der Universität Erlangen-Nürnberg, das Deutsche Historische Institut Washington (das hierfür zudem zwei Reisestipendien gewährte), die Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der LMU München, das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, das Institut für Europäische Studien an der TU Chemnitz, das Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa Leipzig (GWZO), das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, der Sonderforschungsbereich „Bedrohte Ordnungen" an der Universität Tübingen und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

In besonderer Weise zu Dank verpflichtet bin ich Michael Heinemann, der mich im und unmittelbar nach dem Studium über Jahre nicht nur beschäftigte, sondern auf vielfältige Weise förderte und letztlich zum Promovieren ermutigte. Ganz besonderer Dank gilt schließlich Laura Willier, die mich schon lange in allen Lebenslagen begleitet. Ihr ist das Buch gewidmet.

Netzwerkgrafiken

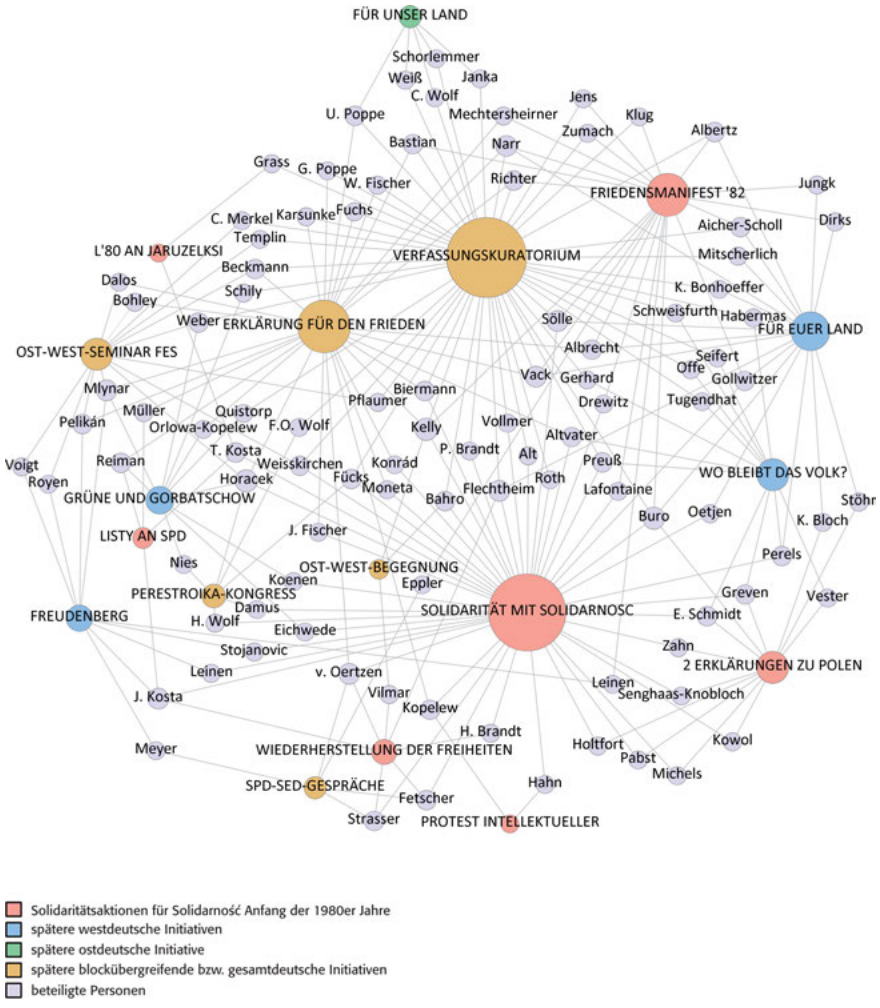

Abb. 1: Gesamtnetzwerk

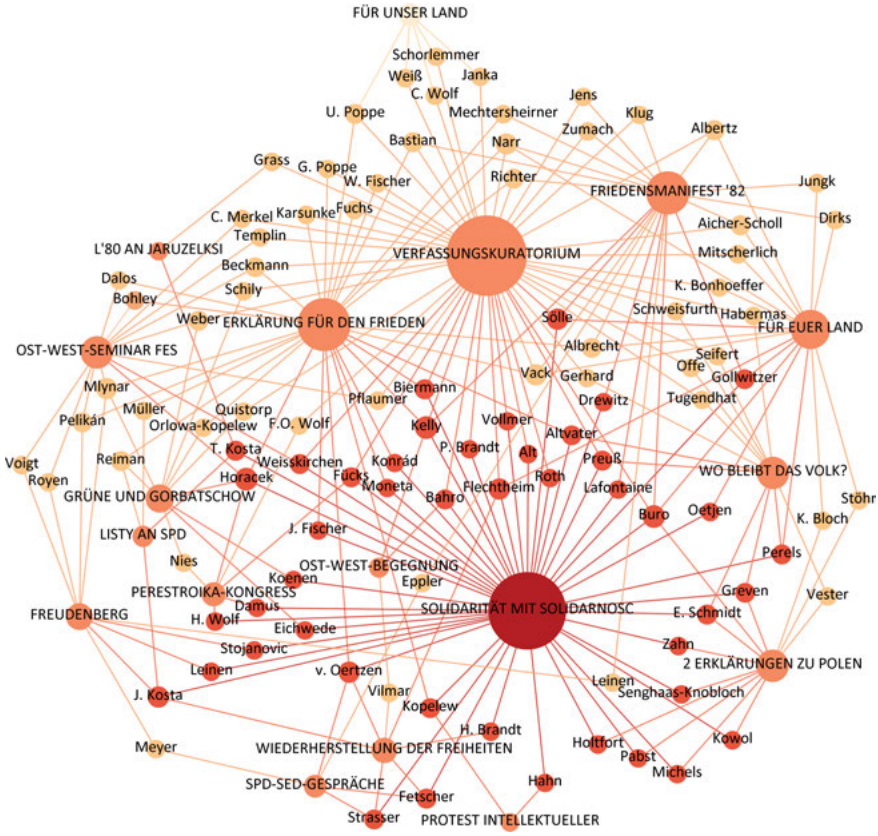

Abb. 2: Heatmap „Solidarität mit Solidarność“

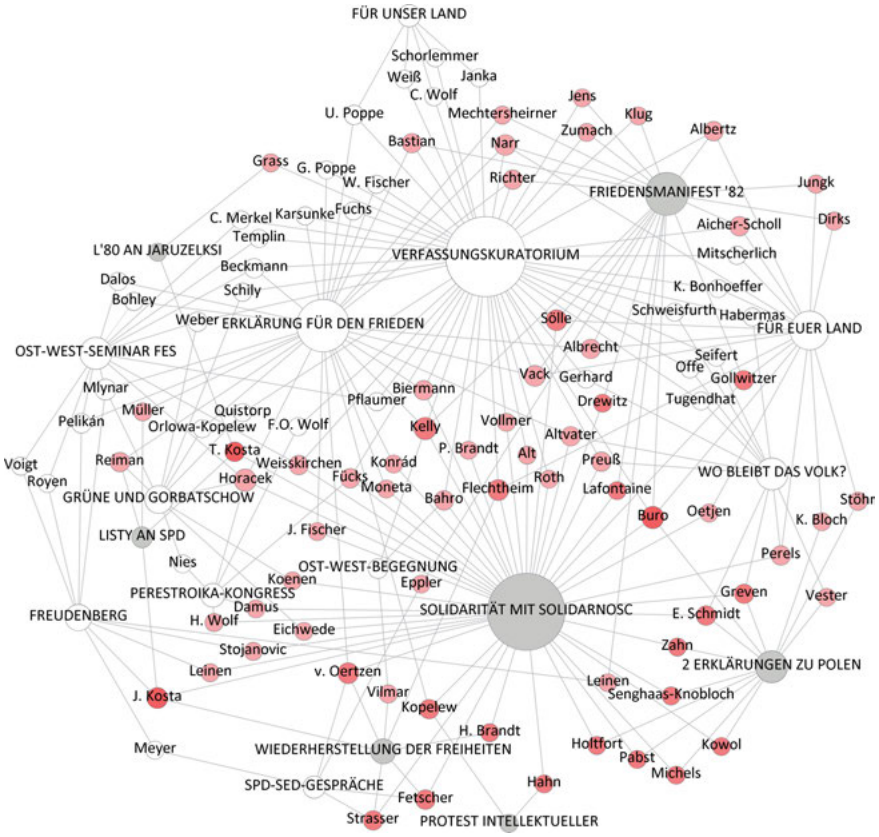

Abb. 3: Netzwerk der Solidarność-Unterstützer

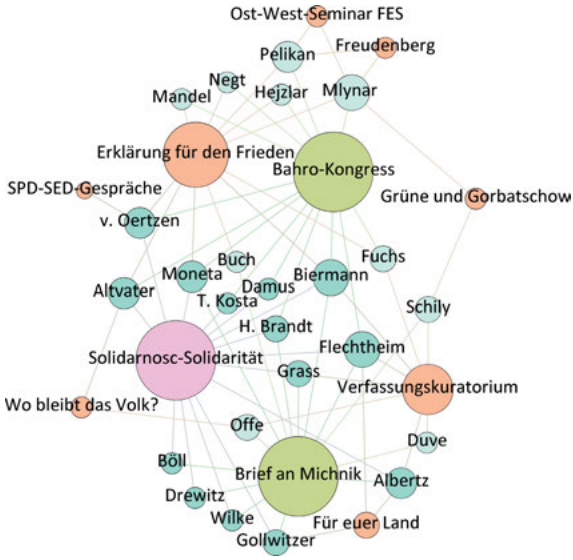

Abb. 4: Blaugrün: Schnittmenge „Brief an Michnik, Bahro-Kongress“ (grün) und „Solidarność-Solidarität“ (magenta); hellblau: Schnittmenge „Brief an Michnik, Bahro-Kongress“ (grün) und „übrige Ereignisse“ (rot)

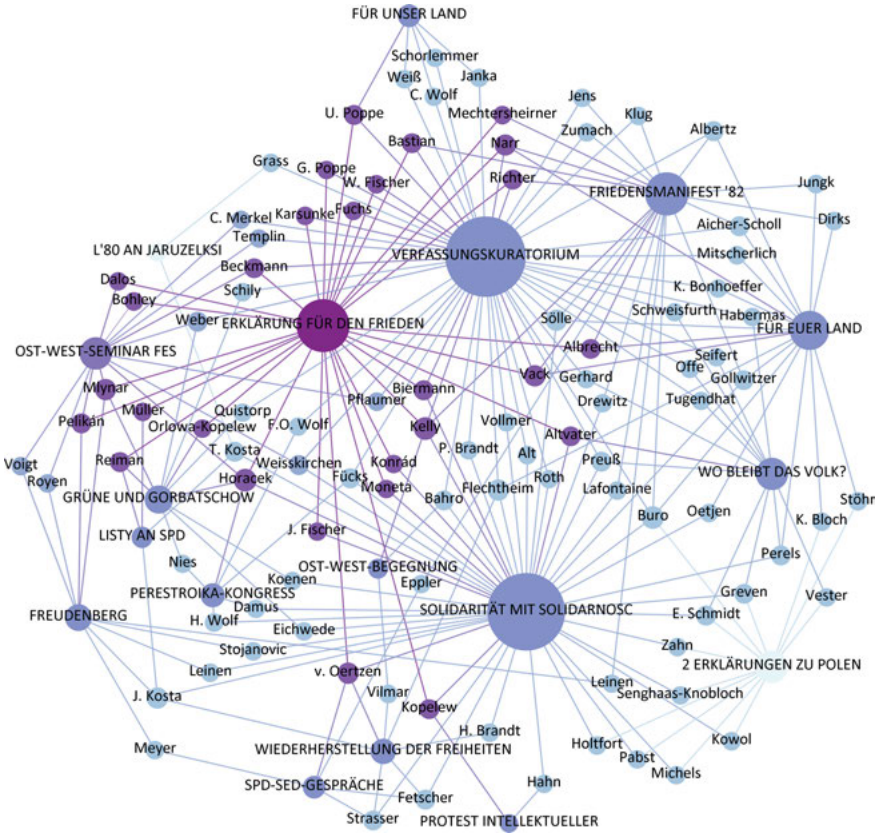

Abb. 5: Heatmap „Erklärung für den Frieden“

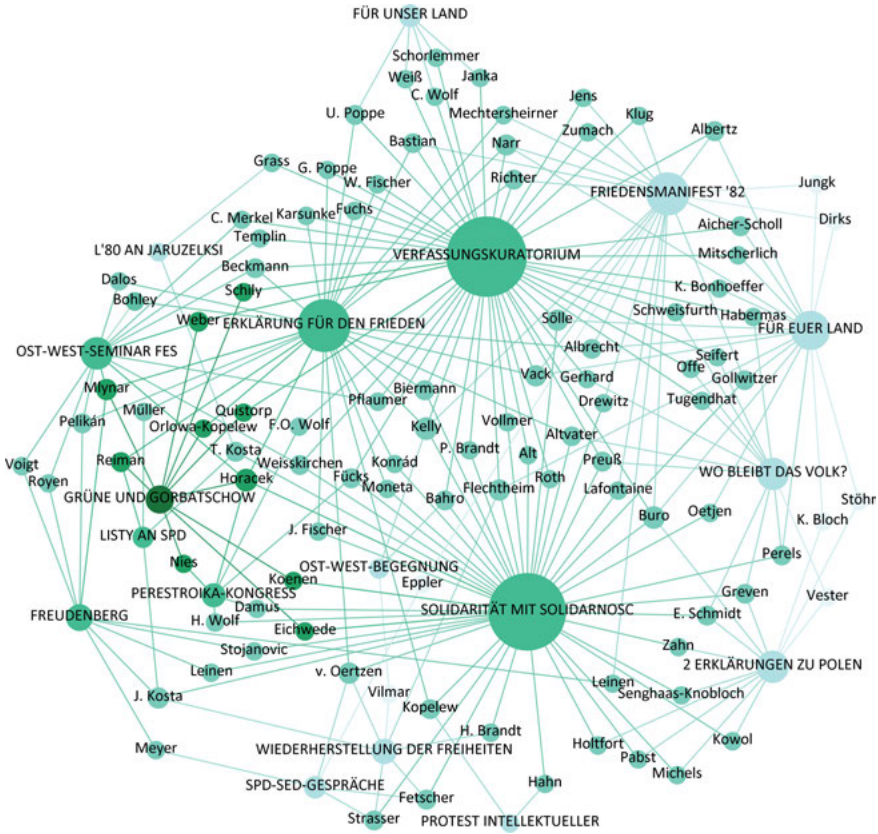

Abb. 6: Heatmap „Grüne und Gorbatschow“

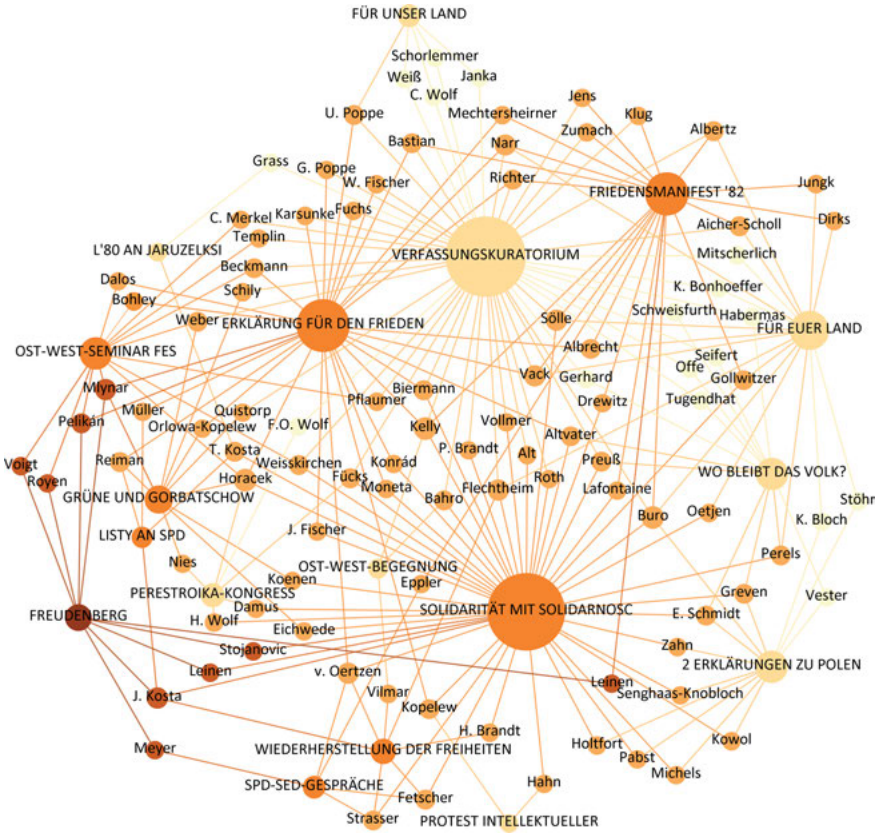

Abb. 7: Heatmap „Freudenberg“

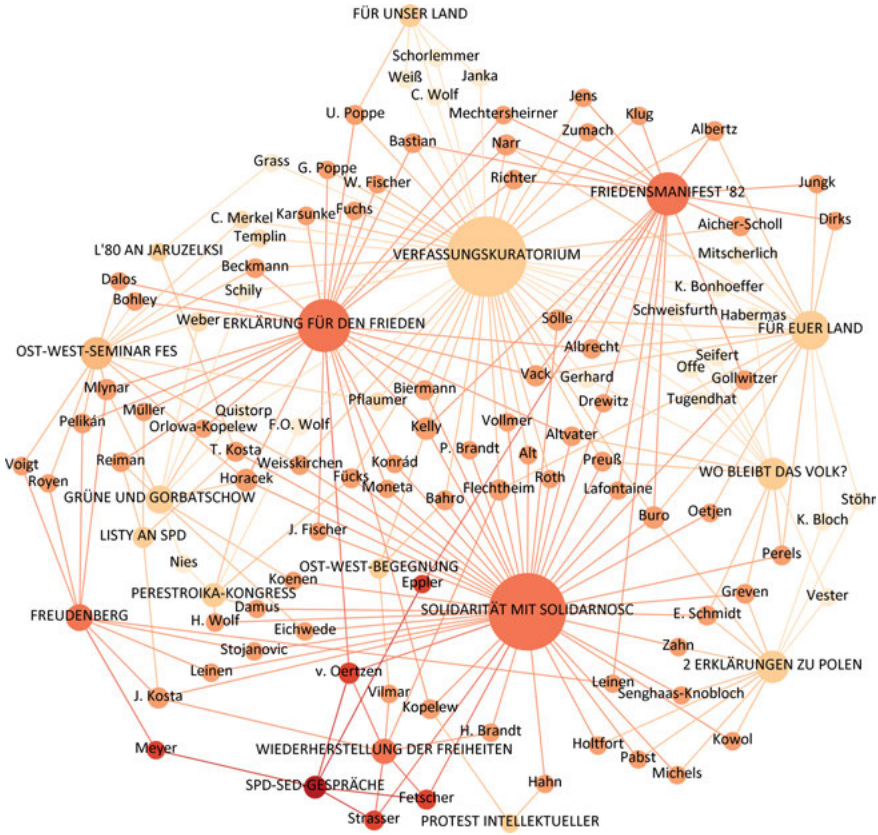

Abb. 8: Heatmap „SPD-SED-Gespräche“

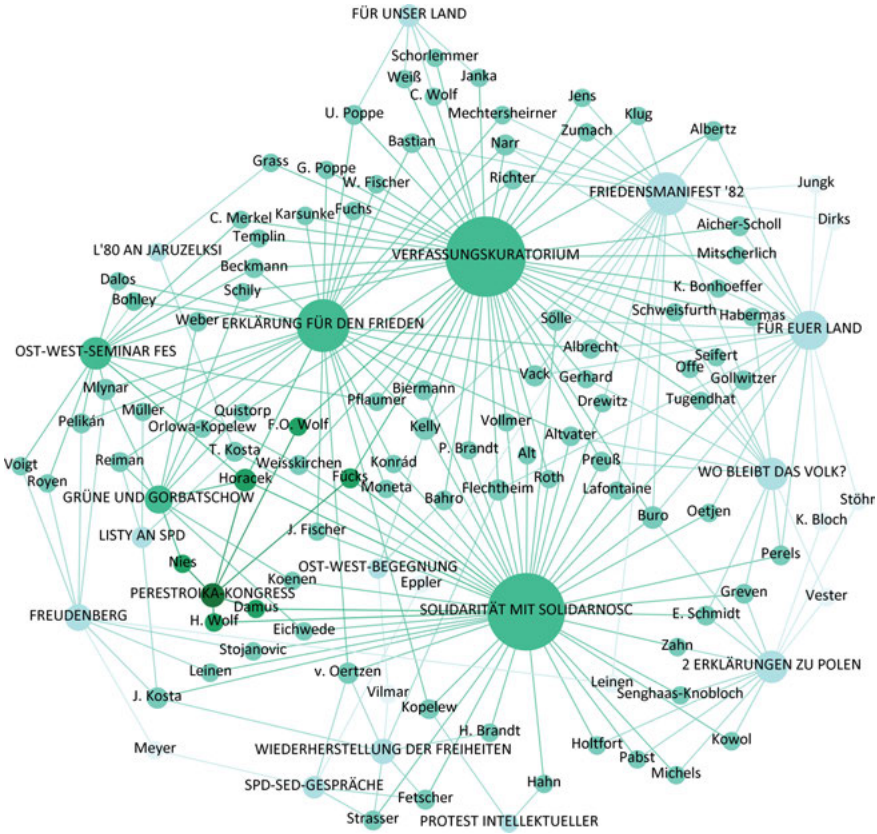

Abb. 9: Heatmap „Perestroika-Kongress“

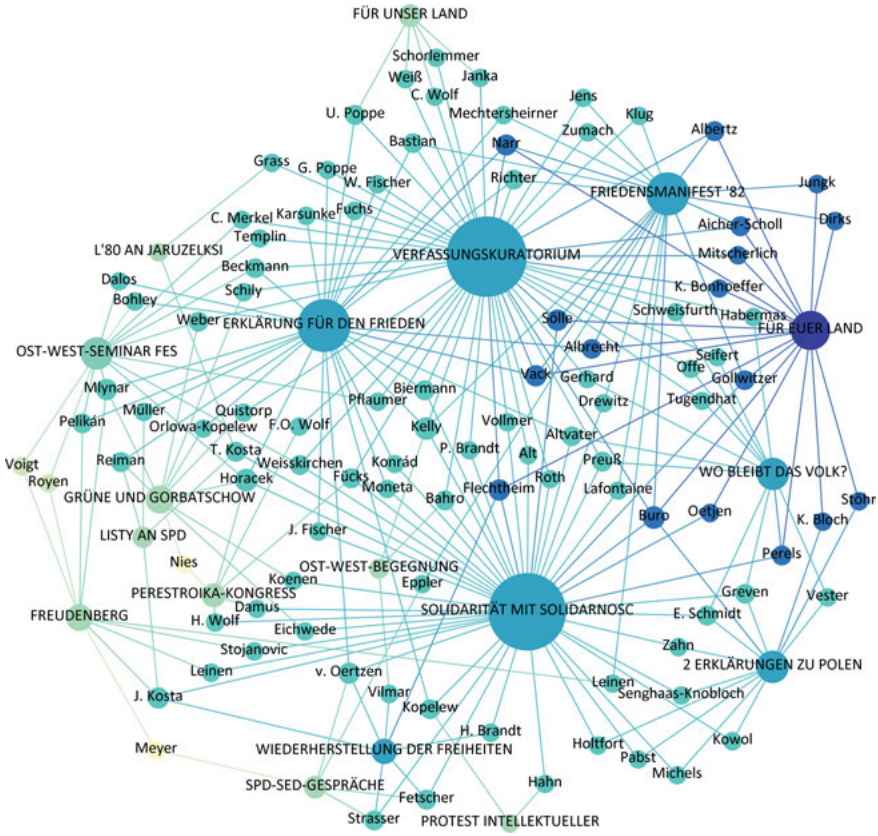

Abb. 10: Heatmap „Für euer Land“

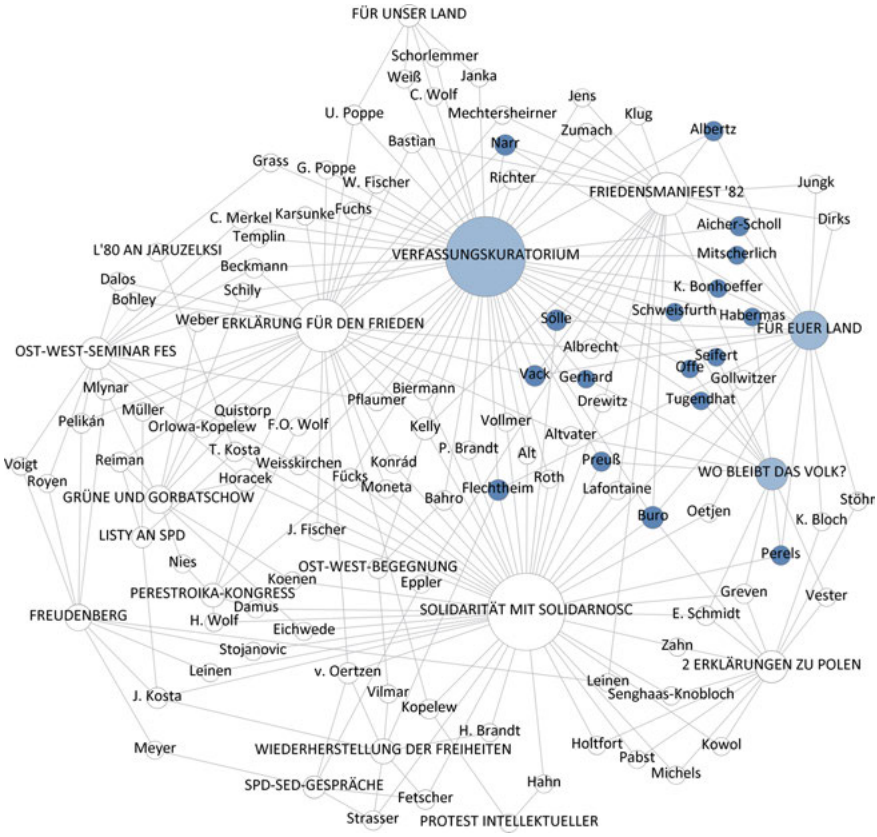

Abb. 11: Schnittmenge „Für euer Land, Wo bleibt das Volk?, Verfassungskuratorium“

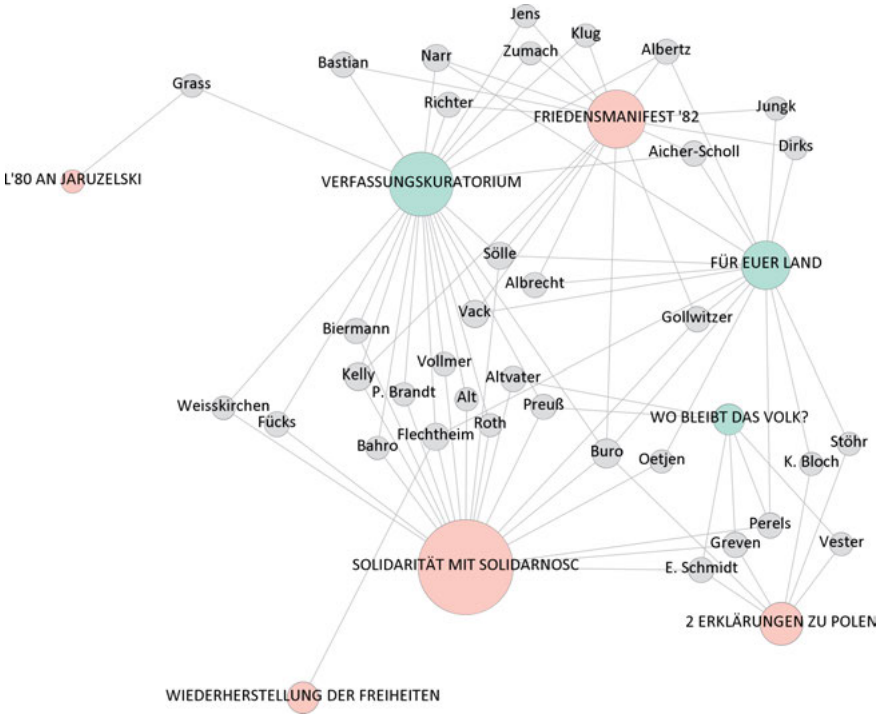

Abb. 12: Schnittmenge „Solidarność-Solidarität“ – „Für euer Land, Wo bleibt das Volk?, Verfassungskuratorium“

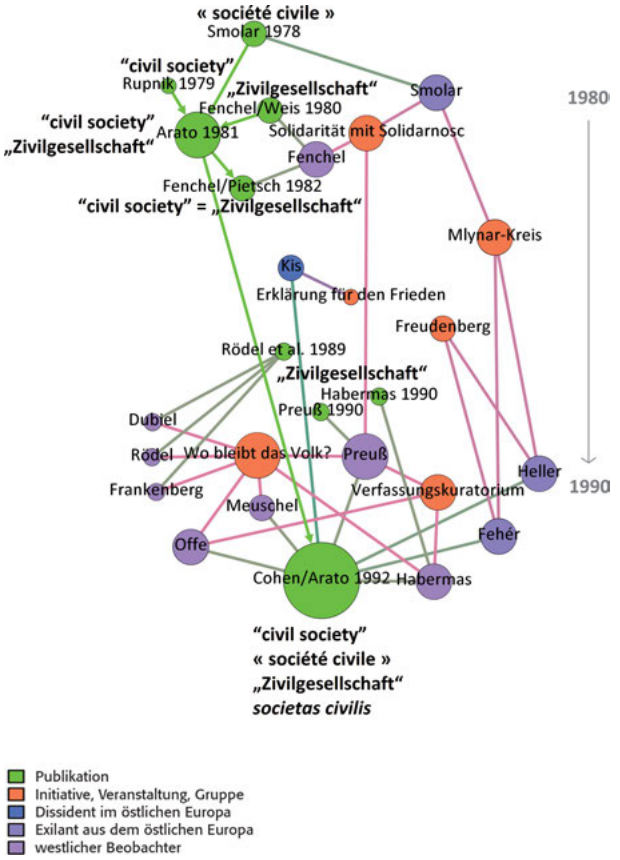

Abb. 13: Rezente Begriffskonjunktur der Zivilgesellschaft

Abkürzungen

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
Abb.	Abbildung
Abt.	Abteilung
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
Afas	Archiv für alternatives Schrifttum
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AFI	Abrüstung, Frieden, Internationales
AGG	Archiv Grünes Gedächtnis
AK	Arbeitskreis
Akz.	Aktenzeichen
AL	Alternative Liste
Anm.	Anmerkung
AO	Aufbauorganisation
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
ASB	Archiv der Sozialen Bewegungen
AZ	Abendzeitung
BIOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
BR	Bundesrepublik
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CFDT	Confédération française démocratique du travail (Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund)
CSSOPE	Comité de solidarité socialiste avec les opposants des pays de l'Est (Komitee der sozialistischen Solidarität mit den Oppositionellen in den Ländern des Ostblocks)
ČSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DA	Deutschland-Archiv
dat.	datiert
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dep.	Depositum

DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DiP	Doświadczenie i Przyszłość (Erfahrung und Zukunft)
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
EID	Economic and Industrial Democracy (Fachzeitschrift für Industrial Relations)
END	European Nuclear Disarmament
EVA	Europäische Verlagsanstalt
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
fol.	folio
FR	Frankfurter Rundschau
FRG	Federal Republik of Germany
FSO	Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
FU	Freie Universität
GDR	German Democratic Republic
GG	Grundgesetz
GIM	Gruppe Internationale Marxisten
GMH	Gewerkschaftliche Monatshefte
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
HDS	Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus
hg. v.	herausgegeben von
Hg.	Herausgeber(in)
HIS	Hamburger Institut für Sozialforschung
hs.	handschriftlich
IDÖF	Informationsdienst des Vereins Ökodorf e. V.
IG	Industriegewerkschaft
IIASA	Internationale Institut für angewandte Systemanalyse
IISG	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (Internationales Institut für Sozialgeschichte)
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Internationale Metallgewerkschaftsbund
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands
Kap.	Kapitel
KB	Kommunistischer Bund

KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KL	Kommunistische Liga
KOFAZ	Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
KOR	Komitee zur Verteidigung der Arbeiter
KOS	Komitet Obywatelski Solidarność (Bürgerkomitee Solidarność)
KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (Komunistická strana Československa)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD/AO	Kommunistische Partei Deutschlands (Aufbauorganisation)
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KVZ	Kommunistische Volkszeitung
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LL	Literární listy (Literaturblätter)
LN	Literární noviny (Literaturzeitung)
LUH	Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
MdB	Mitglied des Bundestags
MEW	Karl Marx/Friedrich Engels: Werke
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
ML	Marxisten-Leninisten
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
Ms.	Manuskript
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND	Neues Deutschland
NEP	Neue Ökonomische Politik (russ. Nowaja ekonomitscheskaja politika)
NG/FH	Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte
NLR	New Left Review
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSZZ	Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“ (Unabhängiger Selbstverwalteter Gewerkschaftsbund „Solidarität“)
o. Abs.	ohne Absender
o. Dat.	ohne Datum
o. J.	ohne Jahr
o. P.	ohne Paginierung
o. Sign.	ohne Signatur

o. V.	ohne Verfasser
ÖkoLeA	Ökologische Lebens- und Arbeitsgemeinschaft
PCI	Partito Comunista Italiano (Kommunistische Partei Italiens)
pds	perspektiven des demokratischen sozialismus
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
PKA	Petra-Kelly-Archiv
PPS	Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
r	recto
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RHG	Robert-Havemann-Gesellschaft
RL	Richtlinien
SAG	Sozialistische Arbeitergruppe
SB	Sozialistisches Büro
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SDP	Sozialdemokratische Partei in der DDR
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SOK	Sozialistisches Osteuropakomitee
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StAufarb	Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
StGB	Strafgesetzbuch
SU	Sowjetunion
SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	die tageszeitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
undat.	undatiert
US	United States
USA	United States of America
v	verso
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VHS	Video Home System
VR	Volksrepublik
VS	Verband deutscher Schriftsteller
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei

WBA	Willy-Brandt-Archiv
WR	Westfälische Rundschau
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
ZdF	Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZF/SCH	Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee
Zschr.	Zeitschrift

Tabelle 1: Plakate

Der Sozialismusbegriff auf Wahlkampfplakaten der 1990er Jahre

Fahnenwort

Datum	Urheber	Signatur	Bemerkung
28. 06. 1996	Jusos	6/PLKA028313	kein Wahlkampfplakat
02. 12. 1990	Grüne	6/PLKA033285	gegen den Gebrauch als Stigmawort gerichtet

Stigmawort

Datum	Urheber	Signatur	Bemerkung
12. 06. 1994	CDJ	6/PLKA001902	
13. 05. 1990	CDU	6/PLKA014554	
21. 04. 1991	JU	6/PLKA036342	
07. 10. 1990	ÖVP	6/PLKA032706	Österreich
07. 10. 1990	ÖVP	6/PLKA032705	Österreich
18. 03. 1990	DA	6/PLKA026266	DDR
18. 03. 1990	DSU	6/PLKA031484	DDR
18. 03. 1990	CDU, DSU, DA	6/PLKA025669	DDR
18. 03. 1990	DA	6/PLKA025670	DDR
18. 03. 1990	CDU	6/PLKA025656	DDR

Datengrundlage: Plakatdatenbank der Friedrich-Ebert-Stiftung, abrufbar unter https://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/sammlung/audiovisuell/plakatsammlung.htm; Zugriff am 30. 03. 2016; Suche mit der „Suchmaske mit Feldauswahl" nach „Sozialismus" im Feld „Originaltitel". Nicht in die Aufstellung aufgenommen wurden Plakate der PDS, auf denen der Sozialismusbegriff lediglich als Bestandteil des Parteinamens auftaucht.

Tabelle 2: Personen (Netzwerk)

A	Solidarität mit Solidarność (Aufruf), undat. (Erstunterzeichner)
B	Solidarität mit Solidarność (Aufruf), 14. 12. 1980/undat. [1981]
C	Solidarität mit Solidarność (offener Brief), 14. 07. 1981
D	Solidarität mit Solidarność (Koordinationsausschuss), 05.–06. 09. 1981
E	Protest deutscher und osteuropäischer Intellektueller, 08. 01. 1982
F	Appell „Wiederherstellung der errungenen Freiheiten“, 08. 01. 1982
G	Solidarität mit Solidarność (Polen-Seminar), 23.–24. 01. 1982 (Referenten)
H	Brief Listy-Gruppe an SPD-Vorstand, 25. 01. 1982
I	„Friedensmanifest ’82“, 02. 02. 1982
J	„Heben Sie das Kriegsrecht auf!“ (offener Brief), 26. 11. 1982
K	„2 Erklärungen zu Polen“, Nov.–Dez. 1982
L	Solidarität mit Solidarność (Appell), 03. 09. 1983 (Erstunterzeichner)
M	Bei Koenen, Von 1968 nach 1989 und zurück, genannte Aktivisten
N	Solidarität mit Solidarność (Spalten A, B, C, D, G, L, M)
O	Erklärung für den Frieden in Europa, Juli 1984 (Erstunterzeichner)
P	SPD-SED-Gespräche, 1984–1989 (Teilnehmer aus der SPD-GWK)
Q	Gesprächskreis Freudenberg, Juni 1985
R	Grünen-Diskussion zu Gorbatschow, 04. 05. 1987
S	2. Ost-West-Seminar der FES, 03.–05. 03. 1989
T	Perestroika-Kongress (Vorbereitungsgruppe), Aug. 1989–Feb. 1990
U	Aufruf „Für unser Land“, 26. 11. 1989 (Erstunterzeichner)
V	Aufruf „Für euer Land, für unser Land“, 02. 12. 1989
W	Aufruf „Wo bleibt das Volk?“, 17. 04. 1990
X	Ost-West-Begegnung, 14.–17. 06. 1990
Y	Verfassungskuratorium, 16. 07. 1990 (Erstunterzeichner)
Z	Verfassungskuratorium, undat. (Arbeitsausschuss)
XY	Verfassungskuratorium (Spalten Y und Z)

Die Ereignisse in den fett hervorgehobenen Spalten (E, F, H–K, N–X, XY) der folgenden Tabelle sind in den Netzwerkgrafiken berücksichtigt.

		Kapitel II														III							IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1	Abraham, U.												×		×													
2	Ackermann		×												×													
3	Adanir, Fikret					×																						
4	Adrian, Peter												×		×													
5	Aengenheistes [sic]												×		×													
6	Aicher, Otl																						×					
7	Aicher-Scholl, Inge									×													×			×		×
8	Albersinn, Sylvia		×												×													
9	Albert, Jörg		×												×													
10	Albertz, Heinrich									×													×			×		×
11	Albrecht, Günther												×		×													
12	Albrecht, Ulrich									×						×							×					
13	Alder, Otto		×												×													
14	Aleman, Dietrich		×												×													
15	Alles, Wolfgang		×										×		×													
16	Allio, Jacqueline															×												
17	Alt, Franz												×		×											×		×
18	Altvater, Elmar	×	×												×	×								×				
19	Ambarcumov, Jevgenij																			×								
20	Ammon, Herbert																									×		×
21	Anders, J.-F.		×												×													
22	Andersen, U.		×												×													
23	Anderson, Sasha																									×		×
24	Andreon, Pier Enrico															×												
25	Andrewes, Simon		×												×													
26	Ansorge		×												×													
27	Arbeitsgruppe Solidarnosc Köln												×		×													

28	Arenz, Cäcilia		×										×												
29	Arndt, Claus																						×		×
30	Arndt, Harald		×										×												
31	Arndt, Uwe		×										×												
32	Arnold, D.		×										×												
33	Arnold, H.		×										×												
34	Arnold, Michael																						×		×
35	Arz, Siegfried		×										×												
36	Arzbächer, F.										×		×												
37	Asselhoven, Dieter		×										×												
38	Aßmann, Jürgen		×										×												
39	AstA Uni Braunschweig		×										×												
40	Austermann, Siegrid		×										×												
41	Baca, Hans		×										×												
42	Bach, Brigitte		×										×												
43	Backes, H.Z.		×										×												
44	Backhaus, Hans-Georg																			×					
45	Bahr, Egon																×								
46	Bahro, Rudolf		×								×		×								×	×		×	
47	Bakan, Franz		×										×												
48	Bald, A.		×										×												
49	Balze, Andreas		×										×												
50	Bangert, Siegfried																×								
51	Barabasch, Beater										×		×												
52	Barbe, Angelika																						×	×	×
53	Barelheimer, Peter		×										×												
54	Barnett, Winfried		×										×												
55	Barteck, Wolfgang		×										×												
56	Bartel, Karl Max										×		×												

		Kapitel II														III							IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
57	Bartel, Marine												×		×													
58	Bartelheimer, Peter	×	×										×		×													
59	Bartels		×												×													
60	Barth, Lutz												×		×													
61	Barth, Sylvia		×												×													
62	Barthen, Wolfgang		×												×													
63	Bartosek, Karel															×												
64	Bartz, Adolf		×												×													
65	Bassing, Harald		×												×													
66	Bastian, Gert									×						×										×		×
67	Batsch, Hubert		×												×													
68	Bauer, Christa		×												×													
69	Bauer, Dieter		×												×													
70	Bauer, Peter		×												×													
71	Bauer, Rainer		×												×													
72	Baumann, Romy															×												
73	Baumann, Wolfgang		×												×													
74	Baumann-Czichon, Bernhard												×		×													
75	Bauriedl, Thea																									×		×
76	Bayer, Gerhard												×		×													
77	Becher, Fritz		×												×													
78	Beck, Angelika		×												×													
79	Beck, Karla		×												×													
80	Becker, Antje		×												×													
81	Becker, Jacq.		×												×													
82	Becker, Jutta		×												×													
83	Becker, Rolf		×												×													

84	Beckers, Franz-Peter		×										×												
85	Becker-Teutsch, Marianne																×								
86	Beckmann, Lukas													×			×						×	×	×
87	Beckmann, Lukas																×								
88	Behrendt, Andreas		×										×												
89	Behrendt, Gabriele		×										×												
90	Bender, Erich		×										×												
91	Benecke, R.		×										×												
92	Benninger, Manfred		×										×												
93	Bensch, Friedrich		×										×												
94	Benz, Georg																		×						
95	Benz-Overhage, Karin																		×						
96	Berberich, Hermann		×										×												
97	Berberich, Ingrid		×										×												
98	Berger, Gerhard		×										×												
99	Berger, Götz																	×							
100	Berghofer, Wolfgang																	×							
101	Bergmann, B.		×										×												
102	Bergmann, Bernhard		×										×												
103	Bergmann, Lothar		×										×												
104	Bergmiller, Iris		×										×												
105	Berliner Projektgruppe Internationale Gewerkschaftsforschung (PIGEP), i. A. Werner Olle		×										×												
106	Bernutsch, S.		×										×												
107	Berstel, Andre		×										×												
108	Bertling, Michael		×										×												
109	Bese, Andrea		×										×												
110	Beutlage, Harald																			×					
111	Beyer, Frank																	×							

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
112	Beyer, Volpert		×												×													
113	Beyland, Ulrich						×																					
114	Bezner, Eva-Maria		×												×													
115	Bielitz, M.		×												×													
116	Biermann, Wolf	×	×												×	×										×		×
117	Biermann, Wolfgang																			×								
118	Billerbeck, Rudolf																							×				
119	Biniossek, Monika		×												×													
120	Biniossek, Roland		×												×													
121	Birk, Harald		×												×													
122	Birthler, Marianne																									×		×
123	Bischof, Henrik																			×								
124	Blahnik, Herbert																									×		×
125	Blanke, Bernhard		×												×													
126	Blanke, Thomas																							×				
127	Blankenburg, Erhard																							×				
128	Blankenburg, Ursula		×												×													
129	Blatzheim, W.		×												×													
130	Bleck-Neuhaus, Jörn												×		×													
131	Bloch, Karola											×											×					
132	Bloemeke, Uwe												×		×													
133	Blume, Rolf		×												×													
134	Blümel, Herbert																							×				
135	Boato, Marco															×												
136	Bocian, Bernd		×												×													
137	Böck, Wolfgang		×												×													
138	Boehm, Martin																									×		×

139	Boepple, Willi	×	×											×					(×)							
140	Böhles, Ingrid		×											×												
141	Bohley, Bäbel														×				(×)							
142	Bohley, Heidi														×											
143	Böhm, Tatjana																							×	×	×
144	Boissevain, Christiaan		×											×												
145	Bolder, Barbara											×		×												
146	Boldt, Frank															×										
147	Böll, Annemarie																					×				
148	Boll, Friedhelm																		×							
149	Böll, Heinrich				×			×	×																	
150	Böll, Viktor																							×		×
151	Böllinger, Lorenz																						×			
152	Bonhoeffer, Karl																					×		×		×
153	Bönninger, Karl																							×		×
154	Bonss, Wolfgang																						×			
155	Borgmann, Reinhard		×											×												
156	Borm, William							×																		
157	Born, Helmut		×											×												
158	Bosco, Ella		×											×												
159	Bosse-Kapser, Sabine											×		×												
160	Böttger, Martin																							×		×
161	Boussevan, Christian (Boissevain, Christiaan)		×											×												
162	Bräcker, Wolfgang											×		×												
163	Bradisch, Paula																						×			
164	Bradt, Hoger											×		×												
165	Brakelmann, Günter														×											
166	Brakemeier, Heinz																					×				
167	Brand, Karl-Werner																						×			

		Kapitel II														III							IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
168	Brandenburg, Klaus		×												×													
169	Brandes, Volkhard		×												×													
170	Brandl, Siegfrid [sic]		×												×													
171	Brandt, Heinz	×	×	×	×		×						×	×	×													
172	Brandt, Mario		×												×													
173	Brandt, Peter	×	×	×									×		×											×		×
174	Brandt, Ulrike		×												×													
175	Braun, Jürgen		×												×													
176	Braun, N.		×												×													
177	Braun, Volker																					×						
178	Bräuning, Mattias		×												×													
179	Braunmühl, Hilde von																									×		×
180	Breckenfelder, Karin		×												×													
181	Bredekamp, Horst																							×				
182	Bredenli, Albine		×												×													
183	Breinig, Peter		×												×													
184	Brendli, Albine		×												×													
185	Brener [sic]		×												×													
186	Brentano, Margherita von																						×					
187	Brett, Jürgen		×												×													
188	Breyer-Rheinberger, Hannelore		×												×													
189	Brillowski, Klaus		×												×													
190	Brix, Lilo		×												×													
191	Brockmann, AIbrecht		×												×													
192	Brocksieker, Liane		×												×													
193	Bron, Heidi		×												×													
194	Bruch, Karl		×												×													

195	Bruckmann, Wolf																	×							
196	Brückner, Margit																					×			
197	Brüggemeier, Gert																					×			
198	Brühl, Reinhard																				×				
199	Brumlik, Micha									×															
200	Brunner, Margot	×	×									×													
201	Brüntrup, Bernd										×	×													
202	Brus, Wlodimierz													×											
203	Buch, Hans-Christoph												×												
204	Buchholz, Wolfgang																					×			
205	Buckendahl, Uwe		×									×													
206	Bühler, Sylvia		×									×													
207	Burgbacher, Hans																					×			
208	Burghard, Monika		×									×													
209	Burlackaja, Kira Vladislavovna																×								
210	Burlackij, Fedor																×								
211	Buro, Andreas		×					×		×		×								×			×		×
212	Buss, Odette		×									×													
213	Bust-Bartels, Axel										×	×													
214	Bütikofer, Reinhard																						×		×
215	Campling, Ilse		×									×													
216	Cares, M.		×									×													
217	Cermak, Frantisek		×									×													
218	Chevalier, Suzanne												×												
219	Chickeleit, Annemarie										×	×													
220	Chilecki, Andrzej J.				×																				
221	Christ, Helmut		×									×													
222	Cibulka, Petr												×												
223	Cisser, Marina										×	×													

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
224	Citoler [?], Pedro												×		×													
225	Ciupke, Paul		×												×													
226	Clasen, Bernhard																		×									
227	Claus-Feikert, Monika		×												×													
228	Claussen, Angelika		×												×													
229	CODENE (Koordination für die Denuklearisierung Europas)															×												
230	Cohn-Bendit, Daniel													×	×													
231	Combächer, Peter		×												×													
232	Conrads, Martin		×												×													
233	Conradt, Horst		×												×													
234	Conz, Anette		×												×													
235	Cordes, W.		×												×													
236	Cornille, Sabine															×												
237	Coultas, Valerie															×												
238	Cremer, Doris		×												×													
239	Crummenerl, Jürgen												×		×													
240	Cwielong, Rudiger		×												×													
241	Czarnatta, Brigitte		×												×													
242	Daele, Wolfgang van den																							×				
243	Dahmer, Helmut		×												×													
244	Dalos, György															×				×								
245	Damm, Heidemarie												×		×													
246	Damus, Renate	×	×												×						×							
247	Danz, Tamara																					×						
248	Darmstädter, S.												×		×													
249	Daschner, Peter	×	×												×													
250	Däubler, Wolfgang																							×				

251	Daum, Dietmar		×										×												
252	Daum, Hanne		×										×												
253	Decker, Roland		×										×												
254	Degreit, Uwe										×		×												
255	Dehn, Stefan										×		×												
256	Deile, Volkmar						×																		
257	Demirovic, Alex																					×			
258	Demke, Christoph																		×						
259	Demmin, Petra		×										×												
260	Demszky, Gubor													×											
261	Denninger, Erhard																					×			
262	Depius, Andre		×										×												
263	Deppe, Rainer																					×			
264	Derenter, Friedrich		×										×												
265	Derleder, Peter																					×			
266	Diamant, Max		×										×												
267	Dibmayer, Firtz		×										×												
268	Dieckmann, Helmut		×										×												
269	Diederichs, Urs Justus		×										×												
270	Dielewicz, Karin		×										×												
271	Dielewicz, Michael		×										×												
272	Diemer, Niko										×		×												
273	Dienst, Rosita		×										×												
274	Dijkstra [?], Christian										×		×												
275	Dilcher, Rainer																					×			
276	Diner, Dan								×																
277	Dirkes, Hermann		×										×												
278	Dirks, Walter						×														×				
279	Döbbe, Christa		×										×												

		Kapitel II														III							IV		V					
		A	B	C	D	**E**	**F**	G	**H**	**I**	**J**	**K**	L	M	**N**	**O**	**P**	**Q**	**R**	**S**	**T**		**U**	**V**	**W**	**X**	Y	Z	**XY**
280	Döbert, Rainer																								×				
281	Dobsch, M.												×		×														
282	Döhling, Gisela		×												×														
283	Dolgow, Marianne von																										×		×
284	Donike, Persephoni												×		×														
285	Dörfert, Rainer		×												×														
286	Dörr, Ingrid		×										×		×														
287	Dräger, Klaus		×										×		×														
288	Drawe, Dorothee		×												×														
289	Drazan, Radislaw		×												×														
290	Dreißler, Gerhard		×												×														
291	Drewes-Kirchhoff, Annette												×		×														
292	Drewitz, Ingeborg		×	×						×			×		×														
293	Drewniok, Heinz																										×		×
294	Dröge-Modelmog, Ilse																								×				
295	Drutschmann-Sonntag												×		×														
296	Dubiel, Helmut																								×				
297	Ducke, Karl-Heinz																										×		×
298	Düllberg, Andreas												×		×														
299	Dülmen, Richard van																								×				
300	Dürselen, Thomas		×												×														
301	Duve, Freimut																										×		×
302	Eberhardt, Klaus		×												×														
303	Ebinger, Friedrich		×												×														
304	Eckart, Christel																								×				
305	Eckerhard, Georg		×												×														
306	Eckert, Sylvia		×												×														

307	Eckhardt, Andreas		×										×												
308	Eckler, Cecilie											×	×												
309	Eckstein, Maria		×										×												
310	Edel, Mihm		×										×												
311	Efferoth, Renate																×								
312	Eguides, Piotr													×											
313	Ehmes, Erich		×										×												
314	Ehmke, Horst																×								
315	Ehre, Dieter		×										×												
316	Ehrmann, Klaus		×										×												
317	Ehrmann, Sigrid		×										×												
318	Eichwede, Wolfgang				×											×									
319	Eickhoff, Horst		×										×												
320	Einsele, Helga																				×				
321	Emmerich, Klaus																						×		×
322	Ender, Adolf																						×		×
323	Engelmann, Bernt							×																	
324	Engert, Heide		×										×												
325	Engert, Steffi																	×							
326	England, Siegrid																		×						
327	Eppler, Erhard							×						×											
328	Erb, Gottfried																				×				
329	Erd, Rainer																				×				
330	Erfurth, Lothar		×										×												
331	Ern, Tomas		×										×												
332	Esche, Dieter													×											
333	Etzbach, Harald									×			×												
334	Evers, Tilman																						×		×
335	Ewald, Bärbel		×										×												

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
336	Ewald, Regina		×												×													
337	Ewen-Fiedler, Christine																			×								
338	Fabian, Annemarie																						×					
339	Fabian, Walter																						×					
340	Fahlbusch, Christa		×												×													
341	Fahlbusch, Rainder		×												×													
342	Fahlenbock, Wilfried		×												×													
343	Falcke, Heino																									×		×
344	Falter, Reinhard																		×									
345	Feest, Johannes																							×				
346	Fehér, Ferenc																	×										
347	Fehlberg, Wolfgang																			×								
348	Fehlte, B.		×												×													
349	Feikert, Wolfgang												×		×													
350	Fenchel, Reinhard		×												×													
351	Fenner, Christian						×																					
352	Fernandez, Maria												×		×													
353	Fetscher, Iring		×				×					×			×		×											
354	Fichter, Tilman																									×		×
355	Fiebig, Heinz												×		×													
356	Fiedler, W.												×		×													
357	Fijalkowski, Jürgen																							×				
358	Finger, Manfred		×												×													
359	Firtzsch, Horst												×		×													
360	Fisch, Karin		×												×													
361	FIscher, Alexandra		×												×													
362	Fischer, Erich																									×	×	×

363	Fischer, Joschka											×	×	×	×											
364	Fischer, Uli																	×								
365	Fischer, Werner														×									×		×
366	Fisera, Vladimir														×											
367	Flechtheim, Ossip K.		×	×			×				×	×		×								×		×		×
368	Fleisch, Natalie											×		×												
369	Fleischmann, Günter																								×	×
370	Fohrbeck, Sabin											×		×												
371	Folek, Tadeusz				×																					
372	Fondalinski, Angelika		×											×												
373	Forster, Magda		×											×												
374	Förster, T.		×											×												
375	Fraenkel, A.											×		×												
376	Francke, Robert																						×			
377	Frankenberg, Günter																						×			
378	Franzki, Elke											×		×												
379	Frech, Hans		×											×												
380	Freikert, Wolfgang		×											×												
381	Frey, Rainer																						×			
382	Frey, Ulrich																		×							
383	Frey, Walter		×											×												
384	Fried											×		×												
385	Friedl, Ulrike											×		×												
386	Friedrich, Christiane											×		×												
387	Frings, P.		×											×												
388	Frommel, Monika																						×			
389	Froneberg, Ulrike		×											×												
390	Fuchs, Ina																						×			
391	Fuchs, Jürgen														×										×	×

		Kapitel II													III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
392	Fuchs, Klaus		×												×													
393	Füchtener, Karin		×												×													
394	Fücks, Ralf							×							×						×					×		×
395	Fuhrbach, Kay												×		×													
396	Fuhrmann, Eberhard		×												×													
397	Funk, Albrecht																							×				
398	Funke, Hajo		×												×													
399	Fusi, Gabriella															×												
400	Gagern, Michael																							×				
401	Galland, Francoise															×												
402	Gantzel, Klaus-Jürgen											×																
403	Garstecki, Joachim																									×		×
404	Gäs, Ute		×												×													
405	Gatknecht, Adelheit		×												×													
406	Gehlen, Thomas		×												×													
407	Gehrendes, Birgit												×		×													
408	Gehrke, Bernd																					×						
409	Geiger, Jutta		×												×													
410	Geisler, Bernhard		×												×													
411	Geiss, Immanuel					×																						
412	Geissler, Birgit																							×				
413	Gelbrich, Jutta		×												×													
414	Genf, Friedenskomitee															×												
415	Georg, Rainer		×												×													
416	Gerasch, Ingrid		×												×													
417	Gerau, May												×		×													
418	Gerhard, Ute																							×			×	×

419	Gerhards, Wolfgang																						×		×
420	Gerhardt, Anderas [sic]		×										×												
421	Gerke, N.		×										×												
422	Gers, Uwe		×										×												
423	Gerstenmaier, Cornelia				×																				
424	Gessner, Volkmar																				×				
425	Gibbes, Elisabeth													×											
426	Gierke, Gudrun													×											
427	Gieschen, Hubert										×		×												
428	Gille, Sighard																			×					
429	Glasauer, Herbert		×										×												
430	Glaser, Adalbert		×										×												
431	Glaser, Hannah		×										×												
432	Glöß, Elly		×										×												
433	Glöß, R. Warten		×										×												
434	Glöß, Warten R. [sic]		×										×												
435	Gluck, Roswitha		×										×												
436	Gmeinwieser, Claudia		×										×												
437	Göbel, Helmut		×										×												
438	Göbel, Marian										×		×												
439	Göbner, Detlev		×										×												
440	Goelke, Karin		×								×		×												
441	Göhler, Adrienne																				×				
442	Göhlich		×										×												
443	Goldkorn, Wlodek													×											
444	Goldschmidt, Pit		×										×												
445	Gollwitzer, Helmut	×	×	×				×					×							×					
446	Golzem, Armin										×		×												
447	Gorgon, Andreas		×										×												

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
448	Gorny, Claudia		×												×													
449	Gotschol, Guido		×												×													
450	Graf-Bunz, Brigitte																			×								
451	Gralki, Heinz-Otto		×												×													
452	Grass, Günter										×															×		×
453	Graße, Ingeborg																					×						
454	Grätz, Hans-D.		×												×													
455	Gravenhorst, Lerke																							×				
456	Grebing, Helga						×																					
457	Greiner, Bernd																							×				
458	Greß, Renate		×												×													
459	Gretter, Sudanne		×												×													
460	Greune, Gerd																			×								
461	Greven, Michael Th.											×	×		×									×				
462	Griese, Fritz											×																
463	Grohmann, Peter											×																
464	Grölz, Rüdiger												×		×													
465	Grönner, Ali															×												
466	Gronowski, Elisabeth												×		×													
467	Großmann, Dorothea		×												×													
468	Groth, Karsten		×												×													
469	Grottian, Peter																							×				
470	Grubitzsch, Siegfried																							×				
471	Gruel, Karl-Friedrich																									×		×
472	Gruhn, Andreas		×												×													
473	Gründwald, Walther															×												
474	Grünewald, Guido																			×								

475	Grünfeld, Thomas											×		×												
476	Gruszecki, Wojciech											×		×												
477	Grygier, Jürgen		×											×												
478	Grzesiek, Walter		×											×												
479	Guba, Jockel											×		×												
480	Güler, Huseyin		×											×												
481	Gulobović, Zagorka															×										
482	Gülpen, Stefan											×		×												
483	Günther, Klaus																					×				
484	Günther, Wolfgang											×		×												
485	Güse, Ina																					×				
486	Gusinde, Ingolf		×											×												
487	Gußmann, Walter		×											×												
488	Haas, Beate		×											×												
489	Haas, Birgit		×											×												
490	Haase		×											×												
491	Haase, Hans-Hagen		×											×												
492	Haase, Rudolf		×											×												
493	Haberkamm, Wolfgang		×											×												
494	Habermas, Jürgen																					×		×		×
495	Hacke, Eckard		×											×												
496	Hackelberg, Dr.		×											×												
497	Hädinger, Günter		×											×												
498	Haeger, Monika														×											
499	Hafner, Elisabeth		×											×												
500	Häfner, Gerald																							×	×	×
501	Hahn, Hans-Henning				×							×		×												
502	Halm, Tilla		×											×												
503	Halpern, Jan				×																					

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	**E**	**F**	G	**H**	**I**	**J**	**K**	L	M	**N**	**O**	**P**	**Q**	**R**	**S**	**T**	**U**	**V**	**W**	**X**	Y	Z	**XY**
504	Halpern-Chylińska, Kamila					×																						
505	Hamm, Hans-Peter		×												×													
506	Handelsmann, Werner		×												×													
507	Hanewinkel, Norbert												×		×													
508	Hanke, Irma																							×				
509	Hanke, Peter																							×				
510	Hansen, Dorit		×												×													
511	Hansen, Michael		×												×													
512	Hansmann, Rolf		×												×													
513	Haraszti, Miklos																			×								
514	Harraschein, Georg		×												×													
515	Hart, Dieter																							×				
516	Härtel, H.		×												×													
517	Hartlaub, Marei		×												×													
518	Härtling, Peter																									×		×
519	Hartung, Klaus																									×		×
520	Hartwig, Oskar																							×				
521	Hase-Mihalik, Eva		×												×													
522	Hatzky, Christine												×		×													
523	Hauber, R.F.		×												×													
524	Hauff, Wolfgang		×												×													
525	Hauser, Jürgen																									×		×
526	Haushorn, Hermann		×												×													
527	Hausleitner, Marianne																			×								
528	Havel, Václav																			(×)								
529	Havemann, Katja															×												
530	Haye, Ursel		×												×													

531	Heberle, Ludwig		×										×											
532	Heggermann, Bernhardt		×										×											
533	Heidelberg, W.		×										×											
534	Hein, Christine		×										×											
535	Hein, Christoph																					×		×
536	Heine, Christoph		×										×											
537	Heinig		×										×											
538	Heinrich, Istvan									×			×											
539	Heinrichmeier, Rita									×			×											
540	Heins, Helmut		×										×											
541	Heinz-Günther [sic]		×										×											
542	Heise, Doris									×			×											
543	Heise, Ingeborg		×										×											
544	Hejdanek, Ladislav													×										
545	Hejzlar, Zdenek													×										
546	Helbig, Winfried																					×		×
547	Held, Gert		×										×											
548	Hell, Traudel		×										×											
549	Hellbrend, Margareta		×										×											
550	Heller, Agnes														×									
551	Hellhake, Thomas		×										×											
552	Helling, Ossi									×			×											
553	Helm, Wolfgang															×								
554	Helms, Heidemarie									×			×											
555	Henberg, Lucas									×			×											
556	Henes, Uwe-Jens																					×		×
557	Henning, Manfred		×										×											
558	Hensche, Detlef																					×		×
559	Hensel, Karitas															×								

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
560	Hentig, Hartmut von																									×		×
561	Herberg, Jutta												×		×													
562	Herding (Berlin)		×												×													
563	Herding, Klaus (Hamburg)																							×				
564	Hering, Heide																									×		×
565	Hering, Peter																			×								
566	Hermann, Firtz												×		×													
567	Hermlin, Stephan																									×		×
568	Herold, Ulrich																									×		×
569	Herrmann, Dieter		×												×													
570	Herrmann, Kurt		×												×													
571	Hertkampf, Uwe		×												×													
572	Herzinger, Richard		×												×													
573	Herzog, Felix																							×				
574	Hess, Walter		×												×													
575	Hesse, Vera		×												×													
576	Heuler-Neuhaus, Werner												×		×													
577	Heym, Stefan																					×						
578	Hietmann, Horst		×												×													
579	Hildebrand, Petra															×												
580	Hildebrandt, Helmut		×												×													
581	Hildesheimer, Wolfgang																									×		×
582	Hill, Phil																									×		×
583	Hirsch, Helga					×																						
584	Hirsch, Joachim											×																
585	Hirsch, Martin																						×					
586	Hirsch-Kreinsen, Helmut		×												×													

587	Hirschmüller, Angelika																			×						
588	Hochstätter, Monika		×											×												
589	Hocker, Reinhard											×		×												
590	Hoefer, Eberhard		×											×												
591	Höfer, Dörn		×											×												
592	Hoffmann, Gisela		×											×												
593	Hoffmann-Ostenhoff, G.					×								×												
594	Hofmann, Christina		×											×												
595	Holl, Karl				×																					
596	Holtfort, Werner									×	×			×												
597	Holtkamp, Udo		×											×												
598	Holz, Jürgen		×											×												
599	Holzapfel, Christoph		×											×												
600	Hommel, Mathias		×											×												
601	Honneth, Axel																					×				
602	Hoppe, Harmut		×											×												
603	Hoppe, Martin											×		×												
604	Hoppe, Ulla		×											×												
605	Hoppe, Walter		×											×												
606	Horacek, Milan		×									×		×	×			×	×	×						
607	Horn, Klaus									×																
608	Hornung, Anne		×											×												
609	Horst, H.		×											×												
610	Horvathy, Peter											×		×												
611	Hoss, Willi																							×		×
612	Hübenbecker, Klaus		×											×												
613	Huber, Maria																	×								
614	Hücking, Hans-Hermann					×						×		×												
615	Huhn, Jens		×											×												

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
616	Hülsen, Ursula		×												×													
617	Hündorf, Ilse		×												×													
618	Hupka, Dieter		×												×													
619	Hüsges, Karl-W.		×												×													
620	Huster, Antje		×												×													
621	Hyla, Christof					×																						
622	Icking, Maria		×												×													
623	Illi, D.		×												×													
624	Ingelkamp, Johannes																							×				
625	Ingrid Behrens																			×								
626	Isenburg, Hans-Georg																							×				
627	Islemann, Cornelia von		×												×													
628	Jäck, Regina		×												×													
629	Jäckner, Cornelia		×												×													
630	Jahn, Roland															×												
631	Jahn, Ulrich		×												×													
632	Jahn, Uwe																					×						
633	Jakimovski, Johann		×												×													
634	Jakob, Walter		×												×													
635	Jakobi, Helga		×												×													
636	Jakoby, Jürgen		×												×													
637	Jander, Martin		×												×													
638	Janka, Walter																					×				×		×
639	Jantzen, Bettina		×												×													
640	Jaroslawski, Halina					×																						
641	Jehly, Ekkehard															×												
642	Jehr, Siegrun		×												×													

643	Jens, Walter								×														×	×
644	Jessel, Ingeborg		×										×											
645	Jettenburg [?], Aleksandra										×		×											
646	Joas, Hans																				×			
647	Jorenhans, Rainer		×										×											
648	Jost, Ludwig		×										×											
649	Juge, Klaus		×										×											
650	Jun, Gerda																		×					
651	Jung, Monika		×										×											
652	Jung, Otmar																				×			
653	Jung, Roland		×										×											
654	Jungk, Robert								×											×				
655	Junker, Rüdiger		×										×											
656	Jurczyk, Karin																				×			
657	Juso-Hochschulgruppe Uni Kiel										×		×											
658	Kaebelmann, Bernd		×										×											
659	Kaebelmann, Gudrun		×										×											
660	Kagel, Dmonici										×		×											
661	Kaiser, Ulla		×										×											
662	Kaiser, W.		×										×											
663	Kaleta [?], Leszek										×		×											
664	Kalkreuth		×										×											
665	Kaminski, Andrzej J.				×																			
666	Karkowska, Julita										×		×											
667	Karkowski, Czeslaw										×		×											
668	Karol, K. S.														×									
669	Karrenberg, llse		×										×											
670	Karsunke, Ingrid																						×	×
671	Karsunke, Yaak													×									×	×

		Kapitel II														III						IV		V				
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
672	Kasako, Emma		×												×													
673	Käsemann, Ernst																									×		×
674	Kastendieck, Hans		×												×													
675	Katz, Klaus		×												×													
676	Kaufmann												×		×													
677	Kaufmann, Roland		×												×													
678	Kavan, Jan															×												
679	Kayser, Gisela																									×		×
680	Kehayan, Jean															×												
681	Keidsch		×												×													
682	Kelch, Albert												×		×													
683	Keller, lrene		×												×													
684	Keller, Rainer																							×				
685	Kelly, Petra									×			×		×	×									×	×		×
686	Kemm, Reinhold	×	×												×													
687	Kempf, Eberhard												×		×													
688	Kende, Pierre																	×										
689	Kerkhof, Margret		×												×													
690	Kern, Bärbel		×												×													
691	Kerner, Klauser [sic]		×												×													
692	Kestring, Werner		×												×													
693	Key, Albert		×												×													
694	Kiausch [sic], Ursula		×												×													
695	Kiechle, Brigitte		×												×													
696	Kiessler, Richard																			×								
697	Kilanovski, Oswald		×												×													
698	Kilia, N.		×												×													

699	Kilian, Harald		×										×											
700	Kill, Patricia		×										×											
701	Kintzel, Helmut																					×		×
702	Kippenhahn, Jürgen		×										×											
703	Kipshagen, Michael		×										×											
704	Kirsch, Susanne		×										×											
705	Kis, Janos													×										
706	Kisker, Ralf		×										×											
707	Kiss, László J.																×							
708	Klar, Petra		×										×											
709	Klare, Albrecht		×										×											
710	Klausiep-Hegger, Ulrike									×			×											
711	Kleffel		×										×											
712	Kleibe, Siegfried		×										×											
713	Klein, Andreas									×			×											
714	Klein, Dieter																	×						
715	Klein, Julia		×										×											
716	Klein, Karl-Heinz		×										×											
717	Klein, Wolf-Dieter		×										×											
718	Kleinebrahm, U.		×										×											
719	Kleintub, Hans-Jürgen		×										×											
720	Kleist, Achim		×										×											
721	Klemmer, Herrmann																					×		×
722	Klenkes, Redaktion		×										×											
723	Klepper, Albert		×										×											
724	Klier, Freya																					×		×
725	Klimczak, Edward									×			×											
726	Klingenberg, Reinhard													×										
727	Klocke, Gerhard		×										×											

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
728	Klönne, Arno																						×					
729	Klüber, J. Franz		×												×													
730	Klueg, Achim		×												×													
731	Klug, Klaus												×		×													
732	Klug, Ulrich									×		×														×		×
733	Knaus, Elke		×												×													
734	Knieper, Barbara																							×				
735	Knieper, Rolf																							×				
736	Knippel, Margot		×												×													
737	Knittel, Gudrun												×		×													
738	Knödler-Bunte, Eberhard																									×		×
739	Knürzer, Wolfgang		×												×													
740	Köberich, Inge-Helene		×												×													
741	Koch, Bernd												×		×													
742	Kochendorfer		×												×													
743	Koenen, Christian [sic]		×												×													
744	Koenen, Gerd				×			×					×		×				×									
745	Kohl, Helmut (Frankfurt)																							×				
746	Kohl, Wolfgang																							×				
747	Kohlmayer, Hans												×		×													
748	Kolke												×		×													
749	Kolleck, Regine																							×				
750	Kolodziej, Günter																				×							
751	Kondratowitz, Hans-Joachim von																							×				
752	König, Christian		×												×													
753	Konrad, György												×		×	×												
754	Konrad, Rosemarie		×												×													

755	Kopelew, Lew				×						×		×	×												
756	Koppe, Karlheinz																×									
757	Korngiebel, Rolf										×		×													
758	Kornrumpf, Hans-Grünter		×								×		×													
759	Korth, Renate										×		×													
760	Koschutjak, Willi		×										×													
761	Kosta, Jiri					×		×			×	×	×			×										
762	Kosta, Tomas							×		×	×		×													
763	Köszeg, Ferenc													×												
764	Kovacs, Andras																×									
765	Kowalewski, Zbigniew													×												
766	Kowol, Klaus		×							×			×													
767	Kozlewiez, B.										×		×													
768	Kozlik, Jan													×												
769	Kozlowski, Maciej																×									
770	Kraiker, Gerhard																					×				
771	Krajewski, Stanislaw				×																					
772	Kramer (Berlin)		×										×													
773	Kramer, Friedrich (Berlin)																					×				
774	Krämer, Steffen		×										×													
775	Kramer, Ursula										×		×													
776	Krantz, Stephan		×										×													
777	Krause, Gerhard		×										×													
778	Krautter, Horst							×																		
779	Kredte, Pete [?]										×		×													
780	Kreibe, Siegfried		×										×													
781	Kreibich, Andrea													×												
782	Kreipl, Kurt		×										×													
783	Kreisel, Helmut		×										×													

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
784	Kreisner, Manfred		×												×													
785	Kreitz, Peter	×	×												×													
786	Kremendahl, Hans						×																					
787	Kreuter, Dieter		×												×													
788	Kriedte, Peter												×		×													
789	Krieger, Erich		×												×													
790	Krieger, Renate																			×								
791	Krippendorff, Ekkehart											×																
792	Kröger		×												×													
793	Kroko, Andreas												×		×													
794	Kroll, Leo		×												×													
795	Kröther, Anette		×												×													
796	Krüger, Ulli		×												×													
797	Krusche, Günter																					×						
798	Kruth, Seppi		×												×													
799	Kube, Johannes		×												×													
800	Kube, Luise		×												×													
801	Kubiak, Hieronim																			×								
802	Küchenhoff, Erich																									×		×
803	Kühl, U.												×		×													
804	Kuhn, Boris		×												×													
805	Kühn, Christian		×												×													
806	Kühn, Hans-Peter		×												×													
807	Kühn, Jörn																									×		×
808	Kühn, Marlene		×												×													
809	Kuhn, Thomas												×		×													
810	Kukutz, Irena															×												

811	Kulick, Holger																							×	×
812	Kumpf, Annelise		×										×												
813	Kunz, Walter		×										×												
814	Kurecka, Maria				×																				
815	Kußerow, M.										×		×												
816	Kutin, Wolfgang		×										×												
817	Kutschenko, Karin		×										×												
818	Kynast, Helmut	×	×										×												
819	Labinisch, Bodo		×										×												
820	Lachmann, Renate																							×	×
821	Lafontaine, Oskar							×			×		×												
822	Laing [?], Heinz															×									
823	Lamentovicz, Woitek																×								
824	Lamprecht, Alexander		×										×												
825	Landschoef, Wolf-Rüdiger		×										×												
826	Lang, Manfred		×										×												
827	Langbein, Werner		×										×												
828	Lange, Jens-Uwe		×										×												
829	Langer, Alexander													×											
830	Langhans, Rainer																					×			
831	Läpple, Rolf		×										×												
832	Laps, Udo		×										×												
833	Larsen, Werner		×										×												
834	Lassan		×										×												
835	Lattmann, Dieter																			×					
836	Laub, Gabriel				×																				
837	Lauber, Klaus		×										×												
838	Lautenschläger, Michael		×										×												
839	Lebentrau, Brigitte																		×						

		Kapitel II														III							IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
840	Lechenmayr, Doris		×												×													
841	Lechner, Kornelia		×												×													
842	Lederer, Jiri					×																						
843	Leduc, Victor															×												
844	Leggewie, Claus																							×				
845	Lehmeier, Hubert																							×				
846	Lehr, Herbert		×												×													
847	Leinen, Josef (Jo)		×							×					×			×										
848	Lemp, Daniela		×												×													
849	Lenz, Kurt		×												×													
850	Leopold, Kurt		×												×													
851	Lepplos, Bärbel		×												×													
852	Lerch, Jan																									×		×
853	Lersner, Norbert		×												×													
854	Leszczynska, Dorota					×																						
855	Leube, Konrad																							×				
856	Levin, Wilhelm												×		×													
857	Lewitzky, Boris					×																						
858	Libnan, Gudrun		×												×													
859	Lieberam, Ekkehard																									×		×
860	Lietz, Heiko																									×		×
861	Lindemann, Marie-Luise																									×		×
862	Lindenthal, Gerd		×												×													
863	Lindloff, Petra		×												×													
864	Link, Jürgen												×		×													
865	Link-Heer, Ursula												×		×													
866	Lippe, Angelika		×												×													

867	Lippelt, Helmut																	×							
868	Liske, Marian		×											×											
869	Löber, Mareile																						×		×
870	Löchel, Horst											×		×											
871	Loer, Barbara																					×			
872	Lohmüller, Wolfgang																						×		×
873	Lohse, Harald	×	×											×											
874	Lönarz, Norbert		×											×											
875	Loose, Joachim		×											×											
876	Lopez-Pina, Antonio																						×		×
877	Lorenz (Berlin)		×											×											
878	Lorenz, K. (Saarbrücken)																					×			
879	Loske, Reinhard																						×		×
880	Loth, Klaus-Dieter		×											×											
881	Lottermoser, Lilo		×											×											
882	Löwe, Bernd																			×					
883	Löwenthal, Richard														×										
884	Lübbering, Dieter		×											×											
885	Lucas, W.		×											×											
886	Lucas-Busemann, Erhard																					×			
887	Lucke, M.		×											×											
888	Lüders, Sonja		×											×											
889	Lüders, Wolf		×											×											
890	Ludwig, Michael				×																				
891	Ludwig, Philipe														×										
892	Luetjens, Jürgen		×											×											
893	Lütges, Anne											×		×											
894	Maar, Linda		×											×											
895	Macke, Carl-Wilhelm		×											×											

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
896	Mackenbach, Werner		×		×										×													
897	Magirius, Friedrich																									×		×
898	Magsam, Dieter												×		×													
899	Maihofer, Andrea																							×				
900	Majer, Diemut																							×				
901	Major, Istvan																			×								
902	Mandel, Ernest															×												
903	Mänicke-Gyöngyönsi, Kristina		×												×													
904	Manke, Sabine		×												×													
905	Manke, Wilfried		×												×													
906	Marschall, D.		×												×													
907	Martens, Torsten		×												×													
908	Martin, Hans-Peter		×												×													
909	Marvanova, Anna															×												
910	Matockwill, U.		×												×													
911	Matz, Bernd												×		×													
912	Mauch, Günter		×												×													
913	Maus, Ingeborg																							×				
914	Mayer, Thomas (Karlsruhe)		×												×													
915	Mechtersheirner, Alfred									×						×												
916	Meder, Stephan																							×				
917	Medick, Hand												×		×													
918	Meding, G.		×												×													
919	Meertens, Christoph												×		×													
920	Megner, Marion		×												×													
921	Mehlhorn, Ludwig																									×		×
922	Mehrens, Klaus																×											

923	Meier, Harald		×											×													
924	Meis, Lutz											×		×													
925	Meixner, Brigitte		×											×													
926	Melkis-Bileker, Ruth		×											×													
927	Meltzer, Dietrich																								×		×
928	Meltzer, Ingetraut																								×		×
929	Menge, Kathrin																								×		×
930	Mennen, Bernd		×											×													
931	Merkel, Christine (M.)																		×						×		×
932	Merkel, H.											×		×													
933	Metz, Gisela												×														
934	Meuschel, Sigrid																							×			
935	Meyen, Udo											×		×													
936	Meyer, Birgit																							×			
937	Meyer, Klaus		×											×													
938	Meyer, Thomas														×	×											
939	Michal, Gabi		×											×													
940	Michalik, Regina											×		×													
941	Michels, Dietmar-Ingo									×	×			×													
942	Mields, Rune																								×		×
943	Miiller, Heiner																								×		×
944	Miller, Susanne														×												
945	Milletat, Rainer		×											×													
946	Mink, Jochen		×											×													
947	Minkiewicz, Janek												×														
948	Minnerup, Rolf		×											×													
949	Mischke, Rainer		×											×													
950	Mitscherlich(-Nielsen), Margarethe																					×			×		×
951	Mlynar, Zdenek												×			×	×	×									

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
952	Möckel, Anneliese		×												×													
953	Molina, Gerard															×												
954	Moll, Margot		×												×													
955	Möller		×												×													
956	Möller, Alexander		×												×													
957	Möller, Niels		×												×													
958	Moltmann, Jürgen																									×		×
959	Moneta, Jakob	×	×	×	×								×	×	×	×												
960	Monjan, Gaby												×		×													
961	Montag, Thomas																					×						
962	Moosmann, Oswald												×		×													
963	Morell, Renate		×												×													
964	Morgenroth, U.		×												×													
965	Morgenstern, Christian												×		×													
966	Morgenstern, Rainer												×		×													
967	Moshagen, Ilse		×												×													
968	Mosler, Volkhard				×										×													
969	Motyczynski, Jerzy												×		×													
970	Mückenberger, Ulrich												×		×													
971	Mühlens, Inge		×												×													
972	Mühlens, Volker		×												×													
973	Müller, Adolf								×							×												
974	Müller, Dietmar		×												×													
975	Müller, Eberhard		×												×													
976	Müller, Erhard																				×							
977	Müller, Gerhard K. A.												×		×													
978	Müller, Hanna															×												

979	Müller, Hans	×	×									×		×											×	×
980	Müller, Hermann		×											×												
981	Müller, Jan		×											×												
982	Müller, Jo											×		×												
983	Müller, Karl-Friedrich		×											×												
984	Müller, Michael				×																					
985	Müller, Wolfgang (Dresden)																							×		×
986	Müller, Wolfgang (Viernheim)		×											×												
987	Müller-Doohm, Stefan																					×				
988	Müller-Heidelberg, Till																							×		×
989	Müller-Lutgenau		×											×												
990	Münkwitz, Angelika		×											×												
991	Muschketat, Dietmar		×											×												
992	Nagel, Gerhard		×											×												
993	Najman, Maurice												×													
994	Nanay-Ehmes, Ute		×											×												
995	Narr, Wolf-Dieter							×		×			×								×			×	×	×
996	Nawrot, Michael		×											×												
997	Necker, Walter											×		×												
998	Negt, Oskar												×													
999	Nestler-Tremmel, Cornelius																					×				
1000	Neubauer, Konrad		×											×												
1001	Neubeck, Klaus																					×				
1002	Neubeck-Fischer, Helga																					×				
1003	Neubert, Ehrhart																							×		×
1004	Neuhaus, Eva											×		×												
1005	Neumann, Hans		×											×												
1006	Neuschäfer, H. J.																					×				
1007	Neutzsch, Birgitt		×											×												

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1008	Nichlitz, Hans																							×				
1009	Niemann, Frigga		×												×													
1010	Niemöller, Martin									×																		
1011	Nies, Susanne																		×		×							
1012	Niessen, Helga		×												×													
1013	Niethammer, Lutz																							×				
1014	Nissim, Gabriele															×												
1015	Nöcker, Wolfgang		×												×													
1016	Nölke, Olaf												×		×													
1017	Noller, Peter																							×				
1018	Nordhausen, Frank																									×		×
1019	Nottmeyer		×												×													
1020	Nowakowski, Gerd		×												×													
1021	Nowakowski, Tadeusz					×																						
1022	Nutzinger, Hans						×																					
1023	Oberaicher, Gaby		×												×													
1024	Ochs, Christiane		×												×													
1025	Odenwälder, Harald		×												×													
1026	Odojewski, Wlodimierz					×																						
1027	Oehm, Paul		×												×													
1028	Oerter, Rolf		×												×													
1029	Oertzen, Peter von		×	×			×						×		×	×	×											
1030	Oetjen, Hinrich												×		×								×					
1031	Offe, Claus																							×		×		×
1032	Orban, Viktor																			×								
1033	Orlowa-Kopelew, Raissa															×			×									
1034	Osadezuk-Korab, Bohdan					×																						

1035	Ossorio, Carlos																					×			
1036	Ossowski, Leonie																							×	×
1037	Ostendorf, Bernd																					×			
1038	Oswald, Julia				×																				
1039	Oszwald [sic], Sabine		×									×													
1040	Otto, Angelo		×									×													
1041	Otto, Martina										×	×													
1042	Otto, Matthias		×									×													
1043	Pabst, Günter		×							×		×													
1044	Paech, Norman																							×	×
1045	Panagiofou, D.		×									×													
1046	Panayoti, Gregorius										×	×													
1047	Papp, Anton		×									×													
1048	Papp, Zsolt															×									
1049	Parniske, Rolf		×									×													
1050	Partsch, Jörg		×									×													
1051	Paupart, Rolf		×									×													
1052	Pelikán, Jiří												×	×	×										
1053	Pella, Andreas																×								
1054	Penk, Winfried		×									×													
1055	Penner, Axel Jens		×									×													
1056	Perels, Joachim										×	×									×	×			
1057	Peter, Michael										×	×													
1058	Petersen, J.		×									×													
1059	Petersen, Michael		×									×													
1060	Petri, Eberhard		×									×													
1061	Pettinger, Rudolf																					×			
1062	Pfaff, Victor										×	×													
1063	Pferrer, Michael		×									×													

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1064	Pfister, Margit		×												×													
1065	Pflaumer, Gerd																			×						×		×
1066	Pflugbeil, Sebastian																					×						
1067	Piekalkiewiez, Janusz					×																						
1068	Pieper, Barbara																							×				
1069	Pieper, Richard																							×				
1070	Pilz, Wolfgang											×																
1071	Plappert, Cornelius		×												×													
1072	Pleitgen, Fritz																									×		×
1073	Plett, Konstanze																							×				
1074	Plieh, Jutta		×												×													
1075	Plog, Anne-Dore		×												×													
1076	Plottnitz, Rupert von												×		×													
1077	Plötzke, Monika		×												×													
1078	Plümacher, Dirk												×		×													
1079	Podgorzki, Tadeusz					×																						
1080	Poggensee, Heike		×												×													
1081	Polzer, Barbara		×												×													
1082	Pönitz, Grace																									×		×
1083	Pook, Wolfgang		×												×													
1084	Poppe, Gerd															×										×		×
1085	Poppe, Ulrike															×						×				×		×
1086	Pöttrich, Friedrich												×		×													
1087	Pöttrich, Gertrud												×		×													
1088	Pöttrich, Michael												×		×													
1089	Preuß, Ulrich K.												×		×									×		×	×	×
1090	Prittwitz, Cornelius																							×				

1091	Pröpper, Günter		×										×												
1092	Prütz, Michael		×										×												
1093	Purucker, J.		×										×												
1094	Quentin, Gunda										×		×												
1095	Quistorp, Eva															×						×		×	
1096	Rademacher, Gurlies		×										×												
1097	Rafeld, Anette		×										×												
1098	Rahn, S.										×		×												
1099	Raina, Peter				×																				
1100	Rajewsky, Christiane									×															
1101	Ramsauer, H.		×										×												
1102	Rapp, Heinz													×											
1103	Raptis, Michel													×											
1104	Raschke, Nikolai		×										×												
1105	Rath, Rainer																					×			
1106	Rathenow, Bettina													×											
1107	Rathenow, Lutz																							×	×
1108	Rathjen (Rathien), Joachim		×										×												
1109	Rauch, Mario		×										×												
1110	Raupach, Wolfgang																×								
1111	Rautenbach, Klaus		×										×												
1112	Realacci, Ermete													×											
1113	Reddmann, Hartmut																×								
1114	Reents, Jürgen																	×							
1115	Reetz, Christa										×		×												
1116	Reetz, Klaus-Peter		×										×												
1117	Rehr, Karl-H.		×										×												
1118	Reich, Jens																							×	×
1119	Reiche, Jochen		×										×												

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1120	Reiche, Reimut																							×				
1121	Reichert, Burkhard																×											
1122	Reichert, Miles															×												
1123	Reichl, Matthias															×												
1124	Reiman, Michal								×							×			×										
1125	Reimann, Uwe		×												×													
1126	Reinbold, Brigitte		×												×													
1127	Reinhard		×												×													
1128	Reinhold, Inge																									×		×
1129	Reinhold, Siegfried																									×		×
1130	Reinmöller, Karlheinz		×												×													
1131	Reisinger, Monika		×												×													
1132	Reiter, Janusz																			×								
1133	Relmet		×												×													
1134	Retsch, Richard		×												×													
1135	Reudenbach, Bruno																							×				
1136	Reuter, Lutz-Rainer																							×				
1137	Rheinberger, Lothar		×												×													
1138	Rhode, Gotthold					×																						
1139	Richter, Daniel															×												
1140	Richter, Dieter											×																
1141	Richter, Horst-Eberhard									×						×										×		×
1142	Richter, Matthias												×		×													
1143	Richter, Stefan																									×		×
1144	Rickart, Gerd		×												×													
1145	Ridder, Helmut																						×					
1146	Riedel, Helmut												×		×													

1147	Riege, Gerhard																							×	×
1148	Rieger, Thomas		×											×											
1149	Riemann, Friederieke [sic]											×		×											
1150	Riemann, Harald											×		×											
1151	Riemer, Fritz		×											×											
1152	Riemer, Hans-Jürgen		×											×											
1153	Riga, Steffi		×											×											
1154	RIll, Peter		×											×											
1155	Ringieb, Sabine											×		×											
1156	Rinser, Luise																				×				
1157	Rinte-Stuttger, Gudrun											×		×											
1158	Risch, Armin		×											×											
1159	Rock, Clemens																							×	×
1160	Rödel, Ulrich																					×			
1161	Rodenstein, Marianne																					×			
1162	Rohlf, Anita		×											×											
1163	Röhner, Gerhard		×											×											
1164	Romberg, Lola																							×	×
1165	Römmerich, Waltraud		×											×											
1166	Römmich, Margot		×											×											
1167	Rortkirch, Harald		×											×											
1168	Rösch, Peter												×												
1169	Roschmann, Ruppert		×											×											
1170	Rose, Jürgen		×											×											
1171	Rose, Romani																							×	×
1172	Rosenbaum, Wolf											×		×											
1173	Rosenberg, Markus																							×	×
1174	Rosenberg, Otto																							×	×
1175	Roser, Julia		×											×											

		Kapitel II														III							IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1176	Rosh, Lea																									×	×	×
1177	Rosnehuber [sic], Wolfgang		×												×													
1178	Rossanda, Rossana															×												
1179	Rosse, Christian												×		×													
1180	Roßnagel, Alexander																							×				
1181	Rotalsky		×												×													
1182	Rotard-Freund, Chr.		×												×													
1183	Roth, Cornelia		×												×													
1184	Roth, Jürgen																									×	×	×
1185	Roth, Mike												×		×													
1186	Roth, Reinhard		×												×													
1187	Roth, Roland		×												×											×		×
1188	Rothe, Sabine																							×				
1189	Röther, Monika		×												×													
1190	Rotkirch, Harald		×												×													
1191	Rottleuthner, Hubert																							×				
1192	Royen, Christoph																	×		×								
1193	Rückel, Klaus		×												×													
1194	Ruckh [sic], Hans		×												×													
1195	Rudolph, Gabriele		×												×													
1196	Rudzio, Wolfgang						×																					
1197	Rumland, Jürgen		×												×													
1198	Rumpf, Mechthild																							×				
1199	Runge, Irene																									×		×
1200	Rünker, Reinhard		×												×													
1201	Ruppel, Helmut																									×		×
1202	Rust, Bärbel																		×									

1203	Rydzy, Karsten											×		×											
1204	Sabata, Jaroslav														×										
1205	Sabatova, Anna														×										
1206	Sabiel, Elke																	×							
1207	Sachse, Carola																				×				
1208	Sachse, Wolfang		×											×											
1209	Sackarndt, Manfred		×											×											
1210	Sackstetter, Horst									×															
1211	Safer, Anton		×											×											
1212	Sagesen, V.Z.		×											×											
1213	Salgo, Ludwig																				×				
1214	San Martin, Rolando		×											×											
1215	Sander, Alfred																				×				
1216	Sander, Meinhard																				×				
1217	Sanghuhl, Thomas		×											×											
1218	Sarrasin, Rainer		×											×											
1219	Saßmannshausen, Norbert		×											×											
1220	Sauer, Birgit																						×		×
1221	Sauer, Cornelia		×											×											
1222	Sauer, Manuel											×		×											
1223	Schaar, Ursula		×											×											
1224	Schach-Glass, Charlotte																				×				
1225	Schade, Ingo		×											×											
1226	Schade, Michael		×											×											
1227	Schäfer, Horst		×											×											
1228	Schäfer, Veronika		×											×											
1229	Schälike, Rolf																×								
1230	Schallehn, Dietrich											×		×											
1231	Scharf, Kurt							×																	

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1232	Scharrer, Manfred	×	×										×		×													
1233	Scheer, Jens												×		×													
1234	Scheibe, Doris		×												×													
1235	Scheifele, Manfred		×												×													
1236	Scheiger, Brigitte		×												×													
1237	Schelkle, Traudel		×												×													
1238	Schenk, Thomas		×												×													
1239	Schenkel, Norbert		×												×													
1240	Scherer, Klaus-Jürgen						×																					
1241	Scherer, Willi		×												×													
1242	Schertz, Alexander		×												×													
1243	Scheuer, G.												×		×													
1244	Schierholz, Henning																			×								
1245	Schießl, Harry																									×		×
1246	Schießl, Karin																									×		×
1247	Schiffelhold, Jakob		×												×													
1248	Schiffers, Angelika																									×		×
1249	Schily, Otto																		×							×		×
1250	Schimang, Dieter		×												×													
1251	Schindler, Volke (Folke)		×												×													
1252	Schipek, Gitta		×												×													
1253	Schipek, Sepp		×												×													
1254	Schipperges, Michael		×												×													
1255	Schlapkohl, Heinz		×												×													
1256	Schlesiger, Klaus		×												×													
1257	Schlobach, Jochen																							×				
1258	Schlötter, Eva		×												×													

1259	Schlumbohm, Jürgen											×		×											
1260	Schlüter, Bernhard																	×							
1261	Schlüter, Gebhard		×											×											
1262	Schlüter, Hans		×											×											
1263	Schmale, Roland											×		×											
1264	Schmid, Andreas		×											×											
1265	Schmid, Bernhard		×											×											
1266	Schmidt, A.		×											×											
1267	Schmidt, Cornelia		×											×											
1268	Schmidt, Eberhard		×								×	×		×								×			
1269	Schmidt, Heidrun																						×	×	
1270	Schmidt, Ingolf		×											×											
1271	Schmidt, lngrid																						×	×	
1272	Schmidt, Manfred		×											×											
1273	Schmidt, Martin																			×					
1274	Schmidt, Michael		×											×											
1275	Schmidt, Peter																						×	×	
1276	Schmidt, R.		×											×											
1277	Schmidt, Rainer		×											×											
1278	Schmidt, Sirkka [sic]		×											×											
1279	Schmidtke, Elke																						×	×	
1280	Schmiede, Rudi		×											×											
1281	Schmiedel, Dagmar																						×	×	
1282	Schmiederer, Ursel										×														
1283	Schmitz, Dorothee		×											×											
1284	Schmitz, Gabi		×											×											
1285	Schmitz, Walter		×											×											
1286	Schnabel, Gunnar		×											×											
1287	Schnappertz, Jürgen																×								

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1288	Schneider, Anne		×												×													
1289	Schneider, Eva		×												×													
1290	Schneider, G.		×												×													
1291	Schneider, Gabriele		×												×													
1292	Schneider, Hans-Peter																									×	×	×
1293	Schneider, Peter																			×								
1294	Schneider, Reinhold		×												×													
1295	Schnellhorn, Patrick		×												×													
1296	Schnitzer, Elke												×		×													
1297	Schoeler, Klaus		×												×													
1298	Schöf, Helmut		×												×													
1299	Scholz, Monica		×												×													
1300	Schöneburg, Karl-Heinz																									×		×
1301	Schönfelder, Andreas																									×		×
1302	Schönthier, Karin												×		×													
1303	Schoppe, Waltraud																		×									
1304	Schorholt, P.		×												×													
1305	Schorlemmer, Friedrich																					×				×		×
1306	Schott, Gernot		×												×													
1307	Schrodel [sic], J.		×												×													
1308	Schröder, Achim		×												×													
1309	Schröder, Adolf												×		×													
1310	Schröder, Inge		×												×													
1311	Schröder, Rainer																							×				
1312	Schröder, Susanne		×												×													
1313	Schröter, Welf		×												×													
1314	Schroth, Erika		×												×													

1315	Schroth, Siegfried		×											×											
1316	Schubert, Klaus		×											×											
1317	Schuch, Uschi		×											×											
1318	Schucholt, Petra		×											×											
1319	Schuckmann, Hermann v.		×											×											
1320	Schüler, Klaus W.																				×				
1321	Schulte, Bernd																				×				
1322	Schulte, Waldemar																				×				
1323	Schultheis, Karl		×											×											
1324	Schultz, Hamila		×											×											
1325	Schultz, Peter											×		×											
1326	Schulz, Bärbel		×											×											
1327	Schulz, H.		×											×											
1328	Schulz, Hans-Jürgen	×	×											×											
1329	Schulz, Otfried		×											×											
1330	Schulz, Werner																						×		×
1331	Schulz, Wolfgang		×											×											
1332	Schulze-Rohr, Jakob																						×		×
1333	Schumann, Karl F.																				×				
1334	Schumm, Wilhelm																				×				
1335	Schütze, Yvonne																				×				
1336	Schwager, Bussy		×											×											
1337	Schwalba-Hoth, Frank														×										
1338	Schwandt, Hans-Joachim	×	×											×											
1339	Schwarz, Ingrid		×											×											
1340	Schweisfurth, Theodor																				×		×		×
1341	Schweizerischer Friedensrat														×										
1342	Schwoch [sic], H.-J.		×											×											
1343	Segall, R.		×											×											

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1344	Segbers, Klaus																		×									
1345	Seggelke		×												×													
1346	Seidel, Eberhard															×												
1347	Seidel, Günter		×												×													
1348	Seifert, Eberhard K.																							×				
1349	Seifert, Jürgen																							×		×	×	×
1350	Seifert, Wolfang		×												×													
1351	Seifried [sic], Klaus		×												×													
1352	Seipel, Michael																									×		×
1353	Seleger, Ralf		×												×													
1354	Selinger, Georg		×												×													
1355	Semler, Christian												×	×	×													
1356	Senghaas-Knobloch, Eva											×	×		×													
1357	Sickermann, Christian		×												×													
1358	Siegel, Tilla																							×				
1359	Siegert, M.							×							×													
1360	Sienknecht, AxeI		×												×													
1361	Sietas, Uwe		×												×													
1362	Sieveking, Klaus																							×				
1363	Sigusch, Volker																							×				
1364	Silberhorn, Hans	×	×												×													
1365	Silvanus, Martin		×												×													
1366	Simon, Clarissa		×												×													
1367	Simon, Dagmar		×												×													
1368	Simon, Helmut																									×		×
1369	Sinowjew, Alexander					×																						
1370	Skandrani, Ginette															×												

1371	Smolár, Alexander						×					×												
1372	Soldan, Erst		×									×												
1373	Sölle, Dorothee							×		×		×								×		×		×
1374	Sommer, Ingeborg									×		×												
1375	Sonneck, Torsten		×									×												
1376	Sonnenfeld, Christa		×									×												
1377	Spinner-Ahnert		×									×												
1378	Sprenger, Thomas		×									×												
1379	Sproll, Marina									×		×												
1380	Spyrka, Kerstin																					×		×
1381	Squitieri, Gianni												×											
1382	Sroke, Friedhelm		×									×												
1383	Stäcker, Dieter																					×		×
1384	Stäcker, Jens																					×		×
1385	Stadelhofer-Cares, A.		×									×												
1386	Staeck, Klaus																					×		×
1387	Stange, Helmut		×									×												
1388	Stascheit, Ulrich																				×			
1389	Staude, Ortrud									×		×												
1390	Staude, Wolfgang		×									×												
1391	Stecklina, Gudrun																					×		×
1392	Steffensky, Fulbert („Prof. Dr. E. Steffenski, Hamburg“)									×		×												
1393	Stegemann, Norwin									×		×												
1394	Stegemann, Rainer									×		×												
1395	Steger, Frank		×									×												
1396	Stehen, Jutta		×									×												
1397	Stehen, Rainer		×									×												
1398	Stein, Bernd																					×		×
1399	Stein, Helga																					×		×

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1400	Stein, Tine																										×	×
1401	Steinberger, Ruth		×												×													
1402	Steindl		×												×													
1403	Steinhauser, Monika																							×				
1404	Steinke, Rudolf		×												×													
1405	Steinke, Thomas												×		×													
1406	Steinsberger, Angelika		×												×													
1407	Stenarv, Gunnar																			×								
1408	Steppke, Günther		×												×													
1409	Stern, Carola										×	×																
1410	Sterzel, Dieter																							×				
1411	Steuer, A.		×												×													
1412	Stiefel, Harald		×												×													
1413	Stockmann, Christoph		×												×													
1414	Stockmann, Ulrich																									×		×
1415	Stöhr, Martin											×											×					
1416	Stojanovic, Svetovar	×	×										×		×			×										
1417	Stolle (Bezirksdelegierter)		×												×													
1418	Stolleis, Michael																							×				
1419	Stolz, Rolf																									×		×
1420	Storck, Dieter		×												×													
1421	Strack, Gerhard												×		×													
1422	Strasdelt, M.												×		×													
1423	Strasser, Johano						×				×		×		×		×											
1424	Strate, Gerhard												×		×													
1425	Streb, Klaus-Dieter		×												×													
1426	Strehle, Michael		×												×													

1427	Streit, Jürgen		×										×												
1428	Strempel, Brigitte von		×										×												
1429	Strempel, Jochen von		×										×												
1430	Strittmacher, Horst		×										×												
1431	Strmiska, Zdeněk														×										
1432	Ströbele, Astrud		×										×												
1433	Ströbele, Hartmut		×										×												
1434	Strohmeyer, Norbert										×		×												
1435	Strübel, Michael														×										
1436	Stubel, Volker																						×		×
1437	Stuben, Magret		×										×												
1438	Stübner, Karin		×										×												
1439	Stucker, Ernst (IG Metall)		×										×												
1440	Stuckert, Ernst (IG Chemie)	×	×										×												
1441	Stumpf, Klaus		×										×												
1442	Sturz, G.										×		×												
1443	Succow, Michael																						×		×
1444	Suchor, Lubomir														×										
1445	Sudhof, Margaretha																				×				
1446	Sulzbacher, Peter		×										×												
1447	Svensson, Roswitha																						×		×
1448	Swiecicki, Marek T.										×		×												
1449	Szonert, Piotr A.										×		×												
1450	Szostok, Thomas										×		×												
1451	Tairov, Tair															×									
1452	Talbot, Rene		×										×												
1453	Tammens, Rudolf		×										×												
1454	Teckentrupp, Gabriele		×										×												
1455	Tempel, Peter		×										×												

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	**E**	**F**	G	**H**	**I**	**J**	**K**	L	M	**N**	**O**	**P**	**Q**	**R**	**S**	**T**	**U**	**V**	**W**	**X**	Y	Z	**XY**
1456	Templin, Wolfgang																			×						×	×	×
1457	Teppert, Helmut		×												×													
1458	Tesch, Sonja		×												×													
1459	Testa, Enrico															×												
1460	Tetzlaff, Rainer																							×				
1461	Thate, Hilmar																									×		×
1462	Thelen, Peter																			×								
1463	Theunissen, Michael																							×				
1464	Thieme, Herbert		×												×													
1465	Thies, Heinrich		×												×													
1466	Thole, Werner		×												×													
1467	Thomas, Ralf												×		×													
1468	Thöne, Anja		×												×													
1469	Thordson, Kai		×												×													
1470	Timmermann, Heinz																	×										
1471	Töhne, Anja		×												×													
1472	Tomin, Zdena															×												
1473	Tornow, Georgia		×												×													
1474	Tosek, Ruth															×												
1475	Tosek, Vladimir															×												
1476	Toth, Karoly																			×								
1477	Traube, Klaus											×																
1478	Trautmann, Günter																	×										
1479	Trautmann, Maria		×												×													
1480	Treiber, Wolfram		×												×													
1481	Triadafillides, Michel															×												
1482	Triebe, Günter		×												×													

1483	Triebe, Manfred		×										×												
1484	Trinkl, Manfred		×										×												
1485	Tscheko, Tibo		×										×												
1486	Tugendhat, Ernst																			×		×		×	
1487	Tüllmann, Greta																			×					
1488	Türpe, Andree																		×						
1489	Überhorst, Reinhard													×											
1490	Uhl, Petr													×											
1491	Uhlig, Konstanze		×										×												
1492	Ulbrich		×										×												
1493	Ulfers, Herbert		×										×												
1494	Ulfers, Rainer		×										×												
1495	Ulke, Susanne													×											
1496	Ullmann, Wolfgang																					×	×	×	
1497	Ullmer, Richard		×										×												
1498	Ulpins, K.		×										×												
1499	Ulrich, Bernd																	×							
1500	Ulrich, Ute																×								
1501	Urbanczyk, Günter		×										×												
1502	Urbanek, H.		×										×												
1503	Urias, Juri																					×		×	
1504	Uschakow, Alexander				×																				
1505	Uszkoreit, Hans																			×					
1506	Utz, Mathias		×										×												
1507	Vack, Hanne																				×				
1508	Vack, Klaus							×		×				×							×		×		×
1509	Vajda, Mihaly													×											
1510	Verholt, U.										×		×												
1511	Vervuert, Anita		×										×												

		Kapitel II														III						IV		V				
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1512	Vester, Michael											×												×				
1513	Vetter, Reinhold					×																						
1514	Vey, Gebhard		×												×													
1515	Vilmar, Fritz						×																		×			
1516	Vitt, Werner																						×					
1517	Vogler, Angela		×												×													
1518	Vogt, Roland																		×									
1519	Voigt, Gisela		×												×													
1520	Voigt, Karten D.																	×		×								
1521	Völker, Wolfgang												×		×													
1522	Volkmann, Bernd												×		×													
1523	Volkmann, Wilfried		×												×													
1524	Vollmer, Antje												×		×											×		×
1525	Volmer, Ludger												×		×													
1526	Vorbeck, Dorothee																×											
1527	Vormweg, Heinrich										×																	
1528	Voß, Elisabeth																								×			
1529	Vultejus, Ulrich																									×		×
1530	Wachner, Werner		×												×													
1531	Wachowiak, Jutta																					×						
1532	Wächter, Helga		×												×													
1533	Wagemann, Carola		×												×													
1534	Wagner, Helmut					×																						
1535	Wagner, Monika																							×				
1536	Waibel, Dieter		×												×													
1537	Wakwerth, Manfred																									×		×
1538	Waleria Radziejowska-Hahn					×																						

1539	Walther, Siegmund		×											×											
1540	Walther, Till											×		×											
1541	Warsewa, Günter																					×			
1542	Warzecha, Heinz																			×					
1543	Wassermann, Rudolf																						×		×
1544	Waßmann, Werner		×											×											
1545	Weber, Elisabeth																×	×					×		×
1546	Weber, Eva		×											×											
1547	Weber, Hermann																						×		×
1548	Weber, Manfred		×											×											
1549	Weber, Margitta				×																				
1550	Weber, Martina											×		×											
1551	Weber, Peter											×		×											
1552	Weber, Thomas																						×		×
1553	Weblus-Stäcker, Margot																						×		×
1554	Weege, Hubert		×											×											
1555	Weger [?]											×		×											
1556	Weichenhan, Michael																						×		×
1557	Weichk, Edgar		×											×											
1558	Weihe, Helmar		×											×											
1559	Weingart, Karin		×											×											
1560	Weischede, Gerald		×											×											
1561	Weise, Martin		×											×											
1562	Weishaar, Claudia		×											×											
1563	Weiske, Christine																						×		×
1564	Weiß, Konrad																			×			×		×
1565	Weiss, Manfred																					×			
1566	Weiss, Ruth																						×		×
1567	Weisskirchen, Gert												×	×				×					×		×

		Kapitel II														III							IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1568	Weitz, Wolfgang		×												×													
1569	Weizsäcker, Christine von																									×		×
1570	Welsch, Thomas		×										×		×													
1571	Welscheid, Sissy		×												×													
1572	Welzmüller, Rudi		×												×													
1573	Wendel, Cäcilia		×												×													
1574	Wenslerski, Peter																									×		×
1575	Werner, Hans-Jürgen		×												×													
1576	Wesel, Uwe																							×				
1577	Westrich, Ralf		×												×													
1578	Weyde, Renate		×												×													
1579	Wichmann, Lutz		×												×													
1580	Wicke, Borghild		×												×													
1581	Widmer, Gerhard																									×		×
1582	Widmer-Rakstroh, U.		×												×													
1583	Wiese, Anita												×		×													
1584	Wiesen, Karl-Heinz	×	×												×													
1585	Wiesenthal, Helmut																							×				
1586	Wietheger, P.		×												×													
1587	Wiethölter, Rudolf																							×				
1588	Wilke, Manfred					×	×																					
1589	Wilker, Stefan	×	×												×													
1590	Will, Rosemarie																									×	×	×
1591	Willms, Lüko		×												×													
1592	Winckel, Helga		×												×													
1593	Winkler, Gunnar		×												×													
1594	Winkler-Pallenzko, Elvira												×		×													

1595	Winter, Gerd																					×			
1596	Wintgen, Angela																			×					
1597	Wirpsza, Witold					×																			
1598	Withake-Scholz, Ada																						×		×
1599	Woinowitsch, Wladimir					×																			
1600	Wolf, Christa																			×			×		×
1601	Wolf, Frieder Otto																		×				×		×
1602	Wolf, Gabrielle [sic]		×										×												
1603	Wolf, Gerold		×										×												
1604	Wolf, Harald		×										×						×						
1605	Wolf, Rainer																					×			
1606	Wolf, Udo		×										×												
1607	Wolf, Winfried	×	×		×		×						×												
1608	Wolff, Friedrich																						×		×
1609	Wolfram, Klaus																						×		×
1610	Wolter, Utoe		×										×												
1611	Wörisdörfer, Rolf		×										×												
1612	Wóycicki, Kasimierz																	×							
1613	Wozniak, Leszek										×		×												
1614	Wronski, Agnes		×										×												
1615	Wüntscher, Heinz		×										×												
1616	Wüntscher, Sylvia		×										×												
1617	Zahl, Peter-Paul									×															
1618	Zahn, Horst-Dieter		×		×					×			×												
1619	Zahner, Bernd		×										×												
1620	Zarychta, Halina					×																			
1621	Zech, Arnold		×										×												
1622	Zechner		×										×												
1623	Zeiger, Jürger		×										×												

		Kapitel II														III						IV		V					
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	XY
1624	Zeihe, V.		×												×													
1625	Zeile, Christine																							×				
1626	Zeischner, Uwe		×												×													
1627	Zeitler, Karin												×		×													
1628	Zeschke, Axel																									×		×
1629	Zetzmann, Rainer		×												×													
1630	Ziegler, Martin																									×		×
1631	Zielcke, Andreas																							×				
1632	Zieran, Manfred																				×							
1633	Zieske, Lothar		×												×													
1634	Zimmermann, Maria												×		×													
1635	Zimmermann, Martina		×												×													
1636	Zimmermann, Wolfgang	×	×										×		×													
1637	Zinke, Eva		×												×													
1638	Zippens, Christiane		×												×													
1639	Zöllner, Rainer		×												×													
1640	Zumach, Hildegard									×																×		×
1641	Zwerenz, Gerhard												×		×													

Quellen: Spalte A: APO-Archiv, Bestand S, 975, Flugblatt Solidarität mit Solidarność. **Spalte B:** http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a81-07254/02-aufruf.pdf [12. 02. 2016]; FSO, HA-PL: dok, Solidarität mit Solidarność, Faltblatt Solidarität mit Solidarność. **Spalte C:** Offenes Antwortschreiben auf den Brief der KPdSU an die polnische Führung, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 36 (1981), Nr. 130, S. 6–8. **Spalte D:** FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność, Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 1 (1981), S. 14. **Spalte E und F:** die tageszeitung vom 08. 01. 1982, S. 5. **Spalte G:** FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność, Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 2 (Januar 1982), S. 23. **Spalte H:** AdsD, Dep. Tomaš Kosta, 1/TKAA000004, Jiří Kosta, Tomaš Kosta, Adolf Müller und Michal Reiman an das Präsidium der SPD, 25. 01. 1982. **Spalte I:** Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1982, S. 382 f. **Spalte J:** FR vom 26. 11. 1982, S. 2. **Spalte K:** Freiheit + Gleicheit, Nr. 4 (Januar 1983), S. 183–193. **Spalte L:** APO-Archiv, Bestand S, 975, Rundbrief

von Gerd Koenen, 20. 11. 1982 (Anlage). **Spalte M:** Koenen, Von 1968 nach 1989 und zurück, S. 15. **Spalte N:** Zusammenfassung Spalten A, B, C, D, G, L, M. **Spalte O:** Initiative Ost-West-Dialog, Der Frieden ist unteilbar, S. 46 f. **Spalte P:** Rolf Reißig, Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED, Frankfurt am Main/New York 2002, S. 54 (Anm. o. Nr.). **Spalte Q:** Meyer/Mlynář, Die Krise des Sowjetsystems und der Westen, S. 318 ff. **Spalte R:** AGG, B.II.3, 1156, Beratungstreffen des AK VIII, 04. 05. 1987 (Teilnehmerliste). **Spalte S:** Peter Schneider/Peter J. Thelen (Hg.): Demokratische Reformen und Europäische Sicherheit. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 3.–5. März 1989 in Bonn, Bonn 1989, S. 205 ff. **Spalte T:** AGG, B.II.1, 2278, Vorbereitungsgruppe Perestroika-Kongreß, 10. 10. 1989, S. 1; AGG, B.II.1, 2278, Tischvorlage Perestroika-Kongreß, 05. 12. 1989, o. P.; AGG, B.II.3, 1035, Perestroika-Info Nr. 1, S. 2. **Spalte U:** Lindner, Die demokratische Revolution, S. 188. **Spalte V:** Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1990, S. 124 f. **Spalte W:** Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1990, S. 633 f. **Spalte X:** Voß, 4 Tage Kommune-Atmosphäre. **Spalte Y:** Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder (Hg.), In freier Selbstbestimmung, S. 22 f. **Spalte Z:** AGG, E.02 Kuratorium, 3, Mitglieder des Arbeitsausschusses, undat. **Spalte XY:** Zusammenfassung Spalten Y und Z.

Quellen und Literatur

1. Gespräche und Korrespondenz mit Zeitzeugen

Max Brym (Gespräch, München, 8. Juni 2015)
Kerstin Denkena (Mitteilung per E-Mail, 23. November 2015)
Maik Hosang (Telefonat, 22. Juli 2015)
Jan Pauer (Gespräch, Hamburg, 23. Februar 2014)
Karsten D. Voigt (Mitteilung per E-Mail, übermittelt von Getrud Lenz, 20. Juni 2013; Gespräch, Berlin, 10. Juni 2016)
Antje Vollmer (Mitteilung per E-Mail, 6. März 2016)
Manfred Wilke (Gespräch, Tutzing, 6. Juli 2013)

2. Archive

APO-Archiv im Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin (APO-Archiv)
S 975
S 462

Archiv der Sozialen Bewegungen, Hamburg (ASB)
BRD 13

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD)
Dep. Egon Bahr
1/EBAA000662

Dep. Björn Engholm
1/BEAA000112
1/BEAA000118

Dep. Erhard Eppler
1/EEAC000021
1/EEAC000126
1/EEAC000218
1/EEAC000020
1/EEAC000024
1/EEAC000019
1/EEAC000138

Dep. Iring Fetscher
1/IFAA000030
1/IFAA000031
1/IFAA000032
1/IFAA000067

Dep. Tomaš Kosta
Akte 3
Akte 4
Akte 5

Dep. Gert Weisskirchen
Ordner „Tageskopien/12. Wahlperiode“ (o. Sign.; Standort: Raum II, Regal 306, Fach 1, Ordner 14)

Willy-Brandt-Archiv (WBA)
A 10.1, Lindenberg, 173
A 10.1, Lindenberg, 174
A 19, 86
A 19, 178

Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg (Afas)
Bestand Trotzkisten, Paket „PB 1980/81 Material/PB 1981/82 Material/Kontrollkommission 1970–77/Div.: ISA, KL, TMRI, SL – 1980“, o. Sign.

Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin (AGG)
A Rudolf Bahro
10
59
71

A Petra Kelly (PKA)
469
1851
1905

A Wilhelm Knabe
44

A Joschka Fischer
233

A Martin Schmidt
82

B.I.3
236

B.I.9
1

B.II.1
1588
1636
1676
2278
2305

B.II.3
1035
1135
1156
1156
1157
1203
1203

E.02 Kuratorium
3

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin (StAufarb)
Dep. Edward Klimczak, Akte 15

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (BStU)
HVA 35
HVA 82

MfS Abt. X, 809
MfS ZAIG 4230

Die Grünen, Landesverband Bayern, Landesgeschäftsstelle München
Grüner Basisbrief (Zschr. o. Sign.)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (FSO)
B-Sammlung
HA-CS: Pauer, J., Box „Die Grünen und die Opposition in Osteuropa" (o. Sign.)
HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność

Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)
SB 001
SBe 510/Osteuropäische Opposition. Allgemeines/Box 01
SBe 511/Tsch/Box 001,01

Bestand Sozialistisches Osteuropakomitee
Ordner Post A–B
Ordner Post M–Q
Ordner Post H–J
Ordner Post R–St
Ordner „Osteuropakommittee [sic]"

Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)
Dn 370 Sozialistisches Büro
Dn 378 Komitee für Grundrechte und Demokratie

Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam (IISG)
Die Tageszeitung Archives, 65d

Universitätsarchiv der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover (LUH)
Akz. 2009/09 [Nachlass Peter von Oertzen]
8/6
11/2
48/1
48/4
48/5
50/5

Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin (RHG)
A BBo 016
OWK 01

3. Gedruckte Quellen, Dokumentationen, Forschungsliteratur

Aufgrund des geringen Abstands des Untersuchungszeitraums zur Gegenwart und aufgrund der wissenschaftlichen Betätigung vieler der betrachteten Akteure sind die Grenzen zwischen gedruckten Quellen und (Sekundär-)Literatur fließend. Es wurde daher auf eine Separierung verzichtet.

A. G. Grauwacke (Hg.): Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin ^{2}2004.
A./Hamburg: Von der Wahlniederlage zur Großen Koalition, in: Arbeiterkampf 20 (1990), Nr. 317, S. 6 f.
Ackermann, Ulrike: Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, Stuttgart 2000.
Ackermann, Ulrike: Sündenfall der Intellektuellen. Französische und deutsche Wahrnehmungen der Dissidenz, in: Hans-Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März (Hg.): Wechselwirkungen Ost–West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 139–148.
Adam, Konrad: David, in: FAZ vom 11. 11. 1989.
Adam, Werner: Michail der Große. Gorbatschow mit flinker Feder wohlwollend porträtiert, in: FAZ vom 10. 07. 1985, S. 12.
Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amts, Bd. 1981, München 2012.
Albers, Detlev: Perestroika und demokratischer Sozialismus, in: ders./Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989, S. 48–58.
Albertz, Heinrich: Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden, in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 18–24.
Amos, Heike: Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte, Berlin [u. a.] 2015.
Andreas, Marcus: Vom neuen guten Leben. Ethnographie eines Ökodorfes, Bielefeld 2015.
Andresen, Knud: Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909–1986), Bonn 2007.
Apelt, Andreas H.: Sozialismus contra Wiedervereinigung? Die DDR-Opoosition und die deutsche Frage, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 138–153.
Arato, Andrew: „Civil Society" gegen den Staat. Der Fall Polen 1980/81, in: Reinhard Fenchel/Anna Jutta Pietsch (Hg.): Polen 1980–82. Gesellschaft gegen den Staat, Hannover 1982, S. 46–87.
Arato, Andrew: Civil Society against the State: Poland 1980–81, in: Telos 47 (1981), S. 23–47.
Arato, Andrew/Cohen, Jean L.: Politics and the Reconstruction of the Concept of Civil Society, in: Axel Honneth/Thomas McCarthy/Claus Offe/Albrecht Wellmer (Hg.): Zwischenbetrachtungen im Prozess der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag, Frankfurt am Main 1989, S. 482–503.
Arendes, Cord: Auf der Suche nach dem roten Faden. Jürgen Habermas' Lesarten der europäischen Moderne in unübersichtlichen Zeiten 7 (2010), Nr. 1, S. 152–157.
Arndt, Agnes: Intellektuelle in der Opposition. Diskurse zur Zivilgesellschaft in der Volksrepublik Polen, Frankfurt am Main/New York 2007.
Arndt, Agnes: Premisses and Paradoxes in the Development of the Civil Society Concept in Poland, in: Discourses on Civil Society in Poland, Discussion Paper Nr. SP IV 2008-402, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2008/iv08-402.pdf [30. 01. 2016], S. 1–29.
Arndt, Agnes: Rote Bürger. Eine Milieu- und Beziehungsgeschichte linker Dissidenz in Polen (1956–1976), Göttingen 2013.
Arndt, Agnes: Semantisches Missverständnis. Der Begriff „Zivilgesellschaft" spielte in Polen keine zentrale Rolle, in: WZB-Mitteilungen 118 (2007), S. 11–13.

Arndt, Uwe/Mackenbach, Werner/Pohl, Willi/Scheller, Bertold: Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei, Frankfurt am Main 1990.
Atzeni, Gina: Professionelles Erwartungsmanagement. Zur soziologischen Bedeutung der Sozialfigur Arzt, Baden-Baden 2016.

Baag, Robert: Die unwiderstehliche Wut der polnischen Werftarbeiter (31. 08. 2005), http://www.deutschlandfunk.de/die-unwiderstehliche-wut-der-polnischen-werftarbeiter.724.de.html?dram:article_id=98257 [31. 03. 2016].
Bachmann, Wiebke: Das Bild Gorbačevs, El'cins und Putins in der deutschen Presse am Beispiel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und des „Spiegels", in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 12 (2008), Nr. 1, S. 85–113.
Bahr, Egon: Reformen und Sicherheit, in: Peter Schneider/Peter J. Thelen (Hg.): Demokratische Reformen und Europäische Sicherheit. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 3.–5. März 1989 in Bonn, S. 6–15.
Bahr, Egon: Wie einfach, Freiheit für die Polen zu fordern. In der Debatte über Polen werden viele politische Rechnungen ohne die Zwänge der Realität gemacht, in: Vorwärts 4/1982.
Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München ^{2}1996.
Bahro, Rudolf: Il Principe. Der Ex-DDRler sieht den Fürsten, den Machiavelli nicht hat erscheinen sehen, in: taz vom 14. 02. 1987.
Bahrmann, Hannes/Links, Christoph: Chronik der Wende, Bd. 1: Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989, Berlin 1994.
Banditt, Christopher: Das „Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder" in der Verfassungsdiskussion der Wiedervereinigung (2014), http://www.bpb.de/193078 [19. 01. 2016].
Bansamir, Detlev: Zur Situation Kommunitärer Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Freie Univ., Diplomarbeit 1996.
Baron, Udo: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen", Münster 2003.
Bartelheimer, Peter/Brandt, Heinz/Huhn, Jens/Moneta, Jakob/Wolf, Winfried/Zahn, Horst-Dieter: Solidarität mit Solidarność, in: links 13 (1981), Nr. 134, S. 2.
Beattie, Andrew H.: The Politics of Remembering the GDR. Official and State-Mandated Memory since 1990, in: David Clarke/Ute Wölfel (Hg.): Remembering the German Democratic Republic. Divided Memory in a United Germany 2011, S. 23–34.
Bégin, Natalie: Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von „Solidarność" in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich, in: AfS 45 (2005), S. 293–324.
Berger, Stefan/LaPorte, Norman: Great Britain. Between Avoiding Cold War and Supporting Free Trade Unionism, in: Idesbald Goddeeris (Hg.): Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982, Lanham 2010, S. 129–157.
Bergmann, Theodor: Arbeiterselbstverwaltung, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 1, Hamburg, 1994, Sp. 486–489.
Bernd Drücke: Anarchy in East-Germany. Ohne *Umweltblätter* und *telegraph* hätte es die Wende 1989 so nicht gegeben, in: graswurzelrevolution 340, http://www.graswurzel.net/340/1989.shtml [25. 09. 2014].
Bialer, Seweryn: The Soviet Paradox. External Expansion, Internal Decline, London 1986.
Biedenkopf, Kurt/Bahro, Rudolf: Gespräch, in: Bleibt mir der Erde treu! Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit, Berlin 1995, S. 168–172.
Biermann, Wolf: Große Skepsis – größere Hoffnung, in: taz vom 10. 02. 1987.
Bingen, Dieter: Die offene Krise der Macht, in: Polen im Sommer 1981. Neue Analysen zu innen- und außenpolitischen Problemen (Sonderveröffentlichung des BIOst, August 1981), S. 1–8.
Bingen, Dieter: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998.
Bingen, Dieter: Solidarność – eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung, in: APuZ 29–30/1982, S. 3–25.
Bingen, Dieter: Vorwort des Herausgebers, in: ders. (Hg.): Polen 1980–1984, Baden-Baden 1985, S. 9–12.

Birger, Maria: Gruppenbild mit Lew Kopelew. Die Bedeutung des russischen Dissidenten für die bundesdeutsche Öffentlichkeit, Köln, Univ., Staatsexamensarbeit 2011.
Blackburn, Robin: Fin de Siecle. Socialism after the Crash, in: NLR I/185 (Januar/Februar 1991), S. 5–66.
Blecking, Diethelm: „In Polen hat Marx über Lenin gesiegt". Eine Reise nach Posnań, Warszawa und Wrocław im Oktober 1980, in: Tita Gaehme (Hg.): Aber eines Tages war das nicht mehr so. Polen 1980. Vorwort von Lech Wałęsa, Köln 1981, S. 70–82.
Boel, Bent: Western European Social Democrats and Dissidence in the Soviet Bloc during the Cold War, in: Robert Brier (Hg.): Entangled Protest. Transnational Approaches to the History of Dissent in Eastern Europe and the Soviet Union, Osnabrück 2013, S. 153–171.
Bohnsack, Florian: „Was Sozialismus ist, wissen wir nicht". Über die Zukunft von Perestroika und Prager Frühling diskutierten in Frankfurt altbekannte Leute auf dem Podium mit neuer Sicht der Dinge, in: taz vom 12. 07. 1988, S. 4.
Boll, Friedhelm: Zwischen politischer Zurückhaltung und humanitärer Hilfe. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und Solidarność 1980–1982, in: Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke (Hg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 199–218.
Boll, Friedhelm/Świder, Małgorzata: The FRG: Humanitarian Support without Big Publicity, in: Idesbald Goddeeris (Hg.): Solidarity with Solidarity: Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982, Lanham u. a. 2010, S. 159–190.
Böll, Heinrich/Duve, Freimut/Staeck, Klaus (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1984.
Bonn, Lisa: Begriffskonjunktur Zivilgesellschaft. Zur missverständlichen Interpretation dissidentischer Bewegungen in Osteuropa, in: Lino Klevesath/Holger Zapf (Hg.): Demokratie – Kultur – Moderne. Perspektiven der politischen Theorie, S. 121–131.
Bookchin, Murray u. a.: Selbstverwaltung. Die Basis einer befreiten Gesellschaft, hg. v. Wolfgang Fritz Haug, Reutlingen 1979.
Borgmann, Annemarie: Der Brachialo-Flügel in Moskau, in: Der Spiegel 51/1986, S. 94 f.
Borodziej, Włodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010.
Bösch, Frank: Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History (ZF/SCH) 9 (2012), Nr. 1, S. 8–32.
Bradley, Mark Philip: Human Rights and Communism, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hg.): Communism. Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 151–177.
Brahm, Heinz: Drehscheibe der Osteuropaforschung. Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, in: Osteuropa 55 (2005), Nr. 12, S. 163–175.
Brahm, Heinz: Ein Porträt Gorbatschows, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?, München/Wien 1989, S. 48–54.
Brandt, Arno/Jüttner, Wolfgang: Worin die freie Entwicklung eines jeden … Zur Aktualität des demokratisch-sozialistischen Denkens bei Peter von Oertzen, in: Karin Benz-Overhage/Wolfgang Jüttner/Horst Peter (Hg.): Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt. Lesebuch zum 70. Geburtstag von Peter von Oertzen, Köln 1994, S. 37–46.
Brandt, Heinz/Brandt, Peter/Drewitz, Ingeborg/Flechtheim, Ossip K./Gollwitzer, Helmut/Moneta, Jakob/Oertzen, Peter von: Offenes Antwortschreiben auf den Brief der KPdSU an die polnische Führung von den Unterstützern des Aufrufs „Solidarität mit Solidarnosc", in: Sozialdemokratischer Pressedienst 36 (1981), Nr. 130, S. 6–8.
Brandt, Marion: Hoffnungen, Ängste, Missverständnisse. Wie sich deutschsprachige Schriftsteller zur Solidarność in Polen äußerten (03. 10. 2015), http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=21173 [12. 04. 2016].
Brandt, Willy: „Zu früh zu pauschal von einer Renaissance gesprochen". Kritische Anmerkungen von Willy Brandt zur Zukunft der Sozialdemokratie und des freiheitlichen Sozialismus [Rede anlässlich des 125. Geburtstages der SPD Nürnberg], in: FR vom 17. 09. 1991, S. 14 f.
Brandt, Willy: Deutscher Patriotismus. Mein ist die Rede vom Vaterland. Das neide mir keiner. Friedrich Hölderlin, in: Der Spiegel 5/1982, S. 42 f.

Brandt, Willy: Die Zukunft des demokratischen Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 7–24.
Brandts Come-Back – Kohls Reinfall, in: taz, Berliner Ausgabe, vom 11. 11. 1989.
Bremer, Jörg: Sozialismus ohne Demokratie ist kein Sozialismus. Von einer Debatte zwischen SPD und SDP in Hannover, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 12. 1989, S. 4.
Bresselau von Bressensdorf, Agnes: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83, München/Berlin 2015.
Briefs, Ulrich: Linke im Umbruch, in: Sozialistische Zeitung 4 (1989), Nr. 24, S. 4.
Brier, Robert: Adam Michnik's Understanding of Totalitarianism and the West European Left. A Historical and Transnational Approach to Dissident Political Thought, in: East European Politics and Societies 25 (2011), Nr. 2, S. 197–218.
Brier, Robert: Broadening the Cultural History of the Cold War: The Emergence of the Polish Workers' Defense Committee and the Rise of Human Rights, in: Journal of Cold War Studies 15 (2013), Nr. 4, S. 104–127.
Brier, Robert: Entangled Protest. Dissent and the Transnational History of the 1970s and 1980s, in: Robert Brier (Hg.): Entangled Protest. Transnational Approaches to the History of Dissent in Eastern Europe and the Soviet Union, Osnabrück 2013, S. 11–42.
Brier, Robert (Hg.): Entangled Protest. Transnational Approaches to the History of Dissent in Eastern Europe and the Soviet Union, Osnabrück 2013.
Brown, Archie: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt am Main/Leipzig 2000.
Brown, Archie: Introduction, in: Michail S. Gorbatschow/Zdeněk Mlynář: Conversations with Gorbachev. On Perestroika, the Prague Spring, and the Crossroads of Socialism, New York 2002, S. vii–xxiii.
Bruhn, Joachim: Was bedeutet „Nie wieder Deutschland"? Eine ungehaltene Rede [Oktober 1991], http://www.ca-ira.net/isf/beitraege/pdf/bruhn-nie.wieder.deutschland.pdf [02. 04. 2016].
Brumlik, Micha: Was heißt „Zivile Gesellschaft"? Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1991, S. 987–993.
Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart 1975.
Brus, Włodzimierz/Kende, Pierre/Mlynář, Zdeněk: „Normalisierungsprozesse" im sowjetisierten Mitteleuropa. Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Köln 1982.
Bude, Heinz: Achtundsechzig, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. II, München 2001, S. 122–136.
Bund Sozialistischer Arbeiter: Stürzt die SED-Bürokratie! Baut Arbeiterräte auf! Aufruf des Bundes Sozialistischer Arbeiter, in: ders.: Das Ende der DDR. Eine politische Autopsie, Essen 1992, S. 83–108.
Bund Sozialistischer Arbeiter: Besetzt die Betriebe! Baut Arbeiterräte auf!, in: ders.: Das Ende der DDR. Eine politische Autopsie, Essen 1992, S. 275–279.
Bund Sozialistischer Arbeiter: Das Ende der DDR. Eine politische Autopsie, Essen 1992.
Bundesminister des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1989, Bonn 1990.
Buro, Andreas: Gewaltlos gegen Krieg. Erinnerungen eines streitbaren Pazifisten, Frankfurt am Main 2011.
Büscher, Barbara u. a. (Hg.): „Solidarność". Die polnische Gewerkschaft „Solidarität" in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen 1980 bis 1982, Köln 1983.

Carola Stern – zu Leben und Werk, http://www.carola-stern-stiftung.de/person_01.htm [15. 12. 2014].
Catalano, Alessandro: Il samizdat tra dialogo e monologo. Le attività editoriali di Zdeněk Mlynář e la scelta degli interlocutori, in: eSamizdat. Rivista di culture dei paesi slavi 8 (2010–2011), S. 261–280.
Catalano, Alessandro: Zdeněk Mlynář a hledání socialistické opozice. Od aktivní politiky přes disent až k ediční činnosti v exilu [Zdeněk Mlynář und die Suche nach einer sozialistischen Opposition. Vom aktiven Politiker zum Dissens zur editorischen Arbeit im Exil], in: Soudobé Dějiny (2013), Nr. 3, S. 277–344.

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Die Wahrheit über die SPD-Deutschlandpolitik, Pressedienst vom 14. 11. 1989.
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Keine neuen Sozialismus-Experimente in der DDR!, Stichworte der Woche, Ausgabe 22/21/89, dat. 1. Dezember 1989.
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Pressedienst 3945p vom 19. 11. 1989.
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Pressedienst vom 15. 11. 1989.
CDU-Bundesgeschäftsstelle: Pressemitteilung vom 23. 11. 1989.
Chotjewitz-Häfner, Renate (Hg.): Die Biermann-Ausbürgerung und die Schriftsteller. Ein deutsch-deutscher Fall. Protokoll der ersten Tagung des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS), Berlin 28. Februrar bis 1. März 1992, Köln 1994.
Claussen, Detlef: Der real nicht existierende Sozialismus und die weinenden Krokodile, in: links 14 (1982), Nr. 143, S. 25 f.
Cohen, Jean L./Arato, Andrew: Civil Society and Political Theory, Cambridge, Mass. 1992.
Comité du 1er Mai: Internationale Osteuropa-Konferenz in Brüssel (20./21. Januar 1978), in: Listy 19/1978, S. 7 f.
Conze, Eckart/Gajdukowa, Katharina/Koch-Baumgarten, Sigrid: „1989" – Systemkrise, Machtverfall des SED-Staates und das Aufbegehren der Zivilgesellschaft als demokratische Revolution, in: dies. (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln/Wien/Weimar 2009, S. 7–24.
Conze, Eckart/Gajdukowa, Katharina/Koch-Baumgarten, Sigrid (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln/Wien/Weimar 2009.
Creuzberger, Stefan: Willy Brandt und Michail Gorbatschow. Bemühungen um eine zweite „Neue Ostpolitik" 1985–1990, Berlin 2015.

D./Westberlin, „Die DDR wird über den Tisch gezogen", in: Arbeiterkampf vom 05. 02. 1990, S. 8.
Dalos, György: Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biographie, München 2011.
Damus, Renate: Jenseits von Realem Sozialismus und Kapitalismus. Vom Unsinn der Plan-Markt-Dichotomie, in: Michael Heine u. a. (Hg.): Die Zukunft der DDR-Wirtschaft, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 68–80.
Damus, Renate: Wir kommen nicht wieder, wir bleiben da. Zur Zukunft des grünen Projekts, in: Ralf Fücks (Hg.): Sind die Grünen noch zu retten? Anstöße von Ulrich Beck, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 44–57.
Daniël', Alexander/Roginskij, Arsenij: Über das Publikationsprojekt „Chronik der laufenden Ereignisse", in: Heidrun Hamersky/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Festschrift für Wolfgang Eichwede, Stuttgart 2007, S. 45–57.
Dehnert, Gunter: Entspannungspolitik gegen das Volk – Sanktionen für das Volk? Die Solidarność nach der Ausrufung des Kriegsrechts und die Nachfolgekonferenz von Madrid, in: Matthias Peter/Hermann Wentker (Hg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 249–266.
Dejung, Christof: Rezension zu Jürgen Kocka: Geschichte des Kapitalismus, München 2013, in: H-Soz-Kult, 04. 09. 2014, http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-21077 [02. 09. 2015].
Depkat, Volker: Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München 2007.
Detmers, Gunda-Alexandra: Expectation Management of Central Banks, FU Berlin, Diss. 2016.
Deutscher Bundestag: Dr. Winfried Maria Wolf, http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/mdb/mdb14/bio/W/wolf_wi0.html [02. 04. 2016].
Deutscher Bundestag: Drucksachen und Plenarprotokolle (Stenografische Berichte), http://pdok.bundestag.de.
Die Grünen im Bundestag: Die Demokratiebewegung in der DDR – ein Lehrstück in sozialer Verteidigung. Die Vernunft der Straße siegt, Pressemitteilung Nr. 946/89 vom 13. 11. 1989.
Die Grünen, Bundesvorstand: Pressemitteilung Nr. 169/89 vom 23. 10. 1989.
Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen ^{3}2012.

Dohnanyi, Klaus von: Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre, München 1990.
Domagalski, Włodzimierz: Konstanty Gebert, http://www.encyklopedia-solidarnosci.pl/wiki/index.php?title=Konstanty_Gebert [15. 12. 2014].
Dombrowsky, Nina: Solidarität mit Solidarność? Politische Reaktionen aus der Bundesrepublik auf die Entstehung der „Solidarność" und die Ausrufung des Kriegszustandes in der Volksrepublik Polen 1980–1982, in: DA 41 (2008), Nr. 1, S. 68–75.
Dowe, Dieter (Hg.): Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Oppositon 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn, Bonn 1993.
Dufke, Clemens/Ratsch, T./Wolf, Harald: Polen 1980. Umbruch im „realen Sozialismus"?, Berlin 1981.
Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz: Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster ^{3}1996.
Düring, Marten/Eumann, Ulrich/Stark, Martin: Handbuch Historische Netzwerkforschung, Berlin/Wien/Münster 2016.
Düring, Marten/Keyserlinck, Linda von: Netzwerkanalyse in den Geschichtswissenschaften. Historische Netzwerkanalyse als Methode für die Erforschung von historischen Prozessen, in: Rainer Schützeichel (Hg.): Prozesse. Formen, Dynamiken, Erklärungen, Wiesbaden 2015, S. 337–350.

Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen ^{2}2015.
Eckert, Andreas: Rezension zu Agnes Arndt: Intellektuelle in der Opposition. Diskurse zur Zivilgesellschaft in der Volksrepublik Polen, Frankfurt am Main 2007, in: H-Soz-Kult, 15. 10. 2007, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-4-042.pdf [31. 01. 2016].
Eckert, Rainer: Revolution, Zusammenbruch oder „Wende". Das Ende der zweiten Diktatur auf deutschem Boden im Meinungsstreit, in: Heiner Timmermann (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, Münster 2003, S. 419–448.
Eley, Geoff: Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000, Oxford 2002.
Engert, Steffi/Gartenschläger, Uwe: Der Aufbruch. Alternative Bewegungen in der Sowjetunion. Perestroika von unten, Reinbek bei Hamburg 1989.
Eppler, Erhard: Ärger mit allzu simplen Begriffen, in: Vorwärts, Nr. 48 (28. 11. 1988), S. 12 f.
Eppler, Erhard: Die Bedeutung des SPD-SED-Papiers für den Dialog zwischen den beiden Staaten und Christen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Referat am 11. November 1988 bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Mühlheim/Ruhr, in: Reden auf die Republik. Deutschlandpolitische Texte, 1952–1990, München 1990, S. 146–157.
Eppler, Erhard: Ist die DDR zu retten? Im Experiment eines demokratischen Sozialismus liegt eine Chance für den anderen deutschen Staat, in: Die Zeit vom 24. 11. 1989.
Eppler, Erhard: Jaruzelski beim Wort nehmen, in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 83–85.
Eppler, Erhard: Was ist im Osten gescheitert?, in: Vorwärts, Nr. 1/1992, S. 28.
Eppler, Erhard: Wir haben Neuland gepflügt. Stellungnahme auf der Pressekonferenz am 27. 8. 1987 in Bonn, in: Kultur des Streits. Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED. Stellungnahmen und Dokumente, Köln 1988, S. 22–29.
Esser, Josef: Neokonservatismus und das „Modell Deutschland", in: Heinrich Epskamp/Jürgen Hoffmann/Ulrich Mückenberger/Sybille Raasch (Hg.): Die neokonservative Verheißung und ihr Preis. Zukunft der Arbeit und der Gewerkschaften. Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag, Köln 1989, S. 153–177.
Evers, Tilman: Volkssouveränität im Verfahren. Zur Verfassungsdiskussion über direkte Demokratie, in: APuZ 23/1991, S. 3–15.

Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011.
Faulenbach, Bernd: Zur Entwicklung des demokratischen Sozialismus seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland, in: Dieter Dowe (Hg.): Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Referate und Diskussionen einer internationelen Konferenz des Ge-

sprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für Soziale Bewegungen der Universität Bochum in Berlin am 2. Oktober 2000, Bonn 2001, S. 73–85.
Federlein, Dieter: Wer bin ich (o. Dat.), http://www.netz-vier.de/Wer-bin-ich-als-Sancho-Dieter-Federlein.pdf [15. 12. 2015].
Feifel, Martin: Klassik, Pop etc., gesendet im Deutschlandfunk, 23. 01. 2016.
Feindt, Gregor: Auf der Suche nach politischer Gemeinschaft. Oppositionelles Denken zur Nation im ostmitteleuropäischen Samizdat 1976–1992, Berlin/Boston 2015.
Felbick, Dieter: Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945–1949, Berlin 2003.
Fenchel, Reinhard/Pietsch, Anna Jutta (Hg.): Polen 1980–82. Gesellschaft gegen den Staat, Hannover 1982.
Fenchel, Reinhard/Weis, Hans-Willi: Staat, Partei, Gewerkschaft. Thesen zur Krisenentwicklung in Polen, in: links 12 (1980), Nr. 128, S. 17 f.
Fenner, Christian: Rezension zu Bernd Henningsen: Der Wohlfahrtsstaat Schweden, Baden-Baden 1986, in: L'80 (1986), Nr. 45, S. 170–172.
Fetscher, Iring: Die Stunde der Genossenschaften, in: Michael Heine u. a. (Hg.): Die Zukunft der DDR-Wirtschaft, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 229–234.
Fetscher, Iring: Gorbatschow und die Angst der Rechten, in: Vorwärts vom 14. 03. 1987, S. 22.
Fetscher, Iring: Protest zwischen Moral und Politik, in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 86–91.
Fetscher, Iring: Stunde der Genossenschaften?, in: Contraste (Juni 1990), S. 12.
Fichter, Tilman/Lönnendonker, Siegward: Dutschkes Deutschland. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links. Eine deutschlandpolitische Streitschrift mit Dokumenten von Michael Mauke bis Rudi Dutschke, 2., durchges. und erg. Aufl., Essen 2011.
Fischer, Ilse (Hg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009.
Fischer, Joschka: Der Umbau der Industriegesellschaft. Plädoyer wider die herrschende Umweltlüge, Frankfurt am Main 1989.
Fischer, Joschka: Jenseits von Mauer und Wiedervereinigung, in: taz vom 16. 11. 1989.
Fischer, Peter: Reform statt Revolution. Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, München 1995.
Forum Demokratischer Sozialismus [innerhalb der Linkspartei]: Gründungserklärung, http://forum-ds.de/?page_id=351 [08. 09. 2015].
François, Etienne/Schulze, Hagen: Einleitung, in: dies. (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. I, München 2009, S. 9–26.
Fried, Reinhard [Pseudonym von Reinhard Fenchel und Winfried Thaa]: Ansätze gesellschaftlicher Veränderung in Ungarn, in: links 13 (1981), Nr. 134, S. 20 f.
Fuchs, Anke (SPD) bei BILD: Mit den Grünen geht's bergab, in: Bild vom 16. 12. 1989.
Fuchs, Jürgen: Der strenge Tourist aus Hamburg oder Ein Kolumnist rettet Polen, in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 92–108.
Fücks, Ralf: Ökologie und Bürgerrechte. Plädoyer für eine neue Allianz, in: ders. (Hg.), Sind die Grünen noch zu retten? Anstöße von Ulrich Beck, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 33–43.
Fücks, Ralf: Polen und die Linke, in: Moderne Zeiten 2/1982, S. 26 f.
Fücks, Ralf: Vergesellschaftung, Selbstverwaltung, Pluralismus. Sozialistische Umgestaltung des „realen Sozialismus", in: Moderne Zeiten 11–12/1981, S. 35–40.
Furet, François: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996.
Fürst, Juliane/Pons, Silvio/Selden, Mark (Hg.): Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 224–249.

Gallus, Alexander, Zeitschriftenporträt: konkret, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 13 (2001), S. 227–249.
Gallus, Alexander/Schildt, Axel/Siegfried, Detlef: Deutsche Zeitgeschichte – transnational, in: Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte – transnational, Göttingen 2015, S. 11–26.

Garton Ash, Timothy: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993.
Garton Ash, Timothy: Solidarity. The Polish Revolution, New York 1984.
Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: dies. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 7–29.
Geis, Matthias: Ein Entwurf wird perfektioniert, in: taz vom 17. 06. 1991, S. 3.
Geiss, Gerlef: Arbeitskonferenz zur DDR, in: Sozialistische Zeitung 5 (1990), Nr. 3, S. 15.
Genest, Andrea: Die Solidarność aus deutscher Perspektive, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 34–35/2005, S. 17–22.
Gerber, Jan: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „real exististierenden Sozialismus", Freiburg i. Br. 2012.
Geulen, Christian: Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History (ZF/SCH) 7 (2010), Nr. 1, S. 79–97.
Gilleir, Anke/Philipsen, Bart (Hg.): Duitstalige literatuur na 1945, Leuven 2006.
Glotz, Peter: Editorial, in: NG/FH 37 (1990), Nr. 1, S. 3.
Glotz, Peter: Editorial, in: NG/FH 38 (1990), Sonderheft 1, S. 3 f.
Glotz, Peter: Renaissance des Vorkriegsnationalismus, in: NG/FH 37 (1990), Nr. 1, S. 40–46.
Glotz, Peter: Zum Jenseits geht's nach links, in: Die Welt vom 29. 09. 1992, S. XIII.
Godenschweger, Walter: Auf der Suche nach den Anfängen. Wie es zu dieser „oral history" kam, in: Die rettende Kraft der Utopie. Deutsche Juden gründen den Kibbuz Hasorea, Frankfurt am Main 1990, S. 13–16.
Gorbatschow, Michail S.: Alles zu seiner Zeit. Mein Leben, München 2014.
Gorbatschow, Michail S.: Erinnerungen, Berlin 1995.
Gorbatschow, Michail: Die Welt der Zukunft und der Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 8–16.
Gorbatschow, Michail S./Mlynář, Zdeněk: Conversations with Gorbachev. On Perestroika, the Prague Spring, and the Crossroads of Socialism, New York 2002.
Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
Gotto, Bernhard: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland währen der 1970er und 1980er Jahre, Berlin/Boston 2018.
Gotto, Bernhard: Enttäuschung als Politikressource. Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren, in: VfZ 62 (2014), S. 1–33.
Gowan, Peter: The Ways of the World, in: NLR (2009), Nr. 59, S. 51–70.
Graf, Andrea/Stiglbauer, Markus: Corporate Governance und Erwartungsmanagement. Eine Untersuchung in DAX, TecDAX, MDAX und SDAX, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 60 (2008), Nr. 6, S. 598–619.
Grass, Günter: Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen, in: Die Zeit vom 07. 02. 1990.
Grass, Günter: Mein Traum von Europa. Rede in Sevilla anläßlich der bevorstehenden Weltausstellung [1992], in: Essays und Reden III. 1980–1997, Göttingen 1997, S. 340–351.
Grebing, Helga: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, in: Helga Grebing (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch 2005, S. 355–598.
Grebing, Helga: Kein dritter Weg?, in: Vorwärts vom 12. 09. 1987, S. 10.
Gremliza, Hermann L.: Schick, der Bolschewik, in: konkret 3/1987, S. 10.
Gremliza, Hermann L.: Wenn das der Führer noch hätte erleben dürfen, in: konkret 1/1990, S. 8.
Groenewold, Sabine (Hg.): Mit Lizenz. Geschichte der Europäischen Verlagsanstalt 1946–1996, Hamburg 1996.
Grümbel, Stefan: Fritz Vilmars Demokratietheorie als konstruktive Philosophie und Reformtheorie (Berlin, Freie Univ., Hausarbeit, 1997), http://www.grin.com/de/e-book/4238/fritz-vilmars-demokratietheorie-als-konstruktive-philosophie-und-reformtheorie [22. 03. 2016].

Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD: „Sozialismus". Von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff, Bonn 1994.
Guerra, Alfonso: Der alte und der neue Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 24–34.
Guggenberger, Bernd/Preuß, Ulrich K./Ullmann, Wolfgang (Hg.): Eine Verfassung für Deutschland. Manifest, Text, Plädoyers, München 1991.
Gukelberger, Wolfgang/Wolf, Frieder Otto: Polen-Solidarität und sozialistische Politik, in: Moderne Zeiten 1/1982, S. 19–21.

Häberlen, Joachim C./Smith, Jake P.: Struggling for Feelings. The Politics of Emotions in the Radical New Left in West Germany, c.1968–84, in: Contemporary European History 23 (2014), Nr. 4, S. 615–637.
Habermann, Friederike: Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag, Königstein/Taunus 2009.
Habermas, Jürgen: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V, Frankfurt am Main 1985, S. 141–163.
Habermas, Jürgen: Die Neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Merkur 29 (1985), Nr. 1, S. 1–14.
Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1992.
Habermas, Jürgen: Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?, in: ders.: Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt am Main 1990, S. 179–304.
Habermas, Jürgen: Vorwort, in: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1990, S. 11–50.
Hackmann, Jörg: Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart – einführende Bemerkungen zur Forschungsdiskussion, in: Jörg Hackmann (Hg.): Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart, München 2011, S. 9–27.
Haftendorn, Helga: Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß, München 1986.
Hajnicz, Artur: Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989–1992, Paderborn u. a. 1995.
Halbach, Dieter: [Selbstdarstellung], http://gemeinschaftsberatung.de/dieter-halbach/ [26. 03. 2016].
Hänsch, Klaus: Vor einem Moskauer Frühling?, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 42 (1987), Nr. 21, S. 6.
Hansen, Jan: Rezension zu: Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, in: H-Soz-Kult, 03. 01. 2012, http://www.hsozkult.de/hfn/publicationreview/id/rezbuecher-17609 [15. 12. 2014].
Hartung, Klaus: Der Fall der Mauer. Wer jetzt nur das Scheitern des Realsozialismus sieht, ist blind, in: taz vom 06. 11. 1989.
Hartung, Klaus: Masse und Demokratie, in: taz vom 4. 11. 1989.
Hartung, Klaus: Verfassungsinitiative institutionalisiert, in: taz vom 18. 06. 1990, S. 7.
Haug, Wolfgang Fritz: Versuch, beim Verlieren des Bodens unter den Füssen neuen Grund zu gewinnen. Das Perestroika-Journal, Hamburg 1990.
Heidemeyer, Helge: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 247–268.
Heimann, Horst: Die Voraussetzungen des demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Bonn 1991.
Hein, Bastian: Das Gewissen der Nation? Günter Grass (Jg. 1927) als politischer Intellektueller, in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 311–324.

Hejzlar, Zdeněk/Mlynář, Zdeněk/Müller, Adolf/Pelikán, Jiří: Freiheit für Rudolf Bahro, in: Listy 20/1978, S. 1.
Hejzlar, Zdeněk/Mlynář, Zdeněk/Müller, Adolf/Pelikán, Jiří/Reiman, Michal: Hände weg von Polen, in: Listy 4/1980, S. 2.
Hejzlar, Zdeněk/Mlynář, Zdeněk/Müller, Adolf/Pelikán, Jiří/Reiman, Michal: Rudi Dutschke, in: Listy 1/1980, S. 24.
Heller, Ágnes/Fehér, Ferenc/Márkus, György: Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag, Hamburg 1983.
Helm, Christian: Botschafter der Revolution. Das transnationale Kommunikationsnetzwerk zwischen der Frente Sandinista de Liberación Nacional und der bundesdeutschen Nicaragua-Solidarität, Berlin 2018.
Henke, Klaus-Dietmar: 1989, in: ders. (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009.
Henrichs, Benjamin: Nothochzeit, in: Die Zeit vom 22. 03. 1990, S. 63.
Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
Herzberg, Guntolf/Seifert, Kurt: Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin 2002.
Heumann, Hans-Dieter: Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie, Paderborn 2012.
Heym, Stefan (Hg.): Die sanfte Revolution. Prosa, Lyrik, Protokolle, Erlebnisberichte, Reden, Leipzig 1990.
Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion, 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.
Hirsch, Helga: Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976–1980, München 1985.
Hirsch, Helga: Vorwort, in: Adam Michnik: Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands, hg. v. Helga Hirsch, Hamburg 1985, S. 7–11.
Hitzer, Bettina: Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen (2011), www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1221 [21. 01. 2019].
Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus: Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, in: pds 3 (1986), Nr. 2, S. 156.
Hoerning, Erika M.: Biographische Ressourcen und sozialer Wandel, in: Peter A. Berger/Peter Sopp (Hg.): Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen 1995, S. 235–253.
Hofmann, Birgit: Der „Prager Frühling" und der Westen. Frankreich und die Bundesrepublik in der internationalen Krise um die Tschechoslowakei 1968, Göttingen 2015.
Holzer, Jerzy: „Solidarität". Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985.
Hoppe, Bert: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007.
Horáček, Milan: Rudi Dutschke, in: Listy 1/1980, S. 24.
hr.: Sozialdemokratisierung im KB?, in: Arbeiterkampf 318, S. 37 f.
Huber, Mária: Vom Soll und Haben des neuen Mannes. Etappen und Chancen einer Wirtschaftsreform, in: Michail Gorbatschow, München/Zürich 1988, S. 327–362.
Hübsch, Reinhard (Hg.): „Hört die Signale!". Die Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945–1970, Berlin 2002.

Ilko-Sascha Kowalczuk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Bonn 2009.
Initiative Ost-West-Dialog: Erklärung für den Frieden in Europa. Die wesentlichen Inhalte einer blocküberbergreifenen Friedenspolitik, in: Initiative Ost-West-Dialog (Hg.): Der Frieden ist unteilbar. Für ein Europa jenseits der Blöcke, Berlin 1985, S. 144–147.
Initiative Ost-West-Dialog (Hg.): Der Frieden ist unteilbar. Für ein Europa jenseits der Blöcke, Berlin 1985.

Jäger, Wolfgang/Link, Werner: Republik im Wandel 1969–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart 1987.
Jäger, Wolfgang/Villinger, Ingeborg: Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, Freiburg i. Br. 1997.
Janßen, Karl-Heinz: Ein klares Wort zu Polen. Die deutschen Atomwaffen-Gegner bemühen sich um politisches Profil, in: Die Zeit vom 12. 02. 1982.

Jarausch, Konrad Hugo: Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft? Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 25–45.

Jessen, Ralph: *Das Volk* von 1989 als Praxis, Projektion und Erinnerungsort, in: Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 33–50.

Jessen, Ralph: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von „Bürokratie" und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte (2011), http://pressegeschichte.docupedia.de/wiki/Diktatorische_Herrschaft_als_kommunikative_Praxis_Version_1.0_Ralph_Jessen [12. 01. 2014].

Jüttner, Wolfgang/Andretta, Gabriele/Schostok, Stefan (Hg.): Politik für die Sozialdemokratie. Erinnerung an Peter von O, Berlin 2009.

Kaelble, Hartmut: Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989, München 2011.

Kahlweit, Cathrin: Mühsame Versuche, den aufrechten Gang zu erlernen, in: SZ vom 21. 10. 1989.

Kaiser, Carl-Christian: Die Ruhe täuscht. Auch im roten Magdeburg begehren die Bürger auf, in: Die Zeit vom 20. 10. 1989.

Kaszemeik, Sabine: Kommunitäre Gemeinschaften im Vergleich. Die Beispiele Kommune Niederkaufungen und „ÖkoLeA", Berlin, Freie Univ., Diplomarbeit 1996.

Kellmann, Klaus: Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen, Stuttgart 1984.

Kellner, Manuel: Ein Volk, ein Reich, wie früher? Deutschnationaler Taumel entfesselt, in: SoZ thema [Beilage zu: Sozialistische Zeitung 4 (1989), Nr. 24], S. a.

Kelly, Petra: Polen-Krise und Friedensbewegung, in: dies.: Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei in eine grüne Zukunft, Bornheim-Merten 1983, S. 87–93.

Kempe, Wolfram: Den historischen Augenblick, in: Oktober 1989. Wider den Schlaf der Vernunft, Berlin 1989, S. 187.

Kessler, Ralf: Politikberatung in DDR und ČSSR der 60er Jahre vor dem „Prager Frühling", in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004, S. 233–248.

Kessler, Wolfgang: Spreu und Weizen im Dienst nationaler Größe. Zwei Jahre Sozialismus à la française, in: L'80 (Mai 1986), Nr. 26, S. 53–60.

Kittel, Manfred: Marsch durch die Institutionen? Politik und Kultur in Frankfurt am Main nach 1968, München 2011.

Knabe, Bernd/Scholz, Alarich: Gewerkschaftspluralismus in der Volksrepublik Polen (Herbst 1980), in: Polen 1980. Erste Analysen der Entwicklungen nach den Streiks (Sonderveröffentlichung des BIOst, November 1980), S. 27–35.

Knabe, Hubertus (Hg.): Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek bei Hamburg 1989.

Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 2001.

Knabe, Wilhelm: Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluß der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. 7/2, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 1110–1202.

Knapp, Udo: Zur Faszination des „Großen Mannes", in: Kommune 5 (1987), Nr. 8, S. 44–47.

Knauf, Thomas: Vereint gegen die Kohl-Plantage, in: taz vom 11. 12. 1989, S. 17.

Kocka, Jürgen: Vereinigungskrise. Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995.

Kocka, Jürgen: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Ralph Jessen/Sven Reichardt/Ansgar Klein (Hg.): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 29–42.

Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution, 1967–1977, Frankfurt am Main 2001.

Koenen, Gerd: Die APO, ihre Erben und die DDR, in: Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März (Hg.): Wechselwirkungen Ost–West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 129–138.
Koenen, Gerd: Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München 2017.
Koenen, Gerd: Die historische Konzeption der „Diktatur des Proletariats" und ihre heutige Bedeutung. Zur programmatischen Auseinandersetzung im KBW, in: Kommunismus und Klassenkampf 9 (1981), Nr. 29, S. 33–58.
Koenen, Gerd: Die schwierige Solidarität mit Solidarność, in: KVZ vom 04. 05. 1981, S. 6.
Koenen, Gerd: Editorial, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 2 (Januar 1982), S. 1 u. 24 (überliefert in FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).
Koenen, Gerd: Eindrücke und Gespräche. Poznań, Warschau im Juni, in: KVZ vom 10. 01. 1981, S. 3.
Koenen, Gerd: Einige Anmerkungen zu den Programmthesen von „Solidarność", in: Bulletin des Westberliner Komitees Solidarität mit Solidarność, S. 2 u. 14, (überliefert in APO-Archiv, S 975).
Koenen, Gerd: Pressekonferenz zur weiteren „Solidarität mit Solidarność", in: Kommunismus und Klassenkampf 9 (1981), Nr. 29, S. 7.
Koenen, Gerd: Über meine Unlust im KBW, in: KVZ 15/1982, S. 4.
Koenen, Gerd: Veranstaltungen – Linksherum, Rechtsherum, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 6/7 (Mai 1983), S. 55 (überliefert in: APO-Archiv, S 975).
Koenen, Gerd: Von 1968 nach 1989 und zurück. Osteuropa und die westdeutsche Neue Linke, in: Osteuropa 58 (2008), Nr. 7, S. 5–16.
Koenen, Gerd: Zeitsprünge, Gedankensprünge. Betrachtungen zur Weltgeschichte der letzten dreißig Jahre. Aus Anlass des Abschieds von der „Kommune", in: Kommune 6/2012, S. 142 149.
Koenen, Gerd: Zweite Konferenz der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" und die Ergebnisse, in: KVZ 11/1982, S. 8.
Koenen, Gerd/Koenen, Krisztina/Kuhn, Hermann: Freiheit, Unabhängigkeit und Brot. Zur Geschichte und den Zielen der Arbeiterbewegung in Polen, Frankfurt am Main 1981.
Köhler, Horst: [Rede beim Festakt „20 Jahre Friedliche Revolution"] (09. 10. 2009), http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2009/10/20091009_Rede.html [21. 12. 2013].
Komitee gegen die Repression in der CSSR und Osteuropa/SOAK-Kollektiv (Hg.): Texte zur Reformbewegung in der CSSR 1968. Arbeiterräte oder bürokratischer Zentralismus (überliefert in: HIS, SBe 511/Tsch/Box 001,01).
Kontos, Maria: Migration als Emanzipationsprojekt? Vergleiche im Generations- und Geschlechterverhältnis, in: Bettina Dausien/Marianne Friese (Hg.): Migrationsgeschichten von Frauen. Beiträge und Perspektiven aus der Biographieforschung, Bremen 2000, S. 169–200.
Korngiebel, Wilfried/Link, Jürgen/Parr, Rolf: Aktuelle Konnotationen von „Sozialismus", in: Richard Faber (Hg.): Sozialismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 1994, S. 13–33.
Koschnick, Hans: „Wer ist produktiv? Der Schweinehirt oder der Lehrer?", in: Heidrun Hamersky/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Festschrift für Wolfgang Eichwede, Stuttgart 2007, S. 17–24.
Koselleck, Reinhart: Erfahrungsraum und Erwartungshorizont. Zwei historische Kategorien, in: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1989, S. 349–375.
Koselleck, Reinhart: Revolution, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 653–788.
Koselleck, Reinhart: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979.
Kosta, Jiří: Die wirtschaftspolitische Diskussion der SPD im Lichte osteuropäischer Erfahrungen, in: pds 6 (1989), Nr. 2, S. 84–91.
Kosta, Jiří: Nie aufgegeben. Ein Leben zwischen Bangen und Hoffen, Berlin 2001
Kosta, Jiří/Brücker, Herbert: Die marktwirtschaftliche Erneuerung in Ostmitteleuropa. Gespräch, in: NG/FH 37 (1990), Nr. 8, S. 718–726.
Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Rezension zu: Hartmut Kühn: Das Jahrzehnt der Solidarnosc. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999, in: H-Soz-Kult, 02. 03. 2000, http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-218 [08. 11. 2014].
Kowalczuk, lko-Sascha: Rezension zu: Silvio Pons/Stephen A. Smith (Hg.): Communism. World Revolution and Socialism in One Country 1917–1941, Cambridge 2017.
Kowalczuk, Ilko-Sascha: Von „aktuell" bis „Zwischenruf". Politischer Samisdat in der DDR, in: ders (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989, Berlin 2002, S. 21–104.
krk.: Die Macht der „Solidarität". Bericht über eine Reise nach Polen – Erster Teil, in: KVZ vom 19. 01. 1981, S. 3.
krk.: „Eine richtige Revolution muß her". Bericht über eine Reise in Polen II, in: KVZ vom 26. 01. 1981, S. 3.
Krzemiński, Adam: Auf einmal lösten sich die Zungen, in: Die Zeit vom 3. 11. 1989.
Kuczynski, Jürgen: „Ein linientreuer Dissident". Memoiren 1945–1989, Berlin u. a. 1992.
Kuczynski, Jürgen: „Konservative Revolutionen", in: ND 44 (1989), Nr. 263, 08. 11. 1989, S. 4.
Kufferath, Philipp: Netzwerke als strategische Allianzen und latente Ressource. Etablierungsversuche der linken Opposition im SPD-Milieu nach 1945, in: AfS 53 (2013), S. 245–268.
Kufferath, Philipp: Peter von Oertzen (1924–2008). Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017.
Kühn, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005.
Kühn, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999.
Kühne, Peter/West, Klaus-W.: Verlust der politischen Utopie in Europa?, Berlin 1992.
Kuppe, Anna Maria (Hg.): Deutschland 1989. Dokumentation zu der Berichterstattung über die Ereignisse in der DDR und die deutschlandpolitische Entwicklung, 26 Bde., Bonn 1990.
Kurzbein, Uwe: Schrittweise. Geschichte der Kommunebewegung aus persönlicher Sicht, in: Kollektiv KommuneBuch (Hg.): Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, Göttingen 1996, S. 38–68.
Kurzbein, Uwe: Wir sind weder Missionare noch Propagandisten, in: Contraste 7 (1990), Nr. 66, S. 9.

Langewiesche, Dieter: Revolution, in: Fischer Lexikon Geschichte, Frankfurt am Main 2003, S. 315–337.
Langewiesche, Dieter: Revolution, in: Fischer Lexikon Geschichte, Frankfurt am Main 1990, S. 250–270.
Langguth, Gerd: Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983, S. 261–265.
Lee, Dong-Ki: Option oder Illusion? Die Idee einer nationalen Konföderation im geteilten Deutschland 1949–1990, Berlin 2010.
Lehnert, Detlef: Revolution (Begriffsgeschichte und Theorie), in: Thomas Meyer u. a. (Hg.): Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 532 f.
Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: Sozialismus, Wien/Köln/Weimar 2008.
Lemân, Gudrun: Arbeiterselbstverwaltung und Gewerkschaften in Jugoslawien, in: APuZ 29–30/1982, S. 27–38.
Leuchte, Vico: Landkommunen in Ostdeutschland. Lebensgeschichten, Identitätsentfaltung und Sozialwelt, Opladen 2011.
Lewin, Moshe: Political Undercurrents in Soviet Economic Debates. From Bukharin to the Modern Reformers, Princeton 1974.
Lill, Johannes: Die DDR und Italien (1949–1973). Möglichkeiten und Grenzen für den Ausbau der bilateralen Beziehungen, in: Ulrich Pfeil (Hg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001, S. 237–256.
Lindner, Bernd: Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche, in: ApuZ 24–26/2014, S. 33–39.
Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998.

Lindner, Heiner: „Um etwas zu erreichen, muss man sich etwas vornehmen, von dem man glaubt, dass es unmöglich sei". Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK) und seine Publikationen. Zugleich Einleitung zur Internetausgabe der Zeitschrift „Renaissance", Juli bis Oktober 1941, sowie der Pressekorrespondenzen „Germany speaks" und „Europe speaks", 1940, 1942 bis 1947, Bonn 2006.

LISTY-Redaktion: LN, LL, L, in: Listy 4/1980, S. 30 f.

Loth, Wilfried: Staaten und Machtbeziehungen im Wandel, in: Akira Iriye (Hg.): 1945 bis heute. Die globalisierte Welt (Geschichte der Welt 6), München 2013, S. 15–181.

Lutz, Helma: Biographisches Kapital als Ressource der Bewältigung von Migrationsprozessen, in: Ingrid Gogolin/Bernhard Nauck (Hg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER, Opladen 2000, S. 179–210.

Mackenbach, Werner: „… den Warschauer Putsch stillschweigend hinnehmen …?". Die westdeutsche Linke und ihre Solidarität mit Solidarność, in: Osteuropa-Info. Sozialistisches Osteuropakomitee, Nr. 2, Hamburg 1982, S. 13–32.

Mackenbach, Werner (Hg.): Das KOR und der „polnische Sommer". Analysen, Dokumente, Artikel und Interviews 1976–1981, Hamburg 1982.

Maetzke, Ernst-Otto: Koalition der Stehaufmänner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 11. 1989, S. 1.

Magri, Lucio: The European Left between Crisis and Refoundation, in: NLR, Nr. I/189 (September/Oktober 1991), S. 5–18.

Mandel, Ernest (Hg.): Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung, Frankfurt am Main 1971.

Mandel, Ernest: Das Gorbatschow-Experiment, Frankfurt am Main 1989.

Mandel, Ernest: Zur Lage und Zukunft des Sozialismus, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 76–96.

Mark, James/Rupprecht, Tobias: Europe's "1989" in Global Context, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hg.): Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 224–249.

Marx, Karl: [Rede auf der Feier zum siebten Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation am 25. September 1871 in London (Aufzeichnung eines Korrespondenten)], in: MEW, Bd. 17, Berlin 1979, S. 432–433.

März, Michael: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates", 1977–1979, Bielefeld 2012.

Maurer, Ulrich/Walter, Gerd/Wieczorek-Zeul, Heidemarie: Preußen oder Europa? Zu den historischen Chancen, die den Deutschen aus der Revolution im Osten erwachsen, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 45 (1990), Nr. 60 (27. 03. 1990), S. 1–3.

Medwedjew, Zhores: Der Generalsekretär. Michail Gorbatschow. Eine politische Biographie, Darmstadt 1987.

Mehr, Max Thomas: Gibt es eine postsozialistische Linke?, in: taz vom 26. 10. 1990, S. 13.

Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn". Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

Menge, Marlies: Voll Ungeduld und Selbstbewußtsein. Überall sammeln sich die Bürger zum friedlichen Sturm auf die SED-Bastille, in: Die Zeit vom 17. 10. 1989.

Mergel, Thomas: Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Periode des Konflikts, in: Michael Wildt (Hg.): Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute, Göttingen 2014, S. 224–243.

Metger, Julia: Getrennt durch den Eisernen Vorhang? Die Grünen und die unabhängigen Bewegungen in Osteuropa in den frühen 1980er Jahren, Berlin, Freie Univ., Mag.-Arbeit o. J.

Meyer, Thomas: Demokratischer Sozialismus – soziale Demokratie. Eine Einführung, 3., überarbeitete und aktualisierte Aufl., Bonn 1991.

Meyer, Thomas: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit". Zur Diskussion um das Streitkultur-Papier von SPD und SED, in: Dieter Dowe (Hg.): Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn, Bonn 1993, S. 57–66.

Meyer, Thomas: Eine historische Bestätigung. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten, in: Detlev Albers/Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989, S. 13–21.
Meyer, Thomas: Im Kampf um sozialistische Programm-Positionen. Peter von Oertzen als sozialdemokratischer Programmatiker, in: Jürgen Seifert/Heinz Thörmer/Klaus Wettig (Hg.): Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik. Freundesgabe für Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag, Marburg 1989, S. 204–214.
Meyer, Thomas: Was bleibt vom Sozialismus?, Reinbek bei Hamburg 1991.
Meyer, Thomas/Mlynář, Zdeněk (Hg.): Die Krise des Sowjetsystems und der Westen. Ökonomie, Ideologie, Politik und die Perspektiven der Ost-West-Beziehungen, Köln 1986.
Michalski, Krzysztof (Hg.): Europa und die Civil Society. Castelgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart 1991.
Michnik, Adam: Der lange Abschied vom Kommunismus, Reinbek bei Hamburg 1992.
Michnik, Adam: Ein Jahr Solidarność [19. 08. 1981], in: Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands, hg. v. Helga Hirsch, Berlin 1985, S. 55–62.
Middell, Matthias: 1989 as a Global Moment. Some Introductory Remarks, in: Ulf Engel/Frank Hadler/Matthias Middell (Hg.): 1989 in a Global Perspective, Leipzig 2015, S. 33–47.
Miedema, Christie: Vrede of Vrijheid? Dilemma's, dialoog en misverstanden tussen Nederlandse en West-Duitse linkse organisaties en de Poolse oppositie in de jaren tachtig, Amsterdam 2015.
Miliband, Ralph: Was kommt nach den kommunistischen Regimen?, in: NG/FH 38 (1991), Sonderheft 2, S. 17–25.
Miller, Susanne: Sozialismus. Deutungen und Mißdeutungen, in: Malte Ristau/Martin Gorholt (Hg.): Demokratischer Sozialismus. Beiträge zur Verständigung, Marburg 1991, S. 12–23.
Mlynář, Zdeněk/Pelikán, Jiři: Budapest, Prague, Varsovie. Le Printemps de Prague 15 ans après, Paris 1983.
Mlynář, Zdeněk: „Wir waren mehr als nur Kommilitonen". Mein Studienfreund Michail Gorbatschow. „Er war von seinem Charakter her ein Reformator", in: FR vom 09. 05. 1985, S. 13.
Mlynář, Zdeněk: Der Prager Frühling. Ein wissenschaftliches Symposion, Köln 1983.
Mlynář, Zdeněk: Entwicklungsmöglichkeiten in Polen, in: Listy 6/1981, S. 5–13.
Mlynář, Zdeněk: Hat Moskau jetzt doch eine Zukunft? In der Sowjetunion geht die Periode der Stagnation zu Ende, in: Die Zeit vom 26. 04. 1985, S. 12.
Mlynář, Zdeněk: Ideologische und politische Richtungen innerhalb der Bürgerrechtsbewegung in der heutigen Tschechoslowakei, Köln 1978.
Mlynář, Zdeněk: Il crocevia della riforma politica, in: Adriano Guerra (Hg.): Il progetto Gorbaciov, Rom 1987, S. 13–22.
Mlynář, Zdeněk: Il mio compagno di studi Mikhail Gorbaciov, in: l'Unità vom 09. 04. 1985, S. 9.
Mlynář, Zdeněk: Kreuzweg der politischen Reformen, in: Sozialismus 2/1987, S. 45–48.
Mlynář, Zdeněk: Mein Freund Gorbatschow. Wie ein Tscheche den ersten Mann im Kreml sieht, in: Rheinischer Merkur vom 27. 04. 1985, S. 7.
Mlynář, Zdeněk: Mitteleuropa im Ost-West-Konflikt, in: Sven Papcke/Werner Weidenfeld (Hg.): Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse, Darmstadt 1988, S. 46–56.
Mlynář, Zdeněk: Nachtfrost, Frankfurt am Main ^{2}1988.
Mlynář, Zdeněk: Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus, Frankfurt am Main 1978.
Mlynář, Zdeněk: Nightfrost in Prague. The End of Humane Socialism, New York 1980.
Mlynář, Zdeněk: Probleme des politischen Systems in der SU, in: links 19 (1987), Nr. 205, S. 26 f.
Möller, Horst/Pautsch, Ilse Dorothee/Schöllgen, Gregor/Wentker, Hermann/Wirsching, Andreas/Amos, Heike/Geiger, Tim: Einleitung, in: dies. (Hg.): Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, Göttingen 2015, S. 7–56.
Moneta, Jakob: Ein Menschenrecht auf Imperialismus? Über das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, in: Sozialistische Zeitung 5 (1990), Nr. 5, S. 5.
Moneta, Jakob/Brandt, Heinz: Solidaritätsarbeit für Solidarnosc – am 1. Mai!, in: was tun, Nr. 308, 16. 4. 1981.
Moyn, Samuel: The Last Utopia. Human Rights in History, Cambridge 2012.
Müller, Axel: Kompetenzträger 50plus – Erwartungen älterer Mitarbeiter, in: Michael Göke/Thomas Heuke (Hg.): Wirtschaftliche Implikationen des demografischen Wandels. Herausforderungen und Lösungsansätze, Wiesbaden 2013, S. 461–475.

Müller, Stefan: DGB und Ostpolitik 1969–1989. Gewerkschaften als parastaatliche Akteure im Entspannungsprozess, in: Michaela Bachem-Rehm/Claudia Hiepel/Henning Türk (Hg.): Teilungen überwinden. Europäische und Internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth, München 2014, S. 223–233.

Nachtwey, Oliver: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009.
Naimark, Norman/Pons, Silvio/Quinn-Judge, Sophie (Hg.): Communism. The Socialist Camp and World Power 1941–1960s, Cambridge 2017.
Napolitano, Georgio: Der Sozialismus der Zukunft, in: NG/FH 37 (1990), Sonderheft 1, S. 96–101.
Narr, Wolf-Dieter: Liberalismus der Erschöpften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1991, S. 216–227.
Narr, Wolf-Dieter/Roth, Roland: Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative. Am „Ende der Utopie" gilt: Demokratie und Sozialismus, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 25 (1995), Nr. 3, S. 431–455.
Nawrat, Sebastian: Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012.
Negt, Oskar: Das anstößige Jahr '68 und das Problem einer Neubestimmung von Sozialismus, in: Karin Benz-Overhage/Wolfgang Jüttner/Horst Peter (Hg.): Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt Lesebuch zum 70. Geburtstag von Peter von Oertzen, Köln 1994, S. 47–57.
Negt, Oskar: Ein „einig Vaterland" schafft neue Mauern und Teilungen, in: FR vom 17. 03. 1990, S. 12.
Negt, Oskar: Politik als Produktionsprozeß, in: Wolf-Dieter Narr/Roland Roth/Hanne Vack (Hg.): „Tradition heisst nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten!". Für und über Klaus Vack, Sensbachtal 1985, S. 51–54.
Neubert, Ehrhart: Unserer Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München/Zürich 2009.
Neues Forum Leipzig: Jetzt oder nie – Demokratie. Leipziger Herbst '89, Leipzig ^{2}1989.
Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Wiesbaden 1993.
Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–92, München u. a. 1993.
Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–97, München u. a. 1998.
Nonnenmacher, Günther: Ein großer Schritt nach vorn, in: FAZ vom 12. 11. 1989.
Notz, Gisela: Selbstverwaltung und Alternativbewegung der 1960er und 1970er Jahre. Das richtige Leben im falschen?, in: Klaus Kinner (Hg.): Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke, Berlin 2011, S. 144–158.
Nowakowski, Gerd: Von Perestroika wollen die Grünen nichts wissen, in: taz vom 21. 04. 1990, S. 4.

Oertzen, Peter von: Was bleibt von der sozialistischen Vision?, in: Malte Ristau/Martin Gorholt (Hg.): Demokratischer Sozialismus. Beiträge zur Verständigung, Marburg 1991, S. 37–54.
Oertzen, Peter von: Was bleibt von der sozialistischen Vision?, in: Der Freitag vom 16. 11. 1990, S. 7.
Offe, Claus: Bindung, Fessel, Bremse. Die Unübersichtlichkeit von Selbstbeschränkungsformeln, in: Axel Honneth/Thomas McCarthy/Claus Offe/Albrecht Wellmer (Hg.): Zwischenbetrachtungen im Prozess der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag, Frankfurt am Main 1989, S. 739–774.
Offe, Claus: European Socialism and the Role of the State, in: Contradictions of the Welfare State, London u. a. 1984, S. 239–251.
Offe, Claus: New Social Movements. Challenging the Boundaries of Institutional Politics, in: Social Research 52 (1985), Nr. 4, S. 819–868.
Offenborn, Peter: „Socialismus ano – okupace ne!" Aus der Arbeit des Sozialistischen Osteuropakomitees (SOK), in: Horch und Guck 34/2001, S. 37–39.
Oldenburg, Fred: Krisen in Polen von 1956 bis 1980 – Die Konstanten in den Forderungen der Arbeiter, in: Polen 1980. Erste Analysen der Entwicklungen nach den Streiks (Sonderveröffentlichung des BIOst, November 1980), S. 8–17.

Olschowsky, Burkhard: Die Solidarność und das polnische Kriegsrecht in der Wahrnehmung deutscher Schriftsteller, in: Edmund Dmitrów/Tobias Weger (Hg.): Deutschlands östliche Nachbarschaften. Eine Sammlung von historischen Essays für Hans Henning Hahn, Frankfurt am Main 2009, S. 491–514.
Orlova, Raisa D.: Als die Glocke verstummte. Alexander Herzens letztes Lebensjahr, Berlin 1988.
[o. V.:] Alexanderplatz, Berlin: Geschichte wird gemacht, in: taz vom 06. 11. 1989.
[o. V.:] Appell an General Jaruselsky [sic], in: taz vom 07. 01. 1982, S. 7.
[o. V.:] Auf Zack, in: Die Zeit vom 08. 04. 1998.
[o. V.:] Aufbruch und Gegenströmung, in: SZ vom 31. 10. 1989.
[o. V.:] Aufruf zum Arbeitstreffen Anschluß der DDR – Anschlußfragen der Linken, 28. und 29. Juli 1990 in Köln, in: Politische Berichte 15/1990, S. 11.
[o. V.:] Bericht über die RL-Konferenz in Köln, in: Arbeiterkampf 19 (1989), Nr. 323, S. 35.
[o. V.:] Bonn feiert Einigkeit und Recht und Freiheit, in: taz vom 11. 11. 1989.
[o. V.:] Brandt kommt zu Kundgebung nach Berlin, in: taz vom 11. 11. 1989.
[o. V.:] BRD-Prominente gegen Vereinnahmung der DDR. Aufruf „Für Euer Land, für unser Land", in: Berliner Zeitung vom 04. 12. 1989, S. 2.
[o. V.:] CFDT-Delagation in Polen und Gewerkschafter aus Schweden, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik im Stahlwerk Huta Warszawa, in: Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność. Reiseberichte Interviews, Dokumente, Frankfurt am Main 1981, S. 17–21.
[o. V.:] Chronik, in: Der Spiegel 36/1998, S. 229.
[o. V.:] Da ist man ja stolz, DDR-Bürger zu sein, in: Sonntag Express vom 05. 11. 1989.
[o. V.:] „Das ist das Wunder dieser Revolution". AZ sprach mit dem Deutschlandpolitiker Egon Bahr, in: Abendzeitung vom 24. 11. 1989.
[o. V.:] DDR – Arbeiterklasse am Scheideweg. Bilanz und Perspektiven. Erklärung des Zentralkomitees des Bunds Sozialistischer Arbeiter, in: Bund Sozialistischer Arbeiter: Das Ende der DDR. Eine politische Autopsie, Essen 1992, S. 344–377.
[o. V.:] Der Platz in der Mitte, in: Der Spiegel 41/1998, S. 22–32.
[o. V.:] Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Gemeinsame Erklärung der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vom 17. August 1987, in: Kultur des Streits. Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED. Stellungnahmen und Dokumente, Köln 1988, S. 8–21.
[o. V.:] Deutsch-deutsche Dialoge. Deutsche Wege – Deutsche Träume – Deutsche Grenzen, in: Deutscher Evangelischer Kirchentag. Berlin 1989. Dokumente, Stuttgart 1991, S. 710–736.
[o. V.:] Deutsche und osteuropäische Intellektuelle protestieren, in: taz vom 08. 01. 1982.
[o. V.:] „Die Aussperrung in ganz Deutschland verbieten", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09. 03. 1990, S. 17.
[o. V.:] Die GRÜNEN und die DDR, in: Arbeiterkampf 19 (1990), Nr. 310, S. 4.
[o. V.:] Die ÖkoLeA. Prinzipien, Entwicklung und Pläne der Ökologischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (gemeinnütziger Verein), Berlin 1992.
[o. V.:] Die ÖkoLeA. Prinzipien, Entwicklung und Pläne der Ökologischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (gemeinnütziger Verein), Berlin 1993.
[o. V.:] Die Parteilinke setzt sich in wichtigen Punkten durch, in: FAZ vom 14. 11. 1989.
[o. V.:] Die Umfrage. Russen – Deutsche – Amerikaner, in: Klaus Liedtke (Hg.): Der Neue Flirt. Russen und Deutsche auf dem Weg zu veränderten Beziehungen. Mit der ersten Meinungsumfrage der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Hamburg 1989, S. 69 167.
[o. V.:] Die Wahl – ein Rückschlag für uns alle, in: Politische Berichte 25/1990, S. 1.
[o. V.:] Die Wähler in der DDR bekennen sich zur Einheit, in: FAZ vom 19. 03. 1990, S. 1.
[o. V.:] „Egon Krenz hat nicht viel Zeit", in: SZ vom 03. 11. 1989.
[o. V.:] „Es ist zum Heulen". Prominente Berliner Stimmen zum überraschenden Ausgang der DDR-Wahl, in: die tageszeitung, Berliner Ausgabe, vom 19. 03. 1990, S. 21.
[o. V.:] Forschungsprojekt über „Realsozialismus", in: Listy, Nr. 3/1980, S. 27.
[o. V.:] Forum der Parteien. Für die Grünen: Gerald Häfner, MdB, in: Augsburger Allgemeine vom 01. 12. 1989.
[o. V.:] Forum der Parteien. Für die SPD: Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, in: Augsburger Allgemeine vom 15. 12. 1989.

[o. V.:] „Friedensmanifest '82" vom 2. Februar 1982 (Wortlaut), in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1982, S. 382 f.
[o. V.:] Fücks, Ralf, [Eintrag] in: Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv 21/2001 vom 14. Mai 2001 (ne), ergänzt um Nachrichten durch MA-Journal bis Kalenderwoche 09/2013 [29. 09. 2015].
[o. V.:] Für eine Wiederherstellung der errungenen Freiheit in Polen, in: taz vom 12. 01. 1982, S. 3.
[o. V.:] Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność. Reiseberichte Interviews, Dokumente, Frankfurt am Main 1981.
[o. V.:] Gorbachev and the Breshnev Era, in: Sidney Morning Herald vom 27. 12. 1986, S. 8.
[o. V.:] Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa90-00398.pdf [13. 01. 2014]
[o. V.:] Heben Sie das Kriegsrecht auf!, in: FR vom 26. 11. 1982, S. 2.
[o. V.:] „Ich argumentiere für das Gerechtigkeitsempfinden". SZ-Interview mit dem stellvertretenden SPD-Bundeschef, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, zu deutschlandpolitischen Fragen, in: Saarbrücker Zeitung vom 18. 12. 1989.
[o. V.:] In jedem Fall eine föderalistische Lösung. Gespräch mit Erhard Eppler über den Umsturz in der DDR und die Wiedervereinigung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 40 (1989), Nr. 12, S. 740–746.
[o. V.:] In Osteuropa wächst die Macht der Armee. SPIEGEL-Interview mit dem Exilpolitiker Zdeněk Mlynář, in: Der Spiegel 52/1981, S. 99 f.
[o. V.:] Intensivinterview mit Fritz Vilmar – Teil 1 [01. 07. 1997], in: Stefan Grümbel: Fritz Vilmars Demokratietheorie als konstruktive Philosophie und Reformtheorie (Berlin, Freie Univ., Hausarbeit, 1997), http://www.grin.com/de/e-book/4238/fritz-vilmars-demokratietheorie-als-konstruktive-philosophie-und-reformtheorie [22. 03. 2016].
[o. V.:] Jacek Kaczmarski – „Mury", https://www.freitag.de/autoren/ypa/jacek-kaczmarski-mury [31. 03. 2016].
[o. V.:] Kultur des Streits, in: Der Spiegel 35/1987, S. 21 f.
[o. V.:] „Leere Hände, leere Hirne", in: Der Spiegel 8/1990, S. 52–64.
[o. V.:] Leipziger Demontagebuch. Demo – Montag – Tagebuch – Demontage, Leipzig und Weimar ^{3}1991.
[o. V.:] „Macht die Volkskammer zum Krenz-Kontrollpunkt, in: Welt am Sonntag vom 05. 11. 1989.
[o. V.:] „Meine politische Hauptarbeit war immer: Freiheit und Menschenrechte in Osteuropa". Interview mit Milan Horáček, in: Grünes Gedächtnis 2013, Berlin 2014, S. 10–29.
[o. V.:] Miese Methoden des DKP-Spektrums, in: taz vom 08. 03. 1982, S. 3.
[o. V.:] Mlynar: Gorbatschows Politik hat Folgen für Prag, in: FAZ vom 04. 05. 1988, S. 4.
[o. V.:] Neubeginn oder Kollaps. Gespräch mit Steffen Reiche (SDP), in: NG/FH 38 (1989), Nr. 12, S. 1074–1080.
[o. V.:] Offener Brief an Michnik, in: Der Spiegel 30/1977, S. 13.
[o. V.:] Oktober 1989. Wider den Schlaf der Vernunft, Berlin 1989.
[o. V.:] Personalien, in: Der Spiegel 18/1988, S. 254 f.
[o. V.:] Präambel, in: Modernen Zeiten 7/81, S. 1–3.
[o. V.:] Prof. Gert Weisskirchen – Biografie (08. 12. 2009), http://www.gert-weisskirchen.de/Biographie_Seite.htm [08. 09. 2015].
[o. V.:] Professoren an die SPD: Bei Polen nichts beschönigen, in: FAZ vom 08. 01. 1982, S. 1.
[o. V.:] Programmatische Erklärung, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 37 (1990), Sonderheft 1, S. 5–7.
[o. V.:] „Reformen à la Hager sind uns zu mager", in: taz vom 18. 10. 1989.
[o. V.:] Reisebericht aus Wroclaw (Breslau) und Katowice und Reisebericht des IMB, in: Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność. Reiseberichte Interviews, Dokumente, Frankfurt am Main 1981, S. 9–16.
[o. V.:] Revolution, in: Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) ^{4}1983, S. 819–823.
[o. V.:] Solidarität mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung!, in: taz vom 08. 01. 1982.

[o. V.:] Solidarität mit Solidarnosc, in: Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność. Reiseberichte Interviews, Dokumente, Frankfurt am Main 1981, S. 5 f.
[o. V.:] Solidaritätsaktionen mit Solidarność, in: taz vom 04. 01. 1982.
[o. V.:] Solidaritätserklärung an das polnische Volk, in: taz vom 07. 01. 1982.
[o. V.:] „SPD muß sich zur Einheit bekennen". Interview mit Hans-Ulrich Klose, in: Augsburger Allgemeine vom 17. 11. 1989.
[o. V.:] Spenden für „Solidarność" im Widerstand, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 2 (Januar 1982), S. 24 (überliefert in FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).
[o. V.:] Tätigkeitsbericht 1990/1992, in: Die ÖkoLeA. Prinzipien, Entwicklung und Pläne der Ökologischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (gemeinnütziger Verein), Berlin 1992, S. 9–12.
[o. V.:] „Verhandlungen mit den Herrschenden wird es nicht mehr geben". Interview mit Solidarność-Vertreter Blumsztajn, in: taz vom 07. 01. 1982, S. 5.
[o. V.:] Vogel: Es ist verleumderisch ... Interview mit SPD-Chef Hans-Jochen Vogel, in: Bild vom 30. 12. 1989.
[o. V.:] „Von der Wirklichkeit belehrt" , in: Der Spiegel 29/1998, S. 52–62, hier S. 54.
[o. V.:] Warten bis irgendwann nach dem Jahr 2000? Fragen an den ehemaligen Bundeskanzler zur Zukunft der beiden Teile Deutschlands in einem zusammenwachsenden Europa, in: SZ vom 14. 12. 1989.
[o. V.:] „Wir sind die Antipartei-Partei". Petra Kelly über die politische Strategie der Grünen, in: Der Spiegel 24/1982, S. 47–56.
[o. V.:] „Wo bleibt das Volk?" Plädoyer für eine verfassungsgebende Versammlung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1990, S. 633 f.
[o. V.:] Zwei Jahre Bundespräsident. Die unglückliche Personalauswahl des Joachim Gauck (18. 03. 2014), http://www.focus.de/politik/deutschland/zwei-jahre-bundespraesident-so-schlug-sich-joachim-gauck-bisher-im-hoechsten-amt_id_3697013.html [14. 12. 2014].
Oy, Gottfried: Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift *links. Sozialistische Zeitung* (1969 bis 1997), o. O. 2007.

P., Fritz: An die AK-Redaktion, in: Arbeiterkampf 20 (1990), Nr. 323, S. 27.
Pablo/Karlsruhe: „… das tut weh", in: Sozialistische Zeitung 5 (1990), Nr. 4, S. 11.
Papadogiannis, Nikolaos: A (Trans)National Emotional Community? Greek Political Songs and the Politicisation of Greek Migrants in West Germany in the 1960s and early 1970s, in: Contemporary European History 23 (2014), Nr. 4, S. 589–614.
Pauer, Jan: Der Streit um das Erbe des „Prager Frühlings", in: Anna Kaminsky (Hg.): Erinnerungsorte an den Prager Frühling, Berlin 2008, S. 4–52.
Pelikán, Jiří: Ein Frühling, der nie zu Ende geht. Erinnerungen eines Prager Kommunisten, Frankfurt am Main 1976.
Pelikán, Jiří: Lehren aus dem „polnischen Sommer", in: L'80 (Dezember 1980), Nr. 16, S. 5–21.
Pelikán, Jiří: Lehren aus dem polnischen Sommer, in: Listy 4/1980, S. 3–11.
Plamper, Jan: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte, München 2012.
Plarre, Plutonia: „Die Landkommune muß im Herzen wachsen", in: taz vom 20. 06. 1990, S. 7.
Plass, Hanno: Nachwort, in: ders. (Hg.): Klasse Geschichte Bewusstsein. Was bleibt von Georg Lukács' Theorie?, S. 303–309.
Plato, Alexander von/Vilímek, Tomáš/Filipkowski, Piotr/Wawrzyniak, Joanna: Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen, Münster 2013.
Pohrt, Wolfgang: Der Weg zur inneren Einheit III, in: konkret 7/1990, S. 34.
Pollack, Detlef/Wiegohls, Jan: Introduction, in: Detlef Pollack/Jan Wiegohls (Hg.): Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition, Burlington, VT 2004, S. ix–xvii.
Pons, Silvio/Donato, Michele di: Reform Communism, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hg.): Communism. Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 178–202.
Popitz, Heinrich: Realitätsverlust in Gruppen, in: ders.: Soziale Normen, hg. von Friedrich Pohlmann u. Wolfgang Eßbach, Frankfurt am Main 2006, S. 175–186.

Popitz, Heinrich: Verhaltensorientierung und Verhaltensnormierung, in: ders.: Soziale Normen, hg. von Friedrich Pohlmann u. Wolfgang Eßbach, Frankfurt am Main 2006, S. 76–93.
Potthoff, Heinrich: Ein Leben für Freiheit und soziale Demokratie. Susanne Miller (1915–2008), in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 227–244.
Preuß, Ulrich K.: Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft, in: Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder (Hg.): In freier Selbstbestimmung. Für eine gesamtdeutsche Verfassung mit Volksentscheid, Berlin/Köln/Leipzig 1990, S. 46–52.
Preuße, Detlef: Umbruch von unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion, Wiesbaden 2014.
Prial, Frank J.: Socialists Ponder a Changed World, in: New York Times vom 11. 10. 1990.
Puttkammer, Johannes von: Der schwere Abschied vom Volkseigentum. Wirtschaftliche Reformdebatten in Polen und Ostmitteleuropa in den 1980er Jahren, in: Norbert Frei und Dietmar Süß (Hg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 158–183.

R. L.: Eine Kundgebung als Plebiszit, in: telegraph (1989) 7, S. 1.
Rahmann, Bernd: Zu Ota Sik: Krisenbewältigung erfordert Wirtschaftsdemokratie, in: pds 3 (1986), Nr. 1, S. 52–55.
Randow, Gero von: Polen in der Zerreißprobe, Dortmund 1982.
Raschke, Joachim: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.
Rau, Johannes: Kanzler sollte beim Treffen mit Modrow auf Belehrungen verzichten. WR-Interview mit dem NRW-Ministerpräsidenten, in: Westfälische Rundschau vom 09. 12. 1989.
Reemtsma, Jan Philipp: ... the bad and the ugly, in: konkret 12/1990, S. 26 f.
Reese-Schäfer, Walter: Jürgen Habermas, 3., vollständig überarb. Aufl., Frankfurt [am Main] 2001.
Reichardt, Sven: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.
Reiman, Michal: Frühling in Moskau. Werden Lenins Erben mündig?, Hamburg 1987.
Rein, Gerhard (Hg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989.
Reinhardt, Max: Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei. Baden-Baden 2011.
Remet, Sabrina P.: Die drei Jugoslawien. Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme, München 2011.
Richter, Helmut/Trautmann, Günter: Eurokommunismus. Ein dritter Weg für Europa?, Hamburg 1979.
Richter, Michael: Die Friedliche Revolution: Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Bd. 2, Göttingen 2009.
Richter, Sebastian: Der Umgang mit „1989" im vereinigten Deutschland, in: Peter Skyba/Sebastian Richter/Stefan Schönfelder (Hg.): Himmelweit gleich? Europas '89. 4 Ausstellungen in Dresden, Wrocław, Prag und Bratislava/Žilina, Dresden 2010, S. 26–35.
Richter, Sebastian: Mitteleuropäische Antipolitik. Zur Selbstverortung von Oppositionellen im Staatssozialismus, in: Martin Teplý/Michael Meissner (Hg.): Europäisches Geschichtsbild als Instrument zur Identitätsstiftung. Anspruch und Wirklichkeit einer Idee, Hamburg 2006, S. 163–192.
Riechers, Albrecht: Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982, Bonn 2006.
Riedel, Manfred: Gesellschaft, bürgerliche, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 719–800.
Ristau, Malte/Scholing, Michael/Wien, Johannes: Tanker im Nebel. Zeit zum „Aufklaren", in: Malte Ristau/Michael Scholing/Johannes Wien (Hg.): Tanker im Nebel. Zur Organisation und Programmatik der SPD, Marburg 1992, S. 7–9.
Rödder, Andreas: 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015.
Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, Bonn 2010.

Roeske, Dirk: Kommunitäre Gemeinschaften in Deutschland und ihre ideellen Grundlagen. Das Beispiel der „ÖkoLeA“ in Klosterdorf, Berlin, Freie Univ., Diplomarbeit 1997.
Roik, Michael: Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn 2006.
Rojek, Sebastian: Versunkene Hoffnungen. Die Deutsche Marine im Umgang mit Erwartungen und Enttäuschungen 1871–1930, Berlin/Boston 2017.
Rosa-Luxemburg-Stiftung: Bestand SED-Reformdiskurs, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Bestand_SED-Reformdiskurs.pdf.
Rosa-Luxemburg-Stiftung: Interview mit Rainer Land, http://www.rla-texte.de/texte/9%20andere%20Texte/Reformdiskurs%201980er%20Jahre/Interview%20Rainer%20Land%201996.pdf.
Rother, Bernd: Between East and West – Social Democracy as an Alternative to Communism and Capitalism. Willy Brandt's Strategy as President of the Socialist International, in: Leopoldo Nuti (Hg.): The Crisis of détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London/New York 2009, S. 217–229.
Rother, Bernd: Ein dritter Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus? Selbstverständnis und Strategien der Sozialistischen Internationale unter der Führung von Willy Brandt 1976–1992, in: Bernd Rother (Hg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn 2011, S. 229–248.
Rother, Bernd: Willy Brandt à la tête de l'Internationale socialiste, 1976–1992, in: Corine Defrance/Ulrich Pfeil/Andreas Wilkens (Hg.): Willy Brandt. Un projet pour l'Allemagne (1913–1992), Berlin 2014, S. 93–101.
Rother, Bernd: Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy Brandt und Polen in den 1980er Jahren, in: Friedhelm Boll/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, S. 220–263.
Rucht, Dieter: Civil Society and Civility in Twentieth-Century Theorising, in: European Review of History. Revue europeenne d'histoire 18 (2011), Nr. 3, S. 387–407.
Rüddenklau, Wolfgang (Hg.): Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, Berlin 1992.
Rudnick, Carola S.: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989, Bielefeld 2011.
Rudolph, Hermann: Vision eines freieren Lebens, in: SZ vom 06. 11. 1989.
Ruge, Gerd: Michail Gorbatschow. Biographie, Frankfurt am Main 1990.
Rupnik, Jacques: Dissent in Poland, 1968–78. The End of Revisionism and the Rebirth of the Civil Society, in: Rudolf L. Tökés (Hg.): Opposition in Eastern Europe, London 1979, S. 60–112.

Saage, Richard: Utopische Profile IV. Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts, Münster [u. a.] 2003.
Sarasin, Philipp: Die Grenze des „Abendlandes“ als Diskursmuster im Kalten Krieg. Eine Skizze, in: David Eugster/Sibylle Marti (Hg.): Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Wissens- und Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015, S. 19–44.
Scharang, Michael: Wie jetzt ich zum Beispiel. Der Endsieg des Westens über den Osten trägt sein Ende bereits in sich, in: konkret 1/1990, S. 11.
Scherer, Klaus-Jürgen/Wasmuht, Ulrike C.: Vorwort, in: Klaus-Jürgen Scherer/Ulrike C. Wasmuht (Hg.): Mut zur Utopie! Festschrift für Fritz Vilmar, Münster 1994, S. 9–14.
Scherf, Henning: „Der Forschungsstelle verdanke ich einen Schatz an Erfahrungen“, in: Heidrun Hamersky/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Festschrift für Wolfgang Eichwede, Stuttgart 2007, S. 25–32.
Schieder, Wolfgang: Der Mythos vom „wahren Sozialismus“, in: Helmut Liede/Jean-Paul Lehners (Hg.): Sozialismus – das Ende einer Utopie?, Luxembourg 1994, S. 123–130.
Schieder, Wolfgang: „Sozialismus“ oder „Sozialdemokratie“? Zur Begriffsgeschichte einer politischen Parteibezeichnung im 19. Jahrhundert, in: Jürgen Brummack (Hg.): Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte. Festschrift für Richard Brinkmann, Tübingen 1981, S. 474–488.
Schieder, Wolfgang: Sozialismus – kaum mehr als ein Wort, in: Merkur 45 (1991), Nr. 507, S. 546–551.
Schindowski, Waldemar: „Good vibrations“ für Ökotopia, in: Contraste 7 (1990), Nr. 70/71, S. 1.
Schirrmacher, Frank: Es gibt wieder Hoffnung in der Welt, in: FAZ vom 11. 11. 1989.

Schlemmer, Thomas: Der diskrete Charme der Unsicherheit. Einleitende Bemerkungen, in: ders./Morten Reitmayer (Hg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, S. 7–12.
Schlemmer, Thomas/Reitmayer, Morten (Hg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014.
Schlögel, Karl: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt, München 2017.
Schmidt, Wolfgang (Hg.): Stand und Perspektiven der Willy-Brandt-Forschung. Werkstattgespräch zur Berliner Ausgabe. Referate und Diskussionen einer Tagung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin am 29. Januar 2003, Berlin 2003.
Schmidt-Häuer, Christian: Michail Gorbatschow, 6., überarb. u. erw. Aufl., München, Zürich 1988.
Schneider, Dirk: Polen. Zerreißprobe für die AL Westberlin, in: Moderne Zeiten 2/1982, S. 23–25.
Schneider, Michael: Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.
Schneider, Uwe: Kommunen und Autonome. Was haben beide miteinander zu tun?, in: Kollektiv KommuneBuch (Hg.): Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, Göttingen 1996, S. 158–176.
Schüddekopf, Charles (Hg.): Wir sind das Volk! Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek bei Hamburg 1990.
Schulz, Hans-Jürgen: Hände weg von der DDR! Plädoyer für eine Unterstützung der revolutionären Bewegung, in: Sozialistische Zeitung 4 (1989), Nr. 23, S. 7.
Sebestyen, Victor: Revolution 1989. The Fall of the Soviet Empire, New York 2009.
Seefried, Elke: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin [u. a.] 2015.
Segert, Dieter: Prager Frühling. Gespräche über eine europäische Erfahrung, Wien 2008.
Seifert, Jürgen/Thörmer, Heinz/Wettig, Klaus (Hg.): Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik. Freundesgabe für Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag, Marburg 1989.
Sellner, Albert: Nach der größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Grüner Basisdienst 1/1982, o. P.
Semler, Christian: Zweimal in den selben Fluß steigen? Gorbatschow und die Lehren des Prager Frühlings, in: taz vom 25. 04. 1988, S. 8.
Seweryn Blumsztajn: Polen, die westliche Linke und die Friedensbewegung, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 6/7 (Mai 1983), S. 33–35 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).
Siemons, Mark: Frühling, nur einen Sommer lang. Rückschauen auf die Prager Reformen in ARD und ZDF, in: FAZ vom 20. 08. 1988, S. 24.
Šik, Ota: Für eine zielbewußte Wirtschaftsdemokratisierung, in: pds 3 (1986), Nr. 1, S. 26–47.
Šik, Ota: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg. Hamburg 1979.
Šik, Ota: On Programme Proposals for Social Democratic Parties. A Reply to Leland G. Stauber, in: EID 11 (1990), Nr. 1, S. 147–152.
Šik, Ota: Towards an Humane Economic Democracy, in: EID 1 (1980), Nr. 3, S. 313–342.
Šik, Ota: Zur Programmdiskussion in der SPD, in: pds, 1/85.
Šik, Ota/Raible, Karl-Friedrich: Rezension von Leland G. Stauber: A New Program for Democratic Socialism, Carbondale 1987, in: EID 9 (1988), Nr. 4, S. 546–549.
Simon, Christine: Erhard Epplers Deutschland- und Ostpolitik, Bonn, Univ., Diss., 2004.
Siouti, Irini: Transnationale Biographien. Eine biographieanalytische Studie über Transmigrationsprozesse bei der Nachfolgegeneration griechischer Arbeitsmigranten, Bielefeld 2014.
Sirleschtov, Antje: Portrait Helga Hirsch Journalistin. „Wir waren beide anti-kommunistisch" (27. 08. 2013), http://www.tagesspiegel.de/meinung/portraet-helga-hirsch-journalistin-wir-waren-beide-anti-kommunistisch/8696238.html [15. 12. 2014].
Smolar, Aleksander: Préface, in: Zinaïda Erard/G. M. Zygier (Hg.): La Pologne, une société en dissidence, Paris 1978, S. 7–16.
Smoltczyk, Alexander: Avantgarde oder verlorenes Häufchen?, in: taz vom 13. 11. 1989.
Solidarität mit Solidarność: Gemeinsame Erklärung der Konferenz, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 1 (1981), S. 14 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).

Solidarität mit Solidarność: Pressemitteilung vom 16. 12. 1981, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Sonderausgabe (16. 12. 1981), S. 3 f. (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).
Solidarität mit Solidarność: Zum Militärputsch in Polen, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Sonderausgabe (16. 12. 1981), S. 7 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).
Sonnenberg, Uwe: Die Kopelewsche Brücke. Problemaufriss zum öffentlichen Wirken von Lew Kopelew in der Bundesrepublik Deutschland von 1981–1997, Berlin 2007.
Sonnenberg, Uwe: Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren, Göttingen 2016.
Sozialistisches Büro: Solidarität mit Solidarność. Erklärung des Sozialistischen Büros, in: links 14 (1982), Nr. 142, S. 2.
SPD-Parteivorstand (Hg.): Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm_kurzfassung.pdf [11. 04. 2016].
SPD-Parteivorstand (Hg.): Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD. Kurzfassung, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm_kurzfassung.pdf [11. 04. 2016].
Stach, Andrzej: „*Solidarność*? Nein, danke …" Die Einstellung zu Solidarność in beiden deutschen Staaten vor 1989, in: Izabela Surynt und Marek Zybura (Hg.): Die Wende. Die politische Wende 1989/90 im öffentlichen Diskurs Mittel- und Osteuropas, Hamburg 2007, S. 74–85.
Steber, Martina: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin/Boston 2017.
Stein, Tine: „Verfassung mit Volksentscheid". Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit zwischen „Neuanfang" und „Weiter so", in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 182–202.
Steinmetz,Willibald: Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen, in: ders. (Hg.): Politik. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt am Main 2007, S. 9–40.
Steinmetz, Willibald (Hg.): Political Languages in the Age of Extremes, Oxford [u. a.] 2011.
Stepina, Clemens K. (Hg.): Iring Fetscher. Zwischen Universität und Politik, Wien 2011.
Stern, Carola: Bilanz, in: Horst Krüger (Hg.): Das Ende einer Utopie, Olten [u. a.] 1963, S. 215–234.
Stern, Carola: Doppelleben. Eine Autobiografie, Köln 2001.
Strasser, Johano: Editorial, in: L'80 (Juli 1988), Nr. 46, S. 2 f.
Strasser, Johano: Leben ohne Utopie?, Frankfurt am Main 1990.
Strobel, Georg W.: NSZZ „Solidarność". Beitrag zur Analyse der Organisation und politischen Wirkung einer sozialen Sammlungsbewegung, in: Dieter Bingen (Hg.): Polen 1980–1984, Baden-Baden 1985, S. 47–100.
Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.
Süß, Dietmar/Woyke, Meik: Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: AfS 52 (2012), S. 3–20.
Świder, Małgorzata: Das Informationsbüro der Solidarność in *Bremen* im Spiegel von Archivmaterialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Inter finitimos 7 (2009), S. 203–216.
Sziedat, Konrad: „Sozialismus wieder unheimlich im Kommen?" UdSSR- und DDR-Debatten westdeutscher Linker 1985–91, in: Michael Mayer u. a. (Hg.): Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus. Transformationsprozesse in der DDR und in der Sowjetunion 1985–1989/91, Moskau 2016, S. 332–341.

Taylor, Charles: Die Beschwörung der Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.): Europa und die Civil Society. Castelgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart 1991, S. 52–81.
Thaa, Winfried: Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989, Wiesbaden 1996.

Thaa, Winfried: Zornige Anmerkungen zur Polen-Solidarität, in: links 14 (März 1982), Nr. 144, S. 17.
Theoretische Neuorientierung innerhalb der dogmatischen Neuen Linken, in: Innere Sicherheit, Nr. 58 vom 31. 07. 1981.
Ther, Philipp: 1989 – eine verhandelte Revolution. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 2. 2010, URL: http://docupedia.de/zg/1989?oldid=108803 [02. 04. 2016].
Ther, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.
Timmermann, Heinz: Die KPdSU und das kommunistische Parteiensystem, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?, München/Wien 1989, S. 245–253.
Timmermann, Heinz: Die KPdSU und die internationale Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft 12 (1988), S. 1157–1162.
Timmermann, Heinz: Reformkommunisten in West und Ost. Konzeptionen, Querverbindungen und Perspektiven (Berichte des BIOst 31/1980), Köln 1980.
Treiblmayr, Christopher: Zivilgesellschaft, in: Friedrich Jaeger (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 15, Stuttgart 2012, S. 505–511.
Troebst, Stefan: Die ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen in der westlichen Osteuropaforschung 1975–1989. Drei Skizzen, in: Hans-Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März (Hg.): Wechselwirkungen Ost–West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln 2007, S. 73–182.
Trotzki, Leo: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, Essen ^{3}2009.

Ullrich, Anna: Von „jüdischem Optimismus" und „unausbleiblicher Enttäuschung". Erwartungsmanagement deutsch-jüdischer Vereine und gesellschaftlicher Antisemitismus 1914–1938, Berlin/Boston 2019.
Ulrich, Bernd: Zur Mindestausstattung linker und grüner Köpfe, in: taz vom 14. 11. 1989.
Unger, Frank: Die Sozialdemokratie und „das Ende der Geschichte". Zum Zusammenhang von realsozialistischem Zusammenbruch und Orientierungskrise der westdeutschen Linken, in: Richard Faber (Hg.): Sozialismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 1994, S. 149–160.

Vack, Klaus: Komitee-Tätigkeitsbericht 1985/1986, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Informationen, Nr. 2/1987, o. P. (überliefert in IfZ, Sign. Dn 378).
Veen, Hans-Joachim/Hoffmann, Jürgen: Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre. Profil und Defizite einer fast etablierten Partei, Bonn 1992.
Verheyen, Nina: Geschichte der Gefühle (2010), http://docupedia.de/zg/verheyen_gefuehle_v1_de_2010 [21. 01. 2019].
Vilmar, Fritz: Die rettende Kraft der Utopie. Zur Einführung, in: Die rettende Kraft der Utopie. Deutsche Juden gründen den Kibbuz Hasorea, Frankfurt am Main 1990, S. 7–12.
Vilmar, Fritz/Rudzio, Wolfgang/Wilke, Manfred: Was heißt hier kommunistische Unterwanderung? Eine notwendige Analyse, und wie die Linke darauf reagiert, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1981.
Vogel, Heinrich: [Vorbemerkungen,] in: Polen 1980. Erste Analysen der Entwicklungen nach den Streiks (Sonderveröffentlichung des BIOst, November 1980), Köln 1980, o. P.
Vogel, Heinrich: Vorbemerkungen, in: Polen im Sommer 1981. Neue Analysen zu innen- und außenpolitischen Problemen (Sonderveröffentlichung des BIOst, August 1981), o. P.
Voigt, Karsten D.: [o. T.], in: Dieter Dowe (Hg.): Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Oppositon 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn, Bonn 1993, S. 83–87.
Voigt, Sebastian: Das bewegte Leben eines jüdischen Gewerkschafters. Eine biografische Skizze zu Jakob Moneta, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 70 (2015), S. 84–100.
Völklein, Ulrich: „Großer Ratschlag", in: Die Zeit vom 04. 07. 1980.
Vondung, Klaus: „Wunschträume und Wunschzeiten". Einige wissenschaftsgeschichtliche Erinnerungen, in: Árpád Bernáth/Endre Hárs/Peter Plener (Hg.): Vom Zweck des Systems. Beiträge zur Geschichte literarischer Utopien 2006, S. 183–190.
Voß, Elisabeth: 4 Tage Kommune-Atmosphäre, in: Contraste 7 (1990), Nr. 70/71, S. 8.

Voß, Elisabeth: Ein Ort – irgendwo, in: Contraste 8 (1991), Nr. 81, S. 1.
Voß, Elisabeth: Wege, Umwege, Irrwege, in: Kollektiv KommuneBuch (Hg.): Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, Göttingen 1996, S. 69–98.
VSP: Thesen zur politischen Lage nach der DDR-„Novemberrevolution", in: Gesammelte Beiträge zur Diskussion der Linken, Nr. 4 (28. 12. 1989), S. 1–6.

Walker, Bernhard/Bauer, Katja: Spätzles-Türke gegen früheren Hausbesetzer (05. 06. 2008), http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/spaetzles-tuerke-gegen-frueheren-haus besetzer--2053707.html [19. 03. 2016].
Warszawski, David: Die westliche Linke und wir, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność 6/7 (Mai 1983), S. 34–35 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).
Weber, Elisabeth: Blockfreiheit, Neutralität und einige Thesen zur gegenwärtigen Diskussion in der westdeutschen Friedensbewegung, in: Kommunismus und Klassenkampf 9 (1981), Nr. 12, S. 44–64.
Weis, Hans-Willi: Die geschichtliche Struktur der Gegenwart und die begriffliche Bestimmung sozialrevolutionärer Praxis, Marburg, Univ., Diss., 1978.
Weisskirchen, Gert: [o. T.], in: Dieter Dowe (Hg.): Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Oppositon 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn, Bonn 1993, S. 75 f.
Wengeler, Martin: Tiefensemantik – Argumentationsmuster – soziales Wissen. Erweiterung oder Abkehr von begriffsgeschichtlicher Forschung?, in: Ernst Müller (Hg.): Begriffsgeschichte im Umbruch? (Archiv für Begriffsgeschichte, Sonderheft 4), 2005, S. 131–146.
Wentker, Hermann: Die Grünen und Gorbatschow. Metamorphosen einer komplexen Beziehung 1985 bis 1990, in: VfZ 62 (2014), S. 481–514.
Werner, Harald: Vorwort, in: Detlev Albers/Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989, S. 9–11.
Wernstedt, Rolf: Bildung in Deutschland – voneinander lernen, in: Heinz Thörmer/Rolf Wernstedt: Wenden oder Die deutsche Einheit als historischer Lernprozeß. Reden und Tagebuchnotizen, Marburg 1991, S. 29–39.
Wettig, Gerhard: Gorbatschow auf Lenin-Kurs? Dokumente zur neuen sowjetischen Politik, Köln 1988.
Wick, Regina: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012.
Wiegrefe, Klaus: Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005.
Wilke, Manfred: Rezension zu: Jiří Kosta: Nie aufgegeben. Ein Leben zwischen Bangen und Hoffen, Berlin 2001, in: ZdF (2002), Nr. 11, S. 174 f.
Wilke, Manfred/Brabant, Marion/Müller, Hans-Peter: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990.
Winkler, Heinrich August: Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart, München 2015.
Winkler, Heinrich August: Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2014.
Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006.
Wirsching, Andreas: Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989, München 2015.
Wirsching, Andreas: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012.
Wirsching, Andreas: Eine „Ära Kohl"? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik 1982–1998, in: AfS 52 (2012), S. 667–684.
Wirsching, Andreas: „Neoliberalismus" als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: Werner Plumpe/Joachim Scholtyseck (Hg.): Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik, Stuttgart 2012, S. 139–150.
Wolf, Harald: Rot-Rot in Berlin 2002 bis 2011. Eine (selbst-)kritische Bilanz, Hamburg 2016.
Wolf, Winfried/Engert, Steffi: Polen – der lange Sommer der Solidarität, Bd. 1, Frankfurt am Main 1981.

Wolf, Winfried/Engert, Steffi: Polen – der lange Sommer der Solidarität, Bd. 2, Frankfurt am Main 1981.
Wolf, Winfried: Polen – Der Winter gehört den Krähen, Frankfurt 1984.
Wolf, Winfried: RGW, das tut weh! Gesellschaftskrise erfaßt den ganzen Ostblock, in: Sozialistische Zeitung 5 (1990), Nr. 3, S. 12.
Wolf, Winfried: Vorwort, in: ders./Steffi Engert: Polen – der lange Sommer der Solidarität, Bd. 1, Frankfurt/M. 1981, S. 5–8.
Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.
Ws.: Querdenker und fröhlicher Marxist. Der Ost-Berliner Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski wird 85, in: FAZ vom 16. 09. 1989, S. 5.
Wulff, Christian: [Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit] (03. 10. 2010), http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html [12. 01. 2014].

Zahn, Horst-Dieter: Der DGB und die Friedensbewegung, in: links 13 (1981), Nr. 139, S. 37 f.
Załęski, Paweł Stefan: *Self-governing Republic* in the Thought of the Solidarity Movement in Poland. Why Solidarity was not a Civil Society, Working Papers on the Solidarity Movement 07/2013, http://solidarnosc.collegium.edu.pl/wp-content/uploads/2013/12/WPSM-7.pdf [31. 01. 2016].
Zhludova, Elena: Die Grünen und die Sowjetunion in der Ära Gorbatschow, Heidelberg, Univ., Diss. 2014.
Zwahr, Hartmut: Die 89er Revolution in der DDR, in: Peter Wende (Hg.): Große Revolutionen der Weltgeschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 2000, S. 357–374.

Personenregister

Aufgeführt sind ausschließlich die Namen der historischen Akteure aus dem Textteil des Buches. Die in den Netzwerkgrafiken und im Tabellenanhang erwähnten Personen wurden nicht aufgenommen.

Abendroth, Wolfgang 69
Adam, Konrad 131, 132
Agnoli, Johannes 138
Albers, Detlev 106, 109
Albertz, Heinrich 36, 194
Altvater, Elmar 25, 75
Ambarcumov, Jevgenij 94
Andropow, Juri 19
Arato, Andrew 196, 198–200, 202, 203, 205
Arendt, Hannah 69, 77

Bahr, Egon 4, 22, 110, 111, 137, 147
Bahro, Rudolf 24–26, 29, 37, 59, 69, 72, 73, 77–79, 101, 116, 194, 205, 209–213, 215, 218, 220, 221
Bartelheimer, Peter 25, 30
Bastian, Gert 36, 194
Bebel, August 172
Beckmann, Lukas 27, 75
Benda, Václav 198
Bernstein, Eduard 179
Beuys, Joseph 57
Beyme, Klaus von 94
Biedenkopf, Kurt 181, 211, 220, 221
Biermann, Wolf 26, 37, 41, 72, 73, 75, 77–79, 83, 85, 190, 194, 197
Blackburn, Robin 166, 167
Bloch, Ernst 188
Blumsztajn, Seweryn 51
Bohl, Friedrich 155
Bohley, Bärbel 75
Böll, Heinrich 35, 71, 97
Brandt, Heinz 25, 28–30, 32, 35, 46, 49, 59
Brandt, Peter 30, 111, 117, 151, 194
Brandt, Willy 21, 22, 67, 68, 82, 92, 107, 110, 137, 143, 147, 152, 161, 167, 168, 172, 173
Brecht, Bertold 78
Breit, Ernst 170
Breschnew, Leonid 84, 94, 95
Brumlik, Micha 206–208
Brus, Włodzimierz 76
Buro, Andreas 151, 194, 195

Cardenal, Ernesto 48
Catenhusen, Wolf-Michael 176
Cohen, Jean L. 196, 200, 202, 203, 205
Cohn-Bendit, Daniel 26, 96
Conradi, Peter 154
Cot, Jean-Pierre 167
Craxi, Bettino 82

Dahrendorf, Ralf 181, 204
Dalos, György 63, 75
Damus, Renate 25, 112, 113, 165, 191, 192
Däubler-Gmelin, Herta 142
Deppe, Frank 106
Derer, Vladimir 85
Ditfurth, Jutta 138
Dohnanyi, Klaus von 140
Drewitz, Ingeborg 29, 30, 36
Dubček, Alexander 64, 65, 95, 99, 117
Dubiel, Helmut 199
Dufke, Clemens 30
Dutschke, Rudi 25, 37, 57, 73, 221, 222
Duve, Freimut 83

Ehmke, Horst 87, 94, 122, 147
Eichwede, Wolfgang 86–89
Einhorn, Volker 26, 27
Engert, Steffi 112, 113, 115
Eppler, Erhard 36, 100–105, 107, 143, 159, 169, 174, 176, 184, 187
Erhard, Ludwig 177
Esser, Josef 61
Evers, Tilman 195, 196, 208

Falcke, Heino 101
Federlein, Dieter 221, 222
Fehér, Ferenc 77, 202
Feifel, Martin 41
Fenchel, Reinhard 199–201, 205
Fest, Joachim 182
Fetscher, Iring 23, 24, 35, 57, 60, 69, 76, 84, 101, 108, 111, 151, 168–170, 174, 214
Fischer, Joschka 26, 34, 75, 95, 96, 144, 157, 183, 191, 192
Flechtheim, Ossip K. 30, 35, 69, 194
Fojtik, Jan 94
Frieß, Sieglinde 144
Fromm, Erich 69
Fuchs, Anke 137
Fuchs, Jürgen 75, 96
Fücks, Ralf 52, 55, 57–60, 112–116, 132, 144, 157, 158, 183, 191, 192, 194, 222, 223, 227, 228
Fülberth, Georg 144

Gauck, Joachim 52, 53
Gebert, Konstanty 50
Gehlen, Arnold 84
Genscher, Hans-Dietrich 68
Gerhard, Ute 195
Gierek, Edward 48
Glotz, Peter 140, 188
Gollwitzer, Helmut 30, 36
Gomułka, Władysław 48
Gorbatschow, Michail 2, 9, 10, 12, 45, 60–69, 76–78, 80–86, 88–103, 106, 109, 110, 112, 113, 116, 117, 127, 129, 140, 147, 166, 168, 225, 227
Gowan, Peter 85
Grass, Günter 35, 62, 71, 97, 142, 168, 182, 194
Grebing, Helga 103, 174, 176, 184
Gremliza, Hermann L. 64, 116, 125, 141
Greven, Michael Th. 195
Guerra, Alfonso 168
Gysi, Gregor 189

Habermas, Jürgen 139, 182, 188, 194, 196, 199, 200, 202, 208
Häfner, Gerald 137, 158
Hahn, Hans-Henning 35
Halbach, Dieter 213, 217, 221
Hartung, Klaus 124, 125, 195
Haug, Wolfgang Fritz 133, 136, 137, 145, 159
Havel, Václav 66, 83, 129, 177
Havemann, Katja 75
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 23, 65
Heidt, Wilfried 57
Heimann, Horst 184
Hein, Christoph 122, 170
Hejzlar, Zdeněk 71, 75
Heller, Ágnes 76, 77, 202
Heym, Stefan 124, 125, 142, 148, 149, 170, 190
Hiller, Reinhold 159
Hirsch, Helga 52, 53, 55, 60, 198
Honecker, Erich 22, 127
Horáček, Milan 25, 73, 75, 85, 86, 96, 113
Hoss, Willi 29
Huber, Mária 86

Janitschek, Hans 167
Jaruzelski, Wojciech 21, 22, 35, 194
Johnson, Lyndon B. 69
Jungk, Robert 218–220

Kaczmarski, Jacek 41, 42
Kahlweit, Cathrin 123
Kelly, Petra 27, 28, 36, 44–46, 75, 90, 119, 142, 194, 212, 213
Klapprodt, Roland 1, 154
Klímová, Rita 129
Klose, Hans-Ulrich 143
Knabe, Wilhelm 27, 162
Knapp, Udo 90
Koenen, Gerd 10, 25, 26, 31, 32, 37, 39, 41, 47, 49, 52–55, 57, 60, 88, 130
Kogon, Eugen 69
Kohl, Helmut 14, 45, 61, 68, 134, 137, 153, 165
Köhler, Horst 120, 121
Konrád, György 34, 75, 197, 198
Kopelew, Lew 35, 75, 78, 83, 88, 94, 96
Koschnick, Hans 87
Kossygin, Alexej 69
Kosta, Jiří 34, 35, 71, 73, 94, 96, 108, 170
Kosta, Tomaš 35, 62, 71, 73, 94, 97, 168
Kowalewski, Zgbiniew 75
Kreisky, Bruno 66
Krenz, Egon 135, 148
Kriele, Martin 98, 103
Kristoffersen, Erwin 45, 170
Krzemiński, Adam 124
Kuczynski, Jürgen 128
Kuroń, Jacek 24, 51, 198
Kurzbein, Uwe 215, 216

Lafontaine, Oskar 34, 36, 136, 143, 144, 190
Langhans, Rainer 213, 220, 221
Lenin, Wladimir Iljitsch 54, 64, 65, 81, 96, 116, 117
Lindenberg, Klaus 107
Lippelt, Helmut 95
Löwenthal, Richard 103
Lukács, György 76

MacDonald, Oliver 85
Mackenbach, Werner 32, 47
Maetzke, Ernst-Otto 119, 148
Magri, Lucio 167
Maier, Wilfried 56
Mandel, Ernest 30, 169
Mao Zedong 41, 129
Marx, Karl 23, 31, 57, 65, 80, 81, 170, 177, 200–202, 207, 223, 227
Mazowiecki, Tadeusz 14, 50
Medwedjew, Roy 101
Mehr, Max Thomas 206
Meyer, Thomas 90, 91, 94, 101, 106, 110, 117, 148, 168, 174, 176, 178–180, 183–185, 187
Michnik, Adam 24, 37, 49, 51, 53, 183, 197, 198, 202, 203, 205
Miliband, Ralph 168
Miller, Susanne 168, 174, 180, 181, 184

Mitterrand, François 62
Mlynář, Zdeněk 64–72, 75–86, 88–95, 98, 99, 101, 107, 108, 110, 113, 116, 127, 129, 168, 199, 202
Modzelewski, Karol 24
Momper, Walter 130, 131, 159, 163
Moneta, Jakob 25, 28–30, 32, 49, 59, 75, 95, 133, 158, 190
Mosler, Volkhard 32
Mühleisen, Hermann 29
Müller, Adolf 73, 75
Müller, Heiner 138

Napolitano, Georgio 168
Narr, Wolf-Dieter 75, 194, 195, 207, 208, 223
Negt, Oskar 187–189
Nies, Susanne 113
Niese, Rolf 159
Nonnenmacher, Günther 131

Oertzen, Peter von 1, 23–25, 29, 30, 35, 59, 61, 75, 98, 101, 112, 151–154, 157, 162, 168, 176, 182–184, 187, 188, 195, 207, 208, 218, 222, 228
Offe, Claus 194, 202–205
Orlowa-Kopelew, Raissa 75, 88, 89

Paggi, Leonardo 107
Pauer, Jan 93, 98, 205
Pelikán, Jiří 37, 48, 70, 72, 75, 85, 87, 93, 94, 101, 110, 113, 168
Perels, Joachim 194
Pohrt, Wolfgang 140
Poppe, Ulrike 149, 170, 194, 197
Popper, Karl 203
Preuß, Ulrich K. 194, 195, 202, 207, 208

Rakowski, Mieczysław 48
Randow, Gero von 26, 27
Ratzmann, Volker 112
Rau, Johannes 136, 137
Reagan, Ronald 28, 61, 62, 74, 77, 98
Reents, Jürgen 112, 113
Reiche, Steffen 156
Reiman, Michal 71, 73, 75, 88, 89, 96
Reiman, Tamara 96
Reinhold, Otto 102
Reißig, Rolf 169
Ridder, Helmut 159
Romero, Óscar 48
Rosenberg, Arthur 69
Roth, Wolfgang 96
Rousseau, Jean-Jacques 23
Rust, Matthias 77

Sacharow, Andrej 77
Schälike, Rolf 88, 89
Scharang, Michael 139
Scharpf, Fritz 176
Scherer, Willi 29
Scherf, Henning 87
Schernikau, Ronald M. 138
Schily, Otto 89, 90
Schirrmacher, Frank 131
Schmidt, Helmut 4, 21, 22, 98, 107, 147
Schmidt-Häuer, Christian 86
Schmiederer, Ursel 170
Schneider, Dirk 28
Schneider, Michael 136
Schröder, Gerhard 21, 172, 186
Seifert, Jürgen 194, 195
Semler, Christian 26, 93, 94
Shils, Edward 207
Šik, Ota 71, 108, 109, 168
Smolar, Aleksander 198, 199, 201, 205
Sölle, Dorothee 36, 194
Stalin, Josef 66
Stamm, Michael 28, 106, 112
Statz, Albert 112, 115
Steiner, Rudolf 57
Steinkühler, Franz 155, 156, 160
Stern, Carola 35, 36, 62, 71, 79, 97, 168
Strasser, Johano 35, 62, 97, 101, 174, 176, 181, 182, 187
Strauß, Franz Josef 28, 74

Taylor, Charles 204
Thaa, Winfried 199
Thatcher, Margaret 13, 61, 62, 80
Thierse, Wolfgang 176
Timmermann, Heinz 18, 91, 94
Trotzki, Leo 82, 138

Ullmann, Wolfgang 170
Ulrich, Bernd 132

Vack, Klaus 75, 149, 194, 195
Vilmar, Fritz 35, 209, 210, 212, 213, 215, 218–220, 222
Vogel, Hans-Jochen 107, 134, 143, 145, 147, 155
Voigt, Karsten D. 73, 188
Vollmer, Antje 34, 52, 55, 58, 60, 113, 121, 126–133, 145, 157–159, 163, 164, 183, 191, 194, 213, 226
Volmer, Ludger 34, 112, 191
Voß, Elisabeth 212, 216, 217

Wałęsa, Lech 21, 43, 45
Weber, Elisabeth 86, 88, 89, 113

Wehner, Herbert 21
Weis, Hans-Willi 199, 201
Weisskirchen, Gert 186, 194, 205, 206
Werner, Harald 106
Wernstedt, Rolf 156
Wojtyła, Karol Józef 204
Wolf, Christa 195
Wolf, Harald 30, 112, 189–191
Wolf, Winfried 25, 30, 32, 46, 47, 49, 50, 60, 112, 136, 158, 190, 191
Wowereit, Klaus 190
Wulff, Christian 120

Zahn, Horst-Dieter 32